



Grenzöffnung

Grenze Karta

Deutsch-polnischer Dialog
1984 – 2004 – 2024

Grenzöffnung

Grenzöffnung

Deutsch-polnischer Dialog
1984 – 2004 – 2024

Auswahl und Bearbeitung Aleksiej Rogozin

Fundacja Ośrodku KARTA
Warschau 2025

© Fundacja Ośrodka KARTA, 2025

KONZEPT Zbigniew Gluza

AUSWAHL, BEARBEITUNG, KOORDINATION Aleksiej Rogozin

TEXTRECHERCHEN Aleksiej Rogozin, Dorota Kasprzak, Dr Agnieszka Zagańczyk-Neufeld

IKONOGRAFIE Ewa Kwiecińska, Mariusz Olczyk

REDAKTION Hanna Antos

ÜBERSETZUNG INS DEUTSCHE Andreas Prause, Herbert Ulrich

KORREKTORAT Anna Zinserling

GRAFIKDESIGN  RZECZYOBRAZKOWE

SATZ UND BILDBEARBEITUNG Tandem Studio

INDEXERSTELLUNG  lingventa

TITELBILD SWINEMÜNDE (Świnoujście), 1. September 2012. Foto: Valerio Vincenzo

Das öffentliche Vorhaben wurde im Rahmen des Wettbewerbs
„Öffentliche Diplomatie 2024–2025 – europäische
Dimension und Bekämpfung von Desinformation“
vom Außenministerium der Republik Polen finanziert.



Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
Republik Polen

Wir danken der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit
für die fachliche Unterstützung bei der Veröffentlichung dieses Buches.



PARTNER

Ruhr-Universität Bochum, Fakultät Geschichte, Lehrstuhl Osteuropäische Geschichte

DIE PUBLIKATION ENTSTAND MIT FACHLICHER UNTERSTÜTZUNG
des „Kollegs für polnische Sprache und Kultur“.



PROJEKTPARTNER
Pilecki Institut



Die Publikation gibt ausschließlich die Meinung des Autors wieder und kann nicht mit der
offiziellen Position des Außenministeriums der Republik Polen gleichgesetzt werden.

AN DER INHALTLICHEN ABSTIMMUNG DER ARBEITSFASSUNG DES BUCHES WAREN BETEILIGT:

Dr. Bartosz Dziewanowski-Stefańczyk, Mateusz Fałkowski, Dr. Christhardt Henschel, Dr. habil. Michał Jamiołkowski, Dr. Andrzej Kałuża, Prof. Igor Kałowski, Red. Adam Krzemiński, Agnieszka Kuchcińska-Kurcz, Prof. Stephan Lehnstaedt, Dr. Magdalena Lemańczyk, Dr. Marek Mazurkiewicz, Dr. Dominik Pick, Janusz Reiter, Prof. Krzysztof Ruchniewicz, Dr. Kazimierz Wóycicki, Anna Zinserling, Dr. habil. Robert Żurek, Prof. Leszek Żyliński. Wir danken für alle Anmerkungen und Hinweise.

Warschau (Warszawa) 2025

ISBN 978-83-67820-32-5

HERAUSGEBER

 **Karta**

Fundacja Ośrodka KARTA (Stiftung Zentrum KARTA)

Kontakt:

Verlag ok@karta.org.pl

Vertrieb kolportaz@karta.org.pl

Onlinebuchhandlung ksiegarnia.karta.org.pl

www.karta.org.pl

Vom Herausgeber

Grenzöffnung – das ist nicht nur ein Titel und nicht nur ein Thema, sondern im heutigen Europa eine grundlegende Botschaft für die Demokratie und gegen Nationalisten, Fremdenfeinde oder despotische Frauenfeinde. Vor dem Hintergrund des 80. Jahrestags des Kriegsende, als die deutsch-polnische Grenze Deutschen und Polen ausgezwungen worden war, ist der 40-jährige Prozess des Wandels der willkürlich auferlegten Trennlinie zwischen Feinden in ein Band der Verständigung durchaus spektakulär. Die blutenden Grenzen der Ukraine nach dem Angriff Russlands bilden in der Gegenwart einen Gegensatz zu den Flüssen Oder und Neiße, die bereits ein Zeichen des Friedens sind.

Die partnerschaftlichen, durch Nachbarschaft und Bündnis geprägten, deutsch-polnischen Beziehungen sind ein wesentlicher Bestandteil der polnischen Staatsraison und des friedlichen Zusammenwirkens in Europa. Diese Selbstverständlichkeit wurde von polnischen Nationalisten in der Dritten Polnischen Republik mitunter so brutal in Frage gestellt, dass die Nachzeichnung des Verlaufs der letzten vier Jahrzehnte auch diejenigen zur Reflexion veranlassen sollte, die zwar die Logik der antideutschen Propaganda akzeptieren, dies aber nicht aus rein zynischen, partikulären Gründen tun. Vielleicht benutzen sie das Buch als Spiegel.

Wir präsentieren eine chronologische Zusammenstellung von Stimmen auf beiden Seiten, in deren Mittelpunkt der Beitritt Polens zur Europäischen Union steht, also den Zeitraum von 20 Jahren vor und 20 Jahren nach dem Beitritt. Wir haben das Jahr 1984 als Beginn dieser Erzählung gewählt, weil es bereits eine Verständigung zwischen der antikommunistischen Opposition in Polen und den westdeutschen Behörden als echten Vorboten einer demokratischen Zusammenarbeit, die seitdem ununterbrochen fortgesetzt worden ist, gab. Eine erste Fassung dieser Zusammenstellung von Zeitzeugnissen haben wir Experten vorgelegt, mit deren Hilfe wir in einem nächsten Schritt auch weniger bekannte Quellen erschlossen haben, um ein möglichst objektives Bild der Öffnung der Grenzen zwischen unseren Staaten zu erhalten. Die politische

Komponente steht hierbei im Vordergrund, weil sie einen dominanten Einfluss auf das Verhältnis der beiden Gesellschaften hatte.

Der Krieg in der Ukraine, die Repressionen in Russland und Belarus, die Aktionen von Nationalisten, die die europäische Ordnung untergraben, stellen die Beziehungen zwischen den demokratischen Regierungen Polens und Deutschlands ins Zentrum einer potenziellen internationalen Ordnung. Wenn insgesamt immerhin ein Jahrzehnt im 21. Jahrhundert, wie in dieser Erzählung dargestellt, an demagogischen Hohn verloren ging, der, mit Deutschland im Hintergrund, die „wahren“ Polen zu einer nationalen Front gegen alle äußeren Feinde mobilisieren sollte, dann lohnt es sich, den Mechanismus einer solchen Destruktion genauer zu betrachten. Denn obwohl er schwächer zu werden scheint, verschwindet er nicht. Dieses Buch, das während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft erschienen ist, warnt vor einem aggressiven Populismus, der die Wahrnehmung der Realität zerstört, indem er eigene Phantasmagorien schafft, die in einer Aura moralischer Agitation serviert werden.

Die Republik Polen hat die Chance, eine beständige Partnerschaft mit der Bundesrepublik Deutschland einzugehen, sofern beide Staaten ihre gegenwärtige demokratische Form verteidigen. Nationalisten auf beiden Seiten haben einen starken historischen Rückhalt, weil diese Ideologie ihre Staaten im letzten Jahrhundert beherrscht hat. Heute scheinen sie zwar anachronistisch zu sein, zeigen aber einen nicht geringen Siegeswillen. Die Demokraten dürfen nicht zulassen, dass die Grenzen zwischen Verbündeten wieder geschlossen werden, und zwar weder tatsächlich noch gedanklich. In dieser Dimension kann man die Westgrenze Polens der Ostgrenze (zu Russland/Belarus) gegenüberstellen. Eine vollkommen offene einer fast vollständig geschlossenen Grenze.

Polen und Deutschland stellen sich gemeinsam einem zeitgenössischen Tyrannen entgegen. Und das schließt die offenen Rechnungen des 2. Weltkriegs endgültig ab. Ihre erneute Thematisierung nach acht Jahrzehnten ist nichts weiter als Stimmungsmache. Das vereinte und sich einende Europa muss verteidigt werden. Zu verteidigen ist die Ukraine mit ihrer, uns gegenüber, offenen Grenze.

Warschau, März 2025

Zbigniew Gluza

Einleitung

Im Mai 1945 endete in den Territorien von Polen und Deutschland der 2. Weltkrieg. Die Aggression gegen Polen im September 1939 und die Verbrechen des Dritten Reiches während der Besatzung führten zu einem weit verbreiteten Hass auf die Deutschen. Das am 2. August 1945 unterzeichnete Potsdamer Abkommen bestätigte die Westgrenze Polens (die über 100.000 Quadratkilometer bislang deutsches Territorium einschloss), gewährte den Polen ganz Stettin (Szczecin), ohne die Stadt in einen polnischen und einen deutschen Teil aufzuteilen, und ermöglichte die Enteignung und Aussiedlung der Deutschen aus den ihnen genommenen Gebieten. Im September kam es noch zu einem geringfügigen Gebietstausch zwischen Polen und Deutschland, und ab dem 4. Oktober 1945 galt die neu abgesteckte Grenze offiziell. Die Grenzfrage wurde schnell zu einem Eckpfeiler der Politik des kommunistischen polnischen Staates. Eine der drei Fragen eines Referendums am 30. Juni 1946 lautete: „Sind Sie für einen dauerhaften Verlauf der Westgrenzen des polnischen Staates an der Ostsee, der Oder und der Lausitzer Neiße?“

Im Juni 1946 begann Edmund Osmańczyk, ein polnischer Kriegsberichterstatter und Aktivist des in der Vorkriegszeit bestehenden Bunds der Polen in Deutschland, eine Artikelreihe in der Zeitschrift „Przekrój“ mit dem Titel *Die Angelegenheiten der Polen (Sprawy Polaków)* zu veröffentlichen, die noch im selben Jahr als Buch erschien und die Zensur passierte. In einem seiner Texte schrieb Osmańczyk: „Keine Zollkriege, keine Boykotte, keine antideutschen Kundgebungen, sondern wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, ja, auch kulturelle! Wenn wir stark genug sein werden, die Deutschen in gutnachbarschaftliche Beziehungen mit uns zu zwingen, dann wird das für die Welt der beste Beweis für eine stabile Oder-Neiße-Grenze sein. [...] Wenn wir in der Opposition zu Deutschland bleiben, werden wir allein und schwach sein. [...] Einen Nachbarn mit 70 Millionen Einwohnern zu boykottieren, ihm dreißig Jahre lang Verachtung und Hass entgegenzubringen, wird uns weder einen direkten Nutzen bringen, noch wird es uns einen guten Ruf in der Welt verschaffen. Was uns also bleibt, ist ein Weg, der emotional der unangenehmste und

verstandesmäßig der schwierigste ist, nämlich eine friedliche Zusammenarbeit mit Deutschland.“

Deutschland als Staat wurde damals von den Alliierten in vier Besatzungszonen aufgeteilt: die sowjetische, die amerikanische, die britische und die französische. In den von den westlichen Staaten kontrollierten Zonen (Trizone) wurde 1949 die Bundesrepublik Deutschland (BRD) gegründet, in der sowjetischen Zone die Deutsche Demokratische Republik (DDR). Die Bundesrepublik Deutschland mit der Hauptstadt Bonn war eine parlamentarische Republik nach demokratischen Grundsätzen, während die DDR mit ihrer Hauptstadt Ost-Berlin von Anfang an eine „sozialistische Republik“ war, also eine kommunistische Diktatur nach sowjetischem Vorbild. Die Trennungslinie zwischen den beiden deutschen Staaten wurde auch durch die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Militärblöcken markiert: Die Bundesrepublik trat 1955 der NATO bei und die DDR 1956 dem Warschauer Pakt. 1961 wurde die ehemalige deutsche Hauptstadt von der Berliner Mauer durchschnitten, die Ost-Berlin und die DDR von West-Berlin, einer Enklave in der DDR, trennte.

Die Beziehungen Polens zur Bundesrepublik Deutschland wurden von der Teilung der Welt und von dem Kalten Krieg geprägt, während mit der DDR, Freundschaft und Zusammenarbeit gepflegt werden sollten. Am 6. Juli 1950 wurde in Görlitz (Zgorzelec) das *Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze* unterzeichnet. Der Text des *Abkommens* selbst bezog sich auf die polnisch-deutsche Staatsgrenze, nicht etwa auf die Grenze „zwischen Polen und der DDR“. Tatsächlich unterzeichneten die Vertreter der DDR das Abkommen im Namen ganz Deutschlands, da sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik Deutschland sich als alleinige Vertreter des deutschen Staates betrachteten; außerdem bestanden zu diesem Zeitpunkt keine diplomatischen Beziehungen zwischen ihnen.

In der Bundesrepublik Deutschland herrschte unterdessen Einigkeit darüber, dass der Grenzverlauf nur in einem künftigen deutsch-polnischen Friedensvertrag endgültig festgelegt werden könne. Der westdeutsche Bundestag betonte noch vor der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Polen und der DDR in einer EntschlieÙung: „Die deutschen Gebiete östlich von Oder und NeiÙe wurden – als Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands – nur zur vorläufigen Verwaltung an die Republik Polen übergeben. Dieses Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands.“

Bei der ersten Bundestagswahl nach dem Krieg im August 1949 setzte sich die Koalition aus Christlich Demokratischer Union und Christlich Sozialer Union (CDU/CSU) gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) durch und Konrad Adenauer wurde der erste Bundeskanzler der BRD; er übte dieses Amt bis 1963 aus. In der damaligen geopolitischen Situation bemühte sich Adenauer um gute Beziehungen sowohl zu den westeuropäischen Ländern, vor allem zu Frankreich, als auch zur UdSSR (1955 wurden diplomatische Beziehungen zwischen Bonn und Moskau aufgenommen). Da die deutsche Wiedervereinigung und die endgültige Regelung der Grenzfragen seiner

Meinung nach in weiter Ferne lagen, zeigte der Bundeskanzler kein besonderes Interesse an Polen. Als Adenauer im Sommer 1960 Ehrenmitglied des Ordens der Brüder vom Deutschen Hospital Sankt Mariens in Jerusalem (gemeinhin als Deutscher Orden bekannt) wurde und beim Staatsakt zum runden Jahrestag der Schlacht bei Tannenberg (Grunwald) einen mittelalterlichen Ordensmantel anlegte, weckte dies in Polen negative Assoziationen und führte zu Anspielungen.

Ein wichtiger Faktor im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland waren Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre die Verbände der Vertriebenen, also der Deutschen, die durch ihre Flucht vor der vorrückenden Roten Armee in der Endphase des 2. Weltkriegs (circa 6 Millionen Menschen) und die Massenausiedlung aus Polen als Folge des Potsdamer Abkommens (circa 3,5 Millionen) in die Bundesrepublik Deutschland gekommen waren. Laut einer Volkszählung im Februar 1946 lebten fast 2,3 Millionen Deutsche in den vormals deutschen Gebieten, die Polen durch das Potsdamer Abkommen zugesprochen worden waren. Diese Zahlen waren zu niedrig angesetzt; bei der Volkszählung wurden die Deutschen in Lagern oder anderen Internierungsorten nicht erfasst, manche wurden von ihren Arbeitgebern nicht gemeldet, und bei einem weiteren Teil von ihnen war der Status noch nicht geklärt. In der Bundesrepublik Deutschland gründeten die Vertriebenen Landsmannschaften und bildeten zudem politische Organisationen, die für ihre Rechte kämpfen sollten. Hauptorganisation wurde der 1957 gegründete Bund der Vertriebenen.

Die Vertriebenen erklärten zwar nicht ihre Feindschaft gegenüber den Ostblockstaaten, verzichteten aber auch nicht auf ihre Rechte, was in der am 5. August 1950 in Stuttgart unterzeichneten *Charta der Heimatvertriebenen* bestätigt wurde: „Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. [...] Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, dass das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.“ Gleichzeitig erklärten die Vertriebenen ihren Verzicht auf „Rache und Vergeltung“ und verpflichteten sich, alle Initiativen auf dem Weg zum Aufbau eines grenzenlosen, vereinten Europas zu unterstützen. Die aufeinanderfolgenden Regierungen unterstützten die Vertriebenen, und alle politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland erkannten ihr „Recht auf Heimat“, das in Zukunft erfüllt werden sollte, als unantastbar an.

Im kommunistischen Polen galt der Bund der Vertriebenen als ein Zusammenschluss von Revisionisten und Militaristen, die davon träumten, die polnischen Nord- und Westgebiete vom Land abzutrennen. Die Propaganda behauptete, dass sogar das Grundgesetz, die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, von der Existenz des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 spreche. Der Absatz 1 des Artikels 116 diente viele Jahre lang als Argument für vermeintlich imperiale und revisionistische Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland, obwohl er in Wirklichkeit nur definierte, wer im Sinne der Verfassung ein Deutscher war, nämlich „wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder

als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

In der Volksrepublik Polen führten der Oktober 1956 und die Machtübernahme durch Władysław Gomułka zu einer teilweisen Öffnung des Landes gegenüber dem Westen. Ausländern war es nun möglich, nach Polen zu kommen, und Polen durften ausländische Kontakte knüpfen. Auf beiden Seiten nutzten diese Möglichkeit hauptsächlich Publizisten, Schriftsteller und Personen, die mit der Kirche verbunden waren. Ein Kreis polnischer katholischer Laien, der sich um die Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ und die Monatsschrift „Znak“ scharte, gründete 1956 den Gesamtpolnischen Klub der progressiven katholischen Intelligenz, und die Lockerung des repressiven politischen Systems führte dazu, dass sie zu den Parlamentswahlen 1957 zugelassen wurden.

Einer der fünf Abgeordneten der Znak-Gruppe im Sejm der Volksrepublik Polen war der Publizist Stanisław Stomma, der 1958 in „Tygodnik Powszechny“ schrieb: „Wir sind gegenüber den Deutschen in einem Maße stark, wie wir es vielleicht seit dreihundert Jahren nicht mehr waren. [...] Polen ist heute in seinen Beziehungen zu Deutschland nicht isoliert. Es ist eingebunden in ein Bündnissystem (Warschauer Pakt), das eine Aggression von Seiten Deutschlands praktisch unmöglich macht. [...] Es geht um eine aktive Haltung gegenüber historischen Prozessen, um ein bewusstes geschichtliches Handeln. In unseren Beziehungen zu Deutschland waren wir stets die geschädigte Partei und das Ziel von Angriffen. Wenn es also darum geht, einen Durchbruch in den gegenseitigen Beziehungen zu erzielen, fällt dem deutschen Partner die Führungsrolle zu, aber die Erfahrungen der Vergangenheit [...] berechtigen uns nicht zur Passivität. In der deutschen Frage sollten wir eine proaktive Haltung einnehmen und unser eigenes Konzept für eine Neugestaltung der Beziehungen in der Zukunft haben.“ Bei mehreren Besuchen in der Bundesrepublik Deutschland führte Stomma Gespräche auf höchster Ebene.

In den späten 50er und frühen 60er Jahren wurden die Stimmen der Kirchen in beiden Ländern immer lauter. Ab 1958 war die protestantische Aktion Sühnezeichen gleichzeitig in der BRD und in der DDR aktiv. Sie war damals die einzige deutsche Organisation, die öffentlich von der deutschen Schuld am 2. Weltkrieg sprach und Wiedergutmachung für das von den Deutschen zugefügte Leid forderte. Am 6. November 1961 veröffentlichte die evangelische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland das *Tübinger Memorandum*, in dem die Frage nach der Grenze an Oder und Lausitzer Neiße aufgeworfen wurde: „Die öffentliche Anerkennung dieser Grenze [...] könnte unsere Beziehungen zu Polen entscheidend entlasten, unseren westlichen Verbündeten das Eintreten für unsere übrigen Anliegen erleichtern und der Sowjetunion die Möglichkeit nehmen, Deutschland und Polen gegeneinander auszuspielen.“ Am 1. Oktober 1965 stellte die evangelische Kirche die Forderung auf, die Grenzfrage abschließend zu klären: „Daher gilt es, einen Ausgleich zu suchen, der eine neue Ordnung zwischen Deutschen und Polen herstellt. Damit wird nicht gerechtfertigt, was in der Vergangenheit geschehen ist, aber das friedliche Zusammenleben beider Völker für die Zukunft ermöglicht.“

Am 18. November 1965 erfolgte die *Botschaft der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Brüder in Christi Hirtenamt*. Die polnischen Bischöfe, die auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil versammelt waren, schrieben: „Die Belastung der beiderseitigen Verhältnisse ist immer noch groß und wird vermehrt durch das sogenannte «heiße Eisen» dieser Nachbarschaft. Die polnische Westgrenze an Oder und Neiße ist, wie wir wohl verstehen, für Deutschland eine äußerst bittere Frucht des letzten Massenvernichtungskrieges zusammen mit dem Leid der Millionen von Flüchtlingen und vertriebenen Deutschen.“ Am Ende der *Botschaft* fielen die historischen Worte: „gewähren wir Vergebung und bitten um Vergebung“. Der damalige Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR), Władysław Gomułka, startete eine Verleumdungskampagne gegen die katholische Kirche, wobei ihn die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung unterstützte. Diese eine Formulierung war für die Mehrheit der Polen inakzeptabel. Die einzigen Kreise in Polen, die zu einer echten deutsch-polnischen Verständigung bereit waren, waren die Gruppen, die mit der Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ und den Klubs der katholischen Intelligenz verbunden waren.

In den 60er Jahren erlebten die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland eine Welle des Interesses an der polnischen Kultur. Literatur, Film und Theater wurden zum Aushängeschild des traditionell vernachlässigten Nachbarn. Das Interesse an Polen erleichterte es den Deutschen, allmählich den Verlust der Gebiete jenseits der Oder und der Lausitzer Neiße zu akzeptieren. Auch unter westdeutschen Politikern reifte die Überzeugung, dass diese Frage durch die Unterzeichnung eines entsprechenden Vertrags endgültig abgeschlossen werden sollte. Zumal im Herbst 1969 in der Bundesrepublik die 20-jährige Regierungszeit der Christdemokraten, die Polen oft gleichgültig gegenüberstanden, zu Ende ging und Willy Brandt von der SPD neuer Bundeskanzler wurde. Bereits am 7. Dezember 1970 besuchte Brandt als erster Bundeskanzler in der deutschen Nachkriegsgeschichte Warschau und unterzeichnete dort den *Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen* (seit der Unterzeichnung des *Vertrags* wird der westdeutsche Staat in der Volksrepublik Polen nicht mehr mit der Abkürzung NRF, sondern RFN bezeichnet). Die Parteien bekräftigten „die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft“ und erklärten, dass „sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden“.

Die polnischen kommunistischen Regierungen glaubten nicht an die Beständigkeit der DDR als Staat, so dass die jahrelange Nichtanerkennung der polnischen Westgrenze durch die BRD für sie nicht nur eine reine Propagandaangelegenheit war, sondern in hohem Maße eine Existenzfrage für das eigene Land. Die Anerkennung der Grenze durch Brandt war somit ein Wendepunkt in den polnisch-westdeutschen Beziehungen.

Eine Woche nach der Unterzeichnung des *Vertrags* wurde die Volksrepublik Polen von Arbeiterprotesten in Pommern erschüttert, die zu einem

Regierungswechsel führten. Edward Gierek stand nun an der Spitze des Staates. Die Ost-West-Entspannung wirkte sich positiv auf das Klima in den Beziehungen Polens zu beiden deutschen Staaten aus. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Ratifizierung des *Vertrags* allerdings lange hinausgezögert. Bei der Schlussabstimmung am 17. Mai 1972 enthielten sich die deutschen Christdemokraten. Für Frustration auf polnischer Seite sorgte eine Entschließung des Bundestags, in der es hieß, die Bundesrepublik habe den Vertrag nur „in ihrem eigenen Namen“ unterzeichnet: „Diese Verträge nehmen die Regelungen eines künftigen Friedensvertrages für ganz Deutschland nicht vorweg und stellen keine Rechtsgrundlage für die derzeit bestehenden Grenzen dar.“

Dennoch wurden im selben Jahr offiziell diplomatische Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen und gemeinsame Initiativen ins Leben gerufen, wie zum Beispiel die Deutsch-Polnische Schulbuchkommission (1972). Die Polen zeigten ein wachsendes Interesse an der deutschsprachigen Literatur und am Theater, und auch die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit durch die Deutschen wurde gewürdigt.

Am 1. August 1975 unterzeichnete Edward Gierek eine Vereinbarung mit Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD): Die Bundesrepublik Deutschland gewährte der Volksrepublik Polen einen günstigen Kredit in Höhe von 1 Milliarde DM (und 1,3 Milliarden DM für Rentenzahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter im Dritten Reich), im Gegenzug sollte Polen innerhalb von vier Jahren 125.000 polnischen Deutschen die Ausreise in die Bundesrepublik ermöglichen. Tatsächlich verließen bis 1979 mehr als 90.000 Deutsche Polen, im folgenden Jahrzehnt waren es noch einmal über 630.000.

Gleichzeitig bemühte sich Gierek um die Belebung der umfassenden Zusammenarbeit mit der DDR. Am 1. Januar 1972 wurde die Grenze zwischen Polen und der DDR weitgehend geöffnet: Jeder polnische Staatsangehörige konnte sie allein mit seinem Personalausweis passieren. Im ersten Jahr besuchten Polen die DDR mehr als 9,4 Millionen Mal, DDR-Bürger unternahmen 6,7 Millionen Besuche. Die Aufhebung von Zoll- und Devisenbeschränkungen belebte den illegalen Währungsumtausch, den Handel und auch den Schmuggel verschiedener Waren aus der DDR nach Polen. Faktisch wieder geschlossen wurde die Grenze zwischen Polen und der DDR am 30. Oktober 1980 als Reaktion auf die Entstehung der „Solidarność“, die die Regierung der DDR mit Gewalt niederschlagen wollte.

Bereits die ersten polnischen Oppositionsgruppen, die in der zweiten Hälfte der 70er Jahre im Untergrund entstanden, suchten nach Wegen, die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern und die „deutsche Frage“ von der „polnischen Frage“ abhängig zu machen. Es ging darum, eine größere Unabhängigkeit vom sowjetischen Hegemonen zu erlangen. Die zur Jahreswende 1975/76 von Zdzisław Najder im Untergrund gegründete Polnische Unabhängigkeitsallianz (Polskie Porozumienie Niepodległościowe) bezog sich in ihrem Programm von 1976 auf das Verhältnis zu Westdeutschland: „Die deutsch-polnischen Beziehungen, die durch das ungeheure Unrecht, das Polen im letzten Krieg durch die Deutschen erlitten hat, belastet sind, werden durch einen

weiteren Faktor behindert. Um nämlich der Gesellschaft zu beweisen, dass ständige militärische Bereitschaft, ein kostspieliges Bündnis mit der UdSSR und die Aufrechterhaltung der Roten Armee mit vielen tausenden Soldaten auf unserem Territorium für die Sicherheit des polnischen Staates notwendig sind, übertreibt die von Moskau gesteuerte Parteipropaganda die Gefahr des deutschen Revisionismus und verschweigt der Öffentlichkeit viele Tatsachen, wie die spontane Herausbildung von Meinungen und Stimmungen in der Bundesrepublik Deutschland, die eine weitreichende Verständigung möglich macht. Es entsteht die paradoxe Situation, dass der polnischen Gesellschaft Zeichen der Sühne seitens der deutschen Gesellschaft verheimlicht werden. Dies führt zu einer Einschränkung der Möglichkeiten, dass sich freundschaftliche Haltungen gegenüber Polen in der Bundesrepublik Deutschland entwickeln, und zum Verzicht auf eine dauerhafte und tiefgreifende Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen. Ein umfassender gegenseitiger Informationsfluss, ein freier Austausch von Menschen und Ideen sind der einzige Weg, um jahrhundertalte Streitigkeiten zu beenden.“

Hätte die Bundesrepublik Deutschland die Unveränderlichkeit der polnischen Westgrenze bedingungslos anerkannt und die Integration in die Europäische Gemeinschaft fortgesetzt, schrieb Najder 1978 konspirativ, „könnten die Polen [...] anerkennen, dass die deutsche Wiedervereinigung im polnischen Interesse liegt. [...] Indem wir Verständnis für die deutschen Bestrebungen zeigen und gleichzeitig ein klares Gefühl für unsere eigenen Interessen haben, können wir die künftige Gestaltung wirklich gutnachbarschaftlicher Beziehungen erleichtern. Um der Zukunft willen sollten wir uns dazu durchringen, großzügig Vorurteile und Ängste zu überwinden.“

Auch andere Vertreter der demokratischen Opposition begannen, sich für eine Entlastung der deutsch-polnischen Beziehungen einzusetzen. Im Juni 1981 schrieb Jan Józef Lipski in seinem Essay *Zwei Vaterländer – Zwei Patriotismen* (*Dwie ojczyzny – dwa patriotyzmy*): „Im polnischen Bewusstsein über unsere historischen Beziehungen zu Deutschland hat sich eine Masse von Mythen und falschen Vorstellungen gebildet, die eines Tages richtiggestellt werden müssen – im Namen der Wahrheit und um uns selbst zu heilen: Falsche Vorstellungen über unsere eigene Geschichte sind eine Krankheit des Geistes der Nation [...]. Fast alle Polen (auch die Gebildeten!) glauben heute, dass wir nach dem 2. Weltkrieg in Gebiete zurückgekehrt sind, die uns von den Deutschen genommen worden waren. [...] Wir sollten alles in unserer Macht Stehende tun, um von unserer Seite aus, optimale Bedingungen für die Versöhnung unserer Völker zu schaffen.“

Die deutsche Bundesregierung wollte sich gegenüber der Situation in Polen weiterhin neutral verhalten, um die Errungenschaften ihrer Ostpolitik und ihrer Zusammenarbeit mit den Sowjets und den Vertretern der Volksrepublik nicht zu gefährden. Als Bundeskanzler Helmut Schmidt von der Verhängung des Kriegsrechts in Polen erfuhr, äußerte er die Hoffnung, „dass es dem polnischen Volk gelingen möge, seine Probleme zu lösen“. Er fügte hinzu: „Sie bestehen schon seit sehr langer Zeit. Und schließlich sind die Möglichkeiten der

wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung Polens durch andere Länder nicht unbegrenzt.“ Fünf Tage später erklärte er im Bundestag: „Deutsche dürfen sich noch immer nicht zum Richter über Polen aufwerfen, noch immer nicht!“ Der Oppositionsführer Helmut Kohl antwortete ihm: „Herr Bundeskanzler, [...] Sie glauben doch nicht im Ernst, dass irgendein polnischer Bürger meint, wir würden uns in die inneren Angelegenheiten der stolzen Polen einmischen, wenn wir heute gegen Unrecht protestieren, das dort geschieht. Die Leute warten auf das Wort der Sympathie von uns.“ In einer EntschlieÙung, in der die Aufhebung des Kriegsrechts gefordert wird, die aber von der Regierungskoalition aus SPD und der Freien Demokratischen Partei (FDP) abgelehnt wurde, bezeichneten die deutschen Christdemokraten die Politik der Bundesregierung gegenüber der Volksrepublik als «schwach» und «opportunistisch». Die Position der SPD wurde in diesen Tagen von dem Journalisten und SPD-Politiker Egon Bahr kommentiert: „Der Frieden in der Welt ist wichtiger als Polen.“

Anders sah die Reaktion der westdeutschen Zivilgesellschaft aus. Angesichts der Berichte über die Situation in Polen starteten bereits 1980 viele Deutsche private Initiativen, um den Polen zu helfen: Nach Polen geschickte Pakete waren ein fühlbarer Ausdruck der Solidarität mit dem unterdrückten Land. Nach der Verhängung des Kriegsrechts verabschiedete der Bundestag eine EntschlieÙung, in der die Bürger aufgerufen wurden, menschliche und moralische Solidarität mit dem polnischen Volk zu zeigen. Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland standen den Polen mit materieller Hilfe zur Seite, indem sie großumfänglich Hilfstransporte organisierten und während des Kriegsrechts etwa 8,5 Millionen Pakete verschickten. Der Bundestag befreite alle Hilfssendungen nach Polen von den Postgebühren.

Im Herbst 1982 zerbrach die Regierungskoalition in der Bundesrepublik Deutschland, und Helmut Kohl wurde neuer Bundeskanzler. In einer Regierungserklärung forderte er: „Wir fordern, das Kriegsrecht aufzuheben, alle Verhafteten zu entlassen, den Dialog mit der Kirche fortzuführen und das Verbot der «Solidarność» wieder aufzuheben. Das Verbot der unabhängigen Gewerkschaft «Solidarność» ist nicht nur ein Bruch gegebener Versprechen der polnischen Regierung, nicht nur ein Verstoß gegen die Schlussakte von Helsinki, sondern auch ein kalter Handstreich gegen das polnische Volk.“

Noch vor der Aufhebung des Kriegsrechts traf sich der Publizist Artur Hajnicz als Vertreter der polnischen demokratischen Opposition am 30. Juni 1983 in der Bundesrepublik Deutschland vertraulich mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Alois Mertes. Während des Gesprächs erklärte er, dass die polnische Opposition – im Gegensatz zur Regierung – eine Wiedervereinigung Deutschlands unter der Bedingung akzeptiere, dass die polnische Westgrenze endgültig anerkannt werde. Mertes hielt die Ansichten der polnischen Opposition für interessant, wenn auch einer sorgfältigen Prüfung bedürftig. Er versprach Hajnicz die Suche nach einer „flexibleren Formel“ für die Beziehungen mit dem Osten, die „auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker“ beruhen sollte.

Im Dezember desselben Jahres erklärte Alois Mertes in einem Schreiben als Antwort auf eine Anfrage im Bundestag, dass 91 Prozent der Bevölkerung der polnischen Westgebiete Polen seien, von denen die Hälfte bereits dort geboren worden sei; den Rest würde die deutsche Minderheit ausmachen. Die demokratische Opposition in Polen wertete Mertes' Worte als Bestätigung der polnischen Rechte an diesen Gebieten, die Regierung hingegen sah in der Thematisierung der deutschen Minderheit einen empörenden Beleg für westdeutsche revisionistische Tendenzen. Der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban bezeichnete „derartige Forderungen“ als „Bruch der Vereinbarungen von 1970“, und der stellvertretende Außenminister Józef Wiejacz versicherte, dass die Existenz einer über eine Million Personen zählenden deutschen Minderheit in der Volksrepublik Polen „reine Fantasie“ sei.

Anfang 1984 nahm der Dialog zwischen der deutschen Bundesregierung und der polnischen demokratischen Opposition fast die Form einer ständigen Verständigung an. Ab diesem Zeitpunkt berichten wir über den Verlauf der demokratischen deutsch-polnischen Zusammenarbeit.

Aleksiej Rogozin

Vorboten

JANUAR 1984

MÄRZ 1989

Im Orwell-Jahr 1984 gilt der Vertrag von Jalta allgemein als unantastbar, einschließlich der Teilung Deutschlands. In Bonn regiert seit 1982 eine Koalition aus CDU/CSU und FDP mit Helmut Kohl als Kanzler. An der Spitze der DDR steht, seit 1976 Erich Honecker, Vorsitzender des Staatsrates und Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). In der Volksrepublik Polen ist der erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) und Premierminister Wojciech Jaruzelski, der kurz zuvor das Kriegsrecht verhängt hat.

Die kommunistische Propaganda droht mit dem westdeutschen „Revanchismus“ und „Imperialismus“, der Einverleibung der DDR durch die BRD und einer Infragestellung der Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße. Die Regierung in Warschau reagiert scharf auf die Aktivitäten der Bonner Regierung. Aber in Kreisen der polnischen demokratischen Opposition wird die Überzeugung immer stärker, dass die Wiedergewinnung der polnischen Unabhängigkeit von der Überwindung der deutsch-polnischen Feindschaft und der Wiedervereinigung Deutschlands abhängt. Seit Mitte der achtziger Jahre streben die offiziellen Stellen der BRD und die polnische Opposition eine Annäherung an.

**Tadeusz Chrzanowski, Schriftsteller und Kunsthistoriker,
unter dem Pseudonym Józef Szrett in der Pariser
Zeitschrift polnischer Emigranten „Kultura”**

——— In den letzten Jahren hat die Abneigung und Feindseligkeit der Polen gegen die Deutschen viel an Schärfe verloren. Nicht nur die schon erwähnte Hilfe (die in der Volksrepublik Polen sogenannten „Fallschirmabwürfe” [während des Kriegsrechts]) hat Dankbarkeit geweckt [...]. Die Bundesrepublik ist zugleich zu einem Mekka für alle geworden, denen es in Polen nicht so sehr zu eng, als zu mager geworden ist. Sie erscheint als ein Eldorado des Wohlstands. Ein monströser Witz aus der letzten Zeit hat dies in die Form der Ratselfrage gefaßt: Was ist der Unterschied zwischen der deutschen und der sowjetischen Besatzung? Antwort: Unter der sowjetischen wird man leider nicht zur Arbeit nach Deutschland verschleppt. [...]

Der heutige Pole hat die Deutschen nicht liebgewonnen, aber er hat nicht aufgehört, ihren hohen Zivilisationsstandard zu bewundern und, was am wichtigsten ist, er hat sich von der Furcht vor ihnen befreit. [...] Die Polen wissen zu wenig über Deutschland, sie werden Tag für Tag mit verfälschter Geschichte gefüttert, und selbst vereinzelt fehlt es an redlicher Information über die Gegenwart und die Kultur dieses Landes. [...] Wir sollten über die Deutschen ohne Komplexe reden und schreiben – und so ausführlich, daß sich bei dem Mann von der Straße nicht die Vorstellung herausbildet, diese Nation bestehe aus den Kreuzrittern, den Verfechtern des Kulturkampfes, den Nazi-Henkern und jenem grotesken Schatten der Vergangenheit: den „Revisionisten” von den Landsmannschaften.

Anfang 1984

[33]

**Edmund Osmańczyk, Schriftsteller und überparteilicher
Sejm-Abgeordneter, in einem Redebeitrag auf einer
Konferenz in Instytut Śląski (Schlesisches Institut)**

——— Wir müssen uns zwei grundlegende Fragen stellen: Was wird Deutschland weiter tun? Und was können wir zur Verbesserung der Beziehungen Polens



1980er Jahre. Bewohner der Bundesrepublik Deutschland
schicken Pakete mit Hilfsgütern nach Polen

FOT. KAZIMIERZ SEKO / OŚRODEK KARTA

mit den beiden deutschen Staaten tun? Ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit und Passivität wäre ganz einfach Selbstmord.

Auf die erste Frage ist meine Antwort seit 40 Jahren dieselbe: Unsere Nachbarn hinter Oder und Elbe haben sich bereits mit der Oder-Neiße-Grenze abgefunden. Mit der Teilung Deutschlands werden sie sich aber nicht abfinden. [...] In Zeiten der Telekommunikation über Rundfunk und Fernsehen lebt das deutsche Volk, sogar ohne notwendige Satellitenantennen, täglich seit fast 40 Jahren immer noch in demselben zivilisatorischen Kulturkreis und hat gelernt, trotz der Systemunterschiede zwischen der DDR und der BRD auf der Unversehrtheit der gemeinschaftlichen Nation zu beharren.

[...]

Lassen Sie es uns offen sagen, dass die Gefahr einer Revision der Grenzen seit fast 40 Jahren als unsere innerpolnische Vogelscheuche dient, mit der den jeweiligen Generationen für verschiedene innenpolitische Zwecke gedroht wird.

Oppeln, Ende März 1984

[3]

Konstanty Gebert, Publizist, unter dem Pseudonym Dawid Warszawski in der Untergrundschrift „KOS“

——— An ein wiedervereinigtes Deutschland konnte niemand in Europa ohne Grusel und Schrecken denken; noch allzu frisch war die Erinnerung an zwei von diesem Staat entfesselte Kriege. In dieser Situation blieb die militärische Macht der Sowjets [...] der einzige Garant des territorialen Status quo in den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches. [...]

Die Generation des 2. Weltkrieges ist im Aussterben begriffen. Jenseits von Oder und Elbe haben wir es mit Menschen zu tun, die keinerlei persönliche Verantwortung für das Übermaß der während dieses Krieges am polnischen Volk begangenen Verbrechen tragen. Es wird Zeit, die Beziehungen mit ihnen zu regeln. Sich auf das in einem Teil der deutschen Gesellschaft weiterhin lebendige Gefühl der Schuld zu berufen, scheint mir allerdings ein überaus verfehlter Gedanke zu sein. [...] Emotionale Ressentiments sind nie eine gute Basis zur Verständigung.

Dagegen meine ich, wir sollten alles in unseren Kräften Stehende tun, um die Geschichte der Beziehungen zwischen unseren Völkern von Lügen zu befreien.

Warschau, 9. April 1984

[35]

Aus der Debatte im Bundestag

——— **Hans-Dietrich Genscher, Außenminister:** Die europäische Geschichte ist immer wieder bestimmt gewesen – und zwar negativ bestimmt gewesen – durch die Ausübung von Unrecht und Gegenunrecht. Wir alle sind uns bewußt, daß das polnische Volk nicht nur das erste Opfer des von Hitler 1939 begonnenen Krieges war, sondern auch in besonderer Weise unter diesem Krieg und unter der Besetzung hat leiden müssen. Wir alle sind uns auch der Tatsache bewußt, daß viele unserer deutschen Mitbürger aus den Ostgebieten durch den

Tatbestand der Vertreibung Unrecht für sich haben erleiden müssen. Ich habe es immer als die historische Bedeutung des deutsch-polnischen Vertrages* betrachtet, daß – vielleicht zum erstenmal in der europäischen Geschichte – der Teufelskreis der Aufrechnung des einen Unrechts gegen das andere durchbrochen wurde (*Beifall bei der FDP und der Oppositionspartei SPD*). Dieses Bewußtsein, das heute das Bewußtsein eigentlich aller unserer Bürger ist, sollte unser Verhalten und auch unsere zukünftige Einstellung zur polnischen Westgrenze bestimmen.

Antje Huber, Abgeordnete der SPD: Im Polen-Vertrag haben wir uns unmißverständlich und ohne Vorbehalt zu den jetzigen Grenzen bekannt. Das haben wir nicht in leichtfertiger Freude darüber getan, daß unsere Ostgebiete verlorengegangen sind. [...] Der Verlust der Heimat hat wehgetan**. [...] Die neuen Grenzen das Ergebnis eines Krieges sind, den nicht die Polen verschuldet haben. Ich möchte nicht, daß wir durch solche Diskussionen einen neuen Streit aufreißen und eine Gefahr heraufbeschwören, in der schließlich mehr Menschen umkommen könnten, als in den Grenzen von 1937 gelebt haben.

Herbert Czaja, Abgeordneter der CDU/CSU, Präsident des Bundes der Vertriebenen: Nach Völker- und Verfassungsrecht ist die deutsche Frage offen, einschließlich der Gebiete östlich von Oder und Neiße. [...] Art. 1 des Warschauer Vertrages [1970] beschreibt eine Lage, anerkennt sie aber nicht. Sie beschreibt, was gegenwärtig die bestehende Grenzlinie bildet, sagt aber nicht, daß sie die Grenze ist. Bei Verträgen von politischer Natur verpflichtet nur der eindeutige Wortlaut zum Handeln. Eine Anerkennungsverpflichtung ist in der Beschreibung nicht enthalten, [...] wohl aber die Verpflichtung zum Unterlassen der Gewalt. [...] Die Präambel des Grundgesetzes gebietet, die nationale und staatliche Einheit bis zu frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelungen und einer freien Entscheidung des ganzen deutschen Volkes zu wahren.

Bonn, 7. Juni 1984

[8]

Józef Glemp, Primas von Polen, in einer Predigt in Jasna Góra, dem Wallfahrtsort der Schwarzen Madonna in Tschenstochau

——— Wir wollen die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen immer im Lichte der Lehre von der Klarheit der Kirche betrachten [...]. Das gegenseitige Verständnis der übergeordneten Anweisungen des Evangeliums lässt die berechtigten Rechte der Völker keineswegs verblassen. [...]

Bei meinem letzten Besuch der Kirchen in Essen, Straelen, Kevelaer und Paderborn [in der BRD] erfuhr ich soviel Wohlwollen, sowohl von Seiten der Geistlichkeit als auch der Gläubigen. [...] Neben dieser allgemeinen Stimmung des Wohlwollens, geschaffen durch das Leben der Kirche, kann man aber auch Reaktionen des Unwillens, des Grolls, des Gefühls ungerechter Behandlung

* Gemeint ist der *Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen* vom 7. Dezember 1970.

** Die Journalistin und Politikerin Antje Huber wurde 1924 in Stettin geboren.



Stettin, 22.–24. Juni 1984. Zweites Treffen der Freundschaft der Jugend Polens und der DDR, organisiert vom Westpommerschen Fähnlein des Polnischen Pfadfinderverbandes im Stadtstadion

FOT. GRZEGORZ ROGIŃSKI / PAP

bemerken – inspiriert aus einer anderen Quelle, was schließlich auch im Lebensbereich der Kirche sein Echo findet. Inmitten des Spaliers von Gläubigen kam irgendwo eine schon ältere Dame auf mich zu und bat mich, ich solle mich bemühen, dass den Deutschen in Polen kein Leid geschieht, dass sie gerecht behandelt werden. Ich fragte: Was für Deutsche, was für Unrecht denn? – Da rezitierte die alte Frau noch einmal ihre einstudierte Formel und verschwand in der Menge. [...]

Über die Zugehörigkeit zur Nation als Gemeinschaft entscheiden nicht nur persönliche Empfindungen, sondern auch die Gesetze des betreffenden Landes. Das Recht eines Landes kann seine Normen nicht auf Bürger eines anderen Landes anwenden, wenn es wirklich rechtens sein will und nicht eine auf politisches Spiel gerichtete Fiktion. In der Welt ist das Phänomen der Integration bekannt. Es beruht darauf, dass sich Ausländer in der betreffenden Nation in die Sorgen und Freuden des Landes als Bürger einbringen. [...] Das kann langsam vor sich gehen, sich bis in die zweite und dritte Generation erstrecken, aber es bewirkt eine Integration der Menschen und die verbleibende Erinnerung an die Herkunft verblasst. Aber wenn nach vierzig Jahren, das heißt in der zweiten Generation, sich jemand immer noch als Ausländer deklariert, aber weder „seine“ Sprache und Kultur, angeblich die seiner Heimat, noch deren Brauchtum kennt, dann haben wir es mit einem künstlichen, durch eher niedrige Anreize ausgelösten Prozess zu tun – ganz einfach durch das Verlangen nach Geld, einem leichteren Leben, nach Bequemlichkeiten, und manchmal will man sich auch die Mühen des Kampfes um ein besseres Leben ersparen.

Tschenstochau, 15. August 1984

[3]

**Jan Dobraczyński, Vorsitzender der systemtreuen
Patriotischen Bewegung für Nationale Wiedergeburt
(PRON), in einem Interview in der Tageszeitung „Słowo
Powszechnie“**

——— Dem Ausbruch des Krieges [1939] ging eine monatelange Zeit steig zunehmender Spannungen voraus [...]. Auch heute empfinden wir wieder starke Spannungen. [...] Plötzlich wird [von der BRD] erklärt, dass angeblich eine Million Deutsche in Polen leben*. Am 15. August hat der Primas Kardinal Glemp in Jasna Góra diesbezüglich eine deutliche Antwort erteilt. Deutsche gibt es in Polen nicht. [...]

Die BRD stirbt als Nation aus. Jedes Jahr verliert sie dort eine Viertelmillion Einwohner. Ein Fünftel der Kindesgeburten sind Gastarbeiterkinder. Bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen demographischen Prozesse werden in fünfzig Jahren 20 Prozent der Bevölkerung türkische Einwanderer sein. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu.

Warschau, 28. August 1984

[12]

* Im Dezember 1983 sagte der Unterstaatssekretär im Außenministerium der BRD Alois Mertens im Bundestag, in Polen gebe es eine über eine Million Personen zählende deutsche Minderheit, zu deren Schutz die Regierung der BRD verpflichtet sei.

Jan Józef Lipski, Publizist und Aktivist der demokratischen Opposition, in „KOS“

— Es gibt ein untrügliches Barometer, mit dem man in Polen den Bedarf von Partei und Regierung an authentischem Kontakt mit der Bevölkerung messen kann. Die Skala dieses Barometers ist die Zahl der Angriffe in den Massenmedien gegen revisionistische Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland. [...] Das ist ein unpräzises Barometer: Störungen können zum Beispiel durch die Erwartung von Krediten aus Deutschland verursacht werden. Aber generell ist das deutsche Thema in der polnischen Propagandapraxis eine Funktion der innenpolitischen Situation und nicht der deutsch-polnischen Beziehungen. Das ist ganz einfach das einzige Thema, das entsprechend gefasst, verfärbt und unausgesprochen, Hoffnung gibt auf positive Resonanz in einem großen Teil der Gesellschaft.

[...]

Der durchschnittliche Pole erwartet heute sicher keine deutsche Okkupation in Warschau, Posen und Krakau. Aber sich eine Situation vorzustellen, in der die Deutschen nach Schlesien und Westpommern greifen würden, das scheint den Polen nicht schwerzufallen. Was für eine Chance für die Propaganda, die sich auf derartige Ängste und Befürchtungen berufen kann! [...] Der Erfolg der Manipulanten polnischer Propaganda, die uns mit einer Kette an den Kreml fesselt, oder aber deren Misslingen – das hängt in hohem Maße von den Deutschen ab.

Warschau, 24. September 1984

[20]

Heinrich Windelen, Innenminister der Bundesrepublik Deutschland, in einem Interview mit „Der Spiegel“

— Für uns sind die Grenzen, so wie sie die Alliierten – nicht Deutsche – nach dem Krieg festgelegt haben, der Ausgangspunkt für Verhandlungen. Wir wollen die Grenzen nicht wiederherstellen, sondern den Versuch machen, sie genauso zu überwinden, wie wir im Westen dabei sind, sie zu überwinden. [...] Das polnische Volk hat eine sehr wechselvolle und bedrückende Geschichte. Polen ist mehrfach von seinen Nachbarn – Rußland und Preußen – aufgeteilt worden. Es war fast 130 Jahre lang als Staat ausgelöscht. Deswegen muß man die Besorgnisse sehr wohl verstehen. Und deshalb liegt uns daran, den Polen klarzumachen, daß wir Verträge einhalten so wie sie abgeschlossen sind. Das heißt, daß wir heute und künftig als Bundesrepublik Deutschland diese Grenzen für unverletzlich halten.

Hamburg, 24. September 1984

[37]

Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Brief an Herbert Hupka, CDU-Abgeordneter, Vorsitzender der Schlesischen Landsmannschaft und stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen

— Die Teilung Deutschlands kann nur überwunden werden, wenn die Spaltung Europas überwunden wird. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. Wir

werden dabei die Geduld nicht verlieren, aber wir dürfen dafür nicht selbst Hindernisse aufbauen.

Bonn, 23. Januar 1985

[3]

Herbert Hupka in einem offenen Brief an Helmut Kohl

—— Die Vertreibung dauert nun schon vierzig Jahre an, weil den Vertriebenen bis heute ihr Recht auf Heimat verweigert wird.

Schlesien gehört historisch, geistig, kulturell, rechtlich und politisch zu Deutschland in den Grenzen von 1937. [...]

Die deutsche Frage ist offen, nur in einem Friedensvertrag kann über Gesamtdeutschland und seine Grenzen entschieden werden.

Auch der Vertrag [von 1970] erkennt weder die Annexion noch die Vertreibung und die dadurch entstandenen Grenzen an. Schlesien ist nicht nur das Heimatland der Schlesier, sondern Eigentum aller Deutschen.

Bonn, 8. Februar 1985

[22]

Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Rede im Bundestag

—— Wir alle wollen Aussöhnung und Verständigung. Wir bekräftigen jetzt und für die Zukunft den Warschauer Vertrag und die darin zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen verankerte „Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen“ [...]. Wir, die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen, haben gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche und werden solche auch in Zukunft nicht erheben. [...] In den Gebieten jenseits der polnischen Westgrenze leben heute polnische Familien, denen diese Landschaften in zwei Generationen zur Heimat geworden sind. Wir werden dies achten und nicht in Frage stellen.

Bonn, 27. Februar 1985

[9]

Zbigniew Ramotowski, Bonner Korrespondent der Zeitung „Życie Warszawy“

—— Die überwiegende Mehrheit der rheinischen Beobachter unterstreicht, dass dies die erste Verlautbarung solchen Ranges vom christdemokratischen Regierungschef ist, die so direkt, in solchem Umfang und so konkret sich auf den Wortlaut des Vertrages mit Polen bezieht [...]. Dies zeugt – wie zahlreiche Publizisten feststellen – von einer allmählichen Anpassung des christdemokratischen Kurses der sogenannten Ostpolitik an Erfordernisse des Pragmatismus und Realismus.

Bonn, 28. Februar 1985

[26]

Aus einem Kommentar in „Der Spiegel“

—— Helmut Kohl [hat sich] erstmals ohne Umschweife zur Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze bekannt. [...] Im Gegensatz zu Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Außenminister Hans-Dietrich Genscher hatte Kohl bislang peinlich jede Zusicherung vermieden, die Deutschen würden die



Warschau, Flughafen Okęcie, 25. April 1985. General Wojciech Jaruzelski, Vorsitzender des Ministerrates und Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, begrüßt Erich Honecker, den Staatsratsvorsitzenden der DDR und Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, bei dessen Besuch anlässlich der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag des Warschauer Pakts. Erster von rechts: Henryk Jabłoński, Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Polen
FOT. WOJCIECH KRYŃSKI / FORUM

polnische Westgrenze „weder heute noch morgen noch übermorgen“ [...] in Frage stellen. Stattdessen mochte sich der CDU-Kanzler nur unverbindlich zu „einem Kurs des Ausgleichs und der Verständigung“ mit Polen bekennen. [...] Die hat er jetzt nachgeliefert: „Die unübersehbare menschliche Seite“ sei doch, so Kohl letzte Woche in einem Interview mit der „Zeit“, „daß niemand jene Polen, die vor vierzig Jahren von Stalin aus Ostpolen vertrieben wurden und sich in den Oder-Neiße-Gebieten niederließen, erneut vertreiben will“.

Hamburg, 4. März 1985

[31]

Wojciech Jaruzelski, Erster Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, in seiner Rede anlässlich der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Rückkehr der polnischen West- und Nordgebiete an das Mutterland

——— Der deutsche Imperialismus hat uns immer, über seine ganze Geschichte, unermessliches Leid gebracht. Er war, ist und bleibt ein unversöhnlicher Feind Polens. Sein finstere Erbe hat den Namen des Deutschen schwer beschmutzt. Es liegt wie ein tiefer Schatten zwischen unseren Völkern.

Breslau, 7. Mai 1985

[3]

Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 40. Jahrestag der Beendigung des 2. Weltkrieges

——— Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft. [...] Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben. Als Deutsche gedenken wir in Trauer der eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei den Fliegerangriffen in der Heimat, in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind. [...]

Nicht ein Europa der Mauern kann sich über Grenzen hinweg versöhnen, sondern ein Kontinent, der seinen Grenzen das Trennende nimmt. Gerade daran mahnt uns das Ende des 2. Weltkrieges.

Bonn, 8. Mai 1985

[3]

Herbert Hupka

——— 40 Jahre Kriegsende hatte viele Köpfe beflügelt und ein Pathos des Schuldbekenntnisses ausgelöst. Ganz oder zumindest gern wurde übersehen, daß der 8. Mai 1945 nicht nur ein Jubeltag war, weil die Hitler-Diktatur und der Weltkrieg endlich ein Ende gefunden hatten, sondern auch ein Tag der Leiden für Millionen von Deutschen. Mit diesem Tag nahmen die Vertreibung, die Deportationen, die Morde [...], die Vergewaltigungen und andere Verfolgungen der Deutschen, nur weil sie Deutsche waren, ihren Anfang. Anfang einer von den Siegern, insbesondere von dem östlichen Sieger, geübten Selbstjustiz, indem das Ende des einen Elends der Beginn eines neuen Elends geworden ist. Darum konnte und durfte der 8. Mai 1945 nicht nur einseitig gesehen und beurteilt werden.

Bonn

[16]

Adam Krzemiński, Publizist

—— Vom Podium in der Hannoverschen Markthalle dirigierte er [Herbert Hupka] wirkungsvoll die auf dem Treffen [der Landsmannschaft Schlesien] Versammelten und brachte die Medien Volkspolens zur Weißglut: Schlesien bleibt unser. Hupka ließ Fahnenträger einmarschieren. Er begrüßte die prominenten Gäste. Und als der Ehrengast, Helmut Kohl, die Halle betrat, stimmten auf ein Zeichen von Hupka Tausende Kehlen das Schlesierlied an: „Wir sehn uns wieder, mein Schlesierland, wir sehn uns wieder am Oderstrand...“. Da lief einem der Schauer über den Rücken... Aber die Gespräche mit Schlesiern an den langen Tischen mit den Namen ihrer Ortschaften waren ergreifend: „Sie kennen Wałbrzych, Jedlina, Głuszyca... auch!?!“. „Ich war vor kurzem dort. Schade, dass die evangelische Kirche, in der ich konfirmiert wurde, einzustürzen droht. Wir sollten sie gemeinsam restaurieren!“

Hannover, 16. Juni 1985

[19]

Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Rede auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier

—— Die Deutschland auferlegte Teilung ist nicht natürlich. [...] Die Bundesrepublik kann und darf den bestehenden Rechtszustand nicht ändern [...]. Vom Standpunkt des Rechts und der Moral aus kann die Vertreibung von Millionen Deutschen nicht anders als Unrecht bezeichnet werden. Vom Standpunkt des Rechts und der Moral aus steht es auch außer Zweifel, dass diesem Unrecht nicht das Unrecht einer weiteren Vertreibung folgen kann. In Schlesien leben heute überwiegend polnische Familien, für die es mittlerweile zur Heimat geworden ist. Dem werden wir Rechnung tragen und das nicht in Frage stellen.

Hannover, 16. Juni 1985

[14]

Aus einem Memorandum, das von einer Gruppe deutscher Theologen, Publizisten und Historiker als Reaktion auf eine Rede von Helmut Kohl veröffentlicht wurde

—— Der Patriotismus und die Heimatliebe der Deutschen, insbesondere der 1945 aus dem Osten Vertriebenen, erfordern heute einen nüchternen, illusionsfreien historischen Blick. [...] Jede Zweideutigkeit in der Frage der Grenzen entzieht unseren Beteuerungen des Friedens ihre Glaubwürdigkeit. [...] Viel riskiert jenes Land, in dem fast alle den Polen die Hand reichen und von einem besseren, freien Europa sprechen, wobei das am lautesten jene Minderheit tut, die später die geraubten Gebiete zurückhaben will.

Frankfurt am Main, 18. Juni 1985

[40]

Herbert Hupka in der Wochenzeitung „Der Schlesier“

—— Jeder, der auf deutschem, von Polen verwaltetem Boden rechtliche und vermögensrechtliche Handlungen vornimmt, muss damit rechnen, dass er seinen hart erwirtschafteten Besitz eines Tages verliert, und zwar ohne jedes Recht auf Entschädigung.

Recklinghausen, Juli 1985

[4]

Adam Krzemiński in „Polityka“

— Auf die deutsche Vergangenheit Schlesiens, Ostpreußens und Pommerns blicken die Deutschen auf verschiedene Weise: Die einen sehen nur den zivilisatorischen Beitrag des Deutschtums für die Entwicklung dieser Gebiete und erachten die Nachkriegsveränderungen für ein von zurückgebliebenen und aggressiven Slawen verübtes Unrecht. Andere bemühen sich, aus den Unwettern der Kriegs- und Nachkriegszeit Schlussfolgerungen zu ziehen, die gestützt auf die Anerkennung des bestehenden Status quo ein mehr partnerschaftliches Modell des Zusammenlebens von Deutschen und Polen ermöglichen. [...]

Wenn Christian von Krockow seine Reise durch das heutige Pommern schildert, ist er bemüht, mit Sympathie, aber ohne Beschönigung nicht nur die ärmliche Dimension dieser Gegend zu schildern, sondern auch die Menschen zu entdecken, die sie bewohnen. [...] Das ist ein „verschwiegenes Land“ – schreibt Christian Graf von Krockow in „Die Reise nach Pommern“*. Sein Buch, das sich gerade jetzt auf der Bestsellerliste des „Spiegel“ befindet, ist bemüht, diese Lücke auszufüllen. Da der Autor – ein bekannter liberaler Publizist, Politologe und Universitätsdozent – weder Dichter [...] noch Historiker ist [...], mag sich also auch sein sympathisches und warmherziges Buch auf dem Hintergrund der schon recht umfangreichen deutschen Literatur (sowohl in der BRD als auch in der DDR), die dem Aufhalten der verlorenen Zeit und einer im Gedenken vollzogenen Wiedergewinnung eines in der Realität verlorenen Raumes gewidmet ist, recht bescheiden ausnehmen. Aber so ist Pommern: „Dieses Land ist nicht eng und nie wirklich steil, nicht großartig oder gewaltig – und lieblich erst recht nicht. Es prahlt nicht, es mag keine Reklame. Vielleicht sollte man es spröde nennen“.

Durch dieses Land reist Graf von Krockow mit dem Zug der Erinnerung zu den Familiengütern an der Leba, er schildert das Leben der Pommern, spielt auf ihre Geschichte an und trifft sich schließlich mit heutigen Bewohnern von Słupsk, Rumsko, Głównyce oder Siodłonie und empfindet Sympathie für sie. Er findet sich mit dem Verlust dieser Gebiete ab und gewinnt sie zurück auf seine Art, durch Sympathie für die Menschen, die heute hier leben. [...]

Es wäre lohnenswert, dieses Buch auch bei uns zu veröffentlichen, auf der einen Seite als Beweis dafür, dass wenn in diesen Gebieten die Steine manchmal deutsch reden, sie dann nicht immer gegen uns sprechen, auf der anderen Seite, damit diejenigen, die heute hier in Słupsk oder Leba leben, den historischen Charakter dieses unseres Landes besser kennenlernen.

Warschau, 31. August 1985

[18]

Aus einem Kommentar in der Pariser „Kultura“

— Man muss nicht wirklich nach Breslau zurückkehren wollen, um sich genüsslich mit der Losung „Breslau ist deutsch“ aufzureizen. Daher hat die nationalistische Spekulation heute in Deutschland keinerlei reale oder konkrete

* Das Buch *Die Reise nach Pommern – Bericht aus einem verschwiegenen Land* erschien in der BRD Anfang 1985.

Grundlagen, sondern sie basiert auf der menschlichen Neigung, in vergangenen, faktisch überwundenen Frustrationen zu schwelgen. [...]

Die Umsiedlerdemagogie in der Bundesrepublik ist eine Randerscheinung ohne Perspektive – aber eine schädliche Randerscheinung, denn sie liefert Jaruzelskis Mannschaft [...] großzügig Argumente über die Existenz eines „deutschen Revanchismus“ und damit indirekt auch Folgerungen über die Rolle der Sowjets als des einzigen Garanten der deutsch-polnischen Grenzen. [...]

Aber am meisten schadet sie den Deutschen selbst. Im Inneren vertieft sie unnötige Gräben, und nach außen weckt sie unnötige Assoziationen.

Paris, Anfang September 1985

[30]

**Hans-Dietrich Genscher in einer Rede auf einer
Tagung der Evangelischen Akademie**

——— Aus Buchstaben und Geist unseres Vertrages [von 1970] folgt die vorrangige gemeinsame Pflicht, mit dem Vertrag behutsam umzugehen. Hüten wir uns vor jedem Versuch, daran zu kitteln oder zu rütteln, nachzubessern oder draufzusatteln. Wir kennen auf beiden Seiten sehr gut den Standpunkt des anderen, gerade auch in den Teilen, in denen er vom eigenen Standpunkt abweicht. Es ist unnötig und der Verständigung abträglich, Meinungsverschiedenheiten in Rechtsfragen, die bei Vertragsabschluß bestehen blieben, zu politischen Streitfragen hochzuspielen. Ich bekräftige, was ich zu wiederholten Malen betont habe: Wir respektieren das verständliche Anliegen aller Polen, in dauerhaft festen Grenzen zu leben. Wir stellen diese Grenzen nicht in Frage, weder heute noch morgen.

Loccum, 25. September 1985

[3]

**Kurt Hans Biedenkopf, Landtagsabgeordneter
und Vorsitzender der CDU in Nordrhein-Westfalen,
in der evangelischen Wochenzeitung „Deutsches
Allgemeines Sonntagsblatt“**

——— Der deutsch-polnische Dialog darf nicht eindimensional sein. Wer – wie die SPD – nur Kontakte auf staatlicher Ebene sucht, ignoriert die polnische Gesellschaft, die parallel zum kommunistischen Staat lebt und um Eigenständigkeit kämpft. [...] Wer dagegen nur die Gesellschaft sieht, unterschätzt die Realität des kommunistischen Staates, des natürlichen Partners jeder bundesdeutschen Regierung. Wir müssen ein Gleichgewicht zwischen diesen beiden Ebenen finden. [...]

Der deutsch-polnische Dialog ist ein langfristiger Prozess.

Hamburg, 6. Oktober 1985

[2]

**Ryszard Wojna, Journalist, Abgeordneter der PVAP,
in der Zeitung „Rzeczpospolita“**

——— Obwohl ich das Wort „Revanchisten“ selten verwende, weil nur Deutsche, die nicht recht bei Verstand sind, postulieren können, an Polen Vergeltung für den verlorenen Krieg zu üben, halte ich am Vorwurf des Revisionismus in

voller Tragweite fest. Die staatsrechtliche Doktrin der BRD ist nämlich konstruiert mit dem Gedanken an eine Revision der Grenze mit der DDR und der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Neiße. [...]

Selbstverständlich wecken derartige Losungen wie „Schlesien wird unser sein“ in Polen keinerlei Befürchtungen hinsichtlich des endgültigen Charakters der Oder-Neiße-Grenze. Aber diese Grenze garantiert uns auch keineswegs ein Vertrag mit der BRD. [...] Garantiert wird die Sicherheit dieser Grenze nur durch ein konkretes Kräfteverhältnis, und die zur Revision der Grenze aufrufenden Losungen sind nicht imstande, irgendetwas daran zu ändern.

Warschau, 20. Oktober 1985

[39]

**Wiesław Wiśniewski, Journalist aus Stolp (Słupsk), über
das Buch *Die Reise nach Pommern* von Christian von
Krockow in „Polityka“**

Das Buch ist bildhaft geschrieben, ohne eindeutig antipolnische Akzente [...]. Das einzige, was den mit der Geschichte Pommerns nicht vertrauten polnischen Leser unangenehm berühren kann, ist die unverhohlene Nostalgie des Verfassers nach den verlorenen Gebieten – auch wenn das vom menschlichen Gesichtspunkt aus verständlich sein müsste. Aber anders verhält es sich, wenn Leute das Buch lesen, die mit Pommern mehr verbindet als Erinnerungen an den Strand in Łeba, Ustka oder Rowy. Besonders die Menschen, die hier, in Słupsk, Łeba, Główny geboren und aufgewachsen sind, und das nicht unbedingt nach 1945, in vielen Fällen lange vor diesem Datum. Solche Leute gibt es in Mittelpommern zusammen mit ihren Familien noch einige Zehntausend. Für Kaschuben, Slowinzen und Gochen – denn von ihnen ist hier die Rede – enthält das Buch eines ehemaligen pommerschen Junkers ausschließlich seinen persönlichen Gesichtspunkt, der aufgrund der sozialen Position des Autors gegenüber der autochthonen pommerschen Bevölkerung eben doch sehr beschränkt ist. [...]

In Wirklichkeit weckt der scheinbar versöhnliche Ton der Erinnerungen des ehemaligen Junkers in pommerschen Lesern stärkere Beunruhigung als so mancher vulgäre, stumpfsinnige, verbissene Angriff von Seiten verschiedener westdeutscher Herolde sogenannter Landsmannschaften. Noch unwohlher wird dem pommerschen Leser [...] durch den Kommentar von Adam Krzeмиński zu diesem Buch. Man bekommt den Eindruck, dass Krockow diesen polnischen Publizisten mit seinem „versöhnlichen“ Ton so einnimmt, dass dieser die Thesen des Autors unkritisch für selbstverständlich erachtet und den polnischen Leser dann auch noch mit einem eigenen Kommentar ermuntert, diese zu akzeptieren.

[...] Hier leben Tausende Menschen, die diese Geschichte mit den Knüppeln der Söldner derer von Krockow am eigenen Leib erfahren haben. Hier gibt es keine einzige kaschubische Familie, in der es keine blutigen Opfer gegeben hätte – Ehemänner, Väter, Brüder und Schwestern, ermordet in hiesigen Gefängnissen [...] und in zahlreichen Lagern – dafür, weil sie nicht einmal Polen, sondern lediglich Kaschuben sein wollten – das heißt Pommeranen.

Warschau, 26. Oktober 1985

[38]

**Aus dem Brief von Konrad Bieliński, Zbigniew Bujak,
Wiktor Kulerski und Jan Lityński, Vertretern der Freien
Gewerkschaft Solidarność, an Willy Brandt anlässlich
seines angekündigten Besuchs in Polen**

——— Seit Ende des 2. Weltkrieges waren das Anstacheln eines kollektiven Gefühls des Hasses gegen die Deutschen und das Einimpfen einer Überzeugung von der von ihrer Seite ständig drohenden Gefahr ein Grundpfeiler der kommunistischen Propaganda. Diese Propaganda fand Rückhalt nicht nur in der fortlebenden Erinnerung an die nazistischen Grausamkeiten der Okkupationszeit, sondern auch in der unablässigen Infragestellung der polnischen Westgrenze durch die jeweiligen Regierungseliten in der BRD. [...]

Die die Aspirationen der polnischen Gesellschaft außer Acht lassende Zusammenarbeit [der SPD] mit der Regierung der Volksrepublik Polen erweckt den Eindruck, dass zwischen der polenfeindlichen, unsere Rechte auf die Westgebiete in Frage stellenden Linie der Revisionisten und den Haltungen sozialdemokratischer Politiker lediglich taktische Unterschiede bestehen; dass im Grunde genommen beide Standpunkte Varianten desselben deutschen Nationalismus sind. Wie gern würden wir uns diesbezüglich irren.

Warschau, 27. November 1985

[21]

**Kazimierz Dziewanowski, Journalist, unter
dem Pseudonym Karol Grodkowski in der
Untergrundzeitschrift „Tygodnik Mazowsze”**

——— [Die Herrschenden] versuchen uns einzureden, dass die BRD vorwiegend aus ehemaligen SS-Mitgliedern und ihren Sympathisanten besteht und dass verschiedene Hupkas und Czajas nur daran denken, uns unsere Westgebiete wegzunehmen, und wenn das möglich wäre, auch unser Leben. [...]

Wir sollten [...] daran interessiert sein, dass es den Deutschen gelingt, einen Fortschritt in den innerdeutschen Angelegenheiten zu erreichen. In unserem Interesse liegt alles, was zur Entstehung eines friedlicheren und nicht in Blöcke aufgeteilten Europas führt. Man kann nicht für eine innereuropäische Annäherung sein und gleichzeitig gegen die künftige Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands. Wir müssen uns auch unseren Platz in diesem Europa vorstellen. Bedingung für eine solche Entwicklung in der Zukunft ist die deutsch-polnische Versöhnung.

Warschau, 30. Januar 1986

[15]

**Cezary Kaźmierczak, Publizist, unter dem Pseudonym
Maciej Pniewski in der Untergrundzeitschrift „Metrum”**

——— Das Problem der sogenannten Landsmannschaften ist in hohem Maße von der kommunistischen Propaganda kreierte und aufgebauscht. [...] Nicht verwunderlich ist die Sehnsucht dieser Leute nach ihrer Heimat. (Sehnen sich die Polen denn nicht auch nach Wilna, nach Lemberg? Wenn es in Polen Freiheit gäbe, würden dann nicht auch Vereine ehemaliger Lemberger oder Wilnaer entstehen?). [...] Wenn die deutsch-polnische Versöhnung tief und ehrlich sein soll,

dann sollte die deutsche Seite klar und deutlich, ohne jegliche Missverständnisse, durch Erklärung der Unantastbarkeit unserer Westgrenzen allen Spekulationen zu diesem Thema Einhalt gebieten.

Siedlce, 26. Februar 1986

[23]

**Hans-Dietrich Genscher in einer Tischrede bei einem Besuch
des polnischen Außenministers Marian Orzechowski**

——— Unser Dialog erfordert Wahrhaftigkeit, und er fordert Teilhabe aller verantwortlichen Kräfte in Politik und Gesellschaft. Wir müssen Gegenwart und Zukunft in voller Kenntnis der Vergangenheit gestalten. Skepsis und Mißtrauen gegenüber den Motiven des anderen schaden.

Bonn, 7. April 1986

[13]

**Wladyslaw Bartoszewski, Historiker und Gastprofessor
an der Ludwig-Maximilians-Universität München,
in einer Dankesrede anlässlich der Verleihung des
Friedenspreises des Deutschen Buchhandels**

——— Die sogenannte Bewältigung der Vergangenheit ist vor allem durch das Näherücken und das gegenseitige bessere Verständnis von möglichst vielen Menschen erreichbar. Die völlige Aussöhnung von Völkern ist – wie aus vielen historischen Erfahrungen hervorgeht – ein psychologisch und gesellschaftlich viel schwierigerer und langsamerer Prozeß als die eventuelle politische Verständigung von Staaten. [...]

Ich habe nicht die Absicht, hier die sogenannten heiklen Probleme zu umgehen. Ich verstehe vollkommen, daß dazu für viele Deutsche das Problem der Oder-Neiße-Gebiete gehört. Die heutige Besiedlung dieses Territoriums durch rund elf Millionen Polen muß man als unmittelbare Folge des vom Dritten Reich verursachten 2. Weltkriegs erachten. [...] Flüchtlinge, Heimatvertriebene, Umsiedler, Spätaussiedler – sie alle gehören zu den Opfern des Krieges ebenso wie jene Polen, die infolge des 2. Weltkrieges ihre eigentliche Heimat in Lemberg, Wilna oder anderswo im europäischen Osten verloren haben. Die tragisch verwickelten historischen und politischen Umstände führten dazu, daß die Polen vielleicht besser als viele andere Völker in Europa in der Lage sind, die Leiden und Schwierigkeiten der Menschen zu verstehen, die gezwungen waren, ihre Heimatorte zu verlassen. Sie verstehen auch das Problem der Spaltung eines Volkes, weil sie es selbst erlebt haben.

Frankfurt am Main, 5. Oktober 1986

[1]

Herbert Hupka

——— Der nationalstolze Pole wollte nicht für wahr halten, was wirklich an Grausamkeiten gerade auch von Angehörigen seines eigenen polnischen Volkes den Deutschen widerfahren ist. Nicht nur derlei unscharfe und falsche Sätze, nicht die eigene geradezu nationalistische Überzeugung waren das Bedrückende bei den Begegnungen mit Bartoszewski. Entscheidend war das Klima, dessen sich ein Pole bei uns Deutschen in jener Zeit jederzeit erfreuen konnte. Widerspruch

war nicht erwünscht, Zustimmung aus eigenem wie auch immer zu begründendem Schuldbewußtsein war gefragt. Es gab selbst dann keinen Widerspruch, wenn auch von ihm Rache zum Recht erklärt wurde, und wer widersprach, wurde in die Ecke eines verbohrt Vertriebenen, eines sich nicht um Verständigung mit dem polnischen Volk bemühenden Deutschen gedrängt.

Bonn, Mitte Oktober 1986

[16]

**Christoph Heubner, Schriftsteller, Leiter der Aktion
Sühnezeichen Friedensdienste in der Bundesrepublik
Deutschland, einer der Initiatoren der Internationalen
Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim*, in einem Interview
mit „The Christian Science Monitor“**

——— Auschwitz symbolisierte den Tiefpunkt der deutsch-polnischen Geschichte, den Tiefpunkt der deutsch-jüdischen Beziehungen, einen der Tiefpunkte der unmenschlichen Grausamkeit des Menschen gegen Menschen. Die Motivation, miteinander zu reden, ist dort größer. Größere Emotionen öffnen die Menschen mehr für den Dialog, als dies in den Masuren oder auf einer sonnigen Bergwiese der Fall wäre.

West-Berlin, 29. Dezember 1986

[24]

Andrzej Szczypiorski, Schriftsteller und Oppositioneller

——— Malt die bei uns am häufigsten akzeptierte Version der Kriegsgeschehnisse das Bild des Polen als das eines Ritters ohne Makel, eines eifrigen Patrioten, mannhaften Partisanen und Verschwörers. Das ist ganz gewiß ein wahres Bild, aber doch eines von vielen. Wo bleibt denn der rührige Pole, der möglicherweise sogar im Stillen den Untergrund unterstützte, im Alltag aber glänzende Geschäfte mit den Deutschen machte? Wo bleibt der feige Pole, der nur ans Überdauern dachte und hundertmal am Tage die Konspiration verfluchte, die angeblich die allgemeine Bedrohung nur steigerte? Wo bleibt der stille, demütige, in einem dunklen Winkel versteckte Pole, der auf die Frage, was er während des Krieges getan habe, [...] antworten könnte, er sei am Leben geblieben? Wo bleibt der Pole aus dem abgelegenen Dorf, der säte und pflügte, Schweine züchtete und brav die Ablieferungspflicht für das Dritte Reich und das Generalgouvernement erfüllte, der mit deutschen Gendarmen Fusel trank und in der Stadt jüdische Klaviere kaufte, weil er die am Elend anderer verdienten riesigen Geldsummen irgendwie anlegen mußte?

Und wo sind schließlich vor dem Hintergrund dieses großen Panoramas nationalen Schicksals die verschiedenen Deutschen? Wir sehen nur die grausamen, ehrfurchts- und gewissenlosen Henker. Wenn es aber überhaupt keine anderen gab, mit wem machten denn die Polen ihre Geschäfte, von wem kaufte der Untergrund Waffen, wer nahm im Stillen Schmiergelder für die Freistellung von der Zwangsarbeit im Reich oder sogar für die Entlassung aus dem

* Die ersten Gebäude der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim wurden am 7. Dezember 1986 zur Nutzung übergeben.

Gefängnis, wer – sogar völlig uneigennützig, wie es vorgekommen ist half in wirtschaftlichen und administrativen Schwierigkeiten, wer bewies Mitgefühl und Solidarität?

Wenn es im Generalgouvernement keine anderen Deutschen gegeben hat als Mörder und verbissene Feinde der polnischen Nation, welchem Wunder ist es dann zu verdanken, daß so viele von uns durchgekommen sind? Die am weitesten verbreitete Version verkündet, sie hätten jeden Tag und zu jeder Stunde auf uns geschossen. Sie schossen alle, überall, fünf Jahre lang. Vermutlich nicht alle. Es gab wohl welche, denen die Hand zitterte, die bewußt danebenschossen. Das Bild des grausamen Deutschen, des verbissenen Henkers, sicher echt und in überwiegender Zahl vorkommend, muß aus Achtung vor der historischen Wahrheit ergänzt werden durch andere Bilder. Andernfalls wird diese schreckliche, vieldimensionale Erfahrung zur bloßen Legende. Die jüngeren Generationen aber schenken den Legenden keinen Glauben.

West-Berlin, Januar 1987

[32]

Krystyna Zgorzelska-Zonnowa, Publizistin, in der katholischen Monatsschrift „Więź“

——— Meine erste Reise nach Deutschland führte mich in das Konzentrationslager in Ravensbrück. Seit dieser Zeit empfand ich kein Bedürfnis, diese Reisetour zu wiederholen. Mein Aufenthalt in Ravensbrück bewirkte, dass dieses Stück Erde im geographischen und in jedem anderen Sinne aus meiner Vorstellung ausgelöscht wurde. Wenn ich eine neue Landkarte Europas machen würde, dann wäre das ein Europa ohne Deutschland – mit einem weißen Fleck und Punkten der Konzentrationslager darauf. [...]

Eingeladen wurde ich vom Christkönigs-Institut in Meitingen, in Bayern, zu einem Monat Erholung. [...] Zu dieser Reise bereitete ich mich nur unwillig vor, mit Hemmungen. [...]

Am ersten Sonntag unseres Aufenthaltes, als der Seelsorger des Instituts, ein Hindu, das Evangelium in deutscher Sprache las, ging ich vor zum Altar und las das Evangelium auf Polnisch. Es schnürte mir die Kehle zusammen. Meine Gefährtinnen hatten Tränen in den Augen. [...] Seit Jahren [...] dauert das gemeinsame Gebet von Polen und Deutschen in der Kapelle des Christkönigs-Instituts an. [...]

Meine Europakarte hat jetzt keinen weißen Fleck mehr. In meiner Vorstellung gibt es jetzt wieder ein Land, das Deutschland heißt.

Warschau, April 1987

[41]

Marian Orzechowski, Außenminister, im Sejm

——— Obwohl über 40 Jahre vergangen sind [seit Ende des Krieges], dauern die tragischen Folgen des Terrors, der Kriegsverbrechen und der vom Dritten Reich an Polen begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit an. Immer noch unbefriedigt bleiben ihre berechtigten und unanfechtbaren Entschädigungsforderungen. [...]

Die Regierung der Volksrepublik Polen [...] wandte sich an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland [mit einer offiziellen Note] zur Befriedigung zivilrechtlicher Entschädigungsforderungen. Darin betonten wir, dass eine gerechte und den Erfordernissen des Völkerrechts entsprechende Lösung des Problems der Entschädigungen einen der Faktoren eliminieren würde, welche die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland ernstlich belasten, und ein Prüfstein für die Glaubwürdigkeit des von der Bundesregierung mehrfach deklarierten Willens sein würde, die Hindernisse auf dem Wege zur Verständigung zu beseitigen.

Angesichts der ausbleibenden Antwort der Regierung der BRD auf diese Note [...] haben wir die Regierung der Bundesrepublik Deutschland noch einmal auf das weiterhin ungelöste Problem der Entschädigungen aufmerksam gemacht und fordern, dass die Regierung der BRD einen dem Völkerrecht gerecht werdenden Standpunkt einnimmt.

Warschau, 7. Mai 1987

[28]

Christian Schwarz-Schilling, Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, in einer Erklärung

—— Die Note kommt einer Forderung nach Zahlung von Kriegsreparationen gleich, auf die Polen am 23. August 1953 verzichtet hat, was durch den Vertrag vom 7. Dezember 1970 rechtlich bestätigt wurde.

Bonn, 11. Mai 1987

[5]

Aus einem Kommentar in „Der Spiegel“

—— Warschau steht derzeit mit über 60 Milliarden Mark beim Westen in der Kreide, davon mit knapp 8 Milliarden bei der Bundesrepublik. Die christliberale Koalition will auf die polnischen Wünsche am liebsten überhaupt nicht eingehen. Nach groben Schätzungen [...] hat Bonn seit Kriegsende bereits rund 30 Milliarden Mark an „Ostwiedergutmachung“ geleistet. Außerdem sprechen nach einer internen Analyse des Auswärtigen Amts „politische Bedenken“ gegen Nachgiebigkeit.

Wegen der kraß unterschiedlichen Schadenseinschätzungen bestehe wenig Chance auf Einigung; Die Diskussion darüber würde [...] „alte Wunden aufreißen und wahrscheinlich das bilaterale politische Klima verschlechtern“; Zu erwarten sei auch eine innenpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik über die deutschen Gebietsverluste und Vertreibungsschäden im Osten; Eine Regelung mit Polen müsse entsprechende Wiedergutmachungsforderungen von Kriegsopfern anderer Staaten Ost- und Westeuropas präjudizieren. [...] Somit steht zu befürchten, daß die deutsch-polnischen Beziehungen noch weiter abkühlen.

Hamburg, 11. Mai 1987

[34]

Andrzej J. Chilecki, Publizist, in der *Deutschen Chronik* in der Pariser „Kultura“

—— Die neuen Entschädigungsforderungen sind ein Ergebnis der riesigen Verschuldung Polens gegenüber Bonn. Selbst der sehr proöstlich eingestellte

Egon Bahr [Mitglied des Exekutivkomitees der SPD] [...] hat erklärt, dass die neuen Forderungen Warschaws „einen Schatten auf die gegenseitigen Beziehungen beider Staaten werfen und überhaupt nicht in die politische Landschaft passen“.

Köln, Sommer 1987

[5]

Aus dem Parteidokument *Die Grünen und der deutsch-polnische Dialog*

——— Wir suchen als Grüne das Gespräch mit den osteuropäischen Regierungen, um ihre Auffassungen kennenzulernen und unsere Vorstellungen einer alternativen Politik darzulegen. Eine offizielle Delegationsreise der Grünen nach Polen ist bisher leider an den Auflagen von polnischer Seite gescheitert, daß wir uns in Polen mit niemanden außerhalb der offiziellen Gespräche treffen dürfen, was unserem Verständnis von einem offenen Dialog zuwiderläuft. Unser Interesse an einem solchen Gespräch ist aber nach wie vor groß, und folgende Themen sind dabei für uns besonders wichtig: [...]

– die Frage der Entschädigung von Polen, die im Nationalsozialismus zur Zwangsarbeit für deutsche Firmen gepresst wurden.

Anders als die Bundesregierung halten wir diese Entschädigung nicht für abgegolten. Wir wollen sie aber nicht verstanden wissen als eine Zahlung von Staat zu Staat, sondern als eine Zahlung der jeweiligen Konzerne an die jeweils konkret betroffenen Menschen.

Bonn, September 1987

[6]

Herbert Czaja in einer Rede im Bundestag

——— Der letzte Punkt [auf dem Wege zum Abbau der Teilung Europas] betrifft unsere Pflichten gegenüber den Deutschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße und den weiteren über Deutschland hinausreichenden Siedlungsgebieten. Für deutsche Staatsangehörige gilt von Verfassungs wegen die Schutzpflicht, auch wegen des rechtlichen Fortbestands Deutschlands [in Grenzen von 1937].

Bonn, 15. Oktober 1987

[10]

Andrzej J. Chilecki in der *Deutschen Chronik in der Pariser „Kultura“*

——— Die radikalen Landsmannschaften entfernen sich immer mehr von den Christdemokraten (CDU), unter deren Schirmherrschaft sie stehen, was in den an Hysterie grenzenden Angriffen gegen alles Polnische zum Ausdruck kommt [...]. Der Verlust ihres Einflusses hat sie schmerzlich getroffen. Die Grenzen sind schlecht, Kanzler Kohl „will sich mit den Polen einigen“, Hupka wurde aus dem Bundestag hinausgeworfen*, die Bonner Regierung geizt mit den Geldern

* Infolge seines Konflikts mit Kohl verzichtete Herbert Hupka 1987 auf eine erneute Bundestagskandidatur.

für die Ausgesiedelten und torpediert ihre Manifestationen. Der BdV [Bund der Vertriebenen] beginnt sogar schon mit der Gründung einer rechtsextremen Partei zur „Verteidigung gesamtdeutscher Interessen“ zu drohen.

Köln, Dezember 1987

[6]

Adam Krzemiński in „Polityka“ über Minister

Genschers Besuch in Polen

—— Die Fernsehbilder gaben schon vom ersten Tag des Besuches die Atmosphäre der Entspannung und Vertrautheit wieder. Ich muss gestehen, dass ich unseren Außenminister [Marian Orzechowski] schon lange nicht mehr in einer so ungezwungenen Gastgeberrolle gesehen habe, und seine Worte, dass zur „moralischen Dimension“ in den deutsch-polnischen Beziehungen auch das Schicksal der Deutschen gehört, die „ihre Heimat verlassen mussten“, waren hier die Sensation des Tages. Später, als die Rede davon war, dass Genscher sich mit einer Gruppe in Polen lebender Deutscher getroffen hat, wurde das als ziemlich normale Sache aufgenommen.

[...] Uns erwartet, über die bilateralen Angelegenheiten hinauszugehen hin zu einem breiteren Zusammenwirken aller mit allen in Europa: das hat schon begonnen. Die Karten werden gerade verteilt. Und allem Anschein entgegen – wir haben nicht nur Luschen in der Hand. Wir müssen uns nur bewegen und nicht in uns selbst bürokratische und psychologische Hindernisse errichten.

Warschau, 30. Januar 1988

[17]

Elisabeth Weber, Osteuropa-Referentin bei Bundestagsabgeordneten der Grünen, in der Pariser „Kultura“

—— Ein Vergleich der Verhältnisse in der BRD und in Polen ist für die Polen das tägliche Brot. Die im Verlauf zahlreicher Besuche im Westen und in zahlreichen Gesprächen konstatierte Existenz wirtschaftlicher, politischer und sozialer Unterschiede ist für sie eine Banalität.

Anders verhält es sich mit den jungen Deutschen. Junge Deutsche aus der BRD, die zum Beispiel im Rahmen eines Jugendaustausches nach Polen reisen, bringen ein tiefes Gefühl der Schuld gegenüber den Polen mit. [...] Als Gast aus der BRD hatte man sich vorgenommen – in Erinnerung an die deutschen Verbrechen gegen Polen – alles [in Polen] zu loben. Übrigens hatte man sich, offen gestanden, aufgrund der Erzählungen von Polen vorgestellt [...], dass es in Polen schlechter sei (später wird man sich dafür schämen) und dass man sich hier eigentlich in der Dritten Welt befinde. Nach einigen Tagen in Polen gerät das ursprüngliche Bild ins Wanken. Der erste Eindruck – „schließlich ist alles so wie bei uns“ – muss korrigiert werden: die Zentralheizung funktioniert nicht, der Lift steht still, das Auto fährt nicht aus Mangel an Benzin, und aus der Dusche kommt nur kaltes Wasser. Gleichzeitig führt man zahllose intensive Gespräche und begegnet Menschen, deren Gastfreundschaft und Herzlichkeit einen faszinieren und überwältigen. Deutsche Freunde, die viele Ausflüge Deutscher nach Polen begleitet haben,

erzählten mir, dass eine typische Zusammenfassung der Reise lautet: „Das System ist um vieles schlechter, die Menschen aber sind viel freundlicher als ich erwartet hatte.“

Die Eindrücke junger Polen von Reisen in die BRD sind sicher genau umgekehrt: das System dort ist viel besser, die Menschen aber viel unsympathischer als sie erwartet hatten.

Mainz, April 1988

[36]

Premierminister Mieczyslaw F. Rakowski im Sejm-Exposé

——— In den Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland sind wir bereit zu einem wesentlichen Fortschritt, geradezu zu einem Durchbruch. Wir werden unsere übergeordneten nationalen Grundsätze im Blick behalten, gleichzeitig aber unsere auf Bereicherung der Beziehungen zielenden Vorschläge nicht auf der Apothekerwaage messen. Gemeinsam können wir noch viel tun für ein friedliches und freundschaftliches Zusammenleben heutiger und künftiger Generationen von Deutschen und Polen. Der Regierung der Bundesrepublik Deutschland antworten wir: Wir befürworten nicht, das auf morgen oder übermorgen zu verschieben, was wir heute tun können.

Warschau, 13. Oktober 1988

[29]

Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Rede im Bundestag

——— Lassen Sie mich an dieser Stelle auch betonen, daß es mein Wunsch, daß es mein Wille ist, möglichst bald auch mit der Volksrepublik Polen zu dauerhaftem Ausgleich zu gelangen und den Weg für die Verständigung und Versöhnung der Völker [...]. Was ich selbst dazu beitragen kann, werde ich gerne tun.

Bonn, 10. November 1988

[11]

Karl Kaiser, Vorsitzender des Deutsch-Polnischen Forums in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, in einem privaten Brief an den Premierminister Mieczyslaw F. Rakowski

——— Kein anderer Staat in Europa empfindet ein so bedeutsames Gemeinschaftsgefühl und identifiziert sich so sehr mit den sich jetzt in Polen entwickelnden Reformbestrebungen wie Westdeutschland [...]. Wir sind nicht nur euer erster westlicher Partner im Außenhandel, das westliche Land mit dem größten Personenverkehr mit Polen [...], euer wichtigster Partner im intellektuellen Austausch mit der westlichen Gesellschaft, potenziell aber auch das Land im Westen, dessen Geschichte, sein Interesse an Polen und sein ökonomisches Potenzial die größten Möglichkeiten der Hilfe für Polen in der gegenwärtigen Krise bieten.

Wie tief eure Krise ist, das verstehen wir Deutschen wahrscheinlich am besten. In Europa bildet sich eine neue Ordnung heraus. Westeuropa macht einen qualitativen Sprung zur Integration und verändert sich in Richtung einer Informationsgesellschaft neuen Typus, gestützt auf neue Technologien der Computeranwendung, der Datenübermittlung, neuartiger Dienstleistungen

usw. und entfaltet seine Einheit in kreativer Vielfalt. Auch innerhalb des sozialistischen Lagers entsteht, infolge der Politik von [Michail] Gorbatschow [Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR], eine völlig neue Situation sowohl im Hinblick auf die innere Ordnung als auch auf die Außenbeziehungen. Für Polen, die BRD und Europa eröffnen sich damit Chancen einer prinzipiellen Verbesserung.

Bonn

[25]

**Volker Rühle, stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Fraktion in Bundestag, in einem
Interview mit „Polityka“**

——— Man muss sich die Frage stellen: Warum ist es so, dass am Bug, an der Weichsel, am Tiber, an der Seine oder an der Elbe so unterschiedliche Lebensbedingungen für Menschen herrschen, die im Prinzip einander gleich sind, im Prinzip dieselbe Intelligenz besitzen, dieselbe Leistungsbereitschaft, dieselben Vorstellungen von ihrem Leben. Ich meine, dass in diesem gesunden Wettbewerb alle Europäer [...] die Chance auf Entfaltung und Nutzung ihrer Fähigkeiten haben sollten. Und was die Polen betrifft, die Nachbarn von Deutschland, so bin ich überzeugt, dass es hier einen riesigen Handlungsspielraum gibt. [...] Zehn Jahre, das wäre für mich in etwa der Zeitraum, der zum Erreichen wirklich grundlegender Veränderungen notwendig ist, und das nicht nur in der Versorgung der Läden [...], sondern hinsichtlich einer wirklichen Annäherung des Lebensstandards.

Warschau, 31. Dezember 1988

[27]

**Hans-Adolf Jacobsen, Historiker und
Politikwissenschaftler, in einer Rede anlässlich
der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch
die Universität Warschau**

——— Da die Weltgeschichte offen ist – wie dies auch Michail Gorbatschow zugegeben hat –, wäre vielleicht ein Prozeß denkbar, an dessen Ende ein „gemeinsames europäisches Haus“ errichtet wird [...]. In einem solchen Neubau würden die Deutschen der zwei Staaten wahrscheinlich anfangs in getrennten Wohnungen leben [...]. Wenn sie unter diesen Umständen eines Tages – einvernehmlich – immer noch zusammenziehen wollen (Selbstbestimmungsrecht) und dies die anderen Mitbewohner, darunter die Polen, als einen sinnvollen Schritt zu erhöhter Sicherheit und zur allseitigen Festigung des friedlichen Zusammenlebens begrüßen würden, gäbe es vielleicht weniger Spannungen in diesem Haus

[...] Die Völker des Kontinents müssen die gemeinsame Ausgestaltung einer europäischen Friedensordnung mit kooperativen Strukturen ernst nehmen und darauf ihre Energien konzentrieren. Dabei könnten gerade Deutsche und Polen durch ihre Zusammenarbeit überzeugend demonstrieren, wie ein solches Ziel unter Wahrung der eigenen Identität gefordert werden kann.

Warschau, 17. Januar 1989

[3]

Aus dem Stenogramm eines Treffens von Premierminister

Mieczysław F. Rakowski mit Helmut Kohl

HK: [...] Das Jahr 1989 ist für uns ein wichtiges Jahr. Es ist der Jahrestag des 1. September 1939. Dies war das Datum eines historischen Ereignisses in der langen, jahrhundertealten Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen. [...] Sie hatten ihre Höhen und Tiefen, es gab gute Zeiten und schreckliche Zeiten.

[...] 1939 war ich ein Junge, 1945 erlebte ich auf der Rheinbrücke in Ludwigshafen das Vorrücken der Alliierten. Mein Bruder ist als Soldat am Ende des Krieges gefallen. Das sind alles persönliche Erfahrungen, die das Bewusstsein prägen.

Wichtig ist für mich, dass wir die Chance haben, die Beziehungen zu verbessern. Ich habe den aufrechten Willen, das fortzusetzen, was [der 1949–63 das Amt des Bundeskanzlers bekleidende Konrad] Adenauer angestrebt hatte, nämlich die Aussöhnung mit Frankreich, Israel und Polen. [...]

Wir treffen uns heute nicht, um Verhandlungen zu führen. Das wird später kommen. Es geht um eine herzliche, freundschaftliche Atmosphäre. Es muss ein Termin für ein Treffen unserer Bevollmächtigten festgelegt werden, und das muss schnell geschehen. [...] Wenn wir vorankommen, werde ich vor dem Besuch Gorbatschows bei uns nach Polen reisen. Dies ist jedoch ein bedingter Modus, d.h. wenn wir etwas gemeinsam tun. Mein Ziel ist es, vor Gorbatschows Besuch schnell zu arbeiten. [...]

MFR: [...] Ich stimme mit Ihrer Ansicht völlig überein, dass mutig und umsichtig gehandelt werden muss, mit Blick auf die Zukunft.

Sie wollen die Beziehungen verbessern, Sie verweisen auf die Geschichte. Ich werde mich auch darauf beziehen. Im Jahr 1939 war ich 12 Jahre alt. Mein Vater war noch in der preußischen Armee Soldat und geriet bei Verdun [im Jahr 1916] in Gefangenschaft, aber das änderte nichts an meinem Verhältnis zu Deutschland. Daher auch mein Interesse am Thema Deutschland.

Bonn, 20. Januar 1989

[25]

Mieczysław F. Rakowski im Tagebuch

Am Abend Rückkehr aus der BRD. Allzu viele Eindrücke, als dass ich alles notieren könnte. Ich denke, dass ich viel Gutes für mein Land getan habe. Aus dem Gespräch mit Kohl gewann ich den Eindruck, dass er daran interessiert ist, als der Kanzler in die Geschichte einzugehen, der die Phase der Verständigung mit den Polen initiiert hat. Ich habe Grund zur Annahme, dass es mir gelingen wird, beträchtliche Wirtschaftshilfe von der BRD zu bekommen. [...]

Mein „privater“ Aufenthalt in der BRD hatte außergewöhnliche Publicity. Vier Tage lang begannen die Fernsehnachrichten mit Informationen, mit wem ich mich getroffen, was ich gesagt habe usw. Ich denke, dass alles, was in diesen Tagen um mich herum am Rhein geschehen ist, zusammenfügend als psychologischer Durchbruch bezeichnet werden könnte. Mir scheint, dass die Deutschen sich davon überzeugt haben, dass der Premierminister Polens wirklich an einer wesentlichen Verbesserung der Beziehungen mit der BRD interessiert ist und das System wirklich zu reformieren beabsichtigt.

Bonn, 23. Januar 1989

[25]

**Andrzej J. Chilecki in der *Deutschen Chronik* in der
Pariser „Kultura“**

—— Das Jahr 1989 soll also das Jahr einer deutsch-polnischen Annäherung werden, die manche Journalisten mit der deutsch-französischen und deutsch-israelischen vergleichen. Aber nach der ersten Welle der Euphorie begannen die Deutschen zu überlegen, ob dieser Vergleich in moralischen Kategorien angebracht ist, da Rakowski keinerlei Zweifel daran ließ, dass Versöhnung für Warschau vor allem eine vorteilhafte Regulierung der Verschuldung und Zugang zu neuen Krediten bedeutet.

Köln, März 1989

[7]

Durchbruch

JUNI 1989

APRIL 1994

Im Sommer 1989, nach den am Runden Tisch vertraglich ausgehandelten Wahlen, kommen die Oppositionellen an die Macht, auch diejenigen, die den deutsch-polnischen Dialog initiiert hatten. Der erste nichtkommunistische Premierminister der Volksrepublik Polen, Tadeusz Mazowiecki, kündigt neue Beziehungen zur BRD an, und am 12. November 1989 nimmt er zusammen mit dem Bundeskanzler Helmut Kohl an einer symbolischen „Versöhnungsmesse“ in Krzyżowa (Kreisau) teil. Angesichts des Falls der Berliner Mauer und der Pläne zur Wiedervereinigung Deutschlands nehmen in Polen die Befürchtungen hinsichtlich der Unantastbarkeit der Westgrenze zu. Die polnische Regierung erklärt, dass die sowjetischen Streitkräfte weiterhin im Land stationiert bleiben sollen, bis die Grenze an Oder und Lausitzer Neiße sicher ist.

Die Unterzeichnung des *Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag)* durch die BRD, die DDR, Frankreich, die USA, Großbritannien und die UdSSR am 12. September 1990 in Moskau entscheidet über die Vereinigung beider deutscher Staaten, die am 3. Oktober vollzogen wird. Am 14. November schließen die Außenminister Polens und der BRD in Warschau die Frage der deutsch-polnischen Grenze mit einem gesonderten Traktat ab und am 17. Juni 1991 in Bonn kommt es zur endgültigen Regelung zwischen beiden Staaten mit dem *Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland*. In Deutschland regiert die bisherige Koalition von CDU/CSU und FDP mit dem Kanzler Kohl. In Polen wird Lech Wałęsa Präsident. 1993 kommen postkommunistische Parteien wieder an die Macht. In diesem Jahr verlassen auch die sowjetischen Streitkräfte das Land. Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland wird erst 1994 abgeschlossen.

**Markus Meckel, Pastor und demokratischer
Oppositioneller in der DDR**

—— Als [...] so gut wie alle durch die Wahlen zu besetzende Plätze durch die Solidarność gewonnen wurden, war die Welt eine andere geworden. Zumal wirklich keine russischen Panzer in Gang gesetzt wurden.

Ost-Berlin, 4. Juni 1989

[41]

**Hans-Dietrich Genscher, Außenminister der BRD, in einem
Interview mit „Der Spiegel“**

—— Sollten diejenigen, die uns warnen vor Hilfsmaßnahmen an Polen, die sagen, die Zeit sei nicht reif für einen Besuch des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten [...], bedenken, daß in Polen die Stimmen der Kirche, von Solidarność und der staatlichen Führung übereinstimmen: Sie alle wünschen Partnerschaft und Zusammenarbeit mit uns. Nachdem das polnische Volk in einer beeindruckenden Weise seine Meinung demokratisch zum Ausdruck gebracht hat – das hatten wir doch immer gefordert –, müssen auch bei uns den Worten Taten folgen.

Bonn, 12. Juni 1989

[20]

**Władysław Bartoszewski, Historiker und Publizist, in der
letzten Untergrundausgabe der Zeitschrift „Arka“**

—— Die Polen wären besser als andere Nationen Europas imstande, die sich für Deutschland aus der Tatsache der Teilung des deutschen Volkes ergebenden Belastungen zu verstehen. Mehr noch, niemand mehr als die Polen selbst würde wünschen, im Westen an eine freie Nation und einen freien demokratischen Staat zu grenzen, auch wenn man auf eine solche Lösung noch lange warten müsste. Aber wir sind kein Volk von Selbstmördern, und die politische Naivität hat uns unter anderem ja auch die deutsche Politik im 20. Jahrhundert abgewöhnt. Solange im Denken deutscher Politiker oder in der Interpretation der in der BRD geltenden Rechtsnormen also von der Gültigkeit

der gegenwärtig geltenden Grenzfestlegung auf begrenzte Zeit bis zum Augenblick einer künftigen Wiedervereinigung Deutschlands ausgegangen wird, solange kann weder von einer authentischen psychischen und politischen Normalisierung zwischen unseren Völkern noch von Sympathien für die Konzeption einer Vereinigung der deutschen Staaten die Rede sein.

Auf der Ebene zwischenmenschlicher Beziehungen dagegen hat der positive Prozess einer Überwindung der Denkschemata und Vorurteile ganz beträchtliche Fortschritte gemacht, besonders in den letzten zwanzig Jahren. Allerdings würde ich zu behaupten wagen, dass – wie bisher – der Abbau dieser Vorurteile und der damit verbundenen Komplexe auf polnischer Seite weiter fortgeschritten ist als auf der deutschen.

Warschau

[49]

Aus der gemeinsamen Erklärung polnischer und deutscher Katholiken zu den Beziehungen zu Polen

Jeden Deutschen, der sich der geistigen und moralischen Überlieferung Europas verpflichtet fühlt, muß es auch heute noch mit tiefer Scham erfüllen zu sehen, mit welcher zielstrebigem Brutalität die Unterwerfung, Teilung und Ausrottung des polnischen Volkes, die Aussiedlung vieler Polen aus ihrer angestammten Heimat und die Auslöschung der polnischen Geschichte und Kultur durch den deutschen Nationalsozialismus betrieben wurde. Eine Politik, die von den primitivsten Kategorien der Menschenverachtung bestimmt war, setzte in vermessener Weise die Zugehörigkeit zum eigenen Volk mit "Gut" und die zum anderen Volk mit "Böse" gleich. Sie warf damit, ähnlich wie gegenüber den Juden, schier unüberbrückbare Gräben zwischen Polen und Deutschen auf und bewirkte eine tiefgehende Vergiftung in den Beziehungen zwischen unseren Völkern. Die Saat des Hasses ist tausendfältig aufgegangen und diente der Rechtfertigung von Terror und Mord in unvorstellbaren Ausmaßen.

[...] Um so mehr gilt der Auftrag, sich der Geschichte zu stellen, die Erinnerung wachzuhalten und aus ihr für die Gegenwart zu lernen. Das bedeutet nicht Aufrechnung von Unrecht und nicht die Konfrontation von Ansprüchen gegeneinander, sondern die gemeinsame Suche nach der Wahrheit über das, was geschah und wie es geschah. Nur so werden Vorurteile und Gefühle der Überheblichkeit und Feindschaft überwunden.

Zu dieser wichtigen Aufgabe gehört auch, daß wir uns über die Grenzen hinweg, die der Krieg hinterlassen hat, wieder der geistigen und kulturellen Lebenszusammenhänge erinnern, die über Jahrhunderte hin Geist und Gestalt Ostmitteleuropas und das Verhältnis unserer beiden Völker zueinander unverwechselbar geprägt haben. [...] Wo immer heute Polen bedeutende Zeugnisse deutscher Kultur und Geschichte in ihre Obhut nehmen und auch in ihrer Herkunft der Nachwelt erschließen, da werden nationalistische Verengungen aufgesprengt und Brücken gebaut, die unsere Völker verbinden und in die Zukunft führen.

[...] Gemeinsam erklären wir: Die Wahrung der Würde und der Rechte der Menschen ist für eine europäische Friedensordnung unabdingbare Grundlage.

Dazu gehören das Recht auf Entfaltung in einer sicheren Umgebung und in gesicherten Grenzen, das Recht auf Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten, das Recht von Minderheiten auf Wahrung der kulturellen Identität und das Recht jedes Volkes auf Selbstbestimmung sowie die Freizügigkeit im Verkehr von Menschen, Meinungen und Gütern. Deshalb treten wir dafür ein, daß die Westgrenze Polens dauerhaften Bestand hat; daß Bevölkerungsgruppen mit anderer sprachlicher und kultureller Prägung, einschließlich der in Polen lebenden Deutschen genauso wie der in Deutschland lebenden Polen, ihre Identität wahren können; daß die Völker Europas, auch das deutsche Volk, das von der Spaltung Europas besonders betroffen ist, das Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen können.

Warschau–Bonn, 8. August 1989

[6]

Zdzislaw Najder, demokratischer Oppositioneller, in „Arka“

Die Geschichte der Beziehungen mit unseren westlichen Nachbarn wurde nachhaltig und effektiv verfälscht. Das Aufzeigen dieser Beziehungen, insbesondere im Verlauf des letzten halben Jahrhunderts, in ihrer ganzen Komplexität, einschließlich der Wahrheit über die brutale Aussiedlung der Deutschen aus den Westgebieten der Volksrepublik Polen [...], über die barbarische Behandlung der verbliebenen deutschen Minderheit und der deutschen Kulturdenkmäler (Friedhöfe!) sowie über den horrenden Prozess der Germanisierung der Masuren, Opolner und Schlesier gerade durch ihre erzwungene kommunistische „Polonisierung“ – das wären erste Aufgaben.

[...] Das Wissen und die Erinnerung an die deutschen Verbrechen muss sich nicht in totaler Propaganda des Hasses und der Angst äußern. Diese Propaganda hat bei uns schreckliche Verwüstungen angerichtet (aber sie hat Zigttausende Polen nicht daran gehindert, angebliche deutsche Vorfahren zu finden, nur um in der BRD, Fuß zu fassen...).

[...] Notwendig ist eine Normalisierung [...] und Belebung des kulturellen Austausches. Notwendig ist ein Bruch mit dümmlichen Komplexen, aus denen jahrzehntelang zum Beispiel die Forderung resultierte, die Deutschen sollten die Stadt, die in ihrer Sprache doch Breslau hieß, Wrocław nennen, obwohl bei uns niemand verlangt, dass wir statt Lipsk Leipzig sagen oder statt Moguncja Mainz.

Lichères-sur-Yonne (Frankreich)

[49]

Aus einer Botschaft von Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker an den Präsidenten der Volksrepublik Polen, Wojciech Jaruzelski

Wir Deutschen sind uns der außerordentlichen Bedeutung der Entwicklungen wohl bewußt, die sich heute in Polen vollziehen, wie auch der Notwendigkeit, daß politische Reformen und wirtschaftliche Stabilisierung Hand in Hand gehen müssen. Wir wünschen ein auch wirtschaftlich kräftiges Polen, das an der guten Entwicklung Europas teilhat und zu ihr beiträgt.

Bonn, 23. August 1989

[6]

Kazimierz Wóycicki, Publizist, in der Monatsschrift „Więź“

——— Wir dürfen nicht vergessen, dass der polnische Weg nach Europa durch Deutschland führt. Wir müssen – trotz vieler ernstlicher Hindernisse – unter Mitbeteiligung anderer westlicher Staaten eine polnisch-deutsche Annäherung ähnlich wie die französisch-deutsche anstreben. [...] Zum ersten Mal in der Geschichte könnte unsere Lage zwischen Russland und Deutschland für uns kein Fluch mehr sein, sondern eine Chance.

Warschau

[81]

Willy Brandt, Bundeskanzler von 1969 bis 1974, in der Wochenschrift „Polityka“

——— Ein klarer Standpunkt in der Grenzfrage bleibt die Grundlage unserer Beziehungen zu Polen – unsere westlichen Partner sehen das nicht anders. Wer Frieden in Europa will, darf Grenzen nicht in Frage stellen. Mehr noch: Er muß seinen Beitrag dazu leisten, die Basis des Vertrauens insbesondere zwischen Deutschen und Polen zu stärken und unseren Nachbarn die Gewißheit zu vermitteln, daß es keine geheimen Vorbehalte gibt. Es ist verwerflich, wenn auf der einen oder auf der anderen Seite immer wieder mit Sehnsüchten der Menschen Schindluder getrieben wird.

Bonn, Ende August 1989

[7]

Jan Józef Lipski, Senator, in seiner Rede auf einer polnisch-deutschen Konferenz

——— Im Bewusstsein der Polen existiert ein stereotypes Modell [...] des Deutschtums und der deutsch-polnischen Beziehungen. Dieses Modell stützt sich auf vier historische Tatsachen: erstens auf die Natur des Kreuzritter-Deutschordensstaates [...]; zweitens auf die Rolle Preußens in den Polnischen Teilungen und im Effekt der Zerstörung des polnischen Staates; drittens auf die polenfeindliche Politik Bismarcks (germanisieren, aber noch nicht exterminieren); viertens auf die Hitlerzeit mit der Politik der Vernichtung und Versklavung. [...] Diese Fakten verdrängen alles andere in den Hintergrund, insbesondere die positiven Seiten der deutsch-polnischen Beziehungen. [...]

Diese extremen historischen Erfahrungen ziehen dauernde Folgen nach sich. Die Opfer werden gleichgültig gegenüber dem Leiden, das ihren ehemaligen Henkern begegnet. Sie neigen dazu, die eigene Schuld gegenüber den früheren Unterdrückern nicht zu bemerken. [...] Die meisten Polen empfinden keine Schuldgefühle wegen der Vertreibung der Deutschen.

[...]

Heute stehen wir Befürworter einer deutsch-polnischen Versöhnung vor zwei Aufgaben: Wir müssen den Deutschen erklären, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus eine bleibende Spur in der polnischen Mentalität hinterlassen haben; und den Polen, dass die Vertreibung von Menschen aus ihren Häusern ein Unrecht war. [...] Wir stehen am Beginn einer Epoche, in der die europäischen Grenzen nicht mehr verschoben, sondern liquidiert werden. [...]

Die Teilung Deutschlands ist gleichzeitig eine Teilung Europas, und die Berliner Mauer ist ein Symbol dieser Teilung. Für eine Nation, die nach Europa zurückkehren will, wie zum Beispiel Polen, ist das ein unheilvolles Symbol. [...] Unser Weg in das westeuropäische Haus führt durch Deutschland und wird vielleicht mit deutscher Hilfe zurückgelegt werden können. Wir müssen wachsam sein, um unsere faktische Souveränität angesichts des stärkeren Partners nicht zu verlieren. Aber im polnischen Interesse liegt die Anknüpfung engerer nachbarschaftlicher Beziehungen.

Krakau, 1. September 1989

[36]

Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Erklärung

im Bundestag

——— Im deutschen Namen und von deutscher Hand ist dem polnischen Volk Furchtbares angetan worden. [...] Wahrheit ist auch, daß über zwei Millionen Deutsche – unschuldige Menschen – auf Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren. Der Verlust der Heimat hat bei vielen Millionen unserer Landsleute tiefe Wunden geschlagen. Diese bitteren Erfahrungen dürfen nicht verdrängt werden. Aber wir wollen daraus lernen. Denn welchen Sinn soll es haben, wenn Deutsche und Polen gegeneinander aufrechnen [...]? Spätere Generationen werden uns danach beurteilen, was wir heute dafür tun, daß sie in Frieden und in gemeinsamer Freiheit leben können.

Bonn, 1. September 1989

[10]

Lech Wałęsa, Vorsitzender der Gewerkschaft

„Solidarność“, in einer Rede in der

Friedrich-Ebert-Stiftung

——— Sorgen machen uns manchmal Stimmen in der Bundesrepublik über die angeblich noch offene Frage der Grenze an Oder und Neiße. Die Hauptstädte der Solidarność sind Danzig, Breslau, Stettin. Das beweist am besten die Zugehörigkeit dieser Gebiete zum Polentum. Unabhängig davon kann und muss man sich bemühen, die Tragödie der Deutschen zu verstehen, die diese Gebiete einst verlassen mussten. Uns stellt auch keine Erklärung zufrieden, es würde sich ja nur um eine Interpretation der verfassungsrechtlichen Situation handeln. [...]

Wir wollen mit euch zusammen eine neue Kultur gegenseitiger Beziehungen schaffen und auf die Traditionen zurückkommen, die zum Beispiel die Person von Veit Stoß symbolisiert. [...] Aber wir kennen einander immer noch nicht genug als Nachbarn, als Gesellschaften, die nebeneinander leben. Bis vor kurzem trennten uns deutliche Grenzen militärischer Blöcke und politischer Systeme. Heute ändert sich das zum Glück. Zu trennen beginnt uns der Lebensstandard, uns trennt das Fehlen ausreichenden Wissens übereinander und des gegenseitigen Verständnisses für die Lebensbedingungen in beiden Ländern – so unterschiedlicher Bedingungen.

Bonn, 7. September 1989

[6]

Markus Meckel

——— In Leipzig hatten nach der Sommerpause in der Nikolaikirche die Friedensgebete wieder begonnen. Gleich am 4. September erschienen 1.000 Menschen. Eine Woche später verlas Bischof [der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Sachsen Johannes] Hempel den Brief der Konferenz der Kirchenleitungen an Erich Honecker mit der Forderung nach grundlegenden Reformen. Im Anschluss an das Friedensgebet kam es zu Verhaftungen.

Ost-Berlin

[41]

Premierminister Tadeusz Mazowiecki in seinem Sejm-Exposé

——— Wir brauchen einen Durchbruch in den Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland. Die Gesellschaften beider Länder sind da schon viel weitergekommen als die Regierungen. Wir rechnen mit einer deutlichen Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen und wollen eine wahre Versöhnung nach Maßgabe der, die zwischen Deutschen und Franzosen stattgefunden hat.

Warschau, 12. September 1989

[62]

Markus Meckel

——— Schon seit 1988 hatte es immer wieder Besetzungen der Ständigen Vertretung in [Ost-]Berlin und auch (west-)deutscher Botschaften im Ausland gegeben. Die DDR-Behörden versuchten diese Fälle möglichst geräuschlos in Verhandlungen zu lösen, zumeist mit dem Ergebnis, dass die betreffenden Personen in den Westen ausreisen konnten. Seit Anfang 1989 verstärkte sich die Zahl solcher Besetzungen erheblich.

Als die Außenminister Ungarns und Österreichs Ende Juni symbolträchtig den Stacheldraht an der ungarisch-österreichischen Grenze durchschnitt, war das für Zigtausende DDR-Bürger ein Signal, die Ausreise während der Sommermonate über Ungarn zu versuchen. Am 10. September erklärte die ungarische reformkommunistische Regierung, dass die Grenze nach Österreich nun wirklich offen sei und sie keine Flüchtlinge mehr an die DDR ausliefern würde. [...] Als die DDR-Regierung daraufhin die Ausreise nach Ungarn behinderte, füllte sich die westdeutsche Botschaft in Prag rasant mit Flüchtenden. Um in den Westen zu kommen, machten sich Tausende auch nach Osten auf den Weg, nach Polen, der neuen polnischen Solidarność-Regierung vertrauend, nicht zurückgeschickt zu werden.

Ost-Berlin

[41]

Aus einer Notiz der Abteilung IV des Außenministeriums für den Minister zur Frage der Flüchtlinge aus der DDR

——— Bisher hat die westdeutsche Seite offiziell keine Bitte in Sachen des Aufenthalts einer Gruppe von DDR-Bürgern in der Botschaft der BRD in Warschau an uns gerichtet. [...] In den letzten Tagen hat sich die Zahl der sich in der Botschaft der BRD aufhaltenden DDR-Bürger vergrößert: der DDR zufolge auf 112 [Personen], der Presse der BRD zufolge auf 40.

Warschau, 13. September 1989

[51]

**Mieczyslaw F. Rakowski, Erster Sekretär der Polnischen
Vereinigten Arbeiterpartei, im Tagebuch**

— Ich traf mich mit [PVAP-Aktivist Kazimierz] Morawski. Er erzählte von seinem Gespräch in Moskau mit [Rafail] Fjodorow, dem stellvertretenden Leiter der Auslandsabteilung des ZK der KPdSU. [...] [Fjodorows] Beunruhigung weckte auch die Verschiebung Polens vom Osten nach dem Westen. „Polen kehrt zur Politik von Beck zurück. Ihr schneidet dem eigenen Staat die Kehle durch. Die Opposition strebt die Vereinigung Deutschlands an, genauer gesagt: sie unterstützt die Idee der deutschen Wiedervereinigung. Das ist Wahnsinn, vom Gesichtspunkt der nationalen Interessen. Dort, im Westen, werdet ihr nichts gewinnen, dafür verliert ihr uns, was konkrete wirtschaftliche Konsequenzen haben wird. Und überhaupt“, fügte er hinzu, „schaut doch mal auf die Landkarte und erinnert euch an Kongresspolen“.

Warschau, 17. September 1989

[55]

**Andrzej Szczypiorski, Schriftsteller, in der Tageszeitung
„Gazeta Wyborcza“**

— Vierzig Jahre lang hatte Polen keine eigene Deutschlandpolitik. [...] Dieser Mangel war eine Konsequenz von Jalta, aber Jalta ist, wie alles in der Welt, nicht ewig. Die polnische Politik muss auf verschiedene Optionen in der Zukunft vorbereitet sein.

Vierzig Jahre lang existierte ein bestimmtes, sehr wichtiges Motiv für die Polen, das bewirkte, dass die Streitigkeiten zwischen den Machthabern und dem Volk manchmal verstummten. Das war das deutsche Thema: die Frage unserer Beziehung zum deutschen Volk und zum deutschen Staat. Auf ein breit verstandenes Antideutschtum gründeten die Machthaber ihre gesellschaftliche Pädagogik, mehr noch: eine fragwürdige Plattform nationaler Übereinkunft.

[...] Eine grundlegende Sache ist die Erinnerung an den Krieg. Warum ist sie immer noch so lebendig bei uns? Ist das nur eine Frage der riesigen Opfer, oder die Folge mangelnder Authentizität des nationalen Lebens, die ein halbes Jahrhundert hindurch unser Anteil war, als unmittelbares Resultat des Krieges? Andere Völker sind seit langem mit der neuen Wirklichkeit beschäftigt, die sie nach dem Krieg – mehr oder weniger erfolgreich – aufgebaut haben. Wir dagegen, sogar die junge Generation, fühlen uns immer noch verletzt. [...]

Es bleibt das Problem zweier deutscher Staaten. Sowohl die Teilung Deutschlands als auch unsere Westgrenzen sind eine Folge von Jalta. Das bisherige politische Denken in Polen, das ich als ein magisches Denken bezeichne, lässt sich auf die These zurückführen, dass jedwede Antastung von Jalta unzulässig sei. Dies würde nämlich den polnischen Besitzstand an Oder und Neiße bedrohen, was eine Degradierung Polens bis zum Rang eines Herzogtums Warschau bedeute. Dieses Denken ist anachronistisch, weil es voraussetzt, dass der deutsche Imperialismus eine ewige und unveränderliche politische Kategorie ist. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte bestätigt eine solche Hypothese jedoch nicht. [...]

Es ist Zeit, klar und deutlich zu sagen, dass die Deutschen ein Recht auf Wiedervereinigung haben. Denn dies ist das Grundrecht jeder Nation, die souverän über ihre Geschicke entscheiden sollte. [...] Wenn Europa immer noch krank ist, dann deshalb, weil andere über das Schicksal der Deutschen entschieden haben, ohne sie in der wichtigsten Frage der nationalen Existenz nach ihrer Meinung zu fragen. Das war eine Folge des vom Dritten Reich verlorenen Krieges, aber seit dieser Zeit sind Jahrzehnte vergangen und die Welt hat sich völlig verändert.
Warschau, 28. September 1989 [71]

**Jerzy Surdykowski, Publizist, in der Wochenschrift
„Tygodnik Powszechny”**

Heute kann man sich kaum [...] eine Vereinigung unter Mitwirkung der Bundeswehr vorstellen, aber eine Vereinigung mittels eines Vertrages, der eine andere als die bisherige europäische Ordnung gestaltet, ist vorstellbar, und wer weiß, ob das nicht schneller geschieht als es uns scheint. Denn was für eine europäische Übereinkunft die stalinistische Nach-Jalta-Ordnung auch ersetzt, sie wird das akute Problem der Vereinigung und sicher auch der militärischen Neutralisierung Deutschlands nicht außer Acht lassen. Angesichts des wirtschaftlichen und bevölkerungsmäßigen Übergewichts der BRD [...] wäre das endlich eine Vereinigung Deutschlands nicht im preußischen, sondern eben im rheinischen, europäischen Geiste. [...] Ein so vereinigtes Deutschland, hinorientiert auf die Weltwirtschaft und darin einen Erfolg nach dem anderen erzielend, wäre für Polen und den ganzen europäischen Osten hundertmal weniger gefährlich als je in der Geschichte.

Krakau, 1. Oktober 1989

[69]

**Mieczysław Pszon, Beauftragter des Premierministers
für die Verhandlungen mit der BRD, in einem Interview mit
„Tygodnik Powszechny”**

Meine [deutschen] Partner waren sich völlig einig darüber, dass der alle paar Jahre ausbrechenden Diskussion zum Thema der Grenzen entgegengewirkt werden muss: Schließlich glaubt niemand wirklich, dass man sie anders verändern könnte als durch einen Krieg, und Liebhaber des Krieges sind trotz allem heute kaum noch zu finden. [...] Ich denke, dass der Besuch Kohls [in Vorbereitung] und die ihm vorausgehenden Verhandlungen nicht das Ende einer Etappe in den deutsch-polnischen Beziehungen bedeuten, sondern die Eröffnung einer völlig neuen Etappe. Sie sollte sich auf das Prinzip des Vertrauens und des Verstehens gründen, dass beide Seiten einander brauchen.

Krakau, 29. Oktober 1989

[54]

**Daniel Luliński, Bonner Korrespondent, in der
Tageszeitung „Trybuna Ludu”**

Es wurde bekannt, dass die Personen, die das Programm des Kanzlerbesuches vorbereiten, darin unglücklicherweise auch den Sankt-Anna-Berg

aufgenommen haben, einen Ort, der von polnischem Blut in der Zeit der Schlesischen Aufstände durchtränkt ist. Ausgerechnet dort soll Kohl an einem deutschen Gottesdienst teilnehmen und sich „bei der Gelegenheit“ mit Vertretern einer „deutschen Minderheit“ treffen. Die Repräsentanten dieser „deutschen Minderheit“ sind Personen, die politisch mit der revisionistischen Landsmannschaft Schlesien und dem Bund der Vertriebenen verbunden sind, welche programmatisch Forderungen nach Wiederherstellung der Grenzen von 1937 stellen.

Warschau, 30. Oktober 1989

[38]

Mieczysław Pszon

—— Die schlesischen Deutschen sind meistens dafür [für die Begegnung auf dem Sankt-Anna-Berg], aber die schlesischen Polen erachten das als eine Provokation... Für die Deutschen ist der Sankt-Anna-Berg vor allem ein religiöses Sanktuarium – für Polen dagegen der Ort einer Schlacht mit den Deutschen, ein Symbol der Schlesischen Aufstände usw. Was den Deutschen nicht einmal bekannt ist – obwohl sie das eigentlich wissen sollten, denn wir bekamen dort einen Tritt in einen bestimmten Körperteil... Dazu kamen die deutschen Revisionisten. Aber Kohl bestand auf diesem Sankt-Anna-Berg.

Warschau

[48]

Andrzej Hanich, Sekretär des Oppelner Erzbischofs Alfons Nossol, in einem Interview mit der Tageszeitung „Trybuna Opolska“

—— Zum Sankt-Anna-Berg waren zu den dort in deutscher Sprache gefeierten Gottesdiensten außer den Gläubigen auch schon Persönlichkeiten aus dem Ausland gekommen, darunter aus der BRD, was bisher aber weder Verwunderung noch Kontroversen oder irgendwelche anderen außerreligiösen Reaktionen ausgelöst hatte. In dieser Situation wäre es uns schwergefallen, negativ auf die Anfrage des Botschafters der BRD zu antworten: ob wir etwas dagegen hätten, dass Kanzler Kohl anlässlich seines Besuches in Polen an der Sonntagsmesse auf dem Sankt-Anna-Berg teilnehmen würde [...]. Dieser Standpunkt [...] betraf inoffiziell zwar nur eine hypothetische Situation. Aber er wurde vor der letztendlichen internationalen Abstimmung des Besuchsprogramms von deutscher Seite öffentlich schon als formale und „offizielle“ Einladung durch den Bischof bekanntgegeben [...].

Die emotionelle Erregung darüber [...] konnte dazu führen, dass der Besuch des Bundeskanzlers auf dem Sankt-Anna-Berg nicht nur die Bevölkerung der Oppelner Region über diesen Ort antagonisieren würde. Das aber konnte der Bischof nicht zulassen. Deshalb bat er in einem Telefongespräch den Beauftragten des Bundeskanzlers, auf den Besuch des Sankt-Anna-Berges zu verzichten. [...] Dies stieß auf völliges Verständnis der deutschen Seite.

Oppeln, 5. November 1989

[22]

Horst Teltschik, Beauftragter des Bundeskanzlers für die Verhandlungen mit Polen, in seinem Tagebuch

——— Mit gemischten Gefühlen sind wir heute mittag aus Bonn nach Warschau abgeflogen. Den Bundeskanzler hat es schon während der letzten Tage sichtlich mit Unbehagen erfüllt, daß er ausgerechnet jetzt, da sich die Lage in der DDR immer dramatischer zuspitzt, zu seinem ersten offiziellen Besuch nach Polen reisen soll. [...] Kein Besuch des Bundeskanzlers hat bisher so intensiver Vorbereitungen bedurft, die sich zudem außerordentlich schwierig gestalteten.
Bonn, 9. November 1989 [72]

Aus dem Protokoll des Vier-Augen-Gesprächs von Premierminister Mazowiecki mit Kanzler Kohl

——— Wir dürfen nicht warten [so Kohl], denn es können noch schlechtere Bedingungen kommen. Falls die Reformbestrebungen in Polen nicht gelingen würden, dann hätte das sehr negative Folgen für Europa. [...] Polen ist ein integraler Teil Europas. 1992 wird ein Gemeinsamer Markt entstehen. Die Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) werden sich ihm anschließen. Polen sollte nicht außen vor bleiben.
Warschau, 9. November 1989 [51]

Horst Teltschik im Tagebuch

——— Helmut Kohls Gefühle sind wie immer schwer zu erraten, lediglich die raschen Anordnungen und hastiger werdenden Bewegungen verraten Unruhe und Anspannung. Er hat soeben erfahren, was in diesem Moment kaum jemand glauben kann und was die Gespräche hier in Polen schlagartig in den Hintergrund treten läßt: Die Mauer in Berlin ist gefallen.
Warschau, 9. November 1989 [72]

Jerzy Wierzcholski, Korrespondent, in der Tageszeitung „Rzeczpospolita“

——— Zur Sensation des Tages wurde die den Journalisten am Abend von SED-Parteimitglied Günter Schabowski mitgeteilte Information, dass auf Beschluss des Ministerrates der DDR eine Verfügung erlassen wurde, aufgrund derer die Bürger dieses Landes in die BRD reisen können, sowohl zu Besuch als auch zum ständigen Aufenthalt. [...]
In den späten Abendstunden gelangten [...] Hunderte Berliner nach Westberlin, wo sie enthusiastisch begrüßt wurden. Das bedeutet, dass die Berliner Mauer kein die Bürger beider Teile der Stadt trennendes Hindernis mehr ist. Aus den auf der Straße gehörten Gesprächen geht hervor, dass wir es wirklich mit einem historischen Augenblick zu tun haben.
Berlin, 9. November 1989 [78]

Markus Meckel

——— Die Mauer war offen. Es ist verrückt [...]. Das war ein Einschnitt, wie er radikaler nicht gedacht werden konnte. [...]

Wie man sich zum Mauerfall verhielt [...] daran schieden sich die Geister. Auch, oder gerade, innerhalb der Opposition. Erst nach und nach konnte begriffen werden, was diese neue Situation für die eigenen Zielstellungen bedeutete. Für mich war eines sofort klar. "Jetzt wird alles komplizierter!".

Berlin, 9. November 1989

[41]

Horst Teltschik im Tagebuch

—— Auf dem Weg ins Gästehaus des Bundeskanzlers begegne ich Lech Wałęsa [...]. Er kommt sofort auf mich zu, faßt mich am Arm und sagt, nun sei alles noch viel rascher geschehen, als er das gestern prophezeit habe. Zwar freue auch er sich über den Fall der Mauer, aber er fürchte, daß Polen "den Preis dafür zahlen" werde. Die westdeutsche Politik und Wirtschaft werden sich seiner Ansicht nach nun vollkommen auf die DDR konzentrieren. Meine Antwort soll beschwichtigen, fällt aber schwach aus, denn im Grunde weiß ich, daß er recht hat.

Warschau, 10. November 1989

[72]

Bundeskanzler Helmut Kohl

—— Meine Entscheidung [nach Deutschland zurückzukehren] führte zu einem veritablen Streit. Der polnische Premierminister wollte um jeden Preis verhindern, daß ich nach Berlin fahre. Es wäre ein Affront gegen Staatspräsident Jaruzelski, wenn ich das für den folgenden Tag vorgesehene Treffen mit diesem absagen würde, sagte Mazowiecki.

Warschau, 10. November 1989

[29]

Premierminister Tadeusz Mazowiecki

—— Kohl unterbrach seinen Besuch in Polen auch deshalb, weil er nicht wollte, dass an der Manifestation der Freude in Westberlin nur Brandt teilnimmt. Vielleicht war das nicht der einzige, aber doch ein wichtiger Grund.

Warschau

[40]

Horst Teltschik im Tagebuch

—— Fliegen wir zurück nach Warschau. Nicht einmal vierundzwanzig Stunden sind wir in Deutschland gewesen. Kaum zurück in Polen, gibt es eine ärgerliche Überraschung. Unsere Gastgeber wollen den für morgen in Kreisau geplanten Gottesdienst absagen, weil Nebel den Flug nach Breslau verhindert. Der Kanzler weiß, daß sich bereits Tausende von Schlesiern auf den Weg dorthin gemacht haben. Er tobt und setzt durch, daß noch in der Nacht mit einem Autobus aufgebrochen wird.

Warschau, 11. November 1989

[72]

Bundeskanzler Helmut Kohl

—— Für mich war dies einer der ganz wichtigen Punkte auf dem Besuchsprogramm. Kreisau ist ein herausragendes Symbol für das andere, für das bessere Deutschland auch im dunkelsten Abschnitt unserer Geschichte. Im Kreisauer Kreis fanden sich großartige Männer und Frauen aus unserem Volk



Kreisau (Krzyżowa), 12. November 1989. Die Heilige Messe, der sogenannte Versöhnungsgottesdienst, wurde unter Teilnahme von Premierminister Tadeusz Mazowiecki und Bundeskanzler Helmut Kohl in deutscher und in polnischer Sprache auf dem Gelände des früheren Palais der Familie von Moltke zelebriert. Unter den Teilnehmern waren Mitglieder der deutschen Minderheit in Polen mit einem Transparent: „Helmut, du bist auch unser Kanzler!“, das eine Gruppe des Deutschen Freundeskreises aus Jemielnica (Himmelwitz) mitgebracht hatte

FOT. GRZEGORZ ROGIŃSKI / PAP

zusammen, um darüber nachzudenken, wie der Nationalsozialismus überwunden und ein gerechter Frieden in Europa gestaltet werden könne*.

Kreisau, 12. November 1989

[29]

Bischof Alfons Nossol

—— Eine Stunde vor der Messe kamen irgendwelche Funktionäre zu mir, ich denke, frühere Staatssicherheitsleute [...], und fragten mich, ob während der Messe wirklich ein Friedensgruß notwendig wäre. Ob man den nicht auslassen könnte?

Kreisau, 12. November 1989

[33]

Aus der von Bischof Alfons Nossol gehaltenen Predigt

—— Wir beten für das polnische Volk und das deutsche Volk: Herr, verleihe uns die Kraft, aus dem Schatten der Vergangenheit herauszutreten, und ermögliche uns, gegenseitiges Verständnis zu finden. Bewirke, dass sich neue Horizonte der Hoffnung abzeichnen.

Kreisau, 12. November 1989

[44]

Premierminister Tadeusz Mazowiecki

—— Während der Heiligen Messe in Kreisau tauschten wir den Friedensgruß. Wir sind Katholiken, daher hatte dieses Zeichen für uns beide nicht nur symbolische Bedeutung, sondern gewann einen tieferen Sinn.

Kreisau, 12. November 1989

[40]

Nina Kracherowa, Journalistin, in „Trybuna Opolska“

—— Man sah, dass Helmut Kohl tief gerührt war. Der Gottesdienst fand auf Polnisch und auf Deutsch statt. Der Wind rüttelte an den Transparenten mit der Aufschrift: „Helmut, du bist auch unser Kanzler!“, „Wir fordern deutsche Schulen“, „Wir wollen deutsche Gottesdienste“, „Wir grüßen den Kanzler“ und mit Städtenamen in Deutsch. Die [deutsche] Minderheit war so zahlreich vertreten, dass sie die Mehrheit der zur feierlichen Messe unter freiem Himmel Versammelten ausmachte. Die Polen skandierten: „Mazowiecki! Mazowiecki!"; die Deutschen riefen: „Helmut! Helmut!“.

Kreisau, 12. November 1989

[32]

Mieczysław Pszon

—— Schon das war ein Erfolg, dass Kohls Besuch überhaupt zustandekam. Denn er hätte von verschiedenen politischen Kräften torpediert werden können, die ja immer noch aktiv waren. Totale Ablehnung herrschte vor allem im Außenministerium. Kein Vizeminister oder Departementsdirektor sagte das offen, aber man blickte zweifellos auf das ZK der PVAP [...]. Präsident Jaruzelski selbst hegte zwar auch keine besondere Liebe zu Deutschland, obwohl gerade er sich

* Der Kreisauer Kreis war eine gegen Hitler gerichtete oppositionelle deutsche Gruppe, die auf Initiative von Graf Helmut James von Moltke und Peter Yorck von Wartenburg während des 2. Weltkrieges in Kreisau aktiv war.

loyal verhielt. Und dann erst die Nomenklatura-Presse... Die „Trybuna Ludu“ präsentierte mich als jemanden, der die polnischen Interessen verkaufen will.

Warschau

[48]

Aus der gemeinsamen Erklärung von Tadeusz Mazowiecki und Helmut Kohl

—— Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen bekunden ihren Willen zur umfassenden Entwicklung ihrer Zusammenarbeit durch folgende, während des offiziellen Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl [...] unterzeichnete Abkommen und getroffene Vereinbarungen: Abkommen über Jugendaustausch, Abkommen über Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik, Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaften, Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes, Abkommen über die Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmen im Bereich der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, Abkommen über die gegenseitige Errichtung und die Tätigkeit von Instituten für Kultur und wissenschaftlich-technologische Information, Protokoll über Konsultationen der Außenminister und -ministerien, Übereinkunft zur Wiederaufnahme des Rechtshilfeverkehrs in Zivil- und Strafsachen, Protokoll über den Abschluß der Verhandlungen über Fragen im Zusammenhang mit der Errichtung von Generalkonsulaten der Bundesrepublik Deutschland in Krakau und der Volksrepublik Polen in Hamburg, Notenwechsel über den gegenseitigen Austausch von Verteidigungsattachés.

Warschau, 14. November 1989

[6]

Zbigniew Ramotowski, Bonner Korrespondent, in „Trybuna Ludu“

—— Die Vereinigung der vom Dritten Reich geschädigten Polen appellierte an ihre Mitglieder, alle Opfer des Hitlerfaschismus und die Familien der Ermordeten, sich am Warschauer Nike-Denkmal und vor dem Hotel Marriott [wo Kanzler Kohl sich aufhielt] zu versammeln, um den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland an die Angelegenheit der moralischen und materiellen Wiedergutmachung für das erlittene Unrecht zu erinnern. Eine Gruppe ehemaliger KZ-Häftlinge begrüßte den Gast aus Bonn auf dem Gelände von Auschwitz mit Schildern und Transparenten: „Keine Versöhnung ohne Entschädigung“, „Ganz Deutschland ist verantwortlich für die Verbrechen des Völkermordes, für die Ausplünderung Polens und Europas“, „Bedingung der Versöhnung: Wiedergutmachung des Unrechts am polnischen Volk“. [...] Sowohl diese Tatsache, die mit auf die Liste der zu erledigenden Dinge aufgenommen wurde (obwohl der Kanzler sich vorbehielt, dass die für diesen Zweck vorgesehenen Bonner Gelder gegenüber den polnischen Erwartungen erheblich geringer ausfallen würden), als auch gerade die Reaktionen in Kreisau, in Auschwitz, sowie eine Reihe anderer Gesten und Worte – all dies zeigt deutlich, dass es für ein Außerachtlassen dessen, was Deutsche und Polen in der jüngsten Geschichte trennte, noch zu früh ist.

Bonn

[56]



Oświęcim, 14. November 1989. Helmut Kohl besucht das ehemalige
nazionalsozialistische Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz

FOT. KRZYSZTOF WÓJCIK / FORUM

Hermann Kant, Vorsitzender des Schriftstellerverbandes der DDR, in einer Verlautbarung für die Tageszeitung „Życie Warszawy“

— Als das Wort „Vereinigung“ fiel, überlegte ich, was dieses ungeteilte Deutschland mir gebracht hat. Es war gegen mich und meine Eltern – gegen Antifaschisten. Als ich 18 Jahre alt war, gab man mir ein Gewehr in die Hand und befahl mir, andere zu töten. Ich hatte Glück, dass es nicht dazu kam und dass ich nicht schießen musste. [...] Mir ist unwohl, wenn ich höre: Wir erkennen den Status quo an, aber über die Grenze an Oder und Neiße werden wir reden, wenn Deutschland wiedervereinigt ist und ein Friedensvertrag unterzeichnet wird. Also auch von diesem Gesichtspunkt aus ist eine Wiedervereinigung Deutschlands für mich gefährlich.

Warschau, 1. Dezember 1989

[84]

Krzysztof Skubiszewski, Außenminister, in „Rzeczpospolita“

— Die Geschichte ist kein Faktor, der über die Ansicht zur heutigen Wirklichkeit und ihre Gestaltung entscheidet, und kann dies auch nicht sein. Europa verändert sich. Diese Veränderungen negieren wir nicht, wir wünschen sie sogar, weil wir sie mitgestalten. Aber wir müssen unsere Interessen als Staat hüten. Ich denke, dass dies mit dem europäischen Interesse harmoniert. [...] Ich spreche deshalb von der polnischen Staatsraison, weil ein prinzipieller Mangel des am 28. November im deutschen Parlament (Bundestag) vorgestellten Zehnpunkteprogramms des Kanzlers Helmut Kohl darin besteht, dass die Frage der Grenzen mit den Nachbarn beider deutscher Staaten und besonders mit Polen dort verschwiegen wird.

Warschau, 8. Dezember 1989

[60]

Janusz Jaros, Journalist, in „Gazeta Wyborcza“

— In den Ostberliner Läden gibt es keine Schilder „Nur für Deutsche“. Niemand verweigert die Bedienung von Ausländern in Läden, Restaurants und Bars. Es gibt keine allgemeine Abneigung gegen Polen. Aber die Deutschen haben es wirklich satt, dass unsere Landsleute zu Tausenden die Läden leerkaufen, Handel treiben, aggressiv sind, fluchen und herumschreien. Sie verhalten sich auf der Straße, in Lokalen und Läden auf eine Weise, die negative Reaktionen geradezu provoziert. Sie sind es, die ihre Abneigung gegen die Hausherrn zeigen. [...]

Ich sitze am Tisch in einem Restaurant und höre: „Sieh nur! Noch ein Nachkomme Hitlers!“ Ich drehe mich um und sehe, dass am Nachbartisch zwei angetrunkene Polen sitzen. Sie entschuldigen sich – sie hatten gedacht, ich wäre ein Deutscher. Für sie gibt es keine guten Deutschen: „Ach weißt du, höchstens ein paar naive Trottel“, sagen sie.

[...] In den Randbezirken der Stadt versorgen sich unsere geschäftstüchtigen Händler mit allem, was sie später in Westberlin oder in Polen günstig weiterverkaufen können, wobei sie bei einem „Kurs“ soviel verdienen, dass sie zu Hause mindestens ein halbes Jahr davon leben können.

Berlin, 18. Dezember 1989

[26]

Hans-Dietrich Genscher auf einer Tagung der FDP

——— Wer die Diskussion um die polnische Westgrenze nicht beendet, schließt das Tor zur deutschen Einheit. Notwendig ist nicht nur eine Änderung unseres Grundgesetzes in dieser Frage, sondern schon jetzt die Feststellung, dass wir Deutschen, alle Deutschen, die in der Bundesrepublik und in der DDR leben, weder jetzt noch in Zukunft, weder geteilt noch vereint, die polnische Westgrenze in Frage stellen werden.

Bonn, 6. Januar 1990

[27]

Grzegorz Ziętkiewicz, Korrespondent, in der Pariser Zeitschrift polnischer Emigranten „Kultura“

——— Im Dezember 1989 und Januar 1990 fanden massenhafte (über 100.000 Teilnehmer) Montagsdemonstrationen in Leipzig und anderen, kleineren Städten der DDR statt. In Leipzig kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Befürwortern und Gegnern einer Wiedervereinigung Deutschlands. Die Losung „Wir sind das Volk“ wurde ersetzt durch die Losung „Wir sind Deutschland“. Zum ersten Mal trugen einige Demonstranten Transparente mit einer Landkarte der deutschen Grenzen von 1937 und der Aufschrift „Deutschland mein Vaterland“.

Leipzig

[83]

Stanislaw Stomma, Senator, in der Wochenzeitung „Niedziela“

——— Wir unterbreiten ein Angebot friedlicher Nachbarschaft. Aber eine vertiefte Verständigung mit dem polnischen Volk bedarf der Respektierung seiner Lebensnotwendigkeit, seines Prestiges. Die Frage der Grenzen halten wir für geregelt durch Verträge mit beiden deutschen Staaten, aber es ist nur natürlich, dass wir die Beendigung dieses zweideutigen Spiels erwarten – des Jonglierens mit dem Begriff Deutschland in den Grenzen von 1937. Aus Respekt vor dem Recht der Nationen auf Selbstbestimmung anerkennen wir das Recht Deutschlands auf ungehinderte Regelung der gegenseitigen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten bis hin zur Wiedervereinigung. Aber da eine eventuelle Vereinigung Deutschlands die Landkarte Europas und das herrschende Kräfteverhältnis verändert, erfordert diese Angelegenheit die Zustimmung unseres Staates, der interessierten Großmächte und der Nachbarn Deutschlands.

Tschenstochau, 7. Januar 1990

[67]

Markus Meckel, Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei der DDR

——— Helmut Kohl von Anfang an bei dieser Frage [Polnische Westgrenze] keine klaren Aussagen machen [wollte], diese Frage könne erst nach der deutschen Einheit endgültig geklärt werden. Natürlich war auch ihm klar, dass diese Grenze endgültig ist, so spielte er ein doppeltes Spiel: Auf der einen Seite gab er informell der polnischen Seite und den westlichen Verbündeten das Versprechen ab, die Grenzankennung würde dann später selbstverständlich durch

das vereinte Deutschland geschehen. Gleichzeitig lehnte er jede verbindliche Festlegung vor der Vereinigung ab.

Berlin

[41]

**Premierminister Tadeusz Mazowiecki beim Treffen mit der
Premierministerin Großbritanniens Margaret Thatcher**

——— Wir glauben ebenfalls nicht an ein neutrales Deutschland. Deshalb würden wir es vorziehen, dass Deutschland vorerst in den Pakten eingebunden bleibt, als dass es neutral sein sollte. [...] Die [sowjetischen] Streitkräfte, die bei uns stationiert sind, bilden das logistische Hinterland der in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte. Wir wollen zwar, dass diese Kräfte mit der weiteren Entwicklung der Situation geringer werden [...], aber es wäre zu früh, sie ganz [aus Polen] abzuziehen. [...]

In der Politik der BRD gab es immer dieses Element, auch bei Kohl, dass aus Rücksicht auf die Innenpolitik bestimmte Dinge nicht gesagt werden konnten. Ich möchte, dass in Sachen der Oder-Neiße-Grenze diese Rücksichten nicht mehr verpflichtet. Ich möchte, dass diese Bestätigung nicht nur den Charakter einer Deklaration trägt, sondern eines Vertrages.

London, 12. Februar 1990

[51]

**Krzysztof Skubiszewski in seiner Rede vor dem
VI. Deutsch-Polnischen Forum**

——— Polen und Deutschland sind beteiligt an der Schaffung eines Europas. Deshalb will Polen kein isoliertes Deutschland sehen. [...] Wir wollen ein durch verschiedene Bande mit Europa verbundenes Deutschland sehen. [...]

Wir müssen eine deutsch-polnische Interessengemeinschaft schaffen. In Wirklichkeit ist sie schon fortgeschritten, wenn wir das berücksichtigen, was in den Beziehungen Polens mit beiden deutschen Staaten getan wurde. Alles, was in den bisherigen Beziehungen gut war, wollen wir beibehalten und weiterentwickeln. Ein vereinigter deutscher Staat sollte auch die Komplementarität der polnischen Wirtschaft und der Wirtschaft der DDR berücksichtigen. [...]

Die deutsch-polnische Interessengemeinschaft [...] ist – und wird sein – ein wichtiger Bestandteil der internationalen Ordnung in einem sich vereinigenden Europa. Ohne ein deutsch-polnisches Zusammenwirken wird es ein solches Europa nicht geben.

Posen, 22. Februar 1990

[61]

Horst Teltschik im Tagebuch

——— Im Kabinett sagt der Kanzler, er könne die an ihn bezüglich der Oder-Neiße-Grenze gerichteten Erwartungen aus rechtsstaatlichen Gründen nicht erfüllen. Aber darüber werde in der Koalitionsrunde noch zu sprechen sein. Genscher dringt in der Sitzung auf eine Regelung, die zur Verständigung mit Polen führe. [...]

Der Kanzler [Abends] sieht die außenpolitischen Zwänge und die innenpolitische Kampagne vor dem Hintergrund der acht in diesem Jahr bevorstehenden Wahlen. Er weiß, daß er sich weiterbewegen muß, aber eigentlich will er nicht.

Bonn, 28. Februar 1990

[72]

**Aus einer Information in der Wochenschrift „Opinia”,
einem Organ der Konföderation des Unabhängigen
Polen (KPN)**

——— Einige Hundert Personen – in dieser Gruppe vorwiegend junge Gesichter, aber auch viele Veteranen des 2. Weltkrieges – versammelten sich auf dem Hof vor dem Lokal der KPN. Sie trugen Transparente, die den Charakter der Begegnung der aus ganz Polen Angereisten lapidar bestimmten: „Nichts über uns ohne uns”, „Freie Länder in einem freien Europa”, „Ein sicheres Europa ohne jegliche Dominanz”. Einige Hundert Personen aus dem ganzen Land verliehen ihrer Beunruhigung über die Perspektive Ausdruck, dass über die Zukunft Deutschlands ohne Beteiligung Polens entschieden werden könnte.

Eben über diese Beunruhigung sprach der Leader der KPN Leszek Moczulski. In seiner Rede betonte er, dass die Polen die Folgen der Knechtschaft und der Teilungen ihres Staates noch gut in Erinnerung haben. Daher verstehen sie die natürlichen Tendenzen des deutschen Volkes zur Wiedervereinigung gut. Insbesondere weil ein Ende der deutschen Teilung de facto auch ein Ende der Teilung Europas bedeuten würde. Aber auch wenn man alle Bedingungen dieses stattfindenden Prozesses annimmt, so brauchen wir als Staat nicht mit einem Diktat der vier Großmächte einverstanden zu sein. Wir können nicht zulassen, dass es zu einem neuen Jalta und einem neuen Potsdam kommt.

Warschau, 2. März 1990

[76]

**Rita Süßmuth, Präsidentin des Bundestages, in einer
Rede auf der Tagung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft**

——— Schritt für Schritt erleben wir in der EG eine Europäisierung des Wirtschaftslebens, die eine eigennützige, gegen andere Staaten gerichtete nationale Interessen- und Machtpolitik, wie sie noch das 19. Jahrhundert kannte, gar nicht mehr erlaubt. Wir wollen, daß Polen und unsere anderen östlichen Nachbarn in diesen Prozeß der wirtschaftlichen Europäisierung mit einbezogen werden. In einem solchen Europa wird ein vereintes Deutschland ein Brückenglied zwischen den mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften und der Europäischen Gemeinschaft sein. [...] Deutsche und Polen müssen die Gestaltung ihrer Beziehungen als unwiederbringliche Chance für ihre gemeinsame Zukunft in einer europäischen Friedensordnung begreifen. In dieser Friedensordnung ist kein Platz mehr für rückwärts gewandten Nationalismus.

Hannover, 9. März 1990

[70]

Leopold Unger, Journalist, in der Pariser „Kultura”

——— Das wahre Problem sind nicht die Grenzen, sondern die Menschen. Die Grenzen in Europa, so wie in Afrika, sind nicht deshalb unantastbar, weil die historische Gerechtigkeit dies gebietet, denn eine solche existiert nicht, und sie können auch gar nicht gewaltsam verschoben werden, denn niemand hat ein solches Übergewicht, dass er Gewalt anwenden könnte – sondern weil keine Grenze angetastet werden darf. Wenn eine Grenze nach dem Prinzip „berechtigter Revindikationen der Nation” verschoben wird, gestützt auf Argumente

militärischer und wirtschaftlicher Macht, dann zittern alle, und einige würden wie Dominosteine umkippen: angefangen von Moldawien und dem Balkan bis hin zu – warum nicht? – Elsass und Lothringen. [...]

Sein Selbstbild auf dem Kanzlerthron eines vereinigten Deutschlands in Berlin hat Kohl so blind gemacht, dass es ihm tatsächlich gelungen ist, Europa an seiner empfindlichsten Stelle zu treffen: er hat erneut Ängste vor einem mächtigen Deutschland geweckt.

Brüssel, 10. März 1990

[74]

Tomasz Merta, Publizist, in „Opinia“

Man müsste sich vielleicht wenigstens eine Frage beantworten: ob Polen mit der Wiedervereinigung Deutschlands wirklich nichts verliert [...]. Genauer gesagt: ob das wirtschaftlich ruinierte Polen die beiden deutschen Staaten nicht fürchten muss, die nach ihrer Vereinigung in den nächsten Jahren zur wirtschaftlichen Weltmacht aufsteigen werden? Wir alle sind Zeugen des zivilisatorischen Abgrundes, der die Völker Polens und Deutschlands trennt. Denn trotz der verdummenden Propaganda der letzten Jahrzehnte verstehen die Polen nämlich gut, dass man sich nicht vor deutschen Flugzeugen oder Panzern zu fürchten hat. Die Gefahr kann von einer ganz anderen Seite kommen. Zur modernen Waffe, um sich die schwachen Nachbarn zu unterwerfen, wurde die Ökonomie. [...]

In der polnischen Gesellschaft gibt es viele irrationale Ängste und Befürchtungen vor der deutschen Bedrohung. Manche davon sind allerdings nicht völlig unbegründet, und sie betreffen hauptsächlich eine gewisse Sorglosigkeit seitens der polnischen Regierung und das Fehlen klarer Rechtsbestimmungen. Wir sind in einer sehr schwierigen Situation: die meisten polnischen Schulden wurden gerade in Westdeutschland gemacht. Der polnischen Gesellschaft genügt heute die Deklaration der Regierung über die Unantastbarkeit der Westgrenze Polens nicht mehr. Die Polen sind sich sehr wohl im Klaren darüber, dass nicht eine Verschiebung geographischer Grenzen auf dem Spiel steht, sondern die Möglichkeit einer ökonomischen Expansion.

Warschau, 11. März 1990

[42]

Markus Meckel, Außenminister der DDR

Am 2. März 1990 goss Helmut Kohl noch Öl ins Feuer, als er die Anerkennung der Grenze mit weitergehenden Forderungen verband: Polen sollte erklären, dass sein 1953 von der damaligen kommunistischen Regierung ausgesprochener Verzicht auf Reparationen weiterhin gelte. Außerdem sollten die Rechte der deutschen Minderheit gestärkt werden. Diese zusätzlichen Forderungen führten zu heftigen öffentlichen Debatten, auch innerhalb der Koalition spitzte sich der Streit zu. Schließlich aber fand sie einen Konsens, keiner der Koalitionspartner wollte die Regierung gefährden. Kohl stimmte dem unter anderem von Rita Süßmuth favorisierten Plan zu, dass beide deutschen Parlamente, also die Volkskammer und der Deutsche Bundestag, eine gleichlautende Resolution verabschieden sollten. [...]

Da eine solche Bekräftigung des politischen Willens aber völkerrechtlich nicht bindend war, reichte der polnischen Seite eine solche Erklärung verständlicherweise nicht aus. Helmut Kohl betrachtete eine solche Haltung jedoch als Infragestellung seiner persönlichen Glaubwürdigkeit und reagierte gereizt bis beleidigt. Eine vertragliche Festlegung vor der Vereinigung, selbst wenn sie nur vorbereitenden Charakter haben sollte, wollte er in keinem Fall. Deshalb wies er auch nicht die Stimmen in der CSU und im Lager der Vertriebenenverbände zurück, die ein wiedervereinigtes Deutschland in den Grenzen von 1937 wollten. Obwohl spätestens seit der Volkskammerwahl vom März 1990 offensichtlich war, dass er auch die Bundestagswahl gewinnen würde, war er nicht bereit, auf diese Wählerklientel zu verzichten, die noch immer die Oder-Neiße-Grenze nicht anerkennen wollte.

Berlin

[41]

Bohdan Urbankowski, Publizist, in „Opinia”

—— Die Deutschen sind kein Volk von Dummköpfen. Sie werden nicht mit Panzern zu uns kommen. Sie kommen bereits – mit dem Mercedes. Das ist viel bequemer. Und sicher werden sie keine Lager in Auschwitz oder Treblinka bauen. Sondern sie errichten ein Kombinat zur Herstellung von Waschmitteln mit gemischtem Kapital.

[...]

Macht mir bloß keine Angst vor der Bundeswehr. Das Szenarium der Unterwerfung Polens wird diesmal friedlich verlaufen: nicht Mord, sondern Euthanasie.

Warschau, 22. April 1990

[75]

Jerzy Giedroyc, Chefredakteur der Pariser „Kultura”, in einem Brief an Jan Nowak-Jeziorański

—— Das [sowjetische] Imperium befindet sich im Verfallszustand und das muss ausgenutzt werden. Na ja, aber in Polen wurden den Leuten schon bestimmte Dinge eingetrichtert, nämlich dass Moskau der einzige Schutz vor den Deutschen sei. Gleichzeitig wird im deutschen Bereich nichts getan, es gibt dort keinerlei personelle Veränderungen und man hat sich nicht einmal ermahnt, [Władysław] Bartoszewski zu ernennen, der der ideale Kandidat [als Botschafter in der BRD] wäre.

Maisons-Laffitte, 23. April 1990

[45]

Aus einer Sejm-Debatte

—— **Krzysztof Skubiszewski:** Die Beziehungen mit der UdSSR bleiben die Hauptaufgabe unserer staatlichen Strategie. [...] Die Aufmerksamkeit der Regierung wird sich auf folgende Aufgaben richten: [...] politische Zusammenarbeit in aktuellen gemeinsamen Angelegenheiten, insbesondere im Zusammenhang mit dem polnischen Standpunkt betreffs der Bestätigung unserer Westgrenze durch das vereinigte Deutschland und die Teilnahme Polens an den zur Vereinigung Deutschlands führenden Diskussionen der sechs Staaten [...].

Die Regierung wird mit Verhandlungen über den Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus unserem Territorium beginnen. Eine hypothetische Sache bleibt die Frage, inwieweit die befristete Stationierung dieser Truppen mit der Evolution des deutschen Problems, der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems sowie mit den Fortschritten bei der Abrüstung verbunden ist oder sein wird. **Marian Orzechowski, Abgeordneter im Parlamentsklub der Demokratischen Linken:** In Zeitschriften, auf Flugblättern, in den Postfächern der Abgeordneten findet man unlängst wieder Texte voll von antideutschem Gift, dem Stereotyp vom ewigen, unveränderlichen Feind, von massenhaften Landkäufen durch Deutsche, von „polnischen Weibchen für die deutschen Herren“, von bewussten oder unbewussten Renegaten, die deutschen Interessen dienen, und dass die Regierung elementare nationale Werte verkauft. Dieser Welle müssen wir uns entschieden entgegensetzen. [...] Das bedeutet jedoch nicht, dass die authentischen Befürchtungen von Millionen Bürgern bagatellisiert werden dürfen, besonders in den Westgebieten: ob ein vereinigt, mächtiges Deutschland nicht doch wieder zur Gefahr für die nationale Identität sowie für die wirtschaftliche und kulturelle Souveränität wird.

Es gibt ein ganzes Deutschlandsyndrom. Polen und Deutschland waren und sind Nachbarn und werden es auch bleiben. [...] Es gibt kein gemeinsames europäisches Haus ohne Polen und Deutschland und kann es auch nicht geben.

Warschau, 26. April 1990

[63]

Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei einem Staatsbankett in Polen

——— Im Mittelpunkt eines europäischen Friedens steht die Verpflichtung für alle Völker, nie mehr den unseligen Kampf um Grenzen und Gebiete aufzunehmen. Wir Deutsche wissen, was dies für uns den Polen gegenüber bedeutet. [...] Polen kann ohne Vorbehalt darauf vertrauen, daß die Grenzfragen zwischen uns in ihrer Substanz unwiderruflich geklärt sind und daß sie im Zuge der werdenden deutschen Einheit die nötige völkerrechtlich verbindliche Vertragsform erhalten werden.

Warschau, 2. Mai 1990

[6]

Janusz Reiter, Publizist, in „Gazeta Wyborcza“

——— Weizsäcker gehört nicht zu der Generation, der „die Gnade der späten Geburt“ zuteil wurde, wie das Helmut Kohl einmal formuliert hat. Im September 1939 diente der neunzehnjährige Sohn des damaligen stellvertretenden Reichsaußenministers als Soldat in der in Polen einmarschierenden deutschen Armee. Einer seiner Brüder fiel schon am zweiten Tag des Krieges. [...]

Es wäre gut zu wissen, was man von der Reise Richard von Weizsäckers nach Polen erwarten kann. Der Bundespräsident bringt im Gepäck weder staatliche Verträge noch Handelskontrakte oder Kredite mit. Aber die Worte, die er hier sagen wird, können für die deutsch-polnischen Beziehungen von größerer Bedeutung sein als materielle Effekte. Der Bundespräsident wird wahrscheinlich versuchen, eine neue Sicht der Nachbarschaft unserer Völker vorzustellen.

Die größte Schwäche der Beziehungen zwischen ihnen ist immer noch das bestehende Misstrauen.

Warschau, 3. Mai 1990

[57]

Wladysław Bartoszewski in einem Interview mit „Tygodnik Powszechny“

——— Niemand in Deutschland rechnet mit einer Verschiebung der Grenzen. Die einen meinen, es sei schade, dass es eine solche Möglichkeit nicht gibt, die anderen, dass es gut ist. Aber alle sind sich einig – die Grenzen sind unanfechtbar.

[...] Zu einem Unruheherd werden könnte – die übrigens von einigen Zeitungen stimulierte – Frage der deutschen Minderheit in Polen. [...] Es wurde auch versucht, das Thema der Nachkriegsaussiedlungen von Deutschen aus Polen hochzuspielen. Übrigens wurde das noch mit dem Exodus des schrecklichen Winters 1944/45 vermischt, als die Deutschen vor der Roten Armee geflüchtet waren, wobei Hunderttausende ums Leben kamen. Aber parallel dazu gab es auch Stimmen, nicht darauf zurückzukommen – aus Respekt für die Opfer des Hitlerismus.

In Polen wiederum wird die Bedeutung der Landsmannschaften und der antipolnischen Äußerungen aufgebauscht. Aber wenn wir Polen nicht aus Europa ausgeklammert werden wollen, dann müssen wir uns klarmachen, dass unsere antideutschen Phobien für Amerikaner, Franzosen und andere Völker unverständlich sein werden.

Krakau, 6. Mai 1990

[2]

Markus Meckel

——— Während die polnische Seite immer wieder zum Ausdruck brachte, dass sie auf die Vier Mächte als Garantiemächte der Grenzanerkennung setzte, lag mir im Grunde daran, dass wir Deutschen aus eigenem Willen diese völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der Grenze vollziehen und sie den Alliierten nur noch mitteilten. So wären wir über jeden Zweifel erhaben, dass wir uns in verbindlicher Anerkennung der Nachkriegsgrenzen auch in Zukunft unserer Verantwortung für Europa bewusst seien. Leider war eine solche Lösung mit der Bundesregierung Kohl nicht machbar. [...]

Am 21. Juni wurde parallel in der Volkskammer wie im Bundestag die Resolution zur Anerkennung der polnischen Westgrenze verabschiedet. Dies war ein starkes öffentliches und internationales Signal – reichte der polnischen Seite jedoch nicht, wie vorher schon angekündigt.

Berlin, 21. Juni 1990

[41]

Premierminister Tadeusz Mazowiecki bei einem Treffen mit Bewohnern von Stettin

——— Unser Standpunkt stieß anfangs nicht immer und nicht überall auf Verständnis. Man meinte, unsere Forderungen seien anachronistisch, weil keinerlei Gefahren einer Wiedergeburt des deutschen Expansionismus drohen. Aber mit der Zeit nahm, dank unserer Bemühungen, das Verständnis für die polnischen

Gründe zu. Ein Ausdruck dessen ist die Einladung Polens zur Teilnahme an der Konferenz beider deutscher Staaten und der vier Großmächte, wo über das Thema der Grenzen Deutschlands und der Sicherheit seiner Nachbarn diskutiert werden soll*.

Stettin, 24. Juni 1990

[39]

Horst Teltschik in einer Vorlage an Helmut Kohl

—— Die Haltung der polnischen Regierung zur Grenzfrage im Anschluß an die Entschließung des Deutschen Bundestages und der DDR-Volkskammer [...] ist uneinheitlich. Während Außenminister Skubiszewski flexibel reagiert und Kompromißbereitschaft signalisiert, vertritt Premierminister Mazowiecki weiterhin – wie im übrigen auch der Fraktionschef der Solidarność im Sejm, [Bronisław] Geremek – die bekannte harte Haltung. Bedenklich ist die Tatsache, daß beide Politiker noch immer in unterschiedlich geschickter diplomatischer Form den Gedanken von Grenzgarantien durch die Vier Mächte verfolgen. [...] Die polnische Haltung in der Grenzfrage noch immer ein großes Störpotential für den deutschen Einigungsprozeß darstellt.

Bonn, 28. Juni 1990

[13]

Katarzyna Kołodziejczyk, Journalistin, in „Rzeczpospolita“

—— Polen glaubt und vertraut, dass die Frage der Grenzen nun endgültig geklärt ist und dass die Deutschen sie weder jetzt noch in Zukunft beabsichtigen in Zweifel zu ziehen. Alle teilen voll und ganz den Satz des Kanzlers Helmut Kohl, dass nur eine sichere Grenze eine offene Grenze sein kann und dass nur eine solche Grenze Sicherheit und Stabilität, sowohl in Polen als auch in Europa, garantieren kann. Da also beide Seiten übereinstimmen, woher kommt dann diese Unsicherheit und Beunruhigung? Es muss daran erinnert werden, dass Polen gerade von Seiten Deutschlands deutliche Signale erhalten hat, die es dazu brachten, besonders die rechtlichen Probleme in der Frage der Grenze auf eine solche Weise zu regeln, dass diese in Zukunft keinen Vorwand bilden können, auch nicht für innerdeutsche Auseinandersetzungen.

Warschau, 15. Juli 1990

[30]

Krzysztof Skubiszewski in seiner Rede auf der Zwei-plus-Vier-Konferenz

—— Eine Regelung unter Teilnahme der Großmächte und ein Vertrag zwischen der Republik Polen und dem vereinigten Deutschland ist deshalb notwendig, um allen rechtlichen Zweideutigkeiten hinsichtlich des Status der deutsch-polnischen Grenze ein Ende zu bereiten. [...] Die Wiedervereinigung Deutschlands ist nicht nur für das deutsche Volk ein bedeutsames Ereignis. Sie hat auch schwerwiegende Folgen für die Nachbarn Deutschlands, also auch für Polen – und vielleicht vor allem für Polen. Ich vertraue darauf, dass die Deutschen das

* Die ersten Begegnungen im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Konferenz fanden am 5. Mai in Bonn und am 22. Juni in Berlin statt.

nicht vergessen – dann würden wir uns besser verstehen. Ein solches Einanderverstehen täte uns sehr not. [...] Die deutsche Außenpolitik wird einen guten Lauf nehmen, wenn man dort versteht, wie wichtig für Deutschland und Europa Polen zwischen der Sowjetunion und Deutschland ist – ein demokratisches Polen, mit sicheren Grenzen, einem gesunden staatlichen Organismus und einer blühenden Wirtschaft.

Paris, 17. Juli 1990

[6]

Krzysztof Skubiszewski in einer Notiz von der Pariser Konferenz

— In Paris wurden folgende Festlegungen angenommen: [...] Vereinbart wurden Beschlüsse [...] betreffs der Grenzen des vereinigten Deutschland, darunter der deutsch-polnischen Grenze. [...] Sie setzen allen rechtlichen und politischen Zweideutigkeiten ein Ende [...]. Außerdem nahmen die vier Mächte auf unsere Initiative eine Erklärung folgenden Inhalts zu Protokoll: „Die verbündeten vier Mächte erklären, dass die Grenzen des vereinigten Deutschlands endgültigen Charakter haben werden, der von keinerlei äußeren Ereignissen oder Umständen in Frage gestellt werden kann“.

[...] Die Regierungen beider deutscher Staaten versichern, dass die Verfassung des vereinigten Deutschland keinerlei zusätzliche Beschlüsse enthalten wird, die den vereinbarten „Zwei-plus-Vier-Prinzipien“ in Fragen der Grenzen widersprechen würden [...]. Darüber hinaus schlugen wir vor, dieses „Prinzip“ [...] um eine Erwähnung betreffs „anderer Gesetze“ oder um eine ähnliche Formulierung zu ergänzen. Minister Genscher protestierte entschieden gegen unser Projekt. Unseren Standpunkt unterstützte zwar Minister Meckel und zu einem gewissen Grad auch [der französische Außenminister Roland] Dumas, aber wegen des Konsensprinzips war eine Annahme unseres Änderungsantrags nicht möglich. Daher erklärte ich und gab zu Protokoll, dass der Bezug [...] auf die Verfassung nach Meinung Polens auch auf die gesamte der Verfassung unterliegende Rechtsprechung Anwendung findet. Dabei verwies ich auf die Norm des Völkerrechts, dass das Recht jedes Landes mit den vom Staat eingegangenen geltenden internationalen Verpflichtungen übereinstimmen muss. Meine völkerrechtlichen Ausführungen stießen auf allgemeines Einverständnis, und Minister Genscher war hier deutlich isoliert, sodass er an Vertrauen in den guten Willen der Bundesregierung appellieren musste.

Warschau, 30. Juli 1990

[51]

Krzysztof Gawlikowski, Soziologe, in der Pariser „Kultura“

— Die Politik Deutschland gegenüber wurde von kleinlichen Streitigkeiten über die Anerkennung der Grenzen und die Rechte der deutschen Minderheit in Polen dominiert. Durch Exponierung des Problems der Grenze an Oder und Neiße haben wir ihre Endgültigkeit gleichsam selbst in Frage gestellt und damit selbst Panik in den Westgebieten, antideutsche Phobien und Irritationen uns wohlgesinnter europäischer Staaten ausgelöst. Auch Kohl beging in dieser Angelegenheit viele Fehler, aber das spricht uns nicht los von den unsrigen. Seit

Jahren war klar, dass die Erringung der Unabhängigkeit Polens und die Befreiung von der sowjetischen Dominanz nur im Rahmen einer Umgestaltung der europäischen Ordnung möglich ist, einschließlich der deutschen Wiedervereinigung. Aber als dies dann tatsächlich geschah, stellte sich heraus, dass wir keine durchdachte Deutschlandpolitik haben, sowohl gegenüber der BRD als auch der DDR – und wir erwiesen uns als der einzige europäische Staat, der immer nur Einwände vorbringt.

Neapel, 1. August 1990

[16]

**Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Rede anlässlich
des 40. Jahrestages der Charta der deutschen
Heimatvertriebenen**

——— Das polnische Volk soll wissen: Ein freies und vereintes Deutschland will Polen ein guter Nachbar und ein zuverlässiger Partner auf dem Weg nach Europa sein – einer Gemeinschaft freier Völker, die nicht an Oder und Neiße enden darf. Dazu gehört, meine Damen und Herren – und ich weiß, dies ist bitter für viele –, daß Grenzen nicht in Zweifel gezogen und nicht verschoben werden. Nur wenn sie unumstritten sind, verlieren sie ihren trennenden Charakter. Wir wollen [...] Grenzen einen neuen und zukunftsweisenden Charakter verleihen: nicht den der Entzweiung, sondern den der offenen Wege und der Chance zur Begegnung in Freiheit. [...]

Mit der Vereinigung Deutschlands verbindet sich jetzt die Chance für eine endgültige und dauerhafte Aussöhnung mit dem polnischen Volk. Meine Damen und Herren, wenn jemand hier “nie” ruft, heißt das nur, daß er nicht bereit ist, aus den Erfahrungen der Geschichte dieses Jahrhunderts zu lernen! [...] Ich bin mir darüber im klaren, daß Deutsche und Polen noch einen weiten, weiten Weg vor sich haben.

Stuttgart, 5. August 1990

[6]

**Krzysztof Skubiszewski in einem Interview mit den
Polnischen Rundfunk**

——— Wir haben großes Verständnis für die Leiden und die sehr schlimmen Erlebnisse derjenigen Deutschen, die unmittelbar nach dem Krieg ihre Heimat in Pommern, in Schlesien, in Masuren verlassen mussten. [...] Es gibt kein Problem der polnisch-deutschen Grenze mehr. Diese territoriale Ordnung, die sich herausgebildet hat, existiert einfach. Sie ist die Grundlage der Versöhnung, des Vergessens, der Eröffnung eines neuen Kapitels. Die Polen verstehen diese deutschen Erlebnisse sehr gut, weil sie selbst ihre Heimat im Osten verlassen mussten.

Warschau, 1. September 1990

[6]

**Günter Grass, Schriftsteller und gebürtiger Danziger, in
einer Rede auf der Konferenz *Konflikte überwinden durch
Dialog und Demokratie***

——— Ein kürzlicher Aufenthalt in Posen und Danzig bestätigte mir, daß dort die Verunsicherung als Angst vor den Deutschen zunimmt und in ihrem

irrationalen Ausmaß gleichwohl einen rationalen Kern erkennen läßt: wird doch die Oder-Neiße-Grenze auf Jahrzehnte die Wohlstandsgrenze zwischen Ost- und Westeuropa bilden, auch in Gestalt deutscher Währung, deren Expansionskraft aus polnischer Sicht so bewundernswert wie furchterregend ist. Und gewiß ist zu befürchten, daß die ehemaligen deutschen Ostprovinzen Schlesien, Pommern und insbesondere die Grenzstadt Stettin dem Zugriff harter Währung wie ausgeliefert sein werden; denn Polens Schwäche und politische Instabilität könnte wieder einmal zum Dauerzustand werden und eine Hilfsbedürftigkeit signalisieren, die beim Nachbarn Gehör fände. Man mag sich derzeit östlich der Oder fragen: Wenn die reichen Westdeutschen mit ihren armen Landsleuten so erbarmungslos umgehen, wie werden wohl dann die vereinigten Deutschen uns Polen heimzahlen?

Oslo, 27. September 1990

[52]

**Kazimierz Wóycicki in „Życie Warszawy”, in einem
Kommentar zur definitiven Vereinigung Deutschlands**

——— In Hamburg, München, Berlin und Dresden wird man sich bewusst, dass Polen als direkter östlicher Nachbar für die deutsche Politik von wachsendem Interesse ist. Es liegt nicht im polnischen Interesse, die Befürchtungen vor einem starken Deutschland zu dämonisieren. Die Deutschen brauchen ein starkes Polen, damit auch ihre Situation sich historisch stabilisiert. Die europäische Idee ist heute lebendig genug, um nicht Befürchtungen, sondern die Hoffnungen zu betonen.

Warschau, 3. Oktober 1990

[82]

**Karl Dedecius, Übersetzer polnischer Literatur, in einer
Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des
Deutschen Buchhandels**

——— Ein besonders sensibles, aber auf Rücksicht und Nachsicht angewiesenes Verhältnis ist das deutsch-polnische. Es ist labil, bedroht, anfällig, fast neurotisch, weil es historisch unerträglich vorbelastet ist. Es ist mit atavistischen Animositäten und beiderseits untauglichen Schutzbehauptungen befrachtet, die uns auf dem nun notwendigen Weg zueinander behindern, in Rückfälle stürzen, fast resignieren lassen. Was ist dagegen zu tun [um dem entgegenzuwirken]? [...] Die Argumente beider Seiten anhören [...].

Das Haus Europa darf kein Krankenhaus sein. Auch kein Lager aus Zelten, Ego-Zentren, Blöcken und Baracken. Diese waren wie Scheuklappen, die uns den Blick und das Ohr für das Naheliegende versperrten. Zum Beispiel für Polen. Zum Beispiel für seine spezifische, historisch anders gewachsene Kultur.

Frankfurt am Main, 7. Oktober 1990

[9]

**Piotr Mierecki, Mitglied der Christlich-Nationalen
Vereinigung, in der Zeitschrift „Sprawa Polska”**

——— Wie immer die deutsche Politik sich gestaltet, sie wird immer entscheidende Bedeutung für die politische Lage Polens haben. Im Namen europäischer



Stubice, Oktober 1990. Manifestation auf der Grenzbrücke
aus Anlass der Einführung des beiderseitigen visafreien
Grenzverkehrs nach der Wiedervereinigung Deutschlands

FOT. TOMASZ GAWAŁKIEWICZ / FORUM

Losungen bemühte man uns zu überzeugen, die Befürchtungen der polnischen Gesellschaft seien ein indirekter Beweis für unsere Xenophobie. Zugegeben, unsere Befürchtungen werden nicht immer auf rationale Weise artikuliert – ihr Nährboden ist gewöhnlich die historische Erfahrung. Sie sind jedoch nicht unbegründet, und die im gesellschaftlichen Bewusstsein fixierte historische Erfahrung ist des Öfteren wertvoller als die Ahnungen und Urteile Einzelner.

Posen, Mitte Oktober 1990

[43]

**Aus einem Bericht des Centrum Badania Opinii Społecznej
(Meinungsforschungszentrum)**

— Die durchgeführte Befragung ergab, dass die Vereinigung der beiden deutschen Staaten *post factum* entschieden weniger Emotionen auslöst als in der Phase der Gespräche und Vorbereitungen zur Wiedervereinigung. Somit erlischt die Eruption von Angst und Befürchtungen, die in den ersten Monaten dieses Jahres zu beobachten waren. Aber zum Verständnis und zur Versöhnung ist es noch weit. Weiterhin sind 70 Prozent der Befragten der Ansicht, dass „solange die Welt steht, wird der Deutsche dem Polen kein Bruder sein“, und die Hälfte der Gesellschaft zweifelt an der Möglichkeit wahrer Versöhnung mit den Deutschen.

Warschau, 30. Oktober 1990

[50]

**Hans-Dietrich Genscher in einer Rede anlässlich
der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der
Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über
die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze**

— Wir Deutschen sind uns bewusst, dass der heute unterzeichnete Vertrag nichts aufgibt, was nicht längst vorher verloren war, als Folge eines verbrecherischen Krieges und eines verbrecherischen Systems. [...] Die Bestätigung der bestehenden Grenze ist die freie Entscheidung der Deutschen. Sie ist uns von niemandem aufgezwungen worden.

[...]

Die Entscheidung, die wir [...] treffen, ist für uns Deutsche keine leichte Entscheidung. Für keinen von uns – auch nicht für mich. Für diejenigen, die ihre Heimat verloren haben, die das Leid der Vertreibung erfuhren, ist sie besonders schmerzlich. Ihren Gefühlen und ihrer Friedensverantwortung gilt in dieser Stunde unsere besondere Achtung. [...] Weil die Grenze jetzt sicher ist, setzt sie dem Misstrauen ein Ende.

Warschau, 14. November 1990

[19]

Krzysztof Skubiszewski in seiner Gegenrede

— Für Polen bildet diese Grenze seit langem einen Bestandteil friedlicher Regelung in Europa. [...] Eine gute polnisch-deutsche Nachbarschaft ist Teil der gemeinsamen Anstrengungen zur Einheit Europas – ich sage noch mehr: Gute

deutsch-polnische Beziehungen sind einer der Pfeiler dieser Einheit und einer der Pfeiler der europäischen Sicherheit, die wir gestalten werden.

Warschau, 14. November 1990

[61]

Hans-Dietrich Genscher

——— Wollte ich das Schmerzliche, das dieser Tag für uns Deutsche bedeutete, in meiner Rede nicht verschweigen. Zum neuen deutsch-polnischen Verhältnis gehörte, daß unsere polnischen Partner verstanden, was dieser Vertrag für uns bedeutete, und es war wichtig, daß dies jemand ansprach, von dem die Polen wußten, daß er ehrlich und mit allen Kräften ein neues Verhältnis zwischen Deutschen und Polen anstrebte. Entscheidend war, daß uns kein Verzicht oktroyiert wurde. Wir handelten aus eigener historischer und moralischer Verantwortung, und wir taten es im Bewußtsein der Verbrechen, die im deutschen Namen und von Deutschen am polnischen Volk verübt worden waren. Wir taten es auch in der Erkenntnis, daß eine Infragestellung dieser deutsch-polnischen Grenze Europa in eine neue Katastrophe führen und uns Deutsche in den Abgrund stürzen würde – diesmal für immer.

Warschau, 14. November 1990

[18]

Kazimierz Wóycicki in „Życie Warszawy“

——— Es fragt sich, ob beide Völker die Ansichten ihrer vorzüglichsten Politiker teilen. Aus Befragungen der öffentlichen Meinung geht hervor, dass so wie die Deutschen ganz unten auf der Skala der Popularität in Polen stehen, sich dies bei den Polen in Deutschland ebenso verhält. Am Rhein, Isar und Spree sind die Ideen der klugen Polenpolitik Kohls und Genschers immer noch nicht zu fundierten Ansichten der Allgemeinheit geworden. Der Unglaube an den Erfolg der polnischen Wirtschaftsreformen oder die Ablehnung polnischer Händler ist nicht immer ein Ergebnis kühler Beurteilung oder der deutschen Ordnungsliebe, sondern oft alter Vorurteile und Abneigung gegen Fremde. In Polen sind deutschfeindliche Haltungen nicht nur ein Ausdruck historischer Erfahrung, sondern oft auch – was man sich klarmachen muss – eines ganz gewöhnlichen Fremdenhasses. [...]

Wir stehen vor der historischen Chance, dass beide Völker in freundschaftlicher Nachbarschaft leben können. Nur ein phantasieloser Mensch und Politiker würde sich nicht bemühen, diese Chance zu nutzen.

Warschau, 15. November 1990

[47]

Herbert Hupka, Präsident der Landsmannschaft Schlesien

——— Fest steht, und das habe ich seitdem immer wieder in der Öffentlichkeit erklärt, daß mit [...] paraphierten und schließlich mit überwältigender Mehrheit beschlossenen Warschauer Grenzvertrag [vom November 1990] ein Unrecht bestätigt worden ist, denn Voraussetzung für die Oder-Neiße-Linie sind die Vertreibung der Deutschen und die Annexion der von den Deutschen entleerten Gebiete jenseits von Oder und Görlitzer Neiße gewesen.

Bonn

[25]

Anna Wolff-Powęska, Historikerin, Direktorin des Institut Zachodni (Westinstitut), in der Vierteljahresschrift „Przegląd Zachodni”

——— Jedoch kann heute niemand die Möglichkeit ausschließen, dass in einigen Jahren, wenn die Deutschen wieder an Macht und Stärke gewonnen haben, sie sich eine neue Identität suchen wollen, die über den Rahmen des vereinigten Staates hinausgeht. Dann kann die Gefahr, die sie für sich selbst darstellen, zu einem Unruheherd in internationaler Hinsicht werden.

Posen, Januar 1991

[79]

Rita Süßmuth in einem Vortrag an der Jagiellonen-Universität

——— Wir wollen ein Europa, das alle europäischen Völker einbezieht und das den Idealen entspricht, für die gerade die Solidarność zehn Jahre lang in Polen gekämpft hat, nämlich für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung. Die Deutschen wissen: Ohne die Sturmflut, die von der Danziger Lenin-Werft 1980 ausging, wäre die Mauer in Berlin nicht hinweggespült worden, hätte Deutschland nicht [...] seine Einheit erlangt.

Krakau, 17. März 1991

[6]

Jerzy Holzer, Historiker, in einem Interview mit „Życie Warszawy”

——— Man kann sich nicht Europa anschließen wollen, wenn man sich vom mächtigsten europäischen Land abgrenzt, das noch dazu unser Nachbar ist. Hier muss eine Entscheidung getroffen werden. Entweder wir schließen uns Europa an, nicht gegen die Deutschen, sondern zusammen mit ihnen, oder wir grenzen uns von der BRD ab und in der Konsequenz von Europa. In Polen stellt man sich vor, wir könnten uns Europa ohne oder gegen Deutschland anschließen und stattdessen in engen Beziehungen zu England und Frankreich stehen. Das ist ein Missverständnis – diese Länder werden sich für uns nicht von Deutschland abgrenzen.

Warschau, 25. März 1991

[23]

Günter Grass in einer Rede auf dem Evangelischen Kirchentag

——— Zwar ist die Oder-Neiße-Grenze nun endlich anerkannt, doch wird dieser politische Akt keine der Mißdeutungen ausräumen, die beiderseits der Grenze immer noch Konjunktur haben. [...] Ging und geht die deutsche wie die polnische Mißdeutung der Abkommen von Jalta und Potsdam davon aus, das man „urdeutsche Provinzen” verloren, „urpolnische Provinzen” zurückgewonnen habe. Deshalb heißt meine These: Von diesen nationalistischen Verlust- und Gewinnanzeigen ist Abstand zu nehmen, wenn zwischen Deutschen und Polen gute Nachbarschaft möglich werden soll. [...] Meine Warnung heißt: Der in Ost- und Mitteleuropa nach nur kurzem Schlaf wiedererwachte Nationalismus, dem, wie gehabt, Antisemitismus beigemischt ist, kann einen solchen Wahnsinn ermöglichen. Unrecht fußte auf Unrecht. Vertreibung hatte Vertreibung

zur Folge. Totschlag wurde durch Totschlag vergolten. Und noch immer ist kein Ende abzusehen.

Dortmund, 17. Juni 1991

[52]

**Aus dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und der Republik Polen über gute
Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit**

—— Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen [...] sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1.1. Die Vertragsparteien werden ihre Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft gestalten. Sie streben eine enge friedliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten an. In europäischer Verantwortung werden sie ihre Kräfte dafür einsetzen, den Wunsch ihrer beiden Völker nach dauerhafter Verständigung und Versöhnung in die Tat umzusetzen. 2. Die Vertragsparteien streben die Schaffung eines Europa an, in dem die Menschenrechte und Grundfreiheiten geachtet werden und die Grenzen ihren trennenden Charakter auch dadurch verlieren, daß wirtschaftliche und soziale Unterschiede überwunden werden. [...]

Artikel 29. 1. Die Vertragsparteien werden in der Überzeugung, daß die Entwicklung zwischenmenschlicher Kontakte eine unerläßliche Voraussetzung für die Verständigung und Versöhnung beider Völker ist, umfassende persönliche Begegnungen zwischen ihren Bürgern fördern. 2. Die Vertragsparteien unterstützen eine engere Zusammenarbeit zwischen den Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Sportorganisationen, Stiftungen* sowie anderen gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden. 3. Die Vertragsparteien unterstützen die Tätigkeit des Deutsch-Polnischen Forums.

Bonn, 17. Juni 1991

[6]

Aus einer Information in „Trybuna Opolska“

—— Die Behörden in Dresden haben am Montag die Durchführung einer gegen den deutsch-polnischen Vertrag gerichteten Demonstration in dieser Stadt verboten, die von rechtsgerichteten Gruppen geplant war. Und in Bonn kreisten während der Unterzeichnung des Vertrages zwei Sportflugzeuge über der Stadt mit Transparenten: „Verzicht ist Verrat – Schlesien bleibt unser!“

Oppeln, 18. Juni 1991

[73]

Kazimierz Wóycicki in „Życie Warszawy“

—— Der Vertrag [über gute Nachbarschaft] ist im europäischen Geist verfasst und von Anfang bis zum Ende mit dem Gedanken an die große europäische Idee formuliert. Er verleiht dem prinzipiellen Durchbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen völkerrechtliche Garantien. Sowohl der Buchstabe als auch

* Als Folge der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrags im Jahr 1991 wurde in Warschau unter anderem die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit gegründet (Fundacja Współpracy Polsko-Niemieckiej).

der Geist dieses Vertrages bilden eine Grundlage dafür, dass dieser Durchbruch fortgesetzt werden kann und die deutsch-polnischen Beziehungen in eine völlig neue Epoche eintreten können.

Für die polnische Seite stellt dieser Vertrag eine wichtige Entfaltung der neuen polnischen Außenpolitik dar [...]. Für die deutsche Seite scheint der Vertrag ebenfalls ein wichtiger Schritt zur Gestaltung einer neuen Ostpolitik zu sein, in der die Rolle des unmittelbaren östlichen Nachbarn Deutschlands in hinreichendem Grad wahrgenommen wird.

Warschau, 18. Juni 1991

[82]

Marion Gräfin Dönhoff, Journalistin und Verlegerin, in einem Vortrag anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Nikolaus-Kopernikus-Universität in Thorn

—— Ich weiß, dass viele in Polen angesichts von 80 Millionen Deutschen in einem wiedervereinigten Nachbarland besorgt sind. Ich denke jedoch, Sie sollten berücksichtigen, dass Deutschland sowohl militärisch als auch wirtschaftlich tief in die NATO und den gemeinsamen Markt integriert ist, so dass es weder einen einzelnen Feldzug im Alleingang starten noch seinen eigenen wirtschaftlichen Weg gehen kann. Die beste Gewissheit beruht meiner Meinung nach darauf, dass sich Deutschland durch die Erfahrungen dieses Jahrhunderts mehr und dauerhafter verändert hat als jede andere Nation. Müsste ich diesen grundlegenden Wandel systematisieren, würde ich sagen: Die meisten Deutschen stehen allen militärischen Angelegenheiten mit größtem Misstrauen gegenüber; der Nationalismus des 19. Jahrhunderts ist ihnen fremd geworden; die Deutschen haben ihr Machtstreben verloren. [...]

Die Chance ist einzigartig; nicht Revisionismus, wie nach dem 1. Weltkrieg, ist heute die Devise, sondern gemeinsam das europäische Haus zu bauen und damit ein gemeinsames Dach über beide Teile Europas – Osteuropa und Westeuropa – zu errichten.

Thorn (Toruń), 21. Juni 1991

[14]

Mieczysław Pszon, Publizist, in „Tygodnik Powszechny“

—— Nur die älteste Generation der Polen hat eigene Erinnerungen an die deutsche Besatzung. Aber „die Angst vor den Deutschen“ existiert weiter, trotz recht allgemeiner Kenntnis dieses Landes und obwohl man von vielen Seiten des Lebens dort sogar fasziniert ist. Ist sie begründet? Wohl kaum.

Krakau, 30. Juni 1991

[53]

Aus der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister von Deutschland, Frankreich und Polen zur Zukunft Europas, die den Beginn des Weimarer Dreiecks markierte

—— Wir sind uns bewusst, daß für das Gelingen zukunftsfähiger Strukturen europäischer Nachbarschaft Polen, Deutsche und Franzosen maßgebliche Verantwortung tragen. [...] Es gilt jetzt, die Netze der Kooperation immer dichter zu knüpfen, die die Völker und Staaten über einst trennende Grenzen hinweg

auf allen Ebenen und in der ganzen Breite des Lebens miteinander verbinden. Wir brauchen eine Vielfalt von Beziehungen in Europa und zwischen seinen Regionen. Insbesondere durch grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit wird das Zusammenwachsen Europas für die Bürger erfahrbar. [...] Hier in Weimar [wird uns] in hohem Maße bewußt, daß die kulturelle Vielfalt Europas und die Kreativität seiner Menschen unser wertvollstes Gemeingut sind.
Weimar, 29. August 1991 [17]

Bundeskanzler Helmut Kohl in der Bundestagsdebatte zur Ratifizierung des deutsch-polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit

——— Wer bedenkt [...], wie wenige Jahre ihrer langen Geschichte Deutsche und Polen gemeinsam und gleichzeitig unter freiheitlich-demokratischen Verfassungen zusammengelebt haben, kann den Rang des uns heute vorliegenden Vertragswerks ermessen.

[...] In europäischer Verantwortung setzen wir auch alles daran, zu verhindern, daß die politisch überwundene Grenze sich nunmehr als eine Art Wohlstandsgrenze verfestigt. Aufblühende Grenzregionen und gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit über die Grenze hinweg – dies ist unser Ziel.

Bonn, 6. September 1991

[11]

Janusz Dobrosz, Abgeordneter der Bauernpartei PSL, in seiner Rede im Sejm

——— Die Jahre der Lüge, als die Polen gegenüber den Deutschen nur in weißen, sterilen Farben vorgestellt wurden, ersetzt heute eine andere, extreme Ansicht, dass wir, die Polen, den Deutschen unvergleichlich viel mehr Böses zugefügt haben als die Deutschen den Polen, dass das deutsche Volk ein Opfer des Krieges ist. Solche Ansichten sind in der Opperlner Region recht verbreitet. [...]

Immer stärkere Beunruhigung unter der in den Westgebieten lebenden Bevölkerung wecken Eigentumsfragen, besonders bei den Landwirten. Oft sind das übertriebene und verfrühte Alarmsignale, aber man braucht sich über solche Reaktionen nicht zu wundern, wenn in der gemeinsamen Erklärung der Außenminister der Beitritt Polens zur EWG indirekt mit Erleichterungen für deutsche Bürger verbunden wird, sich in der Republik Polen anzusiedeln. Beunruhigend ist auch die politische Expansion der Regierungen der neuen Bundesländer, zum Beispiel Brandenburgs, deren Vorschläge einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in einem hundert Kilometer breiten Grenzstreifen praktisch zum Erliegen polnischer Produktionsaktivität führen würden.

Warschau, 13. September 1991

[64]

Herbert Hupka in einer Erklärung des Bundes der Vertriebenen während der Bundestagsdebatte über die Texte der beiden deutsch-polnischen Verträge

——— Unrecht ist zum Recht erklärt worden: das Unrecht der willkürlich von Josef Stalin gezogenen Demarkationslinie an Oder und Neiße, das Unrecht

der Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat, das Unrecht des von zwei kommunistischen Diktatoren* in Potsdam beschlossenen Grenzverlaufs, das Unrecht der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts. [...] Die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat dauert so lange fort, solange die vertriebenen Deutschen vom Recht auf die Heimat nicht Gebrauch machen können.

Bonn, 17. Oktober 1991

[25]

**Premierminister Jan Krzysztof Bielecki in der Sejm-
Debatte zur Ratifizierung des deutsch-polnischen
Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche
Zusammenarbeit**

——— Zum ersten Mal in der neuesten Geschichte ist es den Polen und den Deutschen gelungen, einen gemeinsamen Standpunkt in so vielen fundamentalen Angelegenheiten einzunehmen, und das ist nicht das Ergebnis von Zugeständnissen irgendeiner der Seiten. Zum ersten Mal haben sich beide Staaten bemüht, all das, was uns verbindet, in eine Rechtsform zu fassen. Möglich wurde das dank der von der Solidarność initiierten Veränderungen der letzten beiden Jahre, die den Polen Souveränität und Freiheit und den Deutschen die staatliche Wiedervereinigung gebracht haben.

Warschau, 18. Oktober 1991

[65]

Jerzy Holzer in einer Umfrage des „Przegląd Zachodni“

——— Im gemeinsamen Interesse läge, dass diese Grenze zwischen Ost und West in möglichst geringem Maße einen Abgrund bildet. Dass durch diese Grenze verschiedene Fäden wirtschaftlicher und menschlicher Verbindungen führen. Dass etwas vom deutschen Wohlstand über die Grenze ausstrahlt, eine Art Zwischenzone entsteht und zugleich die Entwicklung ganz Polens stimuliert wird. Am wichtigsten ist, dass wir in der richtigen Richtung handeln. Damit allmählich – so etwas geschieht nicht auf einen Schlag – die Abneigung durch Verständnis ersetzt wird. Denn Polen und Deutsche verbindet heute tatsächlich eine Interessengemeinschaft, der Wunsch nach Leben in einem stabilen, demokratischen, wohlhabenden Europa. Ein solches Europa kann nicht auf einem Teil des Kontinents geschaffen werden, der von einer Mauer des Wohlstands umgeben und von Hass angegriffen wird.

Warschau

[24]

Aus einem Kommentar in „Der Spiegel“

——— Die Lage [vor 1989] war klar, das Interesse mäßig, die Nachbarn hatten sich daran gewöhnt: Die Deutschen, das sind diese Ingenieure, ein bißchen langweilig,

* In Wirklichkeit wurde das Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze am 6. Juli 1950 in Zgorzelec/Görlitz vom polnischen Premierminister Józef Cyrankiewicz und dem Ministerpräsidenten der DDR Otto Grotewohl unterzeichnet. Die Bestimmungen dieses Abkommens waren beiden Seiten von der UdSSR aufgezwungen worden.

aber gut zu gebrauchen, wie ihre Autos eben. [...] Seit das neue Deutschland zusammenwächst, ist alles anders. Innerhalb weniger Monate hat sich das Bild von den Deutschen drastisch verändert. Plötzlich fürchten sie sich wieder, die Nachbarn in Ost und West, und rätseln, was die Deutschen im Sinn haben könnten. [...] Die Osteuropäer erwarten wahre Wunder auf dem Heilsweg zu Demokratie und Marktwirtschaft – und fürchten zugleich den DM-Imperialismus. [...]

Daß jenseits der Grenzen die Furcht vor den alten, den großmächtigen Deutschen wächst, ist in Bonn natürlich nicht verborgen geblieben. Ein „verbreitetes Mißtrauen“ hat [Ministerpräsident des Saarlandes] Oskar Lafontaine [...] ausgemacht. Helmut Kohl bemerkt an den Freunden einen „Zustand der Verstörung“ und das Gefühl: „Jetzt sind sie wieder da, die Deutschen“.

[...] In zwei ehemaligen Ostblockstaaten, Polen und der Tschechoslowakei, ist freilich zu besichtigen, welchen Wirrwarr der Gefühle die ersten Sendboten der deutschen Industrie auslösen. Im südwestpolnischen Racibórz kaufte sich der Düsseldorfer Chemiekonzern Henkel, bekannt für seine Waschkraft, mit 26 Millionen Mark in das staatliche Unternehmen Pollena ein, das ebenfalls Reinigungsmittel herstellt. Was zunächst als ein löbliches Investment in der zerrütteten polnischen Wirtschaft erschien, löste einen landesweit hörbaren Aufschrei aus. Vor allem lokale, nationalistisch gesinnte polnische Politiker waren erbost. Zum einen regte sich der Verdacht gegen die Deutschen, weil Racibórz in der Woiwodschaft Oppeln liegt, dem ehemals deutschen Oberschlesien. Zum anderen gehört die Firma Pollena zu den wenigen polnischen Staatsbetrieben, die mit modernen Maschinen aus dem Westen arbeiten und sogar Gewinn abwerfen: „Man kann nicht unser nationales Eigentum verschleudern, das uns nationalen Profit bringt“, klagte Andrzej Andrzejczak, ein Parlamentsabgeordneter [Konföderation des unabhängigen Polens] aus Racibórz.

[...] Selbst geschmeidige deutsche Politiker wie der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe treffen zuweilen den falschen Ton. Stolpe hatte vorgeschlagen, diesseits und jenseits von Oder und Neiße eine Sonderwirtschaftszone zu schaffen [...]. Einige polnische Publizisten und Politiker reagierten empört: Dies sei ein neuer Versuch, Polen zu kolonialisieren. Zeitungen entdeckten sogar Ähnlichkeiten der östlichen Grenze der Sonderzone mit der deutsch-polnischen Grenze von 1937.

Hamburg, 3. Februar 1992

[8]

Stanisław Stomma, Publizist und Politiker, in einem Interview in der Monatsschrift „Res Publica“

— Und was soll man sagen zu den vorgekommenen Angriffen gegen Polen auf den Straßen ostdeutscher Städte? Schließlich sind das junge Menschen, die so etwas tun. Bestimmte Dinge werden immer vererbt. In Deutschland ist schließlich auch das Erbe der Feindschaft lebendig. Das sind sehr schwierig zu diskutierende Probleme. Man darf die Geschichte nicht zu naiv sehen und sagen, jetzt wäre schon alles gut. Denn das stimmt nicht. Es ist überhaupt

nicht sicher, dass unsere Beziehungen mit den Deutschen gut sein werden, aber die Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch und wir müssen in dieser Richtung handeln.

Warschau, Februar 1992

[68]

Lech Wałęsa im Bundestagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten

— In der früheren polnischen Sprache bedeutete das Wort „Niemiec” soviel wie stumm („niemy”), d.h. es bezeichnete jemanden, mit dem man sich nicht verständigen kann. Aber die Bedeutung der Worte verändert sich mit der Wirklichkeit. Die Zeit diktiert ihnen ihren Sinn. Heute beginnt das Wort „Niemiec” (Deutscher) für die Polen jemanden zu bedeuten, mit dem man reden kann wie mit seinem Nächsten. Mit dem man kooperieren und zusammenarbeiten kann.

Wir sind Nachbarn. Seine Nachbarn kann man sich zwar nicht aussuchen, aber man kann einen Stil guten Zusammenlebens wählen. Diesen Stil gestalten wir heute und wollen ihn auch weiterhin gestalten. [...]

Der Mensch interessiert sich immer für das, was in der Nähe seines Hauses geschieht. Dies betrifft sowohl Einzelpersonen als auch ganze Völker. Das ist nicht Sache gewöhnlicher Neugier, sondern ein natürliches Bedürfnis nach Sicherheit. Dem Nachbarn kann es nicht gleichgültig sein, wie sein Nachbar lebt und was er tut. Wir verstehen also, dass die Deutschen an einem stabilen und wohlhabenden Polen interessiert sind. Schließlich wäre ein instabiles und ärmliches Polen eine Gefahrenquelle. [...] Wir haben miteinander gute Verträge geschlossen. [...] Aber jeder Vertrag – auch der beste – bleibt toter Buchstabe, solange er sich nicht mit Inhalten füllt. [...] Wohl zum ersten Mal stimmen die Interessen Polens und Deutschlands überein. Polen liegt auf dem Wege Deutschlands nach dem Osten. Deutschland liegt auf dem Wege Polens nach dem Westen. Wenn wir uns verschließen, dann zum beiderseitigen Schaden. Wenn wir uns öffnen, dann zum beiderseitigen Nutzen.

Bonn, 30. März 1992

[69]

Janusz Korwin-Mikke, Vorsitzender der Unia Polityki Realnej (Union für Realpolitik), in einer Rede im Sejm

— Im Jahre 1937 konnte man Deutscher sein in Österreich, in der Schweiz, in Belgien, in Polen, ohne an das Dritte Reich angeschlossen zu werden. Heute sind wir in Europa, noch dazu in Mitteleuropa, und hier stellt sich nicht das Problem, dass wir uns Europa anschließen müssten, denn wir *sind* in Europa. Das Problem ist nur, ob wir uns einem gewissen Gebilde mit Namen EWG anschließen sollen. [...] Der ganze Haufen des sogenannten europäischen Humanismus, der diese Länder zersetzt und bewirkt, dass sie in einem Zustand der Dekadenz leben, soll von uns importiert werden. [...] Wir müssen in einer Welt leben, in der verschiedene Kulturen und Ethiken miteinander konkurrieren können, in einem Land diese, in jenem eine andere, und dann sehen, welche besser ist; damit der Mensch die Wahl hat. Stattdessen kommt es zu einer

Vereinheitlichung nach dem Prinzip: *Ein Reich, ein Volk, ein Führer** (Beifall, Lachen im Saal).

Warschau, 21. Mai 1992

[66]

**Erich Wiedemann, Journalist, in einem Bericht
in „Der Spiegel“**

Am 1. Oktober fielen zehn Kahlköpfe, die sich „Chicago Bulls“ nannten, am östlichen Stadtrand von Nowa Huta über drei Fernfahrer aus Eisenhüttenstadt her und schlugen sie mit Knüppeln zusammen. Die jungen Leute traten im Finstern auf die drei Trucker zu, die gerade aus einem Restaurant kamen, und fragten: „Du deutsch?“ „Ja“, sagte einer. „Dann sind wir ja richtig“, sagte einer der Skins und schlug zu. Sie prügeln so lange auf ihre drei Opfer ein, bis sie reglos am Boden lagen. Einer der Verletzten starb tags drauf im Krankenhaus. Er soll bis zum Schluß immer nur gestöhnt haben: „Warum, warum, warum?“ Ein Mittäter namens Jurek, Gymnasiast, 16, erklärte, er finde es unpatriotisch, daß die Jagd auf deutsche Schweine in Polen strafrechtlich verfolgt werde. Es müsse doch erlaubt sein, den Deutschen die Untaten an polnischen Reisenden in Deutschland heimzuzahlen. [...] Er und seine Kameraden hätten das dringende Bedürfnis, ihre „Messer in deutsches Blut zu tauchen“.

Am Abend nach dem Überfall kamen Bewohner der benachbarten Siedlung zu Hunderten und stellten Kerzen auf vor den Lastwagen aus Eisenhüttenstadt. Die Mordstelle war noch eine Woche danach dick mit Blumen beschildet. Es war eine Botschaft nach drüben. Sie lautete: Das war nicht das wahre Polen.

Hamburg, 30. November 1992

[81]

**Bohdan Osadczuk, Publizist, unter dem Pseudonym
Berlińczyk (Berliner), in der Pariser „Kultura“**

Während sich in Westdeutschland ein neuer Typ der Mentalität herausgebildet hat, weltoffen und ohne Komplexe ewiger französischer Feinde im Westen und polnischer im Osten, lebt im Streifen zwischen Elbe und Oder der eigentlich nie begrabene, rückständige deutsche Spießler und Provinzler wieder auf. Das Einzige, was man zu seiner Verteidigung sagen kann, ist, dass in den meisten postkommunistischen Ländern ähnliche Symptome eines finsternen nationalistischen Milieus zu beobachten sind.

Die Ermordung eines völlig unschuldigen deutschen Chauffeurs durch polnische Halbstarke in Nowa Huta hat zum Glück keine Welle antipolnischer Stimmungen ausgelöst. Die Berliner Presse äußerte sich anerkennend über die Reaktionen polnischer Politiker auf diesen Akt der Brutalität. [...] Trotz dieser edlen Gesten und Appelle kam es bald darauf zu einem Racheakt: in der Grenzstadt Cottbus misshandelten deutsche Nationalisten zwei Polen.

Berlin

[4]

* Nazilosung aus den Jahren 1933–45.

**Jarosław Giziński, Journalist, in der Wochenschrift
„Wprost”**

Die Beamten des polnischen Grenzschutzes wundern sich nicht mehr über aus Deutschland zurückkehrende Autos mit eingeschlagenen Scheiben oder verbeulter Karosserie. Die meisten Geschädigten haben das nicht einmal der deutschen Polizei gemeldet. Sie glauben nicht, dass die Täter gefasst werden könnten.

In der allgemeinen Meinung stellt eine Fahrt [aus Polen] über die Westgrenze heute eine riskante Eskapade dar. [...] Das deutsche Amt für Verfassungsschutz zählt penibel auf, dass im Verlauf des vergangenen Jahres etwa 400 Brandanschläge und über 1400 aktive Überfälle durch Skinheads notiert wurden. [...] Aufgrund unangenehmer Erfahrungen unserer Landsleute wissen durch die ehemalige DDR Reisende heute sehr wohl, dass sie vor allem nicht am Straßenrand und auf Parkplätzen anhalten dürfen, wo man bei einem Überfall mit keinerlei Hilfe rechnen kann. [...]

Angriffe gegen Polen kommen nicht nur im Ostteil der BRD vor, obwohl ihre Häufigkeit dort größer ist – Ende November wurde zum Beispiel auch in Hessen versucht, ein Auto mit polnischen Nummernschildern anzuzünden. [...]

Trotz dieser alarmierenden Berichte leben die Grenzstädte in einer Art Symbiose durch Handel. Auf polnischen Märkten werden die Preise in Zloty und in D-Mark angegeben, und die Verkäufer sprechen die Kunden auf Deutsch an. [...] Manchmal kommt es zu Vorfällen, denen man im Nachhinein eine Ideologie andichtet, wie zum Beispiel bei der Schlägerei zwischen Betrunknen im Gubiner Restaurant „Krośnianka”. Als einer der von vier aus der Kölner Gegend stammenden Deutschen einen ebenso betrunkenen Polen mit dem Messer angriff, ertönte der Schrei: „Leute, die Deutschen schlagen die Unsrigen!” Und das genügte, dass „Hilfe” kam.

Warschau, 13. Dezember 1992

[21]

**Kazimierz Woynowski, Publizist, in der Wochenschrift
„Myśl Polska”**

Schablonenhafte Stereotypen dürfen uns nicht die Tatsache verdecken, dass die BRD unser größter ausländischer Kontrahent ist. [...] Für Polen bedeutet die BRD etwa 25 Prozent der Anteile am Auslandswarenverkehr, aber Polen für die BRD kaum 0,7 Prozent. [...]

Die Zusammenarbeit mit dem westlichen Nachbarn bietet auch Chancen für den Ausbau der Straßen und Verkehrswege. Stettin und Świnoujście (Swinemünde) haben sehr gute Bahn- und Wasserstraßenverbindungen mit der Region um Berlin. Zukunft hat auch das Hafenterminal in Świnoujście. Die Transporte nach Bremen, ins Saarland, Nordrhein-Westfalen nehmen zu. Es entstehen lokale Verbindungen, wie zum Beispiel Kotschin (Kostrzyn)–Kietz, Breslau–Bresno, Posen–Hannover, und die Strecke Warschau–Berlin wird Teil der europäischen Straße London–Moskau.

[...]

Das alles können Anfänge einer fruchtbaren Zusammenarbeit sein. Zweifellos sollte uns daran gelegen sein. Wir können allerdings nicht zustimmen, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit politische Forderungen nach sich zieht. Die Deutschen machen die Schaffung von Bedingungen für einen Handelsaustausch nämlich immer öfter von der Entstehung von Euroregionen abhängig. So brachte es der Ministerpräsident von Brandenburg [Manfred Stolpe] unlängst bei seinem Besuch in Szczecin vor. Aber derartige Postulate müssen als Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten angesehen werden und als Versuch, den polnischen Staat zu schwächen. Handel treiben und zusammenarbeiten mit Deutschland wollen wir, aber nur auf der Basis ökonomischer Kriterien.

Warschau, Ende Dezember 1992

[80]

Hartmut Koschyk, CSU-Abgeordneter, in der Zeitschrift

„Zbiżenia Polska-Niemcy“

——— Niemand konnte erwarten, dass diese beiden Nationen, deren gegenseitige Beziehungen mit einer so starken geschichtlichen Hypothek belastet sind, von heute auf morgen in bester Freundschaft leben würden. [...] Und doch entwickeln sich die deutsch-polnischen Beziehungen trotz vieler Schwierigkeiten in vielen Lebensbereichen zu einer echten Partnerschaft. [...]

Die Asylfrage [...] sollte nicht die gegenseitigen Beziehungen belasten; auch wenn viele illegale Einwanderer über die Oder-Neiße-Grenze kommen, sollte die Hauptursache für diese Migration in der beispiellosen Liberalität der Asyl- und Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik gesucht werden. Eine vorschnelle Verurteilung Polens, das nicht bereit ist, die Rolle eines *cordon sanitaire* für Deutschland zu spielen [...], ist daher von deutscher Seite nicht ratsam.

Breslau, Januar 1993

[31]

Jan Krzysztof Bielecki, Minister für Europäische Integration, im Interview mit „Der Spiegel“

——— **Bielecki:** [...] Für uns ist es nicht akzeptabel, ein *cordon sanitaire*, eine Spezialzone für Flüchtlinge zu werden, bloß damit die Deutschen ihre Probleme loswerden. [...]

„Spiegel“: Ein zweiter Eiserner Vorhang an der Ostgrenze Polens, diesmal wegen der Deutschen?

Bielecki: Eine solche Bedrohung existiert, aber ich lehne jede Diskussion über einen neuen Eisernen Vorhang ab. Zwischen Polen und Deutschland jedenfalls wird es ihn nicht geben. Er wäre ein absoluter Widerspruch zu unseren bilateralen Verträgen und zu den Vereinbarungen, die wir mit der EG haben.

„Spiegel“: Aber wenn sich die Situation an Ihrer Ostgrenze weiter verschlechtert und eine Flüchtlingswelle droht, müssen Sie wohl reagieren.

Bielecki: Dann müssen wir diskutieren, wo eine Art Vorhang oder eine neue Berliner Mauer gebaut werden müssen. Aber ich persönlich werde nie zustimmen, daß so etwas an unserer Westgrenze entsteht.

Hamburg, 8. Februar 1993

[5]

Volker Rühle, Bundesverteidigungsminister, in einer Rede vor dem Internationalen Institut für Strategische Studien

——— Wir dürfen unsere östlichen Nachbarn nicht aus den euro-atlantischen Sicherheitsstrukturen ausschließen. Osteuropa darf nicht zu einem konzeptionellen Niemandsland werden. Dazu müssen wir ein politisches Konzept entwickeln, das zwei Anforderungen erfüllt. [...] Wir müssen den vitalen Sicherheitsinteressen unserer östlichen Nachbarn und der Tatsache, dass diese Länder seit jeher Mitglieder der Gemeinschaft europäischer Nationen sind, in vollem Umfang Rechnung tragen. [...]

Das Atlantische Bündnis darf nicht zu einer „geschlossenen Gesellschaft“ werden. Ich sehe keinen einzigen Grund, warum wir Ländern, die der Europäischen Union in Zukunft beitreten werden, die NATO-Mitgliedschaft verweigern sollten.

London, 26. März 1993

[59]

Volker Rühle

——— Ich habe den Inhalt meiner Rede nicht mit Bundeskanzler Helmut Kohl abgesprochen. Hätte ich das getan, hätte ich diesen Vortrag nicht halten können. Als Kanzler der Regierungskoalition hätte Helmut Kohl nicht so weit in die Zukunft schauen können wie ich. Das war klar. Aber wenn man nur auf der Grundlage von Kompromissen regiert, hat man keine Chance auf Erfolg. In dieser Frage war ich weder ängstlich noch unsicher. Hinter den Kulissen habe ich Kohl in der Frage der NATO-Erweiterung ganz schön unter Druck gesetzt. Er war aus verschiedenen politischen und taktischen Gründen noch zurückhaltend. [...] Er und mein Kollege Hans-Dietrich Genscher [...] versuchten, mich zu bremsen. Genscher war gegen eine Öffnung der NATO für neue Mitglieder. Er sagte nie, dass man dieses Ziel nicht erreichen könne, er wollte es einfach nicht tun. Ich war damit nicht einverstanden und habe beschlossen, mich öffentlich zu äußern.

Bonn

[58]

Peter Bender, Journalist und Historiker, in „Polityka“

——— Das wiedervereinigte Deutschland „hat an Gewicht gewonnen“, was in Warschau ältere Befürchtungen vor Rapallo weckt*. Vor einem neuen Eingezwängtsein zwischen zwei viel mächtigere Nachbarn, die sich über die polnischen Köpfe hinweg verständigen, ohne Möglichkeit von Hilfe aus dem Westen. Diese Befürchtungen mögen zwar nicht akut sein, machen sich aber in bestimmten Kreisen deutlich bemerkbar. Andere wiederum ängstigt die Vision, in dauerhafte wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland zu geraten. Wenn sie sehen, wie Westdeutschland die östlichen Bundesländer mit Wirtschaftshilfe überhäuft und sie sich gleichzeitig politisch unterwirft, dann fragen sie, ob in Zukunft nicht Ähnliches mit Polen geschehen könnte.

* Anspielung auf den am 16. April 1922 im italienischen Rapallo geschlossenen deutsch-sowjetischen Vertrag, der den Beginn der Zusammenarbeit beider Nachbarn der Republik Polen markierte.

[...] Deutsche und Polen haben unterschiedliche Eigenschaften. Die Deutschen sind genau, die Polen phantasievoll; die Deutschen überwiegend fleißig, die Polen nur manchmal, aber wenn, dann mit ungewöhnlichen Erfolgen; die Deutschen sind von Natur aus loyal, die Polen trotzig – instinktiv und aus Erfahrung; die Deutschen sind diszipliniert, die Polen liberal; Deutsche sind arrogant, Polen extravagant; die Deutschen sind auf die Gegenwart konzentriert, die Polen denken und leben mit der Geschichte – besonders die der Polnischen Teilungen und Aufstände. Zur Hälfte sind das gegenseitige Stereotype und Vorurteile, aber so denken unsere Völker und haben damit ziemlich recht. [...]

Aber außer den Unterschieden gibt es auch viele Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten. Sie beginnen mit der Geschichte zweier ohne natürliche Grenzen lebender Völker, sodass entweder fremde Heere durch ihre Gebiete gezogen oder sie selbst auf Eroberung ausgezogen sind, um sich andere zu unterwerfen. Triumphale Vereinigungen und Teilungen, Macht und Machtlosigkeit haben sowohl die polnische als auch die deutsche Vergangenheit beflügelt und niedergedrückt. Sogar die Landschaften sind ähnlich [...].

Wirtschaftlich und politisch sind die Polen und Deutschen heute aufeinander angewiesen. Es ist überhaupt noch nicht sicher, ob Polen wirtschaftlich auf die Beine kommt. Auf jeden Fall wird es hauptsächlich von der Wirtschaft abhängen, ob hier die Demokratie überlebt. Die Polen müssen sich heute entscheiden, ob sie die Deutschen mehr fürchten wollen oder ob sie sie brauchen. Und die Deutschen müssen sich ihrerseits im Klaren sein, dass Armut alle Grenzen überwindet und dass Splitter eventueller sozialer Explosionen auf den Nachbarn überspringen könnten. Wenn die Bundesrepublik bemüht ist, Polen zu helfen, dann lässt sie sich nicht von karitativen Reflexen leiten, sondern von einer ihre eigenen Interessen berücksichtigenden weitreichenden Politik.

Warschau, 28. August 1993

[3]

Adam Krzemiński, Publizist, in seiner Antwort auf den Text von Peter Bender

Immer öfter bemerken [deutsche] Kommentatoren das Produktionswachstum in Polen und die Fähigkeit einer effektiven Organisation des Handels für Deutsche auf der polnischen Seite der Grenze. Es erscheinen erste Titel, in denen die traditionell verächtliche Wendung *Polnische Wirtschaft* bewusst mit einem positiven Attribut versehen ist. In die allgemeine Meinung ist das noch nicht vorgedrungen. Als ob in den deutschen Köpfen eine Art „Waffenstillstand“ eingetreten wäre. Unbrauchbar geworden ist das frühere Stereotyp des Polen als leidender Chaot, als großmäuliger Quertreiber und romantischer Kämpfer für sein leidendes Vaterland. Immer noch verbreitet ist das neue Stereotyp, dass der Pole wie eine Maschine schwarz für einen Hundelohn arbeitet, sowie vom polnischen Dieb deutscher Autos.

Aber zugleich kann man manchmal von [deutschen] Bekannten hören: Ihr wisst die Veränderungen der Einstellung zu euch nicht zu schätzen, die hier zu beobachten ist. Zur traditionell versteckten Angst vor den Polen, die uns dank höherer Geburtenrate schon vor hundert Jahren aus dem Osten verdrängt

haben, kommt jetzt noch die Angst vor eurem ursprünglichen, natürlichen Unternehmergeist hinzu, dem wir lediglich mit unserer schwerfälligen „Ordnung“ begegnen können. Das ist eines der Geheimnisse, warum die Deutschen entlang der Grenze Geschäfte mit Polen machen, sich aber auch weiterhin nicht auf ihre immer noch „unheimlichen“ Nachbarn aus dem Osten einstellen können. [...]

Heute – trotz allen deutsch-polnischen Widrigkeiten vor Ort, trotz des Nachlassens der Energie zur Versöhnung bei vielen führenden Politikern sowohl in Polen als auch in Deutschland, beim Fehlen einer Lobby in beiden Ländern – verdienen wir gar nicht schlecht an der Zusammenarbeit über Oder und Neiße hinweg. Manche sagen, etwa 3 Milliarden D-Mark jährlich.

Warschau, 28. August 1993

[35]

Stanisław Lisiecki und Maria Rutowska, wissenschaftliche Mitarbeiter am Instytut Zachodni (Westinstitut), in „Przełęcz Zachodni“

Generell sind die Einwohner von Słubice der Ansicht, dass ihre Stadt mit der Grenzöffnung viel gewonnen hat. Ihrer Meinung nach führte dies zu einer Prestigezunahme für die Stadt, zu einer Belebung des Wirtschaftslebens, zur Entwicklung des Handels und zu einem verbesserten Angebot an Waren und Dienstleistungen. In den entstehenden Handelszentren fanden viele Personen Beschäftigung, die vorher von Arbeitslosigkeit bedroht waren. In der Meinung deutscher Befragter bietet die Grenzlage Frankfurts Gelegenheiten zu einem häufigeren Aufenthalt in der Nachbarstadt und im Nachbarstaat. Dies ermöglicht auch Kontakte zwischen Menschen und das Kennenlernen des Nachbarlandes. [...]

Hinsichtlich der Kontakte mit Deutschen (Polen) und der deutsch-polnischen Beziehungen war in vielen gestellten Fragen eine recht deutliche Polarisierung der Urteile zu bemerken. [...] Neben einer positiven Einschätzung des Zustandes der deutsch-polnischen Beziehungen und der Kontakte zwischen Polen und Deutschen gab es auch negative und sehr reservierte Meinungen zu den Plänen gemeinsamer Bewirtschaftung der Grenzregion. Die polnischen Befragten äußerten auch Befürchtungen, Polen könnte sich in nächster Zukunft wirtschaftlich von Deutschland abhängig machen.

Posen, September 1993

[37]

Hanno Jochimsen und Jerzy Holzer im Editorial des Deutsch-Polnischen Magazins „Dialog“

Wenn wir das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen betrachten, so überwogen in den vergangenen Jahrzehnten wohl negative Gefühle. [...] Heute leben wir bereits in einer anderen Epoche, der des Europa der Kooperation, in der jeder Staat und jede Nation die eigenen Interessen neu bestimmen muß. [...] Die nächsten Jahre erfordern auf beiden Seiten engagierte Mitstreiter für die Entwicklung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Auf diesem Wege muß sich nicht nur das emotionale Klima

verbessern, geht es dabei doch um schwierige politische und wirtschaftliche Probleme, die meistens nicht einmal von unseren Ländern allein gelöst werden können.

Düsseldorf, Dezember 1993

[28]

Rudolf Augstein, Chefredakteur, in „Der Spiegel“

——— Man kann nicht sagen, daß zwischen Polen und Deutschen je ein gutes Verhältnis geherrscht hat [...]. Daß Polen seine jetzige Westgrenze zu den Deutschen als gesichert ansieht, darf man wohl annehmen. Wie aber, wenn die früheren Sowjetmenschen buchstäblich verrückt spielen [...]? Man muß nicht gleich an ABC-Waffen [Massenvernichtungswaffen] denken, wenn man die russischen Wirren betrachtet. Genug Waffen und arbeitslose Kriegsmänner gibt es [in Russland] doch allemal. Polen hat die verbalen Drohungen ernst genommen, und das mit vollem Recht. Wir, die wir bei Ausrufung des Kriegrechts 1981 für Polen eine staunenswerte Sympathie bewiesen haben, können allein nicht Krieg führen, können es allein nicht schützen. [...] Wir müssen dem Land, wenn wir auch keinen Garantievertrag wie die Engländer 1939 ausstellen können, den Rücken stärken. Obwohl es der NATO noch nicht beitreten kann und sollte, obwohl es die Bedingungen der EU noch lange nicht erfüllen wird, muß nahezu jedes Risiko eingegangen werden, die Polen in ihren jetzigen Grenzen sicher zu erhalten. Bedingungen dürfen wir daran nicht knüpfen, hier liegt die Priorität Nummer eins. Polen gehört zu uns, wird künftig zu einem wie auch immer gestalteten Europa gehören, und damit basta!

Hamburg, 10. Januar 1994

[1]

Hans-Ulrich Klose, Abgeordneter der SPD, in einer Rede im Bundestag

——— Wir Sozialdemokraten offen sind für die NATO-Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa und [...] sie im Grundsatz befürworten. „Im Grundsatz“ will heißen: Eine NATO-Erweiterung kann dann vernünftig sein, wenn sie dazu beiträgt, eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa zu entwickeln [...].

Mir ist klar, daß die jetzt beitrittswilligen Staaten, die baltischen Staaten, Polen, die Visegrad-Staaten insgesamt, das anders beurteilen. Sie sehen sich in einer spezifischen Bedrohungslage, die sie durch den schnellen Beitritt zur NATO entschärfen möchten. Ob das gelänge, darüber darf gestritten werden. Ich verstehe aber diese Sicht der Dinge, und ich verstehe darüber hinaus, daß es in den genannten Ländern ein gewisses Maß an Enttäuschung gibt. [...] Es wäre aber ganz falsch, wenn in Polen oder anderswo jetzt der Eindruck entstünde, daß der Westen sie nicht wolle oder einmal mehr ihrem Schicksal überlasse.

Bonn, 13. Januar 1994

[12]

Jan Parys, Publizist, in der Wochenschrift „Gazeta Polska“

——— Ein Verdacht, Deutschland könnte zu schlechten Traditionen militärischer Aggression zurückkehren, ist heute unbegründet. [...] Die Befürchtungen gegenüber den Deutschen beruhen eher auf Angst vor der Stärke der deutschen

Wirtschaft [...]. Es ist möglich, dass Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei in Kürze so von der deutschen Wirtschaft abhängig sein werden, dass in Mitteleuropa eine informelle D-Mark-Zone entsteht. Die genannten Länder [...] können zum vorrangigen Gebiet einer deutschen Investitions- und Handelsexpansion werden. Im wirtschaftlichen Sinne wäre eine *Pax Germanica* in Europa also durchaus möglich.

Böse Zungen könnten meinen, Deutschland werde auf diese Weise nicht nur Friedrich Naumanns Mitteleuropa-Konzeption verwirklichen*, sondern auch die Ideen Hitlers zur Unterwerfung Europas. Nur dass dies heute mit anderen Methoden stattfände, ohne einen einzigen Schuss, allein durch ökonomische Expansion. Aber außer wirtschaftlichen Befürchtungen gibt es auch politische Ängste. Wir wissen nämlich nicht, wem diese ökonomische *Pax Germanica* dienen wird.

Warschau, 3. März 1994

[46]

**Tomasz Gabiś, Vorstandsmitglied der Unia Polityki Realnej
(Union für Realpolitik), in einem Interview in „Myśl Polska“**

—— Deutschland wird auf längere Frist erneut die wirtschaftliche und politische Kontrolle über seine früheren Territorien ausüben wollen. Das ist ein natürliches Phänomen und vom geopolitischen Gesichtspunkt aus auch verständlich. In diesem Moment müssen wir klar sagen, dass wir nicht jemanden als Freund, als Verbündeten anerkennen können, der vielleicht, und meiner Ansicht ganz bestimmt, uns territoriale Forderungen stellen wird. Das ist ganz einfach unmöglich. In diesem Zusammenhang gibt es, unabhängig davon, ob wir Russland lieben oder nicht, ob uns die dort herrschende Ordnung gefällt usw., nur eine Antwort – als Freund, als Verbündeten sollten wir besser Russland wählen.

Warschau, 31. März 1994

[15]

Adam Krzemiński in „Polityka“

—— Die offiziellen deutsch-polnischen Beziehungen sind stabil in gutem Zustand, die inoffiziellen ebenfalls. Sowohl die Deutschen als auch die Polen gewöhnen sich erstaunlich schnell an die neue Nachbarschaft, es gibt keinen Hass mehr zwischen uns, es gibt auch keine übertriebene Liebe – es werden Geschäfte gemacht.

Warschau, 23. April 1994

[34]

* Der protestantische Theologe und Geistliche, der Reichstagabgeordnete Friedrich Naumann (1860–1919), schlug 1915 die Schaffung eines vom Deutschen Reich angeführten Wirtschaftsraumes zwischen Frankreich, der Türkei und Russland vor. Naumann lehnte gewaltsame Lösungen ab, stattdessen setzte er auf die wirtschaftliche Dominanz Deutschlands.

Erklärungen

MAI 1994

FEBRUAR 1999

Anlässlich des 50. Jahrestags des Warschauer Aufstands bittet der Bundespräsident Roman Herzog im Namen der Deutschen um Vergebung für das, was die Deutschen den Polen während des 2. Weltkriegs angetan haben. Jedoch belastet im Frühjahr 1995 eine weitere Debatte um die Feierlichkeiten zum Jahrestag des Kriegsendes in Europa die gegenseitigen Beziehungen. Polen empfindet es als Geringschätzung, dass der polnische Präsident nicht nach Berlin eingeladen wird. Spannungen entstehen auch auf lokaler Ebene; in Frankfurt an der Oder und in Ślubice kommt es zu einem deutsch-polnischen „Brötchenkrieg“. Polen weicht jedoch nicht von seinem proeuropäischen Kurs ab, der von den aufeinanderfolgenden Regierungen und ab Herbst 1995 auch von Präsident Aleksander Kwaśniewski, unterstützt wird.

Deutschland, mit der Kohl-Regierung im Amt (bis 1998), wird von Polen als wichtiger Verbündeter auf seinem Weg zur Einbindung in die westlichen Strukturen: NATO und Europäische Union angesehen. In Bonn wird Polen indessen als Vermittler bei der Erschließung östlicher Märkte betrachtet, was wiederum Ängste vor einer deutschen wirtschaftlichen Vorherrschaft und einem „Aufkauf“ Polens auslöst. Das begünstigt antideutsche Stereotypen. In Deutschland nehmen die Aktivitäten des Bundes der Vertriebenen zu, der vor der EU-Osterweiterung Polen mit Ansprüchen konfrontiert. Ab 1997 regiert in Warschau eine Mitte-Rechts-Koalition unter Premierminister Jerzy Buzek, die von der Wahlaktion Solidarność (Akcja Wyborcza Solidarność) und der Freiheitsunion (Unia Wolności) gebildet wird. In Deutschland besteht ab 1998 eine Koalition der SPD mit Bündnis 90/Die Grünen; Bundeskanzler ist Gerhard Schröder. Im Frühjahr 1999 wird Berlin wieder Hauptstadt Deutschlands.

**Rudolf Scharping, Vorsitzender der SPD, in einem Vortrag
an der Universität Warschau**

——— Versöhnung bedeutet nicht, die Vergangenheit zu vergessen. [...] Versöhnung und Verständnis können nicht verordnet werden. Sie müssen in den Herzen und Köpfen der Menschen wachsen. Bestehende Vorurteile müssen überwunden werden. Das Werk der Versöhnung kann daher nur gelingen, wenn sowohl unsere Völker als auch jeder Einzelne von uns es als seine persönliche Aufgabe betrachtet.

Warschau, 10. Mai 1994

[70]

**Andrzej Olechowski, Außenminister der Republik Polen,
in einer Rede im Sejm**

——— Ich hatte in letzter Zeit die Ehre, eine Reihe von Menschen zu treffen, die, jeder für sich allein, aus Eigenantrieb einen enormen Beitrag zu den deutsch-polnischen Beziehungen geleistet haben. Es gibt sehr viele, Polen und Deutsche, die aus persönlichen Motiven, aus einem Sendungsbewusstsein oder aus dem Gefühl heraus, sich einer Sache von lebenswichtiger Bedeutung widmen zu müssen, entschlossen haben, konkrete, oft mühsame Projekte zu verwirklichen, Städte einander näherzubringen, ein Krankenhaus zu bauen, eine Stiftung oder einen Verein zu gründen oder Politiker zum Dialog und zum Handeln zu bewegen. Dank dieser Menschen hängt der Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen heute nicht mehr nur von den Regierungen und veränderlichen politischen Konfigurationen ab. Wir bewegen uns nicht mehr wie auf Treibsand, denn diese Personen haben einen festen Grund geschaffen.

[...] Die Freundschaft von Polen und Deutschen wird bedeuten, dass eine erstzunehmende Quelle für einen potenziellen Konflikt in Europa beseitigt wird.

Warschau, 12. Mai 1994

[60]

**Hans Magnus Enzensberger, Schriftsteller und Essayist, in einer
Podiumsdiskussion mit Ryszard Kapuściński und Adam Krzemiński**

——— Die Deutschen haben weiterhin eine gewisse Schuld zu begleichen. Sie haben immer noch nicht viele historische Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllt.

Vielleicht kann man dasselbe über die Polen sagen, aber nicht ich sollte darüber sprechen. Vorerst muss man sich der Hindernisse entledigen.

Warschau, 14. Mai 1994

[41]

Maria Dmochowska, Abgeordnete der Unia Demokratyczna (Demokratische Union), in der Wochenschrift „Polityka“ zur Einladung der Präsidenten aus Deutschland und Russland anlässlich des 50.

Jahrestags des Ausbruchs des Warschauer Aufstands

—— Die Anreise des deutschen Bundespräsidenten könnte endlich einen Schlusspunkt für die neue geschichtliche Abrechnung bedeuten, diese nämlich einfach beenden. Das Nachkriegsdeutschland hat sich vom Nationalsozialismus distanziert und es verstanden, Nazis aus dem öffentlichen Leben zu entfernen, und es führt einen beständigen, wenn auch nicht immer wirksamen Kampf gegen ihre ideologischen Nachfahren, gegen Erscheinungsformen eines extremen Nationalismus oder Ausländerfeindlichkeit. Deutschland erkennt unsere Grenzen an und will uns in allen, auch den militärischen, Strukturen Europas und der westlichen Welt sehen. Vom Staat unterstützte Stiftungen und Organisationen leisten den Polen und unserem Land vielfältige wirtschaftliche und soziale Hilfe, die sich auch auf vom Dritten Reich geschädigte Personen erstreckt. Auf der Grundlage einer gerecht bewerteten Vergangenheit müssen wir eine gutnachbarschaftliche, freundschaftliche Zukunft aufbauen. Dieser Besuch kann ein wesentliches Element des vorgenannten Programms sein; es wäre gut, wenn es eine Grenze bilden würde, die bereits definitiv die Vergangenheit von der Gegenwart und Zukunft trennt.

Warschau, 28. Mai 1994

[16]

Wiesław Chrzanowski, Vorsitzender der oppositionellen Partei Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe (Christlich-Nationale Vereinigung), Teilnehmer am Warschauer Aufstand, in „Polityka“

—— Diese Einladung ist eine sehr kontroverse Idee. Das ist nicht nur meine Meinung, sondern die aller Veteranen. Vielleicht wird es außerhalb Polens Unverständnis für unsere Empfindungen geben. Dort könnten die Menschen überzeugt sein, dass der 50. Jahrestag die beste Gelegenheit zur Versöhnung sein wird. [...] Viele von uns haben nicht nur Militärangehörige im engeren Sinne in Erinnerung behalten, sondern auch Kriegsverbrecher, die nicht angemessen verurteilt worden sind. Ich denke dabei an von dem Bach und General Reinefarth*.

Warschau, 28. Mai 1994

[9]

* Erich von dem Bach-Zelewski (1899–1972) war ein nationalsozialistischer Kriegsverbrecher, der für die Pazifizierung des Warschauer Aufstands Verantwortung trug; Heinrich Friedrich Reinefarth (1903–1979) war ein nationalsozialistischer Kriegsverbrecher, der für die von den deutschen Streitkräften während der Niederschlagung des Warschauer Aufstands begangene Verbrechen verantwortlich war.

**Edwin Rozłubirski, Generalmajor außer Dienst,
Teilnehmer am Warschauer Aufstand, in „Polityka“**

—— Die Einladung der Präsidenten beider Länder zeugt von einem selten anzutreffenden Mangel an politischem Einfühlungsvermögen und einer an Arroganz grenzenden Missachtung der überwiegenden öffentlichen Meinung.

Warschau, 28. Mai 1994

[56]

**Andrzej Zakrzewski, Historiker, Unterstaatssekretär
in der Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen,
in „Polityka“**

—— Ein Krieg endet nicht dann, wenn die Schüsse verhallen. Ein Krieg endet nicht einmal mit der Unterzeichnung von Friedensverträgen. Ein Krieg endet dann, wenn die Folgen, zu denen er geführt hat, verschwinden.

Warschau, 28. Mai 1994

[80]

**Präsident Lech Wałęsa in einer Rede auf dem
Kraśiński-Platz**

—— Herr Bundespräsident! Unsere Nationen hat ein Meer von Blut entzweit. [...] Man darf keinen Hass hegen und ihn auf folgende Generationen übertragen. Auschwitz und Warschau befinden sich auf polnischem Boden. Ebenso verhält es sich mit Krzyżowa [Kreisau]. [...] Wir erteilen den Mördern von Warschau keine Absolution. Aber wir übertragen diese Gefühle nicht auf das deutsche Volk. Wir wollen und können mit Euch in Freundschaft leben. Wie gute Nachbarn. So war es oft in der Geschichte. Ich glaube daran, dass das geschehen wird. So muss es geschehen.

Warschau, 1. August 1994

[74]

**Bundespräsident Roman Herzog in einer Rede
auf dem Kraśiński-Platz**

—— Es ist ein bewegender Moment für mich, Ihnen über die Gräber der Toten des Warschauer Aufstandes hinweg heute die Hand zu reichen. [...] Zugleich habe ich Verständnis für die Gefühle jener, die meiner Teilnahme kritisch gegenüberstehen, und ich bekunde ihnen meinen Respekt. [...]

Der 1. August ruft uns in Erinnerung, welch unermeßliches Leid von Deutschen über Polen gebracht wurde. [...] Aber wir wissen auch: Das Martyrium des polnischen Volkes nahm nicht erst am 1. August 1944, sondern am 1. September 1939 seinen Anfang. Kein Land hatte im 2. Weltkrieg vergleichbar hohe Opfer zu beklagen wie Polen. [...] Wir beziehen sie alle in unser Gedenken ein und nehmen ihren Tod als Mahnung und Verpflichtung für die Zukunft zugleich. Diese Zukunft gilt es nunmehr gemeinsam und verantwortlich zu gestalten. [...] Heute aber verneige ich mich vor den Kämpfern des Warschauer Aufstandes wie vor allen polnischen Opfern des Krieges: Ich bitte um Vergebung für das, was ihnen von Deutschen angetan worden ist.

Warschau, 1. August 1994

[2]

Aus einer Information in der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“

„Indem er Vertreter Deutschlands und Russlands eingeladen hat, hat uns Präsident Wałęsa dazu gezwungen, eine unabhängige Gedenkfeier zu organisieren“, sagte Józef Teliga, Oberst der Heimatarmee, am Grab des unbekanntes Soldaten. Seinen Worten hörten etwa 200 Veteranen und Einwohner Warschau zu.

Die unabhängige Gedenkfeier zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstands begann mit einer Messe in der Heilig-Kreuz-Kirche [...]. In dem Moment, als sich [...] eine Prozession mit Spruchbändern „Totengräber von Warschau“ mit Hakenkreuz sowie Hammer und Sichel formierte, begann auf dem Krasiński-Platz ein Appell zu Ehren der Gefallenen [unter Beteiligung der Präsidenten].

„Ich beabsichtige nicht, an diesem Zirkus der Regierung teilzunehmen, zu dem Vertreter Deutschlands und Russlands eingeladen worden sind“, sagte Zdzisław Kowalski, ein Teilnehmer am Warschauer Aufstand. „Sie sollten hierherkommen, aber auf den Knien, und um Vergebung für die Schuld ihrer Vorfahren bitten.“ [...]

„Diejenigen, die unser Volk unterdrückt haben, feiern, heute wieder mit erhobenem Haupt, einen anderen 50. Jahrestag, nämlich den Beginn der Moskauer Herrschaft über Polen“, sagte Oberst Teliga am Grab des unbekanntes Soldaten. Die Teilnehmer an der Gedenkfeier betonten, dass die Republik Polen noch nicht frei sei und die Botschaft der Soldaten des Warschauer Aufstands, die gegen die Besatzer gekämpft hatten, aktuell bleibe.

Warschau, 1. August 1994

[45]

Wiktor Woroszyński, Dichter, in seinem Tagebuch

Streitpunkt war seit einiger Zeit, dass Wałęsa nicht nur Vertreter der Alliierten, sondern auch die Staatschefs Deutschlands und Russlands eingeladen hatte. Bundespräsident Herzog nahm die Einladung an, [Boris] Jelzin schickte nur [Sergei] Filatov [den Leiter der Präsidialverwaltung]. Unsere „Nationalisten“ protestierten nicht nur gegen die Einladung der „Feinde“, sondern organisierten auch eigene separatistische Kleinkundgebungen. [...]

Die abendliche Gedenkfeier, das Ritual aufeinanderfolgender Kranzniederlegungen und Ansprachen, zog sich lange hin [...]. Herzog empfing zunächst eine gespannte Stille, danach folgte ein erleichterter Beifall, denn er hielt eine starke Rede mit deutlicher Betonung der deutschen Schuld gegenüber Polen, einer Bitte um Vergebung und der Ankündigung, das Bemühen Polens um eine Aufnahme in die WEU* und in die NATO zu unterstützen.

Warschau, 1. August 1994

[77]

Aus einem Kommentar in der „Berliner Zeitung“

Symbole allein sind nicht genug. [...] Wałęsa war der Geschichte ein Stück voraus, es gibt auch bei uns noch viele Vorbehalte und Vorurteile. Doch die Richtung stimmt.

Berlin, 2. August 1994

[17]

* Westeuropäische Union – internationaler militärischer Beistandspakt in den Jahren 1954–2011.

Wacław F. Całus, Publizist, Vizepräsident des Verbandes der Polnischen Industriellen, in der Wochenschrift „Myśl Polska“

— Die Tragödie Polens besteht darin, dass seine offiziellen Stellen die hochkomplexe globale Situation nicht verstehen und unfähig sind, eine angemessene außenpolitische Strategie zu formulieren. Ihre einzige Tätigkeit besteht darin, Deutschland um Obhut zu bitten, was es den Deutschen erleichtert, ihre Pläne zu verwirklichen [...], die darauf abzielen, den souveränen polnischen Staat von der europäischen Landkarte zu tilgen.

Warschau, 7. August 1994

[8]

Andrzej Szczypiorski, Schriftsteller, in „Polityka“

— Die Bundesrepublik Deutschland führt Polen mit Beharrlichkeit und Konsequenz in Richtung europäische Integration. Die Deutschen haben daran ein Interesse, aber es ist keineswegs eindeutig politisch oder wirtschaftlich orientiert, weil die Deutschen in unserem Land kein Vermögen verdienen werden, sondern es ist im moralischen und psychologischen Sinn die Fortsetzung der gesamten deutschen Nachkriegsgeschichte, die sich im Schatten eines Schuldkomplexes gegenüber Europa und der Welt entwickelt hat.

Die auf dem Platz versammelte Menge hörte den Worten Herzogs mit erheblicher Konzentration und Besorgnis zu. Die Menschen warteten auf etwas Großes, aber sehr viele brachten nicht nur alte Wunden mit auf diesen Platz, sondern auch die gegenwärtige Skepsis. [...] Herzog schlug ein neues Kapitel auf. In psychologischer Hinsicht hat er das Stereotyp des Deutschen entkräftet.

Warschau, 13. August 1994

[69]

Johannes Bauch, deutscher Botschafter in Polen, im Interview in der Wochenschrift „Życie Gospodarcze“

— Es besteht durch die Lasten der deutsch-polnischen Geschichte immer noch ein emotionales Potential gegen eine zu starke deutsche Präsenz, auch wirtschaftlich. [...] Es gab, und das sind keine leeren Worte, die ungeschriebene Regel, dass von zwei potenziellen Investoren mit ähnlichen Angeboten der nicht-deutsche ausgewählt werden müsse. Gegenwärtig gibt es noch Überreste dieses Denkens, das längst nicht mehr die Position der polnischen Regierung ist.

Warschau, 28. August 1994

[50]

Leszek Szaruga, Dichter, in der Pariser Zeitschrift polnischer Emigranten „Kultura“

— Der Übergang vom Aufbau von Strukturen zu ihrer Ausgestaltung mit Lebensinhalten verläuft immer noch zu langsam. Natürlich darf man nicht das Ungleichgewicht der Potenziale vergessen, vor allem des ökonomischen. [...]

In der Haltung Polens und der Polen gegenüber Deutschland und den Deutschen spürt man nach wie vor einen gewissen Vorrang einer (eher negativen) Emotionalität vor der Sachlichkeit. Sicherlich ist hierbei die historische Vergangenheit von enormer Bedeutung, und die Erinnerung an die Verbrechen kann nicht hinter den Pragmatismus zurücktreten. Dennoch kann man

die Zukunft nicht allein auf dieser Erinnerung aufbauen. Es kommen Generationen auf die Welt, für die der 2. Weltkrieg eine Art Vorgeschichte darstellt. Sie sind frei von negativen persönlichen Erfahrungen, aber auch gleichzeitig des notwendigen Mindestwissens über ihre Nachbarn beraubt. [...] Was dem polnischen Leser bei der Lektüre deutscher Schulbücher auffällt, ist die relativ geringe Rolle, die unser Land bei der Gestaltung der deutschen Politik gespielt hat.

[...] In den meisten Fällen, auch im kulturellen Bereich, zeigt Polen weniger Initiative und passt sich grundsätzlich der deutschen Aktivität an. Diese Initiativlosigkeit ist ein nachteiliges Phänomen. [...]

Die Landschaften Ostpreußens, Pommerns, Nieder- und Oberschlesiens sind aus der deutschen Kultur nicht wegzudenken und werden immer ein Teil von ihr sein. Der Verlust dieser Landstriche war ein Schock, den die Kultur jedoch zu rationalisieren vermag. [...] Die Kultur hat sie nicht aufgegeben. Es gibt immer noch Werke, die die deutsche Vergangenheit von Danzig oder Breslau nicht vergessen. Viele von ihnen sind noch immer von düsteren Emotionen erfüllt. Wirklich wertvolle Literatur jedoch lehnt diese Emotionen ab und vermag sich von ihnen zu distanzieren [...].

Natürlich ist es unmöglich, die polnischen und deutschen Erfahrungen auf derselben politischen Ebene zu vergleichen. Sowohl hinsichtlich des Schicksals einzelner Menschen als auch in kultureller Dimension sind sie aber vergleichbar. Wenn wir so viel Wert auf die Rettung dieser polnischen Bereiche legen, die durch den 2. Weltkrieg zerstört worden sind, sollten wir die Notwendigkeit ähnlicher Anstrengungen bei den Deutschen verstehen: Erinnerung ist für alle gleichermaßen erforderlich.

Warschau

[67]

Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt, Mitherausgeber der Wochenschrift „Die Zeit“, in einer Diskussion im Instytut Zachodni (West-Institut)

—— Ich habe erst nach dem Krieg erfahren, welche Untaten und Verbrechen die Nazis während der deutschen Besatzung auf polnischem Boden begangen haben [...]. All dies führte mich jedoch zu der Überzeugung, dass das polnische und das deutsche Volk unabhängig von dem Regierungssystem und den jeweilig Regierenden, für gutnachbarschaftliche Beziehungen untereinander Sorge tragen müssen. [...] Bekanntlich, ist es nicht immer leicht, mit seinem Nachbarn in Harmonie zu leben. [...] Deshalb ist jetzt [...] die Europäische Union eine so große Hoffnung für uns – sie ist die Garantie für gute Beziehungen zu unseren unmittelbaren Nachbarn.

Posen, 24. September 1994

[83]

Premierminister a. D. Tadeusz Mazowiecki, Vorsitzender der Unia Wolności (Freiheitsunion), in einer Diskussion im Instytut Zachodni

—— Polen und Deutschland auf eine Stufe zu stellen, war für uns sehr angenehm. Deutschland ist jedoch eine Wirtschaftsmacht und aus diesem Umstand ergibt

sich für uns ein ewiges Problem, das auf historische Reminiszenzen zurückzuführen ist. Das gilt nicht nur für uns, sondern auch für andere Länder in Mitteleuropa: Ist die deutsche Politik gegenüber Polen nur eine Funktion der Politik gegenüber Russland, oder hat Deutschland eine eigene Polen- oder Mitteleuropapolitik? [...] Ich würde sagen, Herr Bundeskanzler, das ist ein grundsätzliches Problem für die Stabilität in Europa.

Posen, 24. September 1994

[83]

Claus Leggewie, Politologe, im Interview mit „Polityka“

Meiner Meinung nach setzen Kohl und [Außenminister Klaus] Kinkel zu sehr auf Russland. [...] Diese Option beruht auf der Überzeugung, dass man die Russen nicht irritieren sollte. Andererseits gibt es in der CDU genug Leute, die sagen: Wir wären verrückt, wenn wir die Erwartungen der Polen, Tschechen, Slowenen, Kroaten und natürlich der Ungarn enttäuschen würden. Sie warten schließlich auf uns, spielen wir also diese Karte aus. Beides ist mir [als Deutschen] unangenehm. Meiner Ansicht nach müsste man sagen, dass sich die Verankerung Deutschlands im Westen auch auf Polen, Ungarn und die Tschechische Republik bezieht, dass wir diese Länder – einschließlich Österreich – an die Union binden müssen. [...]

Die Ängste vor den Deutschen [...] können einer der Gründe der unvoreilhaftigen Entwicklung der Situation in Deutschland sein. Das bedeutet, je mehr man den Deutschen sagt „Ihr seid nicht vertrauenswürdig“, desto schlimmer wird es. [...] Je mehr die Franzosen oder die Polen den Deutschen alte Stereotypen unter die Nase halten, desto mehr führt das in Deutschland zu einem negativen Echo nach dem Prinzip: „Wir können uns so viel Mühe geben, wie wir wollen, sie werden uns immer auf die gleiche Weise wahrnehmen“.

Warschau, 24. September 1994

[37]

Andrzej Szczępiński in einer Rede am Tag der Deutschen Einheit

Die Polen haben im Grunde keine Angst vor Deutschland, aber das ist etwas Banales – denn die Polen haben überhaupt keine Angst. Unter vielen Dämonen unserer Natur gibt es keinen Dämon der Angst. Jedes Volk hat seine eigenen Gespenster und muss mit ihnen irgendwie auskommen. Es gibt im heutigen Europa eine Unruhe, eine Unsicherheit gegenüber der deutschen Stärke, Mächtigkeit, Organisation und gegenüber dem deutschen Perfektionismus, der seit sehr langer Zeit der stärkste Dämon des Deutschtums ist. Die Prozesse der europäischen Integration sind das beste Arzneimittel gegen alle alten Ängste.

Bremen, 3. Oktober 1994

[68]

Klaus Bachmann, Korrespondent, in der Tageszeitung „Rzeczpospolita“

Sechs Berliner Skinheads wollten sich einst in die Nähe von Posen begeben, um „Polen zu verprügeln“. Bevor sie die Stadt erreichten, ging ihr Auto kaputt. Sie fanden sich inmitten einer großen sozialistisch-realistischen Wohnsiedlung

in einem Vorort von Posen wieder, hilflos und sich dessen bewusst, dass sie aufgrund ihrer Absichten und ihres provokanten Auftretens nicht mit dem Wohlwollen der örtlichen Bevölkerung rechnen konnten. Mit der Aussicht, die Nacht am Bahnhof verbringen zu müssen, baten sie slawische Altersgenossen um Hilfe. Letztendlich übernachteten sie bei ihren neuen Freunden in den beengten Wohnungen der Wohnblöcke, während die jungen Posener ihr kaputtes Auto in die Werkstatt schleppten. Am nächsten Tag traten die deutschen Skins, peinlich berührt und beschämt, ihre Rückfahrt nach Berlin an.

Diese Geschichte klingt etwas banal, ist aber in gewisser Weise typisch: Vier Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung und der Einführung der Demokratie in Polen stellt sich heraus, dass den größten Beitrag zur Vertrauensbildung und Verständigung zwischen Deutschland und Polen nicht so sehr die Staatsverträge oder die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze geleistet haben, sondern die Abschaffung der Visumpflicht. Groß war die Angst gewesen, ob es nicht zu einer „Invasion polnischer Händler“ und einer „Explosion von Prostitution und Autodiebstahl“ kommen würde. [...] Nichts dergleichen ist geschehen, während Millionen von Polen und Deutschen sich persönlich begegnen konnten. Die Polen konnten sich davon überzeugen, dass die Deutschen gar keine revanchistischen Ungeheuer, alte oder junge Nazis oder auch herzlose Bürokraten sind, und die Deutschen hatten die Gelegenheit, mit eigenen Augen zu sehen, wie das frühere Vorurteil über polnische Unordnung und Faulheit zum heutigen Aufblühen der kommunalen Selbstverwaltung auf dem Lande sowie den wunderschön restaurierten Altstädten von Thorn und Danzig passt.

Millionen deutscher Touristen assoziieren die Wirtschaft in Polen nicht mehr mit *polnischer Wirtschaft*, sondern mit Billigmärkten und Grenzläden, deren Verkäufer mit einem schüchternen Lächeln zu beweisen versuchen, dass sie nicht alles aus ihrem Deutschunterricht in der Schule vergessen haben. Die meisten Gemeinden entlang der deutsch-polnischen Grenze arbeiten zusammen, und an der Unteren Oder führen deutsche und polnische Feuerwehren bei Bedarf gemeinsame Rettungseinsätze durch und überwinden dabei sogar eine so schwierige Barriere der deutschen Bürokratie wie die Frage, ob deutsche Feuerwehrleute bei Einsätzen auf der anderen Seite der Grenze versichert sind. [...]

Die Zeit der großen Abkommen ist vorbei, die grundsätzlichen Fragen sind geklärt, und die deutsch-polnischen Beziehungen hängen jetzt von Gesten, Reden, Wirtschaftskontakten und Diskussionen ab. Aber hier sehe ich leider vor allem Stillstand. Politiker und Intellektuelle sprechen lieber von Zusammenarbeit, guter Nachbarschaft, Freundschaft und – deutsche Politiker machen das besonders gerne – von Versöhnung. Unterdessen bleiben alte Stereotypen in den Köpfen, werden durch neue ergänzt und so denkt jeder hinter dem Schleier aus großen Worten über den anderen, was er schon immer gedacht hat.

Außenminister Krzysztof Skubiszewski erdachte die „deutsch-polnische Interessengemeinschaft“. Leider hat er vergessen, diese zu definieren, und so entstand ein neues Schlagwort, das eher die Form als den Inhalt bezeichnet.

Jetzt hat das Schlagwort „Versöhnung“ dasselbe Schicksal erlitten. Es ist zu einer leeren Geste geworden, die Meinungsverschiedenheiten verwischt. Mit anderen Worten haben wir Versöhnungskitsch.

Warschau, 22. November 1994

[4]

**Mieczysław Tomala, Germanist, im Deutsch-Polnischen
Magazin „Dialog“**

Die polnische Chance besteht darin, so schnell wie möglich so enge Beziehungen mit unserem westlichen Nachbarn einzugehen, daß wir von der Entwicklung jenseits unserer Grenze nicht überrascht werden. Diese Chance muß zum Nutzen Polens bewußt und unverzüglich genutzt werden. Dahingehende Aktivitäten sind nicht Einfälle von „Naiven und Dummen“. Wir müssen wählen, ob wir „barfuß, aber mit Sporen“ oder „gestieftelt, aber nicht gespornt“ sein wollen. Es stimmt, daß bei einem Teil der polnischen Gesellschaft nach wie vor eine Barriere des Mißtrauens gegenüber Deutschland besteht. Historische Belastungen lassen sich nicht wie Flecken entfernen, auch nicht mit dem besten Waschmittel. Sie sind ein Teil unserer Identität, so wie auch die Deutschen nicht imstande sind, vor dem tragischen Teil ihrer doch so reichen Vergangenheit zu fliehen. Aber wenn wir den Phobien nachgeben, können wir nur bewirken, daß die Geschichte uns bald für die verschlafene Chance bestraft.

Warschau, Dezember 1994

[70]

Bolesław Zaremba, Publizist, in „Myśl Polska“

Die Polen wurden gegenüber dem sogenannten deutschen Problem vollkommen unempfänglich. [...] Einerseits trug dazu ein Richtungswechsel in der polnischen Außenpolitik bei. Die Ausrichtung auf die Europäische Union und die NATO macht Deutschland gewissermaßen automatisch zu einem potenziellen Verbündeten Polens. [...] Der zweite wichtige Grund [...] ist die intelligente Politik Bonns. Deutschland vermeidet spektakuläre Schritte, die den Prozess der Entwaffnung des polnischen Bewusstseins stören könnten.

Deutschland assoziiert man heute mit Wohlstand, Ordnung, Offenheit und Toleranz. Die Tätigkeit der deutschen Stiftungen in Polen (Adenauer, Seidel, Naumann) zielt darauf ab, die polnischen Eliten für sich zu gewinnen. [...] Ein beunruhigendes Beispiel für die deutsche Aktion zur Entwaffnung des polnischen Bewusstseins ist der schrittweise Aufkauf unserer Tageszeitungen. Führende Tageszeitungen in Breslau, Kattowitz und Danzig (interessante geographische Verteilung, nicht wahr?) sind bereits in deutscher Hand. [...]

In diesem Jahr feiern wir den 50. Jahrestag der Wiedererlangung der polnischen Westgebiete. Das ist eine gute Gelegenheit, über ihre Zukunft nachzudenken. Ist die Frage ihrer Zugehörigkeit bereits endgültig geklärt? Für uns ja, aber für die Deutschen? Es gibt zwar Abkommen, die unsere Grenze an Oder und Neiße anerkennen, aber solange es im deutschen Grundgesetz den Artikel 116 über die Existenz des Deutschen Reiches (im rechtlichen Sinne) in den Grenzen von 1937 gibt, muss man davon ausgehen, dass für Bonn die Frage der Grenzen nicht abschließend geklärt ist. [...]



Stubice – Frankfurt (Oder), 26. März 1995.
Kontrollen am deutsch-polnischen Grenzübergang
FOT. TOMASZ GAWAŁKIEWICZ / FORUM

Eine weitere Aktivität ist der schrittweise Aufkauf von Land in den ehemaligen Reichsgebieten. Sein Erwerb ist zwar eingeschränkt, weil eine Genehmigung des Innenministeriums erforderlich ist, aber die Deutschen finden Wege, diese Einschränkung zu umgehen, indem sie zum Beispiel Personen mit polnischer Staatsangehörigkeit als Strohmännchen einsetzen. [...] Wenn Polen, wie von Deutschland gewünscht, schnell der EU beitreten würde, hätten wir keinen Handlungsspielraum mehr. Der Vorrang des internationalen vor dem nationalen Recht ist einer der Grundpfeiler der EU. Die Deutschen erhalten die europäische Staatsangehörigkeit und werden dort ungehindert Land erwerben können. [...]

Polen befindet sich noch nicht im direkten Einflussbereich Deutschlands, strebt aber eindeutig an, dass das der Fall sein wird. Das muss die Deutschen freuen. Eine solche Situation hatten sie noch nicht in der Geschichte. Die Polen verwirklichen selbst ihre Erwartungen.

Warschau, 26. März 1995

[81]

Michael Ludwig, Korrespondent der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, in einem Kommentar

Der neue polnische Außenminister [Władysław Bartoszewski] steckte einen Stock in den sprichwörtlichen Ameisenhaufen, als er kurz nach seinem Amtsantritt vorschlug, Präsident Wałęsa zu den Berliner Feierlichkeiten [zum Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges] einzuladen. [...] Inzwischen sind selbst Bartoszewskis Freunde der Meinung, dass es ein Fehler war, diese Absicht nicht früher mit den Deutschen oder mit Wałęsa besprochen zu haben. Die deutsche Regierung hat diese Anregung jedoch nicht aufgegriffen und Wałęsa nicht zu den Berliner Feierlichkeiten eingeladen, zu denen die Führer der Siegermächte erwartet werden.

Warschau, 29. März 1995

[78]

Rudolf Scharping in einer Rede im Bundestag

Europa hat die Grauen des Krieges zweimal auf eine schlimme Weise erlebt, und es hatte immer mit Deutschland und seiner Verantwortung zu tun [...]. Wenn man sich dann aber anschaut, was im Zusammenhang mit dem 8. Mai 1995 an beschämender Peinlichkeit geschieht! (*Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen*) [...] Wenn sich der studierte Historiker an der Spitze der Bundesregierung* damit auseinandersetzt, er wolle nach Berlin einladen, wer in Potsdam verhandelt und die Teilung Deutschlands vereinbart habe, dann sollte Ihnen, Herr Bundeskanzler, wenigstens klargeblieben sein, daß in Potsdam – zum Ärger der Franzosen – nur drei Mächte gesessen haben und daß es alles andere als gut für die europäische Integration, das gemeinsame Verständnis und das Zusammenleben in einem größer werdenden Europa ist, wenn man den Wunsch des polnischen Staatspräsidenten zurückweist [...]. Das ist von beschämender Peinlichkeit!

Bonn, 30. März 1995

[11]

* Helmut Kohl studierte Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Heidelberg.

Witold Pawłowski, Publizist, in „Polityka“

——— Präsident [Wałęsa] hat nationale Feierlichkeiten zum Mai-Jahrestag angekündigt. Aber auch die Warschauer Feierlichkeiten könnten sich als ebenso umstritten und voller Fallstricke erweisen. Denn welcher Jahrestag soll begangen werden? Der 8. oder der 9. Mai? [...] Sollen wir stolz auf die Eroberung Berlins sein oder vielleicht so tun, als wären wir nicht zusammen mit den Russen dort eingezogen? Wen soll man zu diesem polnischen Gedenktag einladen? Die Russen? Die Franzosen? Die Deutschen? Wen soll man nicht einladen? In welchem Veteranenkreis soll gefeiert werden? Gemeinsam, gesondert? Wie bringt man auf einer Tribüne diejenigen unter, die sich nach dem Krieg auf unterschiedlichen Seiten der Barrikaden und oft auch der Gitterstäbe wiederfanden? Soll man einen Tag des Sieges oder der Niederlage von Jalta feiern?

Warschau, 8. April 1995

[48]

**Marion Gräfin Dönhoff, die aus Ostpreußen stammende
Herausgeberin der Wochenzeitung „Die Zeit“, in einem
Kommentar**

——— Wer würde es nicht als Befreiung empfinden wollen, dass am 8. Mai 1945 die NS-Kriegsmaschinerie vernichtet wurde, dass nicht nur die Vernichtungslager abgeschafft wurden, sondern auch die geistige Heuchelei endete. [...] Aber diese Befreiung war nicht alles. Tragödie und neues Leid waren ebenfalls Realität. [...] Tausende von deutschen Soldaten mussten weitere zehn Jahre in sowjetischer Gefangenschaft ausharren, 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene verloren nicht nur ihr Eigentum und ihren Besitz, sondern auch ihre Heimat. [...] So wurde der 8. Mai 1945 von den Menschen mit gemischten Gefühlen aufgenommen: Hoffnung, Erleichterung, Sorge, Angst und Zweifel lagen hier eng beieinander.

Hamburg, 21. April 1995

[78]

**Jerzy Giedroyc, Chefredakteur der Pariser „Kultura“, in
der Wochenschrift „Tygodnik Powszechny“**

——— Den Jahrestag des Kriegsendes sollten wir im eigenen Kreis begehen, aber Premierminister [Józef] Oleksy beabsichtigt derweil, an den Feierlichkeiten in Moskau teilzunehmen*. [...] Zur Bilanz des letzten Krieges gehören Katyń, Hunderttausende in den Gulags Ermordete und Geschundene, der Prozess der Sechzehn**, und schließlich der Verlust der Unabhängigkeit. Ebenso unangemessen wäre es gewesen, wenn unser Außenminister eine Jubiläumsrede im deutschen Bundestag gehalten hätte, um Polen dafür zu entschädigen, dass es

* Józef Oleksy nahm schließlich gegen den Willen des polnischen Präsidenten an den Moskauer Feierlichkeiten am 9. Mai teil.

** Im Juni 1945 durchgeführter Schauprozess gegen die führenden Köpfe des polnischen Untergrundstaates, die heimtückisch nach Moskau verschleppt worden waren.

nicht zu den Feierlichkeiten zum Tag des Sieges nach Berlin eingeladen wurde. Meine Herren, Sie vertreten hier nicht irgendwelche Koalitionen oder Kreise, sondern die souveräne Republik Polen! Das verpflichtet!

Krakau, 23. April 1995

[19]

Wladyslaw Bartoszewski, Außenminister, in einer Rede vor dem Bundestag

Während und nach Ende des Krieges mußten Millionen Menschen ihre Heimat verlassen. Für viele Polen waren dies die Gebiete jenseits des Bug, für viele Deutsche die östlich von Oder und Neiße. [...] Der Umbruch von 1989 schuf Möglichkeiten für eine offene politische Diskussion. Da man nun über das Schicksal der Aussiedler aus Wilna und Lemberg sprechen darf, ist es auch leichter, die menschliche Dimension des Dramas der Aussiedlungen aus Breslau oder Stettin zu sehen. Die rechtspolitische Regelung des Problems der Vereinigung Deutschlands und seiner Grenzen bewirkte, daß heute ein Gespräch über die „verlorene Heimat“ keine Befürchtungen für die Friedensordnung in Europa mehr hervorrufen muß.

Polen hat seine politische Souveränität wiedergewonnen und gewinnt auch seine geistige Souveränität zurück. Ihr Maß ist das Gefühl der moralischen Verantwortung für die ganze Geschichte, in der es wie immer – helle und dunkle Kapitel gibt. Als Volk, das vom Krieg besonders heimgesucht wurde, haben wir die Tragödie der Zwangsumsiedlungen und die damit verbundenen Gewalttaten und Verbrechen kennengelernt. Wir erinnern uns daran, daß von ihnen auch große Teile der deutschen Bevölkerung betroffen waren und daß zu den Tätern auch Polen gehörten. Ich möchte offen aussprechen, daß wir das individuelle Schicksal und die Leiden unschuldiger Deutschen beklagen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verloren. [...]

Als Leistung von besonderem Gewicht in unseren gegenseitigen Beziehungen betrachte ich die weitgehende Regelung der Minderheitenprobleme. [...] Dies schafft eine geeignete Ebene für die Bewahrung und Entfaltung der sprachlichen und kulturellen Identität der Angehörigen der Minderheit. [...] Besondere Privilegien in der Wahlordnung zum Parlament erleichterten fünf Vertretern der deutschen Minderheit den Einzug in den Sejm und Senat der Republik Polen. Die gegenwärtige Lage schafft auch bessere Bedingungen für Polen und für Personen polnischer Abstammung in Deutschland. [...] Es besteht eine echte Chance dafür, daß diejenigen in Polen und Deutschland, die sich dem jeweils anderen Land verbunden fühlen, künftig zu einer dauerhaften Brücke für die deutsch-polnische Verständigung und Zusammenarbeit werden.

Es gibt heute keine grundlegenden Streitfragen in den deutsch-polnischen Beziehungen. Wir haben viele Mechanismen zur Lösung laufender Probleme erarbeitet. Wir haben neue Institutionen ins Leben gerufen, die die bilateralen Kontakte bereichern [...]. Es entwickelt sich die Zusammenarbeit der Euroregionen, und wir bauen die Grenzübergänge aus, um wenigstens teilweise dem lawinenartigen Anstieg im Grenzverkehr und Warenfluß gerecht zu werden.

Bonn, 28. April 1995

[82]

Bundespräsident Roman Herzog in einer Rede zum 50.

Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges

——— Wenn es richtig ist, daß Westeuropa seit 1945 zu einer Insel des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes geworden ist, so ist es auch seine Pflicht, anderen dabei zu helfen, daß sie in den Genuß vergleichbarer Entwicklungen gelangen. Trotz des 8. Mai 1945 leben wir in einer Welt, in der Krieg und Gewalt, Hunger und Not immer noch ihre Rolle spielen. Wir werden schon alle Hände voll damit zu tun haben, die Insel, auf der zu leben uns vergönnt ist, zu sichern und zu bewahren. Aber es ist auch unsere Pflicht und Schuldigkeit, sie mit allen Kräften zu erweitern. Die Insel muß größer werden, Stück für Stück und Land. Nur wenn unsere Generation, wenn wir Europäer das schaffen, sind wir dessen würdig was uns nach dem 8. Mai 1945 geschenkt wurde und was unsere Väter in einem Meer von Trümmern und über Strömen von Blut geschaffen haben.

Berlin, 8. Mai 1995

[82]

Präsident Lech Wałęsa in einer Rede auf einer gemeinsamen Sitzung des Sejm und des Senats zum 50. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges

——— Europa [ist] von Einheit noch weit entfernt. Wir sehen nach wie vor Einteilungen in Bessere und Schlechtere. Wir sehen die Trägheit der europäischen Strukturen bei der Erweiterung der Zone des Zusammenwirkens, des Wohlstands und der Sicherheit. Ungute Assoziationen mit der Vergangenheit drängen sich uns auf. Wir möchten glauben, daß sich die bösen Erfahrungen nie mehr wiederholen. [...]

Vertun wir diese Chance nicht. Die letzte Frucht des militärischen Sieges muß ein vereinigt, wohlhabendes und sicheres Europa sein. Ein solches Europa wünschen die Polen für sich und für andere.

Warschau, 8. Mai 1995

[82]

Zbigniew Lipiński, Publizist, in „Myśl Polska“

——— Władysław Bartoszewski hat den vereinigten Kammern des Bundestages und des Bundesrates gehuldigt, ohne dafür etwas anderes als Schmach zu erlangen. [...] Er benutzte die erste Person Plural und maßte sich so das Recht an, die Meinung der gesamten Nation zu vertreten, wozu er nicht das geringste Recht hatte. [...] Bartoszewski hat auch nicht erwähnt, dass Polen keinerlei Entschädigungen von Deutschland erhalten hat. [...]

Seine Rede wurde in deutscher Sprache und auch im Geiste deutscher und nicht polnischer Interessen gehalten, was durch die übrigens moderate und selektive Erinnerung an die deutsche Schuld, einschließlich der jahrelangen Infragestellung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik Deutschland, nicht verdeckt wird. Deutschland hat die Polen gedemütigt, indem es sich weigerte, Wałęsa einzuladen. Die polnische Regierung schluckte den Affront und schickte Bartoszewski mit einer unterwürfigen Huldigung. Er demütigte Polen und seine Bürger in einem viel stärkeren Maß als das Kohl getan hat.

Warschau, 21. Mai 1995

[39]

Basil Kerski, Publizist, in der Pariser „Kultura“

— Viele Beobachter meinen, dass die deutsch-polnischen Beziehungen heute die besten seit 200 Jahren, aber die schlechtesten seit fünf Jahren sind. Die Polen verfielen in die aus der Geschichte bekannte Angst vor Isolation und einen Minderwertigkeitskomplex, und die deutsche Regierung verdächtigte man nicht nur im Ausland, sondern auch im eigenen Land, das Bild des letzten Krieges zu verwischen. [...]

Die Diskussion rund um die Gedenkfeiern machte deutlich, dass sich Bundeskanzler Kohl auf die Tradition des Widerstands gegen Hitler beruft und die Bedeutung des 8. Mai als Befreiung betont, nicht nur, um seine Solidarität mit den Opfern des deutschen Verbrechens auszudrücken, sondern um zu denjenigen gehören zu können, für die 1945 Befreiung und Sieg zugleich war.

Um mit den Siegern zusammen zu sein, entschied sich Kohl bewusst dafür, Vertreter der mit Deutschland benachbarten Opferationen, zu denen schließlich nicht ausschließlich Polen gehörte, von den Feierlichkeiten auszuschließen.
Berlin, 12. Juni 1995 [28]

Anna Wolff-Powęska, Historikerin, Direktorin des Instytut Zachodni, im „Dialog“

— Wenn das letzte Echo der offiziellen Jubiläumsfeiern erst verstummt ist und die Teilnehmer an den Talk-Shows aus diesem Anlaß wieder nach Hause abgereist sind, bleiben Polen und Deutsche im Alltag allein mit ihrer Erinnerung zurück. Dann sollte man sich bewußt machen, daß der letzte Krieg gezeigt hat, was wir uns gegenseitig antun können, aber auch, wieviel Kraft wir haben, um die Menschlichkeit zu bewahren.

Posen

[75]

Helga Hirsch, Publizistin, im „Dialog“

— Die Meinung über Polen in Deutschland [ist] auf einem Tiefstand angelangt: 87 Prozent der Deutschen halten die Polen für schlechter als sich selbst, schlechter noch als Russen und Türken. Der Pole gilt als Händler, Schwarzarbeiter, Auto-Schmuggler. (ADAC: „Kaum gestohlen, schon in Polen“). Nur 23 Prozent der Deutschen wären damit einverstanden, die Bundeswehr zur Verteidigung von Polens Freiheit einzusetzen – 41 Prozent allerdings würde die Türkei vor dem Irak verteidigen. [...]

Vielleicht sind fünf Jahre der „Normalisierung“ eine viel zu kurze Zeit, um „normal“ mit dem Ballast der Geschichte umzugehen. Vielleicht sollten wir sogar sagen: die deutsch-polnische Geschichte schließt eine schnelle Normalisierung aus. Und nur wenn wir in Deutschland nicht unsensibel und kaltschnäuzig auf den Nachbarn reagieren, uns vielmehr die Empathie bewahren und die Verantwortung nicht verleugnen, die wir aufgrund der Vergangenheit gerade hier tragen, wird es nicht permanent weiter zu neu-alten Kollisionen kommen [...]. Denn Offenheit der Polen hat die Hinwendung der Deutschen zur Voraussetzung.

Berlin, Ende Juni 1995

[22]

Aus einer Sejm-Debatte

— **Eugeniusz Wyzner, Unterstaatssekretär im Außenministerium:** Am 24. Juni ist im Außenministerium [...] ein Telegramm des Bezirkspolizeipräsidiums in Słubice mit der Information eingegangen, dass auf dem Gelände der Großhandlung Markendorf (Frankfurt an der Oder) eine Gruppe von 252 polnischen Staatsangehörigen festgenommen worden ist [...]. Diese Gruppe war nach Frankfurt an der Oder gekommen, um eine Arbeit aufzunehmen [...]. Diese Personen wurden in einer Halle der Großhandlung festgehalten, und dann wurden in den in ihrem Besitz befindlichen Dokumenten, die sie zum Grenzübertritt berechtigen, Verwaltungsbescheide über ihre Ausweisung aus der Bundesrepublik Deutschland vermerkt. [...] Aus Berichten der Betroffenen ergab sich, dass sie während ihrer Festnahme von Grenzschutzbeamten brutal behandelt worden sind.

Jan Andrykiewicz, Abgeordneter der Bauernpartei PSL: Im Jahrtausend unserer Beziehungen zu Deutschland hat es nur wenige Perioden wie die Jahre 1990-95 gegeben. Der preußische Hochmut, der Deutsche Ostmarkenverein, Bismarck, der Kulturkampf, der Wreschener Schulstreik, um nicht Hunderte anderer drastischer Beispiele zu nennen, haben unsere Einstellung zu den Deutschen nachhaltig geprägt. Freundschaft und Vertrauen bauen sich über viele Jahre mühsam auf, Hass und Feindschaft entzünden sich von selbst. [...] Es handelt sich nicht um einen Einzelfall. Dies ist eine organisierte Provokation, die den guten deutsch-polnischen Beziehungen schadet, ein charakteristischer Vorgang vor dem Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Warschau.

Warschau, 30. Juni 1995

[61]

Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Rede vor Sejm und Senat in Warschau

— Ich hoffe, dass bei allen Vorbehalten, auch vielleicht Ängsten, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger Ihres Landes begreifen, dass dieser Prozess irreversibel ist und dass Sie bei aller Skepsis, die Sie da und dort vernehmen, mir Glauben schenken können, wenn ich Ihnen sage: Dieser Zug fährt, und niemand, auch nicht die „Euro-Skeptiker“ und die Künder von „Eurosclerosis“ werden ihn aufhalten. [...] Meine These, die ich Ihnen zurufen möchte, heißt: Polen braucht Europa, aber Europa braucht auch Polen, und ohne Polen ist die Europäische Union ein Torso. [...]

Für mich [...] die Aufnahme Polens in die Europäische Union nicht in erster Linie eine Frage der Abwägung wirtschaftlicher Interessen. Die Integration in die euroatlantischen Strukturen ist vielmehr ein Gebot der Solidarität zwischen den Völkern Europas – einer Solidarität, die gewachsen ist auf dem Boden gemeinsamer Werte. Ein weiteres Kernelement der künftigen europäischen Sicherheitsarchitektur wird die NATO sein. Deutschland versteht und unterstützt den Wunsch Polens und anderer junger Demokratien, Mitglied des Nordatlantischen Bündnisses zu werden.

Warschau, 6. Juli 1995

[54]

**Michał Tomasz Kamiński, Abgeordneter der Partei
Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe, in „Myśl Polska“**

Der Besuch von Helmut Kohl sollte uns vor allem bewusst machen, wie wenig unsere nationale Würde von der politischen Elite Polens geschätzt wird. [...] Für vage Sympathiebekundungen sind die Regierenden in Polen nicht in der Lage, außenpolitisch eine harte und würdige Sprache zu sprechen [...]. Die Frage der Ehre und der Würde ist in der internationalen Politik nicht nur eine Frage billiger Empfindungen. Sie findet auch Niederschlag in der brutalen Realität, dass jeder Pole überall auf der Welt einen Staat hinter sich spüren sollte, für den er ein Subjekt in der Politik sein wird, und nicht Ballast bei weiteren Prozessen der „Versöhnung und Entschuldigung“ gegenüber allen für alles.
Warschau, 16. Juli 1995 [26]

Władysław Bartoszewski in einer Presseerklärung

Wir sind über das bisherige Vorgehen der US-Regierung in Bezug auf Polens Weg in die NATO ein wenig enttäuscht. Sind wir das etwa nicht? [...] Musste erst der deutsche Bundeskanzler kommen, um das klar zu sagen? Die Amerikaner sprechen keine klare Sprache.
Warschau, 18. Juli 1995 [30]

Adam Krzemiński, Publizist, in „Polityka“

Es schien so, als ob die Auseinandersetzungen mit Deutschland über die Staatsgrenze bereits hinter uns liegen. Nicht ganz. Einen Monat nach dem Besuch von Bundeskanzler Kohl, den Reden und Umarmungen [...] gibt es erneut Meinungsverschiedenheiten zwischen Polen und Deutschland über die Fahrinne nach Świnoujście (Swinemünde). Deutschland möchte unter Berufung auf das Völkerrecht seine Hoheitsgewässer erweitern. Polen beruft sich auf zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen getroffene Vereinbarungen sowie den Grenzvertrag aus dem Jahr 1990. Die ganze Angelegenheit ist heute nicht sehr bedrohlich, beide Seiten spielen sie eher herunter. [...] Sowohl die polnische als auch die deutsche Regierung sollten sehr darauf achten, dass herzlose Beamte uns an dieser sensiblen Grenze keine neuen eitrigen Geschwüre schaffen.
Warschau, 19. August 1995 [31]

Susanne Lenz, Journalistin, in der „Berliner Zeitung“

In Frankfurt (Oder) tobt ein Brötchenstreit. Die deutschen Bäcker wüten gegen die Ware, die von jenseits der Oder kommt und in einem kleinen Laden im Frankfurter Neubaugebiet viel billiger verkauft wird, als die hiesigen Produkte. [...] „Falsch verstandene Freundschaft führt bei den Frankfurter Kommunalpolitikern immer wieder zu Entscheidungen, die sich mit den Interessen der heimischen Wirtschaft nicht vertragen“. Mit derart schneidigen Formulierungen wandte sich der Chef der Handwerkskammer, Jürgen Watzlaw [bei einem Treffen mit lokalen Kommunalbehörden], an die Öffentlichkeit. Die Frankfurter Bürger sollten sich daran erinnern, daß sich das Bäckerhandwerk in den

Hungerjahren nach 1945 für die Sicherung der Volksernährung eingesetzt habe, appellierte Watzlaw. Die Frankfurter Bäcker kündigten an, ab dem nächsten Jahr keine Lehrlinge mehr auszubilden, sollte gegen die „polnische Billigkonkurrenz“ nichts unternommen werden [von den Stadtbehörden].

Berlin, 30. August 1995

[38]

Adam Krzemiński in „Polityka“

Die Stadtverwaltung verteidigte jedoch die polnischen Brötchen mit dem Hinweis, dass alles legal sei und in Frankfurt Platz sowohl für polnische als auch für deutsche Brötchen wäre. Nicht nur in Frankfurt ist die Furcht vor der polnischen Konkurrenz und die Angst um den Erhalt von Arbeitsplätzen lebendig, genauso wie bei uns die Furcht davor, dass „wir von den Deutschen aufgekauft werden“. Sowohl der eine als auch der andere Komplex sind noch immer das Ergebnis einer zu geringen Gewöhnung an eine normale Nachbarschaft. Zum Glück werden sowohl der eine als auch der andere schwächer.

Warschau, 9. September 1995

[34]

Klaus Kinkel, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, in einer Äußerung gegenüber dem Korrespondenten des Polnischen Rundfunks

Deutschland hat die entschädigungslose Enteignung von deutschem Eigentum in den Wiedergewonnenen Gebieten nie anerkannt und betrachtet die Frage als völkerrechtswidrig und nach wie vor ungelöst.

Bonn, 13. November 1995

[24]

Andrzej Mirski, Publizist, in der Wochenschrift „Gazeta Polska“

Daran, dass dies für die „Vertriebenen“ selbst eine „offene Frage“ ist, erinnern seit einiger Zeit Briefe, die sie an verschiedene polnische Institutionen richten. Die Absender fordern im weitesten Sinne die Achtung des Eigentums an dem, was sie nach dem Krieg zurückgelassen hatten. [...] Die Umsiedler beschränken sich jedoch nicht auf das Schreiben von Briefen. Vor einigen Wochen berichteten deutsche Medien, dass ehemalige Eigentümer mit Hilfe so genannter Vermittler mindestens Tausende Hektar Land in Pommern gekauft haben. [...] In der Region Oppeln ist es ein offenes Geheimnis, dass sie unter Umgehung des Gesetzes Land kaufen.

Warschau, 27. Dezember 1995

[42]

Piotr Ikonowicz, Abgeordneter der Polska Partia Socjalistyczna (Polnische Sozialistische Partei), in einer Rede im Sejm während der Debatte über die Novellierung des Gesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Ausländer

Wenn Polen in die Europäische Union aufgenommen wird, wird der Preis für Grund und Boden [...] in Polen um ein Vielfaches steigen.

Vor dem Hintergrund des dramatischen Unterschieds in der Wirtschaftskraft zwischen Polen und unseren Nachbarn, insbesondere Deutschland, sollte man einmal darüber nachdenken und sich die Frage stellen: Wie viel D-Mark kostet eigentlich ganz Polen, 312.000 Quadratkilometer? Und wie steht diese Summe beispielsweise in Relation zu der Billion Dollar, die Westdeutschland in die Entwicklung Ostdeutschlands gesteckt hat? Ich denke, das ist ein geringer Teil dieser Summe. Dieser Gefahr muss man sich bewusst sein. Und nicht, weil jemand aus nationalistischen Gründen hierherkommen wird. Der Kauf von polnischem Grund und Boden kann sich einfach als gutes Geschäft erweisen.

Warschau, 15. März 1996

[62]

**Roland Kliesow, Generalkonsul der Bundesrepublik
Deutschland, in einem Interview in der Tageszeitung
„Slowo Polskie“**

—— Ich befürchte, dass diese Liberalisierung [des Gesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Ausländer] nicht ausreicht, um von europäischen Standards zu sprechen. Jeder Pole, jeder Japaner kann in Deutschland Grund und Boden kaufen, sofern er nur in der Lage ist, dafür zu bezahlen. Es gibt hier keinerlei Beschränkungen. Wenn Polen Mitglied der Europäischen Union sein will, muss es unbedingt einen viel größeren Schritt machen, und dieser ist wahrscheinlich ein erstes kleines Schritchen. Ich verstehe die Ängste, die die Polen in dieser Frage haben, jedoch halte ich sie für übertrieben. Es ist schließlich nicht so, dass Deutsche beginnen werden, massenhaft Grund und Boden in Polen zu kaufen.

Breslau, 12. April 1996

[51]

**Herbert Hupka, Präsident der Landsmannschaft
Schlesien, in einem Interview mit der Tageszeitung
„Gazeta Robotnicza“**

—— Wir wären zufrieden, wenn es vor dem Beitritt Polens zur Europäischen Union möglich wäre, ein Niederlassungsrecht und ein Recht auf den Erwerb von Grundstücken durch Ausländer einzuführen. Ich möchte betonen, dass [...] ich mich immer für den Beitritt Polens zur EU ausspreche.

Breslau, 21. Mai 1996

[52]

**Stanislaw Nowak, Publizist, in der Parteizeitschrift
der Bauernpartei PSL „Zielony Sztandar“**

—— Die Verabschiedung des Gesetzes zur Liberalisierung der Bestimmungen über den Verkauf von Grundstücken an Ausländer durch den Sejm und seine Unterzeichnung durch Präsident Aleksander Kwaśniewski hat in vielen Teilen der Gesellschaft Proteste ausgelöst. [...] Bei uns werden die heiklen deutsch-polnischen Probleme nicht einmal im Flüsterton diskutiert, sondern sie werden einfach totgeschwiegen.

Warschau, 23. Juni 1996

[46]

Mariusz Urbanek, Reporter, in „Polityka“

„Ich war sechs Jahre lang Zwangsarbeiter in Deutschland, sagt ein alter Mann vor dem Club in Leschkowitz (Leszkowice). Jetzt muss ich mir ansehen, wie der Deutsche nach Polen kommt und polnisches Vermögen wie sein eigenes an sich nimmt. [...]“ „Zur kommunistischen Zeit hätte man das nicht zugelassen“, schreit er noch, während andere ihn zu überzeugen versuchen: „Trink lieber etwas, Opa!“

Der Deutsche ist in diesem Fall das deutsch-polnische Unternehmen ASAAV, das im Herbst vergangenen Jahres 900 Hektar Land in Piersna (Pürschen) gekauft und noch einmal so viel in Pełcaw (Putschlau) [in Niederschlesien] gepachtet hat. Also zählen alle darauf, dass der Deutsche jetzt Arbeit geben wird.

Warschau, 29. Juni 1996

[72]

Bundespräsident Roman Herzog in einer Rede am Tag der Heimat

[Ostgebiete] gehören zu unserem geschichtlichen und kulturellen Erbe, aber nicht mehr zu unserem Staat. Das wiedervereinigte Deutschland erhebt keine Gebietsansprüche. Die Verschiebung von Grenzen ist auch gar nicht das Thema unserer Zeit. Wir haben die Chance, bestehende Grenzen niedriger und durchlässiger zu machen als Generationen vor uns. Darauf müssen wir unsere Kraft konzentrieren.

Deutsche haben furchtbare Verbrechen begangen, die uns mit Scham erfüllen. Deutsche waren allerdings nicht nur Täter, sondern auch Opfer. Deutsche haben vertrieben und deportiert, aber sind auch selbst Opfer von Vertreibungen und Deportationen geworden.

Berlin, 8. September 1996

[21]

Paul Latussek, Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, in einer Rede am Tag der Heimat

Die Oder-Neiße-Grenze bleibt im Bewußtsein der Vertriebenen ein Unrecht, bis die vertriebenen Deutschen ihr Ansiedlungsrecht in der ostdeutschen Heimat und ihr Eigentum in Besitz nehmen können. Sie bleibt ein Unrecht, solange sie die Mörder und Verbrecher schützt, die nach dem Krieg Tausende unschuldige deutsche Frauen und Kinder bestialisch gefoltert und ermordet haben. [...] Die Oder-Neiße-Grenze bleibt ein Unrecht, solange, bis sie als Grenze überwunden ist.

Berlin, 8. September 1996

[25]

Bundekanzler Helmut Kohl in einer Rede im Bundestag

Es wäre eine schlimme Entwicklung für Europa, für Deutschland und für Polen, wenn die Ostgrenze Deutschlands beziehungsweise die Westgrenze Polens – das ist die Oder-Neiße-Grenze [...] eine dauerhafte Grenze im Sinne einer Trennungslinie würde. Wir wünschen uns, daß an der Oder ähnliches möglich ist wie am Rhein, an dem man nach langer Zeit schlimmer historischer



Danzig, 26. Juni 1997. Die Präsidenten Aleksander Kwaśniewski
und Roman Herzog auf dem 17. Hansetag der Neuzeit
FOT. JULIA FASSBENDER / BUNDESREGIERUNG

Erfahrungen in einer Weise zueinander gefunden hat, wie wir es uns früher besser nie vorstellen konnten.

Bonn, 12. Dezember 1996

[12]

Malgorzata Kolodziejczak, Politologin, in der Vierteljahresschrift „Przegląd Zachodni“

—— Die moderne Bundesrepublik Deutschland ist keine Nation, die durch eine Ideologie geeint ist, sondern die die wirtschaftliche Entwicklung zusammenhält. Und sowohl ihr wirtschaftlicher Wohlstand als auch ihre finanzielle Stabilität liegen im Interesse ganz Europas. [...] Die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Lebensstandards scheint für die Deutschen zu wertvoll zu sein, als dass sie ihn im Namen alter, historischer Werte opfern würden. Deutschland will daher sein nationales Interesse wahrnehmen, das aber als Stabilität auf allen Ebenen verstanden wird, nämlich politisch, wirtschaftlich und sozial auf internationaler Bühne.

Die Geschichte (Ideologie) spielt gegenwärtig eine andere, neue Rolle. Von der wichtigsten Grundlage und richtungsgebenden Antriebskraft ist sie zu einem Instrument geworden, mit dem wirtschaftliche Ziele erreicht werden können. Gewöhnlich nimmt sie die Gestalt eines „Schreckgespensts“ an [...]. Auch die zwölf EG-Staaten drohen mit einer antideutschen Koalition, und zwar so sehr, dass Helmut Kohl immer häufiger darauf verweist. Unterdessen fürchten sich sowohl Deutschland als auch Westeuropa vor einer Destabilisierung, die an den wirtschaftlichen Fundamenten der einzelnen Staaten rütteln würde. Das Problem ist jedoch, dass der Kontinent zwar eine stabile Ordnung braucht, aber nicht unbedingt die, die Deutschland vorschlägt.

Posen, Frühjahr 1997

[29]

Zbigniew Gluza, Leiter des Zentrums KARTA (Fundacja Ośrodku KARTA)

—— Im Frühjahr 1997 organisierten wir das Finale des Wettbewerbs *Vertreibung aus dem Osten (1939-59) in den Erinnerungen von Polen, Deutschen und anderen Ausgewiesenen*. Die Ideengeberin Renate Stößinger hatte sich ein Jahr zuvor an uns gewandt. Sie unterhält familiäre und berufliche Verbindungen mit Polen. Um diesen Wettbewerb zu organisieren, hat sie in Karlsruhe den Verein der Freunde Polens gegründet. Sie hat uns zu einem solchen Versuch einer deutsch-polnischen Partnerschaft überredet. Der Begriff *Vertreibung* hat bei unseren Partnern aus Deutschland von Anfang an Besorgnis ausgelöst. Obwohl er von den Deutschen seit langem verwendet worden war, um zu beschreiben, was ihnen nach dem 2. Weltkrieg zugestoßen ist, könnte er – so dachten sie – die Polen verletzen. Der Begriff selbst hat jedoch nicht das erwartete Aufsehen erregt. Die Wettbewerbsteilnehmer nahmen ihn als selbstverständlich hin; ihrer „Heimat“ beraubt, fühlten sie sich durch den Aufruf zum Wettbewerb angesprochen.

Es gab eine deutsch-polnische Jury. Das Ziel des Vorhabens, nämlich die transnationale Erfahrung des Heimatverlusts vermittelt zu bekommen, wurde erreicht. Es schien besonders wichtig zu sein, neben den beiden parallelen

Prozessen der „Heimatverlagerung“ den Moment festzuhalten, in dem die beiden Gruppen in den heutigen polnischen Westgebieten aufeinandertrafen. Wichtig war das vor allem, weil, wie Renate Stößinger meinte, Deutsche im Allgemeinen nicht wissen, woher die Polen gekommen waren, die in ihre Häuser einzogen. Im Rahmen des Wettbewerbs schilderten Polen oft ihren gesamten Weg in den Westen und erinnerten sogar an ihre ehemalige Heimat. Dagegen waren Beschreibungen des erlittenen Unrechts in deutschen Beiträgen selten. Gewöhnlich konzentrierte man sich auf Besuche in der Heimat.

Es gingen über 100 polnische Beiträge und fast 100 deutsche ein. Das Finale des Wettbewerbs fand am 24. Mai in Warschau statt. Dutzende von Autoren kamen selbst aus den entlegensten Winkeln Polens und Deutschlands, um Menschen wie sie zu treffen, die von der Geschichte und später der Propaganda in eine einander feindliche Position gebracht worden waren. In Anwesenheit des deutschen Botschafters in Polen, Johannes Bauch, wurde der erste Schritt zum Dialog zwischen den jeweiligen Kreisen der Betroffenen getan. Dennoch fand er in Polen kein großes Echo. Wieder verhinderte die Gleichgültigkeit der Medien, dass dieses Ereignis Symbolkraft entfalten konnte.

Warschau

[20]

Klaus Kinkel in „Polityka“

— Im heutigen Europa lässt sich die eigene Identität am besten durch die Suche nach gemeinsamen europäischen Interessen befestigen. Indem man unser gemeinsames historisches und kulturelles Erbe findet und pflegt. Polen muss der Union und der NATO beitreten: Das Weimarer Dreieck Frankreich-Deutschland-Polen ist ein gutes Sprungbrett dafür. Auch wenn wir in bestimmten Fragen unterschiedliche Meinungen oder Standpunkte haben, gibt es keine unüberwindlichen Gräben zwischen uns. Die Franzosen wissen, dass wir für sie einer der wichtigsten Partner in Europa sind. Und auch die Polen sind sich dessen sehr bewusst.

Warschau, 12. Juli 1997

[35]

Andrzej Stach, Publizist, in der Pariser „Kultura“

— Die Situation in Polen hat sich in den letzten Jahren so entwickelt, dass es sogar zu einer Neuausrichtung bestimmter Denkmuster gekommen ist, wie der berühmte und im Bewusstsein eines Großteils der Deutschen fest verankerte Ausdruck *polnische Wirtschaft* als Synonym für völliges Durcheinander und mangelnde Wirtschaftlichkeit zeigt. Dank der Wirtschaftsreformen nach der politischen Wende und der konstant hohen Wachstumsrate hat er einen anderen, positiven Klang angenommen. Bei den gegenwärtigen zahlreichen Begegnungen von Vertretern deutsch-polnischer Wirtschaftskreise verwenden sowohl Polen als auch Deutsche diesen Begriff mit sichtlichem Vergnügen und erfreuen sich ostentativ an seiner neuen Bedeutung.

Andererseits gab es in den letzten Jahren ebenfalls eine Reihe negativer Phänomene, die auch, aber nicht nur, in Deutschland für die Wahrnehmung des Landes Polen und der Polen als Nation nicht folgenlos geblieben sind. Die Liste

ist lang. Zu nennen wären beispielsweise die berüchtigten polnischen Banden mit Autodieben, Zigarettenschmugglern, Geldfälschern und illegalen Händlern. Da hilft auch nicht der Hinweis, dass in Italien mehr Autos gestohlen werden oder dass auch die Käufer am illegalen Zigarettenhandel in Deutschland eine Mitschuld tragen. Das ist die Wahrheit, ändert aber nichts an der Tatsache, dass diese Straftaten von polnischen Staatsangehörigen begangen werden.

Paris, August 1997

[65]

Adam Krzemiński und Günter Filter, Chefredakteure des „Dialogs“, im Editorial

——— Unser Teil Europas [wurde] von einem Jahrhunderthochwasser heimgesucht. Tschechien, Polen und Brandenburg wurden in einem bisher unvorstellbaren Ausmaß überschwemmt. Die Katastrophe brachte sowohl nachbarliche Solidarität als auch Egoismus zum Vorschein. Wir waren Zeugen schneller und spontaner Hilfe, mit der die deutsche Regierung, einzelne Länder, Gemeinden und gesellschaftliche Gruppen darunter die deutsch-polnischen Gesellschaften und die deutsche Polonia – Polen zu Hilfe eilten, doch wir waren auch Zeugen des Wiederauflebens traditioneller Stereotypen und Vorurteile, als beispielsweise einer der deutschen Fernsehsender auf der deutschen Seite der Oder allein fleißige Bundeswehrsoldaten sah und auf der polnischen eine Menge betender Frauen, die auf ein Erbarmen des Himmels warteten. Weder sollte die polnische Öffentlichkeit vergessen, daß die Hilfe aus Deutschland schnell kam und über drei Wochen größer war als die aus allen anderen Ländern, noch sollte die deutsche Öffentlichkeit die unterschiedlichen Proportionen der Schäden und Möglichkeiten aus dem Auge verlieren: In Brandenburg war eine trotz allem begrenzte Region an der Oder von der Katastrophe betroffen, in Polen und Tschechien überflutete das Hochwasser riesige Teile des Landes, mehr als hundert Menschen ertranken, und zerstört wurden Hunderte von Gebäuden, Brücken und Kilometern Straße.

Düsseldorf, August 1997

[36]

Jacek Safuta, Korrespondent in Brüssel, in „Polityka“

——— Natürlich haben wir [in Brüssel] Freunde, sogar einige Verehrer. [...] Aber die Mehrheit beklagt sich über uns. [...] Nur die Deutschen haben mit uns Geduld. Es ist klar. Das sind Nachbarn, denen daran gelegen ist, die Grenze zu einem anderen Europa von sich fortzuschieben, Handel zu treiben, zu investieren oder einfach nur irgendwo in der Nähe zu entspannen. Aber schon die jüngere Generation der deutschen Eurokraten zeigt weniger Verständnis für unsere Probleme. Sie habe ihre durch den Krieg bedingte Zurückhaltung aufgegeben.

Brüssel, 22. November 1997

[57]

Marcin Libicki, Abgeordneter der Partei Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe, in einer Rede im Sejm

——— Der Westen will uns nicht aufnehmen, weil er uns liebt. Der Westen will uns deshalb aufnehmen, weil er dadurch absolut konkrete und fühlbare Vorteile erzielt.



Görlitz, 29. Januar 1998. Grenzübergang nach Polen.

Im Hintergrund Zgorzelec

FOT. MATTHIAS LÜDECKE / AKG IMAGES

Und der Hauptvorteil für den Westen, vor allem für Deutschland, besteht darin, dass sich eventuell russische Raketen am Bug, 800 Kilometer von Berlin entfernt, befinden werden und nicht an der Oder nur 80 Kilometer vor Berlin. [...]

Wir müssen zur ersten Kategorie der westlichen politischen Gemeinschaften gehören, zu den westlichen Verteidigungsgemeinschaften. [...] Warschau muss verteidigt werden wie Berlin und Paris, und die Grenze am Bug verteidigt werden wie die Grenze an der Oder, dem Rhein oder dem Ärmelkanal.

[...] Denken wir daran, dass es eine deutsche Politik gibt, [...] die deutlich darauf abzielt, die deutschen Einflüsse in Polen zu festigen. Schließlich hat Deutschland in offiziellen Regierungsdokumenten festgestellt, dass die bisher abgeschlossenen Verträge die Frage der deutschen Finanzansprüche in Polen nicht regeln würden, dass die bisher abgeschlossenen Verträge das Problem der Doppelbezeichnung von Ortschaften nicht lösen. Ich nenne konkrete Beispiele: In Kolberg (Kołobrzeg) erscheint die „Neue Kolberger Zeitung“ mit der gleichen grafischen Gestaltung wie die „Kolberger Zeitung“ bis 1945. Im Untertitel steht, dass sie folgende Gebiete umfasse: Stolp (Słupsk), Köslin (Koszalin), Stettin (Szczecin), Kolberg (Kołobrzeg). [...] Denken wir daran, dass es polnische wissenschaftliche Einrichtungen gibt, die mit deutschen Mitteln finanziert werden und die sich im Auftrag mit wissenschaftlichen Fragen befassen; vielleicht völlig objektiv, ich behaupte nicht, dass sie zu falschen Schlussfolgerungen kommen, aber doch nach deutschen Richtlinien.

Warschau, 5. März 1998

[63]

Arnulf Baring, deutscher Historiker und Politologe, in „Polityka“

Deutschland ist der wichtigste Fürsprecher für die Aufnahme Polens in die NATO und in die Europäische Union. Der Handel und die damit verbundenen Veränderungen entwickeln sich sogar explosionsartig; die kilometerlangen LKW-Schlangen auf den Autobahnen vor den Grenzübergängen sind ein eindrucksvoller Beleg dafür. [...] Zwar ist seit 1989 die Zahl der Brücken über die Oder und die Neiße gestiegen, [...] diese Brücken bleiben aber, wenn man von den Einkaufstouristen absieht, weitgehend ungenutzt. Bereits wenige Kilometer hinter der Grenze trifft man in Polen kaum Gäste aus Deutschland an. Die ausländischen Touristen, die Polen besuchen, werden – soweit es die Deutschen betrifft – zum Teil von der Sehnsucht nach ihrer Heimat getrieben, zum Teil sind es unternehmungslustige junge Leute, die aus Neugier das Land mit Fahrrädern und Kanus entdecken wollen. Aber sowohl die einen als auch die anderen sind nicht sehr zahlreich. [...]

In offiziellen Reden wird in unserem Land stereotyp verkündet, dass es eine „Rückkehr zur Normalität“ in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen gegeben hat, wobei man sich vergeblich die Frage stellt, wann in den vergangenen Jahrhunderten die Beziehungen zwischen den beiden Nationen normal gewesen sind. [...]

In Warschau wird uns bis zum Überdruß suggeriert, dass, wenn sich jemand für die Erweiterung der NATO und der Europäischen Union einsetzt

und sich für die Aufnahme Polens in diese beiden Gemeinschaften ausspricht, es nur Deutschland sein kann. Und das sagen wir tatsächlich öffentlich. Allerdings kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass wir in dieser Angelegenheit in vielerlei Hinsicht nur die Rhetorik von [Hans-Dietrich] Genscher wiederholen und der ganzen Welt das Beste wünschen, jedoch ohne die Entschlossenheit, die nötig wäre, um unsere Versprechen umzusetzen [...].

Wenn wir [als Deutsche] Polen als wichtigen Partner entdecken wollen, müssen wir die traditionelle westeuropäische Überheblichkeit ablegen, die arroganterweise annimmt, dass es eine kulturelle Kluft zwischen Ost und West gibt. Zumindest zwischen Deutschen und Polen gibt es eine derartige Kluft nicht. In vielerlei Hinsicht sind die Polen westlicher als wir. Wir können jedoch nicht auf Dauer davon ausgehen, dass Polen ein vollständig und ausschließlich westlich orientiertes Land bleibt, wenn die westliche Gemeinschaft Polen übermäßig lange den Rücken zuwendet.

Warschau, 25. April 1998

[6]

**Adam Schaff, Philosoph, in der Tageszeitung
„Prawo i Gospodarka“**

—— Die Polen träumen heute davon, dass sich mit der Europäischen Gemeinschaft das Tor zum Paradies öffnet, und dieses Bild wird weitgehend von Politikern und Medien geprägt, die geschickt alle möglichen Hindernisse umgehen, die uns auf diesem Weg begegnen könnten. Aus meiner Sicht betreffen die gefährlichsten Folgen die Zukunft der polnischen Landwirtschaft und die politische Souveränität unserer Westgebiete. Der Beitritt Polens zur Europäischen Union könnte eine weitere Teilung Polens bedeuten. [...] Man darf nicht vergessen, dass unsere Westgebiete für die Deutschen ihre verlorenen Ostgebiete darstellen, die eine große Rolle in ihrer Geschichte und für ihre Wirtschaft spielten. Ich mache das den Deutschen nicht zum Vorwurf. Ich denke, dass die Polen ähnlich denken würden, wenn sie es sich leisten könnten, eine solche Politik zu betreiben.

Warschau, 3. Mai 1998

[58]

Aus der Entschließung des Bundestages *Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten sind eine Brücke zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn*

—— Die Erweiterung der EU nach Osten stellt für die Bundesrepublik Deutschland und für ganz Europa eine große Chance dar. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Mittel- und Osteuropa werden durch den Beitritt unserer Nachbarn zur EU und zum Atlantischen Bündnis dauerhaft gefestigt. [...]

Die deutschen Heimatvertriebenen, die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Aussiedler, aber auch die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa haben sich von Anfang an zu der Politik der Öffnung für die Staaten in Mittel- und Osteuropa bekannt und diesen Prozeß aktiv mitgestaltet. Heute erleben wir, daß die Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 Wirklichkeit wird, in der sich die Vertriebenen bereits wenige Jahre nach

Krieg, Flucht und Vertreibung für ein Europa ausgesprochen haben, „in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können“.

[...] Der Deutsche Bundestag hat [...] bekräftigt, daß im Zuge der Aufnahme unserer östlichen Nachbarstaaten in die EU und in die NATO europäische Grundfreiheiten selbstverständlich und unabdingbar für alle Bürger in den alten und neuen Mitgliedstaaten, also auch für die deutschen Heimatvertriebenen Geltung haben müssen. Der Deutsche Bundestag hegt die Hoffnung, daß die mit einem Beitritt Tschechiens und Polens zur EU einhergehende Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes durch die neuen Mitglieder die Lösung noch offener, bilateraler Fragen erleichtern wird. Dies schließt das Recht auf Freizügigkeit und die Niederlassungsfreiheit ein. [...] Sie sind damit auch Elemente, die geeignet sind, die Folgen von Krieg und Vertreibung überwinden zu helfen.

Vertreibung darf kein Mittel der Politik sein. Der Deutsche Bundestag teilt deshalb die Auffassung der Bundesregierung – wie auch aller früheren Bundesregierungen –, die die im Zusammenhang mit dem Ende des 2. Weltkrieges erfolgte Vertreibung von Deutschen aus ihrer angestammten Heimat stets als großes Unrecht und als völkerrechtswidrig angesehen und auch so bezeichnet hat. Er fordert die Bundesregierung auf, sich auch weiterhin im Dialog mit den Regierungen unserer östlichen Nachbarstaaten für die legitimen Interessen der Heimatvertriebenen einzusetzen.

Bonn, 29. Mai 1998

[73]

Edmund Stoiber, Ministerpräsident des Freistaates Bayern (CSU), in einer Rede im Bundestag

—— Die Heimatvertriebenen sind die Gruppe unseres Volkes [...], die unter den Folgen der Kriegs- und Expansionspolitik Hitlers am nachhaltigsten zu leiden hatte. Je östlicher die Menschen geboren wurden, desto mehr haben sie für Adolf Hitler bezahlen müssen. [...]

Für meine Regierung möchte ich feststellen: Wir nehmen die berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen außerordentlich ernst. [...] Seit wenigen Jahren erst besteht die Möglichkeit, die aus dem Vertreibungsgeschehen herrührenden offenen Fragen mit den östlichen Nachbarstaaten im Dialog und mit Aussicht auf Erfolg anzugehen. [...] Die Bundesrepublik Deutschland hat immer klargestellt, daß die Vertreibung der Deutschen völkerrechtswidrig und daher ein Unrecht war; deshalb ist es richtig und im Sinne einer glaubwürdigen, von den Menschen akzeptierten europäischen Rechtsordnung notwendig, daß wir in diesem Punkt hohe Erwartungen an die Beitrittskandidaten richten.

Bonn, 29. Mai 1998

[13]

Adam Słomka, Abgeordneter der mitregierenden Akcja Wyborcza Solidarność (Wahlaktion Solidarność), in einer Rede im Sejm

—— Die Sache ist ernst. Es geht nicht um die Position einer politischen Partei in Deutschland oder ein zufälliges Ereignis, sondern um das umfassende politische Problem der Haltung der Eliten des deutschen Staates gegenüber dem polnischen Staat. [...]

Es scheint die Pflicht der politischen Eliten [...] sowie des polnischen Parlaments zu sein, weiter in die Zukunft zu blicken, über die heutige gute Zusammenarbeit mit Deutschland hinaus. Im Jahr 1930 oder davor, zur Zeit der Weimarer Republik, gab es keine Anzeichen dafür, dass sich die Beziehungen zu Deutschland verschlechtern könnten (*Unruhe im Saal; Abgeordnete klopfen auf ihre Pulte*). [...] Und die polnischen politischen Eliten könnten meinen, dass es kein Problem wegen der Bemühungen des deutschen Parlaments gibt, die Rechte der Umsiedler aus den Westgebieten auf eine Rückkehr in diese Gebiete zu bewahren, und kein Problem, dass nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union Entscheidungen der polnischen Verwaltung und der polnischen Gerichte bezüglich des Rechts von Deutschen auf Grund und Boden in den polnischen Westgebieten vor dem Straßburger Gerichtshof angefochten werden.

Warschau, 3. Juli 1998

[64]

Aus der Entschließung des Sejm als Antwort auf die Entschließung des Bundestages

—— Die Entschließung des Deutschen Bundestages [...] der sich entwickelnden Zusammenarbeit Polens und Deutschlands nicht dienlich ist. Sie enthält Zweideutigkeiten, an denen wir nicht gleichgültig vorbeigehen können.

Der Sejm der Republik Polen hält eine europäische Zusammenarbeit, die das völkerrechtliche System nicht verletzt und insbesondere die nach dem 2. Weltkrieg statuierte und in den Verträgen zwischen Polen und Deutschland bestätigte territoriale Ordnung in Ostmitteleuropa nicht in Frage stellt, für die Grundlage einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung.

Das polnische Volk beobachtet aufmerksam die Verhandlungen mit der Europäischen Union. Unsere Beteiligung an der Union muß auch die von allen unseren Nachbarn bestätigte Unverletzlichkeit der politischen Grenzen sowie der polnischen Eigentumstitel an Immobilien bedeuten.

Die Entschließung des Bundestages [...] weist gefährliche Tendenzen auf, die nicht nur Polen zur Beunruhigung berechtigen. Wir erwarten, daß die Deutschen alles tun, damit nicht durch ein Partikular- und Augenblicksinteresse vergeudet wird, was der größte Erfolg Europas in den letzten Jahren ist. Gemeinsam tragen wir die Verantwortung für eine dauerhaft friedliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern.

Warschau, 3. Juli 1998

[10]

Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, CDU/CSU-Abgeordnete, in einem Interview mit der „Sonntag Aktuell“

—— Polen und Tschechien haben es bisher versäumt, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Deutsche in ihre frühere Heimat zurückkehren, ihr verlorenes Eigentum zurückerhalten und eine Entschädigung verlangen können. Wenn diese Probleme bei den Beitrittsverhandlungen dieser Länder nicht gelöst werden, wird es nie einen wirklichen Frieden geben.

Stuttgart, 5. Juli 1998

[79]

Rudolf Hoffman, Journalist, in der Tageszeitung „Trybuna“

——— Wenn man sich für den EU-Beitritt Polens stark machen will, kann man nicht gleichzeitig Zweifel an der Aufrichtigkeit der eigenen Absichten gegenüber Warschau aufkommen lassen. Das Geflecht der Verständigung und Zusammenarbeit im Rahmen der deutsch-polnischen Beziehungen ist noch zu empfindlich, um es politischen Spielchen zu unterwerfen. Es ist schwer vorstellbar, dass Bonn zum Beispiel in einem ähnlichen Spiel die französische Karte in Bezug auf Elsass-Lothringen oder die italienische in Bezug auf Südtirol ausspielen würde.

Warschau, 9. Juli 1998

[23]

Klaus Bachmann in „Rzeczpospolita“

——— Es ist sinnlos, so zu tun, als ob es kein Problem gäbe. Es macht auch keinen Sinn, davon auszugehen, dass man einfach zur Tagesordnung übergehen könnte, weil etwas für Eliten und Kenner der Problematik kein Thema ist. Wenn die Vernunft schläft, erwachen die Gespenster der Vergangenheit. Wenn die Vernunft schweigt, geschieht das auch. Der letzte deutsch-polnische Schlagabtausch mit Hilfe parlamentarischer Entschließungen hat gezeigt, dass die Gespenster bereits erwacht sind.

Werden die Deutschen die polnischen Grenzen in Frage stellen? Das deutet eine Entschließung des Sejms an, die die Unverletzlichkeit der polnischen Grenze an Oder und Neiße betont. Allerdings muss man hier zwei Dinge trennen: Die deutschen Forderungen nach Rückgabe von Eigentum an ehemalige Vertriebene haben nichts mit der Grenzfrage zu tun. Die deutsch-polnische Grenze wurde im Grenzvertrag von 1990 anerkannt und das stellt niemand in Deutschland, nicht einmal die Vertriebenenverbände, in Frage. Die deutsch-polnischen Verträge ließen jedoch Vermögensfragen offen. Nach der deutschen Völkerrechtslehre kann die deutsche Regierung daher von Polen die Rückgabe des Vermögens ehemaliger Vertriebener oder eine Entschädigung verlangen. [...] Die deutsche Regierung kann jedoch nicht die Rückgabe von Pommern, Schlesien und Masuren verlangen, die heute zu Polen gehören.

Warschau, 23. Juli 1998

[5]

Adam Krzemiński in „Polityka“

——— Trotz offener Grenzen verhalten sich Polen und Deutsche manchmal wie Autisten, die sich nur in ihrer eigenen Fantasiewelt bewegen und nicht in der Lage sind, mit der äußeren Realität zu kommunizieren.

Warschau, 25. Juli 1998

[33]

Jan Olszewski, Vorsitzender der Partei Ruch Odbudowy Polski (Bewegung für den Wiederaufbau Polens), in „Gazeta Polska“

——— Die Ansprüche Deutschlands sind absolut unbegründet. Das ist eine Frage der Umsetzung internationaler Entscheidungen vom 1945. Man sieht, dass die Deutschen diese Entscheidungen in einem gewissen Maße nicht akzeptieren konnten und wollen.

Warschau, 29. Juli 1998

Adam Słomka in „Gazeta Polska“

Derzeit sucht Polen in Berlin auf den Knien um Unterstützung bei den Verhandlungen über die Europäische Union und die NATO nach. Deutschland nutzt diese Situation aus. Es verteidigt seine Interessen und will nicht recht nachgeben. Wenn die polnische Diplomatie jedoch diese Frage nicht klärt, bedeutet dies, dass sie nicht im polnischen Interesse handelt und nicht die polnische Staatsraison beachtet.

Warschau, 29. Juli 1998

[44]

**Aus einer Erklärung der Organisation Młodzież
Wszepolska (Allpolnische Jugend) zu den geplanten
Stationierung dänischer und deutscher Soldaten in Stettin**

Wir sehen die Idee, deutsche Truppen in Stettin zu stationieren, als eine Fortsetzung der aggressiven Politik Deutschlands gegenüber Polen an, wie sie zum Beispiel in der Entschließung des Bundestages, die das Potsdamer Abkommen untergräbt, zum Ausdruck kommt [...]. Zum Aufkauf polnischen Grund und Bodens, der Infragestellung von Verträgen, die die europäische Ordnung garantieren, deutschen Vermögensansprüchen und dem Auftauchen von Bundeswehrsoldaten in Polen sagen wir „NEIN!“.

Warschau, 2. September 1998

[40]

Günter Verheugen, Abgeordneter der SPD, in einer Rede im Bundestag

Es ist ein gefährliches Unternehmen [...] an die Adresse Polens und Tschechiens Forderungen zu richten, die erfüllt sein müssen, bevor diese beiden Staaten Mitglied der Europäischen Union werden können, und zwar Forderungen, die nicht irgendwo im Kriterienkatalog der Europäischen Union stehen, sondern die die CSU allein entdeckt hat. Das ist unsolidarisch. Das ist uneuropäisch. Das schadet den Interessen unseres Landes und weckt Zweifel daran, ob diese Regierung es wirklich damit ernst meint, daß sie sich klar und entschlossen für die Osterweiterung der Europäischen Union einsetzen wird.

Bonn, 3. September 1998

[14]

Jerzy Podbielski, Publizist, in der Tageszeitung „Nasz Dziennik“

Der deutsche *Drang nach Osten* ist ein objektives Phänomen. Ich sehe nicht, dass die auf die andere Seite von Oder und Neiße Vertriebenen, sobald sie alt sind, massenweise zurückkehren möchten, vielmehr werden am Rhein geborene Kandidaten gesucht, die das Erbe antreten sollen. Das ist ein ewiger *Drang* in einem „Geflecht“ aus D-Mark und Paragraphen, denn der *Drang* benötigt Frieden.

Warschau, 3. September 1998

[49]

Erika Steinbach im Interview mit „Polityka“

Was wir [von Polen] brauchen, ist irgendeine symbolische Geste, um bei den Vertriebenen die Überzeugung zu wecken, dass ihr Schicksal, unrechtmäßig vertrieben worden zu sein, anerkannt wird.

Warschau, 5. September 1998

[66]

Jerzy Giedroyc in der Pariser „Kultura“

Die deutsch-polnischen Beziehungen sind immer noch nicht normal. [...] Es gibt keine normalen Beziehungen zwischen der deutschen und der polnischen öffentlichen Meinung. Und sie existieren insofern nicht, als ein Teil der ersteren die Ansichten des Bundes der Vertriebenen enthält und ein Teil der letzteren die immer noch schmerzhaften Erinnerungen an die national-sozialistische Besatzung und ihre Folgen. Sie werden ausgenutzt und überlagert von der traditionellen Überzeugung der Nationaldemokratie, dass die Deutschen die ewigen Feinde der Polen sind und sich daran niemals etwas ändern wird. [...]

Der erste Schritt, der einfach und doch emotional der schwierigste ist, sollte darin bestehen, dass die polnische Seite die Initiative ergreift und mit der Führung des Bundes der Vertriebenen spricht. Es hat keinen Sinn mehr, so zu tun, als gäbe es ihn nicht, oder jeden Kontakt mit ihm zu verweigern, wo er doch in Deutschland legal tätig ist. Man kann auch nicht darauf zählen, dass die verstreichende Zeit diese Angelegenheit für uns regelt. [...] Eine solche Initiative sollte [...] von polnischen gesellschaftlichen Organisationen ausgehen [...].

Das wären also Gespräche von Vertriebenen mit Vertriebenen. Ein erheblicher Teil der in den polnischen Westgebieten lebenden Bevölkerung besteht nämlich aus Umsiedlern aus den Ostgebieten der Vorkriegszeit bzw. eher aus deren Nachkommen. Das wären also auch Gespräche der Opfer bzw. der Nachkommen der Opfer des 2. Weltkriegs auf beiden Seiten der Front. Und es wären Gespräche, in deren Verlauf sich die Diskussion über die Zukunft nur schwer von der Erinnerung an das Unrecht trennen ließe, das die Vorfahren der einen und der anderen einander angetan haben. [...]

Bevor man jedoch um Vergebung bittet oder andere Formen einer symbolischen Wiedergutmachung für die Opfer und ihre Nachkommen sucht, muss man endlich die Fakten klären.

Paris, Anfang September 1998

[18]

Aus einem redaktionellen Kommentar der Vierteljahresschrift „Karta“

Als Jerzy Giedroyc in der „Kultura“ über die deutsch-polnischen Beziehungen schrieb und die Parole ausgab, Gespräche „von Vertriebenen mit Vertriebenen“ zu organisieren, wusste er wahrscheinlich nicht, dass solche Treffen bereits seit mehreren Jahren in polnischen und deutschen Grenzorten stattfanden. Aber kaum jemand hat von diesem Vorhaben gehört, das, ohne die große Öffentlichkeit zu suchen, auf regionaler Ebene stattgefunden hat.

Warschau

[59]

Erika Steinbach im Berliner Appell des Bundes der Vertriebenen

Der Bund der Vertriebenen appelliert an Polen und an die Tschechische Republik, die eigene Geschichte in all ihren Facetten aufzuarbeiten. Dazu gehört

das den deutschen Heimatvertriebenen zugefügte Unrecht. Die Vertreibung von fast 15 Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat war schwerste Menschenrechtsverletzung, die in einigen Vertreiberstaaten bis heute ungeheilt geblieben ist. Wir wissen, daß die Staaten Europas unter der nationalsozialistischen Diktatur und Besatzung sehr gelitten haben, insbesondere Polen. Deutschland als Nation hat dafür bitter gebüßt. Aber fast 15 Millionen Deutsche [...] wurden darüber hinaus schuldlose Opfer schwerster Menschen- und Völkerrechtsverletzungen durch Vertreibung aus der Heimat, Deportation, Zwangsarbeit, Vergewaltigung, Enteignung und Mißhandlung noch lange nach Kriegsende. Über zwei Millionen Deutsche, vor allem Frauen und Kinder, haben diesen Leidensweg nicht überlebt. [...]

Wir Heimatvertriebenen lieben unsere Heimatgebiete, aber wir respektieren auch die Würde der Menschen, die heute dort leben. Und wir wollen nicht, daß andere Menschen vertrieben werden. Von hier aus, aus Berlin, in der Nachbarschaft von Potsdam, richte ich einen Appell an das polnische und das tschechische Volk und ihre Regierungen: Die freiwillige und nicht die erzwungene Auseinandersetzung mit unserem Vertreibungsschicksal und die Heilung dieser großen europäischen Wunde wird Polen und die Tschechische Republik freimachen für die eigene demokratische Zukunft, sie wird ganz Europa bereichern. Sinnen Sie über Menschenrechte, Völkerrechte und Minderheitenrechte nach und setzen Sie sie um. Lassen Sie uns gemeinsam die Wunden reinigen, die dieses Jahrhundert Millionen unschuldiger Menschen zugefügt hat. Dann werden wir gemeinsam in ein neues Jahrtausend des Friedens gehen.

Berlin, 6. September 1998

[7]

Anna Wolff-Powęska in „Gazeta Wyborcza“

—— Sie [Erika Steinbach] verschweigt absichtlich, dass die Zwangsaussiedlung eine direkte Folge des Krieges war, den Deutschland entfesselt und verloren hat. Sie suggeriert, dass Polen [...] bewusst eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit vermeidet. Derweil gehören wir entgegen den Unterstellungen Frau Steinbachs mit völliger Sicherheit zu den postkommunistischen Ländern, in denen [...] die umfangreichste Geschichtsaufarbeitung und ein beträchtlicher Forschungsaufwand zur Offenlegung der historischen Hintergründe und der Wahrheit über die Zwangsumsiedlung der Deutschen geleistet wurde. [...]

„Wir Vertriebenen lieben unsere Heimat“, schreibt Erika Steinbach. Diese Feststellung kann man auf jeden Menschen beziehen, besonders diejenigen, die ihre Heimat verloren haben. Nach einer politisch notwendigen Übergangszeit wird Polen als Mitglied der Europäischen Union das Recht von Ausländern aus EU-Ländern respektieren müssen, sich in unserem Land niederzulassen, so wie diese Staaten das Recht respektieren müssen, Neuankömmlinge aus den neuen Mitgliedstaaten zu beschäftigen. Man sollte jedoch die polnische Öffentlichkeit, die von der Vision eines Massenzustroms von Vertriebenen erschüttert wird, beruhigen. Menschen, die fast ihr ganzes Leben hinter sich haben, werden sicherlich nicht ihre viel ärmere, ungewisse, wenn auch idealisierte, nostalgische Heimat der friedlichen Stabilität in ihrer neuen Heimat

vorziehen. Diejenigen, die sich zu diesem Schritt entschließen, müssen nicht unbedingt Ängste auslösen. Die neue Situation wird sicherlich eine Gelegenheit sein zu lernen, die Andersartigkeit des neuen Nachbarn auf der Straße, in der Kirche, im Geschäft zu respektieren. [...]

Die Verantwortung für die Vergangenheit mehr als ein halbes Jahrhundert nach den tragischen Ereignissen kann nur eine Verantwortung dafür sein, dass wir die richtigen Lehren daraus ziehen. Der *Berliner Appell* wird dabei nicht hilfreich sein. Er weckt Ängste bei jener Generation von Bewohnern der deutsch-polnischen Grenzregion, die bereits ohne Nostalgie für die polnischen Ostgebiete eine neue Identität und ein neues Geschichtsbewusstsein im Dialog mit der deutschen Vergangenheit dieser Gebiete zu formen begann, oft in Zusammenarbeit mit dem deutschen Nachbarn. Er begünstigt eine emotionale Haltung gegenüber den Deutschen und facht den Nationalismus an.

Warschau, 20. September 1998

[76]

Klaus Kinkel in einem Interview im deutschen Fernsehen

—— Der Bund der Vertriebenen schadet den deutschen Interessen. Wir können froh sein, dass wir die Chance haben, die Beziehungen zu Polen und Tschechien so zu gestalten wie zu Frankreich und anderen Nachbarn im Westen. Die Regierung hat nicht die Absicht, die Verhandlungen dieser Länder mit der Europäischen Union mit bilateralen Fragen zu verknüpfen.

Bonn, Ende September 1998

[43]

Mariusz Urbanek in „Polityka“

—— In Breslau fand ein nationales Symposium zum Thema „Verkauf polnischen Grund und Bodens an Ausländer. Folgen und Hemmung dieses Prozesses“ statt. Sehr hoch war der Anteil der Abgeordneten und Senatoren an diesen Beratungen (10 von etwa 30 Teilnehmern). Ihnen ist es hauptsächlich zu verdanken, dass sich in Breslau ein deutlicher Widerstand gegen den Ausverkauf des polnischen Staatsvermögens an Deutschland formiert hat, der eine direkte Folge des Beitritts Polens zur Europäischen Union sein wird.

Die Parlamentarier warnten, dass „die antinationale Politik der Regierung in Warschau und die Expansion deutschen Spekulationskapitals durch kriminelle Machenschaften und Handlungen, die den Anschein von Legalität erwecken, dazu führen, dass polnische Bauern ihres Landes beraubt und auf die Rolle von Tagelöhnern im Dienst national fremder Elemente reduziert werden“. [...]

Die jedoch am häufigsten zitierte Autorität war Adolf Hitler, an dessen Gedankenwelt Senator Józef Frączek und der Abgeordnete Zdzisław Pupa [AWS] erinnerten, um die wahren Absichten der Deutschen zu enthüllen. Beide, und das ohne vorherige Absprache, zitierten dasselbe Fragment aus *Mein Kampf*: „Die einzige wirksame Germanisierung, die dem deutschen Volk Glück bringen wird, ist diejenige, die auf die Germanisierung des Landes abzielt, nicht der Menschen“.

Damit schloss das Symposium.

Breslau, 27. September 1998

[71]

Klaus Bachmann im „Dialog“

——— BdV schaffte es in Polen fast so gefürchtet zu werden wie zu Zeiten, als Polens Kommunisten hinter jeder deutschen Eiche einen Revanchisten suchten, um die Opposition zu Hause erschrecken zu können. Einen Sinn ergaben die Steinbach- und BdV-Auftritte in Deutschland nur durch den Wahlkampf. Kaum jemand hätte sie in Deutschland bemerkt, wären da nicht die Proteste aus Polen gewesen. So halfen polnische Nationalisten, die seit Jahren mit nicht minder ignoranten Aufrufen „die polnische Erde vor dem Aufkauf durch die Deutschen“ und die polnischen Westgebiete vor dem angeblichen deutschen „Drang nach Osten“ schützen wollen, deutschen Nationalisten die Wahl zu gewinnen. Auch wenn ihnen das nicht gelungen ist – es muß nachdenklich machen, daß allein schon der Versuch so einfach war.

[...]

All jenen, die die deutsch-polnischen Beziehungen so gerne mit den deutsch-französischen vergleichen, sei es ins Stammbuch geschrieben: In diesem Sommer hat sich erwiesen, daß Polen eben nicht das Frankreich im Osten ist. Niemand hätte gewagt, so mit Frankreich umzuspringen. Und kein Bundeskanzler hätte es toleriert – auch nicht bei den Wahlen, – daß die Hinterbänkler seiner Partei die deutsch-französischen Beziehungen für ein paar Wählerstimmen auf die Probe stellen. [...]

Seit Jahren existiert in Polen die „Bewegung der Pächter“ (Ruch uwłaszczeniowy) in den Westgebieten, die fordert, die dortigen Pachtverhältnisse in volles Eigentum umzuwandeln. Begründung: Sonst können es die Deutschen nach dem EU-Beitritt zurückfordern, weil sie die alten Eigentumstitel haben, die die EU dann anerkennt. Blödsinn? Sicher, aber mit dieser Begründung haben sie es geschafft, das Parlament dazu zu bringen, ein Gesetz zu verabschieden, mit dem nun die Pacht tatsächlich umgewandelt wird. Wäre das ohne die antideutsche Argumentation so einfach gewesen? Wohl kaum.

Warschau, Anfang Oktober 1998

[3]

Konrad Rękas, Publizist, in „Mysł Polska“

——— Die Deutschen haben ein Parlament gewählt, das nach fast einem halben Jahrhundert [aus Bonn] nach Berlin zurückgekehrt ist. Unter der neuen Regierung wird Deutschland seinen internen Integrationsprozess vollenden. Das Team [des künftigen Bundeskanzlers Gerhard] Schröder wird das mächtigste Land in der Europäischen Union und die zweitmächtigste Kraft in der NATO in entscheidendem Moment der Konsolidierung und Erweiterung dieser Organisationen führen. [...] Die Unübertragbarkeit von ideologischen Sympathien und geopolitischen Interessen ist in den Beziehungen zu Deutschland besonders deutlich zu sehen. Die rote Reaktion, die grüne Pest und die DDR-Ressentiments prägen das neue Gesicht des entstehenden Vierten Reiches. Dadurch wird die unvermeidliche Konfrontation in unseren gegenseitigen Beziehungen vorprogrammiert. Vielleicht werden wir es schaffen, uns vorzubereiten.

Warschau, 11. Oktober 1998

[55]

**Jan Pruszyński, Experte für Denkmalschutz
und Kulturerbe, in „Rzeczpospolita“**

Europa ist von einer wahren Flut von Ermittlungen tatsächlicher oder angeblicher Verluste, die während oder infolge von Krieg und Besatzung entstanden sind, heimgesucht worden. Grundstücke und Gebäude, Gold und Bankguthaben, Büchersammlungen und Kunstwerke sind Gegenstand eines berechtigten Interesses derjenigen, die sie verloren haben. Manchmal handelt es sich um gesellschaftliche Organisationen, manchmal um Regierungen. Sicherlich ist das berechtigt. Besser spät als nie, auch wenn eine vollständige Wiedergutmachung der Folgen dieser Völkerwanderung, die uns die dabei zusammenwirkenden Hitler und Stalin bereitet haben, nicht möglich erscheint. Schlimmer ist es, wenn ein schlechtes historisches Gedächtnis und mangelnde Rechtskenntnis zu Forderungen führen – wie zuletzt die von Erika Steinbach – [...] und Argumente anführen, die das Grundprinzip der Gerechtigkeit verletzen: „Jedem das zurückgeben, was ihm zusteht“. [...] Die Deutschen sind immer öfter der Meinung, dass sie ihre Verpflichtungen gegenüber Polen bereits erfüllt haben, und fordern unter anderem die Rückgabe der Büchersammlung der Preußischen Staatsbibliothek, der so genannten „Berlinka“.

[...]

Erika Steinbach warnt: Wenn wir „unseren“ Besitz in Schlesien, Westpommern und Ostpreußen nicht zurückgewinnen oder keine Entschädigungen erhalten, werden wir es Polen erschweren, in die europäischen Strukturen einzutreten. Unabhängig von der Tatsache, dass Steinbachs Stimme zum Glück nicht viel Gewicht hat, ist es beunruhigend, dass sich nur wenige Menschen – auch in unserem Land – an die für Polen tragische Bilanz der kulturellen Kriegsverluste erinnern. [...]

Das größte und vielleicht grundlegendste Problem ist, dass im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit nicht nur die Schadenshöhe, sondern sogar der Schaden selbst verschleiert wird. Die Generation der Deutschen, die sich an den 2. Weltkrieg erinnerte, war bereit, die Verantwortung, mehr noch ihre Kollektivschuld, für die nationalsozialistischen Verbrechen anzuerkennen. Ihre Nachkommen sind weit weniger bereit, Verpflichtungen einzugehen, insbesondere finanzieller Art. Infolge von Komplikationen und politischen Manipulationen sind sie der Ansicht, dass der Verlust der Ostgebiete des Dritten Reiches, die durch die alliierten Bombenangriffe verursachten Zerstörungen und die Schäden an ihrem kulturellen Erbe eine weitere Auseinandersetzung mit dem Problem ihrer Verantwortung überflüssig machen.

Warschau, 18. Oktober 1998

[53]

Basil Kerski in der Pariser „Kultura“

Es ist zu hoffen, dass mit dem Regierungswechsel am Rhein ein Teil der für die Landsmannschaften vorgesehenen Mittel für deutsch-polnische Initiativen zur Verfügung gestellt wird.

Berlin, 6. November 1998

[27]

Bundeskanzler Gerhard Schröder in seinem Exposé im Bundestag

— Die Erwartungen unserer Nachbarn und Partner an diese Bundesregierung sind enorm. Wir werden versuchen, diese Erwartungen nicht zu enttäuschen. [...] Unseren Nachbarn im Osten versichern wir, daß wir die Chance der EU-Osterweiterung entschlossen nutzen wollen. Europa wird und darf nicht am ehemaligen Eisernen Vorhang oder an der deutschen Ostgrenze enden (*Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen*). [...] Die Bundesregierung ist sich ihrer besonderen historischen Verantwortung gegenüber Polen bewußt. Sie wird ihr mit dem Angebot einer immer engeren Partnerschaft sowie der Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen gerecht werden.

Bonn, 10. November 1998

[15]

Johannes von Ahlefeldt, politischer Berater des Abgeordneten Markus Meckel, im „Dialog“

— Kurz nach seinem Amtsantritt trat Bundeskanzler Gerhard Schröder [...] mit einer unerwarteten Initiative an die Öffentlichkeit. Schröder erklärte nach einer Besprechung mit Vertretern deutscher Großkonzerne die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter des NS-Regimes zu einem vordringlichen Anliegen der Bundesregierung. Auf Basis der Koalitionsvereinbarung wurde eine Arbeitsgruppe unter Kanzleramtsminister [Bodo] Hombach gebildet, die sich um die Gestaltung einer „gesellschaftlichen Ergänzung der staatlichen Wiedergutmachungspolitik“ bemühen sollte.

Das erste Ergebnis dieser Arbeitsgruppe wurde am 16. Februar 1999 öffentlich bekanntgegeben als sich zwölf Großunternehmen dazu bereit erklärten, an einer Stiftungsinitiative „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ mitzuwirken. [...] Die Mittel [sollen] zu gleichen Teilen zwei Zwecken dienen: Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter beispielsweise über bestehende osteuropäische Stiftungen und Finanzierung zukunftsgerichteter Projekte grenzüberschreitender Kooperation wie beispielsweise des Jugendaustauschs.

Berlin

[1]

Marek Orzechowski, Journalist, in „Polityka“

— Über die Höhe der Mittel ist noch nicht entschieden worden. Auch die Entschädigungssätze wurden noch nicht festgelegt. Die Initiatoren der Kampagne kündigen jedoch an, dass die Zahlungen schnell und – soweit möglich – ohne diverse bürokratische Verfahren erfolgen werden. Die früheren Opfer der NS-Herrschaft müssen jedoch mindestens bis zum 1. September warten. Nicht alle werden diesen Tag erleben. [...]

In Deutschland vollzieht sich ein Generationswechsel in Politik, Banken, Medien und in der Wirtschaft. An den Schreibtischen sitzt eine Generation, die nicht mehr nur zurückschauen möchte. Damit sie jedoch in eine andere Richtung blicken kann, muss sie abschließend die Vergangenheit

bewältigen. Und sie geht diesen Prozess mit der Philosophie eines Managers an. Es besteht ein Anspruch, also zahlt man. Sie hat den Krieg nicht verschuldet und will nicht bis in alle Ewigkeiten seine Konsequenzen tragen. Es ist also Pragmatismus und nicht moralisches Empfinden, das die derzeitige politische und wirtschaftliche Elite in Deutschland antreibt. [...] Aber die Initiative ist zweifelsohne wichtig und geht in die richtige Richtung. Gerhard Schröder ist der erste deutsche Bundeskanzler, der sich deutlich zur Entschädigung von NS-Opfern äußert. Sein Vorgänger bevorzugte es, über Entschädigungen für Vertriebene zu sprechen.

Warschau, 27. Februar 1999

[47]

Einbeziehung

APRIL 1999

MAI 2004

Nach dem Beitritt Polens zur NATO im März 1999 ist das Hauptziel der polnischen Außenpolitik die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, wobei Deutschland in den Verhandlungen mit der EU zum Fürsprecher des Landes wird. Bundeskanzler Gerhard Schröder, der die Koalition aus SPD und Bündnis 90 / Die Grünen anführt, erklärt, dass die Mitgliedschaft Polens in der EU im vitalen Interesse Deutschlands liegt – als Garant für Stabilität in Mittel- und Osteuropa. Unter Leszek Miller (ab 2001), Premierminister der Koalition aus der Demokratischen Linksallianz (SLD) und der Arbeitsunion (UP), tritt Polen im Mai 2004 der Europäischen Union bei; dieser Prozess wird von Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski nach seiner Wiederwahl im Jahr 2000 unterstützt.

Die Deutschen erkennen ihre historische Rolle und Verantwortung bei der Osterweiterung der Europäischen Union. Für Widerstand in Polen sorgten 2002 die Pläne der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, in Berlin ein Zentrum gegen Vertreibungen zu errichten, in dem unter anderem die Geschichte der Nachkriegsaussiedlungen der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten dargestellt werden sollte. Bedenken werden auf beiden Seiten hinsichtlich der Substanz der verkündeten „Interessengemeinschaft“ geäußert. Mit dem Beitritt Polens zur EU wird die Grenze zwischen den beiden Ländern jedoch geöffnet (Polen wird nach drei Jahren dem Schengener Abkommen beitreten).

Bronislaw Geremek, Außenminister, in einer Rede im Sejm

—— Die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland werden auch 1999 die vorrangige politische Richtung Polens in Westeuropa bleiben, auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Der NATO-Beitritt Polens, die Regierungsübernahme durch die Koalition aus SPD und Bündnis 90 / Die Grünen, die daraus resultierenden neuen Schwerpunkte der deutschen Europapolitik, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte dieses Jahres und schließlich das Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion schaffen neue Bedingungen für die Bewältigung dieser Aufgabe. [...]

Im Bereich der politisch-militärischen Beziehungen wollen wir angesichts der neuen Situation die bisherige gute Zusammenarbeit, bereits im Rahmen der Zusammenarbeit im Bündnis, verstärken. Das polnisch-deutsch-dänische Korps mit Sitz in Stettin wird die erste gemeinsame Einheit der drei NATO-Staaten auf polnischem Gebiet sein. Wir werden die Bestimmung neuer Formen einer Zusammenarbeit anstreben, die Deutschland und andere NATO-Mitglieder umfasst.

Warschau, 8. April 1999

[60]

Monika Rotulska, Publizistin, in der Tageszeitung

„Nasz Dziennik“

—— Wäre Polen nicht der EU beigetreten, wären alle deutschen Pläne zur Schaffung eines Mitteleuropas des 21. Jahrhunderts (ein Netzwerk von Satellitenstaaten in Mitteleuropa unter der Schirmherrschaft Deutschlands) gescheitert. Es scheint, dass unsere westlichen Nachbarn auf dem besten Weg sind, diesen Plan in die Tat umzusetzen. [...] Die Kurzsichtigkeit der Diplomaten und auch die Untätigkeit Polens, ein Gegengewicht zu Deutschland zu schaffen, könnten dazu führen, dass Mitteleuropa in die Rolle von Pufferstaaten zurückgedrängt wird. Diese Rolle hatte ihm schon einmal Otto von Bismarck zugewiesen [...]. Die Entwicklung unserer Außenpolitik auf der Grundlage eines Bündnisses mit Deutschland scheint ein Spiel mit dem Feuer zu sein, ebenso wie ein mögliches Bündnis mit Russland. Eine weitaus größere Bedrohung für uns ist jetzt

natürlich Deutschland, schon allein wegen seiner Rolle in den Strukturen der NATO und der EU, in denen wir uns wahrscheinlich auch wiederfinden werden. Heute ist Deutschland [...] dabei, uns wirtschaftlich zu erobern.

Warschau, 23. Juli 1999

[57]

**Adam Krzemiński, Publizist, in der
Wochenschrift „Polityka“**

———— Einerseits [...] sind wir Verbündete in der NATO, und die Zusammenarbeit der polnischen Streitkräfte mit der Bundeswehr entwickelt sich seit einigen Jahren sehr gut. Ihr Symbol sind das deutsch-polnische Korps mit Sitz in Stettin und die Begründung einer neuen Tradition, wie der gemeinsame militärische Eid an der Grenzbrücke in Guben (Gubin). Andererseits spaltet uns die Geschichte noch immer auf drastische Weise [...]. Am Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen treffen sich die Präsidenten sowie Regierungschefs der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland.

Warschau, 14. August 1999

[35]

**Antoni Podolski, Rundfunkjournalist,
in der Tageszeitung „Życie“**

———— Warum kommt Bundeskanzler Gerhard Schröder nach Polen? Diese Frage ist nur scheinbar absurd. Vielmehr spiegeln sich in ihr Zweifel wegen der vorschnellen Außerachtlassung der deutschen Schuld gegenüber Polen und an der Fähigkeit der polnischen Außenpolitik wider, historische Vorzüge und Jahrestage zu nutzen, um ein angemessenes Bild unseres Landes in der Welt aufzubauen. [...]

Sowohl das Datum des Besuchs des deutschen Bundeskanzlers [3. September] als auch die Feierlichkeiten am 1. September auf der Westerplatte erwecken den Eindruck, dass sich die polnische Seite voll und ganz der deutschen Seite angepasst hat, um diese am Jahrestag der Entfesselung des Krieges nicht allzu großen Unannehmlichkeiten auszusetzen [...] Das Programm des Besuchs der beiden deutschen Politiker [des Bundespräsidenten Johannes Rau und des Bundeskanzlers] scheint sich fast ausschließlich auf Gedenkfeiern im Zusammenhang mit der militärischen Aggression zu beschränken, wobei die Stätten des deutschen Besatzungsterrors außen vor bleiben. Zwar hat sich der Bundeskanzler endlich dazu durchgerungen, an einer der Hinrichtungsstätten für die Zivilbevölkerung – in Palmiry – Blumen niederzulegen, aber das wird das für die Deutschen bequeme weltweite Bild des letzten Kriegs nicht wesentlich stören, nach dem es sich um einen typischen bewaffneten Konflikt gehandelt haben soll, in dem einige mythische Nazis von SS und Gestapo Verbrechen begangen hätten, die Mehrheit des deutschen Volkes und der Armee aber einen „ehrlichen Krieg“ geführt habe.

[...] Zwischen Polen und Deutschland liegt ein so großes Ausmaß der polnischen Tragödie und des Leids, dass man nicht vorschnell das Ende der Geschichte verkünden und ein Ende der Vergangenheitsbewältigung fordern kann. [...] Die polnische Nation ist noch nicht reif dafür, die deutschen

Verbrechen vollständig zu verzeihen. Polnische Intellektuelle und Politiker, die diesen Aspekt der Geschichte vorschnell beiseitelegen, begehen einen ähnlichen Fehler wie ein unerfahrener Therapeut, der seinen Patienten dazu zwingt, rasch zu vergeben und zu vergessen. In ähnlicher Weise verstärken sie negative Emotionen und Phobien.

Warschau, 26. August 1999

[50]

**Jan Maria Jackowski, Abgeordneter der Akcja Wyborcza
Solidarność (Wahlaktion Solidarność), in „Nasz Dziennik“**

——— Bis heute gibt es in den West- und Wiedergewonnenen Gebieten rechtlich weitgehend ungelöste Eigentumsfragen. Solange diese Fragen nicht endgültig geklärt sind, wird die Präsenz Polens in diesen Gebieten nach einem eventuellen Beitritt zur Europäischen Union illusorisch sein. Der Grund dafür ist, dass der Beitritt zur EU und somit zu einem einheitlichen Rechtsraum mit Deutschland die Möglichkeit von Rückforderungen und Ansprüchen in großem Umfang schaffen wird, die in der Praxis dazu führen könnten, dass Deutsche den größten Teil der Bodenflächen und Immobilien in diesem Teil Polens als Eigentum übernehmen. Dies wird im Wesentlichen auf die faktische Angliederung dieser Gebiete an Deutschland hinauslaufen. [...]

Seit der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 [...] wächst in Deutschland leider der Traum von einem großen Reich. Nicht einmal so sehr in der älteren Generation, die sich daran erinnert, wie furchtbar die Deutschen die Polen und andere Völker behandelt haben, sondern vielmehr unter der Jugend. [...] Welche Garantie haben wir also, dass sich die Frage einer Revision unserer Westgrenze nicht in naher Zukunft stellen wird? Immerhin enthält das deutsche Grundgesetz noch den Artikel 116 über den Bestand des Deutschen Reiches (im Rechtssinne) in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937, was die Zugehörigkeit zum deutschen Volk betrifft. Vielleicht war das Abkommen über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze also nur von vorübergehender taktischer Bedeutung?

Warschau, 30. August 1999

[29]

**Jürgen Hogrefe und Jürgen Leinemann, Journalisten,
in „Der Spiegel“**

——— Zum zweiten Mal in einer Woche schüttelte der polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski demonstrativ herzhaft die Hand eines Staatsgastes aus der Bundesrepublik [...]. Zwei Tage bevor der deutsche Regierungschef Gerhard Schröder [...] in Warschau eintraf, hatte Kwaśniewski [...] Bundespräsident Johannes Rau in Polen empfangen. Am 1. September, 60 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen und dem Beginn des 2. Weltkriegs, kam der Pole dem deutschen Bundespräsidenten mit ausgestreckter Hand auf der Friedensbrücke zwischen Frankfurt an der Oder und Słubice entgegen. Das Händedrücker wollte kaum enden. Vierhändig mit den Ehefrauen an der Oder, zweihändig noch einmal in Danzig. [...] Als erster deutscher Bundespräsident war Rau zur nationalen Gedenkfeier der Polen auf die Westerplatte geladen [...].



Palmiry, 3. September 1999. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Premierminister Jerzy Buzek bei einem Besuch des Friedhofs, auf dem mehr als 2000 von den Deutschen im 2. Weltkrieg ermordete Polen bestattet sind

FOT. JULIA FASSBENDER / BUNDESREGIERUNG

Warschau, seit März Mitglied in der Nato, will nun so bald wie möglich Mitglied in der EU sein. [...] Derzeit wächst in Polen die Skepsis [...]. Die Beitrittsskeptiker fürchten eine neue deutsche Gefahr: Die verlockende Mitgliedschaft in der EU sei womöglich nichts weiter als eine Falle der Deutschen. [...] Die Angst geht um, dass deutsche Vertriebene mit dem polnischen EU-Beitritt einen Rechtsanspruch auf Rückgabe ihres ehemaligen Besitzes in Polen erlangen könnten. [...] Reiche Deutsche, so gehen die Angstszenerien weiter, könnten nach einem EU-Beitritt in großem Umfang Land, Häuser und Unternehmen aufkaufen und so große Teile Polens zurückerobern – auf zeitgemäß kapitalistische Weise.

Hamburg, 6. September 1999

[27]

Jan Skórzyński, Historiker und Publizist, in der Tageszeitung „Rzeczpospolita“

— Gute, also normale, Beziehungen zwischen Polen und Deutschland sind eine der größten Errungenschaften der Dritten Polnischen Republik. Sie auf diesem Niveau zu halten, ist Teil der polnischen Staatsräson. Schließlich ist Deutschland ein wichtiger politischer Verbündeter Polens und der größte Markt für unseren Export. Lohnt es sich also, die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau wegen der Entschädigungsfrage aufs Spiel zu setzen? Nein! Eben deshalb muss diese Frage so schnell wie möglich entschieden werden. Die Entschädigungen von Zwangsarbeitern werden nur dann zu einem ernsthaften Problem in den deutsch-polnischen Beziehungen werden, wenn sie nicht rechtzeitig und in einer für beide Seiten akzeptablen Weise geregelt werden. Die Sache hinauszuzögern, dient niemandem. Die Deutschen sollten den Opfern des Dritten Reiches, die seit vielen Jahrzehnten darauf warten, eine würdige Entschädigung anbieten, und die Polen sollten verhindern, dass die Verhandlungen über eine Angelegenheit, die neben der materiellen auch eine moralische Dimension hat, zu einem finanziellen Feilschen werden. Der neueste deutsche Vorschlag* erfüllt diese Bedingungen nicht. Nicht nur die polnische Delegation hat ihn vollkommen zurecht abgelehnt. Man darf jedoch nicht auf weitere Versuche verzichten, einen Kompromiss zu erzielen.

Warschau, 8. Oktober 1999

[58]

Marian Turski, Vorsitzender des Żydowski Instytut Historyczny (Jüdisches Historisches Institut), in „Polityka“

— Die andere Seite will eindeutig Druck aufbauen. Denn wie sonst lässt sich die Haltung von Otto Graf Lambsdorff [Bevollmächtigter des Bundeskanzlers für die Entschädigung von Zwangsarbeitern] erklären, nachdem er die unerwartet niedrige Summe von 6 Milliarden Mark angeboten hatte: „Take it or leave it“ („Nehmen Sie es oder lassen Sie es“)? Man darf es nicht einfach lassen, denn selbst wenn die Geschädigten ihren Fall vor Gericht gewinnen, könnte

* Anfang Oktober schlug Deutschland eine Gesamtsumme von 6 Milliarden Mark für alle lebenden Opfer des Dritten Reiches vor.



Berlin, 10. November 1999. Eröffnung der Ausstellung *Tore der Freiheit. Von der „Solidarność“ bis zur deutschen Wiedervereinigung*, vorbereitet vom Zentrum KARTA und Zentrum für Internationale Beziehungen im Atrium des debis-Hauses am Potsdamer Platz anlässlich des 10. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer

FOT. ANNA BIALA

das Urteil erst in einigen Jahren ergehen, wenn ein weiteres Dutzend oder eher Dutzende Prozent von ihnen bereits verstorben sind. Also muss man verhandeln!

Warschau, 16. Oktober 1999

[67]

Otto Graf Lambsdorff bei Verhandlungen mit der polnischen Seite

—— Die Beschäftigung von Ostarbeitern in der deutschen Landwirtschaft ist eine natürliche historische Erscheinung. Sie haben schon immer so gearbeitet und tun dies sogar heute.

Washington, zweite Oktoberhälfte 1999

[17]

Adam Krzemiński in „Polityka“

—— Die Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag des Berliner Mauerfalls ließen den alten Streit darüber wieder aufleben, wer wem was zu verdanken hat, wem ein Ehrenplatz im Pantheon der deutschen Wiedervereinigung gebührt. [...] Es gab auch polnischen Unmut. Während der Eröffnung der die Leistung der Solidarność bei der Befreiung Europas vom Kommunismus dokumentierenden Ausstellung *Tore der Freiheit* richtete Premierminister Buzek drei Vorwürfe an Bundeskanzler Schröder, nämlich dass Lech Wałęsa in diesen Tagen in Berlin fehle, dass die Solidarność zu wenig berücksichtigt worden sei und dass die Entschädigungsfrage immer noch nicht geklärt sei. Wie es scheint, hat der Premierminister die polnischen Einwände überbetont. Polen und die Solidarność waren in Berlin viel besser sichtbar und wurden stärker gewürdigt als zum Beispiel Frankreich. [...] Aus diesen Jubiläumstagen kann man Schlüsse ziehen. Es dominieren Vorwürfe und Ausreden, die manchmal – wie im Fall der Entschädigung für Zwangsarbeit – legitim sind, manchmal aber auch übertrieben wirken und die tatsächliche Konstellation verschleiern.

Warschau, 20. November 1999

[47]

Christoph von Marschall, Journalist, im Deutsch-Polnischen Magazin „Dialog“

—— Gott sei Dank, es ist geschafft. Kurz vor der Jahrtausendwende ist bei einem der letzten offenen Kapitel der schwierigen deutsch-polnischen Geschichte im 20. Jahrhundert eine Einigung gelungen: der Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter, die wegen des hohen Alters der Opfer besonders drängte*. [...]

Abermals zeigte sich ein periodisch wiederkehrendes Muster [...]. Selbst namhafte Regierungsvertreter sprachen von einer schweren Belastung des Verhältnisses, die erreichte Fortschritte wieder in Frage stellen könne. Wer die Beziehungen über die letzten Jahre nüchtern verfolgt hat, durfte ruhig wetten, dass sich die Empörung bald legen und völlig folgenlos bleiben würde. [...] Bei einer derart periodischen Wiederholung kann man nicht mehr von Zufall sprechen. Haben wir es womöglich mit einer neurotischen Beziehung zu tun?

* Letztendlich verwendete Deutschland für diesen Zweck 10 Milliarden Mark.

Die Versöhnung ist offenbar ziemlich oberflächlich. Jedenfalls können alte Bedrohungsbilder und jahrelang gepflegte Ängste offenkundig nach Belieben aktiviert werden.

Berlin, Dezember 1999

[42]

**Jacek Turczyński, Chef der Fundacja Polsko-Niemieckie
Pojednanie (Stiftung Deutsch-Polnische Aussöhnung),
in einem Interview mit der Wochenschrift „Gazeta Polska“**

——— Aus politischer Sicht ist es gelungen, etwas zu verwirklichen, was vor zwei Jahren noch nicht einmal erhofft werden konnte. Wenn man die Angelegenheit jedoch mit den Augen eines gewöhnlichen Menschen betrachtet, sieht man, dass der Erfolg für viele, sehr viele Menschen zu spät kam, denn die meisten der Opfer des Nationalsozialismus haben ihn einfach nicht mehr erlebt.

Warschau, 5. Januar 2000

[66]

**Premierminister Jerzy Buzek in einem Brief
an Bundeskanzler Gerhard Schröder**

——— Die Gespräche über die deutschen Zahlungen für die Opfer des Dritten Reiches stehen vor dem Abschluss. Wir schließen auf diese Weise ein schmerzhaftes Kapitel des 2. Weltkriegs ab. Die Art und Weise, wie wir dies tun, ist von erheblicher moralischer und historischer Bedeutung auch für die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen.

Warschau, 16. Februar 2000

[1]

**Bronisław Geremek und Joschka Fischer, die
Außenminister, in „Rzeczpospolita“ (zusammen)**

——— Die erreichte Vereinbarung ist wahrhaftig kein deutsches „Lösegeld“ für die Geschichte, sondern eine längst fällige moralische Genugtuung für die Opfer, die in Deutschland unter unwürdigen Bedingungen zur Arbeit gezwungen wurden. Es wäre gut, wenn diese Vereinbarung in unseren beiden Ländern als gemeinsame Anstrengung wahrgenommen würde, ein noch immer schmerzhaftes humanitäres Problem zu lindern und so den Weg für die Zukunft zu öffnen. Von der künftigen Entwicklung der deutsch-polnischen Nachbarschaft hängt in großem Maße die Zukunft Europas ab. [...]

Die deutsch-polnischen Beziehungen bedürfen am Anfang des 21. Jahrhunderts weiterhin ständiger Aufmerksamkeit und einer intelligenten Zukunftsvision, die für unsere Völker, die an einer der schwierigsten Grenzen des 20. Jahrhunderts leben, attraktiv ist. Es ist eine tief gehende sprachliche und mentale Grenze, in gewisser Weise eine konfessionelle Grenze, und – trotz der polnischen Wirtschaftserfolge der letzten Jahre – auch eine ökonomische Grenze, entlang derer die Nachbarn erst seit kaum einer Generation wieder Nachbarn sind, sich nur in ungenügendem Maße kennen und einander gegenüber durchaus noch Ängste und Aversionen empfinden. Polen haben Angst vor dem Aufkauf von Grund und Boden durch Deutsche, Deutsche haben Angst vor polnischer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. [...]

Gerade die polnisch-deutsche Grenzregion kann und soll ein Gebiet der Zusammenarbeit, der Modernisierung und Innovation sein. [...] In letzter Zeit gibt es in Polen Stimmen, im Rahmen der EU einen deutsch-polnischen Oder-Verband zu schaffen, oder gar etwas wie die Gemeinschaft für Kohle und Stahl des 21. Jahrhunderts – nicht in der Schwerindustrie oder der Landwirtschaft, sondern im Schul- und Bildungswesen – so dass in einigen Jahren diese Region zwischen Berlin, Rostock, Stettin, Warschau und Krakau das europäische Innovationszentrum nach Ostern erweitert. [...]

Das große gemeinsame Projekt der Polen und Deutschen ist ein Programm zur Vereinigung des gespaltenen Europas. An keiner anderen Grenze kann die europäische Idee eine so spektakuläre Bestätigung erfahren, hier aber kann sie auch scheitern. Der Prozess der europäischen Integration stabilisiert den Durchbruch, der in den deutsch-polnischen Beziehungen stattgefunden hat. Umgekehrt gilt: ohne diesen Durchbruch ist eine endgültige Vereinigung beider Teile des Kontinents undenkbar. [...]

Nichts ist den Europäern ein für allemal gegeben. Das vereinte Europa ist vielleicht unsere letzte konkrete Utopie und reale Vision. Sie ist es wert, dass man ihr die nationalen Interessen unterordnet, damit sich die nationalen Interessen nicht zum wiederholten Mal Europa unterordnen und auf dem alten Kontinent neue Bürgerkriege heraufbeschwören.

Warschau–Berlin, 17. Februar 2000

[24]

Marek Prawda, Direktor der Westeuropa-Abteilung des polnischen Außenministeriums, in der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“

— Bereits vor einigen Jahren hat sich der Versöhnungsgedanke als Grundlage und Hauptmotivation für die deutsch-polnischen Beziehungen erschöpft. Der Übergang zur Partnerschaft erweist sich als schwierig, weil die uns zur Verfügung stehenden Instrumente immer noch auf „Versöhnung“ ausgerichtet sind und wir selbst nicht immer bereit sind, diese Veränderung zu akzeptieren. Politiker verkünden stolz, dass sie sich versöhnt fühlen, und sind dann überrascht, wenn man immer noch etwas von ihnen will. Teilnehmer an Jugendaustauschmaßnahmen und Studienreisen erkennen plötzlich, dass sie sich beim Besuch des Nachbarn mehr mit der „Bewältigung der Vergangenheit“, also im Wesentlichen mit sich selbst, befasst haben, als damit, den Nachbarn kennen zu lernen und nach Bereichen einer Zusammenarbeit zu suchen, die sie intellektuell wirklich fordern könnten. Es gibt Begegnungen von Politikern, deren Gespräche nicht über Standardthemen hinausgehen. Dass kein ernsthaftes Gespräch geführt wird und selbst seine Notwendigkeit nicht gesehen wird, ist eine Folge einer fehlenden ständigen Partnerschaft.

[...] Das neue Element in unseren Beziehungen ist nicht ein Rückschritt oder eine plötzliche Verschlechterung der Stimmung, sondern der Gegensatz zwischen den politischen Bestrebungen und der Bereitschaft, sie zu verwirklichen. Eine Partnerschaft ist vom Prinzip her sehr verbindlich, erfordert beiderseitige Arbeit und offenbart schnell Unzulänglichkeiten.

Warschau, 17. Mai 2000

[53]

**Erika Steinbach, Abgeordnete der CDU/CSU, Präsidentin
des Bundes der Vertriebenen, in einer Rede im Bundestag**

Die heutigen Regierungen in Polen, in Tschechien, in Ungarn und in anderen Ländern sind keine Regierungen, die dafür verantwortlich sind, dass es Vertreibungen gegeben hat. Aber es gibt schon eine Verantwortung, Dinge aus den Gesetzeswerken zu eliminieren, die Vertreibung im Grunde genommen heute noch absegnen. Darum geht es letzten Endes (*Beifall bei der CDU/CSU*). Eine Demokratie kann doch nicht leben und fruchtbar in der Zukunft wirken, wenn in ihren Gesetzeswerken Passagen enthalten sind, die Völkerrechtswidrigkeiten begründet haben und auch bis heute noch abdecken.

[...]

So wie es zwingend zu unserer deutschen Geschichte gehört, unsere eigene finstere Vergangenheit aufzuarbeiten, so ist es auch eine Aufgabe in unseren östlichen Nachbarländern, sich mit der eigenen Vergangenheit so auseinanderzusetzen, dass daraus am Ende ein Friedenspotenzial geschaffen werden kann. [...] Aber das, was uns trennt, ist bei gutem Willen miteinander zu überwinden, auch mit den Vertriebenen. Die Vertriebenen wollen das ja auch gemeinsam mit den Nachbarstaaten überwinden (*Beifall bei der CDU/CSU*).

Berlin, 9. Juni 2000

[11]

Aus einer Information in „Polityka“

Der Bundestag lehnte den Antrag der CDU/CSU ab, dass Polen und Tschechien die Nachkriegsaussiedlungen der Deutschen für illegal erklären und die entsprechenden Gesetze als menschenrechtswidrig aufheben mögen. Den Antragstellern zufolge diskriminiert das polnische Projekt des Reprivatisierungsgesetzes die Umsiedler. Gegen dieses Dokument stimmte die SPD-geführte Regierungskoalition.

Warschau, 17. Juni 2000

[46]

Krzysztof Rak, Publizist, in „Życie“

Die wichtigsten deutschen Parteien, die sowohl die Regierungskoalition als auch die Opposition repräsentieren, haben vor einigen Tagen einen Kompromiss über die Erweiterung der Europäischen Union erzielt. Ihrer Ansicht nach sollte die EU neue Mitglieder erst 2005 oder sogar 2006 aufnehmen, und zwar aus zwei Gründen: erstens, weil Polen und die anderen Bewerber nicht in der Lage sind, sich an die EU-Standards anzupassen, und zweitens wegen der Finanzierung der Erweiterung. [...] Die deutschen Politiker, die unseren Beitritt verschieben wollen, lassen sich natürlich von ihren eigenen Interessen leiten. Es ist ein offenes Geheimnis, dass man in der deutschen Gesellschaft die Erweiterung der EU um neue Mitglieder fürchtet. Diese würde ihren Arbeitsmarkt gefährden und den deutschen Steuerzahler mit der Finanzierung der Erweiterung belasten.

Warschau, 11. Juli 2000

[55]

**Klaus Bachmann, Journalist, in der Monatszeitschrift
„Osteuropa“**

— Ein deutsch-polnisches Verhältnis nach dem Vorbild der französisch-deutschen Beziehungen ist nur möglich, wenn die deutsch-polnischen Gegensätze auf ein Minimum reduziert werden und ein Mißtrauen verschwindet, das es in Frankreich im Bezug auf das deutsch-französische Verhältnis nie so gegeben hat: das Mißtrauen, daß die europäische Integration für Deutschland ein Mittel ist, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und Polen wie schon so oft in der Geschichte in einen Vasallenstatus zurück zu drücken.

Berlin, Anfang August 2000

[2]

**Roland Freudenstein und Henning Tewes, Chefs der
Vertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau,
in „Gazeta Wyborcza“**

— Noch vor ein paar Jahren scherzten deutsche und polnische Politiker, dass es ihnen an Gesprächsthemen fehlen würde, weil die deutsch-polnischen Beziehungen so gut seien. Seit Frühjahr 1998 haben sie sich jedoch abgekühlt. Dafür gab es viele Gründe. Ihre gemeinsame Quelle ist eine strukturelle Asymmetrie. In Polen gibt es immer noch ein stillschweigendes Misstrauen gegenüber Deutschland, das sich auf historische Erfahrungen beruft, in Deutschland wiederum ein weit verbreitetes Desinteresse an Polen. Hinzu kommen unsensible Reden deutscher Politiker, die Schwierigkeiten Polens im Anpassungsprozess vor dem Beitritt zur Europäischen Union, damit verbundene Ängste auf deutscher Seite und zuletzt eine Reihe von bilateralen Problemen [...]. Dies führte zu einem neuen Misstrauen zwischen Polen und Deutschen, das von der deutschen Öffentlichkeit nur am Rande wahrgenommen, von Polen jedoch umso intensiver empfunden wurde. Die deutsche Politik unternimmt zu wenig, um das zu vermeiden.

Warschau, 10. August 2000

[23]

**Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Rede
am Tag der Heimat**

— Die Bundesrepublik Deutschland hat keine Gebietsansprüche gegen ihre Nachbarländer. Die Bundesregierung wird die Beziehungen mit diesen Staaten nicht mit politischen und rechtlichen Fragen belasten, die aus der Vergangenheit herrühren. [...] Wir wissen heute besser denn je, dass Hinterpommern, Ostpreußen oder Schlesien, das Königsberg, Stettin, Breslau und Danzig wie auch das Sudetenland zu unserem historischen und kulturellen Erbe gehören – aber eben nicht zu unserem Staat.

Berlin, 3. September 2000

[56]

Witold Pawlowski, Publizist, in „Polityka“

— Die klare und starke Haltung des Bundeskanzlers [...] passte gut zum September-Jahrestag. Der Bundeskanzler bekräftigte damit in Berlin, dass die Aufnahme Polens – und Tschechiens – in die Europäische Union in keiner Weise von

den Forderungen der Landsmannschaften und ihrer Fürsprecher abhängen werde. Die Vergangenheit ist abgeschlossen.

Warschau, 9. September 2000

[49]

Jerzy Buzek und Gerhard Schröder in einer gemeinsamen Rede zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Grenzvertrags

——— Polen und Deutsche haben gemeinsam die Teilung Europas überwunden sowie ihre Bereitschaft und ihren Willen gezeigt, gemeinsam eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa zu schaffen. [...]

Versöhnung und gute Nachbarschaft sind keine Selbstverständlichkeit. Millionen von Polen haben durch Krieg und Völkermord ihre Mütter und Väter, Brüder, Schwestern und Freunde, oft auch ihre Heimat, verloren. Trotz des unermesslichen Schmerzes waren sie bereit, gemeinsam mit den Deutschen in die Zukunft zu schauen. Auch von vielen Deutschen, die Flucht und Vertreibung erlitten und Angehörige verloren hatten, erforderte dies einen bewussten Schritt zur Versöhnung, der aus dem Bewusstsein deutscher Schuld erwuchs. [...] Erinnerung und Übernahme von Verantwortung, die sich aus der Geschichte ergibt, sind die Grundlage, um gemeinsam die Zukunft zu gestalten. [...] Die Einheit Europas, die ohne Polen ein unvollendetes Werk bliebe, ist nicht länger nur eine Vision, sondern ein reales Programm. [...] Eines der Schlüsselemente für den Aufbau eines zukunftsorientierten Europas ist eine breit angelegte Erweiterung der deutsch-polnischen Partnerschaft.

Warschau–Berlin, 19. November 2000

[8]

Maciej Płażyński, Sejmmarschall, in seiner Begrüßungsansprache an Bundeskanzler Gerhard Schröder

——— Die Geschichte hat wieder einmal denen Recht gegeben, die sich trotz bestehender Ressentiments und Belastungen, geleitet von politischer Klugheit, für eine Annäherung zwischen unseren Ländern eingesetzt haben. [...] Sie, Herr Bundeskanzler, schließen ein sehr gutes deutsch-polnisches Jahrzehnt ab und sind dabei, ein weiteres Jahrzehnt zu eröffnen. Möge es ebenso gut sein und die durch Jalta entstandene Teilung Europas beenden.

Warschau, 6. Dezember 2000

[61]

Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Rede im Sejm

——— Nehmen Sie es bitte als politische Festlegung Deutschlands: Nach Auffassung des deutschen Bundeskanzlers wird Polen unter den ersten sein, die der Europäischen Union beitreten. Eine andere Entscheidung kann ich mir nicht vorstellen, meine Damen und Herren (*Beifall*). [...] Keine Nation hat in der Geschichte so schrecklich unter deutschem Hegemonialstreben und deutscher Gewaltherrschaft leiden müssen wie Polen. [...] Diese Verbrechen, meine Damen und Herren, können und wollen und werden wir nicht verdrängen. [...]

Deutschland unterstützt den polnischen Wunsch auf schnellstmöglichen Beitritt zur Europäischen Union. [...] Unsere beiden Staaten haben auch handfeste politische und ökonomische Interessen an der polnischen EU-Mitgliedschaft. Deutschland, das kann man den Menschen bei uns gar nicht oft genug sagen, Deutschland ist seit Jahren der mit Abstand wichtigste Handelspartner Polens. Und beide Seiten haben etwas davon, sogar sehr viel. Die deutsche Wirtschaft ist der Spitzenreiter unter den ausländischen Direktinvestoren in Polen. Für uns ist Ihr Land unser wichtigster östlicher Handelspartner. [...] Polen [...] hat in sehr kurzer Zeit eine beachtliche Transformation seiner Wirtschaft und als Folge dessen auch seiner Gesellschaft vollzogen. Polen gehört inzwischen zu den attraktivsten Wachstumsregionen in unserem Europa.

Warschau, 6. Dezember 2000 [61]

Claus Christian Malzahn, Journalist, in „Der Spiegel“

— Schröder suchte vergangene Woche in Polen einen Ort auf, den er bei seinem Antrittsbesuch im Herbst 1998 noch sorgsam gemieden hatte. Denn jeder deutsche Politiker, der nach Willy Brandt vor das Warschauer Ghettomahnmal tritt, steht im Schatten einer großen Geste. [...]

Heute fliegt Joschka Fischer fast genauso oft zum Staatsbesuch nach Warschau wie nach Paris. Und Gerhard Schröder duzt Buzek und den polnischen Präsidenten Kwaśniewski so oft vor laufender Kamera, bis auch der letzte Zuschauer kapiert hat, dass die Hauptakteure hier gut klarkommen miteinander.

Hamburg, 11. Dezember 2000 [41]

Roland Claus, Abgeordneter der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), in einer Rede im Bundestag

— Die historische Aussöhnung mit Frankreich war für die Aussöhnung mit dem Westen entscheidend. Ebenso historisch entscheidend sollte und könnte die Aussöhnung mit Polen sein; sie könnte das Signal für eine neue Dimension der Verbindung mit dem Osten werden. [...] Polen kann dann eine Brücke zwischen dem Westen und dem Osten im vereinten Europa werden. Diese Vision kann Wirklichkeit werden, wenn Polen nicht ein Katzentisch in der Festung Westeuropa eingeräumt wird, sondern ihm Chancen, zur Brücke in einem neuen Europa zu werden, eröffnet werden.

Berlin, 19. Januar 2001 [12]

Aus deutsch-polnischen Meinungsumfragen über das gegenseitige Bild von Polen und Deutschen im Zeitraum der Erweiterung der Europäischen Union

— Die Deutschen nehmen den Prozess der EU-Erweiterung eher als eine Erweiterung der europäischen Gemeinschaft um die Polen im Sinne einer Nation und in geringerem Maß als die Aufnahme eines neuen Landes und Staates in die EU wahr. [...] Unter den Gründen, die die Deutschen für oder gegen die Erweiterung der EU um Polen anführen, überwiegen wirtschaftliche Argumente.

Befürchtungen, die sich auf Ängste vor Polen als Kollektiv beziehen, sind jedoch fast ebenso stark. Deutsche befürchten einen Zustrom billiger Arbeitskräfte, eine Zunahme der finanziellen Belastungen und einen Anstieg der Kriminalität. Unter den für eine EU-Erweiterung um Polen sprechenden Gründen dominierte eindeutig das Argument der Markterweiterung und der Möglichkeit zum Handelsaustausch [...].

Die Meinungen der Deutschen zum EU-Beitritt Polens sind am ausgeprägtesten in der Einstellung zu Polen als einer bestimmten nationalen Einheit. Viel schwächer ausgestaltet sind die Meinungen über einen typischen Polen und das Erscheinungsbild des Landes. Ihre Argumente gegen einen EU-Beitritt Polens sind meist auch Ängste vor Polen im Sinne einer Nation, vor einem Zustrom billiger Arbeitskräfte aus Polen und vor einer Zunahme der Kriminalität jenseits der Ostgrenze.

Warschau, 2001

[18]

Hans-Jürgen Leersch, Journalist, in „Die Welt“

Bei einem Staatsbesuch [bayerischer Ministerpräsident Edmund] Stoibers [...] in Polen lehnten sowohl Präsident Aleksander Kwaśniewski als auch Außenminister Władysław Bartoszewski die Forderung Stoibers nach einer siebenjährigen Übergangsfrist [für Arbeitnehmer aus Polen nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union] ab.

Stoiber begrüßte ausdrücklich den für 2003 ins Auge gefassten EU-Beitritt Polens, erklärte jedoch zugleich, dass dadurch die Statik Europas nicht gefährdet werden dürfe. Daher habe er bei seinen Gesprächspartnern in Warschau um Verständnis für die Forderung nach Übergangsfristen für Arbeitnehmer geworben. Auch Kanzler Gerhard Schröder [...] hatte sich dafür ausgesprochen, polnischen Arbeitnehmern erst nach sieben Jahren das Recht auf Berufsausübung im heutigen EU-Gebiet einzuräumen. [...] Die Einschätzungen, wie hoch die Zuwanderung aus Polen ohne Übergangsfristen werden könnte, gehen jedoch weit auseinander. Die EU-Kommission erwartet 70 000 bis 120 000 Personen pro Jahr [...]. Die polnische Seite geht von minimalen Wanderungen aus. Bartoszewski wies darauf hin, dass es auch nach Wegfall des Visa-Zwanges nicht zu großen Wanderungsbewegungen gekommen sei.

Hamburg, 19. April 2001

[38]

Aus Reden während einer Sejmsitzung

Jan Łopuszański, Abgeordneter der Akcja Wyborcza Solidarność (Wahlaktion Solidarność): Wir haben es mit einer der größten Aggressionen gegen Polen in der Geschichte zu tun*. Diese Aggression stößt leider auf breite Kollaboration, vor allem seitens derjenigen, die von Amts wegen dazu berufen sind, das Wohl Polens zu verteidigen. Die meisten politischen Gruppierungen und anderen meinungsbildenden Strukturen in Polen versuchen heute, uns davon zu überzeugen, dass sich Polen an eine solche internationale Realität, einschließlich

* Die Rede ist von den Vorbereitungen Polens auf die EU-Integration.

der Europäischen Union, anpassen muss. Bei Herrn Minister Bartoszewski klingt das so, als ob es keine andere rationale Möglichkeit geben würde. Ich verstehe, dass die Unabhängigkeit und Souveränität des polnischen Staates vom Minister nicht in Betracht gezogen werden. [...] Die EU wird allmählich zu einem souveränen Staat, dessen Souveränität auf den Trümmern der Souveränität der europäischen Staaten aufgebaut wird. Die öffentliche Behauptung, dass Polen in der EU seine Souveränität bewahren wird, ist in dieser Situation schmerzhafter Hohn (*Beifall*).

Marian Piłka, Abgeordneter der Przymierze Prawicy (Allianz der Rechten): Es darf keine Priorität für Kontakte mit Deutschland geben, denn das deutsche Konzept der europäischen Integration* zielt im Wesentlichen – sagen wir es deutlich – auf die Germanisierung des modernen Europas ab.

Warschau, 6. Juni 2001

[62]

Henryk Przemyski, Publizist, in „Nasz Dziennik“

Deutschland hat Zeit. Die scheinbare Sicherheit der polnischen Staatsangehörigen, die in den so genannten wiedergewonnenen Gebieten leben, könnte sich nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union radikal ändern. [...] Das schwarze Szenario zukünftiger Ereignisse könnte so aussehen, dass Polen mit zwei mächtigen Anspruchswellen konfrontiert wird. Einerseits wird es deutsche Ansprüche geben, andererseits jüdische Ansprüche, die nicht nur die Rückgabe von Eigentum betreffen, das nach dem 2. Weltkrieg auf dem Gebiet der Zweiten Polnischen Republik verblieben ist, sondern auch von Eigentum, das im ehemaligen Dritten Reich verblieben war und sich in den heutigen so genannten wiedergewonnenen Gebieten befindet.

Warschau, 17. Juni 2001

[54]

Erika Steinbach in einer Rede im Bundestag

Die Tatsache, dass sich im deutsch-polnischen Verhältnis innerhalb der letzten zehn Jahre unendlich viel verbessert hat, ist überall sichtbar. Dass sich etwas verbessert hat, war nicht nur von oben oktroyiert, sondern wuchs auch von unten, wuchs durch die Menschen, die hin und her reisten und miteinander sprachen. [...] Die Zukunft der Gemeinschaft von Völkern kann gut gestaltet werden, wenn Vergangenheit und Gegenwart zusammengefügt und gemeinsam fruchtbar aufgearbeitet werden. Nur daraus erwächst ein konstruktives Miteinander in der Zukunft. Zu diesem Aufarbeiten für die Zukunft gehört die schwierige deutsch-polnische Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus und natürlich auch danach. Ich bin fest davon überzeugt, dass es wichtig ist, dass Deutschland seinen Teil der Last bei der Aufarbeitung dieser Geschichte offensiv trägt. Ebenso ist es für Polen unabdingbar notwendig, seinen Teil, das, was nach 1945 kam, aufzuarbeiten und damit verantwortungsvoll umzugehen.

* Die Rede ist vom Konzept der deutschen Regierung, eine Föderation der europäischen Nationen zu schaffen.

Es hat sich vieles positiv entwickelt. Die Menschen, die aus Deutschland in Richtung Polen reisen und wandern, sind in allererster Linie Menschen, die aus dem heute polnischen Bereich kommen, die dort einmal ihre Heimat hatten. Sie reisen nicht mit der geballten Faust in der Tasche dorthin, sondern mit offenem Herzen und sie tun vieles, um in Polen Kirchen aufzubauen oder Krankenhäuser auszustatten. Die meisten anderen Deutschen haben nicht das Bedürfnis, nach Schlesien oder Pommern zu fahren. Es sind in aller Regel die Heimatvertriebenen, die heute dorthin reisen. Sie tun das mit offenem Herzen.

Berlin, 21. Juni 2001

[13]

Adam Krzemiński in „Polityka“

Wir gehören in Deutschland nicht zu den beliebten Nationen. [...] Die Deutschen akzeptieren die Polen als Touristen, Arbeitskollegen, Nachbarn, sehen uns aber nicht in der Rolle eines Stadtrats oder Geschäftsführers des Unternehmens, in dem sie arbeiten. Sie würden es daher [...] immer noch vorziehen, nicht von unserer politischen und wirtschaftlichen Kultur abhängig zu sein. [...] Die Deutschen verstehen die EU in erster Linie als Wirtschaftsgemeinschaft, nur eine Minderheit sieht sie als politische Gemeinschaft oder als Gemeinschaft von Werten und Kulturen an [...]. Was die Wirtschaftsgemeinschaft betrifft, wird Polen von Deutschland immer noch nicht als vollwertiger Partner wahrgenommen. Und die Befürworter unseres schnellen EU-Beitritts sind in Deutschland in der Minderheit und fast so zahlreich wie die Gegner und Unentschlossenen.

[...]

Attraktiv sind wir leider hauptsächlich als ziemlich großer Absatzmarkt. Die übrigen Argumente sind politischer Natur wie eine Erhöhung der Sicherheit in Europa, eine Zunahme der Bedeutung der EU in der Welt, oder sentimental-moralischer Natur wie die Werte der polnischen Kultur und Tradition sowie Polens Beitrag zum Kampf gegen den Kommunismus. [...] Dieses Gefühl der Distanz zu uns kommt in einer irrationalen Angst vor einer polnischen Invasion nach dem EU-Beitritt Polens zum Ausdruck, so als stünden bereits Divisionen von Polen mit Schraubenziehern an Oder und Neiße bereit, um den deutschen Arbeitsmarkt zu demontieren. Die Furcht vor einem Zustrom billiger und ungelernter Arbeitskräfte ist auch das Hauptargument der Deutschen gegen die EU-Erweiterung.

[...]

Darüber hinaus spaltet der Oder-Neiße-Komplex die Deutschen und die Polen, vereint sie aber auch zugleich. Zugegeben, die Grenzfrage ist endgültig gelöst und drei Viertel der Deutschen akzeptieren sie vorbehaltlos. Das Spiegelbild der deutschen Angst vor einer polnischen Invasion in unserem Land ist jedoch weiterhin die Furcht vor einem „samtenen Revisionismus“, nämlich dem Aufkauf von Grund und Boden durch Deutsche und der Regermanisierung westlicher Gebiete.

Warschau, 21. Juli 2001

[34]

**Alexander Bürgin und Jürgen Hogrefe, Journalisten,
in „Der Spiegel“**

— Noch immer ist das Verhältnis zum Nachbarn von tief sitzenden Vorurteilen geprägt. Polen seien „rückständig“, „nicht modern“, „ineffektiv“ und „nicht erfolgreich“, ergab Mitte Juli eine gemeinsame deutsch-polnische Untersuchung. [...] Die polnische Wirklichkeit sieht schon längst anders aus. [...] Kommen die Polen in Schwung. Fast dreimal schneller als in der Bundesrepublik stieg das Lebensniveau in Polen. Und der Abstand wird ständig geringer.

Hamburg, 13. August 2001

[10]

**Marek Kotlinowski, Abgeordneter der Liga Polskich
Rodzin (Liga Polnischer Familien), in einer Rede im Sejm**

— Wir werden langsam zu einem neokolonialen Land, dessen typisches Merkmal es ist, ein Reservoir an billigen Arbeitskräften für Arbeitgeber aus der Europäischen Union und ein Absatzmarkt für jenseits der Oder produzierte Waren zu sein. [...] Wir dürfen nicht zulassen, dass Polen wieder zum Objekt statt zum Subjekt der Geschichte wird.

Der Herr Premierminister [Leszek Miller*] begann seine politischen Aktivitäten mit einem Besuch in Berlin und Brüssel, noch bevor er offiziell sein Amt als Premierminister antrat. [...] Der Kurs mit untertänigen Gesten gegenüber der Europäischen Union und dem deutschen Staat, für den wir in der Vergangenheit peinliche Beispiele beobachten konnten, wird heute mit großem Eifer fortgesetzt.

Warschau, 26. Oktober 2001

[63]

**Jacek C. Kamiński, Publizist, in der Wochenzeitung
„Nowa Myśl Polska“**

— Die Ausrichtung der polnischen Außenpolitik unter der Regierung der SLD und ihrer Koalitionspartner wird eindeutiger sein als bisher. Das Bündnis wird fest auf Deutschland als „Anwalt“ Polens setzen. Wenn man die Mentalität der politischen Elite in Polen kennt, wird dies in der Praxis eine Satellitenrolle für Warschau gegenüber Berlin bedeuten, d.h. eine Beteiligung am deutschen Mitteleuropa.

Die langfristigen Folgen der Wahl eines solchen Souveräns werden sich für Polen sicherlich als ungünstig erweisen, vor allem wegen der dauerhaften wirtschaftlichen Abhängigkeit und des noch tieferen deutschen Vordringens in die Westgebiete. [...] Die Sozialdemokraten lassen sich von der unverhohlenen Parole „*Deutschland über alles*“ leiten und steuern zudem die Brüsseler Salons an.

Warschau, 28. Oktober 2001

[31]

* Bei der Parlamentswahl am 23. September 2001 siegte eine vom Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) und der Arbeitsunion (UP) gebildete Koalition, an deren Spitze der SLD-Vorsitzende Leszek Miller stand.

Jerzy Baczyński, Chefredakteur, in „Polityka“

Die Regierung von Leszek Miller hat eine wichtige Entscheidung getroffen und Polens Position in den Verhandlungen mit der Europäischen Union verändert. Das beständige Beharren auf einer 18-jährigen Schutzfrist für den Erwerb polnischer Grundstücke ist ebenso sinnlos geworden wie die Tatsache zu ignorieren, dass einige EU-Länder über die sofortige Öffnung der Grenzen für polnische Arbeitnehmer besorgt sind.

Warschau, 24. November 2001

[4]

Aus einer Debatte im Auswärtigen Ausschuss des Sejm

Gabriel Janowski, Abgeordneter der Liga Polskich Rodzin: Der Aufkauf von polnischem Grund und Boden ist nicht nur eine Gefahr, sondern eine Tatsache. [...] In den westlichen Ländern, vor allem in Deutschland, werden Vereine und Stiftungen gegründet, um den Erwerb von Land in Polen zu erleichtern. [...] Die gesamte deutsche Politik ist darauf ausgerichtet, eine neue Kolonisation in polnischen Gebieten zu ermöglichen.

Michał Tomasz Kamiński, Abgeordneter der Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit): Seit 1989 ist Polen kontinuierlich Gegenstand einer intensiven deutschen Nationalpolitik, die im Rahmen bestimmter Erklärungen von eindeutig freundlichen Gesten gegenüber Polen begleitet wird, aber nicht nur. [...] Es gibt auch eine harte Seite der deutschen Politik, die, selbst wenn sie nicht von der deutschen Regierung inspiriert ist, eine konsequente Politik der deutschen Nation gegenüber der polnischen Nation ist. Ihr sicherlich nicht zufälliges Phänomen ist, dass sich das deutsche Kapital, das Zeitungen aufkauft, in bestimmten Gebieten der Republik Polen konzentriert.

Danuta Hojarska, Abgeordnete der Partei Samoobrona (Selbstverteidigung): Die Menschen haben Angst davor, dass die Deutschen Grund und Boden aufkaufen. In der Nähe von Słupsk (Stolp) sind der Eigentümer eines landwirtschaftlichen Betriebs und sein Vorarbeiter Deutsche. Sie wenden sich auf Deutsch an die Mitarbeiter. Die Leute sind bestürzt.

Warschau, 4. Dezember 2001

[6]

Piotr Wierzbicki, Chefredakteur, in „Gazeta Polska“

Auf den Mauern Warschaus sind von der Liga Polnischer Familien und einigen anderen „patriotischen“, „nationalen“ und „für die Unabhängigkeit kämpfenden“ Organisationen unterzeichnete Plakate aufgetaucht. Die Plakate sind der Verteidigung unserer nationalen Interessen gewidmet. Sie sprechen über den Aufkauf von polnischem Grund und Boden. [...] Es stimmt nicht, dass Ausländer polnisches Land aufkaufen werden, wenn wir der EU beitreten. Sie werden es nicht kaufen, denn es wird allmählich immer teurer werden. Aber die Perspektive, Deutschen Grund und Boden zurückzugeben, weckt Ängste. Der Liga Polnischer Familien kommt diese Angst zugute.

Warschau, 19. Dezember 2001

[69]

**Markus Meckel, Abgeordneter der SPD, Vorsitzender
der Deutsch-Polnischen Parlamentariengruppe,
in „Rzeczpospolita“**

Der Bund der Vertriebenen und seine Vorsitzende Erika Steinbach setzen sich seit einiger Zeit für die Einrichtung eines Vertriebenenzentrums ein, das nach den Vorstellungen des Bundes unter Beteiligung des deutschen Staates in Berlin entstehen sollte. [...] Bei einer Podiumsdiskussion zur deutschen Kulturgeschichte in Osteuropa, die in Potsdam stattfand, äußerte der Kulturstaatsminister im Bundeskanzleramt, Julian Nida-Rümelin, seine Sympathie für den Vorschlag von Frau Steinbach. Ich habe daraufhin meine Ablehnung dieses Vorschlags bekräftigt und argumentiert, dass ich mir ein Vertriebenenzentrum nur unter ganz anderen Bedingungen vorstellen könnte, nämlich seine gemeinsame Einrichtung mit den Polen, etwa in Breslau. Auf diese Weise würden schon durch die Wahl des Standorts automatisch die beiden unterschiedlichen Geschichten der Vertriebenen nach Kriegsende 1945 zu Wort kommen, sowohl die Geschichte der aus den ehemaligen deutschen Gebieten vertriebenen Deutschen als auch die Geschichte der aus den ehemaligen polnischen Gebieten, die in der heutigen Ukraine, in Belarus und Litauen liegen, vertriebenen Polen, die sich aus der von Stalin angeordneten Westverschiebung Polens ergab. [...]

Deutschland und Polen befinden sich heute gemeinsam in den Strukturen der NATO, bald auch in der EU, und tragen gemeinsam die Verantwortung, nie wieder Vertreibungen und „ethnische Säuberungen“ zuzulassen. Unsere Nationen haben Lehren aus einer schwierigen und komplizierten Vergangenheit gezogen: Das Unrecht ist ans Licht gekommen, Worte der Vergebung sind geäußert worden, die Versöhnung hat verschiedene Formen angenommen und ist Realität geworden. Deshalb haben vielleicht gerade wir, Polen und Deutsche, die Chance, dieses für die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert so schwierige Kapitel der Vertreibung gemeinsam zu bewältigen. Wir sollten diese Aufgabe so angehen, dass sich die Menschen, die Opfer dieser Ereignisse waren, und zwar unabhängig von ihrer Nationalität, in ihrem Leid verstanden fühlen und ihr Schicksal als Warnung für die Zukunft wahrgenommen wird.

Warschau, 7. März 2002

[44]

Włodzimierz Borodziej, Historiker, in „Rzeczpospolita“

Wir werden dieses Thema nicht vermeiden können. Für uns ist es wichtig, dass es nicht einseitig dargestellt wird, damit nicht siebenzig oder achtzig Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs die Überzeugung entsteht, dass es sich um eine spezifisch deutsche Erfahrung handelt. Polnische Historiker und Publizisten haben in den letzten zwölf Jahren enorme Anstrengungen unternommen, um die ethnischen Säuberungen in polnischen Gebieten zu erforschen und zu besprechen, deren Opfer bis 1945 Juden und Polen und nach 1945 Deutsche, Polen und Ukrainer gewesen waren. Wir haben in dieser Debatte viel zu sagen, insbesondere die sehr aktive Gemeinschaft der Historiker in Breslau. Gerne hören wir auch anderen zu, vielen anderen, denn es gibt nichts Schlimmeres

als ethnischen Autismus. Was könnten wir uns also Besseres wünschen, als hier in Breslau ein internationales Zentrum für die Diskussion, Erforschung und Dokumentation einer der dramatischsten und gewaltigsten Erfahrungen des 20. Jahrhunderts einzurichten?

Warschau, 7. März 2002

[7]

**Adam Michnik, Chefredakteur der „Gazeta Wyborcza“,
und Adam Krzemiński in einem offenen Brief an
Bundeskanzler und Ministerpräsidenten**

——— Wir wenden uns mit dem dringenden Appell an Sie, den seit einiger Zeit diskutierten Gedanken zu unterstützen, ein solches Zentrum beziehungsweise Museum nicht in Berlin, sondern in Breslau zu bauen. Das wäre weder ein Museum nur deutschen Leidens und deutscher Klage, das Täter zu Opfern machte, noch ein Museum der polnischen Martyrologie und Kolonisation, sondern ein Museum der Katastrophe und ein Zeichen der Erneuerung unseres gemeinsamen Europas. [...] Breslau ist unsere gemeinsame [...] Stadt.

Der Zeitpunkt mag als nicht günstig für mutige Entscheidungen erscheinen: Polen tritt in die letzte, nervöse Phase der Verhandlungen mit der EU, in Deutschland herrscht Wahlkampf.

Warschau, 14. Mai 2002

[45]

Erika Steinbach in „Gazeta Wyborcza“

——— Ziel des Zentrums ist es, die Tragödie der Vertreibung der Deutschen, aber auch die Vertreibungen, von denen im 20. Jahrhundert 80–100 Millionen Menschen anderer europäischer Nationen betroffen waren, darzustellen. Wir wollen dies im Dialog mit den Nachbarn und im Geiste der Versöhnung tun. Ein solches Zentrum ist notwendig, weil Vertreibungen immer noch ein Mittel der Politik sind. [...] Das Zentrum sollte sich in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, befinden, weil es sich um ein europäisches Problem handelt. Deutsche Vertriebene kamen auch aus dem heutigen Russland, Jugoslawien, Ungarn oder der Tschechoslowakei, eine Reduzierung auf eine deutsch-polnische Frage wäre ein Fehler.

Warschau, 14. Mai 2002

[47]

**Peter Glotz, SPD-Politiker, Vorsitzender (zusammen
mit Erika Steinbach) der Stiftung Zentrum gegen
Vertreibungen, in „Gazeta Wyborcza“**

——— Es gibt Millionen von Menschen auf der Welt, die ihrer Heimat beraubt sind. Deshalb ist es notwendig, an Vertreibungen zu erinnern und bei dieser Gelegenheit auch die Erinnerung an die Vertreibung der Deutschen nach 1945 zu pflegen. Denn wir können nicht sagen, dass Vertreibungen im Allgemeinen ein Verbrechen sind, Vertreibungen von Deutschen aber nicht. Uns geht es darum, dass sich die Deutschen mit dem Problem der Vertreibung im globalen Maßstab auseinandersetzen können. In diesem Fall kann das Zentrum weder in Brasilien noch in Polen gebaut werden, sondern nur in Deutschland.

Es ist absurd, dass es Deutsche sind, die vorschlagen, das Zentrum in Breslau einzurichten.

Warschau, 14. Mai 2002

[47]

Helga Schulz, Historikerin an der Universität Viadrina, in „Rzeczpospolita“

Vertreibung ist nicht nur eine spezifisch deutsche Erfahrung. Meiner Meinung nach hat die ganze gegenwärtige Diskussion zu diesem Thema keinen wissenschaftlichen Aspekt und ist politisch motiviert. Sie wirkt im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union wie Sprengstoff auf die bilateralen Beziehungen [...]. Die enormen Fortschritte, die in der Debatte über die Vertreibung der Deutschen aus Polen und den ehemaligen deutschen Ostgebieten erzielt wurden, dürfen nicht wieder zunichte gemacht werden. Diese Gefahr besteht durch die politische Instrumentalisierung der gesamten Debatte. Es wäre gut, wenn das Zentrum gegen Vertreibungen eine Forschungseinrichtung, eine Begegnungsstätte und eine Ausstellung wäre. Es sollte unpolitisch sein. Breslau könnte ein geeigneter Standort für eine solche Einrichtung sein.

Warschau, 17. Mai 2002

[57]

Basil Kerski, Chefredakteur des Magazins „Dialog“, im Interview mit „Rzeczpospolita“

Die Regierungskoalition hat die Pläne des BdV nicht unkritisch bestätigt, sie hat kein Zentrum akzeptiert, das eine von Frau Steinbach geprägte Interpretation der Geschichte des 2. Weltkriegs und seiner Folgen präsentieren würde. Die Regierungsparteien können sich ein solches Zentrum ohne Beteiligung von Polen oder anderer europäischer Nationen nicht vorstellen. Ich befürchte jedoch, dass die Einrichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen, das sich ausschließlich auf diesen Aspekt der Folgen des 2. Weltkriegs konzentriert, trotz des guten Willens und des Geistes der Versöhnung die Gefahr von Missverständnissen und Relativierungen der historischen Ereignisse bergen kann.

Frau Steinbach vergisst, dass es das Dritte Reich war, das bereits 1939 mit ethnischen Säuberungen, mit der Vernichtung der Juden und der Vertreibung der Slawen aus Mitteleuropa, begann. Die rassistische Expansionspolitik hatte einen Bumerang-Effekt für Deutschland, denn sie zerstörte das deutsche Kulturerbe in Mittel- und Osteuropa, und im Schatten dieser „Rache“ an den Deutschen führten die kommunistischen Regierungen weitere ethnische Säuberungen durch, denen auch Polen und Ukrainer zum Opfer fielen. Diese Logik des 2. Weltkriegs kann ich in dem Konzept des BdV nicht erkennen. Frau Steinbach geht es ausschließlich darum, die Zuschüsse für die Vertriebenenverbände zu retten, in die während des Kalten Krieges viel staatliches Geld geflossen war. Steinbach hat festgestellt, dass die ethnischen Säuberungen in Europa in den letzten Jahren einen geistigen Schock auf unserem Kontinent ausgelöst haben. Sie versucht daher, die daraus resultierende Atmosphäre der Solidarität mit den Opfern der gegenwärtigen Vertreibungen für ihre Organisation zu nutzen.

Warschau, 17. Mai 2002

[32]

Antoni Macierewicz, Abgeordneter der Liga Polskich**Rodzin, in einer Fraktionserklärung**

Wir sind der Meinung, dass die Regierung der Republik Polen die Pflicht hat, gegen jede Initiative zu protestieren, die darauf abzielt, ein so genanntes Vertriebenenzentrum zu errichten, unabhängig davon, wo auch immer sie [die deutsche Regierung] es einrichten möchte, und die Idee, eine solche Einrichtung in Breslau anzusiedeln, sollte sofort zurückgewiesen werden. Wir möchten Sie daran erinnern, dass die Idee der Umsiedlung der Deutschen nach 1945 eine Konsequenz der Aggression Nazideutschlands gegen den polnischen Staat im Jahr 1939, der von den Deutschen während des 2. Weltkriegs begangenen Verbrechen und auch der gerechtfertigten territorialen Rückübertragung der Polen zustehenden Piastengebiete war. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung verließ diese Gebiete auf Veranlassung der Behörden des Dritten Reiches; der Rest wurde infolge eines Beschlusses der Potsdamer Konferenz umgesiedelt. Polen irgendeine Schuld oder Verantwortung in einer Situation zuschreiben zu wollen, in der bis heute nicht alle Nazi-Verbrecher bestraft worden sind und Kriegsreparationen sowie Entschädigungen für die schreckliche Zerstörung Polens nicht ausreichend geregelt sind, ist skandalös.

Warschau, 25. Mai 2002

[40]

Antoni Stryjewski, Abgeordneter der Liga Polskich**Rodzin, in einer Rede im Sejm**

Die Schlacht um Polen dauert an. Der Krieg gegen Polen läuft. So verstehen wir die laufenden Prozesse: die deutsche Wirtschaftsexpansion, die Befürwortung der Europäischen Union, die Welle von Gebietsansprüchen und diese Fälle sentimentaler Rückkehr.

Warschau, 7. Juni 2002

[64]

Edmund Stoiber, Ministerpräsident des Freistaates**Bayern und Kanzlerkandidat der CDU/CSU, in einer Rede auf dem Kongreß der Landsmannschaft Ostpreußen**

Alle Deutschen stehen insgesamt in der historischen Verantwortung für das, was von Hitler-Deutschland den Völkern Europas angetan wurde. [...] Gleichwohl steht das Unrecht der Vertreibung als ungelöstes Problem noch im Raum. Das sollte nicht so bleiben. Es ist für Polen wie für Deutschland, es ist für Europa besser, diese Wunden der Vergangenheit jetzt zu heilen, als sie in die Zukunft mitzuschleppen. [...] Wenn es in der Entschließung des Europäischen Parlaments heißt, daß durch „die Erweiterung der Europäischen Union die Wunden vieler historischer Zwiste geschlossen werden können“, so muß natürlich auch über die Dekrete gesprochen werden, aufgrund derer die Deutschen entrechtet und vertrieben wurden. Solange sie Gültigkeit haben, bleiben Wunden offen. Sie widersprechen den europäischen Werten und Rechtsordnung. Kollektive Vertreibung war und bleibt Unrecht. Ich habe immer gesagt: Es liegt im eigenen Interesse Polens, sich von diesem Teil der Vergangenheit verbindlich und versöhnend zu trennen.

Leipzig, 23. Juni 2002

[48]

Aus einer Erklärung des Auswärtigen Ausschusses des Sejm

— Die Rede [...] von Edmund Stoiber stellt tatsächlich den rechtlichen und sozialen Status sowie die Eigentumsverhältnisse in den polnischen wiedergewonnenen Gebieten in Frage. So kommt es zu erneuten Kontroversen nicht nur über Entscheidungen, die die international umfassendste Reaktion auf die Beseitigung der Unabhängigkeit Polens und die Verbrechen an unserem Volk darstellten, und vor allem eine einvernehmliche Entscheidung der Mächte der Anti-Hitler-Koalition auf der Potsdamer Konferenz waren.

Warschau, 5. Juli 2002

[28]

Klaus Bachmann in „Rzeczpospolita“

— Der Bundestag hat [...] eine EntschlieÙung verabschiedet, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, ein „Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen“ zu schaffen. Er übernahm damit die Version von SPD und Grünen, die ein Zentrum vorsieht, das sich auf die Dokumentation von Vertreibungen in Europa im 20. Jahrhundert, darunter Vertreibungen von Deutschen, konzentriert. Damit ist dieser Plan etwas weniger germanozentrisch und ambitionierter als das Konzept der Christdemokraten und der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach. Vor dem Hintergrund der deutsch-polnischen Debatte darüber, ob das Zentrum seinen Standort in Berlin oder Breslau haben sollte, sollte man darauf hinweisen, dass die EntschlieÙung keine der beiden Optionen vorwegnimmt. Sie ist vorerst symbolisch, weil weder das Geld für den Bau des Zentrums noch ein Konzept für ein „europäisches Zentrum“ vorhanden ist.

Warschau, 8. Juli 2002

[3]

Zbigniew Gluza, Leiter des Zentrums KARTA, in „Rzeczpospolita“

— Deutsche Parlamentarier haben Länder, die von der Katastrophe der Massenvertreibungen im 20. Jahrhundert betroffen waren, eingeladen, über die Form eines europäischen Zentrums zu diskutieren, das sich mit diesem Problem befassen soll. Im Namen des Zentrums KARTA [...] stelle ich den Entwurf für ein Zentrum „über Grenzen hinweg“ vor. [...] Wir schlagen vor, die neue Einrichtung ‚Zentrum für die Dokumentation von Vertreibungen‘ zu nennen [...]. Die Dokumentation in den Mittelpunkt zu stellen, bedeutet, dass das Hauptziel der internationalen Bemühungen darin bestünde, Informationen über Zwangsmigrationen der Bevölkerung Europas nach 1939 zusammenzutragen [...]. In ausgewählten Fällen all jener, bei denen die Vertreibung den Verlust des Lebens zur Folge hatte, und derjenigen, bei denen das Ausmaß der Qualen eine Todesgefahr bedeutete, wäre dies eine namentliche Dokumentation. Wir sind uns bewusst, dass es den ursprünglichen Initiatoren des Zentrums vor allem darum ging, ein Denkmal mit Symbolcharakter zu bauen, eine eindrucksvolle museale Präsentation, die vor derartigen Massenverbrechen warnen würde. Man kann ein solches Konzept nachvollziehen, zumal es in gewisser Weise die einfachste Art ist, dieses Anliegen weiter zu verfolgen. [...]

Im Rahmen vieler wechselseitiger Dokumentationspflichten obliegt es Polen, das Schicksal der von der polnischen Verwaltung in der Nachkriegszeit

vertriebenen Deutschen zu dokumentieren. Insbesondere derjenigen, die während der Vertreibung gestorben sind und deren Geschichte oft nur in polnischen Dokumenten festgehalten ist. [...] Dabei geht es nicht um ein spontanes politisches Ziel, sondern um das Erinnern! Bei einer solchen Formel ist die Entscheidung, wo sich das Zentrum befinden sollte, eine zweitrangige Frage.

Warschau, 30. Juli 2002

[25]

Erika Steinbach im Interview mit der „Frankfurter Rundschau“

——— Wir wollen, dass das Thema Vertreibungen als ein wesentlicher Teil der deutschen und europäischen Geschichte in der Hauptstadt verankert wird. Außerdem war die Vertreibung der Deutschen die größte, die jemals auf der Erde stattgefunden hat, mit tiefgreifenden Veränderungen in ganz Ost- und Mitteleuropa [...]. Unser Projekt wird keine Relativierung sein.

Frankfurt am Main, 17. August 2002

[43]

**Janusz Dobrosz, Abgeordneter der Bauernpartei PSL,
in einer Rede im Sejm**

——— Die offensichtliche Stärkung der politischen Unabhängigkeit Deutschlands in den letzten Jahren wirft die Frage auf, ob die junge deutsche Demokratie nicht versucht sein wird, unter dem Vorwand, nationale Interessen zu verfolgen, Europa nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Wir Polen müssen für diese Gefahr besonders sensibel sein, weil [...] in Deutschland immer noch der Artikel 116 des Grundgesetzes gilt, der dem internationalen, auch von Deutschland selbst, anerkannten Status der wiedergewonnenen polnischen Gebiete eindeutig widerspricht. Die stärksten politischen Parteien Deutschlands, angeführt von der CDU/CSU und der FDP, fordern offiziell die Rückgabe oder Entschädigung von beweglichem und unbeweglichem Eigentum, das schon seit vielen, vielen Jahren polnischen Einzeleigentümern in den wiedergewonnenen Gebieten gehört. Die Frage ist also: Werden diese Absichten später, wenn sie mit dem europäischen Recht konfrontiert werden, gestärkt oder geschwächt werden?

Warschau, 22. Januar 2003

[65]

**Aus dem *Brief der Acht*, der von den Staats-
und Regierungschefs acht europäischer Länder,
darunter Polens, unterzeichnet wurde**

——— Wir in Europa haben eine Beziehung zu den Vereinigten Staaten, die sich im Laufe der Zeit bewährt hat. [...] Dank der kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten waren wir in der Lage, Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent zu gewährleisten. Das transatlantische Verhältnis darf der anhaltenden Bedrohung der Weltsicherheit durch das irakische Regime nicht zum Opfer fallen. [...]

Wir müssen weiterhin geeint anstreben, dieses Regime zu entwerfen. Die Solidarität, der Zusammenhalt und die Entschlossenheit der internationalen

Gemeinschaft sind unsere größte Hoffnung, dies friedlich zu erreichen. Unsere Stärke liegt in der Einigkeit*.

London, 30. Januar 2003

[20]

Adam Krzemiński in „Polityka“

—— Auf den ersten Blick ist der Eindruck verblüffend. Großbritannien, Spanien, Portugal, Italien, Dänemark, die Tschechische Republik, Ungarn und Polen sind das „neue Europa“, von dem US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld eine Woche zuvor sprach: unternehmerisch, mutig und pro-amerikanisch. Wie ein warmer, fleischiger Bagel umgibt es ein träges Deutschland und ein selbstgefälliges Frankreich**, die sich für den harten Kern Europas halten, in Wirklichkeit aber nur das „alte Europa“ sind, das bereits der Vergangenheit angehört. [...]

Auf den zweiten Blick ist der Eindruck bereits schlechter. Und zwar aus drei Gründen. Erstens haben die Verfasser des Aufrufs nur 48 Stunden, nachdem sich die fünfzehn Außenminister in Brüssel auf eine gemeinsame Position zum Irak geeinigt hatten, die Divergenzen innerhalb der EU verschärft und damit die Anfänge einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU bewusst lächerlich gemacht. [...] Zweitens [...] handelt es sich jedoch sowohl in der bestehenden als auch in der erweiterten EU um eine Minderheit. Sie ist sowohl eine arithmetische Minderheit als auch eine Minderheit, was die Stimmung in der Gesellschaft betrifft. Denn von Großbritannien bis Polen ist die Abneigung, sich an dem Krieg gegen den Irak zu beteiligen, größer als die Bereitschaft, ohne UN-Mandat an ihm teilzunehmen. Dass sich die Verfasser des Aufrufs nur an die Regierungschefs ausgewählter Länder wenden, führt zu unangenehmen Spannungen innerhalb der EU und birgt die Versuchung eines Gegenangriffs des „alten Europas“. Daraus ergibt sich der dritte Punkt, der unsere polnischen Angelegenheiten betrifft: Premierminister Leszek Miller [...] hat mit einem Federstrich seine kollegiale Loyalität zu Schröder aufgekündigt [...].

Man kann sagen, dass es in der Politik keine Freundschaften gibt, sondern nur Interessen, aber selbst in der Geschäftswelt nutzt man Telefone. Es stellt sich daher die Frage, ob der Premierminister die gesamte bisherige Konstruktion der polnischen Europapolitik bewusst neu ausgerichtet hat, indem er sich von Deutschland und Frankreich distanzierte [...]. Hoffen wir, dass für gute transatlantische Beziehungen nicht in unmittelbarer Nachbarschaft Zwietracht entsteht. Es sei denn, gute Geschäfte mit den USA erlauben es, über das hinwegzusehen, was Hans-Dietrich Genscher und Krzysztof Skubiszewski einst die deutsch-polnische Interessengemeinschaft genannt haben. Diese besteht schließlich weiterhin. Oder vielleicht nicht mehr?

Warschau, 8. Februar 2003

[33]

* *Der Brief der Acht* sollte Ausdruck der Unterstützung für die US-Politik gegenüber dem Irak sein.

** Deutschland und Frankreich haben die Intervention der USA und ihrer Verbündeten, einschließlich Polens, im Irak im Jahr 2003 nicht unterstützt.

Präsident Aleksander Kwaśniewski im Interview mit „Der Spiegel“

Die Bezeichnungen neues und altes Europa sind falsch. Polen ist altes Europa, wir leben hier seit über tausend Jahren. [...] Wir müssen aber zu einer engen transatlantischen Zusammenarbeit zurückfinden. [...] Diese Unterstützungsadresse [für USA] ist nicht in Warschau oder Budapest entstanden, sondern in Madrid oder London. Selbstverständlich hätten unsere deutschen und französischen Partner sofort darüber unterrichtet werden sollen. Aber wir konnten doch wohl davon ausgehen, dass [Premierminister von Großbritannien] Tony Blair längst mit dem deutschen Kanzler gesprochen hatte. Die Telefone haben also nicht nur bei uns, sondern auch bei Ihnen sehr schlecht funktioniert. Aber Sie haben schon Recht: Man hätte einander angesichts einer solchen Initiative besser informieren müssen. [...]

Unsere Position ist klar. Wir wollen die transatlantische Partnerschaft fördern. Aber selbstverständlich ist auch Europa ein sehr wichtiger Partner. [...] Gute deutsch-amerikanische Beziehungen bedeuten nämlich auch für Polen mehr Sicherheit.

Hamburg, 28. April 2003

[37]

Aus Informationen im „Dialog“

Am 9. Mai 2003 kamen Bundeskanzler Gerhard Schröder, der polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski und der französische Staatspräsident Jacques Chirac in Breslau zu einem Treffen im Rahmen des Weimarer Dreiecks zusammen. Die Staats- und Regierungschefs der drei Ländern bekräftigten ausdrücklich ihr Bekenntnis zum Weimarer Dreieck, dessen Auftrag weiterhin darin bestehe, die Netze der Kooperation immer dichter zu knüpfen.

Breslau, 9. Mai 2003

[51]

Władysław Bartoszewski, Vorsitzender der staatlichen Organisation Rat zur Bewahrung des Gedenkens an Kampf und Martyrium, in „Rzeczpospolita“

So lebt in Deutschland eine chauvinistische gedankliche Schönfärberei wieder auf, ein altes Kapitel wird aufgeschlagen, um das Bewusstsein der Menschen zu manipulieren.

Warum wurde die Entstehung eines Zentrums gegen Vertreibungen im Jahr 2002 zum Thema gemacht? Um das falsche Bewusstsein zu schaffen, dass die Opfer des 2. Weltkriegs neben den Juden [...] hauptsächlich Deutsche waren? Ist dies eine versteckte Philosophie, um ein falsches Bewusstsein bei den Deutschen selbst und in einem zukünftigen Europa entstehen zu lassen? Dem sollten sich die Deutschen im eigenen Interesse entgegenstellen. Wir in Polen hingegen können dies nicht akzeptieren. Wir können daher ein Zentrum zur historischen Erforschung von Aktionen gegen die Menschlichkeit oder von Umsiedlungen in Europa befürworten, vorzugsweise in Straßburg, auf dem Balkan oder an Orten wie Görlitz-Zgorzelec. Aber Berlin ist für Polen zum einen ein Symbol für die preußische Herrschaft und ihre Germanisierung, die Unterdrückung der Slawen, und zum anderen für den Nationalsozialismus;

und für die polnischen und europäischen Juden darüber hinaus der Ort der Konferenz über die „Endlösung der Judenfrage“ [...].

Wenn wir das Gedenken pflegen sollen, sollten wie dies im Ganzen und nicht selektiv tun. Nicht durch die Einrichtung irgendeines Zentrums in Berlin, das gegen Aussiedlungen geschaffen wird oder sich mit den Aussiedlungen von Deutschen aus Polen oder der Tschechischen Republik, Ungarn oder Rumänien befasst. Es sollte ein europäisches Zentrum für Bildung, Forschung, vielleicht sogar ein Museum, werden, das gegen die Verletzung der Menschenrechte kämpft, die für uns das Fundament darstellen. Das wäre [...] ehrlicher und leichter verkraftbar auch für die Deutschen selbst, wenn gezeigt werden würde, dass sie nicht die einzigen sind, die in der Geschichte auf Abwegen waren. [...]

In der Zwischenzeit ist vergessen worden, dass unglaublich viel erreicht worden ist. Wir haben derzeit die besten Beziehungen zur deutschen Nation, die es je gegeben hat. Wir haben eine gemeinsame friedliche Grenze, uns verbinden hunderte alltägliche Dinge. Wir sind seit vier Jahren gemeinsam in der NATO, wir treten der Europäischen Union bei. Schließlich sind wir der sechsgrößte Staat in Europa. Es liegt im aktuellen und zukünftigen Interesse von Deutschen und Polen, sehr gut zusammenzuleben.

Warschau, 15. Juli 2003

[5]

Joschka Fischer in einem Interview mit „Die Zeit“

——— Wenn man des Schicksals der Vertriebenen in einer nationalen Fassung gedenken will, dann brauchen wir keine Gedenkstätte zu Ehren der Vertriebenen, sondern etwas, das an das deutsche Selbsterstörungswerk erinnern würde. Wenn man dagegen von einem Protest „gegen Vertreibungen“ als Ausgangspunkt ausgeht, dann braucht man einen europäischen Kontext; wir können uns nicht auf ein nationales Projekt stützen. Andernfalls entstünde der berechtigte Eindruck, es gehe letztlich um eine Umschreibung der Geschichte und eine Umkehrung des Täter-Opfer-Verhältnisses.

Berlin, 28. August 2003

[21]

Premierminister Leszek Miller in „Gazeta Wyborcza“

——— Jede Nation hat das Recht, ihrer Opfer zu gedenken. Aber sie sollte nicht die Geschichte verfälschen und die Unterschiede zwischen Ursache und Wirkung, Verbrechen und Strafe verwischen. Die Einigung Europas erfordert nicht nur die Zügelung nationaler Egoismen, sondern auch – vor allem von den Deutschen – das Nachempfinden des Standpunkts ihrer Nachbarn. [...] Man kann von den Polen Mitgefühl, Anteilnahme am Schicksal der Deutschen, ja sogar Scham und Mitleid für Brutalitäten erwarten, aber nicht die Verdammung der Aussiedlungen verlangen. Nicht nach diesem Krieg.

Warschau, 1. September 2003

[43]

Erika Steinbach in einer Rede am Tag der Heimat

——— Ich finde die öffentliche Diskussion über das Für und Wider der *Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen* grundsätzlich schrecklich. An ihr beteiligen sich Personen,

die sich viele Jahre lang nicht mit diesem Thema befasst haben. Ich befürworte eine Diskussion, in der alle Fragen gestellt werden. Wir wollen einen Dialog mit unseren Nachbarn. [...] Wir als Vertriebene können sagen: „Wir bitten um Vergebung und wir vergeben“.

Berlin, 6. September 2003

[39]

**Angela Merkel, Bundesvorsitzende der CDU,
in einer Rede im Bundestag**

Die Gründung eines solchen Zentrums ändert überhaupt nichts an der Auseinandersetzung mit dem Unrecht, das Deutschland über die Welt gebracht hat. Aber auch Deutschen ist Unrecht passiert. Die Frage, ob wir in Deutschland und in Berlin die Kraft haben, uns in einem solchen Zentrum mit diesem Teil unserer Geschichte auseinander zu setzen [...]. Nichts, aber auch gar nichts spricht gegen ein europäisches Netz solcher Gedenkstätten. Aber auch in Deutschland – mit 12,5 Millionen Betroffenen – müssen wir doch die Kraft haben, damit verantwortungsvoll umzugehen. Deshalb unterstütze ich ausdrücklich mit unserer Fraktion die Initiative des Bundes der Vertriebenen (*Beifall bei der CDU/CSU*).

Berlin, 10. September 2003

[13]

Erich Wiedemann, Journalist, in „Der Spiegel“

Seitdem BdV-Chefin Erika Steinbach [...], am Dienstag bei einer Fernsehdiskussion in der Redaktion der Zeitung „Rzeczpospolita“ ihre Vorstellungen von dem Projekt erläutert hat, sind deutsche Vertriebenenpolitiker eine gefährdete Spezies in Polen. Auch ganz normale Deutsche bekommen die Empörung zu spüren. Seit kommunistischen Zeiten hatte Deutschland in Warschau nicht mehr so eine schlechte Presse. Das Nachrichtenmagazin „Wprost“ druckte vorige Woche auf der Titelseite eine bössartige Fotomontage, auf der Steinbach in SS-Kluft einen schafsköpfigen Kanzler Schröder zureitet. Dazu die Zeile: „Die Deutschen schulden Polen für den 2. Weltkrieg eine Billion Dollar“.

Und das Boulevardblatt „Super Express“ ulkte: „Tochter eines Besitzers verzeiht uns!?“ Das war eine unverhohlene Anspielung auf die Tatsache, dass Erika Steinbach als Spross eines Wehrmachtsoffiziers im Alter von kaum zwei Jahren aus der Provinz Westpreußen vertrieben worden war, die deutsche Truppen 1939 für Hitler erobert hatten. Steinbach hatte in dem „Rzeczpospolita“-Kolloquium gönnerhaft ihre Bereitschaft erklärt, den Polen zu verzeihen.

Seit die Verbandschefin damit gedroht hat, den Polen könne der Zutritt zur EU verwehrt werden, wenn sie nicht von ihrer vertriebenenfeindlichen Politik abließen, ist das CDU-Vorstandsmitglied in Polen wesentlich prominenter als in Deutschland. Viele Polen, vor allem in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, werteten das als handfeste Drohung. Sie fürchteten, dass die deutschen Alteigentümer ihren Besitz zurückfordern könnten.

Hamburg, 22. September 2003

[68]

RANKING - TUSK I ROKITA GONIA KWAŚNIEWSKIEGO
SEKS W LODÓWCE | TRUJĄCE MIESZKANIA

21 września 2003 | NR 38 | Cena 4 zł

www.wprost.pl

wprost

**BILION
DOLARÓW
NIEMCY
SĄ WINNI
POLAKOM
ZA II WOJNĘ
SWIATOWĄ**

Wydawca: C.E. Media Group

Redakcja: ul. Chałubińskiego 19, 00-620 Warszawa, tel. 22 634 12 34, fax 22 634 12 35, e-mail: redakcja@wprost.pl



Titelseite des Nachrichtenmagazins „Wprost“ vom 21. September 2003:
Deutsches Trojanisches Pferd. Fotomontage von Erika Steinbach
auf dem Rücken von Bundeskanzler Gerhard Schröder

Włodzimirz Cimoszewicz, Außenminister, in einem Interview mit der Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“

—— Frau Steinbach war eine der wenigen Bundestagsabgeordneten, die gegen die Ratifizierung des deutsch-polnischen Vertrags gestimmt haben. Damit hat sie gezeigt, dass sie nicht gewillt ist, normale Beziehungen zwischen unseren Nationen zu schaffen. Wenn sie nun eine Initiative wie dieses Zentrum vorschlägt, können wir mit Recht vermuten, dass sie ähnliche Absichten verfolgt.
Warschau, 28. September 2003 [43]

Präsidenten Aleksander Kwaśniewski und Johannes Rau in einer gemeinsamen Erklärung

—— Umsiedlung, Flucht und Vertreibung sind Teil der Geschichte Europas und damit auch Teil seiner Identität. Angesichts dieser bitteren Vergangenheit müssen wir unsere Anstrengungen für eine bessere Zukunft vereinen. Wir müssen der Opfer gedenken und dafür sorgen, dass es die letzten waren. Jede Nation hat das selbstverständliche Recht, um sie zu trauern, und es ist unsere gemeinsame Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass Erinnerung und Trauer nicht missbraucht werden, um Europa erneut zu spalten. Deshalb darf es heute keinen Raum mehr geben für Entschädigungsansprüche, für gegenseitige Schuldzuweisungen und für das Aufrechnen der Verbrechen und Verluste.
Danzig, 29. Oktober 2003 [8]

Krystyna Grzybowska, Journalistin, in „Gazeta Polska“

—— Es wird höchste Zeit, damit aufzuhören zu wiederholen, dass wir Polen Mitleid mit den deutschen Opfern der Vertreibungen nach dem 2. Weltkrieg empfinden. Es gibt keinen Grund für uns, uns vor der neuen Generation von Nationalisten zu demütigen. Sie haben kein Mitleid mit uns. Auch unser Mitgefühl interessiert sie nicht. Sie wollen ein anderes Deutschland – rein und unschuldig wie eine Träne, damit sie anderen Völkern hemmungslos vorschreiben können, wie sie zu leben und was sie zu denken haben. Und sie träumen davon, dass Deutschland eine europäische Macht ohne Makel wäre. Solange sich Nationalismus und Antisemitismus auf rechtsextreme Organisationen und die Leute von Erika Steinbach beschränkten, konnte man ruhig schlafen. Wir haben uns darauf verlassen, dass die Politiker im Bundestag die politische Elite Deutschlands sind, die in einer demokratischen Abstimmung von demokratischen Deutschen gewählt wurde. Menschen, die es nicht wagen, die Schwelle des elementaren Anstands zu überschreiten. Es zeigt sich, dass wir uns geirrt haben. Das ist ein weiterer Grund, den Deutschen aufmerksam auf die Finger zu schauen.
Warschau, 5. November 2003 [26]

Zbigniew Gluza

—— Die Konrad-Adenauer-Stiftung organisierte in Warschau – als Reaktion auf die wachsenden Spannungen im Zusammenhang mit der Diskussion über das Zentrum gegen Vertreibungen [...] – ein Treffen mit einem Dutzend Personen aus Polen und Deutschland, bei dem es um den Kern dieser plötzlichen

Missverständnisse zwischen Polen und Deutschen ging. Es wurde eine angenehme, freundliche Atmosphäre geschaffen, die Einführung war ungemein versöhnlich. Es zeigte sich jedoch bald, dass die deutsche Seite (darunter die Anhänger Steinbachs) geschlossen auftrat, und im Gegenzug begannen auch die polnischen Gäste, die unterschiedliche Kreise und verschiedene Ansichten vertraten, immer deutlicher mit einer einzigen, nicht zu unterscheidenden Stimme zu sprechen: einer entschlossenen Formulierung des homogenen polnischen Standpunkts. In dieser (intellektuell bzw. ideologisch) sehr differenzierten Gesprächsrunde standen sich auf beiden Seiten zwei gegensätzliche Lager fest gegenüber.

Zu diesem Zeitpunkt stellte sich heraus, dass alle in einer völlig misslichen Lage waren: Die Polen und die Deutschen, die durch eine gewisse situative (politisch-mediale) Trägheit in nationales Denken gezwungen werden, berufen sich reflexartig auf ein scheinbar veraltetes Schema, nämlich den Vorrang der nationalen Vernunft vor anderen Argumenten... In einem demokratischen Europa, in dem die Menschenrechte die Ordnungsgrundlage bilden, sind beide Seiten plötzlich bereit, sich nach einer solchen archaischen Regel zu richten und zu spalten. Das ist deutlich ein künstlich geschaffener, aber gefährlicher Prozess. Da es keine tatsächliche Form einer deutsch-polnischen Front gibt, kann, wenn eine solche Haltung auftritt, von einem scheinbaren, ideologisierten Konflikt ausgegangen werden.

Warschau

[30]

Ludger Volmer, Abgeordneter der Bündnis 90/Die Grünen,

Staatsminister im Auswärtigen Amt, in einer Rede im Bundestag

——— Wer Frau Steinbach und die Vertriebenenverbände hört, der muss einfach das Gefühl bekommen, dass [...] ein längst überwunden geglaubter Revanchismus wieder Einzug hält. [...] Wenn nun entsprechende juristische Klagen [zum Schutz des Eigentums] in Polen eingehen, dann wird diese Auffassung von polnischer Seite durchaus unterstützt und verifiziert. Es sind die Polen, die uns darauf aufmerksam gemacht haben, dass Frau Steinbach selbst gar keine Vertriebene ist. Frau Steinbach kommt gar nicht aus einer Vertriebenenfamilie. [...] Der Vater von Frau Steinbach war ein Wehrmachtsoffizier, der im Osten stationiert wurde. [...] Sollten wir im Deutschen Bundestag ganz klar machen, dass in der deutschen Außenpolitik überzogener Nationalismus und Revanchismus für alle Zeit keinen Platz mehr haben werden.

Berlin, 26. November 2003

[15]

**Anna Wolff-Powęska, Historikerin, Direktorin
des Instytut Zachodni (Westinstitut), in der
Vierteljahresschrift „Przegląd Zachodni”**

——— Erika Steinbach fordert keine Entschuldigung oder Wiedergutmachung für die Luftangriffe und Bombardierungen durch die siegreichen Westalliierten oder für die Vergewaltigungen und den erlittenen Terror seitens der Russen beim Näherrücken der Ostfront an Deutschland. Briefe mit Aufforderungen zum

Verlassen von Häusern und Drohungen wie „Wir kehren hierher zurück“ werden nicht an die Einwohner von Königsberg (Kaliningrad) gerichtet, sondern ehemalige Aussiedler aus dem Osten, die auf ärmlichen Bauernhöfen in Niederschlesien leben. Man kann in einer solchen Haltung das übliche politische Spiel der Vertriebenenaktivisten und ihrer Politiker erkennen. Für viele Polen ist diese Haltung Ausdruck von Missachtung und dem Wunsch, einen schwächeren Nachbarn zu demütigen.

Posen, Januar 2004

[70]

**Roland Freudenstein, Leiter des Arbeitskreises Politik
der Konrad-Adenauer-Stiftung, im „Dialog“**

——— Ist von der in den neunziger Jahren beschworenen Interessengemeinschaft überhaupt etwas übriggeblieben? – Nicht allzu viel [...]. Muss man ehrlich genug sein, den Scherbenhaufen erst einmal anzuerkennen. Und der präsentiert sich im Moment so: Auf keinem der strategischen Schlüsselgebiete der deutsch-polnischen Partnerschaft haben Warschau und Berlin echte gemeinsame Interessen, die auch in beiden Ländern innenpolitisch anerkannt sind. Im Gegenteil, nach der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 drohen die Interessenkonflikte an Zahl und Intensität zuzunehmen.

Berlin, Januar 2004

[22]

**Angelica Schwall-Düren, Abgeordnete der SPD,
in einer Rede im Bundestag**

——— Es ist in der Tat schmerzhaft, dass durch verschiedene Ereignisse des Jahres 2003 das bereits entstandene Vertrauensverhältnis zwischen Polen [...] und Deutschland gestört wurde. Die Schatten der Vergangenheit haben die Beziehungen wiederum überlagert. [...] Wir alle wissen, dass die Regierung wie auch die große Mehrheit der Bevölkerung diese [deutsche] Entschädigungsforderungen ablehnt. Wir haben die Bitte an Polen, zu erkennen, dass Deutschland seine Interessen ausschließlich in Übereinstimmung mit seinen Nachbarn umsetzen will und umsetzen kann.

Berlin, 13. Februar 2004

[16]

**Władysław Bartoszewski während der Diskussion
Die polnische Staatsräson und das deutsche Problem
im Instytut Zachodni**

——— Ich stimme zu, dass in den deutsch-polnischen Beziehungen fast ein Wunder geschehen ist. Was kann man nach nur vierzehn Jahren noch erwarten? Man sollte mit den Erwartungen nicht übertreiben. Das deutsche Problem und unsere Position in Europa werden in hohem Maße von der Selbstidentifikation der Deutschen abhängen. Wird Deutschland einer der seriösen Staaten Europas bleiben oder wird sich dort ein imperialistischer Populismus entwickeln? Aber was auch immer geschieht, wir werden auf jeden Fall neben Deutschland auf der Landkarte bleiben.

Posen, 19. April 2004

[52]



Zittau, an der Grenze zu Polen und Tschechien, 1. Mai 2004.
Von links: Der tschechische Premierminister Vladimír Špidla,
Bundeskanzler Gerhard Schröder, der polnische Premierminister
Leszek Miller und der EU-Kommissar für Erweiterung Günter
Verheugen hissen die Flagge der Europäischen Union während
der Feierlichkeiten zur Erweiterung der EU um zehn neue Länder
FOT. HERBERT KNOSOWSKI / EAST NEWS / AP PHOTO

Christian Wulff, Ministerpräsident von Niedersachsen

——— Angesichts des Beitritts Polens zur Europäischen Union veranstalteten wir [...] im Opernhaus unserer Landeshauptstadt Hannover ein großes Konzert mit Musik aus den neuen Beitrittsländern in Mittel- und Osteuropa, um den kulturellen Reichtum Europas und den Gewinn durch die EU-Osterweiterung hörbar zu machen. Am Ende standen wir um Mitternacht [...], als der Beitritt Polens erfolgte, mit dem polnischen Generalkonsul auf der Bühne und sangen gemeinsam die Europahymne.

Hannover, Nacht 30. April/1. Mai 2004

[7]

Włodzimierz Cimoszewicz

——— Wirklich bewegt war ich um Mitternacht in der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai 2004, dem Augenblick, in dem wir tatsächlich der EU beigetreten sind. Ich stand damals gemeinsam mit dem deutschen Außenminister Joschka Fischer auf der Słubice und Frankfurt verbindenden Oderbrücke. Wir waren von tausenden Polen und Deutschen umgeben. An diesem Tag, in dieser Nacht, wurden alle formellen Anforderungen an einen Grenzübertritt aufgehoben. [...]

Die Leute haben sich vermengt, gingen Seite an Seite. Polen gingen auf ein Bier nach Deutschland, Deutsche gingen auf ein Bier nach Polen. Um Mitternacht, als all die Feuerwerkskörper in den Himmel flogen, fielen Joschka und ich uns in die Arme und waren uns bewusst, dass auch wir in diesem Moment Geschichte schreiben.

Słubice / Frankfurt (Oder), 1. Mai 2004

[19]

Slalom

MAI 2004

MÄRZ 2009

Nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union wird die polnische Annäherung an Deutschland erneut von der Preußischen Treuhand erschwert, die mit Besitzforderungen und Klagen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte droht. Außerdem gibt es weiterhin konfliktschwangere Ankündigungen der Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen. In ihrer Antwort zählen die Behörden Warschau die zahlreichen Verluste auf, die die Stadt infolge des 2. Weltkrieges erlitten hat. In der polnischen Politik sind sowohl proeuropäische – Bündnis der Demokratischen Linken (SLD), Bürgerplattform (PO) – als auch antieuropäische, die polnisch-deutsche Versöhnung sabotierende Parteien – Liga Polnischer Familien (LPR) und Recht und Gerechtigkeit (PiS) – repräsentiert. Aussichten auf ein „neues Kapitel“ in den gegenseitigen Beziehungen bieten sich im Herbst 2005. Angela Merkel wird deutsche Bundeskanzlerin und steht an der Spitze einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD. In Polen erringt die PiS einen doppelten Sieg: in den Parlaments- und in den Präsidentschaftswahlen. Die Präsidentschaftskampagne eröffnet eine im Warschauer Nationalmuseum unter Jan Matejkos Bild *Die Schlacht bei Grunwald* (Tannenberg) organisierte Pressekonferenz. Im Verlauf dieser Kampagne beschuldigt ein Propagandist der PiS Donald Tusk (PO), dessen Großvater hätte Deutschland gedient; das Thema des „Großvaters von der Wehrmacht“ hat Einfluss auf die Wahlergebnisse: Staatspräsident wird Lech Kaczyński (PiS), und in Polen gewinnt eine Politik der Abkühlung der Beziehungen zu Deutschland die Oberhand. Polen und Deutschland antagonisiert auch das Thema der geplanten Gasleitung von Russland nach Deutschland Nord Stream 2. Diese Angelegenheit belastet im Herbst 2007 noch die Koalitionsregierung der PO mit der Bauernpartei PSL unter dem Premierminister Donald Tusk.

Janusz Gołębiowski, Wirtschaftswissenschaftler

—— Der 1. Mai 2004 hat nachdrücklich bestätigt, dass Warschau und Berlin sich trotz riesiger Potenzialunterschiede auf derselben Umlaufbahn befinden. Deutschland hat Polen Wohlwollen und Hilfe auf dem Weg nach Europa geleistet. Die europäische Integration hat als Instrument der Versöhnung gute Dienste erwiesen, aber es wäre naiv zu meinen, dass alle Interessen Polens und Deutschlands jetzt konvergent wären. [...] Die deutsch-polnische Partnerschaft sollte zur Erstellung einer gemeinsamen strategischen Vision der Integration Osteuropas und zur Schaffung eines Konsensus zu dieser Frage innerhalb der EU führen. Die Erweiterung der Europäischen Union hat dazu geführt, dass in den bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen eine bestimmte Etappe nun abgeschlossen ist und dass ihre bisherige Formel sich erschöpft hat. Eine deutliche Sicht in die Zukunft erfordert auch die Berücksichtigung des in beiden Ländern stattfindenden Generationswechsels. Generell wirkt sich die dynamische Entwicklung der historischen Versöhnung zugunsten einer Annäherung aus.

Warschau

[18]

**Volker Berresheim, Leiter der Wirtschaftsabteilung
der deutschen Botschaft in Warschau**

—— Die Erwartungen in Bezug auf beide Länder [im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung] sind hoch. Entsprechend groß ist auf beiden Seiten das Risiko, wichtige Partner zu enttäuschen, da der politische Spielraum in beiden Ländern in Wirklichkeit viel begrenzter ist, als dies bei oberflächlicher, öffentlicher Beurteilung – manchmal sogar auf parlamentarischem Forum – scheinen mag. [...] Für Deutschland ist Polen nach Frankreich der zweitgrößte Nachbar. Deutschland ist sehr daran interessiert, dass der Beitritt [zur EU] für Polen einen neuen Schritt nach vorn bedeutet, und zwar nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Letzteres ist sicher, aber mit dem Wegfallen zahlreicher administrativer Unterschiede vergrößert sich das schon jetzt enge Netz der Beziehungen und Verbindungen im Handel.

Warschau

[7]

Stanislaw Bulza, Vorsitzender des niederschlesischen Bezirks der Vereinigung „Nationalpartei“, in einer Rede auf der Tagung „Die Politik Polens in den Wiedergewonnenen Gebieten nach dem Beitritt zur Europäischen Union“

——— Heute sehen wir uns vor ernstliche Aufgaben gestellt: Werden wir das Potential stärken können, den polnischen Besitzstand, und das riesige Gebiet [Westgebiete] bewirtschaften können, aber auf polnische Weise, damit es für immer in unserer Hand bleibt? Die Forderungen [nach Entschädigung], die zahlreichen deutsche Kreise gegenüber dem polnischen Staat erheben, sind so gewichtig, dass dies bei uns starke Beunruhigung auslöst.

Szczawno-Zdrój, 8. Mai 2004

[49]

Roland Kirbach, Journalist, in „Die Zeit“

——— Die Begegnung mit der Vergangenheit macht Klaus Glowna jedes Mal von neuem wütend. Jetzt steht er hier am Ende einer stillen Sackgasse im polnischen Grenzstädtchen Łęknica vor einem zweistöckigen Einfamilienhaus aus rotem Ziegelstein und kann sich kaum beherrschen. [...] Das Haus ist verkommen, der Vorgarten von Unkraut überwuchert. Wo einst im Sommer bunte Blumen blühten, macht sich heute ein trüber, ungepflegter Tümpel breit. [...]

Will Glowna nicht hineingehen, auf einen Schwatz mit den jetzigen Bewohnern? Heftig wehrt er ab: „Nein, nein, das sind richtig böse Leute! Die kommen mit dem Knüppel!“ Was man vielleicht, ohne die Leute zu kennen, verstehen kann. Denn Glowna, der hier wohnte, bis er 13 war, damals, [...] möchte die Leute aus dem Haus jagen. Er will sein Elternhaus zurückhaben, samt den 16 Hektar Wiesen und Felder der dazugehörigen Landwirtschaft. Und für die nahe gelegenen alten Lügknitzer Dachstein & Schamottewerke, die sein Urgroßvater August Glowna im Jahr 1835 gründete, möchte er außerdem entschädigt werden. [...]

In den nächsten Tagen will Klaus Glowna einer Organisation namens Preußische Treuhand beitreten, die seine Interessen wahrnehmen und den einstigen Besitz für ihn einklagen soll. [...] Mit Hilfe der europäischen Rechtsprechung hoffen viele deutsche Alteigentümer, ihre einstigen Ländereien in Polen doch noch zurückzuerhalten. Unverhohlen gibt die Treuhand als Geschäftszweck die Rückgabe des „konfiszierten Eigentums“ in „den Preußischen Provinzen jenseits von Oder und Neiße“ an. Fast sechs Jahrzehnte nach Kriegsende stellen Hardliner und Ewiggestrige unter den Vertriebenen die Nachkriegsordnung infrage und wecken bei Polen alte Ängste und Ressentiments.

Hamburg, 27. Mai 2004

[25]

Marek Ostrowski, Publizist, in der Wochenschrift „Polityka“

——— Interessant ist, dass diese Forderungen nicht von denen erhoben werden, die direkt von der Tragödie des Krieges betroffen waren, sondern von Vertretern der viel hitzköpfigeren zweiten oder dritten Generation. Diese verstehen den Kontext von Krieg, Massaker und Verbrechen nicht mehr, außerdem bewirkt der lange Zeitunterschied, dass heutige Rechtsstandards mechanisch

auf die Nachkriegszeit übertragen werden. Die Preußische Treuhand hatte sich mit dem EU-Beitritt Polens Hoffnungen gemacht, dass im Unterschied zum schlechteren, polnischen Recht, das den Deutschen Unrecht tut, jetzt europäische Rechtsverhältnisse eintreten, die das ehemalige deutsche Eigentum schützen würden. [...]

Als Prüfstein für alle deutschen Deklarationen und Aktionen (wie auch die polnischen) muss die Frage dienen: Aber auf welche Weise schaffen wir gut-nachbarschaftliche und harmonische Beziehungen über die jetzt aufgehobene Grenze hinweg und wie stellen wir uns die Europäische Union vor? „Ich bin überzeugt, dass die Treuhand sich in ihren Meinungen und Absichten von der übergroßen Mehrheit der Deutschen unterscheidet. Überwiegend sind das Leute, die keinerlei Forderungen an Polen stellen“ – urteilt der polnische Botschafter in Berlin Andrzej Byrt. Und sein Kollege in Polen, Reinhard Schweppe, versicherte uns: „Die Bundesregierung hat die Aktivitäten der Preußischen Treuhand in der Vergangenheit nicht unterstützt und wird das auch in Zukunft nicht tun“.

Warschau, 19. Juni 2004

[52]

**Zbigniew Lipiński, Publizist, in der Wochenschrift
„Nowa Myśl Polska“**

— Seit fünfzehn Jahren haben die Behörden der Dritten Republik Polen buchstäblich nichts zur Sicherung polnischer Interessen getan. Denn sie waren nur damit beschäftigt, Deutschland als den „Advokaten“ Polens bei seinen Bemühungen um einen „Anschluss“* an die EU herumzuscharwenzeln.

Warschau, 23. Juni 2004

[44]

**Jędrzej Dmowski, stellvertretender Vorsitzender der
Region Warschau der Liga Polnischer Familien, in einem
Interview mit „Stolica Wolności“, dem Beiblatt der
„Nowa Myśl Polska“**

— Initiiert wurde diese Aktion [der Schätzung der Kriegsverluste Warschaus] [...] vom jetzigen Stadtratsvorsitzenden und Warschauer Regionalchef der LPR Jan Maria Jackowski. Zur Unterstützung dieser Aktivitäten der Stadtverordneten wurde der Stadtpräsident [von Warschau] Lech Kaczyński mit einem speziellen Beschluss zur Inventarisierung der Kriegsverluste Warschaus durch ihm unterstehende Beamte verpflichtet. Diesen Beschluss unterstützten alle Stadtverordneten der Hauptstadt. [...]

Einerseits hat sich in der deutschen Mentalität vieles verändert – man kann mühelos Deutsche treffen, die Anderen gegenüber wohlgesonnen und weltoffen sind. Es gibt immer mehr Beispiele für gute Zusammenarbeit, zumindest auf der Ebene kommunaler Selbstverwaltungen. Aber vieles deutet darauf hin, dass das Syndrom germanischen Hochmutes und Dominanzstrebens anderen Nationen gegenüber auch weiterhin in den Seelen allzu vieler Deutscher

* Anspielung an die Annexion Österreichs durch das Dritte Reich im März 1938.

glimmt, als dass Europa ganz ruhig schlafen könnte. Die Deutschen vergessen gern ihre Vergangenheit, die ihnen unbequem ist, und beginnen erneut ihr Image als „geschädigte Nation“ zu kreieren.

Warschau, Ende Juli 2004

[15]

Lech Kaczyński, Stadtpräsident von Warschau, in einer Rede zur Eröffnung des Museums des Warschauer Aufstandes

——— Polen hat sich als erstes Land Hitlerdeutschland militärisch widersetzt, obwohl ihm ein anderer Ausweg angeboten wurde. Die deutschen Okkupanten haben in Polen gigantische Verbrechen begangen, Verbrechen des Völkermordes. Fast zweihunderttausend Menschen wurden in der Zeit des Warschauer Aufstandes ermordet. Das auf dem Territorium unseres Landes begangene monströse Verbrechen des Holocaust war voll und ganz, zu hundert Prozent, ein deutsches Verbrechen, für das das deutsche Volk verantwortlich ist.

Warschau, 31. Juli 2004

[62]

Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Rede zum 60. Jahrestag des Ausbruchs des Warschauer Aufstands

——— Wir Deutschen wissen sehr wohl, wer den Krieg angefangen hat und wer seine ersten Opfer waren. Deshalb darf es heute keinen Raum mehr geben für Restitutions-Ansprüche aus Deutschland, die die Geschichte auf den Kopf stellen. Die mit dem 2. Weltkrieg zusammenhängenden Vermögensfragen sind für beide Regierungen kein Thema [...]. Weder die Bundesregierung noch andere ernstzunehmende politische Kräfte in Deutschland unterstützen individuelle Forderungen, soweit sie dennoch geltend gemacht werden. Diese Position wird die Bundesregierung auch vor internationalen Gerichten vertreten. [...]

Mit dem Beitritt Polens zur Nato und zur Europäischen Union hat sich das Vermächtnis der Warschauer Aufständischen erfüllt: ein freies, unabhängiges Polen, das in Bündnissen von Gleichen seine Sicherheit und Souveränität findet. [...] Polen und Deutschland sind heute aufgerufen, ihre Partnerschaft zu einem „Zukunftspakt“ auszubauen: Zum Wohle der Menschen in unseren beiden Ländern. Zum Nutzen des freien, geeinten Europa. Und in der Verantwortung für alle Menschen dieser Erde, die um ein Leben in Freiheit und Würde ringen. Bessere Ehre können wir den Helden und Opfern des Warschauer Aufstands nicht erweisen.

Warschau, 1. August 2004

[58]

Präsident Aleksander Kwaśniewski auf dieser Feier

——— Den kritischen und eindeutigen Standpunkt in Bezug auf die in Deutschland erhobenen Besitzansprüche gegenüber Polen [...] wissen wir zu schätzen. Wir sind froh darüber, dass uns gemeinsame Ansichten über das Gedenken an europäische Aussiedlungen und Vertreibungen verbinden. Wir sehen in Ihnen einen starken Verbündeten im Kampf um die historische Wahrheit! Um die Wahrheit – sowohl gegenüber den Opfern als auch den Tätern!

Warschau, 1. August 2004

[78]

Aus einem Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung“

——— Wenn Schröder etwas tun wollte [um die Polen gegen die Ansprüche zu verteidigen], sollte er sagen: Wir geben das deutsche Privateigentum [die individuellen Ansprüche der Deutschen] auf und regeln diese Dinge mit einem deutschen Gesetz.

München, 2. August 2004

[46]

**Donald Tusk, Vorsitzender der Bürgerplattform,
in einem Interview in „Newsweek“**

——— Seit 1989 gab es in unseren Beziehungen nie solche Spannungen wie heute. Aber die Ursachen dafür liegen auch auf deutscher Seite. Alle polnischen Reaktionen betreffs der Geschichte, der Forderungen, der Reparationen, des Vertriebenenzentrums etc. wurden durch Ereignisse in Deutschland provoziert. [...] Durch anfangs leise, heute aber schon lautere Forderungen von deutscher Seite sowie durch die zweideutige und passive Haltung der deutschen Regierung diesen – sowohl an den polnischen Staat als auch seine Bürger gerichteten Forderungen gegenüber – wurde die deutsch-polnische Versöhnung stark erschüttert. [...]

Das Problem ist, dass die Schuld Deutschlands am 2. Weltkrieg keineswegs so eindeutig angesehen wird. Das Problem sind daher nicht Frau Steinbach und Rudi Pawelka [von der Preußischen Treuhand] – das Problem sind die seriösesten deutschen Politiker, die der Ansicht sind, dass das Zentrum gegen Vertreibungen keineswegs eine so schlechte Initiative sei und dass die zivilen Forderungen eine zu große Gefahr für die Finanzen des Staates darstellten, als dass die Regierung Verantwortung für ihre Begleichung übernehmen könnte. [...] Für die polnische Seite – und sicher auch für die von Steinbach repräsentierten Kreise – wäre eine klare Aussage der deutschen Regierung, die Verantwortung für eventuelle Ansprüche zu übernehmen, weitgehend ein Abschluss des ganzen negativen Prozesses. Unabhängig davon wäre es gut, wenn wir unsere Regierung zum effektiven Schutz unserer Bürger verpflichten würden, für den Fall, dass irgendwelche zivilen Ansprüche gestellt würden. Schließlich hat der polnische Bürger keinen so gut vorbereiteten, kommerziellen Partner zur Verfügung wie die Preußische Treuhand.

Warschau, 5. September 2004

[46]

**Rudi Pawelka, Aufsichtsratsvorsitzender der Preußischen
Treuhand und Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien,
in einem Interview mit die Wochenschrift „Wprost“**

——— Die Ansprüche der Polen [für die vom Dritten Reich verursachten Zerstörungen] sind unbegründet. [...] Polen hat nach dem Krieg ein Gebiet von über 100.000 Quadratkilometern bekommen. Polen besetzt seit fast sechzig Jahren deutsche Gebiete, die viel mehr wert sind als die Reparationen. Die Verletzung der Rechte deutscher Vertriebener kann nicht ausgeglichen werden mit Ansprüchen oder Reparationen, die sich aus Friedensverträgen der Nachkriegszeit und zwischen zwei Staaten geschlossenen Regelungen ergeben. [...]

Den Vertriebenen geht es übrigens nicht ums Geld, sondern um Heilung der aus der Vertreibung resultierenden Wunden. Und das wird nur dann möglich sein, wenn die Verletzung ihrer Rechte anerkannt wird. [...] Wir wollen keine Entschädigungen, sondern Restitution von Eigentum. Mehr wollen wir nicht – wir müssen diese Sache im Namen gemeinsamer Zukunft in Europa bewältigen. [...]

Wir werden [als Preußische Treuhand] keine Klagen im Namen jedes Interessierten einzeln erheben. Sondern wir beabsichtigen, Präzedenzprozesse zu führen, die dann die Grundlage für andere Gerichtsentscheide bilden können.

Warschau, 5. September 2004

[46]

Piotr Jendroszczyk, Korrespondent, in der Tageszeitung

„Rzeczpospolita“

Die Chefin des BdV hat in den letzten Wochen ihre Ansichten bis zur Unkenntlichkeit geändert*. Jetzt fordert sie nicht einmal mehr symbolische materielle Entschädigungen für in Polen, Tschechien und anderen Ländern verbliebenes Eigentum deutscher Vertriebener. Kanzler Schröder gegenüber schlug sie vor, nach einer innerdeutschen Lösung der Eigentumsfragen zu suchen. Mit anderen Worten: für die Entschädigungsforderungen der Vertriebenen soll die deutsche Regierung die Verantwortung übernehmen. Dieser Vorschlag war eine Reaktion auf die Rede von Gerhard Schröder in Warschau.

Berlin, 6. September 2004

[20]

Aus dem Sejm-Beschluss *In Sachen der Rechte Polens auf deutsche Kriegsreparationen und in Sachen der in Deutschland erhobenen rechtswidriger Forderungen gegenüber Polen und polnischen Bürgern*

Im Bewusstsein der Rolle der historischen Wahrheit und elementarer Gerechtigkeit in den polnisch-deutschen Beziehungen stellt der Sejm der Republik Polen fest:

1) dass Polen bisher für die von der deutschen Aggression und Okkupation, von Völkermord und Verlust der polnischen Unabhängigkeit verursachten riesigen Zerstörungen und materiellen wie nichtmateriellen Verlusten keine angemessenen finanziellen Kompensationszahlungen und Kriegsreparation erhalten hat [...];

2) dass Polen keinerlei aus dem 2. Weltkrieg und seinen Folgen resultierende finanzielle Verpflichtungen gegenüber Bürgern der BRD hat;

3) er ruft die Regierung [der Republik Polen] auf, der öffentlichen Meinung schnellstmöglich eine Schätzung der vom polnischen Staat und seinen Bürgern infolge des 2. Weltkrieges erlittenen materiellen und nichtmateriellen Verluste vorzulegen;

4) er appelliert an die Regierung der BRD, die Grundlosigkeit und Rechtswidrigkeit deutscher Entschädigungsansprüche gegen Polen anzuerkennen.

Warschau, 10. September 2004

[77]

* Erika Steinbach distanzierte sich von der Initiative der Preußischen Treuhand.

**Markus Meckel, SPD-Abgeordneter, Vorsitzender der
Deutsch-Polnischen Parlamentariengruppe im Bundestag,
in einem Kommentar in „Rzeczpospolita“**

——— Man könnte fragen, was in Polen los ist. Wir reagieren nicht auf jede Dummheit von polnischer Seite. Aber der Sejm befasst sich mit Dummheiten von deutscher Seite, wofür die Tätigkeit der Treuhänder angesehen werden muss.

Warschau, 11. September 2004

[46]

**Aus einem Beschluss des Kongresses der Liga
Polnischer Familien**

——— Das ist ein großer Erfolg. Wir haben die ganze politische Klasse über alle Spaltungen hinweg überzeugt, die polnische Staatsraison zu verteidigen. Von nun ab kann niemand mehr in unserem Land oder im Ausland daran Zweifel hegen, dass Polen bisher keinerlei Entschädigungen für die von der deutschen Aggression und Okkupation, von Völkermord und Verlust der staatlichen Unabhängigkeit verursachten gewaltigen Zerstörungen erhalten hat. Wir haben ebenfalls keinerlei aus dem 2. Weltkrieg und seinen Folgen resultierende Verpflichtungen gegenüber Deutschland.

Warschau, 11. September 2004

[84]

**Anna Wolff-Powęska, Historikerin, Direktorin
des Instytut Zachodni (Westinstitut), in der Tageszeitung
„Gazeta Wyborcza“**

——— Den von polnischen Abgeordneten lautstark vertretenen Ansichten zuwider ist das heutige Deutschland keine Brutstätte der Aggression oder imperialer Bestrebungen. Es ist absurd zu sagen, dass hinter der Oder irgendjemand unsere Souveränität belauern und von einer Germanisierung Polens träumen würde. Allerdings ist kaum zu erwarten, dass in einem 80-Millionen-Volk [...] zur Frage der Schuld und Verantwortung für den nazistischen Völkermord völlige Einmütigkeit herrscht. [...] Gleichwohl, wenn die Deutschen nicht der Versuchung unterliegen sollen, die bisher stabile Rollenteilung zu verändern, wenn sie sich das klare Bewusstsein dafür bewahren sollen, wer in den Jahren des 2. Weltkrieges Täter und wer Opfer war – dann ist der beste Garant, dass dies geschieht, die europäische Gemeinschaft. Für die friedliche Koexistenz in Europa müssen sowohl östlichen als auch westliche historische Erfahrungen berücksichtigt werden. Die Pflege einer aggressiven und revanchistischen Erinnerungskultur kann zu einer Situation führen, in der die ganze dramatische Geschichte des 20. Jahrhunderts sich als moralisch nutzlos erweist.

Warschau, 12. September 2004

[82]

**Dieter Bingen, Politologe, Direktor des Deutschen Polen-
Instituts, in einer Äußerung für die Tageszeitung „Życie“**

——— Ich bekam den Eindruck, dass sich Polen Feinde sucht und nicht Freunde.

Warschau, 13. September 2004

[46]

Adam Krzemiński, Publizist, in „Polityka“

——— Sechs Wochen nach der Warschauer Rede von Gerhard Schröder, die in Deutschland endlich politische Diskussionen über die Treuhand ausgelöst hat – diese Handvoll „Ewiggestriger“, von denen sich alle wichtigen politischen Kräfte abgrenzen, hat der Sejm gezeigt, dass er die heiklen Probleme lieber auf dem Wege öffentlicher Konfrontationen anpacken will als in Zusammenarbeit mit den deutschen Kollegen. [...] Der Sejm [...] tat dies nicht so sehr aus Furcht vor neuen Hakatisten*, die die Hände nach polnischem Eigentum ausstrecken, sondern vielmehr aus politischem Kalkül. Niemand will als Verräter gelten, der das nationale Interesse nicht verteidigt. Wahlkampagnen** radikalieren die Sprache immer, und Innenpolitik ist immer wichtiger als Außenpolitik.

[...] In beiden Ländern bleibt ein neurotischer Eindruck: bei uns, dass man auf die Deutschen (alle, ohne Unterschied) nur mit dem Fuß aufstampfen kann, in Deutschland, dass die politische Gemeinschaft mit Polen eben nur ein auf Sand gebautes Luftschloss ist.

Warschau, 18. September 2004

[33]

Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Abgeordnete der CDU/CSU, in einem Interview mit „Der Spiegel“

——— Ich bin der Überzeugung, dass auch durch noch so viele Gesten kein Rechtsfrieden geschaffen werden kann. Die Eigentumsfrage muss von der Politik abschließend geklärt werden. Es geht ja um individuelle Rechte, die von Resolutionen oder Verbandsmeinungen unberührt bleiben. [...] Eine innerstaatliche Lösung wird es nach den Äußerungen des Bundeskanzlers in Warschau auch geben müssen. [...] Die Bundesregierung ein Doppelspiel treibt: Einerseits weist das Finanzministerium Ansprüche mit der Begründung zurück, es gebe ja den Klageweg in Richtung unserer Nachbarländer. Und dann stellt sich der Bundeskanzler im Ausland hin und sagt, falls jemand klage, werde die Bundesregierung sich vor Gericht gegen die eigenen Bürger wenden.

Hamburg, 20. September 2004

[70]

Bundeskanzler Gerhard Schröder bei einem Treffen mit Premierminister Marek Belka

——— Wir haben es mit einem Wunder der Versöhnung und Freundschaft zwischen den beiden Völkern zu tun, das nicht durch die Ewiggestrigen zerstört werden darf.

Berlin, 27. September 2004

[56]

* Deutscher Ostmarkenverein (umgangssprachlich Hakata) – 1894 in Posen gegründete nationalistische Organisation.

** Gemeint sind die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Polen im Herbst 2005.

Stanisław Stomma, Nestor der deutsch-polnischen Kontakte, im Gespräch mit Kazimierz Wóycicki, dem Direktor des Polnischen Instituts in Leipzig

——— Es gibt in Polen gefährliche Elemente, die deutschfeindliche Stimmungen wieder aufleben lassen wollen, und das wäre für Polen sehr nachteilig. Man muss die wiedergewonnenen guten Beziehungen mit Deutschland sehr wertschätzen. Diesbezüglich sind ernsthafte Veränderungen eingetreten. Aber auch die Deutschen müssen und sollen sich für eine Verständigung mit Polen einsetzen. Ich bin Optimist. Die Deutschen haben eine schmerzliche Lektion erhalten. Sie haben auch erfahren, dass mit Polen nicht zu spaßen ist, denn Polen ist zu einer scharfen politischen Konfrontation bereit. Deshalb sehen wir, wenn wir die allerneuesten Ereignisse beobachten, zum Beispiel auch, dass die Deutschen wegen ihrer Frau Steinbach und ihren unvernünftigen Plänen erschrocken sind und sich nun zu Recht bemühen, die Situation zu besänftigen. [...]

Auf unserer Seite besteht die Gefahr der Deutscheindlichkeit. Man kann die Deutschen mit Reparationsforderungen erschrecken, aber man muss wissen, dass das ein politisches Spiel ist. Wer Deutscheindlichkeit weckt, handelt gegen polnische Interessen. Aber in der Natur unserer Nachbarschaft zu Deutschland existiert diese Gefahr. Man darf auch eine sehr wichtige Sache nicht vergessen. In den deutsch-polnischen Beziehungen herrscht eine charakteristische Asymmetrie. Dort weiß man ganz einfach zu wenig über Polen. Für Polen sind die Beziehungen mit Deutschland ein bedeutsames Element. Das ist in hohem Maße ein grundlegendes Thema der polnischen Politik. Für die Deutschen ist Polen nicht einmal annähernd so wichtig. Sie wissen, dass in der Zeit des Krieges viel Schlimmes geschehen ist. Sie wissen, dass die Ressentiments in Polen diesbezüglich sehr stark sind. Aber sie wissen nur das oder nicht viel mehr. Wenn man die Bedeutung vergleicht, die Deutschland in der aktuellen Politik Polen und Dänemark zumisst, dann ließe sich da kein größerer Unterschied feststellen.

Warschau, 2. Oktober 2004

[72]

Włodzimierz Cimoszewicz, Außenminister, in seiner Antwort auf eine Anfrage im Sejm

——— Die Regierung der Republik Polen vertritt den Standpunkt, dass es nicht im Interesse der polnischen Staatsräson liegt, die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens [...] und das auf diesen Vertrag gestützte Nachkriegs-Rechtssystem Polens und Europas, das auch das Problem der Kriegsreparationen regelt, in Frage zu stellen. Eine Anfechtung der internationalen Nachkriegsarchitektur unseres Kontinents würde weder bei den vier alliierten Mächten des 2. Weltkrieges noch bei unseren gegenwärtigen Verbündeten und Partnern in der NATO und der Europäischen Union nicht auf Verständnis und Unterstützung stoßen. Mehr noch, dies würde für Polen bedeuten, seine Glaubwürdigkeit auf internationaler Arena zu verlieren. Dagegen ist die Regierung der Republik Polen der Ansicht, dass es für die polnische Staatsräson am wichtigsten ist, das

Problem der Wiedergutmachungs- und Entschädigungsforderungen auf dem Wege des Dialogs mit dem deutschen Partner zu lösen.

Warschau, 13. Oktober 2004

[5]

Peter Bender, Journalist und Historiker, in der Vierteljahresschrift „Przegląd Zachodni“

—— Die Sowjetunion, die DDR, der Warschauer Vertrag, der kalte Krieg, das kommunistische Machtmonopol – all das ist heute Geschichte. Aber das Unrecht, das Polen und Deutsche einander zugefügt haben, die Erinnerung daran und gleichzeitig die Drohung ihrer politischen Diskontierung, das alles existiert weiterhin. Zwar ist das alles von einer dünnen Schicht bedeckt, die dünner ist, als wir uns vorstellen können, aber es mangelt uns weiterhin an der Fähigkeit, in die ferne Zukunft vorzuschauen, sowie am Verständnis, dass Politik und Wirtschaft allein nicht genügen, um aus Deutschen und Polen vorbildliche Nachbarn zu machen. Der Wille, gemeinsame Anstrengungen in dieser Richtung zu unternehmen, ist auf einen zahlenmäßig kleinen Personenkreis beschränkt. Aber ohne ein breiteres Engagement lässt sich nicht viel machen, denn sogar die Zeit heilt nicht alle Wunden.

Berlin, Dezember 2004

[6]

Piotr Buras, Politologe, im Deutsch-Polnischen Magazin „Dialog“

—— Heute brauchen die deutsch-polnischen Beziehungen nichts dringender als ein Engagement der Eliten wie zu Beginn der neunziger Jahre. Die Ungleichzeitigkeit der Veränderungen im Geschichtsbewusstsein und bei der Perspektive der weiteren Entwicklung der europäischen Integration machen eine entsprechende Polen- oder Deutschlandpolitik in beiden Ländern zur Forderung der Stunde. Dabei geht es mir nicht nur um Regierungsstrategien, obwohl auch diese ihre Bedeutung haben. Vorrangig sollte eine Idee der intellektuellen und politischen Eliten für die Beziehungen mit dem Nachbarland sein, welche die sich dort jeweils vollziehenden geistigen und materiellen Wandlungen berücksichtigt (oder in hohem Maße akzeptiert). Denn sowohl Polen als auch Deutschland erinnern heute kaum noch an die Länder, die sich 1990 der Auseinandersetzung um die Anerkennung der Grenze stellten. Gegenwärtig stehen wir daher vor einer Herausforderung, die beinahe vergleichbar ist mit der, der sich Mazowiecki und Kohl vor fünfzehn Jahren gegenüber sahen. Von ihrer Bewältigung sind wir heute weit entfernt. Zum Glück sind wir auch um diese fünfzehn Jahre Erfahrung reicher, die wir nicht so schnell auf die Verlustseite abschreiben sollten.

Breslau, Dezember 2004

[10]

Adam Daniel Rotfeld, Außenminister, in seinem Sejm-Exposé

—— Die Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen unseren Staaten müssen wir nüchtern betrachten, ohne Illusionen. Solche Angelegenheiten können nicht mit einem Akt oder einer magischen Formel gelöst werden. Das ist ein



Danzig, 22. Februar 2005. Verbrennen einer Erika Steinbach darstellenden Pappfigur auf einer Demonstration der Polnischen Treuhänder, die für durch das Dritte Reich verursachte Verluste Entschädigungen fordern will

FOT. DAMIAN KRAMSKI / AGENCJA WYBORCZA.PL

Prozess. Es ist die Pflicht der polnischen Regierung, sich um die Interessen des polnischen Staates und seiner Bürger zu kümmern [...] – im Bewusstsein der historischen Perspektive dieser Aufgabe. Wir werden uns für diese Interessen einsetzen, indem wir konstruktiv, im Geiste europäischer Partnerschaft, mit der deutschen Regierung zusammenarbeiten. [...]

Wir glauben, dass auch auf der anderen Seite der Oder, auch im gesellschaftlichen Empfinden, die negativen Stereotypen Polen gegenüber allmählich durch das Bild eines freundschaftlichen und wohlwollenden Nachbarn ersetzt werden. Ein solches Zukunftsmodell wird nicht zur Grundlage der Politik, wenn nicht ein für allemal und unzweideutig alle die Angelegenheiten der Vergangenheit abgeschlossen werden, die in die deutsch-polnischen Beziehungen wieder Elemente des Misstrauens, der Unsicherheit und der Destabilisierung hineintragen. Unsere Beziehungen erfordern eindeutige Aussagen und klare Entscheidungen von Seiten aller wichtigen Kräfte und politischen Parteien in Deutschland.

Warschau, 21. Januar 2005

[64]

Aus Informationen im „Dialog“

——— Am 2. Februar gründeten Vertreter Deutschlands, Polens, Ungarns und der Slowakei in Warschau das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität. Es will das Leiden der Opfer von Kriegen, Unterdrückung, Eroberung sowie nationalistisch, rassistisch oder ideologisch motivierter Repression im 20. Jahrhundert in Europa dokumentieren. Von einem guten „Tag für Europa“ sprach die deutsche Kulturstaatsministerin [Christina] Weiss, bei der Unterzeichnung der Gründungserklärung im Warschauer Königsschloss. Das Vorhaben habe tiefen Sinn und werde in Europa den Geist der Versöhnung weiterentwickeln, so Polens Kulturminister [Waldemar] Dąbrowski. Das Netzwerk soll die Arbeit bereits bestehender Gedenkstätten und Forschungseinrichtungen besser aufeinander abstimmen, ein Büro in Warschau soll die Koordination übernehmen. Mit ihm werde die nationale Verengung des Blickfelds zugunsten einer europäischen Perspektive der Geschichte des 20. Jahrhunderts weichen, [laut Ministerin] Weiss.

Warschau, 2. Februar 2005

[40]

Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Rede zur Eröffnung der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik

——— Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ergibt sich aus unserer geographischen und politischen Lage mitten in Europa. Wir gestalten sie in Europa, für Europa und von Europa aus.

[...] Es gehört zu den Grundtatsachen der europäischen Politik, dass Sicherheit auf unserem Kontinent nicht ohne und schon gar nicht gegen Russland zu erreichen ist. [...] Ist es uns gelungen, im Verhältnis zu Russland von der Konfrontation des Kalten Krieges zu einer immer umfassenderen Zusammenarbeit zu gelangen – politisch, sicherheitspolitisch und wirtschaftlich. [...] Russland selbst hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht,

trotz der enormen Probleme und Schwierigkeiten, die mit einer historisch beispiellosen Transformation zwangsläufig verbunden sind.

Der Westen hat ein elementares Interesse daran, dass ein demokratisches Russland an der Lösung der globalen Fragen konstruktiv mitwirkt. Deshalb setzen wir uns im Einvernehmen mit Polen für eine wirklich strategische Partnerschaft mit Russland ein. Eine Partnerschaft, die langfristig angelegt ist, die alle wichtigen Bereiche umfasst und aus der beide Seiten Nutzen ziehen.

München, 12. Februar 2005

[57]

**Felix Knüpling, leitender Referent im Büro
des Abgeordneten Markus Meckel (SPD),
im „Dialog“**

— Als Marschrichtung gab Gerhard Schröder jüngst vor: Deutsche Außenpolitik werde „in Europa, für Europa und von Europa aus“ gestaltet.

Diesem Anspruch genügt die deutsche Außenpolitik allerdings nicht immer. Ein Beispiel hierfür ist in ihrer Russland-Politik zu sehen. Die Bundesregierung sieht in Russland einen strategischen Partner und Gerhard Schröder pflegt seine Sonderbeziehungen zu Wladimir Putin. Er setzt dabei auf einen starken Präsidenten, der zwar kurzfristig Stabilität garantieren mag, der aber den für sein Land dringenden Modernisierungsprozess in Richtung einer stabilen Demokratie aufs Spiel setzt. Dies kann langfristig weder im deutschen, noch im europäischen Interesse sein.

Die Europäer werden viele drängende Herausforderungen nur im Verbund und in guter Zusammenarbeit mit Russland bewältigen können. [...] Die Position der Europäischen Union jedoch wird geschwächt, so lange einige bilaterale Beziehungen quasi nebenherlaufen. Deshalb sollte Deutschland in seiner Russland-Politik mehr europäische Abstimmung suchen und vor allem die neuen EU-Mitglieder aus Ostmitteleuropa einbinden. Dadurch könnte auch das historisch gewachsene Misstrauen der neuen EU-Mitgliedstaaten gegenüber Russland überwunden werden.

Berlin

[26]

Adam Krzemiński in „Polityka“

— Die Wahl am Sonntag* könnte die siebenjährige Regierungszeit Gerhard Schröders beenden [...].

Der schon vor der Wahl unterzeichnete Gasvertrag [für den Bau der Gasleitung Nord Stream aus Russland über die Ostsee nach Deutschland] wurde in Deutschland allgemein als für die deutsche Wirtschaft lukrativ angesehen. Vom polnischen Gesichtspunkt hatten wir auf der Minus-Seite Streit um den Krieg im Irak, die Übergangsfristen für polnische Arbeiter auf dem deutschen Arbeitsmarkt, die allzu emotionale Debatte über das Berliner Zentrum gegen Vertreibungen. [...]. Aber man darf auch die positiven Seiten dieser sieben Jahre nicht aus dem Auge verlieren. Es war die Regierung Schröder, die das von

* Parlamentswahlen in Deutschland – 18. September 2005.

Kohl blockierte Thema der Entschädigungen für Zwangsarbeiter wiederaufgenommen hat; dank diesem Kanzler wurden im Dezember 2000 in Nizza – trotz französischen Widerstandes – für Polen vorteilhafte Festlegungen getroffen. Dank ihm erhielt Polen im Dezember 2002 in Kopenhagen eine zusätzliche Milliarde Euro für Zuschläge für die Landwirtschaft. Und schließlich unterstützte er in der Frage des Zentrums gegen Vertreibungen den Standpunkt der polnischen Regierung, und am 1. August 2004 widersetzte er sich in Warschau den Forderungen der deutschen Vertriebenen, was auch von Angela Merkel [Schröders Rivalin ums Kanzleramt] als verbindlich anerkannt wurde.

Ist das wenig oder viel? Politik ist keine Mathematik, und zu den internationalen Beziehungen gehört neben einem angemessenen wirtschaftlichen Nutzen auch das Vertrauen in den Partner und der Wille zur Zusammenarbeit, eine gute oder weniger gute „Chemie“ zwischen den Spitzenpolitikern. Diese scheint es zwischen Schröder und seinen polnischen Partnern allerdings nur kurzzeitig gegeben zu haben. Und darin besteht das Manko dieser Bilanz. Ob es mit Angela Merkel besser wird?

Warschau, 17. September 2005

[31]

Aus einem Kommentar in „Der Spiegel“

——— Wer in Polen einen politischen Gegner wirkungsvoll bekämpfen will*, hat verschiedene Möglichkeiten: Er kann ihn in der Öffentlichkeit als Dieb, Schwulen, Juden, Stasi-Spitzel oder als Deutschen denunzieren. Letzteres wählte jetzt Jacek Kurski, ein berühmter Büchsenspanner aus dem Wahlkampfstab des national-konservativen Präsidentschaftskandidaten Lech Kaczyński – mit einem unerwartet desaströsen Ergebnis. Kurski hatte streuen lassen, der Opa des liberalen Gegenkandidaten Donald Tusk habe sich im 2. Weltkrieg freiwillig zur Wehrmacht gemeldet. [...] Abgesehen davon, dass die Information so nicht stimmt [...] fiel Kaczyński in jüngsten Umfragen auf mehr als zehn Prozent hinter seinen Kontrahenten zurück, obwohl er seinen „Bullterrier“ inzwischen feuerte** und sich entschuldigte. Nachdem ein erster Wahlgang keinem Kandidaten eine absolute Mehrheit gebracht hatte, treten am kommenden Sonntag nur noch Kaczyński und Tusk gegeneinander an.

Hamburg, 17. Oktober 2005

[80]

Jerzy Pilch, Schriftsteller, in „Polityka“

——— In fast jeder [...] in Masuren, Pommern, Kaschubien, Großpolen, in Ober- und Niederschlesien oder in Teschener Schlesien lebenden polnischen Familie findet sich ein schwarzes deutsches Schaf, ein Onkel, der in der Wehrmacht diente, ein Großvater, der beim preußischen Militär war, eine Tante, die einen

* In Polen fand der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 9. Oktober statt, der zweite am 23. Oktober 2005.

** Am 13. Oktober wurde Jacek Kurski aus der Partei Recht und Gerechtigkeit ausgeschlossen, aber schon am 14. November erhielt er vom Disziplinargericht der PiS seine Parteimitgliedschaft zurück.

Deutschen geheiratet hat, ein Halbstarker, der in der Hitlerjugend war, im besten Falle ein Cousin, der seinen Sohn zuerst Helmut nannte, ihn nach dem Krieg aber umtaufte, wenn auch nicht unbedingt zu Bolesław.

In diesen Gebieten jemanden zu finden, von dem man nicht in seiner Familiengeschichte irgendeine deutsche Spur findet, ist praktisch unmöglich.

Warschau, 22. Oktober 2005

[55]

Christian Neef und Jan Puhl, Journalisten, in „Der Spiegel“

——— Dass Lech Kaczyński [Gewinner der Präsidentschaftswahl] als Warschauer Oberbürgermeister ausrechnen ließ, wie viel die Deutschen den Polen für die Kriegszerstörungen in der Hauptstadt schuldeten, gilt eher als publikumswirksame Geste. Er will die Forderung präsentieren, wenn die Preußische Treuhand tatsächlich auf Rückgabe von Vertriebenengrundstücken drängt. Kanzler Gerhard Schröder gelang es nicht, solche Befürchtungen zu zerstreuen – obwohl er vergangenes Jahr in Polen erklärte, die Bundesregierung werde individuelle Forderungen in keiner Weise unterstützen. Nachfolgerin Angela Merkel will an dieser Linie festhalten. Sie wird mit weiterem Gegenwind aus Warschau rechnen müssen.

Hamburg, 31. Oktober 2005

[50]

Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrem

Bundestag-Exposé

——— Europa befindet sich im Augenblick in einer tiefen Krise. Im Kern gründet diese Krise – das ist meine Überzeugung – im fehlenden gegenseitigen Vertrauen.

Berlin, 30. November 2005

[11]

Konrad Schuller, Korrespondent der „Frankfurter

Allgemeinen Zeitung“, in einem Kommentar

——— Der neue polnische Premierminister [Kazimierz] Marcinkiewicz hat Angela Merkel bei ihrem ersten Besuch in Warschau als Bundeskanzlerin mit den Worten willkommen geheißen, mit dem Amtsantritt von zwei neuen Regierungen in Polen und Deutschland werde ein „neues Kapitel“ in den Beziehungen zwischen beiden Ländern eröffnet. Frau Merkels Visite in Polen sei [nach Marcinkiewicz] „ein guter Besuch“, auf den Polen lange „gewartet“ habe. [...] Nach Merkels Worten werden die polnische und die deutsche Regierung demnächst eine „Arbeitsgruppe“ einsetzen, die eine Annäherung zwischen beiden Seiten versuchen soll. [...]

Zu den deutsch-polnischen Differenzen über die Deutung der Vertreibung von Millionen von Deutschen aus dem heutigen Polen sagte Marcinkiewicz, eine gute Zukunft lasse sich nur auf der Grundlage der „Wahrheit über die Vergangenheit“ aufbauen. Auf die Frage eines Journalisten, ob die „antideutschen Töne“ seiner Partei nun, nach dem Ende des Wahlkampfes in Polen ein Ende nehmen würden, sagte der Premierminister, er habe keine solche Töne wahrgenommen. „Man kann nichts beenden, was es nicht gab“.

Warschau, 3. Dezember 2005

[59]

Adam Krzemiński in „Polityka“

Der Warschau-Besuch der neuen deutschen Bundeskanzlerin hat bereits eine deutliche Verbesserung der Atmosphäre in den deutsch-polnischen Beziehungen gebracht, auch wenn dies noch ein Blind Date war. [...] Beide Seiten mussten sich immer noch bemühen, einander zu gefallen.

[...]

Wenn es gut geht, werden wir schneller als gedacht zu einer Interessengemeinschaft zurückkehren. Aber atmosphärische Veränderungen sind oft von Gewittern begleitet.

Warschau, 10. Dezember 2005

[36]

Präsident Lech Kaczyński in seinem Exposé vor der Nationalversammlung

Die Verbesserung der Beziehungen mit Deutschland und Frankreich sind eine positive Sache, was nicht bedeutet, dass weiterhin, insbesondere in den Beziehungen mit Deutschland, sehr wesentliche Probleme existieren (*Beifall*) [...]. Wir müssen weitreichendere Handlungen vornehmen.

Warschau, 23. Dezember 2005

[65]

Gerhard Gnauck, Korrespondent der Tageszeitung „Die Welt“, im „Dialog“

Der neue Präsident hat sich in den Tagen nach seiner Wahl gerade in außenpolitischen Fragen um Mäßigung bemüht, etwa [...] versichert, er sei ein Freund der Deutschen. [...] Lech Kaczyńskis Deutschland- und Europa-Politik wird sicher stark von seinem Staatsverständnis und Geschichtsbild geprägt sein.

[...] Er und seine Partei in Wahlkampf halbherzig verlauten, Polens EU-Bitritt sei richtig gewesen [...]. Doch ob aus dieser inneren Distanz zur EU, Begeisterung für eine Vertiefung der Integration erwachsen kann, erscheint zweifelhaft.

[...] Deutschland [ist] [...] für die Kaczyński-Brüder ein Nachbar, dem man eher misstraut. Lech Kaczyński kennt nach eigener Aussage von Deutschland nur den Frankfurter Flughafen. Als Oberbürger [Stadtpräsident] von Warschau hatte er die Berechnung der Kriegsschäden der Stadt veranlasst [...]. Die Kaczyńskis müssen ihre Deutschland- und Europapolitik fast von vorn beginnen. Sie werden erst noch beweisen müssen, dass ihre Partei, die die Wahlen gewonnen hat, im außenpolitischen Sinne keine „Nullsummen-Partei“ ist.

Es könnte also, gemessen an den niedrigen Erwartungen in der Öffentlichkeit in manchen Fragen in nächster Zeit durchaus eine Annäherung der Standpunkte zwischen Deutschland und Polen geben. Ob dies eine symmetrische Annäherung von beiden Seiten her sein wird, ist allerdings fraglich; die neue deutsche Regierung wird ihr außenpolitisches Koordinatensystem in einem Sinne umgestalten, der Warschau entgegenkommt, doch ob die polnische Regierung in ähnlicher Weise verfahren wird, ist zweifelhaft.

Warschau, Anfang Januar 2006

[17]

Präsident Lech Kaczyński im Interview mit „Der Spiegel“

——— Im Westen haben einige wohl gedacht, Polen habe keine eigenen Interessen mehr, sondern würde sich einfach der Meinung anderer anschließen. So ist es auf keinen Fall. [...] Deutschland unterschreibt mit Russland einen Vertrag über die Ostsee-Pipeline, ein Projekt, das im krassen Widerspruch zu polnischen Interessen steht. Es gibt gar keine ökonomischen Gründe für diese Gaspipeline. Wir sind Verbündete Deutschlands, zusammen in NATO und EU – warum also diese Pipeline um die Grenzen Polens herum? [...]

Ich halte dieses Zentrum für einen sehr schlechten Vorschlag, obwohl ich den guten Willen von Frau Merkel gar nicht in Abrede stellen will. Tatsache ist, dass ein solches Zentrum auf jeden Fall zu einer Relativierung von Schuld führt [...]. Ich stelle gar nicht in Frage, dass auch die Deutschen gelitten haben. Es gab großflächige Bombardements, bei denen kaum Soldaten starben, sondern vor allem Frauen, Kinder, Zivilisten. Die deutsche Armee erlitt ungeheure Verluste an der Front, und es gab die Umsiedlung aus den heutigen polnischen Westgebieten. Diese Umsiedlungen waren sicher ein ganz tragisches Ereignis, die schweren Bombardements deutscher Städte jedoch noch tragischer. Aber das ist zum Beispiel nicht dasselbe wie schwere Bombardements unserer Städte.

Hamburg, 6. März 2006

[24]

Jacques Schuster, Chefredakteur der „Welt am Sonntag“, in einem Kommentar

——— Auch wenn es keiner der deutschen Politiker offen zugeben würde, so ist der Argwohn gegen den zum Populismus und zum Schnellschuß neigenden Kaczyński groß. [...] Viele der in Deutschland angesehenen Publizisten und Politiker aus Polen haben vor der neuen Regierung in Warschau gewarnt oder keinen Hehl daraus gemacht, daß man es nun mit „Halbdemokraten“ zu tun bekommen werde. Der Beleg dafür steht noch aus. Womöglich wird er nicht zu finden sein.

Wer Kaczyński im kalten Berlin beobachtete, nahm erstaunt zur Kenntnis, wie der Präsident auftaute und am Ende fast warmherzig mit seinen Gesprächspartnern umging.

Berlin, 10. März 2006

[60]

Adam Krzemiński in „Polityka“

——— Die deutschen Politiker sind mit dem Besuch des polnischen Präsidenten recht zufrieden. Sie sagen, dass besonders Horst Köhler, der Bundespräsident, es fertigbrachte, diesen misstrauischen Polen, der jahrelang seine Vorurteile gegenüber dem westlichen Nachbarn gepflegt hat, von sich einzunehmen.

Lech Kaczyński hat mit diesen Vorurteilen nicht hinterm Berg gehalten. Als Stadtpräsident von Warschau war sein Blick hauptsächlich auf die Geschichte des Krieges gerichtet und nicht auf Versöhnung. Erneut eröffnete er Rechnungen der erlittenen Schäden, und nach der von ihm gewonnenen Präsidentschaftswahl zögerte er mit der Übernahme der Schirmherrschaft über das in Kürze auslaufende Deutsch-Polnische Jahr. [...]

Dennoch war Lech Kaczyńskis Berlin-Besuch ein Erfolg. Vor allem weil sich der polnische Präsident endlich davon überzeugen konnte, dass „der Teufel nicht so hässlich ist, wie er gemalt wird“. Jetzt wird er die polnischen Rechtsparteien davon überzeugen müssen – und auch seinen eigenen Bruder.

Warschau, 18. März 2006

[35]

Konstantin von Hammerstein, Korrespondent, in „Der Spiegel“, zum Besuch von Bundespräsident Horst Köhler in Warschau

Die Stimmung ist so gut, dass beim Mittagessen die Streitpunkte nicht mehr erwähnt werden. Die deutsch-russische Gaspipeline [...] ist ebenso wenig Thema wie das geplante Zentrum gegen Vertreibungen. [...] Zufrieden berichten Teilnehmer nach dem Gespräch, Köhler habe es offenbar geschafft, einen Draht zu seinem Amtskollegen zu finden. Die Stimmung sei deutlich besser als erhofft gewesen. Doch die Erleichterung hält nur wenige Stunden. Bei einer Rede in der Nationalphilharmonie schafft es [Lech] Kaczyński am Abend mit wenigen Sätzen [...] die Laune zu verderben. Anstatt die guten Beziehungen der beiden Völker zu loben, weist er darauf hin, dass die Sympathien der Polen für die Deutschen „nur allmählich steigen“. „Es scheint so“, sagt ein frustrierter [Deutscher] Diplomat, „als müssten wir jedes Mal wieder bei null anfangen“.

Hamburg, 22. Mai 2006

[19]

Peter Köhler, Schriftsteller und Satiriker, im Text *Polens neue Kartoffel*, in der „Tageszeitung“

Die deutsche Öffentlichkeit glaubte ihren sieben Zwetschgen nicht trauen zu dürfen: ein polnischer Präsident, der dem deutschen Staatsoberhaupt nicht in Kniehöhe entgegentritt! Ein Politiker von hinter der Oder, der der deutschen Kanzlerin in aufrechter Haltung das Vorderbein zur Begrüßung reicht! Deutschland rieb sich verwundert die blauen Augen und Ohren, als Lech Kaczyński im März auf stolzen Hufen nach Berlin kam und im Mai den Berliner Bundespräsidenten auf der Warschauer Buchmesse einfach ins Leere lächeln ließ.

Man wusste zwar, dass Kaczyński sich brüstete, jahrzehntelang keinem deutschen Politiker auch nur den nackten Fingernagel gereicht zu haben. Oft genug hatte der ranghöchste Pole ausposaunt, er kenne von Deutschland nicht mehr als den Spucknapf in der Herrentoilette des Frankfurter Flughafens. Es war bekannt, dass der 1949 geborene Kaczyński jene schwere Generation vertritt, die bereits vor ihrer Geburt von Deutschland gebissen worden war.

Man war sich im Klaren über Kaczyńskis schwarzes Weltbild, in dem seit dem Mittelalter jeder Deutsche auf vollen Pferden gen Osten sprengt. Aber in Deutschland hielt man das für ein längst vertrocknetes Vorurteil, und niemand fragte den polnischen Staatsgast in Berlin, woher er seine Luxuslimousine habe. Hierzulande gehört es zu einem gelernten Bundespräsidenten, souverän über den Parteien zu schwimmen. In Polen aber hat der Staatshaber mit deutlichen Zähnen vorzugehen: Er hat die deutsch-russische Ostseepipeline

zu zermalmern, muss das in Berlin geplante „Zentrum gegen die Vertreibung ungenießbarer Deutscher“ im Keim ersticken und die „Preußische Treuhand“, die auf Mietzahlungen für die ehemaligen Ostgebiete pocht, mit Haut und Haaren zerstampfen. [...]

Viele Polen haben ein in Jahrhunderten angeschwollenes Misstrauen gegen alles, was nicht Polen ist. Seit Lech Kaczyński als Zwölfjähriger mit seinem Zwillingsbruder Jarosław für den Spielfilm „Von zweien, die den Mond stahlen“ [...] allerlei krumme Streiche ausheckte, ist ihm sogar der Mond näher als Deutsch- und Russland.

Berlin, 26. Juni 2006

[28]

Anna Fotyga, Außenministerin, in einem Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung“

——— Solch eine Häufung von Widerwärtigkeiten erinnert an die Sprache des „Stürmers“.

München, 6. Juli 2006

[79]

Maciej Łopiński, Staatssekretär in der Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen, im Rundfunkprogramm „Sygnały dnia“ (Signale des Tages)

——— Ich möchte, dass eine Sache völlig klar ist. Das Gipfeltreffen [des Weimarer Dreiecks] in Weimar wurde nicht von uns abgesagt. Der Grund für die gemeinsam mit dem Premierminister getroffene Entscheidung war eine gesundheitliche Unpässlichkeit. [...]

Vielleicht illustriert das [der Artikel in der „Tageszeitung“] einen anderen Zustand der deutschen Seele, was sehr beunruhigend ist, denn dieser Text wiederholt die schlimmsten Stereotypen und beruft sich auf eine in den dreißiger Jahren in der deutschen Presse präsente Poetik. Tatsächlich haben wir in der „Tageszeitung“ schon sehr unterschiedliche Texte dieser Art gelesen, aber keiner von ihnen, nicht einmal der über Saddam Hussein – ganz zu schweigen von denen über Präsidenten [von Belarus Alexander] Lukaschenko oder [der USA George W.] Bush – keiner dieser Texte war ein Beispiel so extrem unflätiger Polemik.

Warschau, 6. Juli 2006

[45]

Andrzej Krawczyk, Unterstaatssekretär in der Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen, in einem Interview im Rundfunkprogramm „Gość Radia ZET“ (Gast von Radio ZET)

——— Mich als Polen macht es traurig, dass der Herr Präsident in einem solchen Kontext dargestellt wird, dass man eine Kartoffel für den Vergleich mit dem polnischen Präsidenten um Verzeihung bittet. [...] Es wäre absurd, von der Frau Kanzlerin zum Beispiel eine Entschuldigung für den Artikel in einer Zeitung zu fordern, denn wir wissen sehr wohl, dass die Bundeskanzlerin gegenseitige Ansichten vertritt als die „Tageszeitung“.

Warschau, 6. Juli 2006

[30]

**Aus einem Kommentar der „Frankfurter
Allgemeinen Zeitung“**

— Wie viele Kabinette hätte er umbilden müssen, wenn er auf jede publizistische Sottise über sich so empfindlich reagieren würde wie seine polnischen Bewunderer, Präsident Kaczyński und dessen Bruder, der designierte Premierminister? [...] Kaczyński sagte bekanntlich nicht nur sein Treffen mit Frau Merkel und [mit Frankreichs Präsident Jacques] Chirac ab, sondern nahm die zaghaften Einwände seines Ministerpräsidenten auch noch zum Anlaß, die Regierung umzubilden. [...] In ihrer Absurdität erinnert die nach der „TAZ“-Veröffentlichung ausgebrochene polnische Regierungskrise an die Reaktionen der muslimischen Welt auf die dänischen Mohammed-Karikaturen. Daß nach dem Regierungswechsel vom vergangenen Herbst nun ein anderer, ein spürbar nationaler Wind aus Warschau weht, daran hatte sich das außerpolnische Europa schon fast gewöhnt. Aber die zunehmende Irrationalität dieser Politik überrascht nun doch.

Frankfurt am Main, 11. Juli 2006

[41]

**Wolfgang Thierse, SPD-Abgeordneter, Vizepräsident des
Bundestags, im Interview mit den Deutschlandfunk**

— Dass eine solche Satire kritisiert wird, dass ihr Stil, ihr Niveau verurteilt wird, das gehört zur Pressefreiheit, aber dass ein deutscher Politiker, eine Regierung oder ein führender deutscher Intellektueller sich von der Inanspruchnahme von Pressefreiheit distanzieren soll und entschuldigen soll, das ist so was von befremdlich. Das erinnert schon an die Einstellung von Menschen oder von Führern in Diktaturen. Das sollte man nicht zwischen Völkern verlangen.

Berlin, 12. Juli 2006

[75]

**Jaroslaw Kaczyński, Vorsitzender der PiS, in einem
Interview in „Wprost“**

— Die [deutsch-polnischen] Beziehungen verbessern sollten eher unsere Partner, denn wir haben niemanden beleidigt. [...] Ich stelle nur fest, dass die Beleidigung des Oberhauptes eines fremden Staates eine Straftat darstellt und dass daraus Schlussfolgerungen gezogen werden müssen. Das war eine selbst für die Geschichte dieser seltsamen Zeitung beispiellose Beleidigung.

Warschau, 16. Juli 2006

[22]

Marek Ostrowski in „Polityka“

— Sowohl die Deutschen als auch die Franzosen kritisieren privat die unelegante Form der Absage des Gipfeltreffens, den Telefonanruf des 2. Botschaftsekretärs an den diensthabenden Offizier des Elysée-Palastes, aber sie betonen, dass dies doch keine „Affäre“ sei. Im Grunde genommen ist das für Berlin oder Paris kein großes Problem. Führende Politiker hatten kein Essen mit Präsident Kaczyński, na und? Dann werden sie eben ein andermal zusammen essen. Das ist unser Problem. [...] Die PiS antwortet darauf, der „wichtige Grund“ für die

Absage sei eine Krankheit gewesen, aber Spezialisten wissen doch, wie man einen Mann für zwei Stunden auf die Beine stellen kann (am Ende ging es ja nur um ein Mittagessen in Weimar).

Warschau, 15. Juli 2006

[53]

Aus einem Kommentar in „Der Spiegel“

—— Sie [Kaczyńskis] haben einiges vor, Polen soll endlich das ihm gebührende Gewicht in der EU erhalten. Die Ehre der Nation und ein selbstbewusster Patriotismus – das sind die Begriffe, die sie wie ein Banner vor sich hertragen. Sie wollen [...] einen starken Staat, der sich von den Nachbarn in Ost und West nicht einschüchtern lässt.

Das [...] passt allerdings ganz und gar nicht zur ressentimentgeladenen Larmoyanz, mit der die Zwillinge Furore machen, Deutschland und Frankreich brüskieren, der Brüsseler EU-Bürokratie Sorge bereiten und überhaupt Rätsel aufgeben: Wer sind diese Kaczyńskis, und was wollen sie wirklich? [...] Dazu sehen die Zwillinge das Schicksal ihres Landes auf dem Spiel, wenn Berlin und Moskau eine Pipeline durch die Ostsee planen als ginge es den Nachbarn noch immer nur darum, Polen zu demütigen.

Hamburg, 17. Juli 2006

[13]

Adam Krzemiński in „Polityka“

—— Und in diesem Moment tat die deutsche Kanzlerin eine Geste, sie griff nach dem Telefonhörer und gratulierte dem neuen polnischen Premierminister [Jarosław Kaczyński] zur Amtsübernahme. Der Kontakt war angeknüpft. Aber das ist immer noch ein recht bescheidener Vorschuss. [...] Die Kanzlerin führte dieses Gespräch in einem demonstrativ sympathischen Ton [...]. Die Denkweise von Angela Merkel während ihres Gesprächs mit Jarosław Kaczyński kann man so verstehen: Beweg dich endlich, lieber Kollege. Leg die Phobien und Vorwürfe beiseite, diese Sprache der sechziger Jahre, und beginne endlich eine reale Politik zu gestalten. Schau dich um, schließlich habe ich morgen George Bush bei mir zu Gast, und danach treffe ich Putin. Wollt ihr wirklich mutterseelenallein in Europa bleiben? In einem halben Jahr wird Deutschland die Präsidentschaft in der EU übernehmen. Das ist eine sehr schwierige Sache. In Einklang gebracht werden müssen die Interessen und persönlichen Kränkungen von 25 Staats- und Regierungschefs, und wir selbst müssen uns den übergeordneten Interessen der Union fügen. Schließlich wird in Kürze auch euch diese Rolle zufallen. Wie wollt ihr damit klarkommen, wenn ihr mit uns nicht zurechtkommen könnt? Oder wollt ihr das vielleicht gar nicht?

Natürlich hat Angela Merkel nichts dergleichen gesagt. Was zählte, war der sympathische Ton und die Deklaration ihres Willens zu einem baldigen Treffen. [...] Lieber nicht daran denken, dass dieser Kartoffelkrieg keineswegs ein grotesker Arbeitsunfall war, sondern eine Konzeption zur Selbstisolierung eines Landes, sozusagen zum Zweck der Durchführung einer moralischen Revolution...

Warschau, 22. Juli 2006

[32]

**Gesine Schwan, Rektorin der Universität Viadrina
und Polenbeauftragte der Bundesregierung,
in einem Interview in „Polityka“**

—— Die Kontakte auf höchster Ebene sind ins Stocken geraten, die Medien sprechen sogar von einer Krise in unseren gemeinsamen Kontakten. In Polen sind im Zusammenhang mit den Aktivitäten von Erika Steinbach frühere Stereotypen zurückgekehrt. Aber die Wirklichkeit ist zum Glück reichhaltiger. Meinungsforschungen zeigen unverändert ein Wachstum der Sympathien für die Deutschen und für Deutschland. Auch in Deutschland nehmen die Sympathien für Polen zu, nur schade, dass das so langsam geht. [...]

Wir haben sechshundert Städtepartnerschaften, eine vorzügliche wirtschaftliche Zusammenarbeit, und Polen ist für Deutsche auch touristisch sehr attraktiv. [...] In vielen Ortschaften pflegen Deutsche und Polen zusammen ihre nun schon gemeinsamen lokalen Traditionen, sie räumen Friedhöfe auf, renovieren Denkmäler, erinnern – wie in Tolkemit [Tolkmicko] – an die Opfer der Flucht im Jahre 1945. [...]

Warschau [jedoch] reagiert nicht besonders auf deutsche Signale zu einer Kooperation und zur Lösung der brennendsten Probleme wie des Zentrums gegen Vertreibungen.

Warschau, 2. September 2006

[61]

**Albrecht Lempp, Direktor der Stiftung für Deutsch-
Polnische Zusammenarbeit, in einem Interview
in „Gazeta Wyborcza“**

—— Jahrzehntlang gab es auf deutscher Seite Menschen, die das den Polen während des 2. Weltkrieges zugefügte große Leid wiedergutmachen wollten. Auch auf der anderen Seite gab es Polen, die zu einem Dialog bereit waren. Das war ein emotionaler Dialog, der sich auf der Gefühlsebene abspielte, voller symbolischer Gesten. Ein Dialog, in dem vor allem von Schuld und ihrer Annahme gesprochen wurde.

Jetzt gehen wir zu partnerschaftlichen, sachlichen Beziehungen, zu konkreten Interessen über. Die Deutschen sagen, angefangen von ihrem Präsidenten: „Ja, wir akzeptieren das, wir erinnern uns. Punkt. Aber jetzt beginnen wir, eine Gemeinschaft im Rahmen der EU zu schaffen.“ Zugegeben, in diesen Herausforderungen ist oft ein arroganter Ton zu vernehmen, den die Polen nicht akzeptieren. Aber die Richtung stimmt voll und ganz. Es wäre absurd zu sagen, das alles wäre unehrlich, geheuchelt, nur nützlich für die Deutschen. [...]

Manchmal denke ich, wenn Frau S. [Steinbach] nicht in der deutschen Politik aufgetaucht wäre, dann hätte man sie erfinden müssen. Für einen Teil der polnischen Politiker dient sie als Argument, dass Deutschland die Festlegungen der vergangenen Jahre weiterhin in Frage stellt. Das aber festigt in Polen ein Gefühl der Bedrohung und provoziert zu weiteren Abrechnungen. Und Frau S. freut sich, denn dadurch bekommt sie weitere Gelegenheiten zu öffentlichen Auftritten. Wir wollen nicht weiter von ihr sprechen. [...] In Deutschland versucht niemand bei gesundem Verstand dieses Verhältnis zu verändern.

Die Deutschen haben den Krieg begonnen. Deutschland ist verantwortlich für jene Verbrechen und ihre Konsequenzen. Darüber muss nicht diskutiert werden.

Warschau, 21. Oktober 2006

[43]

Jerzy Sulek, Diplomat, in der Wochenschrift „Przeгляд”

——— In den deutsch-polnischen Beziehungen kriselt es schon seit einigen Jahren. Aber erst im Dezember 2006 kam es zur offenen Konfrontation zwischen Warschau und Berlin. Die direkte Ursache dafür war, dass die Preußische Treuhand beim Straßburger Gerichtshof für Menschenrechte 22 Anklagepunkte gegen Polen vorbrachte, betreffend Eigentumsansprüche von aus Polen ausgesiedelten Deutschen. [...] Zwar kam es in der Zeit um Weihnachten und Neujahr 2007 zu einem „leisen Waffenstillstand“, aber es ist leicht voraussehbar, dass schon bald wieder die Flamme des heftigen deutsch-polnischen Streits mit neuer Kraft auflodern wird.

Warschau, 14. Januar 2007

[73]

Anna Fotyga in ihrer Rede im Sejm

——— Seit Ende der neunziger Jahre werden Stimmen über deutsche Ansprüche gegenüber dem polnischen Staat laut. Es wird über die Verantwortung des polnischen Staates geurteilt. Dieses Damoklesschwert hing schon seit einigen Jahren über Polen und der polnischen Gesellschaft, bis es dann im Dezember 2006 herabfiel. [...] Dies vertiefte die natürliche Unsicherheit auf polnischer Seite. Eine Ungewissheit, die die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland und die Beziehungen zwischen der polnischen und der deutschen Gesellschaft zweifellos stark beeinträchtigt.

Warschau, 25. Januar 2007

[66]

Artur Wajs, Bürgermeister von Lidzbark Warmiński, in „Rzeczpospolita”

——— Ich bin geschockt [über die Klagen der Preußischen Treuhand]. Das ist so, als würden wir Polen heute beginnen, die Hälfte von Vilnius zurückzufordern. [...] Da ziehen Deutsche vor Gericht und gewinnen, weil die polnische Regierung den Ernst der Situation nicht erkennt. Unsere Gesetzgebung muss schnell geändert werden, um solche Ansprüche für ungültig zu erklären.

Warschau, 19. März 2007

[21]

Dorota Arciszewska-Mielewczyk, Chefin der Polnischen Treuhand und Senatorin der PiS, in „Rzeczpospolita”

——— Seit Jahren versuche ich, der Regierung klarzumachen, dass diese Ansprüche deutscher Bürger ein ernstliches Problem darstellen werden. Deshalb habe ich die Polnische Treuhand* gegründet, um die Regierung zur Verteidigung

* Diese im Januar 2005 in Gdynia registrierte Organisation stellt sich als Hauptziel die Rechtshilfe für polnische Bürger, die Entschädigungen für die während des Krieges vom Dritten Reich verursachten Verluste beantragen, sowie die Förderung historischer Bildung in der Gesellschaft.

unserer Bürger zu motivieren. Ich freue mich über Angela Merkels Deklaration, sie werde die Ansprüche der Preußischen Treuhand nicht unterstützen, aber solche Gespräche von Spitzenpolitikern verpflichten noch zu nichts. Notwendig ist eine Neuverhandlung über das Abkommen [zwischen Polen und Deutschland von 1991] oder ein neuer Vertrag zwischen den Regierungen Polens und Deutschlands.

Warschau, 19. März 2007

[21]

Adam Krzemiński in „Polityka”

——— Dieser zweitägige Besuch [von Angela Merkel in Warschau am 16.-17. März] war eher als therapeutische Sitzung für die seit längerer Zeit ins Stocken geratenen deutsch-polnischen Beziehungen gedacht. Die Kanzlerin kam zu den Kaczyński-Brüdern in der Absicht, endlich eine Atmosphäre privaten Vertrauens zu schaffen, basierend auf einem persönlichen, informellen Kontakt. In Krisensituationen erlaubt dies, sich auch dann auf den Partner verlassen zu können, wenn dieser anderer Meinung ist, weil er die Logik des Kompromisses und dieser alle Mitgliedsstaaten der EU verbindenden großen Interessengemeinschaft versteht und akzeptiert.

Die Liste der Diskrepanzen zwischen Polen und Deutschland ist lang. Manche sind künstlich aufgebauscht, wie zum Beispiel die Forderung nach formaler Gründung einer ethnischen polnischen Minderheit in Deutschland [...]. Andere, wie die Ostsee-Gasleitung, erfordern eine solche Strategie, die die EU einer gemeinsamen Energiepolitik näherbringen würde. [...] Leider ist es wahr, dass die Kaczyński-Regierung in keiner dieser Angelegenheiten imstande war, Kompromisslösungen vorzuschlagen, als ob die Sackgasse in der Politik ein natürlicher und permanenter Zustand wäre. Unabhängig davon, ob das nur ein Pokerspiel ist oder von einer gewissen politischen Mentalität zeugt – die Folge davon ist, dass die Gebrüder Kaczyński in Deutschland – zu Recht oder zu Unrecht – als deutschfeindliche, antirussische und antieuropäische Politiker zugleich angesehen werden.

Warschau, 24. März 2007

[37]

Krzysztof Szyga, Abgeordneter der Volks-Nationalbewegung, in einer Rede im Sejm

——— Alle, die wir hier sitzen, teilen uns im Prinzip in zwei Gruppen: in Euroenthusiasten und Euroskeptiker. Angeblich haben irgendwelche Untersuchungen gezeigt, die Polen seien hervorragende Euroenthusiasten. Aber resultiert dieser Euroenthusiasmus nicht vielleicht nur aus der Tatsache, dass unser Volk aufgrund der jüngsten, mit der sogenannten Dritten Republik gemachten Erfahrungen die westliche Administration für besser erachtet als die polnische? Weckt das, was heute geschieht, wo die Deutschen im Prinzip ihre Hegemonie einführen wollen, nicht im Jenseits das Gekicher eines gewissen Herren mit kleinem Schnauzbart?

Warschau, 6. Juli 2007

[67]

Anna Fotyga in einem Interview in „Wprost“

——— Wir werden zu einem normalen Mitspieler [in der EU], wir beginnen, uns um unsere Interessen zu kümmern. Das ist psychologisch schwierig für unsere Partner, die daran gewöhnt sind, dass die neuen Mitglieder der Union „still sitzen“. [...] Zum Beispiel für die Deutschen, die sehen, dass ihnen vor ihren Augen in der Region ein ernsthafter Partner und wohl auch Konkurrent erwächst.

Warschau, 8. Juli 2007

[16]

Erika Steinbach im Interview mit „Passauer Neuen Presse“

——— Die polnische Regierung löst in der Gesellschaft Entsetzen aus. Sie vertritt schon lange nicht mehr die breite Mehrheit der polnischen Wähler. [...] Polen ist [was den Bau des Zentrums gegen Vertreibungen anbelangt] weitestgehend isoliert. Die polnische Regierung ist in dieser Frage ein Außenseiter. Andere europäische Länder haben keine Einwände oder kümmern sich nicht um das Thema.

Passau, 18. August 2007

[5]

Jarosław Kaczyński in einem Interview mit „Wprost“

——— Es wird [für den Fall, dass die Bürgerplattform (PO) an die Macht kommt] zu einer entschiedenen Rückkehr zu früheren Pathologien kommen [...]. Hier [in der Außenpolitik] wird es eine Abkehr von unserer harten Politik geben, besonders was die Schaffung partnerschaftlicher Beziehungen mit Berlin betrifft. Die Plattform ist zu sehr abhängig von Deutschland. [...] Die PO wurzelt allzu stark in den Strukturen der Europäischen Volkspartei, was heute leider eine Akzeptanz der deutschen Dominanz bedeutet. Aber jede Dominanz ist extrem schädlich für Polen und für Europa.

Warschau, 19. August 2007

[23]

Zdzisław Krasnodębski, Soziologe, in „Rzeczpospolita“

——— In Deutschland wird man recht schnell von der Bürgerplattform enttäuscht sein. Man hört übrigens schon Stimmen der Kritik an die Adresse dieser Partei. [...] Die Deutschen werden enttäuscht sein, denn es ist kaum zu erwarten, dass die PO gegen das gut verstandene polnische Interesse handeln wird und dass Donald Tusk nach der Machtübernahme erklärt, wir würden den Deutschen die „Berlinka“ [Sammlung von Altdrucken] übergeben, den Bau des Zentrums gegen Vertreibungen unterstützen, den „Vertriebenen“ ermöglichen, ihre „Rechte auf Heimat“ zu verwirklichen, sofort auf das Abstimmungssystem von Nizza verzichten oder vorbehaltlos die deutsche Energiepolitik unterstützen, einschließlich der Ostsee-Gasleitung als grandioses Beispiel europäischer Solidarität. Und dass nur eine Regierung, die imstande wäre, ähnliche Dinge zu deklarieren, das völlige Wohlwollen und die Sympathie der deutschen Regierung und der öffentlichen Meinung gewinnen würde.

Warschau, 21. August 2007

[29]

Jacek Kurski, Abgeordneter der PiS, in einer Rede im Sejm

——— Vergleicht doch nur, was für Verträge in der Zeit abgeschlossen wurden, als die Kollegen des Herrn Tusk Polen regierten, solche wie Jan Krzysztof Bielecki. Erinnert euch an den Vertrag mit Deutschland vom Juni 1991, der keine für Polen wichtige Fragen gelöst hat – und dass wir die Eigentumsrechte der Bewohner unserer Westgebiete noch heute mit einem vehement durchgesetzten Gesetz garantieren mussten (*Beifall*). Wir schlagen gleichberechtigte Beziehungen mit Deutschland und mit allen in Europa vor, ihr [die Opposition] habt die volle Kapitulation vorgeschlagen.

Warschau, 7. September 2007

[68]

Adam Krzemiński in „Polityka“

——— In Polen dauert eine lange Septemberkampagne an. Nur ist es diesmal nicht ein Krieg mit Deutschland, sondern um Deutschland, um unsere eigene Sicht auf unseren westlichen Nachbarn. [...] In Wirklichkeit führen wir diesen Krieg gegen uns selbst. Denn in unseren Köpfen stoßen zwei komplett entgegengesetzte Sichtweisen deutsch-polnischer Nachbarschaft aufeinander. In deutschen Köpfen gibt es diesen Krieg nicht. [...]

Die polnisch-deutschen Beziehungen werden noch lange neurotisch sein, unabhängig davon, ob die Spin-Doktoren der jeweiligen Regierungen eine Interessengemeinschaft verkünden oder aber ihr Gegenteil – eine sogenannte Streitgemeinschaft. Aber Befragungen zeigen, dass sich die polnische Gesellschaft allmählich freimacht von erdrückenden Ängsten, von der Bürde historischer Traumata.

Warschau, 15. September 2007

[39]

Mariusz Muszyński, Bevollmächtigter der Außenministerin Anna Fotyga für deutsch-polnischen Beziehungen, und Krzysztof Rak, Publizist, in „Wprost“

——— Aus den lautstarken Ankündigungen eines Durchbruchs in den deutsch-polnischen Beziehungen wird höchstwahrscheinlich nichts werden. [...] Erstens ist die Bürgerplattform radikaler als die Partei Recht und Gerechtigkeit, was die Eigentumsregelung der Folgen des 2. Weltkrieges anbelangt, die unsere bilateralen Beziehungen seit einem Jahrzehnt bestimmt. Zweitens will Deutschland in strittigen Fragen keinen Fußbreit abweichen, und wenn Berlin einen Kompromiss ankündigt, dann wird ganz offensichtlich erwartet, dass der [künftige] Premierminister Donald Tusk* die weiße Fahne hisst.

Warschau, 4. November 2007

[47]

Paweł Wroński, Journalist, in „Gazeta Wyborcza“

——— Der künftige Premierminister traf sich im Sejm mit Journalisten ausländischer Medien. [...] Er erklärte, er wolle die deutsch-polnischen Beziehungen auf ein

* Die Vereidigung von Donald Tusk zum Premierminister fand am 16. November 2007 statt.

so gutes Niveau heben wie unter den Regierungen von Tadeusz Mazowiecki und Jan Krzysztof Bielecki. Dann fügte er hinzu, was bei den Journalisten Gelächter auslöste, dass sein Großvater ihm „nicht verzeihen würde, wenn er sich nicht ehrlich für eine Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen einsetzt“. [...] Tusk unterstrich, dass keine politische Kraft in Polen, auch nicht seine künftige Regierung, „eine solche Version historischen Gedenkens und der Geschichtspolitik akzeptieren werde, wie sie von Erika Steinbach, der Chefin des Bundes der Vertriebenen, leider symbolisiert wird“. [...] Tusk erklärte, dass „eine kluge, auf gegenseitiges Vertrauen, vor allem aber auf die historische Wahrheit gestützte Besinnung auf die Vergangenheit durch Schaffung von Institutionen, Museen und Ausstellungen auf das Wohlwollen seiner Regierung stoßen wird“.

Eine Hilfe zur Verbesserung der Beziehungen mit Berlin soll der ehemalige Außenminister Władysław Bartoszewski sein.

Warschau, 7. November 2007

[83]

Władysław Bartoszewski, Staatssekretär in der Kanzlei des Ministerpräsidenten und Bevollmächtigter des Premierministers für den internationalen Dialog, in einem Interview mit „Die Zeit“

——— Es war nie leicht mit Deutschland, und in den letzten zwei, drei Jahren ist es noch schwieriger geworden. [...] Anfang der neunziger Jahre dachte man, die Probleme seien nun erledigt. [...] Es herrschte zwar keine Freundschaft, aber eine stabile Normalität, die bis Ende der neunziger Jahre andauerte. Dann kamen in beiden Ländern die Sozialdemokraten an die Macht. Und eine Dame in den besten Jahren [Erika Steinbach] wurde sehr bekannt. [...] Eine schöne Blonde für die einen, für andere eine blonde Bestie. [...] Sie unterscheidet meiner Meinung nach nicht präzise genug zwischen Opfern und Tätern. Wir können so eine Verfälschung der Geschichte unter der Regie von Frau Steinbach nicht dulden.

Hamburg, 6. Dezember 2007

[2]

Kai-Olaf Lang, Experte der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik, in einem Kommentar für „Rzeczpospolita“ über den Besuch von Donald Tusk in Berlin

——— Es zeichnet sich deutlich die Möglichkeit einer Annäherung im Streit um das Gedenken an die Vertreibungen ab, und zwar durch gleichzeitige Verwirklichung der Idee des Museums des 2. Weltkrieges in Danzig und des deutschen Projekts des Sichtbaren Zeichens*. In der Frage der Gasleitung Nord Stream gibt es keinen Durchbruch, aber so etwas war auch nicht zu erwarten. Die Deutschen sondieren weiterhin die Bereitschaft der neuen polnischen Regierung zur Verständigung. Aber wir haben es jetzt mit einer neuen Qualität in den gegenseitigen Beziehungen zu tun. Die deutschen Vorschläge werden nicht von vornherein

* Populäre Bezeichnung des deutschen Projekts zum Gedenken an die Opfer der Nachkriegsaussiedlungen.

abgelehnt, wie dies unter der vorigen Regierung der Fall war. Es entstehen auch neue Initiativen, wie zum Beispiel das Museum in Danzig. [...]

Es gibt [in Deutschland] keine solche Euphorie mehr wie unmittelbar nach den Wahlen in Polen. Die Deutschen sind sich auch bewusst, dass im Nachbarland ein Konsensus in vielen Fragen der Außenpolitik herrscht. Vorerst geht es also prinzipiell nicht um den Kern der Sache, sondern um den Ton und die Atmosphäre der bilateralen Kontakte. Ich sage es so: Wäre der ehemalige polnische Premierminister in Berlin gewesen, hätte er von Angela Merkel nicht solche Worte gehört wie Donald Tusk. Das ist ein Fortschritt, wenn auch gewiss kein spektakulärer. Auch die Vorschläge regelmäßiger Konsultationen zwischen den Regierungen oder die Ausarbeitung eines gemeinsamen Geschichtslehrbuches sind keiner. Wesentlich aber sind die Deklarationen Berlins, dass die Deutschen nichts tun werden, was gegen Polen gerichtet wäre. Tusk hat solche Beteuerungen akzeptiert, wozu Jarosław Kaczyński niemals fähig gewesen wäre.

Warschau, 12. Dezember 2007

[42]

Premierminister Donald Tusk im „Dialog“

—— Ich bin mir dessen bewusst, dass die Zeit der Politik der Gesten [in den deutsch-polnischen Beziehungen] vorbei ist. [...] Heute ist jedoch die Zeit der Interessenpolitik gekommen. [...] Man kann den Stil oder die Effizienz der Außenpolitik ändern, aber die Probleme in den gegenseitigen Beziehungen verschwinden nicht nur deswegen, weil sich die Regierungsmannschaft in Warschau oder Berlin ändert. Deshalb werden wir auch Entscheidungen nicht akzeptieren, die eine fundierte historische Bilanz in Bezug auf den 2. Weltkrieg in Zweifel ziehen. Ich werde darüber mit Angela Merkel sprechen.

Ich weiß: sowohl der Präsident als auch der Kanzler der Bundesrepublik haben sich eindeutig negativ zu den Ansprüchen der Vertriebenen geäußert. Es geht darum, dass sie dies auch weiterhin tun. Genauso wichtig ist es, dass die Pläne zur Realisierung des Zentrums gegen Vertreibungen endgültig aufgegeben werden. [...] Eine andere Angelegenheit, die uns trennt, bleibt die Erdgaspipeline durch die Ostsee. Das ist ein schlechtes Erbe der Regierung Schröder.

Warschau, Anfang Januar 2008

[76]

Władysław Bartoszewski in einem Interview mit Tageszeitung „Dziennik“

—— Wir warten auf konkrete Ergebnisse. „Sichtbares Zeichen“ ist eine literarische Bezeichnung, die sogar das Komponieren eines Chorals bedeuten kann. Wir können nur sagen, dass wir nie einer solchen Interpretation der Geschichte zustimmen werden, wie sie der Bund der Vertriebenen versucht durchzusetzen. Für uns waren der Krieg und dessen Konsequenzen eine Reihenfolge von Ursachen und Wirkungen, nicht vereinzelter Ereignisse. Wir sind in einer moralisch vorteilhaften Situation, denn die Union blickt nicht gerade mit Sympathien auf das Aufbauschen der Leiden nur einer Seite.

Warschau, 4. Februar 2008

[3]

Michael G. Müller, deutscher Ko-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission, im Interview mit der „Deutschen Welle“

——— Es [das deutsch-polnische Geschichtsschulbuch, an dem gerade gearbeitet wird] ist notwendig für ein besseres gegenseitiges Verständnis, aber auch für ein besseres Verständnis der eigenen Geschichte. Zum Beispiel basiert die nationale Geschichtsschreibung sowohl in Polen als auch in Deutschland weitgehend auf der These von der so genannten Einzigartigkeit, der Besonderheit der eigenen nationalen Geschichte [...]. Es scheint uns nun, dass es gar keine Besonderheit war, sondern ein typisch europäischer Weg in die Moderne, und das wollen wir zeigen.

[...] Wir brauchen Autoren, die nicht nur Erfahrung im Schreiben von Schulbüchern haben, sondern gleichzeitig auch Experten für polnische und deutsche Geschichte sind. Sie sind nicht so zahlreich. Zweitens bedürfen unsere Texte einer langen Testphase. [...] Der dritte Abschnitt braucht ein sehr professionelles und gründliches Lektorat, drei Jahre sind also gar nicht so lang.

Berlin, 18. Mai 2008

[48]

Radosław Sikorski, Außenminister der Republik Polen, in einer Rede im Instytut Zachodni (Westinstitut)

——— Nach der Ernennung der Regierung von Premierminister Donald Tusk [...] wurde der deutsch-polnische Dialog nicht mehr blockiert. Es kam zu einer Art „Neueröffnung“ in den Beziehungen mit Deutschland. Wir haben erneut begonnen, Deutschland als einen der wichtigsten Partner Polens zu behandeln [...]. Natürlich bedeutet das nicht, dass es bereits, wie durch Zauberhand, gelungen wäre, die bestehenden Probleme zu lösen, einschließlich der Wiederherstellung gegenseitigen Vertrauens. Aber wir sind auf bestem Wege hin zu diesem Ziel. [...]

Wir müssen mit einer stereotypen Philosophie deutsch-polnischer Beziehungen auf beiden Seiten brechen, in welcher ungelöste Dinge aus der Vergangenheit im Mittelpunkt stehen. Lange galten sie als Hindernisse, welche durch eine Zusammenarbeit und ein Bündnis mit Deutschland nicht überwunden werden können. Das bedeutet selbstverständlich keinen Verzicht auf die Verwirklichung eigener Interessen oder auf das Bestreben [...], strittige Angelegenheiten dem polnischen Interesse gemäß zu lösen. [...] Wir wollen mit Deutschland nicht nur in für beide Länder, sondern auch für die gesamte Europäische Union wichtigen Fragen kooperieren. [...]

Die deutsch-polnischen Beziehungen benötigen auch neue Vermittler. Ein Schlüssel zum Erfolg in der polnisch-deutschen Annäherung ist der Sprachunterricht, die Intensivierung zwischenmenschlicher Kontakte und schließlich der allgemeine Zugang zu solidem Wissen über das Nachbarland. Wir haben mit Arbeiten zur Erstellung eines gemeinsamen Geschichtslehrbuches begonnen, das die Zeit vom Mittelalter bis in die Neuzeit umfasst und 2011 erscheinen soll.

Posen, 26. Juni 2008

[63]



Klagenfurt (Österreich), 8. Juni 2008. Polnische Fußballfans vor dem Spiel gegen die deutsche Mannschaft während der Europameisterschaft Euro 2008

FOT. PETER KNEFFEL / PAP / DPA

Bartosz T. Wielński, Journalist, in „Gazeta Wyborcza“

— Gegen Ende des Jahres wird sich der Bundestag mit dem „Sichtbaren Zeichen“ befassen [...]. Der Bau dieses Museums soll den fast zehnjährigen Streit über das Gedenken an die Vertreibungen schlichten. Begonnen wurde er vom Bund der Vertriebenen, der vorschlug, unter seiner Schirmherrschaft in Berlin ein Zentrum gegen Vertreibungen zu errichten, das die Deportationen von Deutschen dokumentieren sollte. Dem widersetzten sich die Linken und auch Warschau, weil man befürchtete, die Vertriebenen würden sich dort als ausschließliche Opfer des Krieges präsentieren, die Polen und Tschechen dagegen als Verbrecher. [...]

Gestern hat die [deutsche] Regierung einen Gesetzentwurf zur Konstituierung der das Museum verwaltenden Stiftung angenommen. Sie wird den Namen „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ tragen und dem Historischen Museum in Berlin unterstehen. Jetzt soll dieses Projekt im Bundestag eingebracht werden. Berlin hat es nicht eilig mitzuteilen, wer im Vorstand dieser Stiftung sitzen wird und ob sich dort auch ein Platz für die in Polen dämonisierte CDU-Abgeordnete und Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach findet. Warschau will von einer eventuellen Steinbach-Nominierung nichts wissen, aber Berlin informiert, dass nicht die Regierung, sondern der Bund der Vertriebenen die Delegierten für diese Stiftung vorstellen wird (er hat das Recht auf drei Posten). Die Vertriebenen haben Steinbach bereits delegiert. Auf Steinbach wird Druck ausgeübt, und für ihren Rücktritt vom „Zeichen“ wird ihr unter anderem sogar der Posten eines Staatssekretärs im Innenministerium und die höchste deutsche Auszeichnung, das Bundesverdienstkreuz, angeboten. Angeblich soll auch Kanzlerin Merkel mit Steinbach sprechen.

Berlin, 4. September 2008

[1]

Erika Steinbach in einer Rede anlässlich des Tages der Heimat

— Millionen Vertriebene mussten vor ihrer Vertreibung Zwangsarbeit leisten. Nicht nur für Russland, sondern auch für Polen, die Tschechoslowakei oder Jugoslawien. Mittel-, Ost- und Südosteuropa war über viele Jahre auch nach dem Krieg noch eine gigantische Sklavenhalter-Region. [...]

Der BdV wird mit drei Sitzen im entscheidenden Gremium vertreten sein. Wer uns vertritt, das werden alleine wir bestimmen. Darüber gab es von Anfang an Einigkeit sowohl mit Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch mit Staatsminister [Bernd] Neumann.

Berlin, 7. September 2008

[69]

Aus Informationen im „Dialog“

— Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat die Klage der Preußischen Treuhand gegen Polen abgewiesen. Die Richter entschieden, dass die Klage zur Vorlage dem Gericht nicht zulässig ist. [...] Der Gerichtshof entschied ebenfalls, dass die Preußische Treuhand als Firma kein Opfer eines Verstoßes gegen die Konvention [Europäischen Menschenrechtskonvention] ist und nicht als Kläger vor dem Gerichtshof erscheinen kann.

Berlin, Anfang Oktober 2008

[54]

Wladyslaw Bartoszewski in der Tageszeitung „Polska The Times“

— Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte [...] ist einer der wichtigsten internationalen Akte, die die deutsch-polnischen Beziehungen bestimmen. [...] Ich verhehle nicht, dass die Entscheidung des Gerichtshofes bei mir Genugtuung ausgelöst hat. [...] Dennoch empfinde ich keine Schadenfreude. Allzu groß sind nämlich die durch eine leichtfertige Politik, der Bevölkerung Schrecken einzujagen, angerichteten Schäden.

[...] Brauchte es wirklich erst das Urteil des Gerichtshofes für Menschenrechte, um den Klägern in Deutschland klarzumachen, dass ein eventueller Erfolg ihrer Klagen eine Infragestellung der Berechnung der Kriegsreparationen von Deutschland wegen des 2. Weltkrieges bedeuten würden – und damit die Möglichkeit neuer Entschädigungsrechnungen eröffnen, aus denen die BRD dann sicher als Bankrotteur hervorgehen würde? Wussten die polnischen Politiker, die in den letzten Jahren „Reparationen von Deutschland“ forderten, denn nicht, dass vom formalen Gesichtspunkt aus, solche Forderungen an eine völlig andere Adresse gerichtet werden müssten, und dass eine eventuelle Realisierung der „Reparationen von Deutschland“ eine Infragestellung des „Potsdamer Systems“ bedeuten würde, auf dem die polnisch-deutsche Grenze doch basiert? [...]

Es ist gut, dass eines der schwierigsten und schmerzlichsten Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungen abgeschlossen wurde. Aber Umsicht und Konsequenz sind auch weiterhin geboten. Schon erhoben sich Stimmen, dass das Problem nicht endgültig erledigt ist, weil die Treuhand weiterhin vor anderen internationalen Gremien klagen wird. Natürlich kann man im demokratischen internationalen System immer Klage erheben, man kann das Klagerecht aber auch böswillig missbrauchen. Man kann auch dann Klage erheben, wenn von vornherein klar ist, dass die Klage keinerlei Chancen auf Erfolg hat. Derartige Vorgehensweisen können aber nicht über die zwischenstaatlichen Beziehungen entscheiden. Sie können auch eine ernsthaft geführte staatliche Politik nicht bestimmen. Und sie werden dies auch nicht tun.

Warschau, 7. November 2008

[4]

Frank-Walter Steinmeier, Außenminister, in einer Rede vor dem 13. Deutsch-Polnischen Forum

— „Neue Normalität“ heißt für mich keineswegs, den Dialog zu unserer schwierigen gemeinsamen Vergangenheit nicht weiter zu führen. Die Aussöhnung mit Polen bleibt eine Generationenaufgabe deutscher Politik und eine zentrale Prämisse deutscher Außenpolitik. Normalität heißt aber: Wir können miteinander über alles reden, wir arbeiten zusammen, wir unterstützen einander. Natürlich bedeutet es auch, dass wir unterschiedliche Standpunkte akzeptieren und diskutieren, dass wir uns gerade dann gut zuhören, in Respekt und Freundschaft. Für die Normalisierung unserer Beziehungen gibt es einen ganz einfachen Gradmesser: Die Tatsache, dass „Problemthemen“ bilateraler Natur immer weniger Platz auf der Agenda gemeinsamer Treffen einnehmen.

Berlin, 5. Dezember 2008

[71]

Adam Krzemiński in „Gazeta Wyborcza”

Die polnisch-deutsche Botschaft für Europa lautet in diesem Jahr der Jahrestage, dass die Erinnerung an den Krieg diese Nachbarn in geringerem Maße verbindet als die Erinnerung an den Frieden [...]. Das bedeutet nicht, dass das verbreitete „Wir lieben uns“ oder „Seid nett zueinander“ die Erinnerung an den barbarischen Krieg auslöschen soll. Es ist genau umgekehrt, Das Vertrauen zum Partner und eine erneuerte Sprache des Dialogs erlauben uns, auf die schwierigsten Themen einzugehen.

Warschau, 11. Januar 2009

[34]

Jędrzej Bielecki, Journalist, in „Dziennik”

Den deutsch-polnischen Beziehungen droht eine Krise. Das kann passieren, wenn die deutsche Regierung Erika Steinbach, die für ihre Polenfeindlichkeit bekannt ist, in den für den Bau des an die Vertreibungen erinnernden Zentrums verantwortlichen Rat nominiert [...]. Heute wird Bartoszewski darüber in Berlin mit der Kanzlerin Angela Merkel sprechen. Professor Bartoszewski hält mit seiner Irritation nicht hinterm Berg. [...] Und er warnt: Wenn es wirklich dazu [zu dieser Nominierung] kommt, dann wird die polnische Regierung eine ganze Reihe der für dieses Jahr geplanten deutsch-polnischen Veranstaltungen absagen. [...] „Wie du mir, so ich dir. Die Regierung von Donald Tusk hat germanophobe Personen von der Leitung polnisch-deutscher Institutionen ausgeschlossen. Dasselbe erwarten wir auch von deutscher Seite“ – fügt Professor Bartoszewski hinzu.

Warschau, 16. Februar 2009

[9]

Radosław Sikorski auf einer Pressekonferenz

An Stelle der deutschen Seite würde ich diese Mission sehr ernstnehmen. Minister Bartoszewski ist nicht nur unser Nationalheld, sondern er genießt besonders in Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen das Vertrauen des Premierministers. In dieser Sache unterstützt ihn auch der Präsident. Ich denke, dass die Missachtung der Stimme eines ehemaligen Auschwitzhäftlings und Ehrenbürgers Israels unklug wäre.

Warschau, 16. Februar 2009

[8]

Anna Wolff-Powęska in einem Interview mit „Rzeczpospolita”

Ich würde die zwischenstaatlichen Beziehungen nicht in Kategorien eines Handels sehen. Erst recht nicht in so schwierigen, emotionalen Fragen wie beim Gedenken an die Vergangenheit. Falls die deutsche Regierung nicht Wort hält, hätte die polnische Seite das Recht, enttäuscht zu sein und dem auch Ausdruck zu verleihen. Umso mehr, als es schien, dass die Beziehungen zwischen Kanzlerin Merkel und Premierminister Tusk kollegial sind und die letzten beiden Jahre eine ruhige Zeit in den bilateralen Beziehungen bildeten. Die Aufnahme von Erika Steinbach in den Stiftungsrat wäre daher ein Schlag unter die Gürtellinie.

Warschau, 16. Februar 2009

[81]

Stefan Dietrich, Chef der Abteilung Politik der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, in einem Kommentar in „Rzeczpospolita“

—— Die Regierung will keinen neuen Krach mit Polen. [...] Auch wenn Frau Steinbach in diesem Jahr nicht für das Gremium des Museums* nominiert wird, dann wird das im nächsten Jahr sowieso passieren. Wir können nicht zulassen, dass Polen darüber entscheidet, wer in den Gremien eines Museums sitzen wird, das ohne Beteiligung Polens, für deutsches Geld auf dem Territorium Deutschlands entsteht.

Berlin, 17. Februar 2009

[14]

Berthold Kohler, Journalist, in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“

—— Polen hat die Causa Steinbach, eine nur symbolisch bedeutende Personalie, zu nicht weniger als einem Lackmустest für den Stand der Versöhnung und zu einem Prüfstein für die Zukunft der wechselseitigen Beziehungen erklärt. Die Alternative, vor die Warschau Berlin stellt, mutet lächerlich an, ist den Polen aber bitterernst. Sie lautet: Erika Steinbach oder wir. [...] Die alte polnische Phobie kam zum Vorschein: dass die Deutschen sich mit solchen Projekten von Tätern in Opfer verwandeln wollten und eines Tages die sich keiner Schuld bewussten Polen als (einzige) Verbrecher dastünden. Das ist sobarer Unsinn wie das meiste, was über Frau Steinbach in Polen behauptet und in Berlin lange unwidersprochen hingenommen wurde.

Frankfurt am Main, 2. März 2009

[27]

Paweł Świeboda, Leiter von DemosEuropa – Centrum Strategii Europejskiej (DemosEuropa – Zentrum für Europäische Strategie) in einem Kommentar für „Gazeta Wyborcza“

—— Polen hat ein Duell mit Erika Steinbach geführt und gewonnen. Wir haben dazu unsere größten Legenden aufgestellt. Einerseits ist das ein Grund zur Befriedigung, denn die Missgunst der Chefin des Vertriebenenverbandes ist für alle offensichtlich, Gleichzeitig aber wäre eine Freudeuephorie zumindest unangemessen, vielleicht sogar schädlich. Wenn irgendein Staat beginnt, persönliche Feinde zu haben, dann zeugt das nicht unbedingt von seiner besten Kondition und ist eher ein Syndrom fehlender politischer Strategie. Es wäre nicht gut, wenn wir die Gelegenheit beim Schopfe packen und in jedem Schritt zweitrangiger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Deutschland eine Rückkehr des früheren Übels erblicken würden. Der öffentliche Raum ist nur einer. Wenn ihn der Kampf mit einem symbolischen, mehr oder weniger gefährlichen Feind ausfüllt, selbst wenn dieser mit dem hehren Ziel der Befestigung der historischen Wahrheit geführt wird, dann bleibt kaum noch Platz für authentische Probleme.

* Die Rede ist vom Projekt „Ein sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibungen“.

[...] Wie man sieht, genügt Normalität – und dass man die Dinge ihrem eigenen Lauf überlässt – nicht, dass Polen und Deutschland sich gegenseitig als Partner verstehen. Notwendig wird ein stärkerer Vorstoß und ein konsequentes Programm zur Schaffung positiver gegenseitiger Emotionen. Wenn wir in den Beziehungen mit Russland eine Gruppe für Schwierige Angelegenheiten haben, dann brauchen wir in den Beziehungen mit Deutschland eine Gruppe für Große Angelegenheiten, denn wir müssen unsere Fähigkeit stärken, die Bäume vom Wald und kleine Dinge von großen zu unterscheiden.

Warschau, 10. März 2009

[74]

Adam Krzemiński in „Polityka“

——— Es gibt Tausende von Polen und Deutschen, die ihren Nachbarn gut kennen, Tausende deutsch-polnischer Eheschließungen, Hunderte talentierter junger Menschen, die die Sprache des Krieges ablehnen und angewidert sind von diesem musealen Krieg, von dieser ganzen Grunwald-Metaphorik. Aber wie in der Politik, so können sie sich auch in den Medien nur schwer durchsetzen. Dort dominieren ein nationaler Autismus und Lust am Gewinnen bei Sandkastenspielen längst verklungener Schlachten. [...] Polen und Deutsche können dem heutigen Europa eine wirklich optimistische Narration präsentieren.

Warschau, 14. März 2009

[38]

Uschi Eid, Abgeordnete der Bündnis 90/Die Grünen, in einer Rede im Bundestag

——— Ein sensibler Umgang mit der Vergangenheit, die Verantwortung für die eigene Geschichte und der kontinuierliche Dialog zwischen den europäischen Partnern sind unerlässlich für ein friedliches Zusammenleben in Europa. [...] Die jüngsten Spannungen im deutsch-polnischen Verhältnis zeigen, dass noch viele Anstrengungen nötig sind, um das Vertrauen unserer Nachbarn zu gewinnen und eine belastbare Basis für die europäischen Beziehungen zu schaffen.

Berlin, 26. März 2009

[12]

Partnerschaft

MAI 2009

FEBRUAR 2014

Mitte des Jahres 2009 befinden sich Polen und Deutschland auf dem Weg zu einer „neuen Normalisierung“. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern – gestaltet von proeuropäischen und freundschaftlich zueinander eingestellten Regierungen – scheinen die besten seit Jahren zu sein. Die Regierung der Bürgerplattform (PO) mit der Bauernpartei PSL unter Premierminister Donald Tusk sowie die Regierung von Angela Merkel, die im Jahre 2009 eine Koalition von CDU/CSU und FDP formiert, deklarieren ihren Willen zur Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union. Dennoch gibt es weiterhin heikle Fragen, die die Beziehungen auf der Linie Warschau-Berlin bedrohen: das Problem des Umgangs mit der deutschen Minderheit in Polen und mit der polnischen in Deutschland, eine andere historische Erinnerung, und schließlich Spannungen wirtschaftlicher Natur – im Jahre 2010 beginnt der Bau der Gasleitung Nord Stream von Russland nach Deutschland. Angesichts der sich verstärkenden Krise der Euro-Zone ist die PO/PSL-Regierung, die sich für eine Annahme der gemeinsamen Währung durch Polen ausspricht, bereit, die Führungsposition Deutschlands im vereinigten Europa zu akzeptieren und Verantwortung für die Zukunft der EU zu tragen. Diese Haltung weckt im rechten Spektrum den Verdacht auf „Verrat“ und löst frühere Befürchtungen vor einem „deutschen Europa“ aus. In beiden Ländern gibt es Kreise, die öffentlich auf strittige Fragen zurückgreifen. In Polen Recht und Gerechtigkeit (PiS), in Deutschland die Radikalen aus den Vertriebenenverbänden, immer noch mit Unterstützung der regierenden Koalition.

Aus dem Wahlaufruf von CDU zur Europawahl

—— Die in der Europäischen Union geltende Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit ist ein Schritt hin zur Verwirklichung des Rechts auf die Heimat auch der deutschen Vertriebenen [...]. Vertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden.

Berlin, 25. Mai 2009

[16]

Jarosław Kaczyński, Vorsitzender der PiS, auf einem Treffen mit Einwohnern von Stettin

—— Dieser Wahlaufruf bedeutet im Grunde genommen eine Infragestellung des Ergebnisses des 2. Weltkrieges, eine Infragestellung der Grenzen. [...] Dieser Irrtum auf der Landkarte im Spot der PO* ist irgendwie symbolisch. [...] Die Opposition fordert eine Antwort von der Plattform, einer Gruppe, die [im Europäischen Parlament] mit den deutschen Christdemokraten zusammen die Europäische Volkspartei bildet.

Stettin, 26. Mai 2009

[70]

Premierminister Donald Tusk in einer Erklärung

—— Die Vertreibungen nach dem 2. Weltkrieg waren grausam, die Polen haben das in besonders hohem Maße erfahren. Niemand bei gesundem Menschenverstand kann, solche Geschehnisse akzeptieren wie die Aussiedlung von Millionen Menschen aus ihren Häusern. Wir, die Polen und die polnische Regierung, betonen jedoch, dass die Verantwortlichen für das, was nach 1945 geschah, bekannt sind: Deutschland ist dafür verantwortlich, Adolf Hitler, die Nazis, der deutsche Staat, das Dritte Reich.

Warschau, 26. Mai 2009

[43]

* Die Rede ist von einem Wahlspot der Bürgerplattform, in dem die deutsch-polnische Grenze irrtümlich so dargestellt wurde, dass sich Świnoujście [Swinemünde] und ein Teil von Stettin außerhalb Polens befanden.

Andrzej Sakson, Soziologe und Historiker, in der Vierteljahresschrift „Przegląd Zachodni“

Wichtig für die zukünftigen deutschen Beziehungen mit Polen wird die zunehmende Veränderung der Einstellung der Deutschen zu ihrer eigenen Vergangenheit sein. Immer mehr beginnt dort die Überzeugung zu dominieren, dass die Deutschen auch Opfer des 2. Weltkrieges waren und dass sie ein Recht hätten, zur „europäischen Opfergemeinschaft“ dazuzugehören. Das bedeutet, dass demokratische Deutschland im Verlauf grundsätzlicher Identitätsveränderungen mit Polen in Streit um die Geschichte geraten wird. In Deutschland wird sich der auf Stärkung des „nationalen Zugangs zur Geschichte“ basierende Standpunkt verfestigen und das Gefühl der Selbstsicherheit beim Gestalten der deutschen Identität wird zunehmen.

Posen

[47]

Krzysztof Jasiewicz, Historiker, in der Vierteljahresschrift „Karta“

Im Jahr des 70. Jahrestages des Ausbruchs des 2. Weltkrieges ist es Zeit zu reflektieren, dass alle Kriege – sowohl gerechte als ungerechte, Angriffs- wie Verteidigungskriege, zwischen Nationen oder Klassen – sinnlos sind. Genauso wie jeder Tod. Und dass sich jeder Tod gleicht. Wir können uns als Mitglieder unterschiedlicher Völker nicht ständig überbieten und für unsere Opfer nicht ständig einen Ausnahmestatus fordern. Das ist der einzige Weg, um das ganze menschliche Leid zu erfassen: jedes einzelne als außergewöhnlich und als unseres tiefsten Nachdenkens würdig zu sehen. Wie es scheint, werden andere Wege nirgendwohin führen.

Warschau

[24]

Szymon Stanisław Giżyński, Abgeordneter der PiS, in einer Rede im Sejm

Aus Danzig [im Verlauf der Gedenkfeierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Kriegsausbruches] muss die Welt und auch Deutschland hören vom deutschen Überfall, von den deutschen Verbrechen und der deutschen Schuld. Alle, die auf polnischer Seite weiterhin von einer „hitlerischen“ statt deutscher Aggression und von einem „hitlerischen“ statt deutschem Völkermord lügen, machen sich der Beleidigung der polnischen Nation und einer Geschichtsfälschung schuldig und müssen vom Gesichtspunkt der polnischen Staatsräson als niederträchtig angesehen werden.

Warschau, 1. Juli 2009

[55]

Aus einer Erklärung deutscher Intellektueller zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts

Wenn wir heute [...] auf die Geschichte Europas und Deutschlands im 20. Jahrhundert zurückblicken, dann tun wir dies eingedenk des nationalsozialistischen Unheils, und wir sind froh, dass Deutschland heute ein gleichberechtigtes und geachtetes Mitglied der europäischen Völkerfamilie ist. [...] Als Folge



Sommer 2009. „Polen-Invasion stoppen“. Antipolnisches Plakat der rechtsextremen NPD vor den Wahlen zum Bundestag

FOT. GRZEGORZ KAPLA

der friedlichen Revolutionen können nun alle Deutschen zum ersten Mal in ihrer Geschichte in Freiheit und Demokratie, in Wohlstand, in anerkannten Grenzen und in wechselseitiger Achtung und Freundschaft mit ihren Nachbarn leben.

Wie das Jahr 1939 ist 1989 – wenn auch auf gegensätzliche Weise – zum europäischen Schicksalsjahr geworden. Ein freies und demokratisches Europa muss sich seiner Geschichte bewusst sein. Es braucht die Erinnerung an die kommunistische Ära und an ihre Überwindung. [...] Europa braucht eine aktive, verantwortungsbewusste Erinnerungskultur, die die nachwachsenden Generationen für neu aufkommende autoritäre und diktatorische Entwicklungen sensibilisiert.

Berlin, 23. August 2009

[13]

Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Rede auf der Westerplatte

——— [Wir wollen nicht] irgendetwas an der immerwährenden geschichtlichen Verantwortung Deutschlands umschreiben.

Danzig, 1. September 2009

[45]

Aus einem gemeinsamen Brief der Außenminister Polens und Deutschlands, Radosław Sikorski und Frank-Walter Steinmeier, zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des 2. Weltkrieges

——— Deutschland hat seine historische Verantwortung akzeptiert. Auch Polen hat den Weg in eine gemeinsame Zukunft geebnet, indem es über die schrecklichen Erfahrungen des Krieges hinausging. Die polnische Bereitschaft zur Versöhnung war eine Antwort auf die deutsche Anerkennung von Schuld und Verantwortung. [...]

Es besteht kein Zweifel: Wo vor 70 Jahren eine Wunde aufgerissen wurde, wächst Europa heute deutlich zusammen. [...]

Polen und Deutschland, Mitglieder der Europäischen Union und Verbündete in der NATO, sind durch gemeinsame Interessen und Ziele geeint, durch gemeinsame Bedrohungen und Herausforderungen zusammengefügt. Als Partner und Verbündete vergessen wir nicht, was am 1. September 1939 geschehen ist – auch damit es sich nie wiederholt.

Warschau, 1. September 2009

[54]

Jerzy Kochanowski, Historiker, in der Wochenschrift „Polityka“

——— Das wichtigste Projekt in der Erinnerungspolitik der jetzigen Regierung entsteht in Danzig – das Museum des 2. Weltkrieges [...]. Der Grundstein dafür wurde in Anwesenheit vieler Regierungschefs aus den Ländern der Europäischen Union und der Mächte, die im 2. Weltkrieg auf Seiten der Alliierten gekämpft haben, am 1. September 2009 gelegt. [...] Dieser Tag, der vor 70 Jahren die Welt spaltete, hat jetzt die Chance zu verbinden.

Warschau, 5. September 2009

[29]



Westerplatte, 1. September 2009. Gedenkfeier zum 70. Jahrestag des Ausbruches des 2. Weltkrieges. Von links: Premierminister Donald Tusk, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der russische Premierminister Wladimir Putin, der schwedische Premierminister Fredrik Reinfeldt und der finnische Premierminister Matti Vanhanen

FOT. DAMIAN KRAMSKI / AGENCJA WYBORCZA.PL

**Zbigniew Gluza, Leiter des Zentrums KARTA,
in der Vierteljahresschrift „Karta“**

Man kann sagen: es ist gut. Es kann angenommen werden, dass in den deutsch-polnischen Beziehungen keine ernsthafteren Gefahren mehr auftreten. Denn heute gibt es ja keine bedeutsamen Konflikte. [...] Wir haben begonnen, uns wie gewöhnliche Nachbarn zu betrachten. Welch ein Erfolg... [...]

Aber dennoch bleibt in unserer Beziehung mit Deutschland etwas Beunruhigendes, etwas, was nicht erlaubt, feierlich den finalen Sieg über die Vergangenheit zu verkünden. Dieser schwer zu erfassende Mangel nimmt manchmal irreführende Formen an, aber ich denke, dass es im Wesentlichen darum geht: um die gegenseitige Gleichgültigkeit gegenüber der Geschichte des Nachbarn, in der man ja doch auch eine nicht geringfügige Rolle gespielt hat. Diese Gleichgültigkeit verletzt unterschwellig die sichtbare Ordnung der Dinge, setzt die offiziell verkündeten Deklarationen sozusagen in Anführungszeichen, und in besonderen Fällen stellt sie für die eine Seite ein Argument dar, dass mit der anderen etwas nicht stimmt.

[...] Was tun? Vor allem müssen wir uns auf die allerwichtigsten Themen beziehen. Wir müssen zusammen mit den Deutschen überlegen, wie diese gegenseitige Gleichgültigkeit überwunden werden kann, die jetzt wohl nicht einmal mehr die besten Festansprachen der Politiker verbergen können. Der Hauptbereich dieser Beziehung ist: der 2. Weltkrieg auf polnischer Seite; die Nachkriegsverreibungen auf der deutschen – das sind besonders sensible Themen, [...] die unbedingt gegenseitiger Anstrengung bedürfen. [...] Diese fortwährende, manchmal sogar wohlwollende Gleichgültigkeit gegenüber der anderen Seite erlaubt uns nicht, gemeinsam die einzig ehrliche, offene Formel einzuführen: „Alle Opfer sind die unsrigen“. Die Polen setzen sich nur für ihre eigenen Opfer ein, die Deutschen für die ihrigen... Damit müssen wir Schluss machen!

70 Jahre nach Ausbruch des 2. Weltkrieges kann man sich schon gemeinsam vor allen Opfern verbeugen: vor den Millionen polnischer Bürger und den Zigtausenden deutschen. Nicht die Proportionen sind wichtig, wenn es um jeden Menschen geht.

Warschau

[19]

**Radosław Sikorski während des ersten Besuchs des
deutschen Außenministers Guido Westerwelle in Polen**

Unsere Beziehungen auf der Grundlage der Versöhnung sind die besten, die es je gab, sie bilden eine reife Partnerschaft, eine Partnerschaft für Europa, die Europa braucht.

Warschau, 31. Oktober 2009

[53]

Guido Westerwelle auf einer Pressekonferenz

Mit meinem Amtskollegen Radek vertrete ich die gleiche, mittlere Generation, und das ist für die Zusammenarbeit förderlich.

Warschau, 31. Oktober 2009

[69]

Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Abgeordnete der CDU/CSU, in einer Rede im Bundestag

—— Bis heute hat noch kein deutscher Außenminister [...] an den Massengräbern deutscher Zivil- und Lageropfer einen Kranz niedergelegt, nicht bei den 2 116 Toten des Massengraves von Marienburg [Malbork], nicht bei den Opfern der polnischen Lager Lamsdorf [Łambinowice] oder Potulitz [Potulice] [...]. Deshalb begrüße ich den Satz der Präambel des Koalitionsvertrages*, der da lautet: „Es heißt, aus den Fehlern zu lernen und ihre Wiederholung zu verhindern“. Menschenrechte [...] sind unteilbar. Unseren Nachbarländern zu vermitteln, dass sie auch für deutsche Opfer gelten, ist unverzichtbarer Teil einer ungeteilten Menschenrechtspolitik nach innen und nach außen.
Berlin, 10. November 2009 [7]

Adam Krzemiński, Publizist, in „Polityka“

—— Es geht nicht darum, die Vergangenheit zum Vergessen zu verurteilen [...]. Man kann niemandem befehlen, das zu vergessen, was er erlitten hat. [...] Aber es gibt eine goldene Mitte zwischen Gedächtnisverlust und Wundenaufreißen: das Gebot der Versöhnung mit dem Nachbarn, der kein Erbfeind mehr ist, sondern ein vertrauenswürdiger Partner, der sich ebenfalls mit seinem Kriegstrauma herumschlägt. Die einzige Therapie für so neurotische Nachbarn wie die Deutschen und Polen ist die Empathie, das heißt der einfache christliche Grundsatz: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst...
Warschau, 26. Dezember 2009 [35]

Dieter Bingen, Direktor des Deutschen Polen-Instituts, im Interview mit Deutsch-Polnisches Magazin „Dialog“

—— Der Generationswechsel hat zwar das Verhältnis entkrampft, aber gleichzeitig zeigen manche Politiker der jüngeren Generation, übrigens in beiden Ländern, einen Mangel an Einfühlungsvermögen, ohne das bilaterale Beziehungen nicht gut funktionieren. Ein sensibles Begegnen des Nachbarn beinhaltet doch die Fähigkeit zur Infragestellung von Denkmustern. Von der politischen Bühne ist weitgehend eine Generation abgetreten, die sich nach dem Krieg verpflichtet fühlte, die Beziehungen zu den Nachbarn auf neue Grundlagen zu stellen. Diese historische Notwendigkeit, dieses Ethos ist heute nicht mehr gegeben.
Darmstadt, Januar 2010 [3]

Aus der Debatte im Sejm

—— **Grażyna Gęsicka, Abgeordnete der PiS:** Die Regierung von Donald Tusk hat Deutschland zum außenpolitischen Hauptpartner Polens gemacht. Aber entgegen den offiziellen Beteuerungen über die seit Jahren besten Beziehungen

* Infolge der Parlamentswahlen im September 2009 entstand eine Koalition der CDU/CSU mit der FDP.

Polens mit Deutschland bleibt die Liste strittiger Angelegenheiten seit Jahren dieselbe. Dazu gehört zum Beispiel die Sache der Gasleitung Nord Stream [...], der [deutschen] Eigentumsansprüche, der Rechte polnischer geschiedener Eltern aus gemischten Familien auf Kontakt zu ihren Kindern, der deutschen Opfer des 2. Weltkrieges, der sogenannten Vertriebenen, sowie die Interpretation historischer Ereignisse.

Marek Krzakala, Abgeordneter der PO: Unsere Kontakte mit Deutschland haben sich normalisiert. Aber es wäre ein Irrtum zu glauben, dass nun alle unsere Probleme gelöst wären. [...] Wegen der Regierung unserer Vorgänger [der PiS] geistert bis heute in Europa, und besonders in Deutschland, der Mythos eines euroskeptischen Polen herum. Den neuesten Untersuchungen zufolge wird Polen in Deutschland weiterhin mit einer konfrontativen Außenpolitik und der Hemmung der europäischen Integration assoziiert. Die Veränderung dieses Image stellt eine Herausforderung dar, die für uns aktuell bleibt.

Warschau, 8. April 2010

[56]

Konrad Schuller, Journalist, in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“

——— Viermal hat das Flugzeug, das am Samstag mit dem polnischen Präsidentenpaar Maria und Lech Kaczynski an Bord in der Nähe von Katyn zerschellt ist, im dichten Nebel die Landung zu erzwingen versucht, offenbar gegen den Rat der russischen Flugsicherung. Beim vierten Mal streifte es Bäume und stürzte ab. 96 Menschen sind tot – fast die ganze Führung der polnischen Streitkräfte, dazu Abgeordnete, Bischöfe und Angehörige der „Familien von Katyn“, deren ermordeter Väter und Großväter Kaczynskis Delegation gedenken wollte. Die Reise, die zur Stätte eines polnischen Traumas führen sollte, endete mit einem neuen nationalen Unglück.

[...] Aus deutscher Sicht hielt er [Kaczyński] dabei oft nicht das rechte Maß. Sein permanenter Argwohn, die Berliner Eliten arbeiteten heimlich daran, das deutsche Volk zum Opfer des 2. Weltkrieges zu stilisieren und die Polen zum Täter, zeugte nicht von tiefer Kenntnis der deutschen Debatten; der unablässige Kampf gegen die Vertriebenen ließ Augenmaß missen. Dennoch hat er dort, wo er recht hatte, ebenso wie dort, wo er irrte, durch sein Drängen die Deutschen gezwungen, ihre Erzählung von Krieg und Vertreibung zu prüfen, zu erweitern, zu modifizieren, um mit ihrem Nachbarn endlich Frieden zu finden. Dass das heute zu gelingen scheint, ist auch ein Ergebnis seines Kampfes. Vielleicht war es sein Sinn.

Warschau, 12. April 2010

[50]

Cornelia Pieper, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Koordinatorin der Bundesregierung für deutsch-polnische zwischengesellschaftliche Beziehungen, bei einem Treffen mit Journalisten

——— Die bevorstehende Stichwahl [zwischen dem Vorsitzenden der PiS Jarosław Kaczyński und Bronisław Komorowski, der vorübergehend die Aufgaben des

Präsidenten der Republik Polen wahrnimmt] [...] sei die Entscheidung, Polen zurück ins politische Abseits oder vorwärts in die Euro-Zone zu führen.

Berlin, 21. Juni 2010

[5]

Aus einem Kommentar in der „Welt“

——— Es ist das gute Recht von Frau Pieper, sich einen Sieg des liberalkonservativen Kandidaten Bronislaw Komorowski zu wünschen. Sie hat aber [...] nicht das Recht, mit fast drohendem Finger diesen Wunsch öffentlich und das heißt in diesem Fall: als eine Stellungnahme der Bundesregierung zu äußern. Sie verletzt damit diplomatische Gepflogenheiten und schadet ihrem Land. [...]

Wer das ziemliche gefestigte Polen meint ermahnen müssen, übersieht, dass dieses Land längst nicht mehr der wackelige EU-Neuling ist, um dessen Zukunft sich die erfahrenen Alt-EUler väterlich und mütterlich Sorgen machen müssen. Polen ist ein starker, selbstbewusster Staat [...]. Und das längst dabei ist, eine wichtige Brückenfunktion zwischen Westeuropa und Russland einzunehmen. Dieses Polen braucht keinen deutschen Maternalismus.

Berlin, 22. Juni 2010

[41]

Gunter Hofmann, Publizist, in „Polityka“

——— Ich denke, dass die Polen und Deutschen heute in Europa eine andere gemeinsame Geschichte erzählen können als dieses jämmerlich auf die Vergangenheit fixierte Projekt von Erika Steinbach. Das Zentrum gegen Vertreibungen [...] steht heute irgendwo am Rande. Diese europäische Erzählung eines Nachbarpaars lautet wie folgt: Die Polen und Deutschen haben, auf verschiedenen Wegen, nichtumkehrbare Veränderungen in Europa verursacht. Dennoch hat das deutsch-polnische Duett seine europäischen Möglichkeiten immer noch nicht voll ausgeschöpft.

Warschau, 17. Juli 2010

[22]

Piotr Jendroszczyk, Korrespondent, in der Tageszeitung „Rzeczpospolita“

——— Das Thema der gestrigen Gedenkfeier [zum 60. Jahrestag der Charta der Heimatvertriebenen] bildeten die Leiden der Vertriebenen und ihr Beitrag zum Wiederaufbau des vom Krieg zerstörten Landes sowie die in der Charta enthaltene Deklaration, alle „die Entstehung eines vereinigten Europas anstrebenden“ Initiativen zu unterstützen. [...] Zu dieser Feier war auch der Vizekanzler und Außenminister Guido Westerwelle gekommen, der Vorsitzende der FDP, der in den letzten Monaten der größte Feind von Erika Steinbach geworden war, weil er ihre Beteiligung an der Leitung der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, die das in Berlin entstehende kontroverse Vertriebenenmuseum verwaltet, erfolgreich blockiert hatte. Als Westerwelle den Saal betrat, waren von vielen Personen Buhrufe zu vernehmen. „Seine Anwesenheit ist ein gutes Zeichen“, sagte Steinbach.

„Welche Ansichten in Kreisen der Vertriebenen dominieren, davon zeugen am besten die Beispiele zweier aktiven Mitglieder des Bundes der Vertriebenen,

die zu stellvertretenden Mitgliedern des Stiftungsrates gewählt wurden”, sagt Robert Żurek, ein Historiker vom Zentrum für Historische Forschungen der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin. Hartmut Sänger wollte beweisen, Polen habe durch seine allgemeine Mobilisierung Hitler provoziert, sodass ihm gar nichts anderes übrigblieb als den Nichtangriffspakt von 1934 aufzukündigen. Der andere, Arnold Tölg, sagte, die Polen und Tschechen hätten die Niederlage Deutschlands zur Verwirklichung ihrer Pläne genutzt, „die Deutschen loszuwerden”.

Berlin, 5. August 2010

[25]

Krystyna Grzybowska, Publizistin, in der Wochenschrift

„Gazeta Polska”

— In der deutschen Gesellschaft lebt offensichtlich die Sehnsucht nach einem großen Deutschland wieder auf und es beginnt ein Weg zum größtmöglichen Deutschland, denn die Größe Deutschlands hat Priorität. Wirtschaftliche Größe genügt nicht. Wie die Luft, die Deutschen wünschen sich moralische und territoriale Größe. Zur Verwirklichung dieses Ziels ist es notwendig, die schreckliche Last der Hitlerverbrechen abzuwerfen. Das ist ein Gepäck, das man nur schwer loswerden kann, es wird noch mindestens ein Jahrhundert lang auf ihnen lasten. [...]

Dazu kommen alle nahen Beziehungen des gegenwärtigen deutschen Bundespräsidenten Christian Wulff zur Schlesischen Landsmannschaft, deren herausragender Vertreter der Vorsitzende der Preußischen Treuhand Rudi Pawelka ist. [...]

Bedenkenswert ist, warum die ideologische Nachfolgerin von Helmut Kohl, die Bundeskanzlerin Merkel, die Aktivität der Vertriebenen und die Aktivität von Erika Steinbach unterstützt und ob sie das bei der Sorge um gute Beziehungen mit Warschau nicht stört. [...] Die Wirtschaftskrise [...] wird sich früher oder später auf die Unterstützung für die Regierung auswirken. Sicher deshalb bemühen sich die Koalitionspartner um die Gunst der Vertriebenen und deren beträchtliches Wählerpotential. Aber das ist nicht alles, es geht auch um die für nationalistische Ideen anfällige junge Generation, welche keine Verantwortung für die Folgen des Krieges trägt und alles aufnimmt, was das Gefühl ihrer nationalen Schuld schwächen und sie in der Überzeugung bestätigen kann, dass Deutschland groß ist. Dass nicht nur die Deutschen gemordet, geraubt und ins Gas geschickt haben. [...] Das Argument, Hitler sei provoziert worden, kann der Jugend gefallen, denn Ich weiß sehr wohl, dass die Geschichte des 2. Weltkrieges sich in deutschen Gymnasien auf die Gruppe der Nazis beschränkt, während das Volk unschuldig in dieses Verbrechen verwickelt wurde.

Warschau, 11. August 2010

[21]

Gabriele Lesser, Korrespondentin, im „Dialog“

— Bronislaw Komorowski* wirkt sympathisch, intelligent, bodenständig, ehrlich und verantwortungsbewusst. [...] Auf seinen ersten Auslandsreisen, die ihn

* Bronislaw Komorowski besiegte in der Stichwahl am 4. Juli 2010 Jaroslaw Kaczyński und übernahm am 6. August das Amt des Präsidenten der Republik Polen.

nach Brüssel, Paris und Berlin führten, wurde er mit offenen Armen empfangen. Längst hat sich in Europa herumgesprochen, dass das neue Staatsoberhaupt Polens eine EU-freundliche Politik betreiben will. Anders als sein Vorgänger will Komorowski die EU nicht blockieren, sondern sie konstruktiv mitgestalten und mit eigenen Ideen und Projekten voranbringen.

Auch auf Satiretexte, die auf seine Person gemünzt sind, dürfte der studierte Historiker eher mit großmütiger Nonchalance oder verschmitztem Grinsen reagieren, denn mit Magenkoliken und Absagen europäischer Gipfeltreffen. Das Weimarer Dreieck, ein deutsch-französisch-polnisches Gesprächsforum, liegt dem 58-Jährigen denn auch besonders am Herzen.

Warschau

[37]

Christian Wulff, gewählter Bundespräsident

——— Zwischen Bronisław Komorowski [...] und mir hat sich eine Freundschaft entwickelt [...]. Schon in den ersten Tagen nach unserer Wahl [...] haben wir uns gegenseitig in Warschau und Berlin besucht.

Berlin

[73]

Jarosław Kaczyński in einem Interview in „Gazeta Polska“

——— Die Bürgerplattform und ihre Basis sind sich bestens darüber im Klaren, dass ein das Gedenken an Lech Kaczyński ehrendes Polen nicht das Polen sein wird, das sie wollen. [...] Lech Kaczyński [...] kann nicht das Symbol eines russisch-deutschen Kondominiums in Polen sein.

Warschau, 8. September 2010

[28]

Marek Magierowski, Journalist, in „Rzeczpospolita“

——— Jarosław Kaczyńskis Schlussfolgerung scheint eindeutig zu sein: Die Bürgerplattform liefert unser Vaterland mächtigen Nachbarn aus. [...] Die von Kaczyński ausgesandten Signale zeigen, dass er nicht imstande ist, mit dem archaischen Paradigma einer polnischen Außenpolitik zu brechen, deren Hauptziel in der heroischen Verteidigung unserer Grenzen gegen die Gelüste Moskaus und Berlins bestehen würde. Jedes internationale Abkommen kann in dieser Situation vom Vorsitzenden der PiS mit Misstrauen beäugt werden, weil jedes zu einem gewissen Teil unsere Souveränität einschränkt. Jede Geste, Erklärung oder Begegnung, die zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland oder zwischen Polen und Russland beitragen könnte, kann dann als „Servilismus“ abgetan werden.

Warschau, 14. September 2010

[38]

Marek Prawda, polnischer Botschafter in Deutschland, in einem Interview im „Dialog“

——— Wir sind vor einigen Jahren in die Phase einer „reifen Partnerschaft“ eingetreten. Es besteht die Chance, dass sich unsere Beziehungen nicht mehr nur auf „historische Prothesen“ stützen, keine bestimmten Rollen – wie die eines Anwalts oder eines Mandanten erzwingen und somit auch nicht den Vorwurf der

Undankbarkeit auf der einen und des Paternalismus auf der anderen Seite aufkommen lassen. Vielmehr sollten sie überwiegend aus der realen Teilnahme beider Länder an den globalen Prozessen sowie einer strategischen Zusammenarbeit innerhalb der EU hervorgehen. Die Natürlichkeit dieser Kontakte resultiert daraus, dass sie endlich mehr Züge einer Partnerschaft aufweisen, also Möglichkeiten gegenseitiger Unterstützung: Der eine kann dem anderen etwas geben und etwas dafür bekommen, und zwar nicht nur symbolisch, sondern tatsächlich.

[...] Die Versöhnungsformel wurde zu einer bequemen Ausrede für einige Politiker, die keine Lust hatten, etwas zu tun. Es reichte, zu verkünden, man sei „versöhnt“ mit den Polen (oder Deutschen), um seine Ruhe zu haben. Diese Politiker wunderten sich später sehr, dass immer noch irgendjemand irgendetwas von ihnen erwartete. Die „Versöhnungsmaske“ aufzusetzen, war am einfachsten, denn sie ersetzte echtes Interesse und befreite von der ermüdenden Suche nach gemeinsamen politischen Themen. Eine Versöhnung, die nicht mit dem Versuch einhergeht, Perspektiven zu wechseln, schließt uns im Paradigma der Vergangenheit ein und wird zu einer psychologischen Fortsetzung des Konflikts.

Ich nehme an, die polnische Enttäuschung rührt zum Teil daher, dass wir auf der deutschen Seite kein tiefergehendes Interesse an unserem Land erkennen konnten. Dank der so verstandenen Versöhnungsformel erhielten die Deutschen nach der Wiedervereinigung die Chance auf einen Fortschritt in den Beziehungen zu Polen, aber ohne die Notwendigkeit, ihr Verhältnis zum polnischen Nachbarn tiefer zu überdenken, ohne sich mit den Bestandteilen des „Giftes“ zu beschäftigen, das unseren Beziehungen seit 200 Jahren fleißig beigemischt wurde.

Berlin, Januar 2011

[44]

Piotr Buras, Politologe, im „Dialog“

— In den deutsch-polnischen Beziehungen sind wir gewohnt, und zwar auf beiden Seiten, auf einem hohen Ross der wechselseitigen Erwartungen zu reiten. Werden diese Erwartungen nicht erfüllt, was nicht selten passiert, droht ein Absturz, der unvermeidlich schmerzhaft sein muss. [...] Das deutsch-polnische Verhältnis kann nicht normal, durchschnittlich, lauwarm sein – und wird es das, dann stellen sich sofort Missmut und Bekümmertheit ein.

Berlin, Januar 2011

[4]

Aus der Debatte im Sejm

— **Radosław Sikorski:** Um die günstige Konjunktur auszunutzen, brauchen wir stabile Beziehungen mit unseren Partnern, besonders mit unseren Nachbarn. Mit Deutschland verbinden uns gemeinsame Interessen und demokratische Werte. Dieses Land hat seine Schlüsselposition auf dem Kontinent gefestigt. Es liegt in unserem Interesse, dass Deutschland im Rahmen des Konsultationsmechanismus auf Europa einwirkt, auf den die Mitgliedstaaten und somit auch wir beträchtlichen Einfluss haben. [...]

Die enge Zusammenarbeit mit Deutschland bahnt uns auch den Weg zu den Entscheidungsgremien der EU und hilft uns beim Einwirken auf Russland. Gleichzeitig ist Deutschland der größte Wirtschaftspartner Polens. [...] Zusammen mit Deutschland und Frankreich haben wir endlich das Weimarer Dreieck auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs reaktiviert, wo wir über die Beziehungen der Union mit Russland oder anderen Staaten Osteuropas sowie über die Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik sprechen.

Mariusz Błaszczak, Angeordneter der PiS: Erneut gab man sich mit dem Status eines Landes zufrieden, das in der Rolle eines Schutzbefohlenen funktioniert, was manchmal geradezu demonstrativ unterstrichen wird. Die Regierungspropaganda verkündet, dass Polen hervorragende Beziehungen mit Deutschland hat, und deshalb könne sie sich in der EU mehr erlauben. Indessen versetzt gerade Deutschland unserer Regierung, dem Premierminister, überaus schmerzliche Hiebe in der Europäischen Union, indem sie seine Meinung überhaupt nicht in Betracht zieht. Im Einvernehmen mit Frankreich und hinter dem Rücken anderer Länder, darunter auch Polens, hat Deutschland eine als „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ bezeichnete, 17 Länder der Euro-Zone betreffende Deklaration angenommen. Auf diese Weise wurde begonnen, ein Europa der zwei Geschwindigkeiten zu verwirklichen, obwohl Premierminister Tusk doch beteuert hatte, dass es dazu nicht kommen würde, unter anderem aufgrund seiner angeblich vorzüglichen Beziehungen mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Warschau, 16. März 2011

[57]

**Jarosław Kaczyński im Buch *Polska naszym marzeń*
(Das Polen unserer Träume)**

— Von Polen will Angela Merkel vor allem eine vielleicht weiche, aber dennoch Unterordnung. [...] Merkel repräsentiert eine Generation deutscher Politiker, die die Großmachtstellung Deutschlands wiederherstellen wollen. Dazu gehört die strategische Achse mit Moskau, wobei Polen nicht stören darf [...]. In unseren Beziehungen mit den Deutschen besteht das Problem darin, dass alles, was gemeinsam ist – die polnisch-deutschen Institutionen – im Grunde genommen ihnen gehört. Sie haben uns gegenüber nämlich ein großes Übergewicht, was immer schlecht ist, aber unter unseren Bedingungen, zum Beispiel was das Thema unserer Westgebiete anbelangt, gefährlich ist. [...] Polen hat unter der Regierung von Donald Tusk auf alles verzichtet, während die Deutschen nicht so leicht verzichten, besonders wenn sie einen schwächeren Partner erblicken.

[...]

Ich würde mich nicht so sehr über die deutschen Investitionen in Westpolen freuen. Zuerst müssen wir das Wirtschaftsniveau angleichen, erst dann können wir uns „gemeinsame“ Investitionen erlauben. Andernfalls erwachen wir eines Tages in einem kleineren Polen.

Warschau

[27]

**Dietmar Nietan, SPD-Abgeordneter, orstandsvorsitzender
der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband,
in einer Rede im Bundestag**

—— Für die Vereinigung Europas in Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität brauchen wir Polen mehr als Polen uns.

Berlin, 10. Juni 2011

[8]

**Aus einer Interviewreihe anlässlich des 20. Jahrestages
der Unterzeichnung des *Vertrags über gute
Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit***

—— Janusz Reiter, Präsident des Zentrums für Internationale Beziehungen (*Centrum Stosunków Międzynarodowych*): Deutschland und Polen sind Staaten, die in Europa außerordentlich viel zu verlieren haben. Für uns ist der Einsatz außergewöhnlich hoch. Alle grundlegend negativen Veränderungen in Europa sind gerade in Deutschland und Polen am deutlichsten zu spüren. Das heißt, dass diese beiden Staaten eine besondere Verantwortung für ihre Zukunft tragen. [...] Wenn nichts Unvorhergesehenes passiert, wenn Polen [...] ein politisch berechenbares Land wird, wenn Deutschland eine vernünftige proeuropäische und proatlantische Linie fährt, dann könnte es sein, dass beide Länder über Jahrzehnte enger zusammenarbeiten werden. Auch weil es heute nicht viele Staaten gibt, die sich dafür eignen.

Klaus Ziemer, Politikwissenschaftler: Haben wir jetzt kleine, „normale“ Probleme wie Deutschland sie mit vielen Partnern hat. Mit gutem Willen und konstruktiver Phantasie muss es möglich sein, diese Probleme zu lösen.

Włodzimierz Borodziej, Historiker: In Deutschland und Polen leben auch weiterhin Personen, die davon überzeugt sind, dass der Nachbar oder vielmehr der feindliche Nachbar verdächtig ist, dass er uns auflauert, und dass unsere Vorwürfe gegen ihn begründet sind. Doch inzwischen sind diese oft irrational, in der Regel in der Vergangenheit verhaftet. Nur noch selten hört man sie mit Ausnahme der Rechten in Polen und der extremen Rechten in Deutschland. Aber gerade, weil wir ein gewisses Maß an gemeinsamen Werten haben, spielt sich diese irrationale Wut mehr und mehr am Rand des öffentlichen Lebens ab, was auch hoffentlich so bleibt.

Kai-Olaf Lang, Politikwissenschaftler: Die Herausforderung ist die Weiterentwicklung von der Interessengemeinschaft zur Wertegemeinschaft. Es gilt, das was als Normalität, Versöhnung und Freundschaft beschrieben wird, zu intensivieren, um zu einer Art deutsch-polnische Gestaltungsnachbarschaft in Schlüsselfeldern der europäischen Politik zu gelangen. [...] Es gibt in der jüngeren Generation in beiden Ländern natürlich nach wie vor viele Stimmen, die ihren Blick auf das Bilaterale sehr stark durch das Gestern hindurch richten [...]. Aber sicherlich verblasst allmählich die Strahlkraft der großen Aussöhner und Brückenbauer. An die Stelle der „Generation Nachbarschaftsvertrag“ tritt gleichsam die „Generation Beitrittsvertrag“. [...] Eine Herausforderung [...] wird darin bestehen, die daraus folgende nüchterne Interessenabwägung,



Berlin, 21. September 2011. Feierliche Eröffnung der Ausstellung *Tür an Tür. Polen – Deutschland. 1000 Jahre Kunst und Geschichte*. Von links: Kulturminister Bogdan Zdrojewski, Bundespräsident Christian Wulff und Präsident Bronisław Komorowski sowie die Ausstellungskuratorin Anda Rottenberg unter dem Bild von Jan Matejko *Preußische Huldigung*

FOT. PIOTR MOŁĘCKI / KANCELARIA PREZYDENTA RP

[...] mit einem empathischen gemeinsamen deutsch-polnischen Gedächtnis [...] mit dem Ethos (nicht dem Pathos) der „Generation Nachbarschaftspolitik“ zu integrieren.

Breslau, 17. Juni 2011

[11]

Adam Krzemiński in „Polityka“

——— Getrost kann man den Politikern zustimmen, die sich in ihren Festreden über den Zustand der seit kurzem, seit Jahren, seit einem Dutzend Jahren, seit Jahrzehnten, ja seit Jahrhunderten besten deutsch-polnischen Beziehungen auslassen. Aber was kann man schon anderes erwarten. [...] In der nervösen Atmosphäre der Griechenlandkrise lassen so vage Aufrufe zur Erweiterung der EU und zur Vertiefung der europäischen Solidarität unbefriedigt. Es verwundert nicht, dass die deutschen Medien am Tag des Berlinbesuches des polnischen Präsidenten stärker vom deutsch-französischen Kompromiss in Sachen Griechenland in Anspruch genommen waren. [...]

Angela Merkels Besuch in Warschau zehn Tage vor Übernahme der EU-Präsidentschaft durch Polen ist kein Symptom einer von der PiS in schwarzen Farben gemalten „deutschen Dominanz“, sondern der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft, damit die Union ihre innere Krise überwinden und den Brand auf ihrem Dach löschen kann.

Warschau, 21. Juni 2011

[32]

Premierminister Donald Tusk in seiner Rede im Europäischen Parlament anlässlich der Übernahme der Führung im Europarat durch Polen

——— Die beste Erfindung der Europäer ist das vereinigte Europa. [...] Europa ist der beste Ort auf Erden. Etwas Besseres hat nie jemand erfunden. Es kann nicht sein, dass hier innerhalb Europas zunehmend an seinem Sinn gezweifelt wird, während sich außerhalb Europas alle nach einem solchen Leben sehnen, wie wir es haben [...]. Die Antwort auf die Krise lautet: mehr Europa und mehr Integration.

Brüssel, 6. Juli 2011

[66]

Andreas Schockenhoff, Abgeordneter der CDU/CSU, in einer Rede im Bundestag

——— „Mehr Europa“ bedeutet beispielsweise die Gründung einer echten europäischen Wirtschaftsregierung der Euro-Zone. [...] Wir brauchen also mehr politische Union, damit Europa [...] seine Interessen gegenüber der übrigen Welt [...] vertreten kann. „Mehr Europa“ heißt weiterhin, Polen mittelfristig voll in die deutsch-französische Führungsverantwortung einzubeziehen, sodass aus dem Führungsduo ein echtes Führungstrio wird. Voraussetzung dafür ist die Mitgliedschaft Polens in der Euro-Zone.

Berlin, 7. September 2011

[9]

**Katarzyna Weintraub, Anthropologin und Philosophin,
in der polnischen Ausgabe der „Deutschen Welle“ über die
Ausstellung *Tür an Tür. Polen – Deutschland. 1000 Jahre
Kunst und Geschichte***

— Seit dem 23. September zeigt die Galerie Martin-Gropius-Bau in Berlin die Ausstellung *Tür an Tür. Polen – Deutschland. 1000 Jahre Kunst und Geschichte*. Die Ausstellung ist Teil des Kulturprogramms der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2011. [...]

In einem sind sich alle einig: So etwas hat es noch nie gegeben! Es geht nicht nur darum, dass bei der feierlichen Eröffnung der Ausstellung der deutsche Bundespräsident Christian Wulff und der polnische Präsident Bronisław Komorowski persönlich anwesend waren und zahlreiche prominente Vertreter aus Politik und Kultur beider Länder der Zeremonie beiwohnten. Es ist vielmehr das erste Mal, dass die tausendjährige Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen aus polnischer Sicht in einem so großen Rahmen präsentiert wird. In den 19 Räumen des Martin-Gropius-Baus sind rund 800 Kunstwerke, Objekte der materiellen Kultur und Dokumente zu sehen. Alle Exponate zeugen von den kulturellen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland. Sie wurden von mehr als 200 Museen und Sammlungen aus ganz Europa zur Verfügung gestellt, darunter das Nationalmuseum in Warschau, das Kunstmuseum in Lodz, das British Museum in London, das Kunsthistorische Museum in Wien und die Vatikanische Bibliothek.

Berlin, 24. September 2011

[68]

**Stefan Dyroff, Historiker, in seiner Rezension der
Ausstellung *Tür an Tür***

— Die Ausstellungsmacher stellen ihre Interpretation der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte vor, die jedoch nur dann verständlich ist, wenn der Betrachter seine eigene Sicht mitbringt. Dabei werden ihm historische Epochenübersichten präsentiert, die durch Fallbeispiele auf der Mikroebene exemplifiziert werden. Die Bilderreise durch 1000 Jahre deutsch-polnischer Geschichte fokussiert dazu auf einzelne Orte und Personen. Der Besucher wird unter anderem von Gnesen (Gniezno) über Krakau (Kraków) nach Thorn (Toruń), Danzig (Gdańsk), Posen (Poznań), Wien, Warschau (Warszawa) und Lodz (Łódź) geführt, wobei auch Abstecher ins Gebiet des heutigen Deutschlands, unter anderem nach Landshut, Düsseldorf und Berlin gemacht werden. Dabei trifft er auf die Heiligen Adalbert und Hedwig [von Anjou], die Deutschordensritter, Veit Stoß, Nicolaus Copernicus [...], Johann III. Sobieski, August den Starken, Adam Mickiewicz, Reichskanzler [Otto von] Bismarck und viele andere. [...] Gleichzeitig provozieren sie mit [die Ausstellungsmacher] ihrer Interpretation und Visualisierung der Vergangenheit das Nachdenken über den Ge- und Mißbrauch der Geschichte für die Legitimation von Gegenwart und Zukunft.

Berlin

[12]

Piotr Sarzyński, Journalist, in „Polityka“

——— In der Ausstellung gibt es keine Beschuldigungen, beschämenden Tatsachen oder heiklen Themen. Man sieht öfter das Verbindende als das Trennende, besonders wie die Zeit nach dem 2. Weltkrieg dargestellt wird. Hier gibt es keine NATO und keinen Warschauer Pakt, keine Vertriebenenverbände, polnische Autodiebe, Neofaschisten, Gastarbeiter oder gegenseitige Ansprüche.

Warschau, 28. September 2011

[48]

Radosław Sikorski in einer Rede vor der Deutschen**Gesellschaft für Auswärtige Politik**

——— Was verlangen wir von Deutschland? [...] Aufgrund der Größe und der Geschichte Ihres Landes haben Sie eine besondere Verantwortung für den Schutz von Frieden und Demokratie auf unserem Kontinent. [...] Worin sehe ich als polnischer Außenminister die größte Bedrohung für die Sicherheit und den Wohlstand in Europa heute [...]? Es ist nicht der Terrorismus, es sind nicht die Taliban und es sind ganz sicher nicht die deutschen Panzer. Es sind nicht einmal russische Raketen [...]. Die größte Bedrohung für Polens Sicherheit und Wohlstand wäre der Zusammenbruch der Eurozone. Und ich verlange von den Deutschen, dass Sie – um Ihretwillen und um unseretwillen – dieser Eurozone helfen, zu überleben und zu gedeihen. Sie wissen sehr gut, dass das niemand sonst tun kann.

Ich bin wahrscheinlich der erste polnische Außenminister in der Geschichte, der dies sagt: Weniger als die deutsche Machtstellung fürchte ich die deutsche Untätigkeit. Deutschland ist zur unverzichtbaren Nation in Europa geworden. Sie können sich ein Versagen in der Führung nicht leisten. Sie sollen nicht dominieren, aber Sie müssen die Reformen anführen. Wenn Sie uns in den Entscheidungsprozess einbeziehen, können Sie mit der Unterstützung Polens rechnen.

Berlin, 28. November 2011

[52]

**Wolfgang Templin, Leiter des Warschauer Büros der
Heinrich-Böll-Stiftung**

——— Radosław Sikorski hat alle in Erstaunen versetzt [...]. In dieser Rede wurde eine wahrhaft große Aufgabe formuliert.

Warschau

[65]

**Andrzej Dera, Abgeordneter der Partei Solidarisches
Polen, in einem Interview mit den Polnischen Rundfunk**

——— Etwas sehr Schlechtes ist geschehen. Der Außenminister unserer Regierung hat eine Art Berliner Huldigung vollzogen ohne Vollmacht des Präsidenten, ohne Absprache mit dem Präsidenten – ich habe nicht gehört, dass sich die Regierung mit dieser Sache befasst hat. Er hat die Interessen der Europäischen Union präsentiert und nicht die unseres Landes.

Warschau, 30. November 2011

[6]

Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Rede im Bundestag

——— Wir müssen die Fundamente der Wirtschafts- und Währungsunion nachhaltig stärken, wir müssen die Konstruktionsfehler, die sich bei der Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion eingeschlichen haben, überwinden und die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden. Das Ziel ist eine Fiskalunion. [...] Denn eine Spaltung kann niemand wollen. Mehr noch: Auch die Euro-Gruppe muss offen bleiben für jeden, der mitmachen will. Danken wir zum Beispiel Polen, das immer wieder deutlich gemacht hat: Auch wenn wir den Euro noch nicht haben, wollen wir an dieser Stelle trotzdem mehr Verpflichtungen eingehen.

Berlin, 2. Dezember 2011

[10]

Jarosław Kaczyński in „Rzeczpospolita“

——— Nicht der Euro hat die Union und den gemeinsamen Markt geschaffen, sondern die Überzeugung der Bürger, dass es sich lohnt, zusammen, durch Aufhebung überflüssiger Barrieren und auf der Basis gemeinsam angenommener Regelungen, Schritt für Schritt neue Mechanismen der Zusammenarbeit zu schaffen. Allerdings unter einer Bedingung – dass niemand, kein Nationalstaat, in der Union dominieren darf, weil das dem fundamentalen Prinzip der nationalen Würde aller ihrer Mitgliedsstaaten widerspricht [...].

Wenn ins Blaue hinein deklariert wird, Polen sei bereit, die Deutschen in ihren Versuchen einer Änderung des Status quo in der Union zu unterstützen, dann ist das eine beispiellose, alle bisherigen Standards der Union verletzende Entscheidung. Der Versuch, eine neue „Achse“ Berlin-Warschau zu schaffen, macht uns keine Ehre, sondern wird als ein voreiliger Huldigungsakt aufgenommen [...].

Dieser Auftritt war eine gefährliche Angeberei. Die realen Chancen für eine Veränderung der gegenwärtigen politischen Konstruktion der Union sind gleich Null. [...] Sikorskis Vorschläge drohen also mit einem Zerfall der jetzigen Union, die durch ein Rumpfgelbilde unbekannter Konsistenz ersetzt werden soll, obwohl es – wie [der schottische Historiker] Niall Ferguson zu scherzen beliebt – ganz einfach um eine Wiederherstellung des Heiligen Reiches Deutscher Nation geht. [...] Sikorskis Deklarationen stellen nicht nur eine Verletzung der polnischen Verfassungsgrundsätze dar, sondern auch der Unionsverträge.

Warschau, 9. Dezember 2011

[26]

Adam Krzemiński in „Polityka“

——— Mit seiner Berliner Rede hat Radosław Sikorski Polen endlich in die große europäische Debatte über die Umgestaltung der Union im Zusammenhang mit der Eurokrise eingebracht. [...] Die Rechten begannen wie üblich zu rufen: „Verrat!“. PiS fordert ein Staatstribunal für den Minister und mobilisiert die Straße zu einem Aufmarsch (am Jahrestag des Kriegsrechts) zur Verteidigung der Unabhängigkeit, die durch ein angebliches Viertes Reich gefährdet sei. In einem solchen Stil ist schwer zu diskutieren, aber eine europäische Debatte – mit der PiS oder ohne sie – brauchen die Polen.

Berlin war ein guter Ort für den programmatischen Auftritt in Sachen Union. Sikorski signalisierte die Stabilität der polnisch-deutschen Interessengemeinschaft [...]. Der historische Satz: „Weniger als die deutsche Machtstellung fürchte ich die deutsche Untätigkeit“ stellt keineswegs eine „Berliner Huldigung“ dar. Im Gegenteil, Sikorski hat die Deutschen daran erinnert, dass sie aufgrund ihres Potentials Europa gegenüber Pflichten haben, selbst wenn diese ihrem kurzsichtigen nationalen Egoismus widersprechen. Das ist eine heute in Europa immer umfassender geäußerte Ansicht. Eigentlich blickt ganz Europa heute auf Deutschland und seine Kanzlerin Angela Merkel.

Warschau, 13. Dezember 2011

[34]

Ludwik Dorn, Abgeordneter der PiS, in einer Rede im Sejm

—— Die polnische Regierung hat gesagt – und ich sage sofort, dass ich sie nicht dafür angreife – dass uns sehr schwere Zeiten bevorstehen und wir uns an den Stärkeren halten müssen, und dieser Stärkere ist in unserer Region Deutschland. Dem kann sogar zugestimmt werden. Aber Polen [...] hat noch etwas anderes gesagt: Wir verzichten auf die Rolle des zwar schwächeren, gleichsam jüngeren, aber dennoch Partners, der die Länder der Region um sich herum organisieren will, der um seine Interessen feilscht. Nein, stattdessen wollen wir Berater und Handlanger sein, wir wollen Klient sein, wobei wir gleichsam vergessen, dass die existentiellen Interessen eines Klienten immer gegenüber den existentiellen Interessen des Patrons zurücktreten müssen.

Warschau, 15. Dezember 2011

[58]

Piotr Wandycz, Historiker, im „Dialog“

—— Das heutige Deutschland ist durch seinen Reichtum, seine Flexibilität und Organisation der stärkste Faktor in Europa. Tatsache ist, dass diese Macht ist ihnen [dem Land] erlaubt, das Schicksal und die Entwicklung der Europäischen Union beeinflussen zu können. [...] Die Intensivierung der europäischen Integration, die von sich aus die nationale Souveränität einschränken muss, ist ein unausweichlicher Prozess und man muss ihn bestmöglich gestalten. Polens Einfluss auf diesen Prozess wird vom Wachstum seines Wirtschaftspotentials, weiteren Modernisierungsinvestitionen und der Hebung des Lebensstandards abhängen. Polen wird in Europa und der Europäischen Union eine immer wichtigere Rolle spielen, wenn es konkrete Werte mit einbringt.

Berlin, Januar 2012

[67]

Kai-Olaf Lang im „Dialog“

—— Sieht es so aus, als ob Polens Bemühen um einen Platz im politischen Kraftzentrum der EU nicht fruchtet [...]. Während Polen mit einer erfolgreichen Ratspräsidentschaft, der fulminanten Berliner Rede von Außenminister Radosław Sikorski oder der Offensive für die Einbindung von Nicht-Euro-Staaten in die Strukturen vertieften Zusammenwirkens in der Eurozone zu einem der wenigen glaubwürdigen Integrationsoptimisten in einer Phase der zunehmenden Europaskepsis wurde, könnte man den Eindruck gewinnen, dass wichtige

Weichenstellungen in der europäischen Politik weiterhin ohne polnische Beteiligung vorgenommen werden. [...] Treffen diese Eindrücke zu, hieße dies: Noch nie war Polen europapolitisch so gut aufgestellt wie heute, aber noch nie war auch die Gefahr der Randständigkeit so groß. Dementsprechend hoch ist auch wieder die polnische Marginalisierungsfurcht.

Berlin, Januar 2012

[36]

**Krzysztof Malinowski, Historiker und Politologe,
in „Przegląd Zachodni“**

——— Beide Partner unterlagen wohl allzu oft der Illusion, dass die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Vorbild der engen deutsch-französischen Beziehungen gestaltet werden können. Daher ist es nicht verwunderlich, dass in der Konsequenz solche Initiativen wie das Weimarer Dreieck nicht nur keine Vertiefung der politischen Zusammenarbeit bewirken, sondern nicht einmal gut als Forum der Verständigung dienen konnten. [...] Der Sieg der PO in den Parlamentswahlen im Oktober 2011 bestätigte die Kontinuität des kooperativen Kurses der polnischen Außenpolitik Deutschlands gegenüber. Deutsche Beobachter machten darauf aufmerksam, dass zwar nach den Wahlen in Polen kein Konsens über die Beziehungen mit Deutschland besteht, die Regierung unter Beteiligung der PO aber dennoch eine auf ihre Mehrheit im Parlament gestützte effektive Politik verwirklichen kann.

Posen, Februar 2012

[39]

**Der gewählte Bundespräsident Joachim Gauck bei seinem
Besuch in Polen**

——— Die Reise nach Polen war für mich eine Herzensangelegenheit.

Warschau, 27. März 2012

[18]

Präsident Bronisław Komorowski in seiner Antwort

——— Dies [Polen als erstes Reiseziel] ist zweifellos ein Symbol für die zunehmend besseren und auf konkrete Kooperation gerichteten deutsch-polnischen Beziehungen. Es ist ein Beweis dafür, dass wir einen viel längeren Weg als der Prozess der Versöhnung zwischen unseren Völkern bereits zurückgelegt haben.

Warschau, 27. März 2012

[18]

Radosław Sikorski in einer Rede im Sejm

——— Deutschland ist der größte Partner in der Europäischen Union. Der größte [...], aber kein dominierender. Das bedeutet, dass in der Union kaum irgendetwas gegen Deutschland durchgesetzt werden kann, Deutschland aber auch mehr als nur einen Mitspieler benötigt, um seine Vorstellungen zu verwirklichen. [...] Wir wollen uns zusammen für eine starke Union einsetzen. Wir sind weder Utopisten noch naive Euroenthusiasten, wir stehen auf dem harten Boden eines politischen Realismus. Wir wissen, dass das Ende der Geschichte nicht eingetreten ist, dass man sich im heutigen Europa immer noch eifrig für seine Interessen einsetzen muss. Wenn irgendjemand in diesem Saal Zweifel daran

hätte, dann will ich hinzufügen, dass wir nicht auf unser Polentum verzichten, so wie Deutschland nicht auf sein Deutschtum verzichtet oder Frankreich auf sein französisches Wesen. Wir werden Polen bleiben, Europa wird unser Polentum nicht ersetzen, es kann es nur stärken (Beifall).

Warschau, 29. März 2012

[59]

Adam Krzemiński im „Dialog“

——— Endlich ist das deutsch-polnische Verhältnis frei von historischer und hysterischer Neurose. Unserer Einschätzung nach wird der Pawlowsche Reflex zwischen Polen und Deutschen schwächer, als die Traumata der einen sofort auf der anderen Seite der Grenze ein Echo auslösten. Dieses sich gegenseitige Langweilen, vielleicht auch nur einander Überdrüssigwerden, ist ein Zeichen für Normalität. Aber darin steckt auch etwas Ungutes, nämlich Selbstzufriedenheit, Routine und subkutane Gleichgültigkeit.

Politiker werden nicht müde zu sagen, dass die deutsch-polnischen Beziehungen niemals besser waren als gegenwärtig. Das ist wahr. Zugleich jedoch hat in beiden Ländern die Innenpolitik immer noch Priorität.

Warschau, April 2012

[31]

Erich Follath und Jan Puhl, Journalisten, in „Der Spiegel“

——— Während über Griechenlands Verbleib in der Euro-Zone spekuliert wird, kämpft Polens Regierung um die Einführung der Gemeinschaftswährung [...]. Dafür ist es auch bereit, Souveränitätsrechte abzugeben. [...]

[Jarosław] Kaczyński hat bisher vergebens versucht, in die Fußstapfen seines Bruders zutreten; er scheiterte 2010 als Präsidentschaftskandidat, verlor 2011 auch die Parlamentswahlen deutlich. In seinem kurz vor dem Urnengang erschienenen Buch deutet er an, Angela Merkel sei vor allem dank der Unterstützung alter Stasi-Kreise zur Kanzlerin gewählt worden. Das brachte ihm Spott ein, aber keine Stimmen.

Hamburg, 21. Mai 2012

[14]

Jarosław Kaczyński auf einem Treffen mit Einwohnern von Oppeln

——— In Polen haben wir nach 1989 aus idealistischen Gründen [...] den nationalen Minderheiten sehr weitreichende Rechte verliehen, dabei aber völlig vergessen, uns darum zu kümmern, dass die Polen in den Nachbarländern ähnliche Rechte bekommen. [...] Ich erkläre unmissverständlich: Wenn die Partei Recht und Gerechtigkeit an die Macht kommt, dann werden die Deutschen in Polen genauso viel Rechte haben wie die Polen in Deutschland (*Beifall*). Die Asymmetrie wird ein Ende haben. Die Deutschen selbst erwarten das auf höchster Regierungsebene. Die Deutschen haben hier außerordentlich umfangreiche Privilegien, während den Polen in Deutschland nicht nur die Rechte einer nationalen Minderheit abgesprochen werden, sondern nicht einmal das verwirklicht wird, was im polnisch-deutschen Vertrag festgeschrieben wurde.

[...] Wir können weder der Germanisierung der Polen in Deutschland zustimmen noch der Entstehung eines Gefühls der Überlegenheit und Arroganz seitens der deutschen Minderheit [in Polen].

Oppeln, 8. Dezember 2012

[42]

Henryk Wujec, Berater des Präsidenten der Republik

Polen für soziale Angelegenheiten, im Radiosender TOK FM

——— Kaczyński hat sich wohl die Erfahrungen Gomułkas zu sehr zu Herzen genommen. Denn es war doch Gomułka, der uns mit dem deutschen Revisionismus und dem Kreuzritterorden Angst gemacht hat. [...] Ich hoffe, dass das leere Worte bleiben werden.

Warschau, 10. Dezember 2012

[72]

Bartosz T. Wieliński, Journalist, in der Tageszeitung

„Gazeta Wyborcza“

——— Jarosław Kaczyński hetzt seit Jahren gegen die polnischen Deutschen und weiß, dass das nicht der Wahrheit entspricht. Aber Hetze gegen den Nachbarn verkauft sich in der polnischen Politik bestens.

Warschau, 11. Dezember 2012

[70]

Tadeusz Dziuba, Abgeordneter der PiS, in einer Rede im Sejm

——— Noch vor kurzem sagten die Deutschen, unter ihnen Günter Grass, dass die Teilung Deutschlands in zwei Staaten eine Strafe für den verbrecherischen Nationalsozialismus war. Heute aber wird der Verlust des sogenannten Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens als Unrecht bezeichnet und die Zustimmung zur definitiven Anerkennung unserer Grenzen als übereilt angesehen. Mehr noch, die Bezeichnung „Gebiete unter vorläufiger polnischer Verwaltung“ wird verändert in „Gebiete der Vertreibung“. Im Kontrast dazu bleibt das Wort „Versöhnung“ ein beständiges Element der politischen Rhetorik. [...]

Deutschland gibt Zigmillionen Euro für seine Geschichtspolitik aus. Wir können uns so etwas leider nicht leisten.

Warschau, 11. Dezember 2012

[60]

Krzysztof Świerc, Redakteur des „Wochenblatts“ der deutschen Minderheit, in einem Kommentar

——— Heute gefallen ihnen die Deutschen nicht, morgen werden sie Rothaarige, Hochgewachsene, Homosexuellen, Frauen diskriminieren. Wo kann das hinführen? [...] Ein solches Verhalten auf der polnischen politischen Arena schädigt das Bild der Republik Polen in der Welt und kann potentielle Investoren abschrecken, zum Beispiel aus Deutschland, dem größten wirtschaftlichen Partner Polens. Wenn das Denken des PiS-Vorsitzenden größere Unterstützung in der polnischen Gesellschaft finden würde, dann könnte das letztlich sogar zu einem „Abschneiden“ Polens vom zivilisierten Teil Europas führen - aber vielleicht geht es manchen „Patrioten“ ja gerade darum?

Oppeln, 14. Dezember 2012

[64]

Zdzisław Krasnodębski, Soziologe, in der Wochenschrift**„Do Rzeczy“**

——— Deutlicher wurde [in Europa] eine Teilung in Zentrum und Peripherie. Dabei hegt niemand Zweifel, dass sich der eigentliche Kern dieses Zentrums in Berlin befindet. [...]

Es ist kaum zu übersehen, dass eine deutliche Abkühlung der Beziehung Deutschlands und der Deutschen zu Europa stattgefunden hat. [...] Die Machtposition Deutschlands in der Union ist stark, wenn auch informell. Deutlich erkennbar wurde eine Hierarchie, eine Abstufung der Souveränität der europäischen Länder. Die kleineren Länder bemühen sich, wenn sie Einfluss in der EU gewinnen wollen, um Anschluss an die deutsche Politik. Um effektiv zu sein, müssen sie zeigen, dass sie proeuropäisch sind, weil sie nur dann damit rechnen können, dass Deutschland ihre Postulate berücksichtigt.

[...] Die Dominanz Deutschlands in Europa könnte sich allerdings auch als eine bloße Episode erweisen.

Warschau, 18. Februar 2013

[30]

Bundespräsident Joachim Gauck in einer Rede

——— Doch ich versichere allen Bürgerinnen und Bürgern in den Nachbarländern: Ich sehe unter den politischen Gestaltern in Deutschland niemanden, der ein deutsches Diktat anstreben würde. [...] Mehr Europa heißt in Deutschland nicht: deutsches Europa. Mehr Europa heißt für uns: europäisches Deutschland!

Berlin, 22. Februar 2013

[17]

Jarosław Kaczyński in einer Rede im Sejm

——— Diese Berliner Huldigungen, ein geradezu unerhörter Klientelismus – und was bekommen wir dafür? [...]

Wir haben ein „sichtbares Zeichen“, Frau Steinbach ist in guter Form. Wir haben es mit einem zunehmenden Antipolonismus zu tun, besonders im Osten Deutschlands. [...] Das ist, so könnte man sagen, eine so einseitige Politik, wie man sie sich nur vorstellen kann. Das römische Recht kennt den Begriff des Leoninischen Vertrages. Das ist ein Gesellschaftsvertrag, in dem einer den Nutzen hat und der andere die Verluste. Eben das ist ein Leoninischer Vertrag (*Beifall*).

Warschau, 7. März 2013

[61]

**Izabella Jachimska, Korrespondentin in Berlin,
im Internetportal Wirtualna Polska**

——— Das vom öffentlichen deutschen Fernsehen produzierte dreiteilige historische Epos *Unsere Mütter, unsere Väter* versammelte vor den Fernsehgeräten [am 17., 18. und 20. März] 21 Millionen Zuschauer, das heißt fast ein Viertel der deutschen Gesellschaft. [...]

Die Handlung dieses Films beginnt zwei Jahre nach Ausbruch des Krieges. Wir haben das Jahr 1941. Eine Gruppe von fünf Freunden amüsiert sich auf der Party in einer Berliner Privatwohnung. Sie trinken Alkohol, machen Späße, hören Musik. Zwei von ihnen tragen die Uniform der Wehrmacht. In

Kürze werden sie an die Ostfront fahren. Es stört sie nicht, dass auch der Jude Viktor zu ihrem Kreis gehört. Die Grausamkeiten des wogenden Krieges haben sie völlig ausgeklammert. [...]

Ein polnisches Thema erscheint im dritten Teil des Filmzyklus, in einer Szene in den Lubliner Wäldern. Viktor gelingt es, aus dem Zug ins Vernichtungslager Auschwitz zu fliehen. Gerettet wird er von polnischen Partisanen mit Armbinden der AK (Heimatarmee). Nachdem sie den Todeszug angehalten haben und die Häftlinge in den Waggons sehen, sagen sie: „Die meisten von ihnen sind Juden. Und Juden sind genauso rüdig wie Kommunisten oder Russen. Lieber tot als lebendig“.

Berlin, 26. März 2013

[23]

Jerzy Margański, polnischer Botschafter in Deutschland, in einem Brief an das ZDF

Die Polnische Heimatarmee und die Mehrheit der Polen wurden in der Fernsehserie als Menschen dargestellt, die unter dem Einfluss eines finsternen Antisemitismus stehen, der sich kaum von dem der deutschen Nazis unterscheidet, und die von Habgier beherrscht werden, was sie zu den abscheulichsten Taten verleitet. [...] Die fast grotesk einseitige Darstellung der AK kann den Eindruck erwecken, dass auch andere (nicht-deutsche) Nationen für die Judenvernichtung verantwortlich gemacht werden sollten.

Berlin, 27. März 2013

[1]

Gerhard Gnauck, Warschau-Korrespondent, in der „Welt“

Der Aufschrei des Entsetzens ist nicht nur verständlich, er ist großteils berechtigt. Die polnische Widerstandsbewegung gegen die deutsche Terrorherrschaft wird im Film als überwiegend antisemitisch dargestellt und damit in beträchtlichem Maße delegitimiert. [...] Antisemitismus sei in der polnischen Bevölkerung nun mal weit verbreitet gewesen. Letzteres stimmt, wie es übrigens für (mindestens) halb Europa zutrif. [...] Aber wenn schon [Filmproduzent Nico] Hofmann und seine Koproduzenten – offenbar als erste deutsche Filmemacher – dem nichts ahnenden deutschen Publikum ausführlich den polnischen Widerstand vor Augen führen, warum müssen sie diese Männer und Frauen durch den braunen Sumpf ziehen? Haben sich da nicht die „historischen Fachberater“ zu Wort gemeldet, die im Abspann genannt werden?

Hamburg, 4. April 2013

[20]

Aus der Debatte im Sejm

Dariusz Pionkowski, Abgeordneter der PiS: Die Deutschen versuchen seit Jahrzehnten durch einen einfachen Mechanismus ihre Schuld aus der Zeit des 2. Weltkrieges zu verwischen: Da gibt es Nazis, die gemordet haben, und gute Deutsche, die in Wirklichkeit Opfer der Nazis waren, plus die für den Holocaust mitverantwortlichen Polen, Litauer, Weißrussen, viele Nationen Ostmitteleuropas. [...] In dieser Atmosphäre haben wir es mit einer weiteren großen deutschen Fernsehproduktion zu tun – es handelt sich um den dreiteiligen Film

Unsere Mütter, unsere Väter mit eindeutig antipolnischer Aussage, wo Soldaten unserer Heimatarmee als Antisemiten dargestellt werden, die an der Ermordung zumindest eines Teils der Juden mitschuldig sind. [...] Umso größer war unsere Überraschung, als sich plötzlich herausstellte, dass der Vorsitzende des öffentlichen Fernsehens sich für den Ankauf dieses Films zur Ausstrahlung in Polen entschieden hat.

Piotr Żuchowski, Staatssekretär im Ministerium für Kultur und Nationales Erbe: In der Republik Polen, in unserer Nation, besteht nicht der geringste Zweifel daran, wer in der Zeit des 2. Weltkrieges Täter und wer Opfer war. Es besteht nicht der geringste Zweifel, wer der Aggressor war und wer angegriffen wurde. Heute stellt sich die Frage, ob es gut ist, dass die polnischen Zuschauer diesen verlogenen Film werden sehen können. [...] Die Frage ist, wie dies von unserer jungen Generation aufgenommen wird.

Warschau, 13. Juni 2013

[62]

Izabela Surynt, Literatur- und Kulturhistorikerin an der Universität Breslau, in einem Interview mit der „Deutschen Welle“

——— Dieser Film [...] wird eine Menge Kontroversen auslösen, eine Menge Diskussionen. Sehr vielen wird er nicht gefallen, aber wir müssen darüber reden, weil wir auf diese Weise vielleicht endlich die andere Seite sehen können. Das Problem ist, dass wir immer aus unserer Perspektive schauen. Unsere Optik erscheint uns als die offensichtliche, allzumenschliche, und es irritiert uns sehr, wenn wir mit ganz anderen Bildern konfrontiert werden. [...] Ich hoffe sehr, dass dieser Film eine Gruppe von Menschen erreicht, die einfach darüber nachdenken und versuchen, eine Antwort zu finden, und sich nicht nur darauf konzentrieren, die Deutschen als Revisionisten und Relativisten zu betrachten, die die Schuld abwaschen wollen, indem sie die Mitverantwortung für den Holocaust auf andere abschieben.

[...] Dieser Film hat eindeutig eine therapeutische Funktion, [...] Die Deutschen haben sehr mit ihrer Erfahrung des 2. Weltkrieges zu kämpfen, mit ihrer eigenen Schuld – und ich denke, eine solche deutsch-polnische Diskussion ist notwendig, aber nicht, um sich in den eigenen verschiedenen Positionen zu verschanzen, sondern um zu versuchen, bestimmte Dinge von der anderen Seite zu betrachten. Ich glaube aber, dass dieser Film nicht als historisches Dokument gelesen werden sollte. Ganz und gar nicht! Es gibt einige Szenen darin, die deutlich von den Erkenntnissen der Historiker abweichen. Betrachten wir ihn also als einen Film, der die Wahrheit über die Debatten in Deutschland zeigt. Betrachten wir ihn als ein Zeichen für die Bedürfnisse der deutschen Gesellschaft heute.

Breslau, 18. Juni 2013

[63]

Piotr Semka, Publizist, in „Do Rzeczy“

——— Ohne die Ausstrahlung dieses Films würden die meisten Polen weiterhin nicht wissen, wie sehr sich jenseits der Oder die Wahrnehmung der Polen in

Bezug auf die Zeit des letzten Krieges verändert hat. Noch viel weniger würden glauben, dass staatliche Medien in Deutschland fähig sind, einen so aggressiven Film gegenüber den Polen zu drehen. Die Polen werden in diesem Film als verrückte Antisemiten dargestellt. Die Irrfahrt des aus einem Transport nach Auschwitz geflüchteten Berliner Schneiders Viktor Goldstein ist eine Reise durch den „wilden Osten“ – durch ein Land, wo fast jeder ein Feind ist, wo die polnischen Partisanen eher einen Deutschen akzeptieren würden als einen Juden.

Warschau, 18. Juni 2013

[51]

**Andreas Nachama, Direktor des Berliner Museums
Topographie des Terrors, in einer Äußerung für die
Polnische Presseagentur**

—— Ich habe keine hohe Meinung von dieser Art Filme. Immer werden Ereignisse der Vergangenheit in solchen Filmen vereinfacht, oft auf sträfliche Weise. [...] Dieser Film verfestigt bei den Zuschauern unwahre Stereotypen über die Polen. [...] Die Autoren des Films wussten sehr wohl, was sie tun.

Berlin, 4. Juli 2013

[40]

**Krzysztof Ruchniewicz, Historiker, Direktor des Zentrums
für Deutschland- und Europastudien an der Universität
Breslau, in der Monatsschrift „Odra“**

—— Die Autoren der TV-Serie *Unsere Mütter, unsere Väter*, des aufsehenerregendsten, aber auch schlechtesten Films der letzten Zeit, in dem auch die deutsch-polnischen Beziehungen angesprochen werden, haben sich auf ausgewählte Schicksale konzentriert. Sie wollten unterschiedliche Haltungen gegenüber dem Nationalsozialismus zeigen und den katastrophalen Charakter des Krieges unterstreichen. In Bezug auf die Nachbarn, darunter die Polen, haben sie sich allerdings primitiver Stereotypen bedient, und sie haben die Gelegenheit nicht genutzt, mehr Wissen über die deutsche Okkupation in Polen und die komplizierten deutsch-polnischen Beziehungen zu vermitteln. Dieser Film hatte riesigen Erfolg. [...] Aber in Polen löste er – sicher zur Überraschung der Filmautoren und des Fernsehsenders ZDF – negative Reaktionen aus. Erneut stellte er die Frage nach dem Stand des Wissens über uns und unsere Geschichte.

Reagiert haben wir mit Verblüffung, Zweifel, Enttäuschung, schließlich Empörung. Aber warum sollte der Reifall einer Filmserie verwundern? Das zeigt doch, dass wir in den deutsch-polnischen Beziehungen noch nicht den Stand der deutsch-französischen erreicht haben. [...]

Und was bietet Polen dem deutschen Partner? [...] Die Zeit vergeht, es wechseln die Generationen der Deutschen, ihre Erwartungen, aber auch ihre Bedürfnisse. Immer weniger unserer Nachbarn verstehen unser Herangehen an die Geschichte und unsere Erfahrungen. [...] Es ist wahr, dass unterschiedliche Bemühungen und Schritte unternommen wurden, von denen ein Teil wichtige Projekte generiert haben, manchmal eine gemeinsame Ausstellung oder

Konferenz sowie Publikationen. Das macht jedoch nicht die Frage überflüssig, was für Ideen wir haben für eine neue Nachbarschaft mit dem vereinigten Deutschland, mit einer neuen Generation von Deutschen und auch von Polen.

Notwendig ist ein Paradigmenwechsel in den deutsch-polnischen Beziehungen und vor allem ein gründliches Überdenken unseres historischen und kulturellen Angebots. Politik ist nicht alles. Obwohl: ohne politischen Willen und – was sogar noch wichtiger ist – ohne Geld kann man nichts Sinnvolles tun. Nicht weitere, aus der Last der Vergangenheit resultierende Forderungen an Deutschland werden die Lösung sein, sondern einzig eine aktive Geschichts- und Kulturpolitik in Verbindung mit angemessener Finanzierung und Konsequenz im Handeln.

Breslau, September 2013

[46]

Adam Krzemiński in „Polityka“

Bei der ganzen Asymmetrie der polnisch-deutschen Nachbarschaft gab es noch nie so gedeihliche Beziehungen zwischen Berlin und Warschau. [...] Die Beziehung Tusk-Merkel ist fast schon eine Familiengeschichte.

Während in Polen Tusk im Jahre 2005 durch eine niederträchtige Manipulation der PiS über Tusks „Großvater aus der Wehrmacht“ in der letzten Runde der Präsidentschaftswahlen k.o. geschlagen wurde, spielte im deutschen Wahlkampf 2013 Angelas „Großvater aus der Haller-Armee“*, eigentlich Kaźmierczak, überhaupt keine Rolle. Dort sind die polnischen Wurzeln bestenfalls eine biografische Kuriosität. Auch bei uns blieb diese Familiengeschichte fast ohne Echo.

In Polen gibt es drei Narrative über Merkel. Autor der ersten ist Jarosław Kaczyński, der zu verstehen gab, er wisse – werde das aber nicht sagen – welche finsternen Kräfte diesem Mädchen aus der DDR-Provinz den Weg ins Kanzleramt gebahnt hätten. Die zweite Narration, über die gute Chemie zwischen Donald und Angela, stammt sowohl aus dem Umfeld des Danzigers [das heißt Donald Tusk] als auch – als Denunziation – von der hasserfüllten Opposition. Und die dritte Narration, die von der allmächtigen Zarin, wurde der angelsächsischen Presse entliehen, welche Merkel einmal als den einzigen Segler lobt, der fähig sei das in allen Fugen krachende Floß des Euro zu retten, sie ein andermal aber als gefühllosen Cyborg darstellt, als Symbol der kalten deutschen Macht.

[...]

Ebenso viele Narrative gibt es in Polen über Tusk, aber nur zwei wesentliche in Deutschland. An der Weichsel schütten Internauten ganze Kübel von Dreck über den Premierminister aus, und Verrückte meinen, er sei nicht nur der Verwalter eines deutsch-russischen Kondominiums, sondern auch mitschuldig an dem Anschlag von Smolensk. Auf der anderen Seite ist zu hören:

* Während des Wahlkampfes in Deutschland wurde bekannt, dass der aus Posen stammende Großvater von Angela Merkel, Ludwik Kaźmierczak (Ludwig Kasner), im 1. Weltkrieg in der Polnischen Armee in Frankreich (Armee von General Haller) gekämpft hatte.

Tusk, du musst dir noch einmal einen Stoß geben und 2015 gewinnen, damit Polen nicht in den Sümpfen von Pinsk [in Belarus] landen muss.

Warschau, 11. September 2013

[33]

**Agnieszka Łada, Analytikerin am Institut für Öffentliche
Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych),
im *Barometer Polen–Deutschland 2013***

— Diese zehn Jahre gemeinsamen Funktionierens in der Europäischen Union haben bei den Polen das Bild Deutschlands und der Deutschen entschieden beeinflusst. Die Veränderungen sind besonders sichtbar im Herangehen an die deutsche Gesellschaft: Die Polen begegnen den Deutschen immer mehr mit Sympathie und akzeptieren sie gern in verschiedenen – auch in persönlicheren – sozialen Rollen. Das ist der beste Beweis für wirkliche Integration und die Annäherung der Gesellschaften in der Europäischen Union. Auch wächst der Prozentsatz positiver Meinungen zu politischen Themen: die Ansichten über den Stand der gegenseitigen Beziehungen werden immer besser. Die Polen sind auch überzeugt, dass es lohnt, in den Beziehungen mit Deutschland auf die Suche nach Kompromissen und nicht auf den Kampf um eigene Interessen zu setzen.

Die relativ geringsten Veränderungen betreffen das Bild Deutschlands als Staat. Das resultiert sicher daraus, dass dieses Image schon früher sehr positiv war, sodass das Wachstumspotential geringer ist. Man erkennt aber auch weitere Symptome der Verbesserung. [...] „Deutschland erschreckt uns nicht mehr“ – damit verbundene Vorstellungen stammen nur noch aus der Geschichte oder aus plumpen Witzen. Auch auf sozialer Ebene, ähnlich wie in der Politik, ist Normalität eingeleitet.

Trotz der guten Noten, die die Polen dem deutschen Staat und der deutschen Gesellschaft ausstellen, beunruhigt weiterhin die verhältnismäßig schlechtere Meinung vieler Deutscher über Polen und die Polen, obwohl in den letzten Jahren auch hier deutlich positive Veränderungen erkennbar sind. In hohem Maße resultieren diese schlechteren Meinungen aus dem geringen Wissen vieler Deutscher über ihr Nachbarland.

Warschau

[2]

**Przemysław Piotr Żurawski vel Grajewski, Politologe,
in „Przegląd Zachodni”**

— Unter der gegenwärtigen Regierung ist Polen nicht nur bereit, die Führungsrolle Deutschlands in der EU anzuerkennen, sondern diese auch aktiv zu unterstützen. [...] Jetzt nach den Wahlen im September 2013, die Angela Merkel eine dritte Amtszeit beschert haben, können wir von Seiten Berlins prinzipiell nur eine Fortsetzung dieser Politik erwarten, keine Revolution. Die Situation in der BRD verheißt keine vehementen Wendungen in der Politik Deutschlands, weder gegenüber der Europäischen Union noch gegenüber Polen, Russland oder den USA, das heißt keine Wendungen, die die künftige Einstellung der Republik Polen zur Führungsrolle Deutschlands in der EU würden beeinflussen können.

Lodz, Januar 2014

[74]

**Rüdiger Freiherr von Fritsch, scheidender Botschafter
der BRD in Polen, in einem Interview mit „Polityka“**

——— In der Politik sind zwei Dinge wichtig: vor allem die Entschlossenheit auf beiden Seiten, um die gegenwärtigen deutsch-polnischen Beziehungen nicht irgendwelchen Verschlechterungen auszusetzen. In Berlin und Warschau besteht beiderseitige Sensibilität für die gemeinsamen Interessen [...]. Unser Europaverständnis ist sehr ähnlich und tiefer als in anderen Ländern. Wir wissen, dass die EU mehr ist als nur ein Instrument zur Mehrung des Wohlstands, dass sie auch Sicherheit, Freiheit, Frieden und Demokratie gewährleistet. Wir brauchen diese Gemeinschaft, die nota bene genial konstruiert ist: Wir haben unsere nationalen Interessen so miteinander verkoppelt, dass wer auch immer dem anderen schaden will, auch sich selbst schadet. Ja, das ist nunmal Europa.
Warschau, 12. Februar 2014 [15]

Krise

FEBRUAR 2014

MÄRZ 2019

Im Februar 2014 unterstützen die Außenminister des Weimarer Dreiecks (darunter Polens und Deutschlands) den Sieg des Maidan in Kyjiw. Die Zusammenarbeit der Regierungen von Donald Tusk und Angela Merkel ist nicht nur auf bilateraler Ebene wichtig, sondern auch auf europäischer, insbesondere in der Ostpolitik. Doch die wenig konkrete und als nicht entschieden genug empfundene Politik Deutschlands gegenüber Russland ruft in Polen Unverständnis und Befürchtungen hervor, dass Deutschland als strategischer Partner Polen im Falle einer möglichen militärischen Aggression Russlands nicht verteidigen würde. Die Spannungen nehmen Mitte 2015 zu, als riesige Flüchtlingswellen aus dem vom Krieg gezeichneten Nahen Osten nach Deutschland ziehen und Polen sich gegen ein quotenbasiertes Verteilungssystem von Migranten in der EU und gegen ihre Aufnahme auf polnischem Staatsgebiet ausspricht. Das Flüchtlingsthema wird Gegenstand des Wahlkampfes vor der Parlamentswahl 2015. Die Wahlen gewinnt die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), deren Vertreter Andrzej Duda seit Mai 2015 Präsident Polens ist. Die folgenden Jahre sind geprägt von einer sich vertiefenden Krise der deutsch-polnischen Beziehungen: Wiederholt tauchen die Themen: Reparationen, Rechtsstaatlichkeit in Polen sowie die sich verändernde Position Polens und Deutschlands in den bilateralen Beziehungen auf. Ab 2018 setzt Polen die deutsch-polnischen Regierungskonsultationen aus; auch Treffen der Staats- und Regierungschefs des Weimarer Dreiecks finden nicht mehr statt. Die antideutsche Propaganda nationalistischer Kreise in Polen erhält systematische Unterstützung durch staatliche Strukturen.

**Ludwik Dorn, Abgeordneter der Partei Solidarna Polska
(Solidarisches Polen), in einer Rede im Sejm**

—— Die Krise in der Ukraine ist in eine neue Phase eingetreten. [...] Man muss unseren Verbündeten sagen, dass es jetzt um ihre Glaubwürdigkeit als Bündnispartner geht, dass polnisches Blut im Irak und in Afghanistan geflossen ist, und nun die existenziellen Interessen unseres Vaterlandes bedroht sind, und sie sich nun revanchieren sollten. Unserem großen europäischen Verbündeten, Deutschland, kann man sagen: Wir haben euch unterstützt, ja sogar eure Führungsrolle legitimiert [...], und nun seid bitte ein glaubwürdiger Verbündeter, ein glaubwürdiger Partner, denn perspektivisch steht unsere Existenz auf dem Spiel. Um diese Dringlichkeit geht es, und an den Herrn Premierminister richte ich diesen Appell.

Warschau, 19. Februar 2014

[57]

**Michał Wybieralski, Korrespondent, in der Tageszeitung
„Gazeta Wyborcza“**

—— Am Donnerstag [20. Februar] reisten die Außenminister Polens, Deutschlands und Frankreichs nach Kyjiw. Zunächst führten sie eine Reihe von Einzelgesprächen mit Präsident Wiktor Janukowytsch [...] sowie mit den Spitzen der Oppositionsparteien [...]. Internationale Nachrichtenagenturen berichteten über einen Vorschlag der drei Außenminister für eine Verständigung: Bildung einer Übergangsregierung unter Beteiligung der Opposition, Ansetzung vorgezogener Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sowie die Rückkehr zur Verfassung von 2004, die die Machtbefugnisse des Präsidenten zugunsten von Regierung und Parlament einschränkt.

Am Donnerstagabend kehren die drei Außenminister [...] erneut in den Amtssitz des Präsidenten zurück (der französische Außenminister verlässt Kyjiw jedoch später, um eine geplante Reise nach Peking anzutreten). Später stoßen drei Oppositionsführer hinzu. Auch zahlreiche Abgeordnete sowie ein Vertreter Russlands nehmen an den Gesprächen teil. Die nächtlichen

Verhandlungen dauern neun Stunden und enden am Freitagmorgen. Für die Mittagsstunden sind ein weiteres Treffen und die Unterzeichnung einer Vereinbarung geplant. Dieser Termin kann jedoch nicht eingehalten werden. Die Opposition fordert weitere Änderungen am Text der Vereinbarung. Manche Oppositionspolitiker verlangen die Freilassung von Julija Tymoschenko sowie die sofortige Absetzung Janukowytschs.

Außenminister Sikorski schreibt auf Twitter: Kompromiss bedeutet, dass keine Seite 100 Prozent ihrer Erwartungen durchsetzt. Auch auf dem Maidan stößt das Abkommen auf Widerstand. Die Demonstrierenden fordern ebenfalls die sofortige Absetzung von Janukowytsch. Sikorski und der deutsche Außenminister [Frank-Walter Steinmeier] suchen das Gespräch mit dem Maidan-Rat, der die Demonstranten repräsentiert. [...] Nach dem Treffen, sichtlich erschöpft von den stundenlangen Verhandlungen und frustriert über den mangelnden Fortschritt, sagt Sikorski: „Entweder ihr unterstützt die Vereinbarung oder ihr werdet das Kriegerrecht haben, das Militär rückt dann ein. Und ihr werdet alle tot sein“. Diese Worte werden von Fernsehkameras aufgezeichnet. Ein Journalist fragt, ob Sikorski den Maidan habe überzeugen können. „Ich weiß es nicht“, entgegnet der Minister im Vorbeigehen.

Die Minister überzeugten den Maidan-Rat, bei der Abstimmung die Unterzeichnung der Vereinbarung mit dem Präsidenten zu unterstützen. Die Oppositionsführer und Wiktor Janukowytsch unterzeichneten das Dokument in Anwesenheit der Außenminister Polens und Deutschlands. Es gibt jedoch ein Problem. Die radikale Organisation „Rechter Sektor“ (Prawy Sektor), die sich faschistischer Symbole bedient und besonders aktiv an den Maidan-Kämpfen beteiligt war, erklärte, die Vereinbarung nicht anzuerkennen und weiterkämpfen zu wollen, bis Janukowytsch beseitigt ist*.

Kyjiw, 21. Februar 2014

[82]

Frank-Walter Steinmeier, Bundesaußenminister, beim EU-Außenministertreffen zur Ukraine-Krise

——— Europa befindet sich ganz ohne Zweifel in der schärfsten Krise seit dem Mauerfall. 25 Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation ist die Gefahr einer erneuten Spaltung Europas real. [...] Krisendiplomatie ist keine Schwäche, sondern wird jetzt notwendiger denn je sein, um in den Abgrund hin zu einer militärischen Eskalation nicht hineinzugeraten. [...] Wir dürfen uns, das ist meine Meinung, nicht damit abfinden, dass wir die Dinge schon für entschieden halten. Es ist immer noch Umkehr möglich. [...] Und es gibt die Notwendigkeit einer Vermittlung, eines Dialogs.

Brüssel, 3. März 2014

[67]

Eine Gruppe deutscher Journalisten in „Der Spiegel“

——— Dreimal telefonierte die Kanzlerin [Angela Merkel] in den letzten Tagen mit dem russischen Präsidenten, dreimal trifft der deutsche Außenminister mit

* Am 22. Februar 2014 floh Wiktor Janukowytsch aus Kyjiw.

seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow zusammen, zusätzlich zu den fast täglichen Telefonaten. Am vergangenen Montag reist Frank-Walter Steinmeier extra nach Genf, um mit Lawrow persönlich zu reden und den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. Deutschland kommt in der Ukraine-Krise eine Schlüsselrolle zu. Für das Auswärtige Amt ist das ganz im Sinne jener neuen, aktiveren deutschen Außenpolitik, die Steinmeier im Januar angekündigt hat. [...]

Zuletzt kommt auch noch Vizekanzler Sigmar Gabriel [SPD] in Moskau mit Putin zusammen und erklärt dem Kreml-Chef, dass Russland unter Sanktionen erheblich leiden würde. Zugleich versucht er es mit einem persönlichen Appell: Es liege nun allein an ihm, Putin, ob Europa in einen neuen Kalten Krieg zurückfalle. Putin zeigt sich ungerührt.

Hamburg, 10. März 2014

[3]

Jarosław Kaczyński, Vorsitzender von Recht und Gerechtigkeit, auf einer Pressekonferenz

—— Ich würde es nicht wünschen, dass deutsche Truppen auf polnischem Territorium präsent sind*, denn es müssen mindestens sieben Generationen vergehen, bevor das akzeptabel sein wird.

Warschau, 2. April 2014

[16]

Radosław Sikorski, Außenminister der Republik Polen, in einer Antwort bei Twitter

—— Die Deutschen sind unsere Verbündeten und leisten bereits Dienst in Bromberg und Stettin.

Warschau, 3. April 2014

[16]

Wojciech Pięciak, Publizist, in der Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“

—— Es ist geradezu kurios, dass deutsche Gegner einer Unterstützung für Polen in Jarosław Kaczyński einen Mitstreiter finden.

[...] Steinmeier ist bereit, Russland eine Einflusszone zuzugestehen, zu der auch die Ukraine gehören soll. Nur so lassen sich seine Worte über eine Föderalisierung der Ukraine und darüber, dass für sie kein Platz in der NATO sei, interpretieren. Derweil würde eine verordnete Neutralität und Föderalisierung in der langfristigen Perspektive nichts anderes bedeuten als die Ukraine Putin zu überlassen. [...] Die Rückführung der Ukraine in eine russische Einflusszone wäre ein Verrat an den Werten, auf denen ein gemeinsames Europa beruht. Das würde auch bedeuten, dass wir den Ukrainern jenes Recht verweigern, das die geteilten Deutschen vor 25 Jahren erhalten haben, nämlich über das eigene Schicksal zu entscheiden.

Liebe deutsche Freunde, versteht uns Polen: Wir können einem neuen

* Diese Äußerung bezieht sich auf die Schaffung dauerhafter NATO-Stützpunkte in Polen, in denen unter anderem deutsche Soldaten ihren Dienst verrichten würden.

Jalta, bei dem die Ukrainer das Opfer wären, nicht nur wegen unseres historischen „Jalta-Traumas“ nicht zustimmen, sondern auch aus demselben Grund, aus dem wir euch vor 25 Jahren das Recht auf Wiedervereinigung zugestanden haben.

Krakau, 7. April 2014

[45]

**Joachim Trenkner, Deutschlandkorrespondent
von „Tygodnik Powszechny“, im Deutsch-Polnischen
Magazin „Dialog“**

— Eine Emotionalisierung politisch krimineller Verhaltensweisen wie die der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim wirken auf westliche Beobachter eher befremdlich. Dennoch muss man den Appell Pięciaks ernst nehmen, weil er eine tiefe Sorge zum Ausdruck bringt, eine verständliche Sorge nicht nur über die zuweilen „weiche“ deutsche Politik gegenüber Russland, sondern vor allem über die Stimmung einer Mehrheit der Deutschen allgemein, wenn es um die Beziehung zu Russland geht.

[...] In keinem anderen westlichen Land der EU so heftig über die Ukraine und Russlands Annexion der Krim gestritten wird wie zwischen Rhein und Oder. Selten zuvor ging der Riss durch die deutsche Gesellschaft so tief [...]. Man kann heute sogar von einer Spaltung der Gesellschaft reden. Auf der einen Seite steht die politische Klasse, also die deutsche Regierung unter Kanzlerin Angela Merkel, die in ungewöhnlicher Schärfe Putins Russland kritisiert und die von den seriösen deutschen Medien dabei unterstützt wird. Auf der Gegenseite steht das „Heer der deutschen Russlandverstehr“, das sich lautstark zu Wort meldet.

Die Riege der Russland-Apologeten in der deutschen Gesellschaft reicht von ganz links quer durch die Mitte bis weit nach rechts. Ganz oben auf der Liste steht natürlich Gerhard Schröder. Bei jeder Gelegenheit springt der deutsche Ex-Kanzler seinem „Freund Putin“ verbal zur Seite, offenbar als Dank dafür, dass er als Chef einer Gazprom-Tochter von Putins Gnaden seine Pension millionenschwer aufbessern kann. Sogar der greise Helmut Schmidt, ebenfalls ein früherer Kanzler, bezeichnete Putins aggressives Handeln [...] als „durchaus verständlich“ und nannte die westlichen Sanktionen gegen Russland als „dummes Zeug“. Von ganz links im politischen Spektrum wird Putin von der stellvertretenden Fraktionschefin der Linkspartei im Bundestag, Sahra Wagenknecht unterstützt. Auf der extrem anderen politischen Seite steht einer wie Alexander Gauland von der neuen EU-kritischen Rechtspartei Alternative für Deutschland (AfD), der „die Loslösung des heiligen Kiew, der Keimzelle Russlands von Moskau“ beklagt und Freundschaft der Deutschen mit Russland pflegen will. [...]

Die Ursache für das seltsam emotionale Verhältnis der Deutschen zu Russland ist offenbar eine Mischung aus Schuld und Angst. Selbst wenn Putin, wie jetzt in der Ukraine, zum Mittel der offenen Aggression greift, erschallt in Deutschland der Ruf, ihn bloß nicht durch unbedachte Sanktionen „noch mehr zu reizen“. [...]

Viel steht für Deutschland in der aktuellen Krise auf dem Spiel. Nach dem neuesten „Deutschlandtrend“ der ARD wünscht fast die Hälfte der Deutschen „eine mittlere Position Deutschlands zwischen Russland und dem Westen“. Nur eine knappe Mehrheit steht im Konflikt mit Russland fest an der Seite von NATO und EU.

Berlin

[74]

Aus der Debatte im Bundestag

——— **Andreas Schockenhoff, Abgeordneter der CDU/CSU:** Denn durch die völkerrechtswidrige russische Annexion der Krim ist die Lage in Europa grundlegend verändert worden. Europa ist unsicherer geworden. Unsere Nachbarn im Osten, insbesondere die baltischen Staaten, aber auch die Polen, fühlen sich existenziell bedroht. Nicht zuletzt befinden wir uns mit Russland in einem geostrategischen und systemischen Wettbewerb um die Ukraine. Das hat erhebliche Auswirkungen auf unsere Außen-, Sicherheits- und Europapolitik.

Karl-Georg Wellmann, Abgeordneter der CDU/CSU: Uns muss die Frage beschäftigen, welche Aufgabe Deutschland in der europäischen Politik zukommt. Jeder von uns hat mit Gesprächspartnern aus Polen oder dem Baltikum gesprochen, die mit hochgezogenen Augenbrauen fragen, was denn die deutsche Position ist und welche Rolle wir gegenüber Russland spielen. Wir sollten ganz klar sagen: Für uns ist die Einigkeit der Europäer das wichtigste Ziel. Es ist selbstverständlich [...], dass wir natürlich keine Sondergespräche – zwischen Deutschland und Russland – führen werden. [...] Alle fordern von uns Deutschen mehr Verantwortung. Was bedeutet das? Es bedeutet zunächst einmal, festzustellen, dass das Weimarer Dreieck das Morden auf dem Maidan beendet hat. Es bedeutet weiterhin, dass wir uns mit unseren polnischen und französischen Freunden in Fragen der europäischen Ostpolitik abstimmen müssen.

Ursula von der Leyen, Verteidigungsministerin: Es ist wichtig, dass die NATO-Mitglieder im Osten Sicherheit haben. [...] Deshalb sind die Sorgen der baltischen NATO-Mitglieder und des NATO-Mitglieds Polen, die aus historischer Erfahrung erwachsen, auch unsere Sorgen.

Berlin, 9. April 2014

[7]

Franz-Walter Steinmeier im Interview mit „Der Spiegel“

——— An eine militärische Eskalation zwischen West und Ost will ich nicht denken, aber eines ist klar: Wenn jetzt die falschen Entscheidungen getroffen werden, könnte jahrzehntelange Arbeit für Frieden und Sicherheit in Europa dahin sein. Das kann niemand ernsthaft wollen, der bei vollem Verstand ist. Denn den Preis würden wir in Europa bezahlen, und zwar alle, ausnahmslos.

Hamburg, 28. April 2014

[69]

Marek Krzakała, Abgeordneter der Bürgerplattform, in einer Rede im Sejm

——— Polen und Europa befinden sich heute in einer äußerst schwierigen Situation. Noch vor einigen Jahren sahen wir in der Finanz- und Wirtschaftskrise

die größte Gefahrenquelle. Heute ist es ganz anders. Es ist die Situation in der Ukraine, die ja ein Teil Europas ist, die die größte Herausforderung für Europa darstellt. Deshalb ist es notwendig, in Sachen Ukraine mit einer Stimme zu sprechen und eine einheitliche Politik gegenüber Russland zu betreiben. Um dies zu erreichen, reicht es nicht aus, dass die EU lediglich ein Binnenmarkt ist, der nur auf sich selbst ausgerichtet ist. Was wir heute brauchen, ist eine politisch starke EU, die in Krisensituationen wirksam handeln kann. Ein solches Beispiel wurde von den Außenministern des Weimarer Dreiecks gesetzt, die durch ihr Handeln weiteres Blutvergießen auf dem Maidan verhindert haben.

[...] Tatsache ist, dass in der EU Gefahren unterschiedlich wahrgenommen werden. Je weiter man sich von der Ostgrenze entfernt, desto weniger wird diese Bedrohung vielleicht so wahrgenommen wie in Polen. Es ist daher unsere Aufgabe, die übrigen Mitglieder der Europäischen Union davon zu überzeugen, ihre Nachbarschaftspolitik neu zu definieren und Solidarität mit denen zu zeigen, die in ihrer Freiheit bedroht sind. [...] Wir erwarten, dass [...] das vereinte Deutschland das Handeln der EU mutig anführt, aber auch Ruhe ausstrahlt und seinen östlichen Nachbarn ein Gefühl der Sicherheit gibt.

Warschau, 8. Mai 2014

[58]

Roman Kuzniar, Berater des Präsidenten der Republik

Polen für internationale Angelegenheiten, in der

Tageszeitung „Rzeczpospolita“

——— Aufgrund der spezifischen Haltung Berlins gegenüber Russland können wir in Fragen der regionalen Sicherheit nicht auf Deutschland zählen. Wir haben jedoch das Recht zu erwarten, dass es kein Hindernis für unsere Bemühungen um eine Stärkung der Ostflanke der NATO darstellt, die sowohl durch unsere historischen und geopolitischen Erfahrungen als auch durch die derzeitige Politik Russlands gerechtfertigt sind. Das verlangt die Geschichte von ihm.

Warschau, 26. August 2014

[32]

Daniel Passent, Publizist, in der Wochenschrift „Polityka“

——— Ich habe mir erstaunt die Augen gerieben. Selbst auf Deutschland können wir nicht mehr zählen? [...]

Deutschland ist schließlich kein zweitrangiger Staat. Bisher betrachteten wir es als Polens wichtigsten Partner in Europa, Bundeskanzlerin Merkel hat uns eine Reihe von Gesten entgegen gebracht, einmal mit 100 Millionen Euro*, ein anderes Mal mit der Unterstützung von Tusk bei der Wahl zum Präsidenten des Europäischen Rates**, Bundespräsident [Joachim] Gauck eröffnete eine Ausstellung über den [Warschauer] Aufstand in Berlin, wir erinnern uns an das Foto von Bundeskanzler Brandt, der vor dem Denkmal für die Helden

* Im Jahr 2005 verzichtete Angela Merkel bei der Debatte über den EU-Haushalt in Brüssel zugunsten der Regionalentwicklung in Polen auf 100 Millionen Euro.

** Donald Tusk, Premierminister der Republik Polen, wurde am 30. August 2014 auf dieser Position bestätigt.



Grabice–Kerkwitz, Neiße, 23. August 2014.
Protest an der deutsch-polnischen Grenze im Rahmen
der Aktion „Menschenkette STOPP dem Tagebau“
FOT. PATRICK PLEUL / PAP / DPA

des Warschauer Ghettos kniet, und Bundeskanzler Kohl in der Umarmung von Tadeusz Mazowiecki. Und nun wehrt sich Bundeskanzlerin Merkel im Namen guter Beziehungen zu Russland gegen eine stärkere Präsenz von NATO-Truppen in Polen. [...] Es wird ernst, das Gefühl der Sicherheit – ein wichtiger Bestandteil unserer Belle Époque nach 1989 – geht zu Ende, der polnische Albtraum, nämlich eine Verständigung Deutschlands mit Russland, wird wiederbelebt.

Warschau, 3. September 2014

[44]

Jaroslaw Sellin, Abgeordneter der PiS, in einer Rede im Sejm

—— Die polnische Sicherheit sollte sich also auf Deutschland stützen, doch heute, angesichts eines Kriegs zwischen zwei unserer Nachbarn, ist es Deutschland, das uns das Recht auf NATO-Militärstützpunkte auf unserem Territorium und einen Schutzschild gegen russische Raketen verweigert, während Russland bei seinen offiziellen Militärübungen einen Angriff auf Polen und den Abwurf einer Atombombe auf Warschau simuliert.

Warschau, 10. September 2014

[59]

Präsident Bronislaw Komorowski bei der ersten Rede des polnischen Staatsoberhauptes im Bundestag

—— Ich bewundere die Fähigkeit des neuen Deutschlands, die Geschichte zu verstehen und sich mutig mit dem geschichtlichen Drama auseinanderzusetzen, dessen Quelle die Politik Nazideutschlands war. Ich möchte, dass wir gemeinsam Lehren aus dieser Vergangenheit ziehen. Die Herausforderungen von heute und die Erfahrungen von gestern fordern von uns das, was vor 75 Jahren fehlte. Eine demokratische Gemeinschaft braucht Visionen, Strategien und Entschlossenheit bei der Verteidigung der internationalen Ordnung, der Souveränität der Staaten und der bürgerlichen Freiheiten.

Ich möchte – und ich bin mir sicher, dass wir alle hier in diesem Saal es möchten –, dass wir anlässlich der nächsten Jahrestage des Kriegsausbruchs mit tiefer Überzeugung mehr sagen können, als es die Gründerväter der EU taten. Wir möchten alle sagen können: „Europa ist nicht zustande gekommen, wir haben den Krieg gehabt. Doch dank Europa und dessen Institutionen haben wir keinen Krieg mehr auf dem gesamten freien Kontinent“. [...]

Wir wollen eine tiefere Integration. Wir wollen sie, deshalb steht vor der neuen europäischen Führung die riesige Aufgabe, diesen Zusammenhalt angesichts der sich abzeichnenden unvermeidbaren Differenzen in konkreten Integrationsbereichen aufrechtzuerhalten. Diese Verantwortung tragen weitgehend die größten EU-Staaten, die in den letzten Jahren manchmal Neigungen zum Unilateralismus zeigten und Aktivitäten entwickelten, die nicht ausreichend die Interessen der gesamten EU berücksichtigten. [...]

Endet die deutsch-polnische Verantwortung nicht an der Europäischen Union. Deutschland und Polen und alle anderen Staaten verbindet eine gemeinsame Verantwortung für die transatlantischen Beziehungen und das Nordatlantische Bündnis [...]. Es ist eine gute Nachricht, dass eine der Antworten auf den

Krieg in der Ukraine sein wird, die Ostflanke der NATO durch die ständige Präsenz von Streitkräften des Bündnisses und durch eine vorgeschobene logistische Infrastruktur in den Grenzstaaten zu stärken [...].

Die Zeiten der Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges sind nun vorbei. Wir müssen jene Herausforderungen ernst nehmen, die immer öfter den Charakter einer militärischen Aggression aufweisen.

Berlin, 10. September 2014

[50]

Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Rede im Bundestag

——— Denn das ist doch die epochale Leistung der europäischen Nationen: Versöhnung und darauf aufbauend die europäische Einigung. Trotz Schuldenkrise, trotz anderer ernstzunehmender Probleme dürfen wir nie vergessen, wie wertvoll, wie schützenswert das europäische Modell des Friedens, der Versöhnung und der Freiheit ist. Die Europäische Union ist zuallererst eine Wertegemeinschaft. Wir haben uns Regeln des Miteinanders gegeben, und wir gehen fair miteinander um – in Frieden und Freiheit und zum Nutzen jedes einzelnen Bürgers. Sie zu schützen und zu stärken ist, so glaube ich, jede Anstrengung wert.

Berlin, 10. September 2014

[8]

Aus einem Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung“

——— Der polnische Präsident hat den Deutschen erklärt, was Realpolitik ist: die kluge, langfristige und effektive Verteidigung der Menschenwürde. [...] Die Bestürzung eines Teils der deutschen Öffentlichkeit mag durch sein klares Bekenntnis zur NATO und zur Stärkung der Ostflanke des Bündnisses hervorgerufen worden sein. Die polnische Öffentlichkeit ist ebenso wie die deutsche nicht geneigt, militärisch zu intervenieren, aber sie verfolgt aufmerksam die Diskussionen in Deutschland und fragt sich, ob die Deutschen bereit wären, Polen zu unterstützen.

München

[28]

Nicole Gohlke, Abgeordnete der Partei Die Linke, bei n-tv

——— Es war eine Aufforderung [von Komorowski] zu einer Aufrüstungspolitik. Aus meiner Sicht ist diese Position in der aktuellen Situation grundlegend falsch.

Berlin

[28]

Tomasz Siemoniak, Verteidigungsminister, auf einer Konferenz über die deutsche Armee

——— Europa braucht mehr als je zuvor in den letzten Jahrzehnten eine starke Präsenz der USA, eine starke Beziehung zu den Vereinigten Staaten, auch im Hinblick auf eine militärische Präsenz. Ich bin davon überzeugt, dass der jahrzehntelange Frieden im westlichen Teil Europas mit der amerikanischen Präsenz zusammenhing. Sie war es, die für die Sicherheit der Westdeutschen, der Franzosen und anderer Nationen sorgte. Wir glauben, dass die Aufrechterhaltung

dieser Präsenz, die Aufrechterhaltung dieser engen militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von grundlegender Bedeutung für die Sicherheit Europas, Polens und Deutschlands ist, auch für die kommenden Jahrzehnte. [...]

Ein starkes demokratisches Europa braucht ein starkes Deutschland und ein starkes Polen. Stärke ist dabei nicht nur wirtschaftliche Macht, es sind nicht nur wirtschaftliche Beziehungen. Es geht nicht nur darum, dass wir glauben, dass unsere Werte richtig sind. Stärke ist auch die Fähigkeit zur Verteidigung, sie ist auch militärische Stärke; sie ist auch die Stärke der Bundeswehr und die Stärke der Polnischen Streitkräfte. Unserer Meinung nach sollten wir nie vergessen, dass dieser Teil Europas, der seit Jahrhunderten von Polen und Deutschen bewohnt wird, Schauplatz schwerer Kriege war, die aus verschiedenen Gründen ausgelöst wurden, aber immer unermessliches Leid über Millionen von Menschen gebracht haben. [...]

Wir in Polen haben Gerüchten über die Schwäche der Bundeswehr keinen Glauben geschenkt. Heute kann sich das auf dem Kontinent niemand mehr leisten. Denn das würde bedeuten, dass die Glaubwürdigkeit des Nordatlantikpakts und der Europäischen Union und somit auch das Sicherheitsgefühl vieler Staaten auf dem Kontinent, auch Polens, abgenommen hat. Wir wollen deshalb eine starke, aktive Bundeswehr, die sich aus der historischen Erfahrung heraus ihrer Mitverantwortung für die Sicherheit und die kollektive Verteidigung ihrer Verbündeten nicht entzieht.

Berlin, 29. Oktober 2014

[55]

**Alexander Neu, Abgeordneter der Linken,
in einer Rede im Bundestag**

Wir sehen uns derzeit einer wachsenden militärischen Gefährdung in Europa ausgesetzt [...]. Russland und der Westen gießen wechselseitig Öl ins Feuer [...]. Die Gefahr eines Flächenbrandes in Europa wächst derzeit, auch durch das Mittun von NATO-Staaten (*Beifall bei der Linken*). [...] Es mag für Polen und die baltischen Staaten beruhigend sein, wenn die NATO ihre Präsenz auf deren Territorien temporär – vielleicht auch nichttemporär – ausweitet. Aber mehr militärische Präsenz der NATO im Baltikum, in Polen oder auf dem östlichen Balkan stellt keinen realen Sicherheitszugewinn dar, im Gegenteil (*Beifall bei der Linken*). Russland seinerseits versteht genau das als eine weitere Provokation, auf die es reagieren müsse [...].

Die baltischen Staaten, Polen und andere osteuropäische Staaten müssen lernen und akzeptieren, dass europäische Sicherheit und ihre Sicherheit ohne oder gegen Russland nicht möglich sind (*Beifall bei der Linken*).

Berlin, 5. Februar 2015

[9]

Adam Krzemiński, Publizist, in „Polityka“

Sowohl Angela Merkel als auch Frank-Walter Steinmeier lassen sich nicht auf irgendwelche Machenschaften mit dem Aggressor ein, geschweige denn auf deutsche Vorteile einer Teilung der Ukraine. Beide wiederholen, dass

eine Annexion der Krim widerrechtlich ist. Und sie bestehen auf einer ukrainisch-russischen Vereinbarung [...], weil ein Krieg gegen Russland ihrer verständlichen Ansicht nach für die Ukraine nicht zu gewinnen ist.

[...] Frank-Walter Steinmeier bekräftigt, dass weder Berlin noch Brüssel im Konflikt um die Ukraine geopolitische Ziele verfolgen und kein strategisches „großes Spiel“ spielen. Es stimmt zwar, dass sich Deutschland seiner gewachsenen Rolle in Europa und darüber hinaus bewusst ist [...], aber Merkel versucht immer noch, nach außen und nach innen, an dem Slogan *seid nett zueinander* festzuhalten.

Warschau, 25. Februar 2015

[30]

**Arkadiusz Mularczyk, Abgeordneter der PiS,
in einer Rede im Sejm**

——— Trotz unseres großen Engagements und unserer Unterstützung für die Lösung der Ukraine-Krise, der Hilfe für die Flüchtlinge und der Hilfe für den ukrainischen Staat wurden wir von den Gesprächen über die Ukraine ferngehalten. Das ist eine Tatsache. Warum ist das passiert? [...] Vielleicht haben wir die Deutschen verärgert, oder vielleicht reizen wir Russland? [...] Ist es nicht gerade so, dass Frankreich und Deutschland die Ostpolitik dominieren, während diese uns am meisten betrifft und am meisten berührt? Heute treffen sich die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine erneut ohne Polen, um zu erörtern, wie der Streit in der Ukraine friedlich beigelegt werden kann, und die Frage der Krise und des Krieges in der Ukraine betrifft Polen direkt, nicht Deutschland oder Frankreich.

[...] Deutschland ist rechtlich und moralisch für die Auslösung des 2. Weltkriegs verantwortlich. Trotzdem hat es keine Reparationszahlungen an Polen für die Ermordung von vielen Millionen seiner Bürger und die Zerstörung und Verwüstung Polens geleistet. [...]

Bislang hat das Außenministerium die dominante Stellung Deutschlands bei der Gestaltung der künftigen Integrationspolitik eindeutig unterstützt, und Polen hat Bundeskanzlerin Angela Merkel in fast allen Fragen völlige Handlungsfreiheit gewährt. Es ist jedoch schwierig, echte polnische Interessen im Rahmen einer derart gestalteten Politik zu erkennen. In vielen Bereichen der bilateralen Beziehungen zu unseren westlichen Nachbarn stellen wir eher einen Widerspruch als eine Übereinstimmung von Interessen fest.

Warschau, 23. April 2015

[60]

**Janusz Szewczak, Wirtschaftswissenschaftler,
in einem Interview mit das Portal wPolityce.pl**

——— Heute gibt es keine Alternative mehr: Entweder wir nehmen ein Programm [des polnischen Präsidentschaftskandidaten] Andrzej Dudas, das die wirtschaftlichen Elemente enthält [...] an, oder wir geben unsere Zustimmung zum Status einer wirtschaftlichen Halbkolonie, die hauptsächlich deutsch ist, und noch mehr. Einer Halbkolonie, die ein hervorragender Lieferant für eine große Menge an Kapital ins Ausland ist, das heißt für einen Kapitaltransfer aus

Polen. Wir sind ein großer Absatzmarkt, aber nicht für polnische Produkte, sondern für deutsche und europäische Produkte im Allgemeinen, und natürlich für chinesische. Außerdem sind wir mitten in Europa ein sehr großes Lager für billige Arbeitskräfte und ein Reservoir an Arbeitnehmern der jungen Generation. Wir können heute sagen: „Sehr geehrter Herr Präsident Duda! Es gibt immer noch viel Geld in Polen, trotz der 25 Jahre, in denen dieses Land, sehr gut organisiert, ausgeraubt worden ist!“

Warschau, 18. Mai 2015

[71]

Konrad Schuller, Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, in einem Kommentar

Der Triumph des nationalkonservativen Andrzej Duda in der polnischen Präsidentschaftswahl* macht die Welt nicht einfacher für Deutschland und seine Kanzlerin. Polen ist unter den seit 2007 regierenden Liberalen für Berlin ein verlässlicher Partner gewesen. Seine Wirtschaftspolitik entsprach halbwegs nordeuropäischen Vorstellungen von Stabilität, das Sozialprodukt wuchs, und im Konflikt mit Russland stand Warschau an der Seite Deutschlands. Jetzt aber ist der Kandidat des europäischen Lagers, Bronislaw Komorowski, in der Präsidentschaftswahl eingebrochen. [...] Eins ist klar: Das Milieu, auf das Deutschland in Polen setzte, steckt in der Krise. [...]

Für die deutsche Regierung ist es einen Versuch wert, auf Duda zuzugehen. Gemeinsame Interessen gibt es genug. Schließlich blickt Warschau genauso unruhig nach Russland wie Berlin.

Warschau, 25. Mai 2015

[52]

Bundespräsident Joachim Gauck bei einem Treffen mit dem Präsidenten der Republik Polen, Andrzej Duda

Wir haben ein gemeinsames Interesse daran, unsere Zusammenarbeit zu stärken. [...] Manchmal mag es sein, dass die polnische Seite oder die baltischen Länder einen etwas anderen Schwerpunkt haben als die deutsche Regierung oder andere westliche Länder, aber wir werden keinen Zweifel daran lassen, dass wir unsere vertraglichen Verpflichtungen einhalten und unsere europäischen Werte verteidigen werden. [...] Wir haben natürlich auch über die Frage der Migranten gesprochen, die eine Herausforderung, eine Belastung für Europa ist, und wir würden uns freuen, wenn Europa eine noch stärker integrierte Flüchtlingspolitik beschließen könnte.

Berlin, 28. August 2015

[46]

Präsident Andrzej Duda in einer Antwort

Zuallererst möchte ich Ihnen, Herr Bundespräsident, für die Haltung danken, die Sie Polen und dem polnischen Volk über die Jahre hinweg entgegengebracht haben, nämlich eine Haltung des Verständnisses, eine Haltung des Strebens nach gemeinsamen Werten, eine Haltung der bestmöglichen

* Am 24. Mai 2015 besiegte Andrzej Duda Bronislaw Komorowski in der zweiten Runde.

Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen. [...] Das ist es, was das Potenzial nicht nur der nachbarschaftlichen Beziehungen, sondern auch [...] der inner-europäischen Beziehungen ausmacht, die in einem geeinten Europa so dringend benötigt werden.

Berlin, 28. August 2015

[46]

Christoph von Marschall, Journalist, im „Tagesspiegel“

——— Polen misst Solidarität heute daran, wo es Verständnis und Beistandszusagen gegen ein aggressives Russland findet. Deutschland misst Solidarität an der Flüchtlingsverteilung. Nur wenn beide die Solidarität üben, auf die der Partner hofft, wird das Vertrauen wieder wachsen.

Berlin, Ende August 2015

[36]

Lukasz Wójcik, Journalist, in „Polityka“

——— Die osteuropäischen Länder scheinen sich am meisten vor der Aussicht auf eine neue Völkerwanderung zu fürchten [...]. Der Widerstand Polens gegen ein Quotensystem für die Verteilung von Migranten in der EU würde Sinn machen, wenn er von einem Gegenvorschlag begleitet werden würde. Polen könnte z.B. erklären, dass es mehr Migranten aufnehmen wird als bisher offiziell vereinbart, und damit in Berlin und Paris Pluspunkte sammeln und gleichzeitig den Befürwortern einer angeordneten Verteilung das Argument aus der Hand nehmen. Aber es ist nun einmal Wahlkampf. Und in der polnischen politischen Elite ist die Position vorherrschend, die sich direkt aus Meinungsumfragen ergibt, dass nämlich die Zuwanderung ein Übel ist, gegen das man sich wehren muss. [...]

Es ist das erste Mal seit der Wende 1989, dass die polnische und die deutsche Position so deutlich voneinander abweichen. Die Presse jenseits der Oder ist voller Erstaunen über die Polen, die, nachdem sie selbst so oft die Gastfreundschaft anderer Menschen, einschließlich der Deutschen, ausgenutzt haben, nun behaupten, die Migranten seien nicht ihr Problem. Und es geht nicht darum, dass Warschau plötzlich seine Meinung über die Aufnahme von Migranten ändert, es geht zumindest um einen Kompromiss: Den Polen sind Sanktionen gegen Russland wichtig, die Deutschen unterstützen uns; Berlin versucht, die aktuelle Krise einzudämmen, Warschau versucht zumindest, hilfreich zu sein. Aber wie man sieht, geht das so nicht. Die Europäische Union ist nur dann gut, wenn sie polnischen Interessen dient.

Warschau, 9. September 2015

[81]

Gregor Gysi, Abgeordneter der Linken, in einer Rede im Bundestag

——— Sechs osteuropäische Länder erklärten, niemals mit Flüchtlingsquoten einverstanden zu sein: Tschechien, die Slowakei, Polen, Ungarn, Litauen und Lettland. [...] Wenn dann Länder, die kaum Flüchtlinge aufnehmen, nicht bereit sind, ihren Kostenanteil zu zahlen, müssen ihnen die Zuschüsse von der EU entsprechend gekürzt werden. Da muss man jetzt einmal mehr Mumm

zeigen, Frau Bundeskanzlerin (*Beifall bei der Linken*). Übrigens erklärt die polnische Regierung, dass Polen für muslimisch gläubige Flüchtlinge ungeeignet sei. [...] Ich kann nur sagen: Führen Sie mit denen [Mitgliedern der polnischen Regierung] mal eine scharfe und deutliche Auseinandersetzung.

Berlin, 9. September 2015

[10]

Beata Szydło, Abgeordnete der PiS, Kandidatin für das Premierministeramt, in einem Interview mit Radio Krakau

Deutschland versucht, Europa zu erpressen. Das [die Flüchtlingskrise] ist ihr Problem. Die Flüchtlinge wollen nach Deutschland gelangen. Dort können sie nach einem besseren Leben suchen. Deutschland versucht, uns zu erpressen und in die Ecke zu drängen. [...] Es kann nicht sein, dass es in der EU das Prinzip gibt, wir sollten etwas zustimmen oder man nimmt uns die Hilfe weg. Dies ist nicht die Richtung, in die die Lösungen gehen sollten. Deutschland als die am weitesten entwickelte Volkswirtschaft muss sich darüber im Klaren sein, dass unsere Hilfe viel geringer ist als seine. Das ist sein Hauptproblem. Es will sich selber vor der Verantwortung drücken. Nach Polen kommen schließlich Menschen aus der Ukraine. Dort herrscht Krieg. Die Menschen flüchten von dort und suchen hier ein besseres Leben. Wir stehen vor dieser Herausforderung. Wenn die Deutschen von Solidarität sprechen, stimme ich ihnen zu, aber die Solidarität muss in beide Richtungen gehen. Die Deutschen müssen auch unsere Probleme wahrnehmen.

Krakau, 9. September 2015

[73]

Aus einer Sejmdebatte

Jarosław Kaczyński: Eine wichtige Frage lautet: Hat die Regierung das Recht, unter fremdem Druck, unter Druck von außen und ohne die ausdrückliche Zustimmung des Volkes Entscheidungen zu treffen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit negative Auswirkungen auf unser Leben, auf unser alltägliches Leben, auf unser öffentliches Leben, auf unseren öffentlichen Raum, auf unsere eigentliche Freiheitssphäre und schließlich [...] auf unsere Sicherheit haben können? Ich möchte deutlich sagen, dass nach Ansicht von Recht und Gerechtigkeit die Regierung nicht das Recht hat, solche Entscheidungen zu treffen (*Beifall*).

[...] Es geht nicht darum, diese oder jene Anzahl von Ausländern zu akzeptieren, ganz gleich, um welche Art von Ausländern es sich handelt. Es geht darum, dass die ernste Gefahr besteht, dass ein Prozess in Gang gesetzt wird, der, kurz gesagt, in etwa so aussieht: Zuerst steigt die Zahl der Ausländer stark an, dann respektieren sie unsere Gesetze nicht, wollen sie nicht respektieren, erklären, dass sie unsere Gesetze, unsere Sitten nicht respektieren werden... (*Stimme aus dem Saal: Was sagen Sie da?*) ...und später, oder parallel dazu, setzen sie ihre Befindlichkeiten und ihre Ansprüche im öffentlichen Raum in verschiedenen Lebensbereichen durch, und zwar auf sehr aggressive und ungestüme Weise (*Abgeordnete Magdalena Kochan: Das stimmt nicht*).

Wenn jemand sagt, dass das nicht stimmt, dann schauen Sie sich in Europa um, schauen Sie sich zum Beispiel Schweden an. [...] Dort gibt es 54 Zonen, in denen die Scharia gilt, und es gibt keine staatliche Kontrolle [...]. Es gibt Bedenken, die schwedische Flagge an Schulen zu hissen, dort gibt es diese Gewohnheit, weil ein Kreuz auf dieser Flagge ist. Es stellt sich heraus, dass schwedische Mädchen, Schülerinnen, keine kurzen Kleider mehr tragen dürfen, weil das auch nicht gefällt (*Stimme aus dem Saal: Nein, stimmt nicht*), (*Stimme aus dem Saal: Was machst du da?*), (*Abgeordnete Magdalena Kochan: ekelhafte Lügen und Unterstellungen*). Was geschieht in Italien? Kirchen werden in Beschlag genommen, manchmal wie Toiletten behandelt. Was geschieht in Frankreich? Ständige Auseinandersetzungen, auch die Einführung der Scharia, Patrouillen zur Überwachung der Einhaltung der Scharia. Auch in London und im in dieser Hinsicht stärksten und härtesten Deutschland gibt es derartige Phänomene. Wollen Sie, dass dies auch in Polen geschieht, so dass wir nicht mehr Herr im eigenen Hause sind? Wollen Sie das? [...] Also ich möchte klar sagen: Die Polen wollen das nicht und Recht und Gerechtigkeit will das nicht (*Beifall*). **Patryk Jaki, Abgeordneter von Solidarisches Polen:** Warum soll Polen jetzt die Verantwortung tragen? Soll Frau Merkel die Suppe auslöffeln, die sie sich selbst eingebrockt hat. [...] Was werden diese Flüchtlinge, Wirtschaftsmigranten, antworten, wenn man sie fragt, ob sie in Polen sein wollen? Sie werden antworten, dass sie nicht nach Polen wollen, sondern nach Deutschland. Wir sind also mit folgendem Mechanismus konfrontiert: Wir sollen sie gegen ihren Willen festhalten, weil die Deutschen es so wollen (*Stimme aus dem Saal: Verschwinde*). Dem darf man nicht zustimmen! Sollen wir irgendwelche Gefängnisse für sie schaffen, sollen wir Menschen festhalten, weil der deutsche Staat es so will? Dem darf man nicht zustimmen!

Warschau, 16. September 2015

[61]

**Grzegorz Kostrzewa-Zorbas, Politologe, in einem
Kommentar für das Portal „Onet“**

—— Deutschland hat seinen Vorsprung als das Land mit dem größten Einfluss in der Welt ausgebaut. Das ist eine bemerkenswerte Leistung, denn mit dem Begriff „Deutschland“ verbindet man üblicherweise Auschwitz, Nationalsozialismus, Imperialismus und ähnliche Symbole. Inzwischen hat Deutschland ein besseres Image als Frankreich und Großbritannien und liegt weit vor den USA. [...]

Polnische Politiker und die Öffentlichkeit erwarten, dass Zehntausende von Muslimen kommen werden. Aber das ist ein Scheinproblem, denn sie behandeln Polen nur als Transitland, weil sie vor allem so schnell wie möglich nach Deutschland und Schweden gelangen wollen.

Warschau, 20. September 2015

[25]

Basil Kerski, Chefredakteur, im „Dialog“

—— Die Solidaritätswelle mit den Flüchtlingen [...] ist kein Ergebnis einer „naiven“ politischen Korrektheit. Genauso wenig ist sie das Ergebnis „eines schlechten

Gewissens aufgrund der deutschen Verbrechen während des Dritten Reichs“, wie es in Polen häufiger geschrieben wurde. Die Bereitschaft zur Hilfe ist eher auf Erfahrung mit Einwanderern zurückzuführen. Für die heutigen Deutschen sind Flüchtlinge, Migranten keine Phantome. Sie sind ihre Nachbarn, und das bereits seit Jahrzehnten. [...]

In Polen hingegen wird zurzeit eine absurde Debatte über die Gefahren der Migration geführt und insbesondere der Einwanderung von Muslimen. Der Ursprung dieser Ängste sind keine unmittelbaren Erfahrungen, da [...] das Land kaum direkte Kontakte mit dem Islam hat. [...] Die negativen Äußerungen polnischer Politiker über die Solidarität der europäischen Länder in der Frage der Migrationspolitik haben die Stellung Polens auf der internationalen Bühne geschwächt. Will Polen seine starke Position in Europa beibehalten, darf es sich vor einer aktiven Beteiligung an der EU-Flüchtlingspolitik nicht drücken.

Berlin

[24]

Adam Krzemiński in „Polityka“

— In unserem Wahlkampf ist das deutsche Schreckgespenst, dass Berlin eine Scharia-Hölle für uns vorbereitet, wieder zu sehen. In Deutschland herrscht Empörung, dass wir deutsche Soldaten an der Grenze mit Russland wollen, aber Solidarität in der Flüchtlingsfrage verweigern. Die Wahrheit ist, dass eine Harmonisierung des Asylrechts in Europa heute unrealistisch ist. Deutschland hat aufgrund seiner Vergangenheit das liberalste Asylrecht, aber die EU-Vorschriften machen es für fast alle Berechtigten praktisch unmöglich, legal [direkt] nach Deutschland einzureisen. [...]

Schuld an dem ganzen Schlamassel sind aber nicht so sehr nationale Egoisten, sondern die mangelhafte Struktur der EU. Die Abschaffung der Binnengrenzen in der EU ist nur bei dichten Außengrenzen möglich. In der Praxis sind sie jedoch offen, weil es nicht vorstellbar ist, auf Flüchtlinge zu schießen. [...] Koordinierte Schritte sind möglich: bessere Verteilung von Flüchtlingen in Deutschland und anderen Ländern sowie finanzielle Unterstützung für Flüchtlingslager in Jordanien, im Libanon und in der Türkei. Dies ist leider eine langfristige Perspektive, denn nach dem Irak ist es schwer vorstellbar, dass sich die Europäer militärisch im Krieg gegen die Islamisten engagieren. Wie dem auch sei, diese Krise beweist paradoxerweise auch, dass ein „Sonderweg“ Deutschland in die Irre führen würde, weil wir alle in der EU – einschließlich Polen – miteinander verbundene Gefäße sind und wir eine gemeinsame Politik entwickeln müssen, und zwar in den Bereichen Einwanderung, Finanzen, Energie und Sicherheit.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese drei Krisen der Jahre 2013–15 – Ukraine, Griechenland und Migration – im Nachhinein als ein Prozess der Vertiefung und nicht der Auflösung der EU betrachtet werden. Dennoch: Ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung gebühren den Deutschen von ihren Nachbarn gute Worte zu ihrer Silberhochzeit, nicht nur im Voraus für unseren weiteren „langen Weg nach Europa“, sondern auch für unsere gemeinsamen Leistungen der vergangenen 25 Jahre.

Warschau, 30. September 2015

[27]

**Dietmar Nietan, SPD-Abgeordneter, Vorstandsvorsitzender
der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband,
in einem Interview mit „Gazeta Wyborcza“**

—— Das ist jedoch normal, dass EU-Länder unterschiedlicher Meinung sind. Wir müssen miteinander reden. Die Deutschen müssen verstehen, dass Polen [...] das Problem anders sieht. Ihr müsst euch damit abfinden, dass die Aufteilung der Flüchtlinge in Europa eine Notwendigkeit ist. Von einem Diktat kann keine Rede sein, die Verteilung wird gerecht sein und die Situation von Ländern wie Polen berücksichtigen. Es kann nicht sein, dass eine Gruppe von Ländern Einwanderer kategorisch ablehnt.

Warschau, 9. Oktober 2015 [41]

Jarosław Kaczyński bei einem Treffen mit Wählern

—— Es gibt schließlich bereits Anzeichen für das Auftreten sehr gefährlicher Krankheiten [aufgrund des Flüchtlingszustroms], die in Europa seit langem nicht beobachtet wurden: Cholera auf den griechischen Inseln, Ruhr in Wien, verschiedene Arten von Parasiten, Protozoen, die in den Organismen dieser Menschen nicht gefährlich sind, hier aber gefährlich werden können. Das bedeutet nicht, jemanden zu diskriminieren... Aber überprüfen muss man das.

Maków Mazowiecki, 13. Oktober 2015 [21]

Konrad Schuller in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“

—— Die Interessen, für welche die kommende polnische Führung [...] [nach den Parlamentswahlen am 25. Oktober] kämpfen wird, sind mit den Zielen Berlins nur zum Teil vereinbar. Die polnischen Konservativen haben im Wahlkampf kostspielige Versprechen gemacht, die mit der deutschen Idee von europäischer Solidität in Konflikt geraten könnten. Die Verteidigung des heimischen Kohlebergbaus ist ihnen wichtiger [...], und so lehnen sie jede Klimapolitik ab, welche die schlesischen Kohlereviere belasten könnte. Das europäische Flüchtlingsdrama hat [Kandidatin für das Amt des Premierministers Beata] Szydło [...] als ein rein deutsches Problem beschrieben, und es steht in den Sternen, ob Polen unter der Führung der Konservativen tatsächlich jene paar tausend Flüchtlinge ins Land lassen wird, zu deren Aufnahme ihre Vorgängerin Ewa Kopacz sich verpflichtet hat.

Dennoch aber werden sich zwischen Berlin, Brüssel und Warschau Wege des Umgangs finden – erstens, weil selbst ein stärker national orientiertes Polen mit Deutschland und dem Rest der EU wichtige Interessen teilt; zweitens, weil Warschau in manchen Punkten vom guten Willen seiner Partner abhängig ist. Interessenkonvergenz gibt es in Bezug auf die Ukraine und Russland. Genau wie die Bundesregierung halten die polnischen Konservativen Einigkeit des Westens gegen Moskau für essenziell [...].

Das Land ist allerdings nicht mehr unterwegs zur Rolle eines europäischen Kernlands [...]. Um Berlin ist es noch einsamer geworden nach diesem polnischen Wahltag.

Frankfurt am Main, 26. Oktober 2015 [53]

Witold Waszczykowski, Kandidat für das Amt des polnischen Außenministers, in einem Interview mit „Rzeczpospolita“

—— [Radosław] Sikorski [Außenminister von 2007–14] spricht seit Jahren davon, dass uns eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland dem Entscheidungszentrum der EU näher bringen wird. Und was entscheiden wir jetzt? Wo stehen wir eigentlich, beispielsweise bei der Lösung des für uns so wichtigen russisch-ukrainischen Konflikts? Anstatt ein wichtiger Partner zu sein, sind wir zu einem Vasallenstaat geworden.

Warschau, 13. November 2015

[77]

Martin Schulz, SPD-Politiker und Präsident des Europäischen Parlaments, in einem Interview mit der ARD

—— Wenn Polen sagt, dass seine Wirtschaft europäische Gelder für die weitere Entwicklung braucht, dann fließen diese Gelder weiter nach Polen. Aber in so einer Situation kann man nicht plötzlich kommen und sagen, Flüchtlinge sind nur ein deutsches Problem und man hat damit nichts zu tun. Der Trotz der Polen oder der Ungarn, die behaupten, wir hätten es in diesem Fall nur mit einem deutschen Problem zu tun, bedeutet die Aufgabe des Solidaritätsprinzips in Europa. Das können wir nicht zulassen.

Berlin, 15. November 2015

[54]

Mariusz Blaszczak, Minister für innere Angelegenheiten und Verwaltung, in einer Äußerung im Fernsehsender TVN

—— Das ist ein weiteres Beispiel des deutschen Hochmuts. Das muss man so nennen. Wir sprechen in Warschau miteinander. Warschau wurde von den Deutschen zerstört. In [dem Stadtteil] Wola haben Funktionäre des deutschen Staates 50000 Menschen ermordet. Und was geschieht? Ich glaube nicht, dass Herr Martin Schulz eine solche Aussage über Israel gemacht hätte. Das zeigt auch unsere Position auf der internationalen Bühne. Es ist eine schwache Position. Und wenn man sich unsere wirtschaftlichen Beziehungen ansieht, sind wir Subunternehmer für die deutsche Wirtschaft. Mit billigen Arbeitskräften beteiligen wir uns am Wettbewerb. Und die Deutschen kommen in Polen hervorragend zurecht. Die Äußerung von Martin Schulz ist skandalös. Er hat sich von der Realität entfernt, auch der deutschen. In Deutschland gibt es wöchentlich Demonstrationen gegen die Politik von Frau Merkel, die muslimische Migranten nach Deutschland eingeladen hat.

Warschau, 17. November 2015

[54]

Premierministerin Beata Szydło in ihrer Regierungserklärung im Sejm

—— Was die Außenpolitik, die Verteidigungspolitik und die damit zusammenhängende Frage der Sicherheit des Landes betrifft, so werden wir uns von drei Prioritäten leiten lassen, wir werden drei Ziele verfolgen: erstens die Sicherheit im klassischen Sinne, weil ein bewaffneter Konflikt, auch wenn er heute eingefroren ist, an den Grenzen unseres Landes stattfindet; zweitens die wirtschaftliche

Sicherheit, vor allem im Energiebereich sowie im IT-Bereich; drittens und letztens die Erlangung eines angemessenen Status und einer angemessenen Position unseres Staates auf internationaler Ebene.

[...] Besondere Bedeutung messen wir in Sicherheitsfragen, aber auch in der Außenpolitik insgesamt, den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika bei, die heute und auf absehbare Zeit der wichtigste Garant des Weltfriedens sind und bleiben werden.

[...] Polen wird sich unter der Regierung von Recht und Gerechtigkeit, unter der Regierung der Vereinten Rechten (*Zjednoczona Prawica*) wie ein Subjekt verhalten (*Beifall*). Wir werden aktiv und durchsetzungsfähig sein. Wir werden uns Spaltungen Europas entgegenstellen, sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch außerhalb. Wir werden danach streben, dass nicht nur unsere Politik Subjektcharakter hat, sondern auch die Politik unserer Region, zu der wir gehören, im weitesten Sinne. [...]

Die Flüchtlingsfrage macht uns auch bewusst, dass die Frage der Solidarität deutlich gestellt werden muss. Sie muss darauf beruhen, dass miteinander geteilt wird, was gut ist, sowie auf der Bereitschaft, Hilfe zu leisten, wenn es zu außerordentlichen oder gefährlichen Situationen kommt, zum Beispiel zu großen Naturkatastrophen, terroristischen Bedrohungen oder gar militärischen Gefahren. Von Solidarität kann jedoch nicht die Rede sein, wenn es um Versuche, Probleme zu exportieren, geht.

Warschau, 18. November 2015

[62]

Jarosław Kaczyński in einer Sendung des Fernsehsenders TV Republika

——— Wir brauchen wirklich keine Hilfe aus Deutschland, wenn es um Demokratie geht. Da besteht immer noch die große, sehr große Frage der Regelung unserer gegenseitigen Beziehungen und all dessen, was die Deutschen uns schulden, und sie schulden uns sehr, sehr viel in jeder Dimension, von der moralischen bis zur wirtschaftlichen. [...] Ich kann nur eines sagen. Die Summe der Leiden auf polnischer Seite ist enorm, und ich wiederhole: In den 70 Jahren, die seit Kriegsende vergangen sind, sind diese Dinge nie geregelt worden, und im rechtlichen Sinne sind sie immer noch gültig. Denn [...] diese unsere Entschädigungsverzichtserklärung ist nie von der zuständigen Registrierungsstelle der Vereinten Nationen registriert worden, das heißt sie existiert rechtlich gesehen überhaupt nicht. Der Weg ist frei und in Deutschland sollte man auch daran denken.

Warschau, 11. Dezember 2015

[18]

Witold Waszczykowski, Außenminister, in einem Interview in der „Berliner Zeitung“

——— Polen ist 1999 der NATO beigetreten, aber bis heute sind keine Einheiten des Bündnisses auf polnischem oder mittelosteuropäischem Gebiet stationiert worden. Der Grund dafür ist, dass Deutschland sich mehr um die Interessen Russlands kümmert als um die Sicherheit Mittelosteuropas. Deshalb

sollten wir die Deutschen fragen: Wo bleibt eure Solidarität mit eurem nächsten Partner?

Berlin, 15. Dezember 2015

[76]

Thomas Oppermann, Abgeordneter der SPD, in einer Rede im Bundestag

——— In Polen lässt die neue rechtsnationale Regierung als erste Amtshandlung die Europafahne einziehen*. Die Partei der polnischen Regierungschefin [Beata Szydło] PiS bildet mit der AfD im Europäischen Parlament eine gemeinsame Fraktion und betreibt dort Fundamentalopposition gegen Europa. [...] Wenn wir das nicht stoppen, dann wird es ganz schnell duster in Europa.

Berlin, 16. Dezember 2015

[10]

Aus einem Kommentar in „Der Spiegel“

——— Günther Oettinger [Kommissar für Energie der Europäischen Kommission] legte nahe, Warschau „unter Aufsicht“ zu stellen – und schürte damit das in der regierenden Partei „Recht und Gerechtigkeit“ weitverbreitete Vorurteil, es handle sich bei allem, was aus Brüssel kommt, um ein Berliner Komplott.

Die Bundesregierung hält sich mit Rücksicht auf die belastete deutsch-polnische Geschichte mit öffentlicher Kritik bislang zurück. „Wir dürfen die derzeitige Diskussion nicht zu einem bilateralen Konflikt zwischen Deutschland und Polen werden lassen“, warnt der für Europa zuständige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth (SPD). „Wir werden uns nicht öffentlich gegen Warschau positionieren“, heißt es auch im Kanzleramt. [...]

Mitte Januar werden die Vorgänge in Polen auf die Tagesordnung des EU-Parlaments in Straßburg kommen. Herbert Reul, Chef der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament, hält es für wahrscheinlich, dass es dort zu einer scharfen Resolution kommt. „Wir brauchen Wirtschaftssanktionen, wenn politische Mittel des Dialogs nichts bewirken“, fordert Reul. [...]

Sollte sich die Regierung in Warschau aber mit Berlin zerstreiten, käme Polen in eine Lage, die historische Traumata wachrufen könnte – eingekeilt zwischen den Großmächten Deutschland und Russland, ignoriert in Berlin und offen angefeindet in Moskau. Deshalb bemühen sich PiS-Politiker derzeit allerorten zu betonen, wie wichtig der gute Draht nach Deutschland sei.

Hamburg, 9. Januar 2016

[38]

Martin Schulz in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“

——— Die polnische Regierung betrachtet den Wahlsieg als ein Mandat, das Wohl des Staates den Interessen der Siegerpartei unterzuordnen [...]. Das ist gelenkte Demokratie im Stil Putins, eine gefährliche Putinisierung der europäischen Politik.

Frankfurt am Main, 10. Januar 2016

[6]

* Die EU-Flagge verschwand Ende November 2015 aus dem Konferenzraum des Amtssitzes des Premierministers.

**Paweł Kukiz, Vorsitzender der Kukiz'15-Fraktion in Sejm,
auf Facebook**

—— Die Nazis haben meinen Großvater in Auschwitz ermordet, deshalb möchte ich nicht, dass ihre Enkelkinder mich über Demokratie belehren.

Warschau, 10. Januar 2016

[31]

Krystyna Pawłowicz, Abgeordnete der PiS, auf Facebook

—— DEUTSCHE! Bevor Ihr Polen mit Euren Wirtschaftssanktionen „zur Strafe“ dafür belegt, dass wir die Vertreter Eurer Interessen in UNSEREM Vaterland durch die Wahl verjagt haben, begleicht zuerst Eure historischen Rechnungen gegenüber Polen. Euer Tusk hat den polnischen Geist nicht erlöschen lassen. Eure Angriffe nützen nichts, sie EINEN uns NUR. BOYKOTTIEREN WIR, wo wir können, deutsche Waren und Banken! Verhängen wir wegen ihrer „Strafen“ selber Wirtschaftsstrafen gegen die Deutschen!

Warschau, 11. Januar 2016

[47]

Aus einer Sejmdebatte

—— **Ryszard Terlecki, Vizemarschall des Sejm:** Niemand in Europa, auch nicht in Deutschland, mehr noch, besonders nicht in Deutschland, sollte uns über Demokratie belehren (*Beifall*).

Marek Jakubiak, Abgeordneter der Kukiz'15-Fraktion: In seinen Beziehungen zu Polen geht es Deutschland überhaupt nicht um hehre Ideen, sondern nur um wirtschaftliche Interessen auf polnischem Gebiet und um die gigantischen Gewinne, die aus unserem Land abgezogen werden (*Beifall*), (*Stimme aus dem Saal: So ist es.*). Das muss man endlich so sagen. Man kann mit Sicherheit sagen, dass deutsche Interessen in praktisch allen Bereichen des Wirtschaftslebens in Polen vorhanden sind. [...] Wir sind eine Nation, die ihre Nachbarn und deren Geschichte respektiert. Dasselbe erwarten wir von ihnen. Wir wollen keine Einmischung in polnische Angelegenheiten, egal welche Absichten bestehen. Wir werden uns selbst um den Zustand unserer Demokratie kümmern und brauchen keine Bruderhilfe (*Beifall*), (*Stimme aus dem Saal: Bravo!*).

Warschau, 13. Januar 2016

[63]

**Radosław Sikorski, Mitglied des Sejm-
Verteidigungsausschusses, in „Polityka“**

—— Die PiS versteht intellektuell, dass eine Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland unseren Interessen schadet. Ausdruck dessen sind die aufeinanderfolgenden versöhnlichen Initiativen von Präsident Duda. Vom Temperament her ist [die PiS] hingegen nicht in der Lage, sich mit antideutschen Sprüchen zurückzuhalten [...]. Ich habe den Eindruck, dass einige Äußerungen keine abgestimmte Politik darstellen, sondern Versuche sind, sich bei Parteichef Kaczyński beliebt zu machen, der für seine antideutschen Phobien bekannt ist. [...] Bei allen natürlichen Interessenunterschieden verschafft uns die

Freundschaft mit Deutschland Zugang zum Entscheidungskern sowohl in der EU als auch im Nordatlantikpakt.

Warschau, 20. Januar 2016

[43]

Witold Waszczykowski in einer Regierungserklärung

——— Polen wird die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland fortsetzen [...]. Die deutsch-polnischen Kontakte werden noch besser sein, wenn sie von Aufrichtigkeit und Offenheit begleitet werden und nicht von einer gespielten, manchmal oberflächlichen Versöhnung (*Beifall*).

Warschau, 29. Januar 2016

[64]

Jarosław Kaczyński in einem Interview in der Wochenzeitung „wSieci“

——— Wir alle müssen die Frage beantworten: Sollen wir angesichts der Tatsache, dass wir uns an einer äußerst unbequemen Stelle in Europa befinden und keine Supermacht sind, den Status einer De-facto-Kolonie akzeptieren, dass wir ausgebeutet werden und kein Subjekt sind? Es gibt solche, die glauben, dass es so sein sollte, dass wir uns nur das leisten können. Ich für meinen Teil bin ein radikaler Gegner dieser Ansicht und weiß gleichzeitig, dass der Sprung in die Unabhängigkeit etwas kostet. [...]

Wir haben kein Interesse daran, dass Deutschland hier [in Europa] die dominierende Kraft ist. Natürlich ist dies ein starkes Land und es wäre gut, wenn wir sehr gute Beziehungen hätten, aber nicht wie ein Klient. Wir müssen unsere Interessen und unsere Souveränität verteidigen. [...]

Wir halten uns an die Regeln der Europäischen Union und der Nordatlantischen Allianz und werden dies auch weiterhin tun. Dennoch handelt es sich um Gemeinschaften souveräner und unabhängiger Staaten, und das muss respektiert werden. In Polen gibt es wirklich keine Probleme mit der Demokratie, sondern in Deutschland gibt es Probleme damit.

Warschau, 18. April 2016

[19]

Konrad Schuller in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“

——— Die Beziehungen zwischen Polen, Deutschland und Europa sind nicht die besten, seit die Nationalkonservativen die Macht übernommen haben, und die polnische Regierung tut alles, um die wachsende europäische Kritik an ihren Verstößen gegen das Verfassungsgericht und die Medienfreiheit als Verschwörung der ewigen deutschen Feinde darzustellen.

[...]

Eine Situation, in der sich möglichst viele Deutsche zu einer harschen Reaktion provozieren lassen, käme Kaczynski gelegen. Wenn die EU-Kommission weitere Schritte in dem von ihr eingeleiteten Verfahren gegen Polen vollziehen sollte, dann könnte er seinem Publikum sagen, dass dies alles das Ergebnis der Gemeinheit der Deutschen sei, die seit der Zeit des Deutschen Ordens nur ein Ziel verfolgten – Polen in eine „Kolonie“ zu verwandeln.

Warschau, 20. April 2016

[39]

Jarosław Kaczyński in einem Interview mit der Wochenzeitung „Do Rzeczy“

—— Ein Polen, das sich Deutschland unterordnet, in der internationalen Politik völlig seinen Subjektcharakter verloren hat und sich wirtschaftlich als Ressource für billige Arbeitskräfte ausbeuten lässt, ist ein ausgezeichnetes Geschäft für Deutschland und andere EU-Staaten. Wenn jemand an diesem Zustand etwas ändern möchte, wird er angegriffen.

Warschau, 30. Mai 2016

[17]

Anna Wolff-Powęska, Historikerin, Direktorin des Instytut Zachodni (Westinstitut), im „Dialog“

—— Was heute die regierende Klasse in Polen von der in Deutschland trennt, sind die Einschätzung der Realität und die Zukunftsvision. Beide Gesellschaften haben viel vollbracht, damit sich Polen und Deutsche nicht nur auf Schlachtfeldern und Friedhöfen begegnen. [...] Unsere Nachbarschaft mit Deutschland ist ein unverzichtbarer Teil Europas. Wir verkündeten sie bereits durch die Gemeinsamkeit der Interessen und Werte. Heute brauchen wir eine Gemeinsamkeit der Verantwortung, um diese Werte und Interessen zu verteidigen.

Posen

[80]

Frank-Walter Steinmeier im „Dialog“

—— Die deutsch-polnische Partnerschaft ist ein Geschenk, für das ich große Dankbarkeit empfinde. Sie ist zudem eine entscheidende Grundvoraussetzung für die Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen, denen wir in Europa gegenüberstehen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir diesen Herausforderungen nur dann begegnen können, wenn Deutschland und Polen gemeinsam und auf Augenhöhe Verantwortung übernehmen und die Zukunft Europas aktiv mitgestalten.

Natürlich bleiben auch jetzt immer wieder wechselseitige Zumutungen – oder was wir dafür halten. [...] Aber dies ist noch lange kein Grund, die Freundschaft aufzukündigen.

Berlin

[68]

Krzysztof Szczerski, Staatssekretär in der Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen, im Interview mit „Rzeczpospolita“

—— Als Nachbar [ist Deutschland für Polen] ein Schlüsselpartner, mehr noch – ein vorrangiger Partner. Aber gerade deshalb können wir von Deutschland Gegenseitigkeit hinsichtlich des Vorrangs erwarten. Das erfordert größere Sensibilität auf beiden Seiten.

Warschau, 10. Juni 2016

[70]

Bundespräsident Joachim Gauck im Interview mit „Polityka“

—— In den letzten 70 Jahren hat kein deutscher Politiker [...] irgendeine Form der Herrschaft über Polen angestrebt. Im Gegenteil: Wir wollen eine echte

Partnerschaft. [...] Es gibt immer noch Überbleibsel alter Stereotypen und Vorstellungen vom Nachbarn, aber diese sind viel weniger populär als früher [...]. Darüber hinaus werden diese nicht mehr so stark instrumentalisiert. Trotzdem macht es mich auch heute noch traurig, wenn man zu ihnen greift, und sei es nur aus Unkenntnis.

Warschau, 15. Juni 2016

[15]

Bartosz T. Wieliński, Journalist, in „Gazeta Wyborcza“

Die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau sind nicht gut. [...] Die Deutschen sind froh, dass die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft überhaupt stattfinden. [...] Bis vor einem Monat sah es so aus, als würde das Jubiläum ausfallen. Das polnische Außenministerium hatte Einwände. Das Amt des Premierministers war nicht in der Lage, einen Termin für die Konsultationen zu finden. [...] Als der Besuch von Duda im Juni vorbereitet wurde, war das Kanzleramt wenig erbaut über ein Treffen zwischen der Kanzlerin und dem polnischen Präsidenten. Denn dem Protokoll nach ist der Partner von Andrzej Duda Bundespräsident Gauck. Warschau machte Druck, die Deutschen gaben nach [...]. Das Kanzleramt wollte auch nicht, dass der Präsident und die Bundeskanzlerin Erklärungen gegenüber der Presse abgeben: Warschau machte Druck... Es wird Erklärungen geben.

„Das Letzte, was wir wollen, ist ein offener Konflikt mit Polen. Es gibt in Europa wichtigere Probleme. In solchen Dingen lohnt es sich nachzugeben“, sagen meine Gesprächspartner. Daher wird es auch keine öffentliche Kritik an der Stilllegung des Verfassungsgerichts durch die PiS geben. Deutsche Politiker äußern die Hoffnung, dass Polen und die Europäische Kommission alle Missverständnisse im Dialog klären werden. In diesem Streit spielt Bundeskanzlerin Merkel die Rolle der guten Tante, die nicht auf die Eskapaden eines widerspenstigen Kindes reagiert.

Warschau, 17. Juni 2016

[78]

Tomasz F. Krawczyk, Experte für europäische Angelegenheiten, in der Tageszeitung „Gazeta Prawna“

Polen und Deutschland sind immer noch keine gleichberechtigten Partner, aber seit einigen Jahren wird der Subjektcharakter Polens von Deutschland geachtet. Dies ist nicht nur auf die wachsende Stärke der polnischen Wirtschaft und des Finanzsektors zurückzuführen, sondern auch auf die Veränderungen in der Eurozone und in der Europäischen Union selbst; Berlin braucht heute einen starken Partner in Warschau. [...] Es gibt nur sehr wenige deutsche Politiker, die wie Merkel Polen nicht unter zivilisatorischen Gesichtspunkten betrachten, sondern als Subjekt behandeln. Merkel schlüpft nicht in die Rolle eines alten Aufpassers mit einer zivilisatorischen Mission jenseits der Ostgrenze, was natürlich nicht bedeutet, dass sie nicht die Interessen Deutschlands verteidigt.

Warschau, 22. Juni 2016

[26]

Dietmar Nietan in einer Rede im Bundestag

— Macht es vielleicht Sinn, auch heute noch einmal nach Danzig zu schauen, zu dieser Stadt, in der so vieles anfang. Direkt an der Lenin-Werft steht heute das Europäische Zentrum der Solidarność. Und ebenfalls in Danzig entsteht gerade ein großartiges Museum zur Geschichte des 2. Weltkrieges. Beide Einrichtungen sorgen dafür, dass die Geschichte der Freiheit und des Kampfes um Freiheit in Europa eben nicht vergessen wird. Sie sorgen weiterhin dafür, dass wir diese Geschichte im Rahmen einer Multiperspektivität in einem europäischen Kontext betrachten können, um durch ein gemeinsames Lernen und Handeln aus der Geschichte heraus zu einem gemeinsamen Europa zu kommen.

Das ist ein völlig anderer Ansatz als das engstirnige und ausgrenzende nationalistische Pathos, das gerade diejenigen in Polen vorbringen, denen diese beiden Einrichtungen in Danzig ein Dorn im Auge sind (*Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU*). Deshalb macht es, finde ich, auch Sinn, heute zu unterstreichen, dass genau solche Einrichtungen in der großen polnischen Tradition der Freiheitsliebe stehen. Das trifft leider nicht auf das zu, was wir von der derzeitigen polnischen Regierung sehen müssen. [...]

In diesem Sinne möchte ich zum Schluss meinen polnischen Freunden zuzurufen: Lasst uns wieder gemeinsam kämpfen für eure und unsere Freiheit in einem gemeinsamen, freien und solidarischen Europa!

Berlin, 23. Juni 2016

[12]

Jarosław Kaczyński im Interview mit der Tageszeitung „Bild“

— Polen ist ein souveräner Staat. Und wir wollen die gleichen Rechte wie alle anderen EU-Länder. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. [...] Wir Polen sind und bleiben überzeugte Europäer. Europa, das ist für uns eine Gemeinschaft der Vielfalt von Nationen. Kein Einheitsbrei. In der Vielfalt unserer Kulturen liegt Europas größter Schatz. Diesen Schatz müssen wir bewahren. Und jeder Eingriff der Politik, der diese Vielfalt schmälert, macht Europa ärmer. [...]

In der Geschichte haben wir Beispiele, wo eine sanfte Dominanz einzelner Staaten funktionierte. Etwa die USA, die nach dem 2. Weltkrieg das westliche Bündnis dominierten – mit einer gigantischen Armee, einer riesigen Bevölkerung und einer weltweit überlegenen Wirtschaftskraft. Für Deutschland stellt sich die Rolle heute anders dar: Zwar sind die Deutschen wirtschaftlich und politisch heute die stärkste Kraft in Europa. Doch ihre Überlegenheit reicht nicht heran an die damalige und gegenwärtige Überlegenheit der Amerikaner. Denn Deutschlands Potential macht etwa 20 Prozent der gesamten EU-Wirtschaftskraft aus, Großbritannien miteingerechnet. Die deutsche Armee ist keineswegs stark genug, um die Sicherheit an den beiden gefährdeten Flanken der EU – im Osten und im Süden – zu gewährleisten. Und so bleibt Deutschland nur der Weg der Partnerschaft mit seinen Nachbarn und anderen EU-Mitgliedstaaten. An diese Rolle sollte sich Deutschland halten.

Berlin, 27. Juli 2016

[14]

Piotr Buras, Politologe, in „Polityka“

— Die Stimmung in deutschen politischen Kreisen in Bezug auf Warschau wird immer schlechter. Die Deutschen wissen nicht, welche Linie die polnische Regierung in Europafragen verfolgt und ob die gelegentlichen konstruktiven Signale nicht gleich wieder durch weitere antieuropäische oder antideutsche Eskapaden polnischer Politiker zunichte gemacht werden. Berliner Insider, die Polen freundlich gesinnt sind, sind besorgt, dass die gegenseitige Frustration und Entmutigung auf beiden Seiten der Oder zunimmt, was langfristige Folgen für die Zusammenarbeit der beiden Länder haben könnte.

Warschau, 31. August 2016

[4]

Sylwester Chruszcz, Kukiz'15-Abgeordneter, in einer Rede im Sejm

— Polen [...] wird von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und anderen EU-Politikern in die Ecke gedrängt, indem sie uns drohen, den Fördermittelhahn zuzudrehen. [...] Deshalb schlagen wir vor, die polnische Seite möge daran erinnern, dass wir ein souveräner Staat sind, der in Fragen, die für uns grundlegend sind, selbst entscheidet. Erinnern wir daran, so laut wie möglich! Deutschland ist der Nutznießer der Einbindung Polens in die Strukturen der Europäischen Union! Es ist Deutschland, das Polen Milliarden schuldet, weil es keine Kriegsreparationen gezahlt hat.

Warschau, 20. Oktober 2016

[65]

Aus der Meinungsumfrage *Barometer****Polen–Deutschland 2016***

— Die beiden Gesellschaften sehen die unterschiedlichen Ansätze Polens und Deutschlands zur Lösung der Flüchtlingskrise als derzeit wichtigstes Problem in ihren Beziehungen an. [...] Polen meinen seltener als Deutsche, dass die zunehmende antieuropäische Haltung der polnischen Regierung ein Problem für die Beziehungen darstellt [...]. Sowohl Polen als auch Deutsche erachten die Unterschiede in der Politik gegenüber Russland oder den Bau der Nord Stream-Gaspipeline als wesentliche Probleme.

Warschau

[33]

Jarosław Kaczyński in einem Interview mit „wSieci“

— Die deutsch-polnischen Beziehungen haben zwei Ebenen. Wenn es um die direkten Beziehungen zwischen Politikern geht, kann man Frau Merkel nichts vorwerfen. Hier haben wir ein gutes Niveau. Und es gibt eine Realitätsebene, und hier ändert sich nichts. In allen wichtigen Fragen betreibt Deutschland eine gegen unsere Interessen gerichtete Politik. Das reicht von der Geschichtspolitik bis hin zur Energiewirtschaft.

Warschau, 20. März 2017

[22]

Wojciech Cejrowski, Journalist, in einem Interview mit der ARD

—— Bitte geben Sie erst das zurück, was Sie gestohlen haben*, dann können wir über einen Neubeginn sprechen. [...] Eine Rückgabe ist erforderlich. Und dann können Sie davon sprechen, dass wir mit der Zeit dieses Mistkerls Hitler abgeschlossen haben. [...]

Jeder Streit kann gelöst werden, man muss nur daran denken, dass Deutschland seit tausend Jahren der Feind Polens ist. Sie [Deutsche] haben zum Beispiel Interessen in Schlesien und Schlesien ist für Deutsche ein umstrittenes Gebiet, ob es deutsch ist oder polnisch ist. Dort gibt es Leute, die Deutsch sprechen und einen Anschluss an Deutschland wollen [...]. Ich [...] hingegen würde Stettin (Szczecin) Deutschland überlassen, denn Stettin ist keine polnische Stadt. Wenn Sie über den Friedhof in Stettin gehen, sind dort nur deutsche Gräber. Eine Million deutscher Gräber. Stettin muss man den Deutschen zurückgeben. Aber Sie zahlen eine Kontribution an Polen für den 2. Weltkrieg. [...] Sie [ARD-Journalist] repräsentieren den Feind, nämlich Deutschland.

Warschau, 19. Mai 2017

[79]

Jarosław Kaczyński während eines Parteitags der Vereinten Rechten

—— Historisch gesehen ist es wichtig, sich daran zu erinnern, und auch unsere Kritiker im Westen sollten daran denken, dass Polen das erste Land war, das sich dem deutschen Hitlerismus militärisch entgegenstellte [...]. Es stellt sich die Frage, ob wir eine Entschädigung für diese gigantischen Schäden erhalten haben, die wir bis heute nicht wirklich wettgemacht haben. Der Verlust an Menschen, an der Elite, ist praktisch unwiederbringlich, denn es dauert fünf oder sieben Generationen, um ihn wieder auszugleichen. [...]

Polen hat auf diese Entschädigungen nie verzichtet.

Przysucha, 1. Juli 2017

[23]

Antoni Macierewicz, Verteidigungsminister, in einer Äußerung im Fernsehsender TVP „Info“

—— Es stimmt nicht, dass der polnische Staat auf die uns von Deutschland geschuldeten Reparationen verzichtet hat. Das war eine sowjetische Kolonie, Volksrepublik Polen genannt, die auf den Teil der Reparationen verzichtet hat, der mit dem Gebiet der ebenfalls als Marionettenstaat dienenden sowjetischen DDR verbunden war. In dieser Hinsicht hat ein Verzicht stattgefunden, der übrigens nie formell und rechtlich vollzogen wurde, sondern den Charakter eines gewissen publizistisch-politischen Aktes hatte. [...] Das Einzige, was die Deutschen in dieser Angelegenheit tun können, ist zu versuchen, Wiedergutmachung zu leisten und die schreckliche Schuld, die sie mit ihrem Verhalten gegenüber dem polnischen Volk und der Menschheit auf sich geladen haben, zu begleichen, und das ist das Einzige, was sie tun können.

Warschau, 1. August 2017

[35]

* Die Rede ist von Kunstwerken, die von Deutschen während des Kriegs in Polen geraubt worden sind.



Warschau, 2. August 2017. Qualifikationsspiel der Champions League Legia Warszawa – FK Astana. Legia-Fans haben ein Transparent mit folgender Aufschrift auf Englisch aufgehängt: „Während des Warschauer Aufstands haben die Deutschen 160000 Personen ermordet. Tausende von ihnen waren Kinder“, außerdem das Bild eines Jungen in polnischer Uniform, dem ein deutscher Soldat eine Pistole an die Schläfe hält

FOT. ADAM LITWINIUK / FORUM

Dietmar Nietan in einem Interview mit „Gazeta Wyborcza“

——— Man sollte doch mal überlegen, wer davon profitiert, wenn Polen und Deutschland, große EU-Länder, in einen langen Gerichtsstreit über Entschädigungen verwickelt werden. [...] Selbst wenn wir zu einer Einigung kommen, werden wir später darüber streiten, ob der gezahlte Betrag ausreichend gewesen war oder nicht. In Deutschland könnten Stimmen laut werden, die sagen, da wir die Polen bezahlt haben, sollten wir nicht so viel in den EU-Haushalt einzahlen, um Strukturinvestitionen zu unterstützen. Das Thema könnte schnell über den deutsch-polnischen Rahmen hinausreichen. Das wird die Europäische Union untergraben.

Warschau, 11. August 2017

[41]

Premierministerin Beata Szydło während einer Pressekonferenz

——— Wir sind Opfer des 2. Weltkriegs, das Unrecht wurde in keiner Weise wiedergutmacht, im Gegenteil [...]. Heute von Reparationen zu sprechen, bedeutet eben Gerechtigkeit und das zu verlangen, was Polen zusteht.

Warschau, 24. August 2017

[72]

Aus einem Kommentar in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“

——— Es wird immer wieder Versuche geben, aus den Verbrechen der Geschichte politisches Kapital zu schlagen. [...] Wie können wir uns mehr als 70 Jahre nach Kriegsende gegenseitig unterstützen, wenn ständig jemand mit großen Rechnungen wedelt?

Frankfurt am Main, 1. September 2017

[29]

Aus einem Appell der für Kontakte mit der Deutschen Bischofskonferenz zuständigen Gruppe der Polnischen Bischofskonferenz

——— Versöhnung ist ein Wort, das seit über einem Vierteljahrhundert die deutsch-polnischen Beziehungen definiert. Diese immens wichtige Errungenschaft wird dank der Bemühungen von Politikern und unzähligen Menschen guten Willens auf beiden Seiten gepflegt. Wir sind uns jedoch bewusst, dass das Erreichte durch unüberlegte Entscheidungen und selbst zu voreilig ausgesprochene Worte leicht wieder zunichte gemacht werden kann. [...] Das über Jahre hinweg angesammelte Kapital in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Gesellschaften, Völkern und Staaten darf nicht vergeudet und verspielt werden. Das Kapital der Versöhnung und gesellschaftlicher Bindung muss geschützt, gestärkt und vermehrt werden – zum Wohle unserer Heimatländer, die eine Mission zu erfüllen haben: Zeugnis der Versöhnung gegenüber all den Unversöhnten in Europa und der Welt abzugeben. Deshalb ist es überaus wichtig, wie ungeklärte Fragen in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten gehandhabt werden. Diese sind im Rahmen der umsichtigen Diplomatie zu klären, um das mit Mühe aufgebaute Vertrauen zu

wahren und nicht durch das Schüren negativer Gefühle in der Gesellschaft auf einer der beiden Seiten zu zerstören.

Warschau, 8. September 2017

[1]

Gregor Schöllgen, Historiker, in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“

——— Wer heute gegenüber Deutschland polnische Reparationsforderungen erhebt, muss wissen, dass er mit dem Feuer spielen könnte [...]. Wer nämlich die Reparationsfrage zum Thema macht, thematisiert zwangsläufig auch die polnische Westgrenze; wer die polnische Westgrenze thematisiert, macht zwangsläufig auch die polnische Ostgrenze zum Thema [...]. Wer heute den komplexen Status quo in diesem Raum an einem Punkt in Frage stellt [...], findet sich unversehens im Zeitalter der Weltkriege wieder. Wer kann das wollen?

Frankfurt am Main, 10. September 2017

[51]

Aus einem Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung“

——— Es scheint, dass Kaczynski keinen Plan hat und schon gar keine Partner. Daher diese bizarre Politik, die mit der EU-Realität wenig zu tun hat. In Wirklichkeit geht es ihm nur noch um Polen. Kaczyński wird es nicht gelingen, Europa zu polonisieren. Ein Grund mehr für ihn, Polen zu enteuropäisieren.

München

[29]

Jaroslav Kaczyński in einem Interview mit der Wochenschrift „Gazeta Polska“

——— Die Frage der Reparationen zu thematisieren, ihr Gehör zu verschaffen, ist ein hervorragendes Mittel, um die Welt darüber zu informieren, wie der 2. Weltkrieg ausgesehen hat, was die Deutschen in Polen getan und wie sie gehandelt haben. Wer das Opfer war und wer der Henker.

Warschau, 4. Oktober 2017

[20]

Joachim Trenkner im „Dialog“

——— Seit die national-konservative PiS mit absoluter Mehrheit regiert, hat sich das Verhältnis zwischen Berlin und Warschau wieder deutlich abgekühlt. Schuld daran sind nicht allein die neuerlich erhobenen polnischen Reparationsforderungen gegenüber Deutschland, sondern vor allem der rapide Abbau von in der EU geltenden demokratischen Werten durch die PiS-Regierung. Die Bundeskanzlerin hatte sich zu dieser Entwicklung bisher diplomatische Zurückhaltung auferlegt, weil sie offenbar vermutet, offene und harsche Kritik aus Berlin könnte in Warschau eher Trotzreaktionen zur Folge haben.

Berlin

[75]

Antoni Macierewicz in einem Interview in „wSieci“

——— Die [deutschen] Angriffe auf Polen, die darauf abzielen, eine Regierung zu stürzen, die ein starkes Land aufbaut, sind inakzeptabel. Auf diese extreme Verantwortungslosigkeit musste eine angemessene Antwort folgen. Wir haben

vielleicht jahrelang geschwiegen über das, was uns rechtmäßig zusteht, aber es gibt keinen Grund für uns zu schweigen, wenn unsere Partner die grundlegenden Bedingungen für Loyalität nicht einhalten. Mit ihrem Angriff auf die polnische Regierung hat die deutsche Presse einen Kardinalfehler begangen. Wenn sie strategisch denken würden, müsste ihnen eine starke Republik Polen wichtig sein. [...] Es ist kein Zufall, dass wir es waren, die 1920 Europa gegen die bolschewistische Invasion verteidigt haben.

Warschau, 9. Oktober 2017

[34]

Ursula von der Leyen in einem Interview mit dem ZDF

—— Wir müssen diesen gesunden demokratischen Widerstand der jungen Generation in Polen unterstützen. [...] Unsere Aufgabe ist es, den Diskurs lebendig zu halten, mit Polen und mit Ungarn zu streiten. Deshalb denke ich, wir sollten nicht nur in kleinen Gruppen vorgehen, sondern immer wieder versuchen, ganz Europa mitzuziehen. Man muss sich bewusst machen [...], wie viel in Polen, das mit der Solidarność eine Vorreiterrolle gespielt hat, erreicht worden ist. Ich möchte dafür werben, dass wir nicht zu schnell [gegenüber den EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa] aufgeben.

Berlin, 2. November 2017

[37]

Witold Waszczykowski in einer Äußerung für das Portal wPolityce.pl

—— Dies ist eine der ersten derart nachdrücklichen Erklärungen, von der ich nicht weiß, ob sie eine Ankündigung oder ein Eingeständnis der Einmischung der deutschen Seite in das politische Leben in Polen darstellt. In den letzten zwei Jahren haben wir von deutschen Politikern gehört, dass sie neutral bleiben und dass das, was in den dortigen Medien geschieht, eine unabhängige Veröffentlichung ist, auf die die deutschen Behörden keinen Einfluss haben. [...] Wir hoffen, dass dies einfach ein sprachlicher Lapsus ist, der Politikern passieren kann. Wir bieten die Chance, diese Worte zurückzunehmen, ohne dass es zu einem diplomatischen Zwischenfall kommt.

Warschau, 3. November 2017

[37]

Aus einem Aufruf an den Bundestag, ein Denkmal zum Gedenken an die polnischen Opfer der deutschen Besatzung im 2. Weltkrieg zu errichten*

—— Er war von massiven Kriegsverbrechen begleitet, Massenerschießungen von Kriegsgefangenen und Zivilisten, gezielte Ermordung Zehntausender der polnischen Eliten durch Einsatzkommandos der Polizei und SS, Zerstörung

* Autoren waren der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung Florian Mausbach, die ehemaligen Bundestagspräsidenten Rita Süßmuth (CDU) und Wolfgang Thierse (SPD), der Direktor des Dokumentationszentrums Topographie des Terrors Andreas Nachama, der Direktor des Deutschen Polen-Instituts Dieter Bingen sowie weitere Historiker, darunter Professor Timothy Garton Ash, Prof. Klaus Bachmann, Prof. Gesine Schwan und Prof. Stefan Troebst.

Hunderter polnischer Städte und Dörfer durch die deutsche Wehrmacht. Millionen polnischer Frauen und Männer wurden zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich verschleppt. In deutschen Vernichtungslagern auf polnischem Boden wurden Millionen Juden ermordet, davon drei Millionen polnische Staatsbürger. Weitere drei Millionen nichtjüdischer Polen wurden ebenfalls Opfer deutscher Verbrechen.

Berlin, 15. November 2017

[2]

Claus Offe, Soziologe, im Interview mit „Polityka“

——— Geschichte ist Geschichte und Recht ist Recht. Die Deutschen sind sich dessen bewusst, was sie in Polen getan haben, aber sie sind sich auch der rechtlichen Vereinbarungen bewusst. Rechtlich gesehen ist das Problem der Reparationen gelöst und ein für alle Mal erledigt. Die Chancen der polnischen Regierung, Reparationen zu erstreiten, sind, gelinde gesagt, sehr gering. [...] Die Ansprüche Polens gelten als befriedigt.

Warschau, 29. November 2017

[42]

Aus einer Sejmdebatte

——— **Jacek Czaputowicz, Außenminister:** Deutschland ist unser wichtigster politischer und wirtschaftlicher Partner in der Europäischen Union und auch ein wichtiger Verbündeter in der NATO. [...] (*Stimme aus dem Saal: Wirklich?*). Wir begrüßen die Anerkennung der besonderen Bedeutung der deutsch-polnischen Partnerschaft im Programm der neuen Regierung*. [...] Wir erklären unsererseits den Willen, diese Partnerschaft mit konkreten Inhalten zu füllen. [...] Uns ist daran gelegen, an der Lösung der Fragen zu arbeiten, bei denen unsere Positionen auseinandergehen. Wir sind der Meinung, dass das Projekt Nord Stream 2 eine Gefahr für die Energiesicherheit der ganzen Region sowie auch für den gemeinsamen Energiemarkt der EU darstellt. Wir werden auch über die Notwendigkeit sprechen, die Polen für die während des 2. Weltkriegs erlittenen Verluste zu entschädigen. Wir werden nach rechtlichen, politischen und finanziellen Möglichkeiten einer angemessenen Wiedergutmachung für erlittenes Leid suchen.

Katarzyna Lubnauer, Abgeordnete der Partei Nowoczesna (Moderne): Am Tag nach Angela Merkels Abreise schrecken Sie Deutschland mit Reparationen. Dort sind übrigens diese Worte nicht gefallen, hier schrecken Sie mit Reparationen. Dies ist ein typisches Beispiel dafür, wie Sie Außenpolitik betreiben, nämlich fürs inländische Publikum. Sie machen keine Außenpolitik, um eine sicherheitspolitische Position, eine Bündnisposition für Polen aufzubauen, Sie betreiben sie, um mit inneren Angelegenheiten zu spielen.

Ryszard Galla, Abgeordneter der Deutschen Minderheit: Deutschland will weiterhin sehr offen gegenüber Polen sein [...]. Gute Beziehungen zu Polen sind trotz vieler Streitfragen zwischen Polen und der EU für Deutschland ein

* Die Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD wurde am 14. März 2018 mit Angela Merkel an der Spitze gebildet.



Felder bei Grunwald, 13. Juli 2018. Als deutscher Panzer aus dem 2. Weltkrieg und als Deutschordensritter verkleidete Personen während der Vorbereitungen auf eine Nachstellung der historischen Schlacht von Grunwald/Tannenberg am 15. Juli 1410 zwischen dem Deutschen Orden, der von westeuropäischen Rittern unterstützt wurde, und den siegreichen polnischen und litauischen Truppen

FOT. MICHAŁ FLUDRA / NURPHOTO / GETTY IMAGES

großer Vorteil [...]. Glücklicherweise ist es nicht möglich, diese wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bindungen zu zerstören, auch nicht durch eine zwei Jahre andauernde schlechte und unvernünftige Außenpolitik. Deutschland streckt die Hand aus, was eine Chance ist, den Imageschaden, den unser Land in letzter Zeit erlitten hat, zu reparieren. Diese Chance nicht zu nutzen, wäre im Hinblick auf die polnischen Interessen, von denen die polnische Regierung so oft spricht, unvernünftig. Wir sollten uns darüber freuen, dass die Außenpolitik gegenüber Polen für die Regierung von Angela Merkel einen so hohen Stellenwert hat. Wir benötigen ihn dringend, denn wir sind auf die Hilfe Deutschlands angewiesen, damit sich unser Land weiterhin schnell entwickeln kann.

Szymon Szynkowski vel Sęk, Abgeordneter der PiS: Diese Beziehungen haben sich verändert. Es handelt sich nicht mehr um eine Schüler-Meister-Beziehung, sondern um eine partnerschaftliche Beziehung. Das sind Beziehungen, die [nicht] auf dem Prinzip beruhen: nichts über uns ohne sie, sondern: nichts über uns ohne uns. [...] Das sind keine Beziehungen, in denen es Tabuthemen gibt, die tief in den Schubladen des Außenministeriums verschlossen bleiben, sondern es ist ein aufrichtiges Gespräch über Dinge, die für Polen wichtig sind. [...] Wir haben keine Angst vor deutscher Untätigkeit, denn die Deutschen sind uns gegenüber heute nicht untätig, und wir sind ihnen gegenüber nicht hilflos (*Beifall*).

Warschau, 21. März 2018

[66]

Aus dem Bericht der deutsch-polnischen Kopernikus-Gruppe*

—— Die Voraussetzung für jedes umfassendere und ehrgeizige europäische Konzept ist eine tiefe deutsch-polnische Verständigung. Das Verständnis dieser *conditio sine qua non* ist in diesem historischen Moment, in dem die europäische Idee existenziell bedroht ist, von besonderer Bedeutung. Die Krise, in der sich Europa befindet, erfordert ein umfassendes Verstehen des Nachbarlandes und seiner historischen Gegebenheiten. In Krisenzeiten, wie wir sie augenblicklich durchleben, können alte, scheinbar völlig ausgestorbene Stereotypen und Vorurteile schnell wiederauferstehen.

Warschau–Darmstadt, 16. August 2018

[13]

Jan Puhl, Journalist, in „Der Spiegel“

—— Die in Warschau regierende nationalistische Partei Recht und Gerechtigkeit plant neue Reparationsforderungen an Deutschland. [...] [Arkadiusz] Mularczyk schwebt vor, dass Deutschland 100 Jahre lang jährlich einen Teilbetrag zahlen soll. [...] „Wir hoffen auf den Willen, sich von der Schuld reinzuwaschen“, sagt Mularczyk. Er rechnet mit einer „großen Konfrontation“. Schon

* Ein gemeinsames Projekt des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt und des Instituts für Deutschland und Nordeuropa in Stettin, wird von den Teilnehmern als besonders flexible Ergänzung zu den bestehenden deutsch-polnischen Diskussionsforen angesehen.

jetzt werde Polen dauernd aus Berlin kritisiert, weil es gegen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verstoße, aus Mularczyks Sicht grundlos: „Es geht allein darum, Polen die Glaubwürdigkeit zu nehmen und unser Bemühen um Reparationen zu erschweren“.

Hamburg, 1. September 2018

[49]

Radosław Sikorski in „Polityka“

Während der deutsch-polnischen Konsultationen in der vergangenen Woche erklärte Premierminister Mateusz Morawiecki, Polen wünsche sich eine stärkere Europäische Union, während Bundeskanzlerin Angela Merkel sich eine kohärentere EU-Außenpolitik wünschte. Sie waren beide unaufrichtig.

[...]

Interessanterweise sagte Bundeskanzlerin Merkel bei ihrem Treffen mit den Oppositionsführern, das Thema Reparationen sei bei den Regierungsgesprächen überhaupt nicht angesprochen worden. Diese sensationelle Nachricht ist fast unbeachtet geblieben. Die rechte Presse erörtert, ob uns sechs Billionen Euro oder sechs Billionen Zloty zustehen, und verleumdet traditionell jeden, der am Erfolg zweifelt, als Verräter, und hier hat man gar nichts unternommen?

[...] Die deutsch-polnischen Beziehungen sind wieder einmal zu einem Ritual geworden, bei dem beide Seiten gute Miene zum bösen Spiel machen, weil „es sich so gehört“, anstatt wirklich gemeinsam an vereinbarten Zielen zu arbeiten. [...] Die Regierungspartei muss immer wieder daran erinnert werden, dass Deutschland nicht unser Feind ist, sondern ein Bündnispartner. Dass die Deutschen in letzter Zeit nicht einmarschieren und uns besetzen, sondern – als Hauptzahler der EU – uns Geld schicken, damit wir endlich Straßen bauen können. Wenn die PiS schon nicht die beste Konjunktur der deutsch-polnischen Beziehungen seit tausend Jahren ausnutzen kann, so könnte sie doch wenigstens nicht im Weg stehen.

Warschau, 7. November 2018

[56]

Piotr Buras in „Pomocnik Historyczny“, einer Beilage zu „Polityka“

Der 100. Jahrestag der Ereignisse von 1918 ist für Deutsche und Polen nicht gut verlaufen. Guter Wille war eigentlich vorhanden. Doch die gegensätzliche Logik der Ereignisse vor einem Jahrhundert und die gegenwärtig gestörten bilateralen Beziehungen standen dem im Wege. Wenn Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit der Einladung seines Amtskollegen nach Berlin [22./23. Oktober], um den hundertsten Jahrestag der polnischen Unabhängigkeit zu feiern, ein positives Zeichen setzen wollte, so musste er mit ansehen, wie sein Plan in sich zusammenfällt. Gründe, missmutig zu sein, gab es genug: Präsident Andrzej Duda reagierte irritiert auf Fragen zur Rechtsstaatlichkeit in Polen, das Publikum missbilligte hörbar seine Rhetorik zur Krise in der Europäischen Union, und das höchst umstrittene Thema der Nord Stream 2-Gaspipeline dominierte die Diskussion der Experten.

Kurz darauf [2. November] musste Bundeskanzlerin Angela Merkel in Warschau die unausgesprochene Frage gespürt haben, was für ein Deutschland, was für ein Europa und was für eine deutsch-polnische Nachbarschaft sie ihren Nachfolgern hinterlassen wird? Und obwohl ihre polnischen Gesprächspartner die Frage der deutschen Kriegsreparationen nicht offiziell ansprachen, hatte Präsident Duda einige Tage zuvor gegenüber deutschen Medien bestätigt, dass es sich dabei um ein offenes Thema handle, das die polnisch-deutschen Beziehungen in der Tat nach wie vor belaste. Das ist nicht das einzige Hindernis auf dem gemeinsamen Weg. Da ist noch dieses Foto, auf dem Angela Merkel nach dem Syrien-Gipfel mit Wladimir Putin und [dem türkischen Präsidenten] Recep Tayyip Erdoğan Händchen hält. Präsident Duda platzierte es auf Twitter mit einem spöttischen Kommentar: „Reizend“. In Polen beobachtet man die Kontakte zwischen Berlin und Moskau immer noch mit Misstrauen. [...]

Ein fehlender Dialog ist nicht nur für Polen und Deutschland, sondern auch für die EU insgesamt die schlechteste Lösung. Plötzlich wurde jedoch deutlich, dass das deutsch-polnische Beziehungsgeflecht kaum gegen den Generationswechsel und die Krise in Europa gewappnet war. Denn die Beziehungen zwischen Nachbarn wie Polen und Deutschland dürfen nicht allein auf Interessen basieren. Ihre Qualität wird auch von Emotionen bestimmt, auch den tiefer liegenden, die aus der Überzeugung eines gemeinsamen Schicksals erwachsen. [...] Die Überzeugung von einer gemeinsamen deutsch-polnischen Aufgabe wird in der Vorstellung der politischen Eliten beider Länder immer schwächer.

Warschau, November 2018

[5]

**Andrzej Przyłębski, Botschafter der Republik Polen
in Berlin, in einem Interview mit „wSieci“**

Man war [in Deutschland] der Illusion erlegen, dass die Veränderung in Polen zufällig war, dass die Märsche der Opposition eine Annullierung des Wahlergebnisses erzwingen würden. Jetzt wird man sich bewusst, dass die Politik des Lagers Jarosław Kaczyńskis die Unterstützung eines Großteils der Polen genießt und diese beständig ist. Es schließen sich Interesse und Gesten, doch am Aufbau einer guten Beziehung zu arbeiten, an. Das ist wichtig für Deutschland, denn es braucht einen Verbündeten, der dabei helfen kann, sich den nächsten Ideen Frankreichs entgegenzustellen, das die EU reformieren will, aber natürlich in einer Weise, die ihm am besten dient. Deshalb blickt es in unsere Richtung.

Warschau, 18. März 2019

[48]

Umbruch

JUNI 2019 ————— DEZEMBER 2024

Die Regierungen von Premierminister Mateusz Morawiecki (Recht und Gerechtigkeit/ Prawo i Sprawiedliwość, Verständigung/Porozumienie und Solidarisches Polen/Solidarna Polska) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU/CSU und SPD) trennt mehr als sie verbindet. Warschau stellt die Frage der Kriegsreparationen in den Vordergrund, während Berlin konsequent feststellt, dieses Thema sei für immer abgeschlossen. Im Frühjahr 2020 wird angesichts der COVID-19-Pandemie die Grenze zwischen Polen und Deutschland geschlossen, und das Alltagsleben im deutsch-polnischen Grenzgebiet wird drastisch beeinträchtigt.

In Deutschland tritt Angela Merkel nach 16 Jahren ab; der SPD-Politiker Olaf Scholz wird im Dezember 2021 Bundeskanzler. Er steht an der Spitze einer Koalition aus SPD / FDP / Bündnis 90/Die Grünen. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 kündigt Bundeskanzler Scholz eine *Zeitenwende* an – einen Wendepunkt für Europa und die Welt. Warschau wirft Deutschland jedoch Zögerlichkeit vor, nämlich zu lange die aggressive Politik Russlands geduldet und mit ihm Geschäfte gemacht zu haben. Die Rhetorik der polnischen Regierung gegenüber Deutschland verschärft sich, insbesondere während des Parlamentswahlkampfes im Herbst 2023. Die neue Koalitionsregierung unter Donald Tusk (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska, Polen 2050/Polska 2050, Bauernpartei PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe, Neue Linke/Nowa Lewica) will einen gutnachbarschaftlichen deutsch-polnischen Dialog wiederherstellen.

Krzysztof Ruchniewicz, Historiker, Direktor des Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Breslau, anlässlich der Veröffentlichung des 50. Bandes der Posener Deutschen Bibliothek (Poznańska Biblioteka Niemiecka)

—— Die deutsch-polnischen Beziehungen haben in den letzten dreißig Jahren verschiedene Phasen durchlaufen. [...] In dieser insgesamt positiven Bilanz [...] dürfen jedoch besorgniserregende Aspekte nicht übersehen werden. Es stimmt, dass die deutsch-polnischen Beziehungen zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte nicht mehr von Entscheidungen der Großmächte oder einzelner Kabinette abhängig sind. Diese Beziehungen werden von den Gesellschaften beider Länder tagtäglich auf verschiedenen Ebenen gelebt. Nach einer sehr positiven Phase wechselseitiger Kontakte in den 1990er Jahren zeigten sich jedoch später die ersten Risse. Einer der Gründe dafür waren nicht aufgearbeitete Kapitel der Vergangenheit.

Posen, Juni 2019

[78]

Jacek Czaputowicz, Außenminister, nach einem gemeinsamen Besuch des Museums des Warschauer Aufstands mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas

—— Die Schäden, die Polen und dem polnischen Volk zugefügt worden sind, sind vom Verursacher nicht wiedergutmacht worden. Die Polen selbst haben mit ihren Anstrengungen und ihrer Arbeit ihre zerstörte Hauptstadt wiederaufgebaut. Diese Tatsache verdeutlicht klar das umfassendere Problem, das uns Polen daran hindert, die Reparationsfrage als abgeschlossen zu betrachten.

Warschau, 1. August 2019

[71]

Heiko Maas in Antwort

—— Ich bin hierhergekommen, weil ich die Toten ehren und die Familien der Toten und Verletzten, weil ich das polnische Volk um Vergebung bitten möchte. Ich schäme mich für das, was Ihrem Land von Deutschen und in deutschem

Namen angetan wurde. Und ich schäme mich auch dafür, dass diese Schuld nach dem Krieg viel zu lange verschwiegen worden ist.

Warschau, 1. August 2019

[75]

Jacek Czaputowicz im Interview mit der DPA

——— Entscheidend ist für uns das Fehlen einer grundsätzlichen Ehrlichkeit in der Frage der deutschen Entschädigungen nach dem 2. Weltkrieg. Polen wurde in diesem Prozess diskriminiert. [...] Im derzeitigen Moment könnte man schwerlich sagen, dass dieses Kapitel abgeschlossen ist. In der öffentlichen Debatte in Polen werden bestimmte Einschätzungen und Erwartungen formuliert. Man sagt, dass Deutschland während der kommunistischen Ära über die Sowjetunion Entschädigungen an Polen gezahlt haben soll. Gleichzeitig hat es direkte Zahlungen an westliche Länder geleistet. Es bleibt die Frage, ob alles ordnungsgemäß durchgeführt worden ist.

Berlin, 19. August 2019

[7]

Sven Felix Kellerhoff, Leiter der historischen Redaktion der „Welt“, in einem Kommentar

——— Die Wiederholungen der rechtlich nicht tragfähigen Forderungen aus Polen zielen darauf, moralischen und politischen Druck aufzubauen. [...] Schließlich [falls auch andere Länder Reparationsforderungen stellen] wäre die gesamte Neuordnung Europas nach dem 2. Weltkrieg infrage gestellt. Wenn der wiederholte Reparationsverzicht polnischer Regierungen nicht gelten soll – mit welcher Begründung hätte dann die Westverschiebung Polens auf jahrhundertlang fraglos deutsche Gebiete wie Ostpreußen und Schlesien noch Bestand und umgekehrt die Westverschiebung Weißrusslands und der Ukraine?

Der Kurs, den die rechtskonservative Regierung in Warschau fährt, erinnert an die Zeit zwischen den Weltkriegen. Er stellt die europäische Zusammenarbeit der vergangenen 70 Jahren im Westen und der fast 30 Jahre im Osten in Frage. Die Folgen sind bekannt.

Berlin, 19. August 2019

[39]

Arkadiusz Mularczyk, Abgeordneter der PiS, in einer Äußerung gegenüber der Polnischen Presseagentur

——— Es ist absurd zu behaupten, dass die zeitgenössische internationale Ordnung mit der Frage der Kriegsentschädigungen verbunden ist. Während der großen Nachkriegskonferenzen [...] waren es die Siegermächte, die die Grenzen nach dem 2. Weltkrieg festlegten. Polens Westgrenze wurde von Stalin, Churchill und Roosevelt festgelegt, nicht von Polen. Das Thema der Kriegsentschädigungen ist ein gesonderter Aspekt. [...]

Deutschland führt an, dass Gespräche über Reparationen die nachbarschaftlichen Beziehungen beeinträchtigen würden und dass Polen bereits auf Entschädigungen verzichtet habe. Auch die Frage der Änderung der Grenzen taucht auf. Das zeugt einzig und allein von der Doppelmoral des deutschen Staates.

Krakau, 21. August 2019

[59]

Adam Krzemiński, Publizist, in der Wochenschrift „Polityka“

—— Die PiS hat, um Stimmen von der extremen Rechten zu erhalten, die bilateralen Beziehungen zu Berlin abgekühlt, die von deutscher Seite im Sinne der historischen Versöhnung sorgfältig gepflegt werden, denen aber in der jungen Generation zunehmend die emotionale Basis fehlt. Warschau orientiert sich an den militärischen Garantien der USA und beteiligt sich nicht an der „Neugründung“ der Europäischen Union. Und nichts in der zweiten Amtszeit der Partei des alternden und sich in seinem Bunker verschanzenden Jaroslaw Kaczyński deutet darauf hin, dass Polen in das Herz Europas zurückkehren wird.

Warschau, 28. August 2019

[42]

Präsident Andrzej Duda in einem Interview mit dem „Bild“

—— Reparationen sind eine Frage der Verantwortung und der Moral. Der Krieg, über den wir heute sprechen, hat in Polen enorme Verluste verursacht. [...]

Heute kann ich aus vollem Herzen sagen: Polen ist frei. Wir haben die Geschichte nie vergessen. Aber Polen und Deutschland haben sich vollständig versöhnt. Wir sind ein Beispiel für andere Nationen. Es ist eine Partnerschaft und Freundschaft entstanden, die ihresgleichen sucht.

Berlin, 31. August 2019

[23]

Agnieszka Łada, Stellvertretende Direktorin des Deutschen

Polen-Instituts, im *Deutsch-polnischen Barometer*

—— Beide Gesellschaften sind der Ansicht, dass der 2. Weltkrieg ihre gegenseitigen Beziehungen beeinflusst. Es ist wichtig, dass diese Meinung auf beiden Seiten der Grenze in vergleichbarer Weise geäußert wird, was eine konstruktive Grundlage für Diskussionen und die gemeinsame Aufarbeitung schwieriger Aspekte der Geschichte bietet. [...] Diese Debatte muss auf beiden Seiten auf verlässlichen Informationen beruhen, die die gesamten historischen Umstände aufzeigen. Das Ableben der Generation, die sich noch an den Krieg erinnert [...], verdeutlicht zusätzlich, dass das Thema nicht als bereits aufgearbeitet und abgeschlossen betrachtet werden sollte.

[...] Doppelt so viele Deutsche wie Polen sind der Meinung, dass das Leiden der Polen von der internationalen Öffentlichkeit angemessen gewürdigt wurde. Das zeigt, wie viel Rücksichtnahme und Sensibilität ebenso nötig sind wie auch Maßnahmen, die das gegenseitige Verständnis fördern. Insbesondere die Unkenntnis der Deutschen über Polen und die polnische Geschichte sollte Anlass sein, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Kenntnis über den östlichen Nachbarn und das Verständnis für seine Sensibilität zu verbessern.

Warschau

[45]

Präsident Andrzej Duda in einer Rede anlässlich des 80.

Jahrestags des Ausbruchs des 2. Weltkriegs

—— Wer hätte gedacht, dass der 2. Weltkrieg mit einem so drastischen Akt beginnen würde, der immerhin von einer zivilisierten Nation begangen wurde? Einer der ältesten existierenden Nationen in Europa. Von einer Nation

mit einer so großen Geschichte, mit einem solchen Beitrag zur europäischen Kultur. [...] Mit einem Akt der Barbarei, der nicht wirklich ein militärischer Akt ist, sondern ein terroristischer. Mit einem Angriff auf einfache Menschen! [...]

Herr Bundespräsident [Frank-Walter Steinmeier], ich danke Ihnen für Ihre Anwesenheit und Ihre Haltung. Ich sehe Sie an, wir unterhalten uns, und ich sehe einen Menschen, der in Demut gekommen ist, mit gesenktem Kopf, um zu ehren und zu würdigen, um den Schmerz zu teilen. Aber für die Einwohner [in Wieluń], so denke ich, denn für mich ist es so, ist vor allem eines wichtig: dass Sie hier sind. Und es ist eine Form der moralischen Wiedergutmachung, dass Sie an diesen Ort kommen und sich aufrichtig einer Wahrheit stellen, die für die Deutschen und Deutschland sehr schwer ist. Aber weil Deutschland diese Wahrheit nie verleugnet hat, und deshalb sind Sie hier, hat diese Wahrheit eine befreiende Wirkung, eine Kraft, Vergebung zu begünstigen, und eine Kraft, sich zu einen und Freundschaften aufzubauen.

Wieluń, 1. September 2019

[13]

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einer Rede

—— Ich stehe vor Ihnen [...] in Dankbarkeit und in Demut. Wieluń war ein Fanal, ein Terrorangriff der deutschen Luftwaffe und ein Vorzeichen für alles, was in den kommenden sechs Jahren folgen sollte. Wir nennen es Krieg, weil wir um einen Begriff verlegen sind für das Grauen dieser Jahre. Wir nennen es Krieg – diesen wütenden, entfesselten Vernichtungswillen, der mehr auslöschen sollte als nur diese Stadt, ihre Bewohner und ihre Geschichte. Er sollte die polnische, die europäische Kultur ausradieren, um Platz zu schaffen für die Wahnvorstellungen eines Verbrechers und seiner fanatischen Gefolgschaft. [...]

Seien Sie gewiss: Keinen Deutschen lässt diese Spur der Barbarei unberührt. Ja, auch diejenigen nicht, die die Erinnerung zurückweisen, die vor der Schmach fliehen in Ablehnung und Aggression. [...] Es waren Deutsche, die in Polen ein Menschheitsverbrechen verübt haben. Wer behauptet, das sei vergangen und vorbei, wer erklärt, die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten über Europa sei eine Marginalie in der deutschen Geschichte, wer das sagt, der richtet sich selbst. [...]

Die Vergangenheit vergeht nicht. Und unsere Verantwortung vergeht nicht. Das wissen wir. Als deutscher Bundespräsident will ich Ihnen versichern: Wir werden nicht vergessen.

Wieluń, 1. September 2019

[28]

Arkadiusz Mularczyk in einer Rede im Sejm

—— Wir kämpfen wirksam für die historische Wahrheit. Wir sorgen uns um den guten Ruf und das Ansehen Polens im Ausland (*Abgeordneter Sławomir Nitras: Und Reparationen*). Gleichzeitig muss betont werden, dass die Frage der Abrechnungen zwischen Polen und Deutschland nach dem 2. Weltkrieg rechtlich und politisch nicht endgültig geklärt ist... (*Abgeordneter Sławomir*



Auschwitz (Oświęcim), 6. Dezember 2019.
Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Staatlichen
Museum Auschwitz-Birkenau in Oświęcim anlässlich des 10-jährigen
Bestehens der Stiftung Auschwitz-Birkenau. Die Bundeskanzlerin
wird begleitet von Museumsdirektor Piotr Cywiński (erster von links)
und Premierminister Mateusz Morawiecki (zweiter von rechts)
FOT. KACPER PEMPEL / REUTERS / FORM

Nitras: Nun, und Ihr habt damit begonnen) ...und die unermesslichen Leiden, menschlichen und materiellen Verluste, deren Folgen und Konsequenzen die polnische Nation und der polnische Staat bis heute spüren... Bis heute wurden sie nicht entschädigt. Auch die polnischen Bürger, die während des Krieges geschädigt wurden, hatten nie die Möglichkeit, ihre Ansprüche wirksam geltend zu machen. Es sollte betont werden, dass auch dieses Thema eine große Herausforderung für unsere Außenpolitik darstellt.

Warschau, 19. November 2019

[85]

Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem ersten Besuch im Auschwitz-Museum

——— Es ist wichtig, die Täter deutlich zu benennen. Das sind wir Deutschen den Opfern schuldig und uns selbst.

Oświęcim, 6. Dezember 2019

[76]

Premierminister Mateusz Morawiecki auf Facebook

——— Es ist wichtig, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die während des 2. Weltkriegs auf dem Gebiet des besetzten Polens begangenen Verbrechen nicht vergisst. [...] Es ist wichtig, dass die jüngere Generation der Deutschen einen anderen Blick auf die Vergangenheit wirft. Deshalb ist der Besuch von Bundeskanzlerin Merkel so wichtig und symbolträchtig.

Warschau, 7. Dezember 2019

[68]

Aus einem Kommentar in „Der Spiegel“

——— Das sind ungewohnt freundliche Töne der nationalkonservativen Regierung in Warschau, die bisher eher für ihre Abneigung gegen Deutschland bekannt war. Da hat sich etwas geändert: Im Parlamentswahlkampf im Herbst spielte die regierende Partei „Recht und Gerechtigkeit“ die antideutsche Karte kaum mehr aus.

[...] In den vergangenen Jahren ist Polen vom armen postkommunistischen Schlucker zu einer prosperierenden Wirtschaftsmacht aufgestiegen. Deutschland ist mit Abstand der wichtigste Handelspartner des Landes, und mit der ökonomischen Verflechtung hat sich auch das Bild vom Nachbarn verändert. [...] „Als Hegemon in der EU wird Deutschland immer noch gefürchtet“, sagt Waldemar Czachur, Experte für die deutsch-polnischen Beziehungen an der Universität Warschau. Aber anders: Früher waren die Deutschen für die Nationalkonservativen ein Volk von Revisionisten, das die Vorherrschaft in der EU anstrebt, um Osteuropa zu unterjochen. Heute fürchten sie den deutschen Liberalismus. [...] Doch der bevorstehende Brexit und vor allem die Abkehr der USA von Europa schwächen die deutsch-feindliche Haltung ab. Mittlerweile hat auch Warschau verstanden, dass es sich auf Trumps Amerika nicht mehr so verlassen kann wie zuvor. Polen ist damit auf Europa zurückgeworfen, das gibt der EU – und Deutschland – eine neue Bedeutung.

Hamburg, 4. Januar 2020

[24]

**Bogdan Twardochleb, Publizist, im Deutsch-Polnischen
Magazin „Dialog“**

— Bis Anfang März dieses Jahres glaubten viele Menschen in der Europäischen Union – oder vielmehr waren sie fest davor überzeugt –, Ländergrenzen im Schengen-Raum seien nichts weiter als Linien auf der Landkarte. Mitte März war es mir dieser Überzeugung vorbei. [...]

„Die Truppen der Territorialverteidigung werden gegen das Coronavirus antreten“, hieß es Anfang März auf dem Portal defence24.pl unter martialischen Bildern von Soldaten mit Gewehren. Wenige Tage darauf traf Präsident Andrzej Duda in Stettin ein. In eine Uniformjacke gekleidet, sprach er von der Besonderheit der westlichen Region Polens, der großen Zahl der Grenzübergänge, der Landgrenze mit Deutschland. Er dankte den Einsatzkräften „für die Gewährung der Sicherheit der Bürger durch die Bewachung der Grenze“. In der Dämmerung fuhr er an den Grenzübergang von Kołbaskowo/Kolbitzow, zusammen mit den Beamten besichtigte er den Posten und blickte Richtung Deutschland in die Düsternis. [...] Die polnische Regierung brachte wieder einmal den Mythos aufs Tapet, die Grenze sei eine Verteidigungslinie gegen den Feind.

[...] Mitte März brachten Medien in Sachsen das Foto zweier bewaffneter polnischer Soldaten auf der leeren Eisenbahnbrücke bei Zgorzelec/Görlitz. Diesen Anblick hatte es dort viele Jahre nicht gegeben: Alle waren verblüfft. Die polnische Regierung entsandte Polizei, Grenzschutz und etwa 1.500 Soldaten an die Grenze, die an den Einsatzorten Waffen ausgehändigt bekamen. Die Grenzübergänge wurde mit Straßensperren, Stacheldrahtverhauungen und Sandaufschüttungen bewehrt, nahe Kołbaskowo wurden Drohnen eingesetzt.

Stettin

[109]

**Robert Winnicki, Abgeordneter der Konfederacja
(Konföderation), in einer Rede im Sejm**

— Es geht um Solidarität, Solidarität der Staaten angesichts der wichtigsten, größten Herausforderungen. Diese Solidarität gibt es nicht, weil der größte Staat, der Hegemon der Europäischen Union, die Bundesrepublik Deutschland, gegen die Interessen aller Staaten Mitteleuropas eine weitere Gaspipeline, Nord Stream 2, durchsetzen will und sein nationales Interesse über die Interessen der kleineren Staaten stellt. [...] Gerade heute, wo uns die Coronavirus-Epidemie vor Augen führt, wie viel von den Nationalstaaten abhängt. Und wenn es die Nationalstaaten in der Europäischen Union sind, die für ihre Interessen, für ihre Sicherheit kämpfen, und die Epidemie bekämpfen, ist das eine Tatsache, die uns vor Augen führt, dass die Grundvoraussetzung, auf der die Europäische Union beruht, einfach nicht funktioniert.

[...] Es stellt sich heraus, dass diese guten Beziehungen zu Brüssel oder Berlin nur einseitig sind, das heißt, dass Polen heute ein Subunternehmer der deutschen Wirtschaft ist, heute Polen ein jahrelanger Garant ist, zumindest seit dem Vertrag von Lissabon, für die zentralistische Politik der Bundesrepublik

Deutschland – das ist alles einseitig [...] Wenn es um unsere Interessen geht, müssen wir den Deutschen alles abringen.

Warschau, 29. April 2020

[86]

**Einblendungen der Nachrichtensendung „Wiadomości“
des Staatsfernsehens TVP**

—— Ein starkes Polen irritiert die Deutschen.

Warschau, 17. Mai 2020

Polnischer wirtschaftlicher Erfolg reizt die Deutschen.

Warschau, 20. Mai 2020

[52]

**Aus einem Kommentar des Moderators der TVP-
Nachrichtensendung „Wiadomości“**

—— Deutschland leidet unter einem Mangel an Saisonarbeitskräften, die zum Beispiel für die Spargelernte benötigt werden. Unter deutschen Unternehmern wächst daher die Frustration über das rasche Wirtschaftswachstum Polens und die sozialfreundliche Politik der polnischen Regierung.

Warschau, 20. Mai 2020

[52]

Filip Gańczak, Journalist, in „Polityka“

—— Am 30. Juni endet die Mission von Rolf Nickel, dem bisherigen deutschen Botschafter in Warschau. Der Kandidat für seine Nachfolge, der 63-jährige [Arndt Freytag von] Loringhoven, wartet nur noch auf das Agrément der polnischen Regierung. „Diese Ernennung zeigt, dass Deutschland Polen als ein schwieriges, aber wichtiges Land behandelt“, sagt ein langjähriger Diplomat, der beide Länder gut kennt. Er lobt die Nominierung Berlins: „Ein Schwergewicht, sehr intelligent, die erste Liga des deutschen diplomatischen Dienstes“. [...] Er war schon in Paris und – zweimal – in Moskau im Einsatz.

[...]

Der Vater des heutigen Diplomaten [...] wählte eine Karriere in der Armee. [...] Beim Überfall auf Polen 1939 kämpfte er in den Reihen der 1. Panzerdivision. [...] Bei Kriegsende war er Adjutant der nacheinander amtierenden Generalstabschefs, der Generäle Heinz Guderian und Hans Krebs. In dieser Funktion sah er – als junger Major – Adolf Hitler zum ersten Mal aus der Nähe. [...] In den folgenden Monaten nahm Bernd Freytag von Loringhoven wiederholt an Besprechungen mit dem Führer teil.

[...]

Ein Zankapfel zwischen Warschau-Berlin dürfte die Erweiterung der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream bleiben [...]. Umstrittene Themen – von Nord Stream bis hin zu Rechtsstaatlichkeit, Asylpolitik und Kriegsreparationen – haben die deutsch-polnischen Beziehungen dennoch nicht so stark belastet, wie noch vor einigen Jahren zu befürchten gewesen wäre. [...]

Loringhoven hat, ohne auf die offizielle Akkreditierung zu warten, bereits begonnen, diskrete Twitter-Diplomatie zu betreiben. Auf seinem Account

empfahl er einen Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung darüber, dass die Deutschen zu wenig über die polnische Geschichte wissen.

Warschau, 24. Juni 2020

[27]

Präsident Andrzej Duda während einer Veranstaltung vor der Präsidentenstichwahl

——— Heute haben wir eine weitere Episode des deutschen Angriffs bei dieser Wahl, in Form einer gnadenlosen und schmutzigen Kampagne, die diesmal gegen mich gerichtet ist. [...] Will dieser Axel-Springer-Konzern deutscher Herkunft, dem die Zeitung „Fakt“⁴ gehört, die Präsidentschaftswahl in Polen beeinflussen? Wollen die Deutschen den Präsidenten in Polen wählen? Das ist niederträchtig, damit bin ich nicht einverstanden.

Bolesławiec, 3. Juli 2020

[62]

Jarosław Kaczyński, Vorsitzender der PiS, im Fernsehsender TV Trwam

——— Wir haben immer eine Politik verfolgt, die darauf abzielt, unseren Status und unsere Position zu verbessern. Unseren politischen Gegnern sind all diese Fragen völlig gleichgültig. Im Grunde sind sie bereit, Polen wie ein Anhängsel zu Deutschland zu behandeln [...]. Wir wollen eine große europäische Nation sein, sie wollen das nicht.

Warschau, 9. Juli 2020

[34]

Aus einem Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung“

——— Allerdings schien es zunächst Erklärungen für die Verzögerung [in der Akkreditierung von Arndt Freytag von Loringhoven] zu geben. Zum einen bremste die Corona-Krise das diplomatische Geschäft, zum anderen drehte sich in Warschau alles um die bevorstehende Präsidentenwahl. Die ist nun allerdings auch schon wieder sechs Wochen her.

München, 24. August 2020

[4]

Bogdan Musiał, Historiker, Mitglied des Rates des Museums des 2. Weltkriegs in Danzig, in einem Interview mit dem Portal wPolityce.pl

——— Sie werden in Deutschland keinen Diplomaten finden, der keine familiären Verstrickungen mit dem Nationalsozialismus hätte. Über 10 Millionen Deutsche waren NSDAP-Mitglieder. Ich vermute, dass es in Deutschland keine Familie gibt, in der nicht jemand in irgendeiner der damaligen Formationen gedient hat. [...] Soweit ich weiß, war der Vater von Herrn Loringhoven Wehrmachtsoffizier, und in die Wehrmacht geht man normalerweise nicht als

⁴ In einem Artikel von „Fakt“ wurden im Einzelnen die Umstände der Begnadigung eines Mannes beschrieben, der wegen sexuellen Missbrauchs seiner minderjährigen Tochter verurteilt worden war und von Präsident Andrzej Duda begnadigt wurde.

Freiwilliger, sondern als Wehrpflichtiger. [...] Die Frage ist, ob sein Vater für irgendwelche Verbrechen verantwortlich war.

Warschau, 28. August 2020

[61]

Szymon Szykowski vel Sęk, Regierungsbevollmächtigter für den polnischen Vorsitz der Visegrad-Gruppe, in einer Äußerung gegenüber der Polnischen Presseagentur

——— Wir akzeptieren die Kandidatur von Arndt Freytag von Loringhoven für das Amt des deutschen Botschafters in Polen. [...] Ein wichtiges Element in Gesprächen mit deutschen Partnern muss es sein, auf die besondere polnische Sensibilität hinzuweisen, die sich aus der Tatsache ergibt, dass die Verbrechen des 2. Weltkriegs noch immer eine große, nicht verheilte Wunde im Bewusstsein der polnischen Nation sind. Die Heilung dieser Wunden ist umso schwieriger, wenn man die wiederkehrenden Versuche einer Geschichtsfälschung und den Mangel an einer vollständigen Aufarbeitung von Schuld und Leiden betrachtet. In diesem Zusammenhang ist die Haltung Deutschlands und der deutschen Politiker von besonderer Bedeutung. [...] Polen [...] hat das absolute Recht, von Deutschland und seinen wichtigsten Repräsentanten die Bereitschaft zu erwarten, sich bedingungslos zur Schuld zu bekennen und aufrichtig für die Versöhnung einzustehen. [...]

Nach einer Reihe von Gesprächen mit deutschen Partnern wissen wir heute bereits, dass der künftige Botschafter sich der fundamentalen Bedeutung dieses Themas für Polen bewusst ist und bereit ist, sich mit vollem persönlichem Einsatz für die sachliche Vermittlung der Geschichte des 2. Weltkrieges in der Öffentlichkeit einzusetzen.

Warschau, 31. August 2020

[110]

Agnieszka Łada in einer Äußerung für das Portal Euractiv.pl

——— Die Pläne des deutschen Außenministeriums sind klar: Es will eine enge Partnerschaft mit Polen aufbauen, die von einem der besten deutschen Diplomaten unterstützt wird. Das schlechteste Signal aus Warschau wäre es daher, sich gegen einen so erfahrenen und renommierten Kandidaten zu stellen.

Warschau, 1. September 2020

[44]

Zbigniew Rau, Außenminister, in einem Interview mit der Wochenschrift „Gazeta Polska“

——— Die Erinnerung an die Kriegskatastrophe ist immer noch präsent, ungeachtet der Tatsache, dass die meisten Zeugen dieser Ereignisse nicht mehr leben. Allein die Person des Kandidaten, der als deutscher Diplomat in Polen vorgesehen ist, ist aufgrund seiner Familiengeschichte eine Art Bindeglied zu dieser Zeit.

Warschau, 9. September 2020

[73]

Jarosław Kaczyński in einem Interview mit „Gazeta Polska“

——— Heute verlangen die Institutionen der Europäischen Union, ihre verschiedenen Bürokraten, gewisse Politiker, die die Polen niemals irgendwie gewählt

haben, dass wir unsere gesamte Kultur auf den Prüfstand stellen, alles ablehnen, was für uns sehr wichtig ist, weil es ihnen gerade in den Kram passt. [...] Solchen Aktionen werden wir nicht zustimmen. Wir werden unsere Identität, unsere Freiheit und unsere Souveränität um jeden Preis verteidigen. Wir werden nicht zulassen, dass wir durch Geld terrorisiert werden. Unsere Antwort auf diese Aktionen wird klar sein: Nein! [...]

Es wird ein Veto [gegen den EU-Haushalt und die Wiederaufbaufonds nach der COVID-19-Pandemie] geben. Wenn die Drohungen und Erpressungen aufrechterhalten werden, werden wir die vitalen Interessen Polens entschlossen verteidigen. Veto! *Non possumus*. Und so werden wir gegen jeden vorgehen, der uns mit Erpressungen bedroht. [...] Wir stehen auf der richtigen Seite der Geschichte. Diejenigen, die uns unsere Souveränität nehmen wollen, um uns ihre eigene Sichtweise aufzuzwingen, werden damit scheitern. [...]

Als die Polen beschlossen hatten, der EU beizutreten, waren sie nicht damit einverstanden, eine Kolonie von irgendjemandem zu sein, doch eine solche Unterordnung* würde uns und andere genau zu einer Kolonie der sogenannten einflussreichsten EU-Akteure machen. Wenn die Gemeinschaft stark sein und ihren Einfluss ausweiten soll, muss sie eine Gemeinschaft von Vaterländern bleiben. Sie darf kein Gebiet sein, in dem jemand durch Erpressung und unehrliche Handlungen Mechanismen einführen will, die aus totalitären Staaten bekannt sind. Es gab nie und wird nie eine Zustimmung dazu geben, dass Polen eine Kolonie wird. Daran sollten die EU-Politiker immer denken.

Warschau, 21. Oktober 2020

[37]

Brigitte Freihold, Abgeordnete der Linken, in der Bundestagsdiskussion zum Projekt der Errichtung eines deutsch-polnischen Ortes der Erinnerung und Begegnung

Die deutsch-polnischen Beziehungen stecken in einer politischen Sackgasse. Es hilft nicht, die Probleme schönzureden oder zu glauben, Versöhnung wäre zum Spartarif möglich, ohne Widerspruch und gelebte Verantwortungsübernahme.

Berlin, 30. Oktober 2020

[11]

Aus dem Beschluss des Bundestages

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,

an prominenter Stelle in Berlin einen Ort zu schaffen, der im Kontext des besonderen deutsch-polnischen Verhältnisses den polnischen Opfern des 2. Weltkrieges und der nationalsozialistischen Besatzung Polens gewidmet ist und ein Ort der Begegnung und Auseinandersetzung mit der Geschichte ist. Er soll Deutsche und Polen zusammenbringen und damit zur Vertiefung unserer

* Die Rede ist vom „Konditionalitätsmechanismus“, der von der EU im Dezember 2020 endgültig verabschiedet wurde und der es ermöglicht, die Auszahlung von EU-Mitteln an Mitgliedstaaten zu begrenzen, wenn in diesen Ländern systematische Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit vorliegen.

Beziehungen, zur Verständigung und Freundschaft sowie zum Abbau von Vorurteilen beitragen;

ein geeignetes Konzept in Zusammenarbeit mit polnischen und deutschen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, darunter dem Deutschen Polen-Institut Darmstadt e. V., zu erarbeiten und an dem zu schaffenden Ort Raum für zivilgesellschaftliche Aktivitäten wie Jugendarbeit, politische Bildung, Begegnung etc. einzuplanen.

Berlin, 30. Oktober 2020

[5]

**Peter Oliver Loew, Direktor des Deutschen Polen-Instituts,
in einem Kommentar**

—— Ein großer Schritt [ist] getan. [...] So notwendig es ist, die deutsche Gesellschaft über die unvorstellbaren Verbrechen auf polnischem Boden zu informieren, so wichtig ist es, an diesem Ort auch über das Zusammenleben von Deutschen und Polen in einem gemeinsamen Europa nachzudenken – In der Vergangenheit, aber auch heute und morgen.

Darmstadt

[5]

**Aus einer Erklärung der Partei Solidarna Polska
(Solidarisches Polen)**

—— Solidarisches Polen wendet sich entschieden gegen den Vorschlag der deutschen Ratspräsidentschaft, Zahlungen aus dem Haushalt der Europäischen Union an die so genannte Rechtsstaatlichkeit zu koppeln. Denn hier geht es nicht um Rechtsstaatlichkeit, sondern um Kolonialisierung. [...] Der deutsche Vorschlag ist in der Praxis nichts anderes als ein Versuch, die Souveränität Polens und Ungarns sowie anderer Länder, die es in Zukunft wagen würden, ihre Unabhängigkeit vom wichtigsten Entscheidungszentrum der EU zu demonstrieren, radikal zu beschneiden.

Warschau, 10. November 2020

[83]

Piotr Grochmalski, Publizist, in „Gazeta Polska“

—— Wir würden gerne glauben, dass sich Deutschland verändert hat. Plötzlich ist es gegenüber Warschau und Budapest so aggressiv und brutal geworden wie nie zuvor in der jüngeren Geschichte der EU. Was, wenn es uns wieder mit kultureller Barbarei überrascht? [...] Es ist nicht so, dass die derzeitige, gegenüber Widersachern sehr aggressive, Umsetzung der Vision eines pangermanischen Europas das Ergebnis eines nur zufälligen politischen Spiels, gewisser zufälliger Turbulenzen oder eines momentanen Trends ist [...]. Das ist eine pragmatische Strategie. [...]

Hier schließt sich der Kreis der Geschichte. Zweimal ging der Anstoß dazu, dass Deutschland Europa erobert und beherrscht, vom preußischen Berlin aus. Der Marsch bis zur Gründung von Bismarcks Reich begann jedoch mit der Beteiligung Berlins an der Zerstörung Polens [Teilungen], das 123 Jahre lang seiner Souveränität beraubt wurde. Heute beschließt Berlin, einer anderen anti-polnischen Rhetorik folgend, erneut, uns unsere Souveränität zu nehmen. Die

Polen sind die einzige europäische Nation, die Deutschland lesen kann und früher als andere den Irrweg erkennt [...], den Berlin einzuschlagen beginnt.

Warschau, 2. Dezember 2020

[32]

Przemysław Witkowski, Publizist, im „Dialog“

—— Die Deutschfeindlichkeit von PiS heute [...] geboren [ist] aus einer Mischung von Anerkennung und Angst. Die von Berlin ausgehenden kulturellen Vorbilder und Staatsvorstellungen und der Wiederaufbau der wirtschaftlichen Verschränkung der polnischen Westgebiete mit Deutschland wie in der Vorkriegszeit sind für Recht und Gerechtigkeit ein Albtraum, aus dem sie nicht erwacht. [...] Aus der Perspektive des vergangenen Vierteljahrhunderts hat sich die Einstellung zu den einst – absolut verabscheuten Deutschen erheblich verbessert. Und ein weiteres Mal erweist sich, dass Politik und Ideologie auf der einen, das Leben auf der anderen Seite ganz verschiedene Dinge sind. Grenzüberschreitende Nachbarschaftsprogramme, Schüler- und Studentenaustausch, Migrationen und Arbeit auf beiden Seiten der Grenze, die geteilten Erfahrungen in der Europäischen Union sorgen dafür, dass sich Deutsche und Polen trotz aller Anstrengungen der Nationalisten Schritt für Schritt nähern. Möge es so weitergehen.

Breslau, Januar 2021

[112]

Janusz Kowalski, Abgeordneter der Partei Solidarna

Polska, auf Twitter

—— Hier ist Polen! Vor sechs Jahren wurden auf Druck der Bürgerplattform und der deutschen Minderheit in Polen an den Bahnhöfen in Chrzastowice (Chronstau) und Dębska Kuźnia (Dembiohammer) in der Region Oppeln deutsche Namen angebracht. Dies ist ein gefährlicher und widerrechtlicher Präzedenzfall.

Warschau, 6. Februar 2021

[108]

Zuzanna Herud, stellvertretende Vorsitzende des Jugendverbands der deutschen Minderheit in der Republik Polen, in einem Kommentar

—— Die Aussage von Herrn Janusz Kowalski in sozialen Medien ist verletzend und sogar diskriminierend für alle Menschen, die der Minderheit angehören! Schließlich leben wir in einer offenen und toleranten Region und freuen uns, viele Kulturen und Nationalitäten trotz aller Verschiedenheiten zu vereinen. Ich vertrete die junge Generation der deutschen Minderheit, die stolz auf ihre Kultur, ihre Wurzeln und die Rechte ist, dank derer sie ihre Identität entwickeln kann. Durch die zweisprachige Beschilderung in unseren Ortschaften wird deutlich, dass in der Region eine deutsche Minderheit lebt.

Oppeln, 9. Februar 2021

[56]

Slawomir Nitras, Abgeordneter der oppositionellen Bürgerkoalition, in einer Rede im Sejm

—— Die Politik, die Sie in Europa betreiben, ist einzig und allein deshalb möglich, weil die deutsche Bundeskanzlerin heute eine Person ist, die besonders

sensibel für die Einigung Europas ist. [...] Die Frage ist, was aus Europa wird, wenn nach den nächsten Wahlen Leute mit einer ähnlichen Einstellung, und das liegt sehr nahe, zum Beispiel ein Politiker in Deutschland, der die europäische Einheit so behandelt wie Sie... Wenn er Bundeskanzler wird, stellt sich die Frage nach der Zukunft der EU, nach der Zukunft des Garanten für die politische, wirtschaftliche und militärische Sicherheit unseres Landes.

Warschau, 15. April 2021

[87]

Norbert Lammert, CDU-Politiker im Ruhestand, anlässlich des 30. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags über gute Nachbarschaft

Die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen können, trotz der belastenden Vergangenheit und der aktuellen Kontroversen, als stabil bewertet werden. [...] Der *Nachbarschaftsvertrag* ist ein Meilenstein in den deutsch-polnischen Beziehungen. Die Erinnerung an seine Unterzeichnung macht uns bewusst, was in den letzten dreißig Jahren erreicht oder überwunden wurde. Die Würdigung seiner historischen Bedeutung darf sich aber nicht darauf beschränken, das Erreichte zu feiern, sondern muss auch die Herausforderungen einer gemeinsamen Zukunft berücksichtigen. Gerade in einer Zeit, in der die Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Staatengemeinschaft von starker Polarisierung und einem Kampf um Narrative geprägt ist, muss ein solcher Jahrestag dazu dienen, den gegenseitigen Dialog zu erweitern und zu vertiefen. Wir wissen immer noch zu wenig übereinander.

Bochum

[82]

Peter Oliver Loew in einem Interview mit Tageszeitung „Dziennik Gazeta Prawna“

Den meisten Deutschen ist nicht bewusst, dass Berlin so überraschend nahe an Polen liegt. Was die symbolische Entfernung angeht, so hat diese sich in letzter Zeit einerseits durch die sehr engen persönlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte verringert. In diesen Bereichen ist Berlin das Bindeglied zwischen Deutschland und Polen. Andererseits ist sie durch die Distanz der Regierenden in beiden Ländern größer geworden. [...] Ich bin mir nicht sicher, ob man hier von Schuld sprechen kann. Vielmehr handelt es sich um unterschiedliche Positionen von Teilen der politischen und intellektuellen Kreise in beiden Ländern.

[...] Polen kommt in den Programmen der deutschen Parteien praktisch nicht vor. Generell hat die Außenpolitik bei diesen Bundestagswahlen keine große Rolle gespielt. Alle konzentrierten sich auf die Innenpolitik. Das ist leider das Ergebnis der ständigen Debatten in Europa, die ausschließlich in einem nationalen Rahmen geführt werden. Es fehlt eine breite europäische Debatte jenseits der Brüsseler Salons und enger Expertenkreise. Daher spielt das Thema Polen derzeit keine konstruktive Rolle. Themen wie die Gaspipeline Nord Stream 2, die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, die Freiheit der Medien oder die Anti-Abtreibungsgesetzgebung bewegen zwar die öffentliche Meinung in

Deutschland, tragen aber eher zu einer weiteren mentalen Distanzierung von diesem gewissermaßen völlig anderen Land bei. Von einer konstruktiven Beteiligung Polens an sachlichen Debatten über wichtige Zukunftsthemen wie Europa, den Klimawandel, den Arbeitsmarkt usw. ist dagegen wenig zu hören. Andererseits werden die großen Erfolge der Transformation Polens nicht zur Kenntnis genommen.

Warschau, 3. Oktober 2021

[50]

Adam Krzemiński in „Polityka“

—— In ihrem Vertrag behandeln die Berliner Koalitionspartner* Polen zurückhaltend. Die Äußerungen zur Rechtsstaatlichkeit sind explizit, aber vorsichtig, ohne Schuldzuweisungen. Polen wird im Vertrag zweimal erwähnt, freundlich und oberflächlich. Unmittelbar nach der strategischen deutsch-französischen Partnerschaft ist von einer „tiefen Freundschaft“ mit Polen die Rede, von dem Wunsch, das Weimarer Dreieck, den Jugendaustausch und die Zusammenarbeit an den Grenzen zu festigen. Aber das ist eher ein Einschwören auf die seit dreißig Jahren immergleichen Aspekte ohne neue Ideen. Woher sollen diese auch kommen?

Warschau, 1. Dezember 2021

[43]

Bundeskanzler Olaf Scholz in seinem Exposé im Bundestag

—— Die Zukunft Europas wird weder in Paris noch in Berlin entschieden. Gerade unser Land hat eine besondere Verantwortung, auch die Interessen der östlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und unserer osteuropäischen Nachbarn mitzudenken. Gerade habe ich mit dem polnischen Ministerpräsidenten über die Lage an der Grenze zu Belarus gesprochen und ihm unsere Solidarität versichert. [...] Grenzen müssen unantastbar bleiben, und der zynische Missbrauch von Geflüchteten für hybride Attacken auf unsere östlichen Nachbarn muss aufhören.

Berlin, 15. Dezember 2021

[12]

Piotr Grochmalski in „Gazeta Polska“

—— Der neue deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz will die Europäische Union „strategisch souverän“ machen, was in der Berliner Nomenklatur die Schaffung eines europäischen Staates bedeutet, in dem die deutschen Eliten am Steuer sitzen. Er ist nach Gerhard Schröder und Angela Merkel der dritte Kanzler in Folge, der von einem „deutschen Imperium“ besessen ist. [...]

Scholz repräsentiert in der Tat jene Strömung der deutschen Geschichte, die 1922 die Unterzeichnung des Vertrags von Rapallo mit Sowjetrußland herbeiführte. [...] So wie Rapallo vor fast einem Jahrhundert zu einem Impuls für Moskau wurde, den Aufbau einer sowjetischen Quasi-Föderation zu beschleunigen, so soll nun die Gasachse Berlin-Moskau, die 2014 zum Krieg in

* Die Rede ist von der Koalition aus SPD, Grünen und FDP, die nach den Bundestagswahlen im Herbst gebildet wurde.

der Ukraine führte und heute eine Energiekatastrophe für Europa heraufbeschwört, ein Druckmittel sein, mit dem Deutschland eine beschleunigte EU-Integration erzwingen will. [...]

Der wahre Mechanismus der deutschen Kontrolle über die EU-Instrumente lässt sich perfekt an dem Krieg erkennen, den Berlin mit Hilfe des EU-Wiederaufbaufonds gegen Warschau führt. [...] Er belohnt jene Regierungen, die für Deutschland kein Problem darstellen. Indem Berlin EU-Gelder nutzt, um andere Staaten zu erpressen und zu bestechen, erlangt es allmählich immer mehr reale Macht über die EU.

Warschau, 22. Dezember 2021

[30]

**Dietmar Nietan, SPD-Abgeordneter,
Vorstandsvorsitzender der Deutsch-Polnischen
Gesellschaft Bundesverband, im Interview mit „Dialog“**

Ich wünsche mir, dass der Beitrag der mitteleuropäischen Länder, insbesondere Polens, zur Ideen- und Freiheitsgeschichte Europas stärker in Deutschland wahrgenommen wird, etwa der Solidarność-Bewegung und ihres Einflusses auf den Fall des Eisernen Vorhangs. [...] Des Weiteren sollte die neue Regierung deutlich machen, wie fest die Verantwortung für die deutsche Vergangenheit in der Politik verankert ist, gerade im Hinblick auf die deutschen Verbrechen in Polen während des 2. Weltkrieges. Es bedarf aufrichtiger Signale der Wertschätzung gegenüber Polen. [...] Es geht nicht darum, der gegenwärtigen Regierung in Polen genehm zu sein, den von ihr betriebenen Abbau der Rechtsstaatlichkeit zu ignorieren, sondern darum, Polen als Gesellschaft jenseits der Politik stärker in den Blick zu nehmen, Verständnis für die Mentalität unserer Nachbarn zu entwickeln. Vielleicht würde dann in Deutschland auf politischer und medialer Ebene nicht dauernd so voreilig der Zeigefinger auf Polen gerichtet werden, weil beispielsweise angesichts anderer geschichtlicher Erfahrungen der Patriotismus dort eine viel stärkere gesellschaftliche Rolle spielt als in Deutschland.

Was die politischen Beziehungen betrifft so können deutsche Annäherungsversuche immerhin nur dann auf fruchtbaren Boden fallen, wenn sich die polnische Regierung für selbige öffnet. Wenn die polnische Regierung weiterhin für innenpolitische Zwecke die antideutsche Karte zückt, regierungsnahen Medien Deutschland als Hegemon Europas darstellen, und generell keine Basis für einen Dialog hergestellt wird, dann sollten wir uns keine Illusionen darüber machen, dass die deutsch-polnischen Regierungsbeziehungen eine neue, positive Wendung erfahren.

Berlin, Anfang Januar 2022

[64]

**Marek Suski, stellvertretender Fraktionsvorsitzender
der PiS, in einer Rede im Sejm**

Es war nie gut für Polen, wenn sich Deutschland und Russland zusammantaten, um zu regieren – heute die Europäische Union, einst Europa. [...] Es endete

immer in einer Katastrophe, aber Russland hat nie versprochen, für die Nationen der Europäischen Union zu arbeiten. [...] Deutschland hat zwar von einer Art Energiesolidarität gesprochen, aber wenn es ums Geschäft geht, macht es mit Russland Deals gegen andere Länder, um russisches Gas liefern zu können und eine Marge dafür zu kassieren, dass es als Verteilzentrum agiert. Nun, aber man kann sagen, dass jedes Land, jede Nation ihre eigenen Interessen verfolgt. Man könnte sagen: Wir verwehren ihnen das nicht; schade, dass sie uns dasselbe verwehren.

Warschau, 12. Januar 2022

[88]

**Rüdiger Freiherr von Fritsch, deutscher Botschafter
in Polen von 2010 bis 2014, im Interview mit „Polityka“**

—— Ich bin schockiert über den Umgang [der polnischen Regierung] mit den deutsch-polnischen Beziehungen und den Beziehungen Polens zu Europa. [...] Berlin ist geduldig. Aber ich fürchte, dass die größte Gefahr für Polen eine kühle Gleichgültigkeit Europas wäre.

Warschau, 26. Januar 2022

[26]

**Aus dem Appell der deutsch-polnischen
Kopernikus-Gruppe**

—— In unseren Beziehungen darf es keinen Fatalismus der Gleichgültigkeit geben. [...] Polen und Deutschland politisch, strategisch, geopolitisch, sozial, wirtschaftlich und kulturell in weitaus größerem Maße aufeinander angewiesen sind, als es die aktuellen Debatten in Medien und Politik nahelegen. Leider vergessen wir zu oft, das auch öffentlich immer wieder hervorzuheben. Die beunruhigende Situation jenseits der Ostgrenze der Europäischen Union zeigt einmal mehr, dass Polen und Deutschland für ihre eigene Sicherheit und die der EU gemeinsam handeln müssen. Die Verankerung dieser Denkweise in der polnischen und deutschen Außenpolitik ist einer der größten Erfolge des deutsch-polnischen Dialogs. Das gegenseitige Vertrauen in dieser Hinsicht muss weiter gepflegt und gestärkt werden, insbesondere angesichts der unterschiedlichen Einschätzungen dazu, welche Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit in der Region geeignet sind.

Warschau-Kreisau-Darmstadt, Anfang Februar 2022

[22]

**Paweł Jabloński, Unterstaatssekretär
im Außenministerium, in einer Rede im Sejm**

—— Russland hat heute Morgen [...] die Grenzen [der Ukraine] überschritten [...]. Man konnte viele Stimmen hören, dass diese Militäraktionen nur ein Schreckgespenst seien, nur eine Drohung, dass Russland niemals dazu übergehen werde, dies zu tun. In Wirklichkeit ist leider das passiert, wovor die polnische Regierung und die Regierungen der anderen mitteleuropäischen Länder, die diese Bedrohung sehr gut verstehen, gewarnt haben, so wie wir auch gewarnt haben. Leider tritt nun das schwärzeste Szenario ein [...].

Es ist für niemanden ein Geheimnis, dass der politische Wille und die Entschlossenheit, Sanktionen zu verhängen, von einem EU-Land zum anderen variieren. Es gibt Staaten, die sehr lange Zeit, sogar bis in die letzten Tage, glaubten, dass die Verhängung von Sanktionen auch gegen solche Projekte, die grundsätzlich ganz offensichtlich sicherheitsgefährdend sind, Projekte wie Nord Stream 2, unangemessen sei. Solche Stimmen haben wir noch letzte Woche aus den größten Ländern der Europäischen Union gehört. [...] Glücklicherweise ändert sich das heute.

Warschau, 24. Februar 2022

[89]

Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Regierungserklärung

——— Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor. [...] Die [...] Herausforderung liegt darin, zu verhindern, dass Putins Krieg auf andere Länder in Europa übergreift. Das bedeutet: Ohne Wenn und Aber stehen wir zu unserer Beistandspflicht in der NATO. Das habe ich auch unseren Alliierten in Mittel- und Osteuropa gesagt, die sich um ihre Sicherheit sorgen. [...] Müssen wir alles tun für den Zusammenhalt der Europäischen Union, für die Stärke der NATO, für noch engere Beziehungen zu unseren Freunden, Partnern und Gleichgesinnten weltweit. Ich bin voller Zuversicht, dass uns das gelingt.

Berlin, 27. Februar 2022

[77]

Zbigniew Ziobro, Justizminister und Generalstaatsanwalt, in einer Rede im Sejm

——— Man kann sagen, dass deutsche Politiker [...] eine politische Mitverantwortung für das tragen, was Putin heute in der Ukraine tut, ebenso wie ihre engsten Koalitionspartner und Weggefährten. Sie haben Putins Russland unterstützt, trotz der zahlreichen Verbrechen und Übergriffe, und sie haben ihren enormen Einfluss in der Europäischen Union dafür genutzt. Die ganzen Werte, Menschenrechte, Grundrechte und all die Grundgedanken, die die Europäische Union angeblich verbinden und ihre Identität ausmachen, wurden dabei völlig außer Acht gelassen.

Warschau, 24. März 2022

[90]

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Interview mit „Der Spiegel“

——— Unser Verhalten [in den Beziehungen zu Russland] hat auch Glaubwürdigkeit gegenüber den osteuropäischen Partnern gekostet. Das tut weh.

Hamburg, 8. April 2022

[105]

Johannes Huber, parteiloser Abgeordneter, ehemaliges Mitglied der AfD, in einer Rede im Bundestag

——— Russische Truppen sind bereits an der polnischen Ostgrenze stationiert, die nicht nur einen Korridor über Litauen [Suwałki-Lücke] einnehmen können, sondern auch das Herzland Europas, also Polen, bedrohen und in der

Folge die deutsche Ostgrenze. Dass ein solches Szenario real werden kann, zeigte der hybride Angriff von Lukaschenko auf die Europäische Union mithilfe der Migrationswaffe, der nur mühsam dank der polnischen Grenzschützer abgewehrt wurde. Die teilweise selbstverschuldete Bedrohungslage macht eine schnellstmögliche materielle Aufrüstung der Bundeswehr also unabdingbar.

Berlin, 27. April 2022

[13]

Michał Urbaniak, Abgeordneter der Konfederacja, in einer Rede im Sejm

— Sind Sie sicher, dass die Deutschen oder die Franzosen, die für ihre Zögerlichkeit und ihre Russlandfreundlichkeit bekannt sind, sich für die Verteidigung Warschaws opfern werden? Ich habe nämlich erhebliche Zweifel. Woran ich hingegen nicht zweifle, ist, dass die Sicherheit nur durch unsere eigene, gut finanzierte und modernisierte Armee gewährleistet werden kann und nicht durch die starken Armeen der Nachbarländer, die uns bei einer Bedrohung helfen können oder auch nicht.

Warschau, 27. April 2022

[91]

Marek Prawda, Diplomat, im „Dialog“

— Berlin hat die Einrichtung eines Raketenschildes angekündigt, der ebenfalls das östliche Europa schützen soll. Deutschland ist darüber hinaus bereit, bei den im Aufbau befindlichen schnellen Reaktionskräften der EU eine Schlüsselrolle zu übernehmen. Dies sind Anzeichen für eine Zeitenwende, wie sie sich bei unserem westlichen Nachbarn vollzieht. Diese Veränderungen und die Beibehaltung der europäischen Einheit müssen von grundsätzlicher Wichtigkeit für ein Frontland sein, zu dem nunmehr Polen geworden ist. Es ist nicht die Zeit dafür, Streitigkeiten mit dem westlichen Nachbarn eskalieren zu lassen.

Warschau

[67]

Zbigniew Ziobro auf Twitter

— Heute reicht es Deutschland nicht mehr aus, wirtschaftlich zu erobern, heute soll Polen auch politisch gefügig sein, wie eine deutsche Kolonie.

Warschau, 20. Mai 2022

[114]

Jarosław Kaczyński bei einem Treffen mit Einwohnern von Sochaczew

— Wir müssen uns rüsten. [...] Wir werden den Russen zeigen, dass sie hier nichts zu suchen haben. Wir werden die Armee so vergrößern, dass es schwierig sein wird, uns anzugreifen. Wir können auf die NATO zählen, aber wir müssen selbst militärisch stark sein. Als wir das angekündigt haben, hat Deutschland das auch sofort getan. Das bedeutet, dass sie reagieren. Ich weiß nicht, ob Deutschland sich gegen Russland oder gegen uns wappnet, aber es wappnet sich.

Sochaczew, 8. Juni 2022

[35]

Jerzy Baczyński, Chefredakteur, in „Polityka“

—— Die laute antideutsche Rhetorik verstärkt das [von der PiS gepflegte] Narrativ eines feindlichen Westens noch. [...] Untersuchungen des Instytut Spraw Publicznych (Instituts für öffentliche Angelegenheiten) zeigen, dass die Mehrheit der Polen die Deutschen nach wie vor sehr schätzt und ihnen Sympathie schenkt, so dass wir es hier mit einer bewussten, zynischen Beschwörung antideutscher Phobien zu tun haben. Sie können bei den Wahlen von Nutzen sein.

Warschau, 6. Juli 2022

[2]

Jarosław Kaczyński bei einem Treffen mit Einwohnern von Grójec

—— Deutschland hat nicht mit uns abgerechnet. Wir sind immer noch Deutschlands Gläubiger, und zwar im großen Stil. Es geht nicht nur um Reparationen oder Entschädigungen, es geht auch um eine moralische Abrechnung. Denn Deutschland versucht, so zu tun, als sei es eine moralische Macht. Und was geschah in Deutschland nach dem Krieg mit den Verbrechern, von denen es Hunderttausende gab? Es wurde ein ganzes System einer Abolition geschaffen, das heißt, eine Art Amnestie und Vergessen. [...] Zum Beispiel wurde anerkannt, dass alle Verbrechen, die nach damaligem Recht begangen wurden, keine Verbrechen waren. [...]

Sogar solche Länder, denen sie im Grunde genommen nichts getan haben, erhielten eine, wenn auch kleine, aber immerhin eine gewisse Entschädigung. Italien hat Entschädigungen erhalten, wir nicht. Das werden wir nicht auf sich beruhen lassen.

Grójec, 12. Juli 2022

[81]

Premierminister Mateusz Morawiecki in einer Rede anlässlich des 78. Jahrestags des Ausbruchs des Warschauer Aufstands

—— Die Barbarei der Deutschen, die Bestialität der Deutschen, die die Bewohner von Ochota und Wola Tor um Tor hinauszerrten, sie ermordeten, ist absolut beispiellos und ist bis heute eine große unvergessene Belastung des Gewissens Deutschlands. Das darf nicht vergessen werden, es darf nicht so getan werden, als ob es nicht geschehen wäre. [...]

Wir stehen heute auch vor der Frage: Können diese schrecklichen Opfer, die gebracht wurden, einfach ein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte sein? Ich beantworte diese Frage: Nein, das können sie nicht. [...] Die Nachkommen der Zerstörer und Verbrecher, die heutigen Deutschen, müssen begreifen, dass es ohne tatsächliche Wiedergutmachung keinen Abschluss dieses Aspekts der Geschichte geben kann. Jede Gerechtigkeit, die Wahrheit über diese Zeit, die Wiederherstellung des Gemeinwohls und die Versöhnung müssen mit elementarer Gerechtigkeit verbunden sein. Das wiederum bedeutet eine Rechenschaftspflicht hinsichtlich dieser grausamen Verbrechen.

Warschau, 1. August 2022

[57]

Paweł Zalewski, Abgeordneter von Polska 2050 in einer Rede im Sejm

——— Premierminister Morawiecki spricht so, als hätte es vor uns keinen Brief der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe, als hätte es keinen Stomma, Bartoszewski, Skubiszewski, Mazowiecki gegeben (*Beifall*).

Warschau, 5. August 2022

[92]

Arkadiusz Mularczyk in einem Interview mit „Gazeta Polska“

——— Die Welt sollte das Ausmaß der Verluste unseres Staates kennen, und diese Frage muss in den deutsch-polnischen Beziehungen geregelt werden. [...] Deutschland hat kein Recht, an der Spitze der EU und der demokratischen Welt zu stehen, solange es mit den unbezahlten Schulden für die Kriegsverbrechen seiner Väter und Großväter belastet ist. Dieses Versäumnis sollte schwer auf ihm lasten, und in seinem Interesse und um seines Ansehens willen wäre es die beste Lösung, diese peinliche Angelegenheit so schnell wie möglich zu beseitigen.

Warschau, 31. August 2022

[58]

Łukasz Lipiński, Publizist, in „Polityka“

——— Natürlich bestreitet niemand das Ausmaß der nicht nur materiellen Verluste, die Polen durch den von Hitler-Deutschland entfesselten Krieg erlitten hat. Es gibt auch keinen Zweifel, dass die Polen keine angemessene Wiedergutmachung für diese Verluste erhalten haben. Aus völkerrechtlicher Sicht sieht die Sache jedoch schlecht aus: 77 Jahre sind seit dem Krieg vergangen, Polen hat seit 33 Jahren eine Regierung, die eine Entschädigung hätte fordern können und dies nicht getan hat. Es gibt auch kein internationales Gremium, das uns solche Reparationen zusprechen könnte. Deutschland müsste sich freiwillig auf ein solches Verfahren einlassen und hat deutlich gemacht, dass es das Thema für erledigt hält. Darüber hinaus hat ein Regierungssprecher in Berlin angedeutet, dass, wenn wir die Entscheidungen wiederaufgreifen wollen, die den 2. Weltkrieg abschließen, sich die Gespräche auf die Westgrenzen Polens erstrecken könnten. Es sieht also nicht so aus, als könnte Polen auf diesem Weg etwas von Deutschland bekommen, stattdessen laufen wir Gefahr, die Krise in den Beziehungen zu Berlin zu vertiefen, und das zu einer Zeit, in der wir Verbündete brauchen wie nie zuvor in den letzten dreißig Jahren.

Warschau, 7. September 2022

[49]

Zbigniew Gluza, Leiter des Zentrums KARTA, in seiner Rede auf der Veranstaltung „Dzień Niemiecki“ (Deutscher Tag)

——— Aus heutiger Sicht erkennt man, wie unlogisch sich die nachbarschaftlichen Beziehungen durch die Jahrzehnte gestalteten. In den 80er Jahren Entschlossenheit, die offiziell verordnete Feindschaft zu beenden; in den 90er Jahren – enthusiastisches Überwinden von Grenzen, in Fortführung des Falls der Berliner Mauer; im 21. Jahrhundert – immer bessere Zusammenarbeit auf

zivilgesellschaftlicher Ebene, jedoch Stück für Stück eingefroren durch die polnische Innenpolitik, die sich antideutscher Ressentiments bedient.

Warschau, 7. September 2022

[65]

Aus einer Sejmdebatte

——— **Adrian Zandberg, Abgeordneter der Lewica (Die Linke):** Wenn Sie so viele Jahre lang nichts getan haben, warum werden die Reparationen dann jetzt, am Vorabend des Wahlkampfs, aus dem verstaubten Regal geholt? [...] Wo ist die geplante diplomatische Operation in dieser Frage, meine Damen und Herren? Wo sind die Verbündeten? Wo sind denn die Artikel in den wichtigsten deutschen Zeitungen, in denen wir unsere Erwartungen darlegen? Eine seriöse Informationskampagne [...], denn verzeihen Sie mir, aber die Versendung eines Berichts an die Briefkästen der Parlamentarier im Bundestag ist keine seriöse Informationskampagne und das reicht nicht. [...] Wir haben seit vielen Monaten nicht einmal mehr einen Botschafter in Berlin.

Warschau, 14. September 2022

[94]

Arkadiusz Mularczyk: Ich möchte der Hohen Kammer meinen aufrichtigen Dank dafür aussprechen, dass sie [...] eine äußerst wichtige Entschließung über den Anspruch Polens auf Wiedergutmachung für die von Deutschland während des 2. Weltkriegs verursachten Schäden angenommen hat. [...] Vor uns, meine Damen und Herren, liegt ein langer Weg. Sicherlich ein schwieriger Weg, aber ich bin überzeugt, dass wir, wenn wir geeint sein werden, erfolgreich sein werden.

Violetta Porowska, Abgeordnete der PiS: Mit unserem Geld, polnischem Geld, ist Deutschland reich geworden. Heute weigern sich dieselben Deutschen, Nachkommen von Dieben, Nachkommen von Banditen, uns zu entschädigen, weil es angeblich keinen entsprechenden rechtlichen Weg geben würde, weil es keine internationalen Rechtswege geben würde, die eine solche Entschädigung erlaubten, weil alles bereits abgeschlossen sei. Das behaupten die Deutschen und manchmal auch einige Vertreter der Opposition [...]. Die deutschen Medien in Polen torpedieren uns weiterhin mit solchen Argumenten.

Warschau, 15. September 2022

[95]

Annalena Baerbock, deutsche Außenministerin, während ihres Besuchs in Polen anlässlich des 30. Jahrestages der deutschen Wiedervereinigung

——— Ich bin stolz, dass Polen dieses wiedervereinte Deutschland zu seinen Freunden zählt. Das war möglich, weil Sie, vor allem Dingen als Bürgerinnen und Bürger, uns die Hand gereicht habt. Nach dem 2. Weltkrieg, nach furchtbarsten deutschen Verbrechen, waren Polinnen und Polen bereit, sich uns zuzuwenden. [...]

Wir sind miteinander verbunden, auf ewig, als Enkelinnen und Enkel, als Schwiegersöhne, als Kolleginnen und Kollegen, als Nachbarn, als Freundinnen. Was wir haben, ist eine Herzensfreundschaft zwischen Millionen von Menschen. Eine Freundschaft und Partnerschaft, die stärker ist als politische

Meinungsverschiedenheiten. Eine Freundschaft, an der wir immer neu arbeiten müssen, so herausfordernd das manchmal sein mag – um eine Erosion dessen zu verhindern, was wir durch den *Nachbarschaftsvertrag* erreicht haben. Das ist unsere politische Verantwortung.

Warschau, 3. Oktober 2022

[74]

Julia Dahm, Journalistin, in einem Kommentar für das Portal Euractiv.pl

——— Noch am selben Tag [der Rede Baerbocks in Warschau] unterzeichnete der polnische Außenminister Zbigniew Rau eine an Berlin gerichtete diplomatische Note, in der man von Deutschland offiziell Kriegsreparationen in Höhe von 1,3 Billionen Euro fordert.

Brüssel, 4. Oktober 2022

[10]

Theophil Gallo, ein deutscher Kommunalbeamter, während des Kongresses der Deutsch-Polnischen Gesellschaften

——— Je schlechter die Verhältnisse auf Regierungsebene, desto enger sollten wir zusammenarbeiten. Man dürfe es nicht dazu kommen lassen, dass die vor Langem gebauten Brücken eingerissen würden.

Rzeszów, 7. Oktober 2022

[46]

Jarosław Kaczyński bei einem Treffen mit Einwohnern von Częstochowa

——— Polen will weder ein russisch-deutsches Kondominium noch eine deutsche Einflussphäre sein. Wir wollen ein Polen mit Subjektcharakter, das Wirkung entfalten kann. [...]

Für uns ist die Europäische Union eine Maske Deutschlands. Brüssel ist die Maske Berlins. [...] Unter keinen Umständen stimmen wir einer von Deutschland geführten EU zu. Die EU darf nicht wie Stelzen für Deutschland sein, damit es eine Weltrolle spielen kann, denn es ist zu klein, zu schwach für diese Weltrolle, aber es will sie unbedingt spielen.

Tschenstochau, 15. Oktober 2022

[36]

Ryszard Wilczyński, Abgeordneter der Bürgerplattform, in einer Rede im Sejm

——— Was sagt der Parteivorsitzende? Die EU – das ist Deutschland. Sie sind dabei, den Polen die Europäische Union madig zu machen, Sie gewöhnen sie an den Gedanken, dass man ohne die Europäische Union auskommen könne. Dies sind Vorboten des Austritts aus der EU.

Warschau, 27. Oktober 2022

[95]

Jerzy Baczyński in „Polityka“

——— Die „Deutschen“ (unbedingt in Anführungszeichen, weil sie wie ein Avatar für den internen Gebrauch sind) schlüpfen im politischen Theater der PiS unfreiwillig in die Rolle von Post-Nazis. In diesem Spektakel wird das Angebot,

uns sowohl mit Patriots [Raketen] als auch mit EU- und damit „deutschen“ Geldern zu versorgen, als eine Falle für unsere Souveränität dargestellt. Angesichts des realen und brutalen Kriegs an unseren östlichen Grenzen [...] werden diese Wahlkampftricks einfach zu einem äußerst unverantwortlichen Spiel mit den nationalen Interessen und der Sicherheit. Ich rufe Sie dringend auf, den patriotischen Plattitüden dennoch die Patriots hinzuzufügen. Letztendlich möge der Parteivorsitzende sie wie zwei nackte Schwerter behandeln, die von den Deutschen geschickt wurden.

Warschau, 30. November 2022

[1]

Mariusz Blaszczak, Verteidigungsminister, in einer Rede

im Sejm

—— Das geringe Engagement Deutschlands bei der Unterstützung der Ukraine ist eine Tatsache [...]. Es lässt sich jedoch nicht leugnen, dass die deutsche Regierung bei uns in Polen, in den Oppositionspolitikern, überzeugte Fürsprecher hat. Hätten Sie die polnische Armee während Ihrer Regierungszeit mit dem gleichen Engagement modernisiert, mit dem Sie jede Entscheidung der deutschen Regierung verteidigen, wären wir heute eine Militärmacht (*Beifall*). [...] Sie haben sich darauf verlassen, dass Russland sich um unsere Energiesicherheit kümmert und Deutschland um unsere militärische Sicherheit. Sie haben sich verkalkuliert.

Warschau, 1. Dezember 2022

[96]

Jarosław Kaczyński während einer Fraktionssitzung der PiS

—— Für die Europäer sind harte Zeiten gekommen. Deutschland hat seine Karten auf den Tisch gelegt und will ein Viertes Reich errichten. Das werden wir nicht zulassen!

Warschau, 1. Dezember 2022

[9]

Ryszard Kalisz, Politiker, in einer Sendung des Fernsehsenders TVN

—— Der Herr Parteivorsitzende ist der Realität leider völlig entrückt. Alles, was jetzt in Deutschland geschieht, mit einem Vierten Reich zu vergleichen, zeugt davon, dass der Parteivorsitzende absolut keine Ahnung von Deutschland und der Welt hat.

Warschau, 3. Dezember 2022

[84]

Jarosław Kaczyński in einem Interview mit der Regionalzeitung „Polska Metropolia Warszawska“

—— Heute haben wir unseren Standpunkt bereits sehr deutlich dargelegt. Sie [die Deutschen] sollten in allem nachgeben, was damit zusammenhängt, Lehren aus unserer Geschichte und insbesondere aus dem 2. Weltkrieg zu ziehen. Sie sollten Entschädigungen zahlen. Sie sollten ehrlich Buße tun, nicht eine, die, sagen wir, halbherzig ist. Sie können nicht mehr wiedergutmachen, was durch die

Straffreiheit von Nazi-Verbrechern entstanden ist, weil sie nicht mehr auf dieser Welt sind, oder wenn doch, dann sind sie bereits vereinzelt, sehr alte Menschen.

Sie sollten ihre Einstellung zu Polen und zu den Polen ändern, denn ich habe Frau Merkel sogar einmal gesagt, dass es Vorfälle gab, bei denen zum Beispiel polnische Europaabgeordnete, die in deutschen Zügen in der ersten Klasse reisten, angegriffen wurden. Ich bitte daran zu denken, dass sie sich davon immer noch nicht geheilt haben, weil sie davon nicht wirklich geheilt worden sind. Die deutschen Eliten nach dem 2. Weltkrieg wollten das überhaupt nicht. Sie wollten eine Amnesie, sie wollten eine Abolition, und diesen Abolitionismus für Verbrecher haben sie tatsächlich verwirklicht. [...] Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass [...] der Versuch, den deutschen Imperialismus – wenn auch in ganz anderen Formen – wieder aufzubauen, wenn er weitergeht, in einer weiteren Katastrophe für Deutschland und leider auch für Europa enden wird.

Warschau, 9. Dezember 2022

[70]

Aus einer Sejmdebatte

——— **Zbigniew Ziobro:** Der neue deutsche Bundeskanzler hat in seinem Regierungsprogramm den Umbau der Europäischen Union zu einem einzigen Staat angekündigt. [...] Keine polnische Regierung kann dem zustimmen angesichts des Bewusstseins, der tausendjährigen Erfahrung, des Wissens um die Hegemonie und Vorherrschaft Deutschlands. Deshalb ist die deutsche Partei in Polen, [...] die bereit ist, deutsche Interessen zu verfolgen, eine so große Gefahr.

Piotr Sak, PiS-Abgeordneter: Sicherlich erinnern Sie sich an den wichtigsten Grundsatz, das Motto der Europäischen Union: in Vielfalt geeint. Es stellt sich heraus, dass es ständig Versuche gibt, Polen unter dem deutschen Stiefel platt zu machen. [...] Die Europäische Union war ein gutes Projekt und eine internationale Schöpfung, und sie kann es auch in Zukunft sein, wenn sie sich auf ihre Wurzeln und ihr Erbe besinnt, denn die derzeitige pangermanische Europäische Union ist leider zu einem Werkzeug des deutschen Expansionismus geworden, und wir müssen einen Dialog mit dieser Macht führen, so wie sie ist (*Beifall*).

Warschau, 13. Dezember 2022

[97]

Robert Farle, fraktionsloser Abgeordneter, in einer Rede im Bundestag

——— Wie toll ist denn die Zusage aus einem Gespräch mit irgendwelchen Leuten in Polen, die uns, Deutschland, zurzeit 1,3 Billionen Euro Reparationsleistungen abverlangen wollen und kein Wort darüber verlieren, dass ein Teil ihrer Gebiete in ihrem eigenen Staat ehemals deutsches Staatsgebiet ist? [...] Wie groß ist das Vertrauen in solche Gespräche?

Berlin, 15. Dezember 2022

[14]

Aus der Mitteilung der Kopernikus-Gruppe

——— Deutschland und Polen befinden sich in großen Vertrauenskrisen. Die Glaubwürdigkeit beider Staaten hat in den letzten Jahren starken Schaden

genommen. Gemeinsam kann es ihnen gelingen, diese Krisen zu überwinden. Dafür ist ein intensiver deutsch-polnischer Dialog die Voraussetzung. [...] Eine Politik der kleinen Schritte und der intensiven Hintergrundgespräche sollte diesen neuen Aufbruch vorbereiten. [...] Wir müssen unsere Nachbarschaft in Europa so gestalten, dass niemand mehr dem anderen den erhobenen Zeigefinger oder gar den Stinkefinger zeigt.

Warschau–Darmstadt, 15. Dezember 2022

[20]

Simona Koß, Vorsitzende des Bundesverbandes Deutsch-Polnischer Gesellschaften, SPD-Abgeordnete, im Interview mit „Dialog“

—— Die Bundesregierung [hat] eine klare Position [was die Reparationen betrifft] bezogen. Das Thema der Reparationen ist aus rechtlicher Sicht abgeschlossen. Es ist sehr schade zu sehen, wie die Vereinigte Rechte in Polen diesen Aspekt mitunter zum Wahlkampfthema macht, was natürlich dazu führt, dass Deutsche und Polen sich vielleicht wieder ein Stückweit voneinander politisch entfremden. Aber [...] wir als Deutsche könnten und sollten viel mehr tun, um das während des 2. Weltkrieges Polen zugefügte Leid stärker im deutschen Bewusstsein zu verankern. Dies ist Teil unserer historischen Verantwortung.

Berlin, Anfang Januar 2023

[40]

Piotr Buras, Politologe, in „Polityka“

—— Die antideutsche Offensive der polnischen Regierung [...] führt dazu, dass Polen die Chance verspielt, die sich aus der Veränderung der deutschen Position [gegenüber Russland] ergibt. Die PiS nutzt die derzeitige Schwäche und das Zögern Deutschlands aus, um ein paar Stimmen von der extremen Rechten zu bekommen. Kurzfristig mag diese Strategie aufgehen, aber sie schwächt dramatisch die Argumente derjenigen Deutschen, die auch in den deutsch-polnischen Beziehungen Raum für eine echte Zeitenwende sehen.

Warschau, 1. Februar 2023

[6]

Zbigniew Rau in einem Interview mit „Gazeta Polska“

—— Im Moment ist die Position unserer deutschen Partner unmissverständlich und allgegenwärtig. Für sie ist das Thema [Reparationen] abgeschlossen. Unserer Meinung nach kann der Fall nicht abgeschlossen sein, weil er nie eröffnet wurde. Wann haben wir uns mit den Deutschen an einen Tisch gesetzt, um darüber zu sprechen? Es ist nicht leicht, diese Barriere zu überwinden, also beginnen wir mit dem, was wir bisher nicht getan haben.

Warschau, 15. Lutego 2023

[72]

Arndt Freytag von Loringhoven, deutscher Botschafter in Polen von 2020 bis 2022, im Interview mit „Polityka“

—— Warschau zieht die nationale Souveränität der europäischen Solidarität vor. Und trotz verständlicher historischer Gründe ist dies eine Haltung, die dem

Aufbau einer starken EU im Wege steht, welche jetzt noch notwendiger sein wird, um Sicherheit und Wohlstand auf dem Kontinent zu gewährleisten. [...]

Eine weitere Bedrohung sind die sich verschlechternden deutsch-polnischen Beziehungen. Über Deutschland zu schimpfen, ist nach wie vor ein Markenzeichen der Regierungspartei PiS. [...] In der gesamten Geschichte der EU gibt es kein anderes Beispiel dafür, dass die Regierung eines Mitgliedstaates so offen Hassausbrüche gegen ein anderes EU-Mitglied, einen engen Nachbarn, unterstützt..

Warschau, 24. Mai 2023

[25]

Premierminister Mateusz Morawiecki in einer Rede

im Sejm

Heute geben viele Länder der Europäischen Union zu, dass das [die Aufnahme von Migranten] ein schrecklicher Fehler war, ein fataler Fehler, dessen Gesichter heute Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr treuer Helfer, ihr treuer Verbündeter Donald Tusk, sind (*Beifall*).

Das ist das Gesicht dieses schrecklichen Fehlers, denn leider, Herr Donald Tusk, muss man wissen, wann man im Interesse der polnischen Staatsraison manchmal zu seinen Verbündeten sagen muss: *nein*, und nicht nur: *danke* oder *spasiba* (*Beifall, Stimme aus dem Saal: Ha, ha, ha!*). Wir Polen wissen ganz genau, was Mitgefühl ist, was Solidarität ist, und niemand wird uns Solidarität beibringen [...], schon gar nicht die Deutschen [...]. Es ist eine Art Paranoia, dass die Deutschen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind und die uns Reparationen zahlen sollten, heute noch die Dreistigkeit besitzen, uns zur Solidarität aufzufordern. [...] Wir werden weder die illegale Migration noch irgendeine Zahlung für nicht aufgenommene Migranten akzeptieren. Das werden wir nicht akzeptieren (*Beifall*). [...]

Wir lassen uns nicht von Kommissaren in Brüssel oder aus Berlin diktieren, was wir zu tun haben, wie wir unsere Grenzen zu schützen haben.

Warschau, 15. Juni 2023

[98]

Arkadiusz Mularczyk in einem Interview mit der

Wochenzeitschrift „wSieci“

Ein Sieg der PiS [bei den kommenden Parlamentswahlen] wird sicherstellen, dass es Deutschland nicht gelingt, die Vergangenheit zu verfälschen, zumindest nicht vollständig. Wir werden die fortschreitende Deformation stoppen. Es wird eine Chance für Gleichberechtigung in den Beziehungen zu Deutschland geben.

Warschau, 19. Juni 2023

[60]

Manfred Weber, CSU-Politiker, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“

Wir befürworten einen Kurs, der Radikale ausschließt. [...] Ich habe drei Bedingungen für jede Zusammenarbeit formuliert: proeuropäische Haltung,

Unterstützung für die Ukraine, Anerkennung der Rechtsstaatlichkeit. Auf diese Weise bauen wir eine Brandmauer gegen die PiS auf. Wir [die Europäische Volkspartei] sind die einzige Kraft, die die PiS in Polen ersetzen und das Land zurück nach Europa führen kann.

Frankfurt am Main, 25. Juni 2023

[53]

Beata Szydło, Europaabgeordnete der PiS, auf Twitter

——— Das heißt, entweder ein unabhängiges Polen, das von der PiS regiert wird, oder eine deutsche Vorherrschaft. Darum wird es bei der nächsten Wahl gehen.

Brüssel, 26. Juni 2023

[66]

Jacek Sasin, Minister für Staatsaktiva, auf Twitter

——— Die Polen entscheiden darüber, wer in unserem Vaterland regiert. Berlin hat hier gar nichts zu sagen.

Warschau, 26. Juni 2023

[66]

Dawid Wildstein, Publizist, in „Gazeta Polska“

——— Das Signal, das Tusks Organisation [Bürgerplattform] in Richtung Berlin sendet, ist eindeutig: „Wir können erfolgreich sein, alle Mann an Deck, ihr müsst uns mit allem unterstützen, was ihr habt. Und wenn der Plan gelingt, gehören wir ganz euch“.

Warschau, 5. Juli 2023

[111]

Leszek Żyliński, Germanist, Leiter des Lehrstuhls für Deutsche Literatur und Kultur vom 19. bis zum 21. Jahrhundert an der Nikolaus-Kopernikus-Universität, in der Vierteljahresschrift „Przegląd Polityczny“

——— In Zeiten politischer Tristesse suchen wir Normalität und Entspannung in der Kultur. Der Zustand der offiziellen deutsch-polnischen Beziehungen ist mehr als schlecht, die Politiker reden nicht mehr miteinander, sondern geben Kommunikés und Erklärungen ab. Deutschland versucht vor allem, den Schaden zu begrenzen und das antideutsche Geschrei der polnischsprachigen, regierungsfreundlichen Medien zu verschweigen, während die Regierenden in Polen diese Beziehungen instrumentalisieren, um bei einer Wählerschaft, die sich von einem mythischen Vierten Reich bedroht fühlt, an Zustimmung zu gewinnen. Das eigentliche Gespräch findet glücklicherweise auf einer niedrigeren Ebene sozialer Kontakte und im weit verstandenen kulturellen Bereich statt.

Thorn

[115]

Malgorzata Chmiel, Abgeordnete der Koalicja Obywatelska (Bürgerkoalition), in einer Rede im Sejm

——— Sie spielen die Polen gegen die Deutschen aus, um Ihre Unfähigkeit zu vertuschen: die hohe Inflation, die Tatsache, dass die Polen jetzt so schlecht leben, dass die Rentner kein Geld haben, um ihre Medikamente zu kaufen, dass

polnische Familien durch diese Inflation, die Sie aufrechterhalten, so stark verlieren, weil Sie dadurch mehr Geld im Staatshaushalt haben. Sie wissen, dass Sie verlieren werden, also suchen Sie nach Schuldigen. [...] Ihr Narrativ wird sein, dass Sie wegen der Deutschen verlieren werden, die sich angeblich in die polnischen Wahlen einmischen.

Warschau, 17. August 2023

[99]

**Adam Glapiński, Präsident der Polnischen Nationalbank,
in einem Interview mit „wSieci“**

—— Die in Deutschland verfolgten Pläne, sei es im Koalitionsvertrag oder direkt von Bundeskanzler Scholz formuliert, bedeuten einen Verlust an politischer, wirtschaftlicher und verteidigungspolitischer Souveränität. [...] Hinzu kommen Thesen, dass all dies letztlich zu einem strategischen, auch militärischen Rückzug der Vereinigten Staaten aus Europa, zur Demontage des Sicherheitssystems und zum Ende der NATO, wie wir sie kennen, führen soll. Das wäre das Ende eines unabhängigen Polens. Wir würden dann in einer Art zentralisierten Struktur aufgehen, die eine modifizierte Version des Deutschen Reiches wäre und auf deren Entscheidungszentrum wir keinen wirklichen Einfluss haben. Das ist ja der ewige Traum der Deutschen. Ich kann sie sogar verstehen; es ist schließlich eine alte Vision, die für sie attraktiv ist. Aber aus polnischer Sicht ist das eine äußerst gefährliche Veränderung. Ich fühle mich als Pole, nicht als Deutscher, und ich bin entschieden dagegen. [...]

Die ewige russisch-deutsche Tendenz, Polen in ein mehr oder weniger abhängiges Kondominium zu verwandeln, kommt leider von Zeit zu Zeit wieder zum Vorschein. Das ist auch dieses Mal der Fall. Der Wunsch, den Einfluss irgendwo an der Weichsel aufzuteilen, ist leider offenkundig. Wir kommen einigen ihrer Pläne ständig in die Quere. Polen ist zu groß, um sich ihrer Oberhoheit passiv zu unterwerfen, um sich nur um die Verschönerung der Städte und das Wohlergehen der Bürger zu kümmern. Aber gleichzeitig sind wir so klein, dass die Verfolgung einer unabhängigen Politik eine große Anstrengung erfordert, Spannungen und Konflikte bedeutet. Aber am Ende zahlt sich das aus. Ich ermuntere die Polen, diesen Kurs beizubehalten.

Warschau, 9. Oktober 2023

[29]

**Friedrich Merz, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion, in einer Rede im Bundestag**

—— Mit der Parlamentswahl in Polen* [...] hat sich ein Fenster, eine neue Gelegenheit für einen Neustart in unseren Beziehungen zu unserem wichtigsten östlichen Nachbarn aufgetan. Polen hat in den zurückliegenden Jahren eine beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung genommen und ist eine treibende Kraft in der Neuorganisation der europäischen Sicherheitsarchitektur. Polen muss für Deutschland wieder ein Partner ersten Ranges werden. Und die

* Die Wahl fand am 15. Oktober 2023 statt.

Bundesregierung sollte bereits jetzt, vor der Regierungsbildung, einen umfassenden Vorschlag für eine neue strategische Agenda mit der voraussichtlich neuen polnischen Regierung erarbeiten.

Berlin, 19. Oktober 2023

[15]

Jarosław Kaczyński in einer Rede anlässlich des polnischen Unabhängigkeitstags

——— Was ich heute zu sagen habe, ist, dass eine große Anstrengung, eine große Konsolidierung unserer Nation, erforderlich ist, um diesen Prozess zu stoppen. Andere Nationen können entscheiden, wie sie wollen. Wir Polen wollen frei und unabhängig sein. Wir wollen uns nicht Deutschland unterordnen, denn das ist der deutsche Plan im Koalitionsvertrag der deutschen Regierung, der von Bundeskanzler Olaf Scholz sogar direkt als Streben nach deutscher Hegemonie dargestellt wird. Wir dürfen nicht die Generation sein, die kapituliert. Wahrscheinlich steht uns ein harter Kampf bevor, denn schließlich werden diejenigen, die heute die Regierung übernehmen wollen, die gerade eine Vereinbarung getroffen haben, [...] diesen Plan verfolgen. Diese Koalition wird von einer Partei angeführt, die nicht polnisch, sondern deutsch ist. Eine externe Partei. Wir müssen kämpfen, kämpfen und nochmals kämpfen. Wir dürfen die Schande von vor über zweihundert Jahren nicht wiederholen.

Warschau, 10. November 2023

[8]

Marek Prawda, polnischer Botschafter in Deutschland von 2006 bis 2012, in einer Rede auf dem 31. Kongress der Deutsch-Polnischen Gesellschaften

——— Die deutsch-polnischen Beziehungen waren für politische Brandstifter stets ein besonderer Anziehungspunkt. Daher sollten wir Argumente finden, mit denen wir uns vor ihnen schützen und sie daran hindern können, in der Gesellschaft die Meinungsführerschaft zu übernehmen.

Berlin, 17. November 2023

[48]

Piotr Grochmalski in „Gazeta Polska“

——— Die Deutschen haben nicht die Absicht, auf jemanden zu hören. Sie verfolgen bereits die paranoide Vision, eine hegemoniale Stellung erlangen zu können. Wir sind in tödlicher Gefahr – auf der einen Seite die Expansion des putinistischen Imperialismus, auf der anderen Seite das starke Wiederaufleben des Machthungers in Deutschland. [...] Diese Hysterie, mit der Deutschland die Bildung eines Vierten Reiches verfolgt, wurzelt in der Erkenntnis, dass, wenn Polen seine militärische Macht ausbauen würde, ein neues Kräfteverhältnis in der gesamten Region entstehen könnte, das Deutschland seine hegemoniale Stellung nehmen würde. Polen würde in einer strategischen Beziehung zu den USA zum Hauptgaranten der europäischen Sicherheit werden. [...] Deshalb versucht Deutschland, Polen in einen Käfig zu sperren, es zu bezwingen und im Rahmen eines Vierten Reichs zu knebeln. Selbst um den Preis der Gefährdung des gesamten Kontinents, aber im Namen kranker deutscher imperialer

Ambitionen. Die deutsche Installation von Donald Tusks Leuten in Polen soll dem dienen.

Warschau, 29. November 2023

[31]

Donald Tusk in einer Rede nach seiner Wahl zum Premierminister durch den Sejm

——— Den letzten Satz, wenn Sie mir gestatten, widme ich dem Herrn Parteivorsitzenden [Jarosław Kaczyński], denn das bin ich meinen beiden Großvätern schuldig. Heute habe ich auch gehört: „Nach Berlin!“, „für Deutschland“, jeden Tag habe ich diese Worte im Fernsehen gehört. Jeden Tag hörte ich diese Platte, die vor vielen, vielen Jahren von Jacek Kurski aufgenommen worden war. [...]

Deshalb möchte ich diesen Sieg – lassen Sie es mich so persönlich sagen – meinen beiden Großvätern widmen. Beide waren polnische Eisenbahner in der Freien Stadt Danzig. [...] Beide verbrachten den Krieg in Konzentrationslagern [...]. Als 90 Prozent der Menschen aus der ehemaligen Freien Stadt Danzig flohen und nach Deutschland gingen, waren unter den wenigen Tausend, die blieben, meine beiden Großväter, denn sie waren Polen: Józef Tusk und Franciszek Dawidowski. Auch ihnen widme ich diesen Sieg (*Beifall, Zuruf aus dem Saal: Bravo!*).

Warschau, 11. Dezember 2023

[100]

Jarosław Kaczyński im Sejm außerhalb der vorgesehenen Rednerliste

——— Ich weiß nicht, wer Ihre Großväter waren, aber eines weiß ich: Sie sind ein deutscher Agent, einfach ein deutscher Agent (*Unruhe im Saal, Stimmen aus dem Saal: Ooo. [...] Schande! [...] einige Abgeordnete skandieren: Nach Berlin! Nach Berlin! Nach Berlin!*)

Warschau, 11. Dezember 2023

[100]

Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Rede im Bundestag

——— Heute Morgen ist Donald Tusk als polnischer Premierminister vereidigt worden. Bevor ich in den kommenden Tagen in Brüssel die Gelegenheit habe, ihn persönlich zu treffen, möchte ich schon von hier aussagen: Herzlichen Glückwunsch, Herr Premierminister, und auf gute Zusammenarbeit! [...] Donald Tusk hat angekündigt, Polen zurück ins Herz der Europäischen Union zu führen. Und genau da gehört Polen hin: in die Mitte Europas als unverzichtbarer Teil unserer Europäischen Union.

Berlin, 13. Dezember 2023

[16]

Dietmar Nietan im „Dialog“

——— Diese Wahl ebenfalls als eine Zäsur betrachtet werden [sollte], die Deutsche und Polen hoffentlich für einen gemeinsamen Neustart nutzen werden. [...] Die Wahl am 15. Oktober hat eines gezeigt: Die Mehrheit der Polinnen und Polen mag Deutschland zwar kritisch sehen, aber steht ihrem großen Nachbarn im Westen nicht feindlich gegenüber. Denn sie sind eher an gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit Deutschland interessiert, statt an eine permanent künstlich

aufgebauchte deutsche Bedrohung zu glauben. Wer auf deutscher Seite hingegen glaubt, mit der Abwahl der Vereinigten Rechten gehen die deutsch-polnischen Beziehungen nun automatisch einer goldenen Ära entgegen, könnte enttäuscht werden. Die in Deutschland in Teilen von Medien und Politik verbreitete Euphorie einer schnellen Besserung könnte sich als Wunschdenken entpuppen, welches die Tiefe der Realitäten nicht richtig zu fassen vermag.

[...] Die Erneuerung der deutsch-polnischen Partnerschaft wird weder schnell oder gar automatisch gelingen. Sie wird Zeit brauchen und Deutschland muss bereit sein, von seiner Seite aus viel zu investieren, um der polnischen Seite glaubhaft anzuführen, die Zeitenwende habe in den Köpfen der politischen Entscheider in Deutschland stattgefunden. [...] Die kommenden Monate werden daher eine Reifepfung für Deutschland und Polen sein.

Berlin

[63]

Aus der Mitteilung der Kopernikus-Gruppe

—— Das Jahr 2024 eröffnet die Chance auf eine Wiederbelebung der deutsch-polnischen Beziehungen nach Jahren des Stillstandes und der Entfremdung auf politischer Ebene. Die Beziehungen neu und besser zu gestalten wird nicht leicht sein, da sowohl die neue Regierung in Polen als auch die Bundesregierung stark von innenpolitischen Problemen beansprucht werden.

[...] Es darf kein Zurück [im polnisch-deutschen Dialog] in alte Muster geben. Die Verantwortung für die Gestaltung der bilateralen Beziehungen in und für Europa liegt auf beiden Seiten von Oder und Neiße. Dies wird einen starken politischen Willen und besondere Kreativität seitens der Regierenden in Berlin und Warschau erfordern.

Warschau–Darmstadt, 17. Januar 2024

[21]

Mariusz Blaszczak, Abgeordneter der PiS, in einer Rede im Sejm

—— Wir befinden uns in einer kritischen Zeit, nicht nur für die Zukunft unseres Landes, sondern für Europa als Ganzes. Jenseits unserer Ostgrenze herrscht Krieg, und in der Europäischen Union werden Pläne geschmiedet, einen Superstaat unter der Aufsicht Berlins zu schaffen und uns mit illegalen Migranten zu überschwemmen. Vielleicht ist das Ihr Plan. Vielleicht ist es das, was Sie wollen, nämlich Polen in einem entscheidenden Moment zu schwächen und gleichzeitig Ihre Schulden bei den Entscheidungsträgern der EU zu bezahlen. Sie haben sich immer nur von Ihren eigenen privaten Interessen leiten lassen.

Warschau, 17. Januar 2024

[101]

Radosław Sikorski, Außenminister, während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Außenministerin Annalena Baerbock

—— Ich werde [...] die Frau Ministerin bitten, dass die deutsche Regierung kreativ darüber nachdenken möge, wie man eine Form der Entschädigung für diese [polnischen] Kriegsverluste bzw. einer Wiedergutmachung finden kann.

Berlin, 30. Januar 2024

[80]

Władysław Kosiniak-Kamysz, Verteidigungsminister und Vize-Premierminister, im Gespräch mit Journalisten nach einem Treffen mit Teilnehmern am Warschauer Aufstand

—— Deutschland hat die Pflicht, sich an seine Vergangenheit zu erinnern und bestimmte Etappen aus der Vergangenheit abzuschließen, die man nicht ohne eine Wiedergutmachung gegenüber Polen abschließen kann. [...] Dies [ein stärkeres deutsches Engagement bei der Hilfe für die Ukraine] wäre die beste Wiedergutmachung, die Einfluss auf die Sicherheit der Republik Polen nehmen würde.

Warschau, 2. Februar 2024

[106]

Małgorzata Golińska, Abgeordnete der PiS, in einer Rede im Sejm

—— Es geht nicht darum, Deutschland aufzurufen, kreativ darüber nachzudenken, wie man eine Form der Wiedergutmachung finden kann. In dieser Sache kann man nicht der Ukraine etwas zahlen, um Wiedergutmachung gegenüber Polen zu leisten. Sobald sich die Koalition des 13. Dezember* mit ihren deutschen Kollegen einigt und sich im Namen des polnischen Staates bereit erklärt, sich kreativ auf Reparationen für das Unrecht der Polen zu verständigen, ist das Thema für immer gestorben. Das ist das wahre Bild, welche Gefahren die Regierung von Donald Tusk schafft (*Beifall*).

Warschau, 7. Februar 2024

[102]

Premierminister Donald Tusk während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz

—— Im formalen Sinne wurden die Reparationen schon vor vielen Jahren abgeschlossen. Aber die materielle und moralische Wiedergutmachung wurde nie realisiert. Daran bin weder ich schuld noch Bundeskanzler Scholz. Das ist wirklich ein Thema für ein ernsthaftes Gespräch, aber nicht so wie meine Vorgänger, sondern anders. Ich werde mit Bundeskanzler Scholz nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit suchen, die aus der Vergangenheit kein Fatum machen, das unsere gegenseitigen Beziehungen belasten würde.

Berlin, 12. Februar 2024

[69]

Jarosław Kaczyński während einer Pressekonferenz

—— Schon sehr oft, und zwar seit langer Zeit, habe ich gesagt, dass die Bürgerplattform eine deutsche Partei ist und dass der Vorsitzende dieser Partei im Wesentlichen im Dienste Deutschlands steht. Wenn jemand das noch nicht geglaubt hat, und ich weiß, dass es solche Menschen gibt, dann gibt es jetzt einen weiteren Beweis dafür, dass dies der Fall ist. Kein anständiger polnischer Politiker könnte so etwas tun**.

Warschau, 13. Februar 2024

[36]

* Die Koalitionsregierung wurde vom polnischen Präsidenten am 13. Dezember 2023 vereidigt. Die Verwendung des Begriffs „Koalition des 13. Dezember“ spielt an den Jahrestag der Einführung des Kriegsrechts 1981 an.

** Gemeint ist, dass Donald Tusk die Reparationsfrage als endgültig abgeschlossen betrachten würde.

Aus der Debatte im Bundestag

— **Dietmar Nietan:** Und auch wenn das Kapitel Reparationen formaljuristisch abgeschlossen ist, bleibt die Frage, was Deutschland noch tun kann, um Wiedergutmachung zu leisten und zu zeigen, dass wir die Lehren aus der Geschichte verstanden haben. Dieses Kapitel ist noch nicht abgeschlossen. Der polnische Außenminister hat zu Recht die deutsche Seite aufgefordert, Kreativität zu zeigen und diesbezüglich noch etwas zu liefern (*Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen*). [...]

Wir leben in Zeiten, in denen Frieden und Freiheit in Europa bedroht sind. Wir sollten jetzt die Chance nutzen, die ausgestreckte Hand der polnischen Freunde anzunehmen, um gemeinsam Europa starkzumachen im Kampf für Frieden und Freiheit. Dabei gilt immer noch der Satz: Einigkeit macht stark.

Petr Bystron, AfD-Abgeordneter: Selbstverständlich gehört Polen [...] zu unseren natürlichen Partnern. [...] Allerdings [...] erfüllt mich die jetzige polnische Regierung mit Sorge; [...] denn die aktuellen Vorgänge seit der Machtübernahme haben nichts mit Demokratie zu tun. (*Dr. Götz Frömming [AfD]: Den ganzen Genderreck jetzt in die Schulen!*)

Die drei Wahlverlierer haben sich zusammengetan, um den Wahlsieger, die PiS, zu verhindern, [...] und gestalten seitdem das Land mit Gewalt um, brechen das Recht und treten jahrhundertelange Traditionen mit Füßen [...]. Erstens. Diese globalistische Regierung trampelt auf dem Vermächtnis des polnischen Papstes Johannes Paul II. herum. Sie beschneidet den Religionsunterricht, sie wirft seine Schriften aus dem Lehrplan zugunsten von links-woherer LGBTQ-Propaganda. [...] Zweitens. Diese Regierung bricht schamlos das Recht. Sie hat den ehemaligen Innenminister und Korruptionsbekämpfer [Leiter der Antikorruptionsbehörde CBA] Mariusz Kamiński ebenso wie seinen Vize Maciej Wąsik verhaftet, und sie hat sie erst nach einem Hungerstreik und nach einer erneuten Amnestie durch den Präsidenten rausgelassen. [...] Drittens. Sie [polnische Regierung] verschafft sich jetzt, weil sie weiß, dass es Unrecht ist, die Deutungshoheit über die Ereignisse dadurch, dass sie sich die Medien krallt. [...] Sie hat doch die gesamte Riege des öffentlich-rechtlichen Fernsehens rausgeschmissen, den TVP-Kanal einfach abgeschaltet [...]. Solche Methoden lehnen wir ab.

Berlin, 22. Februar 2024

[17]

Janusz Reiter, polnischer Botschafter in Deutschland von 1990 bis 1995, in einem Kommentar

— Die toxische Sprache ist auf Regierungsebene verschwunden, der permanente Zustand der Anspannung ist vorüber, aber auf die für Polen wichtigste Frage, wozu wir enge Beziehungen und Zusammenarbeit mit Deutschland brauchen, gibt es bisher keine Antwort. [...] Ohne das wird nichts Größeres in die Wege geleitet. In Polen besteht weiterhin ein tiefsitzendes Misstrauen wie auch der Verdacht, die Zusammenarbeit mit Deutschland sei den polnischen Interessen abträglich. Solange die Polen nicht verstehen, dass sie die Zusammenarbeit nicht deshalb brauchen, weil Deutschland oder EU das so wollen, sondern weil

sie polnischen Interessen entgegenkommt und ohne sie Polen nur Nachteile hat, solange wird es schwierig bleiben, einen Durchbruch zu erzielen.

Warschau

[47]

Aus einer Sejmdebatte

—— **Radosław Sikorski:** Die Interessen Polens und Deutschlands sind natürlich nicht die gleichen. Deutschland hatte seit Jahren eine andere Haltung gegenüber Russland eingenommen als Polen, die unserer Meinung nach opportunistisch gewesen ist. Die derzeitige Koalition hat in vielen Fragen andere Ansichten als die Regierung der Bundesrepublik Deutschland. [...] Meinungsverschiedenheiten bedeuten jedoch nicht, dass wir zu einem ewigen Konflikt verdammt sind. [...]

Wir verbessern die Beziehungen zu Deutschland. Wir haben die konfrontative Rhetorik aufgegeben und sind zu einem sachlichen Dialog zurückgekehrt. [...]

Partnerschaft bedeutet gegenseitigen Respekt für die Interessen des anderen, aber auch Sensibilität und Empathie für humanitäre und historische Fragen, auch im Hinblick auf eine Wiedergutmachung für polnische Bürger, die Opfer der deutschen Aggression und Besatzung während des 2. Weltkriegs waren, und auch für den polnischen Staat angesichts der infolge dieser Aggression erlittenen Verluste. Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, Fragen zu lösen, die für Polen schmerzlich sind.

Arkadiusz Mularczyk: Polen als wichtiges Land in der Europäischen Union, Polen als Träger internationaler Konzepte hat sich von einer Regionalmacht, einer Führungsmacht, einem Partner für Sicherheit und einem Urheber internationaler Initiativen für die Region, wie zum Beispiel der Drei-Meere-Initiative, [unter der neuen Regierung] zu einem Objekt internationaler Konzepte und zu einem Element des deutschen Plans, die Europäische Union zu zentralisieren, gewandelt. Diese Europäische Union soll natürlich unter deutscher Führung zentralisiert werden, und Polen ist einzig und allein ein Element dieses Plans. Gemäß dieser Politik soll Polen zu einem industriellen Freilichtmuseum und gleichzeitig zu einem Lieferanten billiger Arbeitskräfte werden, und zugleich werden die Kompradoren, die Polen heute regieren, mit EU-Posten und verschiedenen Beförderungen und Gratifikationen reichlich entlohnt. Ein Symbol für diese Politik war ein Artikel, den ich vor ein paar Tagen in einem der Portale gesehen habe, wobei das Portal die gut bezahlte Arbeit für polnische Jugendliche bei deutschen Spargelbauern lobte.

Herr Minister, wenn man Ihre Regierungserklärung hört, könnte man den Eindruck gewinnen, dass sie in Absprache mit Berlin geschrieben worden ist, mit den deutschen Stiftungen, die Sie täglich konsultieren und deren Vertreter in der Leitung des Außenministeriums sitzen. Keiner von uns macht sich Illusionen, dass diese Politik zu einem weiteren Reset mit Russland führen wird, einem Reset 2, natürlich von Deutschland umgesetzt. Keiner von uns macht sich Illusionen, dass die heutige internationale polnische Politik und die polnische Diplomatie den Interessen Berlins in allen Bereichen dienen, und dass der Preis dafür ist, den Machterhalt der Koalition des 13. Dezember in Polen

und ein paar lukrative Posten für den derzeitigen Chef der Diplomatie, aber vielleicht auch für Premierminister Donald Tusk, zu sichern.

Die jüngsten Wahlen in Polen waren eine äußerst erfolgreiche Operation der deutschen Diplomatie... *(Stimme aus dem Saal: Wie können Sie es wagen zu lügen? Sie beleidigen...)* ...einer Politik der Unterstützung für einen Politiker, der die deutschen Interessen in Polen Punkt für Punkt verfolgt. [...] Denn es ist im deutschen Interesse, auf alle wichtigen Investitionen in unserem Land zu verzichten, deshalb wird eine Kolonialpolitik gegenüber Polen betrieben, alle entwicklungsfördernden Investitionen werden lahmgelegt. [...] Sie untergraben unser Recht auf Kriegsreparationen... *(Stimme aus dem Saal: Wann?)*... Sie beseitigen die polnische Geschichtspolitik... *(Stimme aus dem Saal: Auf welche Weise?)* ...und aus den Polen, der Nation, macht man Mittäter des Holocaust... *(Stimme aus dem Saal: Wann?)*

Warschau, 25. April 2024

[103]

Aus der Mitteilung der Kopernikus-Gruppe

—— Populismus gefährdet die Sicherheit. Denn er polarisiert, erzeugt gesellschaftliches Misstrauen und lässt internationale Zusammenarbeit erodieren. Populismus erschwert es zudem, in der deutsch-polnischen Partnerschaft zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen, nicht zuletzt im Bereich Sicherheitspolitik.

Wir sollten die Chance nützen, dass wir in Deutschland wie in Polen jetzt proeuropäische Regierungen haben, die sich nicht als populistisch verstehen. Bislang zögern beide Regierungen bei vielen Entscheidungen, auch was die bilateralen Beziehungen betrifft: Es fehlt ihnen – oft aus Angst vor den Populisten – der Mut, über ihren innenpolitischen Schatten zu springen, um die deutsch-polnische Nachbarschaft – und damit Europa – weiter zu gestalten. Wir sollten unsere nationalen Politiken stärker miteinander verschränken – auch um Populismus zu bekämpfen.

[...] Mut, Entschlossenheit und Offenheit für innovative Lösungen sind heute mehr denn je gefragt. Gerade bei der Sicherheitspolitik gilt es für Polen und Deutschland noch entschiedener als bisher, mit mehr Mut gemeinsam zu handeln.

Warschau–Darmstadt, 27. Juni 2024

[54]

Premierminister Donald Tusk während einer Pressekonferenz nach den ersten deutsch-polnischen Regierungskonsultationen seit 2018

—— Es wäre mein Wunsch – auch der Herr Bundeskanzler hat den Wunsch –, dass die deutsch-polnische Zusammenarbeit Europa stabilisiert [...]. Lieber Olaf, ich freue mich sehr, dass wir uns heute treffen konnten, hier in Warschau, hier in diesem tollen Format der Regierungskonsultationen. [...] Wir sind von Anfang an bemüht, weiterhin eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens aufzubauen. Auch wenn wir unterschiedliche Meinungen haben, arbeiten wir daran, wie gemeinsame Lösungen gefunden werden können. [...]

Als Historiker habe ich eine Lektion in meinem Kopf, im Herzen. Gleichzeitig bin ich ein polnischer Politiker, der in Danzig geboren wurde und alle komplizierten Verflechtungen unserer gemeinsamen Geschichte gut versteht. Die Lehre, die wir gemeinsam zu ziehen haben [...] ist die folgende: Kein anderes Volk wie das deutsche und das polnische sollten ein solches Gefühl der Verantwortung für den Schutz Europas vor Außengefahren haben – Polen als eines der größten Opfer des 2. Weltkriegs, Deutschland als Täter und Verursacher dieser Tragödie des 2. Weltkriegs. Als europäische Völker sollten sie heute gemeinsam dafür Sorge tragen, dass Europa sicher ist, dass sich die Tragödie des Krieges auf unserem Boden nie wiederholen darf. Deshalb: Abgesehen von unseren Interpretationen, manchmal Streitigkeiten in Bezug auf die Details und die Techniken, wie wir es zu bewerkstelligen haben, kann ich mir nicht vorstellen, dass Deutschland nicht zu einer führenden Nation wird in Sachen gemeinsamer europäischer, darunter polnischer Sicherheit.

Warschau, 2. Juli 2024

[33]

Bundeskanzler Olaf Scholz in Antwort

——— Wir wollen eine neue Dynamik für unsere Zusammenarbeit schaffen. [...] Mit dem heute beschlossenen deutsch-polnischen Aktionsplan vereinbaren wir eine ganze Palette von Themen und Projekten [...]. Die globalen Herausforderungen unserer Zeit können wir nur gemeinsam angehen, die Sicherheit Europas nur gemeinsam verteidigen und die Zukunft Europas nur gemeinsam voranbringen. [...] Deutschland wünscht sich eine starke polnische Stimme in Europa.

Um eine gute Zukunft gestalten zu können, ist natürlich ein unverstellter Blick auf die Vergangenheit unverzichtbar. [...] Deutschland weiß um die Schwere seiner Schuld, um seine Verantwortung für die Millionen Opfer der deutschen Besatzung – und um den Auftrag, der daraus erwächst. Deutschland wird sich deswegen auch um Maßnahmen zur Unterstützung der noch lebenden Opfer des deutschen Angriffs und der Besatzung in den Jahren 1939 bis 1945 bemühen.

Warschau, 2. Juli 2024

[33]

Präsident Andrzej Duda auf einer Pressekonferenz

——— Wir sollten daran denken, dass Polen durch die nicht provozierte deutsche Aggression im Jahr 1939 und während der deutschen Besatzung gigantische Verluste erlitten hat. Ich teile nicht den Standpunkt, dass Polen wirksam auf seine Rechte und Ansprüche auf Wiedergutmachung des Unrechts verzichtet habe. Wenn der Premierminister mit der deutschen Position einverstanden ist, dass es einen Verzicht gegeben habe, dann bin ich nicht einverstanden.

Warschau, 2. Juli 2024

[79]

Aus der Debatte im Bundestag

——— **Dietmar Nietan:** Nach der bleiernen Zeit einer von der einen Seite gewollten und von der anderen Seite manchmal hingenommenen Entfremdung haben wir in dieser Woche endlich einen befreienden Aufbruch in den deutsch-polnischen



Warschau, 31. Juli 2024. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit vier Teilnehmern am Warschauer Aufstand: Witold Lisowski (erster von links), Leszek Żukowski (zweiter von links), Wanda Traczyk-Stawska (dritte von links) und Anna Przedpeńska-Trzeciakowska (zweite von rechts) im *Park der Aufständischen von Warschau* am Vortag des 80. Jahrestags des Ausbruchs des Aufstands

FOT. OMAR MARQUES / GETTY IMAGES

Beziehungen erleben dürfen. Es war ein echter Neustart, und es war mehr; denn am 2. Juli hat sich in Warschau eine Tür geöffnet: eine Chance auf eine neue Ära.

Anikó Glogowski-Merten, Abgeordnete der FDP: Mit dem neuen Aktionsplan, der diese Woche in Warschau vereinbart wurde, setzt Deutschland gemeinsam mit der neuen polnischen Regierung einen Meilenstein für die Zusammenarbeit unserer beiden Länder. Dieser Plan ist Ausdruck unserer tiefen Verbundenheit. Er ist ein starkes Signal für die Zukunft Europas. Sechs Jahre hat es gedauert, bis eine Regierungskonsultation zwischen Deutschland und Polen wieder möglich war, und sie war dringend nötig. In einer Zeit, in der Europa vor großen Herausforderungen steht, ist ein enger Austausch zwischen unseren Ländern wichtiger denn je. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat uns in aller Deutlichkeit gezeigt, wie wichtig es ist, zusammenzustehen.

Otilie Klein, Abgeordnete der CDU/CSU: Klar ist: Deutschland muss seiner Verantwortung gerecht werden und eine Führungsrolle bei der Sicherheit Europas einnehmen. Das erwarten übrigens auch unsere polnischen Freunde von uns. Das hat Donald Tusk noch mal sehr deutlich gemacht in den letzten Tagen. Und dazu gehört, dass wir vor allem in die eigene Verteidigungsfähigkeit investieren.

Berlin, 4. Juli 2024

[18]

Jarosław Sachajko, Kukiz'15-Abgeordneter, in einer Rede im Sejm

——— Mit dem Geld, das die Deutschen uns für die Kriegsschäden geben müssten, könnten wir 40 Zentralflughäfen bauen: Flughäfen und Hochgeschwindigkeitszüge in ganz Polen, wir könnten 42 Kernkraftwerke bauen. Stellen Sie sich vor, wo Polen in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung stehen würde, wenn die Deutschen den 2. Weltkrieg nicht verursacht hätten.

Warschau, 11. Juli 2024

[104]

Dieter Bingen, Politologe, im „Dialog“

——— 1. September 2024: Vor 85 Jahren überfiel die Deutsche Wehrmacht Polen und löste damit den 2. Weltkrieg aus. [...] An diesem Jahrestag wurde auf dem Gelände der ehemaligen Krolloper [in Berlin] in einer sogenannten „Gedenkversammlung“ unter freiem Himmel ein provisorisches Gedenkzeichen für die Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen nicht gesetzt*, stattdessen eine Informationstafel zur Krolloper enthüllt, verbunden mit der Niederlegung von Blumen ohne Widmung.

Berlin

[3]

* Im September 2021 wurde in Berlin, im Auftrag von Außenminister Heiko Maas, unter Beteiligung polnischer und deutscher Experten ein Konzept für einen „Ort der Erinnerung und der Begegnung mit Polen“ entwickelt. Nach der Bundestagswahl 2021 geriet die Umsetzung dieses Auftrags jedoch ins Stocken. Im August 2023 wurde schließlich ein „Eckpunktepapier“ vorgelegt, das ein „Deutsch-Polnisches Haus“ vorstellte.

Robert Traba, Historiker, im „Dialog“

——— Verdient das Denkmal etwas erheblich Größeres, nämlich eine Veränderung der Philosophie der deutsch-polnischen Beziehungen. Die kulturhistorische Dimension der Partnerschaft sollte ihre Umsetzung in reale Politik und Bildung finden. Für eine solche Wende bestehen in Deutschland solide Grundlagen. Diese werden gebildet von den deutsch-polnischen Städtepartnerschaften, dem Netz aus sozialen Vereinen und Gesellschaften, dem Bildungsfundament in Gestalt eines intensiven Schüleraustausches und dem weltweit zweiten bilateralen Schulgeschichtsbuch *Europa. Nasza historia/ Europa. Unsere Geschichte*; schließlich dem Ergebnis unzähliger kultureller, wissenschaftlicher und künstlerischer Initiativen. Das ist ein ausreichendes Kapital, um das Polen-Denkmal davor zu bewahren, zum Wegweiser degradiert zu werden, und es zu einer Einrichtung werden zu lassen, die lebendig ist und den deutsch-polnischen politischen Beziehungen neue Impulse gibt.

Warschau

[107]

Adam Krzemiński in „Polityka“

——— Mit Deutschland befinden wir uns in einer schwierigen Phase. Mit der „Koalition des 15. Oktober“ verbindet man große Hoffnungen. So manches konnte schon korrigiert werden. Die Konsultationen sind wieder aufgenommen worden, ein Regierungsbevollmächtigter für deutsch-polnische Angelegenheiten ist wieder ernannt worden*, die Frage der Reparationen und Wiedergutmachungen ist modifiziert worden, und der vierte Band des deutsch-polnischen Schulbuchs ist zur Verwendung in Schulen zugelassen worden [...]. Dennoch dominieren Themen, bei denen man sich nur schwer einigen kann... Möglicherweise wird es erst nach den Wahlen in beiden Ländern im nächsten Jahr zu einem tiefgreifenden Durchbruch kommen. Und zu einem neuen Ton bei gegenwärtigen Debatten.

Warschau, 25. September 2024

[41]

Peter Heidt, FDP-Abgeordneter, in einer Rede im Bundestag

——— Stehen wir immer noch vor gewaltigen Herausforderungen. Wir können eben nicht ausschließen, dass Russland innerhalb der nächsten Jahre auch unsere NATO-Partner wie die baltischen Staaten oder Polen angreift. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Alles andere wäre naiv. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist aber nur einer von vielen Schauplätzen, auf denen sich die Frage entscheiden wird, ob die Menschen in Deutschland und in Europa weiterhin in Frieden und Sicherheit werden leben können.

Berlin, 26. September 2024

[19]

* Ernannt wurde am 15. Juni 2024 Prof. Krzysztof Ruchniewicz.



Allenstein, 3. September 2024. Demonstration „Stoppt die Zerstörung Polens“ anlässlich einer Pressekonferenz von Vertretern der PiS. Der Protest richtete sich gegen die Entscheidung des Bildungsministeriums, den letzten Band des deutsch-polnischen Lehrbuchs *Europa – Unsere Geschichte* zuzulassen, der zuvor von der PiS blockiert worden war

FOT. ŁUKASZ KOZŁOWSKI, ARTUR SZCZEPAŃSKI / OLSZTYN.COM.PL

**Agnieszka Łada-Konefal und Jacek Kucharczyk,
Vorsitzender der Stiftung Instytut Spraw Publicznych
(Institut für öffentliche Angelegenheiten), im *Deutsch-
polnischen Barometer***

— In Polen genießt Deutschland ein gutes Image, aber der Prozentsatz der positiven Meinungen über den deutschen Staat selbst und sein Handeln auf EU-Ebene ist rückläufig. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass manche politische Gruppierungen und mit ihnen verbundene Medien eine antideutsche Rhetorik verwenden und Deutschland in einem schlechten Licht erscheinen lassen. Wie man sieht, kam diese negative Botschaft nicht ganz bei der Öffentlichkeit an, weil der Prozentsatz der negativen Meinungen nicht merklich angestiegen ist, aber sie war wirksam genug, um Zweifel zu säen. [...] Das im Vorjahresvergleich schlechtere Deutschlandbild lässt sich in einem gewissen Grad mit Informationen über die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft, den zunehmenden Rechtspopulismus und die umstrittene Migrationspolitik in diesem Land erklären.

Andererseits verbesserte sich die Bewertung des Zustands der deutsch-polnischen Beziehungen. [...] Die Öffentlichkeit vertraute den mehrfach geäußerten Zusicherungen von Regierungspolitikern, dass die Beziehungen auf den Weg der Zusammenarbeit zurückkehren werden, auch wenn in der Realität nicht viele konkrete Schritte in Richtung einer verstärkten Kooperation unternommen werden konnten. Gleichzeitig ist ein symbolischer Rückgang des Prozentsatzes der befragten Polen zu erkennen, die die Gegenwart und die Zukunft als Priorität in den deutsch-polnischen Beziehungen ansehen [...], und ein Anstieg des Prozentsatzes derjenigen, die die „nicht aufgearbeitete“ Vergangenheit nennen. Das ist auch eine Folge dessen, dass sich in den letzten Jahren die Debatten über die Beziehungen zu Deutschland auf das Thema Reparationen konzentrierten, das von damaligen Regierungskreisen gefördert wurde.

Auf deutscher Seite ist die Verbesserung des Erscheinungsbilds Polens hervorzuheben, sowohl was die Funktionsweise des Staates als auch den Stil der Europapolitik betrifft. [...] Auch bei der diesjährigen Umfrage stellen wir wieder ein relativ hohes Maß an Unwissenheit über das Land unseres östlichen Nachbarn fest. [...] Die Meinungen der Deutschen über Polen sind deutlich weniger ausgeprägt als die der Polen über Deutschland. [...]

Das diesjährige *Deutsch-polnische Barometer* zeigt auch eine gewisse Ermüdung in beiden Ländern in Bezug auf die russische Aggression gegen die Ukraine und die Hilfsmaßnahmen für die kämpfenden Ukrainer. Sowohl in Polen als auch in Deutschland ist die Unterstützung für Maßnahmen zugunsten der Ukraine oder die Aufnahme von Flüchtlingen aus diesem Land rückläufig. Die Öffentlichkeit in beiden Ländern ist der Meinung, dass ihre Regierungen genug getan haben, um der Ukraine zu helfen (obwohl die Polen glauben, dass die Deutschen zu wenig helfen). Berücksichtigt man die anhaltende Intensität des Konflikts und die Notwendigkeit, die militärische, wirtschaftliche und politische Unterstützung für die Ukraine zu verstärken und nicht zu verringern, sind diese Zahlen äußerst besorgniserregend.

“If you see German soldiers, don’t panic. They are here to help”



Breslau, 19. September 2024. Während einer Sitzung des Krisenstabs zur Zeit des Hochwassers im Südwestpolen scherzte Donald Tusk: „Soldaten aus Deutschland haben sich bereit erklärt, hier zu helfen. Wenn Sie deutsche Soldaten sehen, geraten Sie bitte nicht in Panik. Das ist ein Hilfseinsatz“. Eine Aufnahme dieser Äußerung kursierte in den sozialen Medien als Meme.

FOT. X NETZWERK

Die anhaltend hohe Bedrohung durch Russland veranlasst die Öffentlichkeit in Deutschland, einen Wiederaufbau der Bundeswehr als Teil der Stärkung der Sicherheit in der Region zu unterstützen, während in Polen die Skepsis gegenüber den deutschen Plänen in dieser Hinsicht wächst.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass fast ein Jahr nach dem Sieg der proeuropäischen Koalition bei der Parlamentswahl in Polen in den deutsch-polnischen Beziehungen noch viel zu tun ist.

Warschau, Ende 2024

[45]

Quellenverzeichnis

VORBOTEN

1. Władysław Bartoszewski, *Danksagung. Kein Frieden ohne Freiheit*, www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de
2. Kurt Hans Biedenkopf, *O dialogu polsko-niemieckim*, „Kultura” (Paris) nr 11/1985.
3. *Bonn–Warschau: 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen: Analyse und Dokumentation*, Herausgegeben Hans-Adolf Jacobsen und Mieczysław Tomala unter Mitarbeit von Dagmar Kunesch-Jörres, Köln 1992.
4. Andrzej J. Chilecki, *Kronika niemiecka*, „Kultura” (Paris) nr 7–8/1985.
5. Andrzej J. Chilecki, *Kronika niemiecka*, „Kultura” (Paris) nr 7–8/1987.
6. Andrzej J. Chilecki, *Kronika niemiecka*, „Kultura” (Paris) nr 12/1987.
7. Andrzej J. Chilecki, *Kronika niemiecka*, „Kultura” (Paris) nr 3/1989.
8. *Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht 74. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 7. Juni 1984*, www.bundestag.de.
9. *Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht 122. Sitzung, Bonn, Mittwoch, den 27. Februar 1985*, www.bundestag.de.
10. *Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht 33. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 15. Oktober 1987*, www.bundestag.de.
11. *Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht 106. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 10. November 1988*, www.bundestag.de.
12. Jan Dobraczyński, *Sprawy polskie dzisiaj*, „Słowo Powszechnie” nr 172/1984.
13. Hans-Dietrich Genscher, *Tischrede bei einem Besuch des polnischen Außenministers Marian Orzechowski, am 7. April 1986 in Bonn*, „Dialog” nr 1–2/1987.
14. Witold M. Góralski, Jan Barcz, *Dylematy polityki wschodniej Republiki Federalnej Niemiec*, Warszawa 1987.
15. Karol Grodkowski, *Polski problem – Niemcy*, „Tygodnik Mazowski” nr 156, 1986.
16. Herbert Hupka, *Unruhiges Gewissen: ein deutscher Lebenslauf, Erinnerungen*, München 1994.
17. Adam Krzemiński, *Musimy się ruszać*, „Polityka” nr 5/1988.
18. Adam Krzemiński, *Pamięć szorstkiego kraju*, „Polityka” nr 35/1985.
19. Adam Krzemiński, *Poczet rewanżystów*, „Polityka” nr 37/2006.
20. Jan Józef Lipski, *Antyniemiecka karta reżimu*, „KOS” nr 60, 1984.
21. *List otwarty RKW „S” Mazowsze do Willy Brandta*, „Tygodnik Mazowsze” nr 148, 1985.
22. Beata Ociepka, *Związek Wypędzonych w systemie politycznym RFN i jego wpływ na stosunki polsko-niemieckie, 1982–1992*, Wrocław 1997.
23. Maciej Pniewski, *Polsko-niemieckie realia*, „Metrum” nr 52, 1986.
24. Elizabeth Pond, *Auschwitz Youth Center Founded on Need for Emotion, Reflection. Group Sees Donation of Center as Victory for Healing Process*, www.csmonitor.com.

25. Mieczysław F. Rakowski, *Dzienniki polityczne*, t. 10, 1987–1990, Warszawa 2005.
26. Zbigniew Ramotowski, *Chadeckie rozdroże „polityki wschodniej”. Spór o deklarację kanclerza wobec Polski*, „Życie Warszawy” nr 99/1985.
27. Volker Rühle, *Unikajmy uliczek bez wyjścia*, „Polityka” nr 53/1988.
28. *Sprawozdanie Stenograficzne z 19 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 6 i 7 maja 1987 r.*, Biblioteka Sejmowa.
29. *Sprawozdanie Stenograficzne z 39 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 13 i 14 października 1988 r.*, Biblioteka Sejmowa.
30. Sprawozdawca, *Zjazd „Ślązaków”*, „Kultura” (Paris) nr 9/1985.
31. *Stimmungshoch über Deutschland*, „Der Spiegel” nr 10/1985.
32. Andrzej Szczypiorski, *Notizen zum Stand der Dinge*, aus dem Poln. von Klaus Staemmler, Zurich 1992.
33. Józef Szrett, *Das Tal zwischen den Bergen*, „Kultura. Sondernummer Deutsch-Polnischen Beziehungen Gewidmet”, Paris 1984.
34. *Teurer Prüfstein*, „Der Spiegel” nr 20/1987.
35. Dawid Warszawski, *Niemcy – sprawa polska*, „KOS” nr 53, 1984 (2. Auflage).
36. Elisabeth Weber, *Dialog polsko-niemiecki*, „Kultura” (Paris) nr 4/1988.
37. Heinrich Windelen, *Das ist doch gar kein Problem*, „Der Spiegel” nr 39/1984.
38. Wiesław Wiśniewski, *Jaka lekcja?*, „Polityka” nr 43/1985.
39. Ryszard Wojna, *Myslenie w kategoriach minionego wieku*, „Rzeczpospolita” nr 245/1985.
40. Anna Wolff-Powęska, *„Zwrot” czy „kontynuacja” w polityce wschodniej RFN?*, „Przegląd Zachodni” nr 5–6/1985.
41. Krystyna Zgorzelska-Zonnowa, *Moja druga podróż do Niemiec*, „Więź” nr 4/1987.

DURCHBRUCH

1. Rudolf Augstein, *Bedrohtes Polen*, „Der Spiegel” nr 2/1994.
2. Władysław Bartoszewski, *Polacy–Niemcy: zapalne punkty*, „Tygodnik Powszechny” nr 18/1990.
3. Peter Bender, *Zrosnięta tkanka*, „Polityka” nr 35/1993.
4. Berlińczyk [Bohdan Osadczyk], *List z Berlina*, „Kultura” (Paris) nr 11/1992.
5. Jan Krzysztof Bielecki, *Eine neue Mauer?*, „Der Spiegel” nr 6/1993.
6. *Bonn–Warschau: 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen: Analyse und Dokumentation*, Herausgegeben Hans-Adolf Jacobsen und Mieczysław Tomala unter Mitarbeit von Dagmar Kunesch-Jörres, Köln 1992.
7. Willy Brandt, *Die europäische Friedensordnung hat Priorität*, „Dialog” nr 3–4/1989.
8. *Das häßliche deutsche Haupt*, „Der Spiegel” nr 6/1992.
9. Karl Dedecius, *Das Buch als Wille und Vorstellung*, www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de.
10. *Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht 154. Sitzung, Bonn, Freitag, den 1. September 1989*, www.bundestag.de.
11. *Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht 39. Sitzung, Bonn, Freitag, den 6. September 1991*, www.bundestag.de.
12. *Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht 202. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 13. Januar 1994*, www.bundestag.de.
13. *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998.

14. Marion Gräfin Dönhoff, *Niemcy zmienili się bardziej niż jakikolwiek inny naród. Koniec stulecia katastrof*, „Polityka” nr 29/1991.
15. Tomasz Gabiś, *Uczmy się geopolityki*, „Myśl Polska” nr 6/1994.
16. Krzysztof Gawlikowski, *W poszukiwaniu nowego miejsca Polski w świecie*, „Kultura” (Paris) nr 10/1990.
17. *Gemeinsame Erklärung der Außenminister von Deutschland, Frankreich und Polen zur Zukunft Europas Weimar, 29. August 1991*, www.auswaertiges-amt.de
18. Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, Berlin 1995.
19. Hans-Dietrich Genscher, *Rede des Bundesaußenministers bei der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze am 14. november 1990 in Warschau*, www.bundesregierung.de
20. Hans-Dietrich Genscher, *Worten müssen auch bei uns Taten folgen*, „Der Spiegel” nr 24/1989.
21. Jarosław Giziński, *Polowanie na sąsiada*, „Wprost” nr 50/1992.
22. Andrzej Hanich, *Jeszcze wokół wizyty kanclerza Kohla na Górze św. Anny...*, „Trybuna Opolska” nr 256/1989.
23. Jerzy Holzer, *Do Europy – z Niemcami*, „Życie Warszawy” nr 71/1991.
24. Jerzy Holzer, *Wrogość, pojednanie, wspólnota interesów*, „Przegląd Zachodni” nr 4/1991.
25. Herbert Hupka, *Unruhiges Gewissen: ein deutscher Lebenslauf, Erinnerungen*, München 1994.
26. Janusz Jaros, *Nie ma wrogości. Korespondencja z Berlina*, „Gazeta Wyborcza” nr 160/1989.
27. J.J., *Kto zamyka bramę do Niemiec*, „Gazeta Wyborcza” nr 6/1990.
28. Hanno Jochimsen, Jerzy Holzer, *Editorial*, „Dialog” nr 3–4/1993.
29. Helmut Kohl, *Ich wollte Deutschlands Einheit*, Berlin 1996.
30. Katarzyna Kołodziejczyk, *W przededniu zjednoczenia Niemiec. Nie należy przerywać rozmów*, „Rzeczpospolita” nr 162/1990.
31. Hartmut Koschik, *Niemcy i Polska w pierwszą rocznicę układu o dobrym sąsiedztwie – droga ku partnerstwu*, „Zbliżenia Polska–Niemcy” nr 2/1993.
32. Nina Kracherowa, *Msza pokoju i pojednania*, „Trybuna Opolska” nr 263/1989.
33. Andrzej Krajewski, *Krzyżowa warta mszy. 30 lat temu zaczął się nowy rozdział w relacjach polsko-niemieckich*, www.kultura.gazetaprawna.pl.
34. Adam Krzemiński, *Gra w długi kolor*, „Polityka” nr 17/1994.
35. Adam Krzemiński, *Polska poduszką narodów*, „Polityka” nr 35/1993.
36. Jan Józef Lipski, *Powiedzieć sobie wszystko... Eseje o sąsiedztwie polsko-niemieckim*, Warszawa 1996.
37. Stanisław Lisiecki, Maria Rutowska, *Z badań nad przemianami społecznymi na pograniczu Polski i RFN*, „Przegląd Zachodni” nr 3/1993.
38. Daniel Luliński, *Minister Krzysztof Skubiszewski: Nieszczęśliwy pomysł spotkania na Górze św. Anny*, „Trybuna Ludu” nr 253/1989.
39. Tadeusz Mazowiecki, *Premier 1989–1990. Pisma i dokumenty*, Warszawa 2023.
40. Tadeusz Mazowiecki, *Rok 1989 i lata następne: teksty wybrane i nowe*, Warszawa 2012.
41. Markus Meckel, *Zu wandeln die Zeiten: Erinnerungen*, Leipzig 2020.
42. Tomasz Merta, *Powrót czarnego luda*, „Opinia” nr 1/1990.
43. Piotr Mierecki, *Polska germanofobia?*, „Sprawa Polska” nr 1/1990.
44. *Msza Pojednania. Długa droga do pojednania*, www.history.krzyzowa.pl.
45. Jan Nowak-Jeziorański, Jerzy Giedroyc, *Listy 1952–1998*, Warszawa 2001.
46. Jan Parys, *Świat według Niemiec*, „Gazeta Polska” nr 9/1994.

47. *Podpisanie traktatu polsko-niemieckiego. Krok ku Europie bez granic*, „Życie Warszawy” nr 256/1990.
48. *Polacy i Niemcy pół wieku później. Księga pamiątkowa dla Mieczysława Pszona*, Kraków 1996.
49. *Polacy–Niemcy: rozmowa o przyszłości*, „Arka” nr 28, 1989.
50. *Polacy wobec zjednoczenia Niemiec. Komunikat z badań*, Warszawa 1990.
51. *Polska wobec zjednoczenia Niemiec 1989–1991. Dokumenty dyplomatyczne*, redakcja Włodzimierz Boro-dziej, wprowadzenie Dominik Pick, Warszawa 2006.
52. Julian Preece, *Unkenrufe*, Berlin 2023.
53. Mieczysław Pszon, *Czy trzeba bać się Niemiec?*, „Tygodnik Powszechny” nr 26/1991.
54. Mieczysław Pszon, *Początek nowego etapu*, „Tygodnik Powszechny” nr 44/1989.
55. Mieczysław F. Rakowski, *Dzienniki polityczne*, t. 10: 1987–1990, Warszawa 2005.
56. Zbigniew Ramotowski, *Polacy, Niemcy, Europa. Na skrzyżowaniu dróg*, „Trybuna Ludu” nr 268/1989.
57. Janusz Reiter, *Ten Niemiec budzi zaufanie*, „Gazeta Wyborcza” nr 101/1990.
58. Volker Rühle, *Opening NATO’s Door*, „Daniel S. Hamilton, Kristina Spohr (red.), Open Door. NATO and Euro-Atlantic Security After the Cold War”, Washington 2019.
59. Volker Rühle, *Shaping Euro-Atlantic Policies. A Grand Strategy for a New Era*, „Survival” 1993, t. 35, nr 2.
60. Krzysztof Skubiszewski, *Nic co niemieckie nie jest nam obojętne*, „Rzeczpospolita” nr 285/1989.
61. Krzysztof Skubiszewski, *Przemówienie z okazji podpisania Traktatu między Rzeczpospolitą Polską a Re-publiką Federalną Niemiec o potwierdzeniu istniejącej między nimi granicy*, „Zeszyty Niemcoznawcze PISM” nr 5/1990.
62. *Sprawozdanie Stenograficzne z 7 posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Ludowej w dniu 12 września 1989 r.*, Bi-blioteka Sejmowa.
63. *Sprawozdanie stenograficzne z 28 posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 kwietnia 1990 r.*, Biblioteka Sejmowa.
64. *Sprawozdanie stenograficzne z 73 posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniach 12, 13 i 14 września 1991 r.*, Biblioteka Sejmowa.
65. *Sprawozdanie stenograficzne z 78 posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniach 16, 17, 18 i 19 paź-dziernika 1991 r.*, Biblioteka Sejmowa.
66. *Sprawozdanie Stenograficzne z 15 posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniach 21, 22 i 23 maja 1992 r.*, Biblioteka Sejmowa.
67. Stanisław Stomma, *Pisma wybrane 1976–2003*, wstęp, wybór i oprac. Radosław Ptaszyński, Kraków 2017.
68. Stanisław Stomma, *Przezwyciężyć dziedzictwo wrogości*, „Res Publica” nr 1–2/1992.
69. Jerzy Surdykowski, *Porozmawiajmy o Niemczech*, „Tygodnik Powszechny” nr 40/1989.
70. Rita Süßmuth, *Rede vor der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hannover am 9. März 1990*, „Dialog. Maga-zin für Deutsch-Polnische Verständigung” nr 3–4/1990.
71. Andrzej Szczypiorski, *Jała nie jest wieczna*, „Gazeta Wyborcza” nr 102/1989.
72. Horst Teltschik, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991.
73. *Traktat wielkich nadziei*, „Trybuna Opolska” nr 140/1991.
74. Leopold Unger, *Widziane z Brukseli*, „Kultura” (Paris) nr 4/1990.
75. Bohdan Urbankowski, *Ćwiczenia z wyobraźni politycznej. Nie dajmy się straszyc Bundeswehrrą*, „Opinia” nr 7/1990.
76. Weg, *Nie mówimy Niemcom: nie!*, „Opinia” nr 2/1990.
77. Erich Wiedemann, *Ein Galgen findet sich für jeden*, „Der Spiegel” nr 49/1992.

78. Jerzy Wiercholski, *Po decyzji władz NRD. Granice puściły!*, „Rzeczpospolita” nr 262/1989.
79. Anna Wolff-Powęska, *Wewnętrzne aspekty zjednoczenia Niemiec*, „Przegląd Zachodni” nr 1/1991.
80. Kazimierz Woynowski, *Kierunek West*, „Myśl Polska” nr 8/1992.
81. Kazimierz Wóycicki, *Czy bać się sąsiadów? Między Rosją a Niemcami*, „Więź” nr 7–8/1989.
82. Kazimierz Wóycicki, *Historyczny moment*, „Życie Warszawy” nr 141/1991.
83. Grzegorz Ziętkiewicz, *Kronika niemiecka*, „Kultura” (Paris) nr 3/1990.
84. *Zjednoczenie Niemiec: czy, kiedy, jak?*, „Życie Warszawy” nr 279/1989.

ERKLÄRUNGEN

1. Johannes von Ahlefeldt, *„Erinnerung, Verantwortung und Zukunft”*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 1/1999.
2. *Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog anlässlich des Gedenkens an den 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes in Warschau*, www.bundespraesident.de.
3. Klaus Bachmann, *Das Schlimmste kommt erst noch*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 2/1998.
4. Klaus Bachmann, *Marnowane szanse dialogu*, „Rzeczpospolita” nr 271/1994.
5. Klaus Bachmann, *Rozwiązywanie otwartych kwestii dwustronnych*, „Rzeczpospolita” nr 171/1998.
6. Arnulf Baring, *Do czego potrzebna jest Polska*, „Polityka” nr 17/1998.
7. *Berliner Appell 1998*, „Das Ostpreußenblatt” nr 37/1998.
8. Wacław F. Catus, *Imperialistyczne gesty RFN*, „Myśl Polska” nr 21/1994.
9. Wiesław Chrzanowski, *Inny jest nasz czas*, „Polityka” nr 22/1994.
10. *Der Zusammenarbeit Polens und Deutschlands nicht dienlich. Ein „Resolutionswechsel” zwischen Sejm und Bundestag*, „Blätter für deutsche und internationale Politik” nr 8/1998.
11. *Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht 31. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 30. März 1995*, www.bundestag.de.
12. *Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht 148. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 12. Dezember 1996*, www.bundestag.de.
13. *Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht 239. Sitzung, Bonn, Freitag, den 29. Mai 1998*, www.bundestag.de.
14. *Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht 247. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 3. September 1998*, www.bundestag.de.
15. *Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht 3. Sitzung, Bonn, Dienstag, den 10. November 1998*, www.bundestag.de.
16. Maria Dmochowska, *Ciekawe, co powie Polakom*, „Polityka” nr 22/1994.
17. „Gazeta Wyborcza” nr 178/1994.
18. Jerzy Giedroyc, *Polska, Niemcy: co dalej?*, „Kultura” (Paris) nr 9/1998.
19. Jerzy Giedroyc, *Przed Dniem Zwycięstwa*, „Tygodnik Powszechny” nr 17/1995.
20. Zbigniew Gluza, *Odkrycie KARTY. Niezależna strategia pamięci*, Warszawa 2012.
21. *Herzog mahnt Verständigung an*, www.welt.de.
22. Helga Hirsch, *Sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen „normal”?*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 1/1995.
23. Rudolf Hoffman, *Nieprzyjemny zgrzyt*, „Trybuna” nr 159/1998.

24. *Interpelacja nr 3401 do ministra spraw zagranicznych w sprawie roszczeń dotyczących polskich ziem północnych i zachodnich, zgłaszanych przez niemieckie organizacje ziomkowskie*, www.orka2.sejm.gov.pl.
25. Ulla Jelpke, *Stimme des Revanchismus: Das Ostpreußenblatt*, www.stade.vvn-bda.de
26. Michał Tomasz Kamiński, *Kwestia honoru, kwestia interesów*, „Mysł Polska” nr 29/1995.
27. Basil Kerski, *Koniec epoki Kohla*, „Kultura” (Paris) nr 1–2/1999.
28. Basil Kerski, *Polska–Niemcy: po Dniu Zwycięstwa*, „Kultura” (Paris) nr 7–8/1995.
29. Małgorzata Kołodziejczak, *Zjednoczenie Niemiec – szansa czy zagrożenie dla Europy?*, „Przegląd Zachodni” nr 2/1997.
30. Tadeusz Kosobudzki, *MSZ od A do Z. Ludzie i sprawy Ministerstwa Spraw Zagranicznych w latach 1990–95*, Warszawa 1997.
31. Adam Krzemiński, *Bułki i heroína*, „Polityka” nr 36/1995.
32. Adam Krzemiński, *Czułe anteny*, „Polityka” nr 42/1994.
33. Adam Krzemiński, *Czwarte podejście*, „Polityka” nr 30/1998.
34. Adam Krzemiński, *Kanonierki na kotwicy*, „Polityka” nr 33/1995.
35. Adam Krzemiński, *Znikający trójkąt*, „Polityka” nr 28/1997.
36. Adam Krzemiński, Günter Filter, *Editorial*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazin Polsko-Niemiecki” nr 2/1997.
37. Claus Leggewie, *Nikt nie spadł w otchłań*, „Polityka” nr 39/1994.
38. Susanne Lenz, *Im Osten gebacken – im Westen verkauft*, www.berliner-zeitung.de.
39. Zbigniew Lipiński, *Hołd Bartoszewskiego*, „Mysł Polska” nr 21/1995.
40. *Manifestacja Młodzieży Wszechpolskiej*, „Nasz Dziennik” nr 181/1998.
41. *Martwa Europa. Spór Hansa Magnusa Enzensbergera z Ryszardem Kapuścińskim o Europie prowadzi Adam Krzemiński*, „Polityka” nr 20/1994.
42. Andrzej Mirski, *Czego chcą Niemcy?*, „Gazeta Polska” nr 51–52/1995.
43. *Na świecie*, „Polityka” nr 39/1998.
44. *Niemcy a sprawa polska*, „Gazeta Polska” nr 30/1998.
45. *Niezależny apel poległych*, „Gazeta Wyborcza” nr 177/1994.
46. Stanisław Nowak, *Niemcy z niecierpliwością oczekiwali na pozwolenie osiedlenia się w Polsce*, „Zielony Sztandar” nr 25/1996.
47. Marek Orzechowski, *Dzielenie ofiar*, „Polityka” nr 9/1999.
48. Witold Pawłowski, *Dzień zwycięstwa, dzień klęski?*, „Polityka” nr 14/1995.
49. Jerzy Podbielski, *Sprywatyzujmy własność poniemiecką*, „Nasz Dziennik” nr 182/1998.
50. „Polityka” nr 37/1994.
51. „Polityka” nr 19/1996.
52. „Polityka” nr 23/1996.
53. Jan Pruszyński, *Oddać każdemu, co mu się należy*, „Rzeczpospolita” nr 244/1998.
54. *Rede vor Sejm und Senat im polnischen Parlament in Warschau während des offiziellen Besuchs von Bundeskanzler Kohl in der Republik Polen*, www.bundeskanzler-helmut-kohl.de.
55. Konrad Rękas, *Pierwszy parlament IV Rzeszy*, „Mysł Polska” nr 41/1998.
56. Edwin Rożubirski, *To jest błąd*, „Polityka” nr 22/1994.
57. Jacek Safuta, *Polska ciuciubabka*, „Polityka” nr 47/1997.

58. Adam Schaff, *Dążyć do Unii, ale do niej nie wstępować*, „Prawo i Gospodarka” nr 91/1998.
59. *Spotkania wypędzonych*, „Karta” nr 29, 1999.
60. *Sprawozdanie Stenograficzne z 20 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 maja 1994 r.*, Biblioteka Sejmowa.
61. *Sprawozdanie Stenograficzne z 53 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 i 30 czerwca 1995 r.*, Biblioteka Sejmowa.
62. *Sprawozdanie Stenograficzne z 75 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14 i 15 marca 1996 r.*, Biblioteka Sejmowa.
63. *Sprawozdanie Stenograficzne z 13 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4 i 5 marca 1998 r.*, Biblioteka Sejmowa.
64. *Sprawozdanie Stenograficzne z 23 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1, 2 i 3 lipca 1998 r.*, Biblioteka Sejmowa.
65. Andrzej Stach, „*Polenwitze*” czyli niemieckie „*polish jokes*”, „Kultura” (Paris) nr 7–8/1997.
66. Erika Steinbach, *Diabelski krąg pojednania*, „Polityka” nr 36/1998.
67. Leszek Szaruga, *Ożywienie?*, „Kultura” (Paris) nr 9/1994.
68. *Tag der Deutschen Einheit 1994, Rede des polnischen Schriftstellers Andrzej Szczypiorski*, www.bundesregierung.de.
69. Mieczysław Tomala, *Polacy–Niemcy. Wzajemne postrzegania*, Warszawa 1994.
70. Mieczysław Tomala, *Polen–Deutschland: Die historische Chance nutzen*, „Dialog: Magazin für deutsch-polnische Verständigung” nr 1–4/1994.
71. Mariusz Urbanek, *Niewidzialna ręka i Mein Kampf*, „Polityka” nr 40/1998.
72. Mariusz Urbanek, *Ryżowe pola*, „Polityka” nr 26/1996.
73. *Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten sind eine Brücke zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn*, dip.bundestag.de.
74. Lech Wałęsa, *Nie walczyliście daremnie!*, „Gazeta Wyborcza” nr 178/1994.
75. Anna Wolff-Powęska, *Gedenken und Vergessen sind Teil des Geschichte*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 1/1995.
76. Anna Wolff-Powęska, *Przemilczenia i nieprawdy*, „Gazeta Wyborcza” nr 220/1998.
77. Wiktor Woroszyński, *Dzienniki*, t. 3, 1988–1996, Warszawa 2019.
78. Tadeusz Seweryn Wróblewski, *Prasa polska i niemiecka o pięćdziesiątej rocznicy zakończenia wojny*, „Przegląd Zachodni” nr 1/1996.
79. *Wypędzeni oskarżają*, „Nasz Dziennik” nr 133/1998.
80. Andrzej Zakrzewski, *Kiedy kończy się wojna*, „Polityka” nr 22/1994.
81. Bolesław Zaremba, *Testament Fryderyka Wielkiego*, „Myśl Polska” nr 13/1995.
82. *Zum 50. Jahrestag des Kriegsendes*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 1/1995.
83. Stanisław Żerko, *Nacjonalizm i „zrastanie się” Europy (dyskusja polityków polskich i niemieckich: Tadeusza Mazowieckiego, Mieczysława F. Rakowskiego, Helmuta Schmidta i Friedricha Schorlemmera)*, „Przegląd Zachodni” nr 1/1995.

EINBEZIEHUNG

1. *Akt symboliczny. Świadczenia z Niemiec dla ofiar zbrodni nazistowskich w Polsce. Formuła „pragmatyczna” w świetle porozumień z lat 1991 i 2020*, Wrocław 2022.

2. Klaus Bachmann, *Von der Euphorie zum Mißtrauen. Deutsch-polnische Beziehungen nach der Wende, „Osteuropa“* nr 8/2000.
3. Klaus Bachmann, *Więcej pokory, „Rzeczpospolita“* nr 154/2002.
4. Jerzy Baczyński, *Przestańmy się straszyć, „Polityka“* nr 47/2001.
5. Władysław Bartoszewski, *Przeciw wybiórczej pamięci, „Rzeczpospolita“* nr 191/2003.
6. „Biuletyn Komisji Spraw Zagranicznych” nr 109/IV, www.orka.sejm.gov.pl.
7. Włodzimierz Borodziej, *Porozmawiajmy o propozycji Meckela, „Rzeczpospolita“* nr 56/2002.
8. *Bundespräsident Johannes Rau und der Präsident der Republik Polen, Aleksander Kwasniewski, haben heute in Danzig folgende gemeinsame Erklärung abgegeben, www.bundespraesident.de.*
9. Jerzy Buzek, Gerhard Schröder, *Wspólna przyszłość ma na imię Europa, „Rzeczpospolita“* nr 269/2000.
10. Alexander Bürgin, Jürgen Hogrefe, *Angst vor Polen, „Der Spiegel“* nr 33/2001.
11. *Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht 109. Sitzung, Berlin, Freitag, den 9. Juni 2000, www.bundestag.de.*
12. *Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht 144. Sitzung, Berlin, Freitag, den 19. Januar 2001, www.bundestag.de.*
13. *Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht 176. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 21. Juni 2001, www.bundestag.de.*
14. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 59. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 10. September 2003, www.bundestag.de.*
15. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 78. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 26. November 2003, www.bundestag.de.*
16. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 92. Sitzung, Berlin, Freitag, den 13. Februar 2004, www.bundestag.de.*
17. *Die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit am Anfang des 21. Jahrhunderts. Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und ihre Partnerorganisationen, Herausgegeben von Constantin Goschler in Zusammenarbeit mit José Brunner, Krzysztof Ruchniewicz und Philipp Ther, Band 1, Göttingen 2012.*
18. Xymena Dolińska, Mateusz Fałkowski, *Polska–Niemcy. Wzajemny wizerunek w okresie rozszerzania Unii Europejskiej, Warszawa 2001.*
19. *Dwadzieścia lat temu Polska weszła do UE. Włodzimierz Cimoszewicz: Polacy i Niemcy się wymieszali, to było wzruszające, www.polskieradio24.pl.*
20. *Europe and America Must Stand United, www.archive.globalpolicy.org.*
21. Joschka Fischer, *Was haben wir uns angetan?, „Die Zeit“* nr 36/2003.
22. Roland Freudenstein, *Die deutsch-polnische Streitgemeinschaft, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki“* nr 65, 2003/04.
23. Roland Freudenstein, Henning Tewes, *Skończmy z tą nieufnością, „Gazeta Wyborcza“* nr 186/2000.
24. Bronisław Geremek, Joschka Fischer, *Schlüssel zum Aufbau einer stabilen Europäischen Union, www.ta-gesspiegel.de.*
25. Zbigniew Gluza, *Wypędzeni wszystkich krajów, „Rzeczpospolita“* nr 176/2002.
26. Krystyna Grzybowska, *Niemcy, zamłczcie nad tą trumną, „Gazeta Polska“* nr 44/2003.
27. Jürgen Hogrefe, Jürgen Leinemann, *Ein latenter Verdacht, „Der Spiegel“* nr 36/1999.
28. *Informacja o pracach komisji sejmowych, www.orka.sejm.gov.pl.*
29. Jan Maria Jackowski, *Drang nach Osten?, „Nasz Dziennik“* nr 202/1999.
30. *Jak patrzeć na Polskę, Niemcy, świat? Księga jubileuszowa profesora Eugeniusza Cezarego Króla, Warszawa 2017.*
31. Jacek C. Kamiński, *Deutschland über alles, „Nowa Myśl Polska“* nr 8/2001.

32. Basil Kerski, *Problemy są gdzie indziej*, „Rzeczpospolita” nr 114/2002.
33. Adam Krzemiński, *Obwarzanek z zakalcem*, „Polityka” nr 6/2003.
34. Adam Krzemiński, *Partnerzy niepełnokaloryczni*, „Polityka” nr 29/2001.
35. Adam Krzemiński, *Polska–Niemcy. czas wojennych rocznic*, „Polityka” nr 33/1999.
36. Adam Krzemiński, *Polskie żale w Berlinie*, „Polityka” nr 47/1999.
37. Aleksander Kwaśniewski, *Polen ist altes Europa*, „Der Spiegel” nr 18/2003.
38. Hans-Jürgen Leersch, *Polen lehnt Stoibers Vorstoß zur Abschottung ab*, www.welt.de.
39. Agnieszka Łada, *Debata publiczna na temat powstania Centrum przeciw Wypędzeniom w prasie polskiej i niemieckiej*, Wrocław 2006.
40. Antoni Macierewicz, *Antypolska prowokacja*, „Głos” nr 21/2002.
41. Claus Christian Malzahn, *Im Schatten einer Geste*, „Der Spiegel” nr 50/2000.
42. Christoph von Marschall, *Innenpolitischer Missbrauch*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazin Polsko-Niemiecki” nr 3–4/1999.
43. Zbigniew Mazur, *Centrum przeciwko Wypędzeniom (1999–2005)*, Poznań 2006.
44. Markus Meckel, *Dlaczego Wrocław?*, „Rzeczpospolita” nr 56/2002.
45. Adam Michnik, Adam Krzemiński, *Breslau, nicht Berlin*, www.welt.de.
46. *Na świecie*, „Polityka” nr 25/2000.
47. *Niemiecki spór*, „Gazeta Wyborcza” nr 111/2002.
48. *Ostpreußen verpflichtet*, Hamburg 2003.
49. Witold Pawłowski, *Słowa na rocznicę*, „Polityka” nr 37/2000.
50. Antoni Podolski, *Nie wybaczaj za wcześniej*, „Życie” nr 199/1999.
51. *Politik*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazin Polsko-Niemiecki” nr 64, 2003.
52. *Polska racja stanu a problem niemiecki – dyskusja panelowa z udziałem ministrów spraw zagranicznych: Władysława Bartoszewskiego, Bronisława Geremka, Andrzeja Olechowskiego, Adama D. Rotfelda*, „Przeгляд Zachodni” nr 2/2004.
53. Marek Prawda, *Odlóżył mity dyżurne*, „Gazeta Wyborcza” nr 114/2000.
54. Henryk Przemyski, *Kto skorzystał?*, „Nasz Dziennik” nr 139/2001.
55. Krzysztof Rak, *Więcej realizmu*, „Życie” nr 60/2000.
56. *Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich des 50. Jahrestages der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am „Tag der Heimat”*, www.politische-reden.eu.
57. Monika Rotulska, *Dyplomatyczny dołek*, „Nasz Dziennik” nr 171/1999.
58. Jan Skórzyński, *Sprawa do załatwienia*, „Rzeczpospolita” nr 236/1999.
59. *Spór o charakter i siedzibę*, „Rzeczpospolita” nr 114/2002.
60. *Sprawozdanie Stenograficzne z 47 posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniach 8, 9 i 10 kwietnia 1999 r.*, Biblioteka Sejmowa.
61. *Sprawozdanie Stenograficzne z 93 posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniach 6, 7 i 8 grudnia 2000 r.*, Biblioteka Sejmowa.
62. *Sprawozdanie Stenograficzne ze 110 posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniach 5, 6 i 7 czerwca 2001 r.*, cz. I, Biblioteka Sejmowa.
63. *Sprawozdanie Stenograficzne z 2 posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniach 25 i 26 października 2001 r.*, www.orka.sejm.gov.pl.
64. *Sprawozdanie Stenograficzne z 23 posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniach 5, 6 i 7 czerwca 2002 r.*, www.orka.sejm.gov.pl.

65. *Sprawozdanie Stenograficzne z 40 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 21, 22, 24 i 24 stycznia 2003 r.*, www.orka.sejm.gov.pl.
66. Jacek Turczyński, *Wielu tego nie dożyło*, „Gazeta Polska” nr 1/2000.
67. Marian Turski, *Odszkodowanie: negocjować!*, „Polityka” nr 42/1999.
68. Erich Wiedemann, *Handfeste Drohung*, „Der Spiegel” nr 39/2003.
69. Piotr Wierzbicki, *Ziemia*, „Gazeta Polska” nr 51/2001.
70. Anna Wolff-Powęska, *Wokół najnowszego sporu o przeszłość polsko-niemiecką*, „Przegląd Zachodni” nr 1/2004.
71. Christian Wulff, *In Europa liegt für Deutschland und für Polen die Zukunft*, [in:] *Meine Polen – meine Polen: Zugänge und Sichtweisen*, Herausgegeben von Dieter Bingen, Marek Haub und Matthias Weber, Wiesbaden 2016.

SLALOM

1. Bart, *„Widoczny znak” do Bundestagu*, www.wyborcza.pl.
2. Władysław Bartoszewski, *Der arme Tusk*, „Die Zeit” nr 50/2007.
3. Władysław Bartoszewski, *Niemcy są gotowe pójść na ustępstwa*, „Dziennik” nr 29/2008.
4. Władysław Bartoszewski, *To jest zasadnicza i definitywna decyzja*, „Polska The Times” nr 261/2008.
5. Natalia Basek, *Polski rząd wg Steinbach*, www.e-polityka.pl.
6. Peter Bender, *Stosunki polsko-niemieckie – wczoraj i dziś*, „Przegląd Zachodni” nr 4/2004.
7. Volker Berresheim, *Przystąpienie Polski do Unii Europejskiej widziane z niemieckiej perspektywy*, [w:] *Polska–Niemcy a rozszerzenie Unii Europejskiej*, t. 1, Warszawa 2004.
8. Jędrzej Bielecki, *Merkel: Rada nie dla Eriki Steinbach*, „Dziennik” nr 40/2009.
9. Jędrzej Bielecki, *Nie ma zgody na Steinbach, mówi Władysław Bartoszewski*, „Dziennik” nr 39/2009.
10. Piotr Buras, *Mangel an Engagement*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazin Polsko-Niemiecki” nr 68, 2004.
11. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 4. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 30. November 2005*, www.bundestag.de.
12. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 214. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 26. März 2009*, www.bundestag.de.
13. *Die Herrschaft der Zwillinge*, „Der Spiegel” nr 29/2006.
14. Stefan Dietrich, *Opinie*, „Rzeczpospolita” nr 40/2009.
15. Jędrzej Dmowski, *Rozmowa na temat stosunków polsko-niemieckich oraz oszacowania strat wojennych Warszawy i Mazowsza*, „Stolica Wolności”, August 2004.
16. Anna Fotyga, *Pierwiastek nie umarł*, „Wprost” nr 27/2007.
17. Gerhard Gnauck, *Perspektiven: Deutsch-polnische Beziehungen nach den Regierungswechseln in Berlin und Warschau*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazin Polsko-Niemiecki” nr 72–73, 2005/06.
18. Janusz W. Gołębiowski, *Europejskie uwarunkowania stosunków polsko-niemieckich*, [w:] *Polska–Niemcy a rozszerzenie Unii Europejskiej*, t. 1, Warszawa 2004.
19. Konstantin von Hammerstein, *Dünnes Eis*, „Der Spiegel” nr 21/2006.
20. Piotr Jendroszczyk, *Nowe oblicze Eriki Steinbach*, www.rp.pl.
21. Piotr Jendroszczyk, *Oddajcie pół Lidzbarka*, „Rzeczpospolita” nr 66/2007.
22. Jarosław Kaczyński, *Playback*, „Wprost” nr 28/2006.

23. Jarosław Kaczyński, *Układ z Kaczmarkiem*, „Wprost” nr 34/2007.
24. Lech Kaczyński, *Die Schuld würde wieder relativiert*, „Der Spiegel” nr 10/2006.
25. Roland Kirsch, *Da müssen sie mit dem Panzer kommen!*, „Die Zeit” nr 23/2004.
26. Felix Knüpling, *Vom Balkan bis zum Hindukusch. Rot-grüne Außenpolitik vor neuen Herausforderungen*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 69–70, 2005.
27. Berthold Kohler, *Die alte polnische Phobie*, www.faz.net.
28. Peter Köhler, *Polens neue Kartoffel*, www.taz.de
29. Zdzisław Krasnodębski, *Niemcy poprą każdego przeciw Kaczyńskim*, „Rzeczpospolita” nr 194/2007.
30. Andrzej Krawczyk, *Z życzliwością pracujemy nad nowym terminem*, www.t.prezydent.pl.
31. Adam Krzemiński, *Ani Schroeder, ani Merkel?*, „Polityka” nr 37/2005.
32. Adam Krzemiński, *Co na sercu, co na wątrobie*, „Polityka” nr 29/2006.
33. Adam Krzemiński, *O parę słów za daleko*, „Polityka” nr 38/2004.
34. Adam Krzemiński, *Polska, Niemcy: pomysł na przełom*, „Gazeta Wyborcza” nr 8/2009.
35. Adam Krzemiński, *Przedwiośnie*, „Polityka” nr 11/2006.
36. Adam Krzemiński, *Randka w ciemno*, „Polityka” nr 49/2005.
37. Adam Krzemiński, *Wiatr od Helu*, „Polityka” nr 12/2007.
38. Adam Krzemiński, *Widoczne znaki*, „Polityka” nr 11/2009.
39. Adam Krzemiński, *Wojna czy pokój*, „Polityka” nr 37/2007.
40. *Kultur*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 69–70, 2005.
41. *Kulturkampf*, www.faz.net.
42. Kai-Olaf Lang, *Dla wielu Niemców na Odrze zaczyna się straszny Wschód*, „Rzeczpospolita” nr 290/2007.
43. Albrecht Lempp, *Nie rozmawiajmy o Steinbach*, www.wyborcza.pl.
44. Zbigniew Lipiński, *Die Strasse frei...*, „Nowa Myśl Polska” nr 27–28/2004.
45. Maciej Łopiński, *Nie my odwołaliśmy Trójkąt Weimarski*, www.prezydent.pl.
46. Zbigniew Mazur, *Centrum przeciwko Wypędzeniom (1999–2005)*, Poznań 2006.
47. Mariusz Muszyński, Krzysztof Rak, *Macocha Europy*, „Wprost” nr 26/2007.
48. Michael G. Müller, *Polsko-niemiecki podręcznik do historii*, www.dw.com.
49. *Nasz powrót nad Odrę i Bałtyk*, „Nowa Myśl Polska” nr 21/2004.
50. Christian Neef, Jan Puhl, *Die vierte Republik*, „Der Spiegel” nr 44/2005.
51. *Odpowiedź ministra spraw zagranicznych – z upoważnienia prezesa Rady Ministrów – na interpelację nr 8212 w sprawie prawa Polski do reparacji wojennych od Niemiec*, www.orka2.sejm.gov.pl.
52. Marek Ostrowski, *Jak pić kwas pruski*, „Polityka” nr 25/2004.
53. Marek Ostrowski, *Po co nam zagranica*, „Polityka” nr 28/2006.
54. *Panorama*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 84, 2008.
55. Jerzy Pilch, *Prezydent z Generalnej Guberni*, „Polityka” nr 42/2005.
56. *Polityka*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 68, 2004.
57. Gerhard Schröder, *Die strategischen Herausforderungen erfordern primär keine militärischen Antworten*, www.ag-friedensforschung.de.
58. Gerhard Schröder, *Wir beugen uns in Scham*, www.faz.net.
59. Konrad Schuller, *Ein „neues Kapitel“ für Polen und Deutschland*, www.faz.net.

60. Jacques Schuster, *Erstaunlicher Kaczynski*, www.welt.de.
61. Gesine Schwan, *Nasze psy Pawłowa*, „Polityka” nr 35/2006.
62. *Siedemnaście lat temu Lech Kaczyński otworzył Muzeum Powstania Warszawskiego. Przypominamy przemówienie śp. Prezydenta!*, www.wpolicyce.pl.
63. Radosław Sikorski, *Polska–Niemcy. Partnerstwo dla Europy*, „Przegląd Zachodni” nr 3/2008.
64. *Sprawozdanie Stenograficzne z 96 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 21 stycznia 2005 r.*, www.orka.sejm.gov.pl.
65. *Sprawozdanie Stenograficzne z posiedzenia Zgromadzenia Narodowego w dniu 23 grudnia 2005 r.*, www.orka.sejm.gov.pl.
66. *Sprawozdanie Stenograficzne z 33 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 25 stycznia 2007 r.*, www.orka.sejm.gov.pl.
67. *Sprawozdanie Stenograficzne z 45 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 6 lipca 2007 r.*, www.orka.sejm.gov.pl.
68. *Sprawozdanie Stenograficzne z 47 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 7 września 2007 r.*, www.orka.sejm.gov.pl.
69. Erika Steinbach, *Erinnern und Verstehen*, www.udva.cdu.de.
70. Erika Steinbach, *Grandioses Versagen*, „Der Spiegel” nr 39/2004.
71. Frank-Walter Steinmeier, *Rede vor dem 13. Deutsch-Polnischen Forum*, www.auswaertiges-amt.de.
72. Stanisław Stomma, *Czy fatalizm wrogości? Refleksje o stosunkach polsko-niemieckich 1871–1933*, Wrocław 2005.
73. Jerzy Sulek, *Na drodze do porozumienia i pojednania z Niemcami. Wybór tekstów z lat 1989–2009*, Warszawa 2009.
74. Paweł Świeboda, *Polska–Niemcy: niby-miłość*, „Gazeta Wyborcza” nr 58/2009.
75. Wolfgang Thierse, *Im wirklichen Leben sind wir gute Freunde*, www.deutschlandfunk.de.
76. Donald Tusk, *Perspektiven: Was für eine Union braucht Polen, was für eine Gemeinschaft braucht Europa?*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 80–81, 2007/08.
77. *Uchwała Sejmu RP z dnia 10 września 2004 w sprawie praw Polski do niemieckich reparacji wojennych oraz w sprawie bezprawnych roszczeń wobec Polski i obywateli polskich wysuwanych w Niemczech*, „Monitor Polski” 2004, nr 39 poz. 678.
78. *Udział Prezydenta RP w uroczystościach z okazji 60. rocznicy wybuchu Powstania Warszawskiego*, www.prezydent.pl.
79. Thomas Urban, *Viel Lärm um wenig*, www.sueddeutsche.de.
80. *Wehrmacht im Wahlkampf*, „Der Spiegel” nr 42/2005.
81. Anna Wolff-Powęska, *Nadchodzi godzina prawdy*, „Rzeczpospolita” nr 39/2009.
82. Anna Wolff-Powęska, *Straszenie Niemców*, „Gazeta Wyborcza” nr 214/2004.
83. Paweł Wroński, *Z Niemcami się dogadamy, z tarczą zobaczymy*, „Gazeta Wyborcza” nr 260/2007.
84. *Wystawimy Niemcom rachunek. Uchwała Kongresu Ligi Polskich Rodzin*, „Nowa Myśl Polska” nr 39/2004.

PARTNERSCHAFT

1. *Ambasada RP w liście do niemieckiej telewizji: „film niesprawiedliwy i obraźliwy”*, www.tvn24.pl.
2. *Barometr Polska–Niemcy 2013. Wizerunek Niemiec i Niemców w polskim społeczeństwie po dziesięciu latach wspólnego członkostwa w Unii Europejskiej*, Warszawa 2013.

3. Dieter Bingen, *Neugier und Wissen*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazin Polsko-Niemiecki” nr 91, 2010.
4. Piotr Buras, *Deutschland–Polen: Hin zu neuen Ufern?*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazin Polsko-Niemiecki” nr 95, 2011.
5. *Chronik*, „Polen-Analysen” nr 73/2010.
6. Andrzej Dera, *Minister złożył hołd berliński*, www.polskieradio24.pl.
7. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 3. Sitzung, Berlin, Dienstag, den 10. November 2009*, www.bundestag.de.
8. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 115. Sitzung, Berlin, Freitag, den 10. Juni 2011*, www.bundestag.de.
9. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 123. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 7. September 2011*, www.bundestag.de.
10. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 147. Sitzung, Berlin, Freitag, den 2. Dezember 2011*, www.bundestag.de.
11. *Dwadzieścia lat później: rozmowy o polsko-niemieckim Traktacie o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy*, pod red. Tytusa Jaskułowskiego i Karoline Gil, Wrocław 2011.
12. Stefan Dyroff, *Tür an Tür. Polen–Deutschland. 1000 Jahre Kunst und Geschichte*, „Kunsttexte” nr 4/2011.
13. *Erklärung zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts*, www.bundesstiftung-aufarbeitung.de.
14. Erich Follath, Jan Puhl, *Das Wunder von nebenan*, „Der Spiegel” nr 21/2012.
15. Rüdiger Freiherr von Fritsch, *Magnetyczny związek*, „Polityka” nr 7/2014.
16. *Für eine starke Stimme in Europa. Gemeinsamer Wahlaufruf von CDU und CSU zur Europawahl am 7. Juni 2009*, www.kas.de.
17. Joachim Gauck, *Niemcy nie dążą do hegemonii w UE*, www.tvn24.pl.
18. Joachim Gauck, *Tak, podróż do Polski była wyborem mojego serca*, www.rmfm24.pl.
19. Zbigniew Gluza, *Nagroda obywatelska*, „Karta” nr 61, 2009.
20. Gerhard Gnauck, *Die Empörung der Polen ist berechtigt*, www.welt.de.
21. Krystyna Grzybowska, *W drodze do największych Niemiec*, „Gazeta Polska” nr 32/2010.
22. Gunter Hofmann, *Bliższe spotkania*, „Polityka” nr 29/2010.
23. Izabella Jachimska, *Po publikacji „Bilda”: Niemcy chcą zapomnieć o tym, że byli sprawcami*, www.wiadomosci.wp.pl.
24. Krzysztof Jasiewicz, *Ilość w historii*, „Karta” nr 59, 2009.
25. Piotr Jendroszczyk, *Wysiedleni domagają się uznania*, www.rp.pl.
26. Jarosław Kaczyński, *Nie odtwarzajmy Cesarstwa Niemieckiego*, „Rzeczpospolita” nr 286/2011.
27. Jarosław Kaczyński, *Polska naszych marzeń*, Lublin 2011.
28. Jarosław Kaczyński, *Tusk nadal boi się Kaczyńskiego*, „Gazeta Polska” nr 36/2010.
29. Jerzy Kochanowski, *Barwy września*, „Polityka” nr 36/2009.
30. Zdzisław Krasnodębski, *Niemieckie centrum Europy*, „Do Rzeczy” nr 4/2013.
31. Adam Krzemiński, *Deutschland–Polen: Ein europäischer Abenteuer*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazin Polsko-Niemiecki” nr 100, 2012.
32. Adam Krzemiński, *Komorowski w Berlinie, Merkel w Warszawie*, „Polityka” nr 26/2011.
33. Adam Krzemiński, *Merkotusk*, „Polityka” nr 37/2013.

34. Adam Krzemiński, *Rzeczpospolita Europa*, „Polityka” nr 50/2011.
35. Adam Krzemiński, *Widoczny znak pokoju*, „Polityka” nr 51–52/2009.
36. Kai-Olaf Lang, *Europa: Das deutsch-französische Tandem und Polens Marginalisierungsängste*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 99, 2012.
37. Gabriele Lesser, *Politiker mit Augenmaß: Ein Porträt des neuen polnischen Staatspräsidenten Bronisław Komorowski*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 93, 2010.
38. Marek Magierowski, *Polska nie jest kondominium niemiecko-rosyjskim*, www.rp.pl.
39. Krzysztof Malinowski, *Polska i Niemcy w Unii Europejskiej – możliwości i bariery współpracy*, „Przegląd Zachodni” nr 2/2012.
40. *Nasze matki, nasi ojcowie: Niemieccy historycy przyznają rację polskim*, www.newsweek.pl.
41. *Niemiecka minister „słonicą”*, www.tvn24.pl.
42. Krzysztof Ogiolda, Jarosław Kaczyński w Opolu: „Mniejszość Niemiecka ma za dużo przywilejów”, www.nto.pl.
43. *PiS wypędza PO od chadeków*, „Gazeta Wyborcza” nr 123/2009.
44. Marek Prawda, *20 Jahre Nachbarschaftsvertrag. Die deutsch-polnischen Beziehungen und das neue Europa*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 95, 2011.
45. *Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei der Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs am 1. September 2009 in Danzig*, www.bundesregierung.de.
46. Krzysztof Ruchniewicz, *Polacy i Niemcy na moście*, „Odra” nr 9/2013.
47. Andrzej Sakson, *Perspektywy polsko-niemieckiej współpracy*, „Przegląd Zachodni” nr 3/2009.
48. Piotr Sarzyński, *Obok i między*, „Polityka” nr 40/2011.
49. Thomas Schmid, *Polen braucht keine deutschen Belehrungen*, www.welt.de
50. Konrad Schuller, *Tod vor Katyn*, www.faz.net.
51. Piotr Semka, *Powrót podludzi: historia pisana na nowo*, „Do Rzeczy” nr 22/2013.
52. *Sikorski o roli Niemiec w kryzysie euro – treść wystąpienia w Berlinie*, www.forsal.pl.
53. *Sikorski po spotkaniu z Westerwellem: nasze stosunki z Niemcami najlepsze w historii*, www.gazetaprawna.pl.
54. Radosław Sikorski, Frank-Walter Steinmeier, *Aby nigdy więcej. List ministrów Niemiec i Polski*, „Gazeta Wyborcza” nr 204/2009.
55. *Sprawozdanie Stenograficzne z 45 posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniu 1 lipca 2009 r. (drugi dzień obrad)*, www.orka.sejm.gov.pl.
56. *Sprawozdanie Stenograficzne z 64 posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniu 8 kwietnia 2010 r. (drugi dzień obrad)*, www.orka.sejm.gov.pl.
57. *Sprawozdanie Stenograficzne z 87 posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniu 16 marca 2011 r. (pierwszy dzień obrad)*, www.orka.sejm.gov.pl.
58. *Sprawozdanie Stenograficzne z 3. posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniu 15 grudnia 2011 r. (drugi dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
59. *Sprawozdanie Stenograficzne z 11. posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniu 29 marca 2012 r. (drugi dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
60. *Sprawozdanie Stenograficzne z 29. posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniu 11 grudnia 2012 r. (drugi dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
61. *Sprawozdanie Stenograficzne z 35. posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniu 7 marca 2013 r. (drugi dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
62. *Sprawozdanie Stenograficzne z 43. posiedzenia Sejmu Rzeczpospolitej Polskiej w dniu 13 czerwca 2013 r. (drugi dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.

63. Izabela Surynt, *Kontrowersyjny niemiecki serial w TVP. „Musimy o tym rozmawiać”*, www.dw.com.
64. Krzysztof Świerc, *Negatywna ofensywa*, „Wochenblatt” nr 50/2012.
65. Wolfgang Templin, *Vier Jahrzehnte*, [in:] *Meine Polen – meine Polen: Zugänge und Sichtweisen*, Herausgegeben von Dieter Bingen, Marek Hałub und Matthias Weber, Wiesbaden 2016.
66. *Tusk w Parlamencie Europejskim: Europa to najlepsze miejsce na ziemi*, www.newsweek.pl.
67. Piotr Wandycz, *Transatlantische Reflexionen: Sikorskis Berliner Europa-Rede*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 99, 2012.
68. Katarzyna Weintraub, *Obok*, www.dw.com.
69. *Westerwelle wybrał Warszawę*, www.dw.com.
70. Bartosz T. Wieliński, *Niemieckie strachy szefa PiS*, „Gazeta Wyborcza” nr 289/2012.
71. *Wyborcza burza wokół wypędzeń*, www.rp.pl.
72. Henryk Wujec, *Kaczyński traktuje słowa jako rzeczy dla samego mówienia. One nie muszą mieć żadnego związku z rzeczywistością*, www.tokfm.pl.
73. Christian Wulff, *In Europa liegt für Deutschland und für Polen die Zukunft*, [in:] *Meine Polen – meine Polen: Zugänge und Sichtweisen*, Herausgegeben von Dieter Bingen, Marek Hałub und Matthias Weber, Wiesbaden 2016.
74. Przemysław Piotr Żurawski vel Grajewski, *Polska wobec przywództwa Niemiec w Unii Europejskiej*, „Przegląd Zachodni” nr 1/2014.

KRISE

1. *Apel Zespołu ds. Kontaktów z Konferencją Episkopatu Niemiec*, www.episkopat.pl.
2. *Aufruf An den Deutschen Bundestag und die deutsche Öffentlichkeit Ein Polen-Denkmal in der Mitte Berlins Zum Gedenken an die polnischen Opfer der deutschen Besatzung 1939-1945*, www.deutsches-polen-institut.de.
3. Nikolaus Blome, Erich Follath, Matthias Gebauer, Christiane Hoffmann, Uwe Klussmann, Walter Mayr, Christian Neef, Ralf Neukirch, Matthias Schepp, Fidelius Schmid, Gregor Peter Schmitz, Holger Stark, *Bis jenseits der Grenze*, „Der Spiegel” nr 11/2014.
4. Piotr Buras, *Manewry wschodnie*, „Polityka” nr 36/2016.
5. Piotr Buras, *Nawrót niemoty*, „Polityka. Pomocnik Historyczny” nr 8, 2018.
6. Barbara Cöllen, *Schulz o rządach PiS: „Sterowana demokracja w stylu Putina”*, www.dw.com.
7. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 29. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 9. April 2014*, www.bundestag.de.
8. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 50. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 10. September 2014*, www.bundestag.de.
9. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 85. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 5. Februar 2015*, www.bundestag.de.
10. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 120. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 9. September 2015*, www.bundestag.de.
11. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 145. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 16. Dezember 2015*, www.bundestag.de.
12. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 179. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 23. Juni 2016*, www.bundestag.de.
13. *Deutschland und Polen – 100 Jahre nach 1918*, www.deutsches-polen-institut.de.
14. Kai Diekmann, Hans-Jörg Vehlewald, *Sind Sie Polens dunkle Macht, Herr Kaczyński?*, www.bild.de.

15. Joachim Gauck, *tłumacz Polski*, „Polityka” nr 25/2016.
16. J. Kaczyński *nie chce niemieckich żołnierzy w Polsce*. R. Sikorski: *Oni są tu od dawna*, www.wydarzenia.interia.pl.
17. Jarosław Kaczyński, *Bronimy demokracji*, „Do Rzeczy” nr 22/2016.
18. Jarosław Kaczyński, *Jest wielka kwestia rozliczenia tego co Niemcy są nam winni*, www.wiadomości.wp.pl.
19. Jarosław Kaczyński, *Musimy jeszcze mocniej ruszyć do przodu*, „wSieci” nr 16/2016.
20. Jarosław Kaczyński, *Nie będzie zgody na zmiany pozorne*, „Gazeta Polska” nr 40/2017.
21. Jarosław Kaczyński, *Pasożyty i pierwotniaki w organizmach uchodźców groźne dla Polaków*, www.new-sweek.pl.
22. Jarosław Kaczyński, *Polska już nie jest piłką do kopania*, „wSieci” nr 12/2017.
23. Jarosław Kaczyński, *Polska nigdy nie zrzekała się odszkodowań za okres II wojny światowej*, www.dzieje.pl.
24. Basil Kerski, *Deutsch-polnische Reflexionen: Migranten und die Zukunft Europas*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 113, 2015.
25. Grzegorz Kostrzewa-Zorbas, *Niemcy w sprawie migrantów chcą zrealizować dwa cele*, www.wiadomości.onet.pl.
26. Tomasz F. Krawczyk, *Polska i Niemcy razem mogą współtworzyć politykę UE*, www.gazetaprawna.pl.
27. Adam Krzemiński, *Czarny orzeł z siwizną*, „Polityka” nr 40/2015.
28. Adam Krzemiński, *Deutsch-polnische Beziehungen: Vor der Interessen- zur Verantwortungsgemeinschaft*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 109, 2014.
29. Adam Krzemiński, *Tapnięcie*, „Polityka” nr 36/2017.
30. Adam Krzemiński, *Żaba, Katarzyna i gambit Putina*, „Polityka” nr 9/2015.
31. *Kukiz reaguje na skandaliczne słowa szefa PE. Przestrzega przed „drugim Hitlerem”, i przypomina dziadka zamordowanego w Auschwitz*, www.wpolityce.pl.
32. Roman Kuźniar, *Nie możemy liczyć na Niemcy*, „Rzeczpospolita” nr 197/2014.
33. Agnieszka Łada, *Barometr Polska–Niemcy 2016. Polacy i Niemcy o sobie nawzajem 25 lat po podpisaniu Traktatu o Dobrym Sąsiedztwie i Przyjaznej Współpracy*, Warszawa 2016.
34. Antoni Macierewicz, *A co, jeśli naprawdę uderzą*, „wSieci” nr 41/2017.
35. Antoni Macierewicz, *Niemcy są winne Polsce reparacje*, www.polsatnews.pl.
36. Christoph von Marschall, *Antrittsbesuch von Duda: Deutschland und Polen: Zweierlei Solidarität*, www.ta-gesspiegel.de.
37. *Minister obrony Niemiec: „Musimy wspierać opór młodego pokolenia w Polsce”. Ostra reakcja MON i MSZ*, www.forsal.pl.
38. Peter Müller, Ralf Neukirch, Christoph Pauly, Jan Puhl, Christoph Schult, *Abschied vom Rechtsstaat*, „Der Spiegel” nr 2/2016.
39. *Niemcy chcą z Polski zrobić swoją kolonię? „FAZ”: Steinmeier nie dał się sprowokować Kaczyńskiemu*, www.forsal.pl.
40. *Niemcy proszą nas o wsparcie*, www.wyborcza.pl.
41. Dietmar Nietan, *Reparacje nie są warte wojny z Niemcami*, www.wyborcza.pl.
42. Claus Offe, *Patrzymy z bliska, ale z dystansem*, „Polityka” nr 48/2017.
43. Marek Ostrowski, *Unia się dziwi*, „Polityka” nr 4/2016.
44. Daniel Passent, *Koniec belle époque*, „Polityka” nr 36/2014.
45. Wojciech Pięciak, *Do Przyjaciół Niemców*, www.tygodnikpowszechny.pl.

46. Prezydent Andrzej Duda z pierwszą wizytą w Berlinie, www.prezydent.pl.
47. Prof. Pawłowicz: „BOJKOTUJMY, tam gdzie można, towary i banki niemieckie!” Jest też wezwanie do Berlina, by „spłacił historyczne rachunki wobec Polski”, www.wpolidyce.pl.
48. Andrzej Przyłębski, Nie boję się walczyć o dobre imię Polski, „wSieci” nr 11/2019.
49. Jan Puhl, *Milliardenrechnung für Deutschland*, „Der Spiegel” nr 36/2018.
50. Rede von Polens Staatspräsident Bronisław Komorowski bei der Gedenkfeier „75 Jahre Beginn Zweiter Weltkrieg“ (Deutsch), www.bundestag.de.
51. Gregor Schöllgen, *Gefährliche Diskussion*, „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung” nr 36/2017.
52. Konrad Schuller, *Der freundliche Duda*, www.faz.net.
53. Konrad Schuller, *Polens nationaler Weg*, www.faz.net.
54. Schulz krytykuje Polskę za uchodźców, Błaszczak odpowiada: „Niemcy zniszczyli Warszawę”, www.30opolidyka.pl.
55. Tomasz Siemoniak, *Polska i Europa potrzebują silnej Bundeswehry*, www.polska-zbrojna.pl.
56. Radosław Sikorski, *Niemcy nie tacy zli*, „Polityka” nr 45/2018.
57. Sprawozdanie Stenograficzne z 61. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 19 lutego 2014 r. (pierwszy dzień obrad), www.sejm.gov.pl.
58. Sprawozdanie Stenograficzne z 67. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 8 maja 2014 r. (drugi dzień obrad), www.sejm.gov.pl.
59. Sprawozdanie Stenograficzne z 74. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 10 września 2014 r. (pierwszy dzień obrad), www.sejm.gov.pl.
60. Sprawozdanie Stenograficzne z 91. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 23 kwietnia 2015 r. (drugi dzień obrad), www.sejm.gov.pl.
61. Sprawozdanie Stenograficzne z 100. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 16 września 2015 r., www.sejm.gov.pl.
62. Sprawozdanie Stenograficzne z 1. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 18 listopada 2015 r. (czwarty dzień obrad), www.sejm.gov.pl.
63. Sprawozdanie Stenograficzne z 8. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 13 stycznia 2016 r. (pierwszy dzień obrad), www.sejm.gov.pl.
64. Sprawozdanie Stenograficzne z 10. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 29 stycznia 2016 r. (drugi dzień obrad), www.sejm.gov.pl.
65. Sprawozdanie Stenograficzne z 28. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 20 października 2016 r. (drugi dzień obrad), www.sejm.gov.pl.
66. Sprawozdanie Stenograficzne z 60. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 21 marca 2018 r. (drugi dzień obrad), www.sejm.gov.pl.
67. Steinmeier warnt vor Spaltung Europas, www.zeit.de.
68. Frank-Walter Steinmeier, *Bleiben wir im Engen Gespräch und Austausch*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 115, 2016.
69. Frank-Walter Steinmeier, *Ich kann die Angst verstehen*, „Der Spiegel” nr 18/2014.
70. Krzysztof Szczerski, *Niemcy, nasz pierwszy partner*, „Rzeczpospolita” nr 134/2016.
71. Janusz Szewczak, *Projekty Andrzeja Dudy są łatwe do sfinansowania*, www.wpolidyce.pl.
72. Beata Szydło, *Mówienie o reparacjach to upominanie się o to, co się Polsce należy*, www.tvn24.pl.
73. Beata Szydło, *Niemcy próbują szantażować Europę*, www.radiokrakow.pl.
74. Joachim Trenkner, *Die Russland-Versteher: Putin und die „Spaltung“ Deutschlands*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 107, 2014.

75. Joachim Trenkner, *Quadratur des Kreises*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 121, 2017.
76. Waszczykowski dla „Berliner Zeitung”: Berlin troszczy się o interesy Rosji, www.wiadomosci.onet.pl.
77. Waszczykowski u Mazurka: „Dla mnie to, co pokazali na taśmach Sikorski czy Rostowski to aberracja”. I u Żakowskiego: „UE nie jest klubem altruistów!”, www.wpolityce.pl.
78. Bartosz T. Wieliński, *Warszawa–Berlin we mgle*, www.wyborcza.pl.
79. Wojciech Cejrowski krytykowany za słowa, że Szczecin trzeba oddać Niemcom, bo to nie polskie miasto, www.wirtualnemedial.pl.
80. Anna Wolff-Powęska, *Die deutsch-polnische Werte- und Interessengemeinschaft muss verteidigt werden!*, „Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 115, 2016.
81. Łukasz Wójcik, *Ci Obcy*, „Polityka” nr 37/2015.
82. Michał Wybieralski, *Sikorski: Albo poprzecie porozumienie, albo będziecie martwi*, www.wyborcza.pl.

UMBRUCH

1. Jerzy Baczyński, *Patrioty i patrioci*, „Polityka” nr 49/2022.
2. Jerzy Baczyński, *Półwóć i spółka*, „Polityka” nr 28/2022.
3. Dieter Bingen, *Zeichen der Mahnung, Erinnerung und Würdigung*, „Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 148, 2024.
4. Daniel Brössler, *Warum der neue deutsche Botschafter nicht ins Land darf*, www.sueddeutsche.de.
5. *Bundestag beschließt deutsch-polnischen „Ort des Erinnerns und der Begegnung” in Berlin*, „Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 133, 2020.
6. Piotr Buras, *Zawracanie czołgiem*, „Polityka” nr 6/2023.
7. Jacek Czaputowicz, *Polska była dyskryminowana w procesie wypłacania przez Niemcy reparacji*, www.dzieje.pl.
8. *Czeka nas twarda walka. Prezes PiS: Nie chcemy podlegać Niemcom*, www.dorzeczy.pl.
9. *Czwarta Rzesza. Jarosław Kaczyński znów uderza w Niemcy. „Skończycy się pobłażliwość”*, www.wiadomosci.wp.pl.
10. Julia Dahm, *Szefowa niemieckiej dyplomacji odwiedziła Warszawę. Tymczasem Polska przypomina o reparacjach*, www.euractiv.pl
11. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 187. Sitzung, Berlin, Freitag, den 30. Oktober 2020*, www.bundestag.de.
12. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 8. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 15. Dezember 2021*, www.bundestag.de.
13. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 30. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 27. April 2022*, www.bundestag.de.
14. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 76. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 15. Dezember 2022*, www.bundestag.de.
15. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 131. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 19. Oktober 2023*, www.bundestag.de.
16. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 143. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 13. Dezember 2023*, www.bundestag.de.
17. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 154. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 22. Februar 2024*, www.bundestag.de.
18. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 181. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 4. Juli 2024*, www.bundestag.de.

19. *Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 188. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 26. September 2024*, www.bundestag.de.
20. *Deutschland und Polen – das Vertrauen wiedererlangen*, www.deutsches-polen-institut.de.
21. *Deutschland und Polen: Zusammenarbeit neu beleben, stärken und ergänzen*, www.deutsches-polen-institut.de.
22. *Deutschland und Polen: Wir brauchen mutige Stimmen!*, www.deutsches-polen-institut.de.
23. Andrzej Duda, *Reparacje to kwestia odpowiedzialności i moralności*, www.rmf24.pl.
24. Christian Esch, Christiane Hoffmann, René Pfister, Jan Puhl, Brita Sandberg, Bernhrad Zand, *Das deutsche Rätsel*, „Der Spiegel” nr 2/2020.
25. Arndt Freytag-Loringhoven, *Zbijanie z tropu*, „Polityka” nr 22/2023.
26. Rüdiger Freiherr von Fritsch, *Moskwa cierpi na imperium*, „Polityka” nr 5/2022.
27. Filip Gańczak, *Baron z gitarą*, „Polityka” nr 26/2020.
28. *Gedenkfeier zum 80. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges in der Stadt Wieluń*, www.bundespraesident.de.
29. Adam Glapiński, *Powyborczy chaos może nas zrujnować*, „wSieci” nr 41/2023.
30. Piotr Grochmalski, *Niemiecka Europa Scholza*, „Gazeta Polska” nr 51–52/2021.
31. Piotr Grochmalski, *Niemiecki imperializm zabójczy dla Europy*, „Gazeta Polska” nr 48/2023.
32. Piotr Grochmalski, *Niemiecki zamach na Europę*, „Gazeta Polska” nr 49/2020.
33. *Gute Nachbarn, enge Partner und verlässliche Freunde*, www.bundesregierung.de
34. Jarosław Kaczyński, *Nasi polityczni przeciwnicy są gotowi traktować Polskę jako dodatek do Niemiec*, www.polskieradio24.pl.
35. Jarosław Kaczyński, *Nie wiem, czy Niemcy zbroją się przeciwko Rosji, czy przeciwko nam*, www.wiadomosci.wp.pl.
36. Jarosław Kaczyński, *Niemcy prezentują skrajnie rasistowską postawę wobec Polaków*, www.pap.pl.
37. Jarosław Kaczyński, *Polska nie będzie kolonią*, „Gazeta Polska” nr 43/2020.
38. Jarosław Kaczyński, *Unia Europejska nie może być szczudłami dla Niemiec*, www.pap.pl.
39. Sven-Felix Kellerhoff, *Warum in Polen jetzt 850 Milliarden von Deutschland gefordert werden*, www.welt.de.
40. Simona Koß, *Die gegenseitige Wahrnehmung sowie die gesellschaftliche Zusammenarbeit sind von der politischen Wetterlage unabhängiger geworden*, „Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin. Magazin Polsko-Niemiecki” nr 142, 2022/23.
41. Adam Krzemiński, *Chemii z Niemiec brak*, „Polityka” nr 40/2024.
42. Adam Krzemiński, *Niemcy wschodnie?*, „Polityka” nr 35/2019.
43. Adam Krzemiński, *Oto ruszyli spod świąteł*, „Polityka” nr 49/2021.
44. Aleksandra Krzysztozek, *MSZ wydał zgodę. Arndt Freytag von Loringhoven nowym ambasadorem Niemiec w Polsce*, www.euroactiv.pl.
45. Jacek Kucharczyk, Agnieszka Łada-Konefał, *Nadzieja i kryzys: opinia publiczna o wzajemnych relacjach i wspólnych wyzwaniach. Barometr Polska–Niemcy 2024*, Warszawa 2024.
46. Jacek Lepiarz, *Neue Leitung, neue Herausforderungen. Die 30. Jahrestagung der Deutsch-Polnischen und Polnisch-Deutschen Gessellschaften in Rzeszów*, „Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin. Magazin Polsko-Niemiecki” nr 142, 2022/23.
47. Jacek Lepiarz, *Polen und Deutschland: Wie ist Vertrauen wiederzugewinnen?*, „Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin. Magazin Polsko-Niemiecki” nr 147, 2024.
48. Jacek Lepiarz, *Rote Karte für politische Brandstifter. Kongress der Deutsch-Polnischen Gesellschaften in Berlin*, „Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin. Magazin Polsko-Niemiecki” nr 146, 2023/24.

49. Łukasz Lipiński, *Pan Jarosław szuka biliona*, „Polityka” nr 37/2022.
50. Peter Oliver Loew, *Polska nie kojarzy się Niemcom z wojną*, „Dziennik Gazeta Prawna” nr 191/2021.
51. Agnieszka Łada, *Wspólny kierunek – różne perspektywy. Polskie i niemieckie spojrzenia na wzajemne relacje, Europę oraz porządek światowy. Barometr Polska–Niemcy*, Warszawa 2019.
52. Ryszard Łuczyn, Wojciech Szacki, *Partia z narodem*, „Polityka” nr 22/2020.
53. *Manfred Weber kontra PiS. Co tak naprawdę zapowiedział szef Europejskiej Partii Ludowej?*, www.oko.press.
54. *Mehr Mut zu Gemeinsamkeit Sicherheit in den deutsch-polnischen Beziehungen*, www.deutsches-polen-institut.de.
55. *Mit einem Ort des Erinnerns und der Begegnung dem Charakter der deutsch-polnischen Geschichte gerecht werden und zur Vertiefung der besonderen bilateralen Beziehungen beitragen*, www.polendenkmal.de.
56. *Młodzież vs. Janusz Kowalski. Spór o dwujęzyczne tablice*, www.opole-news.pl.
57. Mateusz Morawiecki, *Nie byłoby nas dzisiaj tutaj bez Powstańców Warszawskich*, www.gov.pl.
58. Arkadiusz Mularczyk, *Mamy moralne prawo domagać się reparacji*, „Gazeta Polska” nr 35/2022.
59. Arkadiusz Mularczyk, *Niemcy stosują politykę podwójnych standardów*, www.krakow.tvp.pl.
60. Arkadiusz Mularczyk, *Reparacje. Sukces jest bliżej niż myślicie*, „wSieci” nr 25/2023.
61. Bogdan Musiał, *W Niemczech nie znajdziemy dyplomaty, który nie miałby rodzinnych uwikłań w narodowy socjalizm*, www.wpolityce.pl.
62. *Niemcy chcą wybierać w Polsce prezydenta?. Piątkowa wypowiedź Dudy w zagranicznych mediach*, www.tvn24.pl.
63. Dietmar Nietan, *Eine historische Lehrstunde aus Polen und was die deutsche Politik daraus lernen sollte*, „Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 145, 2023.
64. Dietmar Nietan, *Wir brauchen einen intensiveren Austausch zwischen Politikern und Nichtregierungsinitiativen*, „Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 138, 2021/22.
65. *Ostatnie cztery dekady w relacjach polsko-niemieckich. Historyczna spuścizna XX wieku a wyzwania współczesności*, Warszawa 2022.
66. *Politycy PiS: niemiecki europoseł uważa, że Niemcy są „jedyną siłą mogącą zastąpić PiS w Polsce”. Nie, tego nie mówi*, www.konkret24.tvn24.pl.
67. Marek Prawda, *Wie der Krieg in der Ukraine Europa verändert*, „Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin. Magazyn Polsko-Niemiecki” nr 139–140, 2022.
68. *Premier: ważne, że władze RFN nie zapominają o zbrodniach popełnionych na terenie Polski*, www.dzieje.pl.
69. *Pressekonferenz von Bundeskanzler Scholz und dem Ministerpräsidenten der Republik Polen, Tusk am 12. Februar 2024 in Berlin*, www.bundesregierung.de.
70. *Prezes PiS: Niemcy powinny wypłacić nam odszkodowania i dokonać uczciwej ekspiacji. „Oni się z tego ciągle nie wyleczyli”*, www.wpolityce.pl.
71. *Przemówienie Ministra Spraw Zagranicznych Jacka Czaputowicza w Muzeum Powstania Warszawskiego*, www.gov.pl.
72. Zbigniew Rau, *Dotychczas to my walczyliśmy o siebie i innych, dziś jest inaczej – Ukraińcy walczą za nas. Mamy szczęście*, „Gazeta Polska” nr 7/2023.
73. Zbigniew Rau, *Zmiany na Białorusi są nieodwracalne*, „Gazeta Polska” nr 37/2020.
74. *Rede der Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock, zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2022 in Warschau*, www.bundesregierung.de.
75. *Rede von Außenminister Heiko Maas anlässlich der Gedenkveranstaltung zum Warschauer Aufstand*, www.auswaertiges-amt.de.

76. Rede von Bundeskanzlerin Merkel zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung Auschwitz-Birkenau am 6. Dezember 2019 in Auschwitz, www.bundesregierung.de.
77. Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022, www.bundesregierung.de.
78. Krzysztof Ruchniewicz, *O potrzebie zmiany paradygmatu w relacjach polsko-niemieckich*, [w:] *Sąsiedztwo zobowiązuje... 50 tomów Poznańskiej Biblioteki Niemieckiej*, pod red. Huberta Orłowskiego i Ryszarda Wryka, Poznań 2019.
79. *Różnica zdań po spotkaniu Tuska z Scholzem. Chodzi o reparacje*, www.polskieradio24.pl.
80. Radosław Sikorski, *Będę prosił, by rząd niemiecki pomyślał, jak znaleźć formę rekompensaty strat wojennych*, www.dziewie.pl.
81. Radosław Sikorski, *Kaczyński szczuje na Niemców*, www.rp.pl.
82. *Słowo wstępne Przewodniczącego Fundacji Konrada Adenauera, b. Przewodniczącego Niemieckiego Bundestagu*, [w:] *Akt Dobrosąsiedzki. 30 lat Traktatu Polsko-Niemieckiego o Dobrym Sąsiedztwie i Przyjaznej Współpracy*, red. naukowa Jan Barcz i Krzysztof Ruchniewicz, Wrocław–Warszawa 2021.
83. *Solidarna Polska o powiązaniu wypłat z budżetu UE z tzw. zasadą praworządności*, www.wiadomości.onet.pl.
84. *Śpięcie w studiu TVN po słowach Kaczyńskiego o „IV Rzeszy”*, www.wiadomosci.onet.pl.
85. *Sprawozdanie Stenograficzne z 1. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 19 listopada 2019 r. (trzeci dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
86. *Sprawozdanie Stenograficzne z 11. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 29 kwietnia 2020 r. (pierwszy dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
87. *Sprawozdanie Stenograficzne z 28. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 15 kwietnia 2021 r. (drugi dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
88. *Sprawozdanie Stenograficzne z 46. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 12 stycznia 2022 r. (pierwszy dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
89. *Sprawozdanie Stenograficzne z 49. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 24 lutego 2022 r. (drugi dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
90. *Sprawozdanie Stenograficzne z 51. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 24 marca 2022 r. (drugi dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
91. *Sprawozdanie Stenograficzne z 53. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 27 kwietnia 2022 r. (pierwszy dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
92. *Sprawozdanie Stenograficzne z 59. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 5 sierpnia 2022 r. (czwarty dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
93. *Sprawozdanie Stenograficzne z 61. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 14 września 2022 r. (pierwszy dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
94. *Sprawozdanie Stenograficzne z 61. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 15 września 2022 r. (drugi dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
95. *Sprawozdanie Stenograficzne z 64. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 27 października 2022 r. (drugi dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
96. *Sprawozdanie Stenograficzne z 67. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 1 grudnia 2022 r. (drugi dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
97. *Sprawozdanie Stenograficzne z 68. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 13 grudnia 2022 r. (pierwszy dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
98. *Sprawozdanie Stenograficzne z 77. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 15 czerwca 2023 r. (trzeci dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
99. *Sprawozdanie Stenograficzne z 81. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 17 sierpnia 2023 r. (drugi dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.

100. *Sprawozdanie Stenograficzne z 1. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 11 grudnia 2023 r. (dziewiąty dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
101. *Sprawozdanie Stenograficzne z 2. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 17 stycznia 2024 r. (drugi dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
102. *Sprawozdanie Stenograficzne z 5. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 7 lutego 2024 r. (pierwszy dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
103. *Sprawozdanie Stenograficzne z 10. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 25 kwietnia 2024 r. (drugi dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
104. *Sprawozdanie Stenograficzne z 15. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 11 lipca 2024 r. (pierwszy dzień obrad)*, www.sejm.gov.pl.
105. Frank-Walter Steinmeier, *Ich habe noch auf einen Rest Rationalität von Wladimir Putin gehofft*, www.spiegel.de.
106. Szefer MON wskazuje najlepszy sposób zadośćuczynienia za II wojnę światową, www.bankier.pl.
107. Robert Traba, *„Stellt uns da keinen Wegweiser hin!“ Oder: Wieso wir ein Polen-Denkmal in Berlin brauchen*, „Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin. Magazin Polsko-Niemiecki“ nr 148, 2024.
108. *Tu jest Polska. Janusz Kowalski chce likwidować niemieckie nazwy stacji*, www.wprost.pl.
109. Bogdan Twardochleb, *Grenzregionen in Zeiten der Pandemie*, „Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin. Magazin Polsko-Niemiecki“ nr 131, 2020.
110. Wiceszef MSZ: *jest zgoda na przyjęcie nowego ambasadora Niemiec w Polsce*, www.pap.pl.
111. Dawid Wildstein, *Mnożenie się hołdów berlińskich*, „Gazeta Polska” nr 27/2023.
112. Przemysław Witkowski, *Angst, Neid und Kampf der Kulturen*, „Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin. Magazin Polsko-Niemiecki” nr 134, 2020/21.
113. *Wystąpienie Prezydenta RP w Wieluniu na obchodach 80. rocznicy wybuchu II wojny światowej*, www.prezydent.pl.
114. Zbigniew Ziobro, *Niemcom już nie wystarczy podbój gospodarczy, Polska ma być uległa*, www.wnp.pl.
115. Leszek Żyliński, *Germanica non grata?*, „Przegląd Polityczny” nr 180, 2023.

Personenindex

A

Adalbert von Prag 225
Adenauer Konrad 8, 9, 42
Ahlefeldt Johannes von 131
Andrykiewicz Jan 110
Andrzejczak Andrzej 82
Arciszewska-Mielewczyk Dorota 194
Augstein Rudolf 225
August II der Starke 225

B

Bach-Zelewski Erich von dem 96
Bachmann Klaus 101, 124, 129, 145, 157, 271
Baczyński Jerzy 152, 298, 301
Baerbock Annalena 300, 301, 310
Bahr Egon 14, 38
Baring Arnulf 120
Bartoszewski Władysław 34, 47, 67, 69, 105, 107, 108, 111, 148, 149, 160, 166, 198, 199, 203, 204, 299
Bauch Johannes 99, 117
Beck Józef 53
Belka Marek 178
Bender Peter 87, 88, 180
Berlińczyk – siehe Osadczuk Bohdan
Berresheim Volker 171
Biała Anna 140
Biedenkopf Kurt Hans 31
Bielecki Jan Krzysztof 81, 86, 197, 198
Bielecki Jędrzej 204
Bieliński Konrad 33
Bingen Dieter 177, 215, 271, 317
Bismarck Otto von 50, 110, 135, 225, 290
Blair Tony 160
Błaszczak Mariusz 221, 258, 302, 310
Borodziej Włodzimierz 153, 222
Brandt Willy 11, 33, 50, 57, 147, 246
Bujak Zbigniew 33

Bulza Stanisław 172
Buras Piotr 180, 220, 266, 275, 304
Bürgin Alexander 151
Bush George W. 189, 191
Buzek Jerzy 93, 138, 141, 142, 146, 147
Byrt Andrzej 173
Bystron Petr 312

C

Całus Waclaw F. 99
Cejrowski Wojciech 267
Chilecki Andrzej J. 37, 38, 43
Chirac Jacques 160, 190
Chmiel Małgorzata 306
Chruszcz Sylwester 266
Chrzanowski Tadeusz (ps. Józef Szrett) 19
Chrzanowski Wiesław 96
Churchill Winston 280
Cimoszewicz Włodzimierz 164, 168, 179
Claus Roland 147
Copernicus Nicolaus 225
Cyrankiewicz Józef 81
Cywiński Piotr 283
Czachur Waldemar 284
Czaja Herbert 164, 168, 179
Czaputowicz Jacek 272, 279, 280

D

Dahm Julia 301
Dawidowski Franciszek 309
Dąbrowski Waldemar 182
Dedecius Karl 73
Dera Andrzej 226
Dietrich Stefan 205
Dmochowska Maria 96
Dmowski Jędrzej 173
Dobraczyński Jan 24

Dobrosz Janusz **80, 158**
 Dönhoff Marion **79, 106**
 Dorn Ludwik **228, 241**
 Duda Andrzej **239, 251, 252, 261, 264, 275, 276, 281, 285, 287, 315**
 Dumas Roland **71**
 Dyroff Stefan **225**
 Dziewanowski Kazimierz (ps. Karol Grodkowski) **33**
 Dziuba Tadeusz **231**

E

Eid Uschi **206**
 Enzensberger Hans Magnus **95**
 Erdoğan Recep Tayyip **276**
 Farle Robert **303**

F

Fassbender Julia **115, 138**
 Ferguson Niall **227**
 Filter Günter **118**
 Filatov Sergei **98**
 Fjodorow Rafail **53**
 Fischer Joschka **142, 147, 161, 168**
 Fludra Michał **273**
 Follath Erich **230**
 Fotyga Anna **189, 194, 196, 197**
 Frączek Józef **128**
 Freiherr von Fritsch Rüdiger **238, 295**
 Freihold Brigitte **289**
 Freudenstein Roland **145, 166**
 Freytag von Loringhoven Arndt **286–288, 304**
 Freytag von Loringhoven Bernd **286**
 Frömring Götz **312**

G

Gabiś Tomasz **91**
 Gabriel Sigmar **243**
 Galla Ryszard **272**
 Gallo Theophil **301**
 Gańczak Filip **286**
 Garton Ash Timothy **271**
 Gauck Joachim **229, 232, 246, 252, 263, 264**

Gauland Alexander **244**
 Gawalkiewicz Tomasz **74, 104**
 Gawlikowski Krzysztof **71**
 Gebert Konstanty (ps. Dawid Warszawski) **21**
 Genscher Hans-Dietrich **21, 26, 31, 34, 39, 47, 63, 64, 71, 75, 76, 87, 121, 159**
 Geremek Bronisław **70, 135, 142**
 Gęsicka Grażyna **215**
 Giedroyc Jerzy **67, 106, 126**
 Gierek Edward **12**
 Giziński Jarosław **85**
 Giżyński Szymon Stanisław **210**
 Glapiński Adam **307**
 Glemp Józef **22, 24**
 Glogowski-Merten Anikó **317**
 Glotz Peter **154**
 Glowna August **172**
 Glowna Klaus **172**
 Gluza Zbigniew **6, 116, 157, 164, 214, 299**
 Gnauck Gerhard **186, 233**
 Gohlke Nicole **249**
 Golińska Małgorzata **311**
 Gołębiowski Janusz **171**
 Gomułka Władysław **10, 11, 231**
 Gorbatschow Michail **41, 42**
 Grass Günter **72, 77, 231**
 Grochmalski Piotr **290, 293, 308**
 Grodkowski Karol – siehe Dziewanowski Kazimierz
 Grotewohl Otto **81**
 Grzybowska Krystyna **164, 218**
 Guderian Heinz **286**
 Gysi Gregor **253**

H

Hajnicz Artur **14**
 Hammerstein Konstantin von **188**
 Hanich Andrzej **55**
 Hedwig von Anjou **225**
 Heidt Peter **318**
 Hempel Johannes **52**
 Herud Zuzanna **291**
 Herzog Roman **53, 93, 97–99, 198, 114, 115**
 Heubner Christoph **35**
 Hirsch Helga **109**

Hitler Adolf 21, 28, 59, 62, 91, 109, 122, 128, 130, 156, 162, 209, 210, 218, 267, 286, 299
Hoffman Rudolf 124
Hofmann Gunter 217
Hofmann Nico 233
Hogrefe Jürgen 137, 151
Hojarska Danuta 152
Holzer Jerzy 77, 81, 89
Hombach Bodo 131
Honecker Erich 17, 27, 52
Huber Antje 22
Huber Johannes 296
Hupka Herbert 25, 26, 28, 29, 33, 34, 38, 76, 80, 113
Hussein Saddam 189

I

Ikonowicz Piotr 112

J

Jabłoński Henryk 27
Jabłoński Paweł 295
Jachimska Izabella 232
Jackowski Jan Maria 137, 173
Jacobsen Hans-Adolf 41
Jaki Patryk 255
Jakubiak Marek 261
Janowski Gabriel 152
Janukowycsch Wiktor 241, 242
Jaros Janusz 62
Jaruzelski Wojciech 17, 27, 28, 49, 57, 59
Jasiewicz Krzysztof 210
Jelzin Boris 98
Jendroszczyk Piotr 176, 217
Johann III. Sobieski 225
Johannes Paul II 312
Jochimsen Hanno 89

K

Kaczyńska Maria 216
Kaczyński Jarosław 186, 190, 191, 195, 196, 199, 209, 216, 218, 219, 221, 227, 230–232, 236, 243, 254, 257,

259, 261–263, 265–267, 270, 276, 281, 287, 288, 297, 298, 301, 302, 308, 309, 311
Kaczyński Lech 169, 173, 174, 184–191, 195, 216, 219
Kaiser Karl 40
Kalisz Ryszard 302
Kamiński Jacek C. 151
Kamiński Mariusz 312
Kamiński Michał Tomasz 111, 152
Kant Hermann 62
Kapla Grzegorz 211
Kapuściński Ryszard 95
Kasner Ludwig 236
Kaźmierczak Cezary (ps. Maciej Pniewski) 33
Kellerhoff Sven Felix 280
Kerski Basil 109, 130, 155, 255
Kinkel Klaus 101, 112, 117, 128
Kirbach Roland 172
Klein Ottilie 317
Kliesow Roland 113
Klose Hans-Ulrich 90
Kneffel Peter 201
Knosowski Herbert 167
Knüpling Felix 183
Kochan Magdalena 254, 255
Kochanowski Jerzy 212
Kohler Berthold 205
Köhler Horst 187, 188
Köhler Peter 188
Kohl Helmut 14, 17, 25, 26, 28, 29, 38, 40, 42, 45, 51, 54–64, 66–72, 76, 80, 82, 87, 93, 101, 105, 108–111, 114, 116, 180, 184, 218, 248
Kołodziejczak Małgorzata 116
Kołodziejczyk Katarzyna 70
Komorowski Bronisław 216–219, 223, 225, 229, 248, 249, 252
Kopacz Ewa 257
Korwin-Mikke Janusz 83
Koschyk Hartmut 86
Kosiniak-Kamysz Władysław 311
Kostrzewa-Zorbas Grzegorz 255
Koś Simona 304
Kotlinowski Marek 151
Kowalski Janusz 291
Kowalski Zdzisław 98
Kozłowski Łukasz 319

Kracherowa Nina **59**
 Kramski Damian **181, 213**
 Krasnodębski Zdzisław **196, 232**
 Krawczyk Andrzej **189**
 Krawczyk Tomasz F. **264**
 Krebs Hans **286**
 Krockow Christian von **30, 32**
 Krockow von, Familie **32**
 Kryński Wojciech **27**
 Krzakała Marek **216, 245**
 Krzemiński Adam **29, 30, 32, 39, 88, 91, 95, 111, 112, 118, 124, 136, 141, 150, 154, 159, 178, 183, 186, 187, 191, 195, 197, 204, 206, 215, 224, 227, 230, 236, 250, 256, 281, 293, 318**
 Kucharczyk Jacek **320**
 Kukiz Paweł **261**
 Kulerski Wiktor **33**
 Kurski Jacek **184, 197, 309**
 Kuźniar Roman **246**
 Kwaśniewski Aleksander **93, 113, 115, 133, 137, 147, 148, 160, 164, 174**

L

Lafontaine Oskar **82**
 Lambsdorff Otto Graf **139, 141**
 Lammert Norbert **292**
 Lang Kai-Olaf **198, 222, 228**
 Latussek Paul **114**
 Lawrow Sergei **243**
 Leersch Hans-Jürgen **148**
 Leggewie Claus **101**
 Leinemann Jürgen **137**
 Lempp Albrecht **192**
 Lenz Susanne **111**
 Lesser Gabriele **218**
 Leyen Ursula von der **245, 271**
 Libicki Marcin **118**
 Lipiński Łukasz **299**
 Lipiński Zbigniew **108, 173**
 Lipski Jan Józef **13, 25, 50**
 Lisiecki Stanisław **89**
 Lisowski Witold **316**
 Litwiniuk Adam **268**
 Lityński Jan **33**
 Loew Peter Oliver **290, 292**

Lubnauer Katarzyna **272**
 Lüdecke Matthias **119**
 Lukaschenko Alexander **189, 297**
 Ludwig Michael **105**
 Luliński Daniel **54**

Ł

Łada-Konefał Agnieszka **237, 281, 288, 320**
 Łopiński Maciej **189**
 Łopuszański Jan **148**

M

Maas Heiko **279, 317**
 Macierewicz Antoni **156, 267, 270**
 Magierowski Marek **219**
 Malinowski Krzysztof **229**
 Malzahn Claus Christian **147**
 Marcinkiewicz Kazimierz **185**
 Margański Jerzy **233**
 Marques Omar **316**
 Marschall Christoph von **141, 253**
 Matejko Jan **169, 233**
 Mausbach Florian **271**
 Mazowiecki Tadeusz **45, 52, 56–60, 64, 69, 70, 100, 180, 198, 248, 299**
 Meckel Markus **47, 52, 56, 63, 66, 69, 71, 131, 153, 177, 183**
 Merkel Angela **162, 169, 184, 185, 187, 190, 191, 195, 199, 202, 204, 207, 212, 213, 218, 221, 227, 228, 230, 236, 237, 239, 242, 244, 246, 248–251, 255, 258, 264, 266, 272, 274–277, 283, 284, 293, 303, 305**
 Merta Tomasz **66**
 Mertes Alois **14, 15, 24**
 Merz Friedrich **307**
 Michnik Adam **154**
 Mickiewicz Adam **225**
 Mierecki Piotr **73**
 Miller Leszek **133, 151, 152, 159, 161, 167**
 Mirski Andrzej **112**
 Moczulski Leszek **65**
 Mołęcki Piotr **223**
 Moltke Helmut James von **59**
 Moltke von, Familie **58**
 Morawiecki Mateusz **275, 277, 283, 284, 298, 299, 305**

Morawski Kazimierz **53**
Mularczyk Arkadiusz **251, 274, 280, 282, 299, 300, 305, 313**
Müller Michael G. **200**
Musiał Bogdan **287**
Muszyński Mariusz **197**

N

Nachama Andreas **235, 271**
Najder Zdzisław **12, 13, 49**
Naumann Friedrich **91**
Neef Christian **185**
Neu Alexander **250**
Neumann Bernd **202**
Nida-Rümelin Julian **153**
Nietan Dietmar **222, 257, 265, 269, 294, 309, 312, 315**
Nikel Rolf **286**
Nitras Sławomir **282, 284, 291**
Nossol Alfons **55, 59**
Nowak-Jeziorański Jan **67**
Nowak Stanisław **113**

O

Oettinger Günther **260**
Offe Claus **272**
Olechowski Andrzej **95**
Oleksy Józef **106**
Olszewski Jan **124**
Oppermann Thomas **260**
Orzechowski Marek **131**
Orzechowski Marian **34, 36, 39, 68**
Osadczuk Bohdan (ps. Berlińczyk) **84**
Osmańczyk Edmund **7, 19**
Ostrowski Marek **172, 190**

P

Parys Jan **90**
Passent Daniel **246**
Pawelka Rudi **175, 218**
Pawłowicz Krystyna **261**
Pawłowski Witold **106, 145**
Pempel Kacper **283**

Pieper Cornelia **216, 217**
Pięciak Wojciech **243**
Pilch Jerzy **184**
Piłka Marian **149**
Piontkowski Dariusz **233**
Pleul Patrick **247**
Płażyński Maciej **146**
Pniewski Maciej – siehe Kaźmierczak Cezary
Podbielski Jerzy **125**
Podolski Antoni **136**
Porowska Violetta **300**
Prawda Marek **143, 219, 297, 308**
Pruszyński Jan **130**
Przedpeńska-Trzeciakowska Anna **316**
Przemyski Henryk **149**
Przyłębski Andrzej **276**
Pszon Mieczysław **54, 55, 59, 79**
Puhl Jan **185, 230, 274**
Pupa Zdzisław **128**
Putin Władimir **183, 191, 213, 243, 244, 276, 296**

R

Rak Krzysztof **144, 197**
Rakowski Mieczysław F. **40, 42, 43, 53**
Ramotowski Zbigniew **26, 60**
Rau Johannes **136, 137, 164**
Rau Zbigniew **288, 301, 304**
Reinefarth Heinrich Friedrich **96**
Reinfeldt Fredrik **213**
Reiter Janusz **68, 222, 312**
Reul Herbert **260**
Rękas Konrad **129**
Rogiński Grzegorz **23, 58**
Rogozin Aleksiej **15**
Roosevelt Franklin Delano **280**
Rotfeld Adam Daniel **180**
Roth Michael **260**
Rottenberg Anda **223**
Rotulska Monika **135**
Rozłubirski Edwin **97**
Ruchniewicz Krzysztof **235, 279, 318**
Rühe Volker **41, 87**
Rumsfeld Donald **159**
Rutowska Maria **89**

S

Sachajko Jarosław 317
 Safuta Jacek 118
 Sak Piotr 303
 Sakson Andrzej 210
 Sänger Hartmut 218
 Sarzyński Piotr 226
 Sasin Jacek 306
 Schabowski Günter 56
 Schaff Adam 121
 Scharping Rudolf 95, 105
 Schmidt Helmut 12, 13, 100, 244
 Schockenhoff Andreas 224, 245
 Schöllgen Gregor 241
 Scholz Olaf 277, 293, 296, 307–309, 311, 315
 Schröder Gerhard 93, 129, 131–133, 136–138, 141, 142, 145–148, 159, 160, 162, 163, 167, 174–176, 178, 182–185, 199, 244, 293
 Schuller Konrad 185, 216, 252, 257, 262
 Schulz Helga 155
 Schulz Martin 258, 260
 Schuster Jacques 187
 Schwall-Düren Angelica 166
 Schwan Gesine 192, 271
 Schwarz-Schilling Christian 37
 Schweppe Reinhard 173
 Seko Kazimierz 20
 Sellin Jarosław 248
 Semka Piotr 234
 Siemoniak Tomasz 249
 Sikorski Radosław 200, 204, 212, 214, 220, 226–229, 242, 243, 258, 261, 275, 310, 313
 Skórzyński Jan 139
 Skubiszewski Krzysztof 62, 64, 67, 70–72, 75, 102, 159, 299
 Słomka Adam 122, 125
 Špidla Vladimír 167
 Stach Andrzej 117
 Stalin Józef 28, 80, 130, 153, 210, 280
 Steinbach Erika 123, 125–127, 129, 130, 133, 144, 149, 153–155, 157, 158, 161–165, 175, 176, 178, 179, 181, 192, 196, 198, 202, 204, 205, 215, 217, 218, 232
 Steinmeier Frank-Walter 203, 212, 242, 243, 245, 250, 263, 275, 282, 296, 316

Stoiber Edmund 122, 148, 156, 157
 Stolpe Manfred 82, 86
 Stomma Stanisław 10, 63, 82, 179, 299
 Stoß Veit 51, 225
 Stößinger Renate 116, 117
 Stryjewski Antoni 156
 Sułek Jerzy 194
 Surdykowski Jerzy 54
 Surynt Izabela 234
 Suski Marek 294
 Süßmuth Rita 65, 66, 77, 271
 Szaruga Leszek 99
 Szczepański Artur 319
 Szczerski Krzysztof 263
 Szczypiorski Andrzej 35, 53, 99, 101
 Szewczak Janusz 251
 Szrett Józef – siehe Chrzanowski Tadeusz
 Szydło Beata 254, 258, 260, 269, 306
 Szyga Krzysztof 195
 Szyrkowski vel Sęk Szymon 274, 288

Ś

Świeboda Paweł 205
 Świerc Krzysztof 231

T

Teliga Józef 98
 Teltschik Horst 56, 57, 64, 70
 Templin Wolfgang 226
 Terlecki Ryszard 261
 Tewes Henning 145
 Thatcher Margaret 64
 Thierse Wolfgang 190, 271
 Tölg Arnold 218
 Tomala Mieczysław 103
 Traba Robert 318
 Traczyk-Stawska Wanda 316
 Trenkner Joachim 244, 270
 Troebst Stefan 271
 Trump Donald 284
 Turczyński Jacek 142
 Turski Marian 139
 Tusk Donald 169, 175, 184, 196–200, 204, 207, 209, 213,

215, 221, 224, 236, 237, 239, 246, 261, 277, 305, 306, 309,
311, 314, 317, 321
Tusk Józef 309
Twardochleb Bogdan 285
Tymoschenko Julija 242

U

Unger Leopold 65
Urban Jerzy 15
Urbanek Mariusz 114, 128
Urbaniak Michał 297
Urbankowski Bohdan 67

V

Vanhanen Matti 213
Verheugen Günter 125, 167
Volmer Ludger 165

W

Wagenknecht Sahra 244
Wajs Artur 194
Wałęsa Lech 45, 51, 57, 83, 97, 98, 105, 106, 108, 141
Wandycz Piotr 228
Warszawski Dawid – siehe Gebert Konstanty
Waszczykowski Witold 258, 259, 262, 271
Watzlaw Jürgen 111
Wąsik Maciej 312
Weber Elisabeth 39
Weber Manfred 305
Weintraub Katarzyna 225
Weiss Christina 182
Weizsäcker Richard von 26, 28, 49, 68
Wellmann Karl-Georg 245
Westerwelle Guido 214, 217
Wiedemann Erich 84, 162
Wiejacz Józef 15
Wielński Bartosz T. 202, 231, 264
Wierzbicki Piotr 152
Wierzcholski Jerzy 56

Wilczyński Ryszard 301
Wildstein Dawid 306
Windelen Heinrich 25
Winnicki Robert 285
Wiśniewski Wiesław 32
Witkowski Przemysław 291
Wojna Ryszard 31
Wolff-Powęska Anna 77, 109, 127, 165, 177, 204, 263
Woroszyński Wiktor 98
Woynowski Kazimierz 85
Wójcik Krzysztof 61
Wójcik Łukasz 253
Wóycicki Kazimierz 50, 73, 76, 78, 179
Wroński Paweł 197
Wujec Henryk 231
Wulff Christian 168, 218, 219, 223, 225
Wybieralski Michał 241
Wyzner Eugeniusz 110

Y

Yorck von Wartenburg Peter 59

Z

Zakrzewski Andrzej 97
Zalewski Paweł 299
Zandberg Adrian 300
Zaremba Bolesław 103
Zdrojewski Bogdan 223
Zgorzelska-Zonnowa Krystyna 36
Ziemer Klaus 222
Ziętkiewicz Grzegorz 63
Ziobro Zbigniew 296, 297, 303

Ż

Żuchowski Piotr 234
Żukowski Leszek 316
Żurawski vel Grajewski Przemysław Piotr 237
Żurek Robert 218
Żyliński Leszek 306

Inhalt

Vom Herausgeber	ZBIGNIEW GLUZA	5
Einleitung	ALEKSIEJ ROGOZIN	7
Vorboten		19
JANUAR 1984 – MÄRZ 1989		
Durchbruch		47
JUNI 1989 – APRIL 1994		
Erklärungen		95
MAI 1994 – FEBRUAR 1999		
Einbeziehung		135
APRIL 1999 – MAI 2004		
Slalom		171
MAI 2004 – MÄRZ 2009		
Partnerschaft		209
MAI 2009 – FEBRUAR 2014		
Krise		241
FEBRUAR 2014 – MÄRZ 2019		
Umbruch		279
JUNI 2019 – DEZEMBER 2024		
Quellenverzeichnis		323
Personenindex		345

Zwei Nationen, durch eine tragische Vergangenheit belastet, haben in den vergangenen 40 Jahren nach einem gemeinsamen Weg und einer Sprache der Verständigung gesucht. *Grenzöffnung* ist ein einzigartiges Buch, das Einblicke in die Dynamik der komplexen deutsch-polnischen Beziehungen gewährt, von den Gesprächsversuchen der demokratischen Opposition in der Volksrepublik Polen mit der westdeutschen Regierung bis hin zu den Herausforderungen, denen sich beide Länder im Herbst 2024 gegenübersehen. Die Geschichte dieses für das moderne Europa entscheidenden Dialogs wird anhand zeitgenössischer Quellen erzählt: Auszüge aus persönlichen Tagebüchern und Memoiren, aktuelle Kommentare in Form von Artikeln und Reden sowie offizielle Dokumente, unter anderem internationale Abkommen, Entschlüsse und Berichte. Zeitzeugen und direkte Beteiligte der Geschehnisse berichten, wie sie die Verständigung – und auch gelegentliche Missverständnisse – zwischen den Nachbarn erlebt, gegenseitige Vorurteile wie in einem Spiegel wahrgenommen und Stereotype über „Deutsche“ und „Polen“ durchbrochen haben.